

Seymour M. Hersh

# Atommacht Israel

Das geheime Vernichtungspotential  
im Nahen Osten

Aus dem Amerikanischen von  
Hans Bangerter, Gabriele Burkhardt  
und Karlheinz Dürr

Droemer Knauer

Für Elizabeth, Matthew, Melissa and Joshua.



© Copyright für die deutschsprachige Ausgabe bei  
Droemersch Verlagsanstalt Th. Knauer Nachf., München 1991'

© by Seymour M. Hersh, 1991

Redaktionelle Bearbeitung: Dr. Ulrich Mihr, Tübingen

Originaltitel: The Samson Option

Originalverlag: Random House, New York

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist  
urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts-  
gesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung  
in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Agentur ZERO, München

Satzarbeiten: Büro Dr. Ulrich Mihr, Tübingen

Druck und Bindearbeiten: Mohndruck, Gütersloh

Printed in Germany

ISBN 3-426-26592-3

2 3 5 4

# Inhalt

Einführung . . . . .	7
1 Ein Geheimabkommen . . . . .	9
2 Der Wissenschaftler . . . . .	24
3 Die French Connection . . . . .	39
4 Erste Erkenntnisse . . . . .	53
5 Interne Kriege . . . . .	65
6 Die Sache wird publik . . . . .	77
7 Doppelte Loyalität . . . . .	88
8 Ein Präsident kämpft . . . . .	99
9 Jahre des politischen Drucks . . . . .	123
10 Die Samson-Option . . . . .	136
11 Das Spiel wird fortgesetzt . . . . .	151
12 Der Botschafter . . . . .	167
13 Eine israelische Entscheidung . . . . .	181
14 Ein Geschenk des Präsidenten . . . . .	191
15 Der Tunnel . . . . .	204
16 Vorspiel zum Krieg . . . . .	217
17 Nukleare Erpressung . . . . .	232
18 Unrecht . . . . .	249
19 Carters Unbehagen . . . . .	268
20 Ein israelischer Atomtest . . . . .	281

21 Der israelische Atomspion . . . . .	295
22 Ein israelischer Aktivposten . . . . .	319
Epilog . . . . .	329
Danksagung . . . . .	333
Anhang . . . . .	335
Namenregister . . . . .	381

## Einführung

Dieses Buch schildert den geheimen Weg Israels zur nuklearen Atommacht. Der Beweis wird erbracht, daß dieses Geheimnis den höchsten politischen und militärischen Kreisen der Vereinigten Staaten seit Eisenhower bekannt war, daß die israelische Atomrüstung insgeheim gutgeheißen und verräterische Aktionen auf dem Weg zur Bombe bewußt ignoriert wurden. Viele höhere amerikanische Beamte werden zitiert. Sie berichten, was sie und seit wann sie es wußten. Häufig gaben sie zum ersten Mal solche Stellungnahmen ab. Diese Menschen brachen ihr Schweigen nicht aus Feindseligkeit gegenüber der israelischen Regierung, sondern weil ihnen die Unredlichkeit der amerikanischen Politik bewußt geworden war: Nach außen hin wird in Washington vorgegeben, man wisse nichts von Israels nuklearem Waffenarsenal. Diese Politik wurde und wird fortgesetzt. Ich zog es vor, bei den Recherchen für dieses Buch nicht nach Israel zu reisen. Zum einen waren die wenigen Israelis, die bereit waren, mit mir zu reden, viel offener und zugänglicher, wenn sie in Washington, New York und auch in Europa interviewt wurden. Zum anderen unterwirft Israel alle in- und ausländischen Korrespondenten der Zensur. Nach israelischem Recht muß alles Material, das Journalisten in Israel produzieren, der Militärzensur vorgelegt werden. Die Zensoren können jederzeit Änderungen und Streichungen vornehmen, wenn sie die nationale Sicherheit Israels bedroht sehen. Aus einleuchtenden Gründen konnte ich mich der israelischen Zensur nicht unterwerfen. Wer in der Vergangenheit gegen diese Gesetze verstieß, wurde von Israel mit Einreiseverbot belegt.

Die Israelis, die mir Informationen gaben, waren keine Kritiker des israelischen Nuklearpotentials. Sie halten die Bombe für not-

wendig zur Sicherung des Staates Israel. Sie gaben Auskünfte, weil sie glauben, daß eine umfassende und offene Diskussion des israelischen Atomarsenals - und der Konsequenzen, die das mit sich bringen müßte - in einer demokratischen Gesellschaft unerläßlich ist.

Seymour M. Hersh  
Washington, D.C.

# 1

## Ein Geheimabkommen

Im Jahr 1979 umkreiste das wichtigste militärische Geheimnis der Vereinigten Staaten von Amerika die Erde im Weltall. Mühelos beschrieb es alle sechshundneunzig Minuten seine Bahn um die Erde und machte frappierend gute und unschätzbar wertvolle Aufklärungsfotos von allem, was Hunderte von Kilometern unter ihm lag. Der Satellit hieß KH-11 und stellte in technischer Hinsicht eine erstaunliche Weiterentwicklung dar. Er übermittelte den Bodenstationen digitalisierte Bilder, die - ohne zeitliche Verzögerung - von den Geheimdiensten analysiert werden konnten. Ein Überraschungsangriff wie 1941 auf Pearl Harbor konnte sich nicht wiederholen.

Der erste KH-11-Satellit war am 19. Dezember 1976, nach Jimmy Carters Sieg über Gerald Ford bei den Präsidentschaftswahlen im November, auf seine Umlaufbahn gebracht worden. Die Regierung Carter hielt - wie auch schon die Regierung Ford - die wertvollen Bilder streng unter Verschuß. Sogar bei den Briten, die in der Welt der Geheimdienste als engste Verbündete Amerikas gelten, mußte von Fall zu Fall entschieden werden, ob sie die Aufnahmen zu Gesicht bekamen oder nicht.

Im März 1979 wurden dann die strengen Sicherheitsvorschriften gelockert. Präsident Carter beschloß, Israel KH-11-Fotos zur Verfügung zu stellen. Wenn in einem Gebiet im Umkreis von 160 Kilometern um Israel (also auf den Territorien der Nachbarländer Libanon, Syrien, Ägypten und Jordanien) Truppenbewegungen oder andere potentiell bedrohliche Aktivitäten stattfanden, sollte Israel Zugang zu allem Geheimmaterial bekommen, das der Satellit lieferte. Die Israelis sollten erstklassige Informationen bekommen: Die spektakulären ersten Bildserien, die der KH-11 - manchmal sogar dreidimensional - übermittelte, und nicht jene

absichtlich unscharf und trübe gemachten Fotos, die der amerikanische Geheimdienst sonst an die Behörden und die ausländischen Verbündeten verteilte, um zu verbergen, welche exzellente Bildauflösung mit den optischen Instrumenten des KH-11 möglich war.<sup>1</sup>

Für die israelische Regierung war Jimmy Carters Entscheidung ein großer Triumph. Sie hatte seit der Stationierung des KH-11 drei Jahre zuvor an einer Teilnutzung des Satelliten höchstes Interesse bekundet. Amerikanische Geheimdienstleute vermuteten, daß die Israelis High-Tech-Bilder bekamen, um sie für die kooperative Teilnahme von Premierminister Menachem Begin am Gipfel von Camp David mit Präsident Anwar El Sadat zu belohnen. Diese Beamten hatten verstanden, was vielen Mitarbeitern des Weißen Hauses nicht klar war: Die Einbeziehung der Israelis in die Nutzung des Systems brachte eine völlig neue Verbindlichkeit ins Spiel, die mit der ursprünglichen Aufgabe des KH-11 in Konflikt kommen mußte. Der KH-11 war damals die modernste Technologie der Luftaufklärung, erläuterte ein früherer Beamter der National Security Agency (NSA). Der Satellit sei für alle Arten von Nachrichtenübermittlung eingesetzt worden, und jeder militärische und zivile Nachrichtendienst der Regierung habe ihn unbedingt nutzen wollen. Es war das Ziel der Einsatzleiter des KH-11, die Prioritäten so zu setzen, daß er möglichst zur rechten Zeit am rechten Ort war. Abrupte Flugbahnänderungen sollten ebenso vermieden werden wie jähe, treibstoff-fressende Manöver. Dadurch sollte der viele Millionen Dollar teure Satellit mit seinem begrenzten Treibstoffvorrat länger in seiner Umlaufbahn bleiben, mehr Informationen liefern und kostengünstiger arbeiten können. Carters Entscheidung, Israel direkten Zugang zum KH-11 zu gewähren, warf diese ausgeklügelten Pläne über den Haufen. Außerdem mußten einige amerikanische Nachrichtendienste eine Einschränkung ihres Zugangs zum Satelliten hinnehmen. »Es war eine in wirklich vielerlei Hinsicht unpopuläre Entscheidung«, sagte der frühere Beamte der NSA.

Innerhalb der Regierung wurden jedoch keine offiziellen Proteste laut. Den wenigen, die das KH-11-Abkommen beunruhigte, war bewußt, daß jede Besorgnis, die sie darüber (selbst im nachhin-

ein) äußerten, ihren eigenen Zugang zu solchen Informationen und damit ihren Status als Insider gefährden könnte. Die Israelis hingegen werteten das KH-11-Abkommen selbstverständlich als Zeichen, daß sie den Respekt und die Unterstützung der Regierung Carter wiedergewonnen hatten. Der CIA-Direktor und Ex-Admiral Stansfield Turner hatte nämlich die geheimdienstliche Zusammenarbeit mit Israel und anderen befreundeten Nationen im Rahmen einer Neustrukturierung der CIA erheblich eingeschränkt. Die Israelis waren von den früheren Präsidenten Richard Nixon und Gerald Ford eine weit bessere Behandlung gewohnt. Sie hielten die maßgeblichen Leute in der Regierung Carter für naiv und antisemitisch; vielleicht fehlte diesen Beamten auch das volle Verständnis dafür, wie eng während des Kalten Krieges die Verbindungen zwischen dem wichtigsten israelischen Auslandsgeheimdienst Mossad und der CIA geworden waren. Das KH-11-Abkommen von 1979 war schon die achtundzwanzigste offizielle amerikanisch-israelische Vereinbarung zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der strategischen Nachrichtenübermittlung, die seit den fünfziger Jahren getroffen worden war. Über diese Vereinbarungen ist nie etwas an die Öffentlichkeit gedrungen. Viele wurden nicht aus dem normalen Etat finanziert, sondern aus einem Reptilienfonds, den der CIA-Direktor persönlich verwaltete. So flössen in den sechziger Jahren ungezählte Millionen in bar von der CIA an den Mossad. Diese äußerst heikle Operation trug den Decknamen KK MOUNTAIN (KK war das interne Kürzel für Nachrichten und Materialien, die Israel betrafen). Im Gegenzug wies der Mossad seine Agenten an, in ganz Nordafrika und in Ländern wie Kenia, Tansania und dem Kongo die amerikanischen Interessen zu vertreten. Andere Geheimabkommen mit dem Mossad bezogen sich auf die heikelsten israelischen Aktionen im Nahen Osten wie die Verwendung amerikanischer Gelder zur Finanzierung von Operationen in Syrien und in der Sowjetunion, wo die Agenten der CIA Schwierigkeiten bei der Nachrichtenbeschaffung hatten. Manche Aktivitäten in der Sowjetunion wurden offenbar aus dem regulären Etat der CIA finanziert, wodurch sie von den zuständigen Ausschüssen des Kongresses abgesegnet waren. Die komplexen Zusammenhänge der amerikani-

sehen Finanzierung israelischer Operationen bleiben jedoch eines der großen Geheimnisse des Kalten Krieges. Admiral Turner lockerte jedoch 1977 die Zusammenarbeit mit den Israelis und strich die Gelder für die Operationen in Afrika und anderen Ländern. Daraufhin lieferten auch die Israelis erheblich weniger Informationen nach Washington. Aus israelischer Sicht stand hinter dem KH-11-Abkommen vom März 1979 nicht der Erfolg von Camp David, sondern der Mißerfolg der CIA. Sie hatte den wachsenden sowjetischen Druck auf Afghanistan 1978 und die möglichen Folgen der Aufstände im Iran völlig falsch eingeschätzt. In beiden Ländern gab es große jüdische Gemeinden - in der afghanischen Hauptstadt Kabul lebten viele jüdische Ladenbesitzer -, und die Informationen des Mossad waren erheblich besser als die der CIA. Am ärgerlichsten für den Präsidenten und seine höchsten Berater war die unzureichende Berichterstattung der CIA über den Iran, wo Schah Mohammad Resa Pahlawi, ein altgedienter Verbündeter der USA, im Februar 1979 durch einen Volksaufstand gestürzt wurde, obwohl in naiven CIA-Berichten ein Jahr lang prognostiziert worden war, er würde sich halten können.<sup>2</sup> Die CIA hatte die israelische Interpretation der Lage zurückgewiesen. Uri Lubrani, ein früherer israelischer Botschafter im Iran, hatte 1978 in einer scharfsinnigen Analyse dargelegt, warum sich der Schah nicht an der Macht werde halten können. Die CIA hatte den Präsidenten enttäuscht und die amerikanische Führung gezwungen, einmal mehr die Israelis um Hilfe bei der Prognose von Weltereignissen zu bitten. Nicht zufällig gehörte Lubrani der israelischen Delegation an, die dann im März 1979 das KH-11-Abkommen in Washington aushandelte.

Die KH-11-Bilder, die Israel nun zur Verfügung standen und die jede militärische Aktivität auf dem Gebiet seiner vier Nachbarstaaten wiedergaben, bekamen die Bezeichnung »I & W« (intelligence and warning) und wurden von den amerikanischen Geheimdiensten als *top secret* eingestuft. Sobald die Fotos entwickelt waren, mußten sie von israelischen Militärattachés in einem besonderen Pentagon-Büro abgeholt werden, das unter der Leitung der De-

fense Intelligence Agency (DIA, zuständig für Militärspionage) stand. Einen entscheidenden Vorbehalt gab es dabei allerdings: Die Israelis durften keine Informationen bekommen, die ihnen bei der Planung eines Präventivschlags gegen ihre Nachbarstaaten hätten von Nutzen sein können.

»Ich setzte die Regeln fest«, erinnerte sich ein höherer amerikanischer Geheimdienstmann. »Das System war darauf angelegt, sie (die Israelis) mit allem zu versorgen, was sie eventuell im Rahmen ihrer erlaubten Reichweite (von 160 Kilometern) gebrauchen konnten. Wenn es in Syrien oder Ägypten war, bekamen sie es. Wenn es im Irak, in Pakistan oder Libyen war, bekamen sie es nicht.«

Der Beamte räumte jedoch ein, er und seine Kollegen hätten von Anfang an damit gerechnet, daß die Israelis alles tun würden, um die Beschränkungen des Abkommens zu umgehen. Israel vertrat sogleich die Position, die Beschränkungen dürften für den gemeinsamen Feind der Vereinigten Staaten und Israels, die Sowjetunion, nicht gelten. In den darauffolgenden Monaten drängten die Israelis beharrlich darauf, Daten der Satellitenaufklärung über die sowjetischen Nachschublinien nach Syrien und über das sowjetische Engagement bei der Ausbildung der irakischen Kampfdivisionen im westlichen Irak zu bekommen. Diese Anfragen wurden von der Regierung Carter ausnahmslos abschlägig beschieden.

Trotzdem war Israel wieder in die Position eines wichtigen Verbündeten aufgerückt, selbst wenn ihm kein unbeschränkter Zugang zu den Satellitenbildern des KH-11 gewährt wurde. Das Abkommen von 1979 enthielt Formulierungen, die Israel das Recht einräumten, spezifische Daten aus der Satellitenaufklärung anzufordern. Über jede Anfrage sollte von Fall zu Fall entschieden werden.

Die Vertreter des britischen Geheimdiensts seien empört gewesen, erinnerten sich sachkundige Amerikaner, daß Israel Informationen erhielt, die ihnen - den Alliierten aus dem Zweiten Weltkrieg und Nato-Mitgliedern - verweigert wurden.<sup>3</sup> Wie die Briten vielleicht vermuteten, hatte Israel tatsächlich geheime Absichten bei seinen ständigen Bemühungen, zum KH-11

Zugang zu erhalten. Aber erst im Herbst 1981 fanden einige politische Berater in der Regierung Reagan diese Absichten heraus. Die Aktion begann mit einem Bombenangriff auf den Irak.

An einem Sonntagnachmittag Anfang Juni 1981 nippte Richard V. Allen, der nationale Sicherheitsberater von Präsident Ronald Reagan, auf der Sonnenterrasse seiner Vorortvilla in Virginia an einem Glas Eistee und sah geruhsam die ungelesenen Telegramme durch, die sich im Lauf einer Woche angesammelt hatten. Viele von ihnen waren streng geheim.

Aus dem Lagebesprechungsraum im Weißen Haus, der rund um die Uhr besetzt ist, rief ein Berater an und berichtete, die Israelis hätten Washington darüber informiert, sie hätten den irakischen Kernreaktor in Osirak, 19 Kilometer südöstlich von Bagdad, bombardiert und zerstört. Allen rief sofort Reagan an, der das Wochenende in Camp David in den nahe gelegenen Catoctin-Bergen Marylands verbrachte.

Der Präsident, erfuhr er, habe gerade den Hubschrauber bestiegen, der ihn zurück zum Weißen Haus bringen sollte. »Holt ihn wieder raus«, befahl Allen. Schließlich handelte es sich um die erste Nahostkrise der neuen Regierung. Der Präsident kam ans Telefon. Im Hintergrund war das Gedröhn der Rotorblätter seines Hubschraubers zu hören.

»Mr. President, die Israelis haben gerade einen Kernreaktor im Irak mit F-16-Bombern zerstört.« Israel wurde von den USA mit langfristigen Krediten zu niedrigen Zinsen unterstützt und hatte 1975 die Genehmigung erhalten, fünfundsechzig F-16-Flugzeuge •nur zu Verteidigungszwecken- zu kaufen.

»Was wissen Sie darüber?«

»Nichts, Sir. Ich warte auf einen Bericht.«

»Warum haben sie es Ihrer Meinung nach getan?«

Der Präsident ließ diese rhetorische Frage einen Augenblick in der Luft hängen und fügte dann hinzu:

»Nun ja, Buben sind eben Buben.«<sup>4</sup>

Am nächsten Morgen, so Allen, trat Reagans Oberkommando zusammen. Verteidigungsminister Caspar Weinberger schlug vor, die Lieferungen der F-16 zu stornieren. Auch Vizepräsident George

Bush, Stabschef James Baker und andere sprachen sich für Sanktionen gegen Israel aus. Einmal warf Reagan Allen einen Blick zu und bedeutete ihm mit einer Geste, er habe nicht die Absicht, eine solche Maßnahme zu ergreifen. «Er sah mich an und rollte mit den Augen», sagte Allen.

Daß der Präsident den Luftangriff persönlich billigte, war den offiziellen Reaktionen der Regierung jedoch nicht zu entnehmen. Noch am selben Nachmittag gab das Außenministerium eine Stellungnahme ab, die angeblich vom Präsidenten und von Außenminister Alexander Haig abgesehnet war. Der Bombenangriff wurde offiziell verurteilt. Er könne »die schon angespannte Lage in der Region nur verschlimmern«. Dennoch, erinnerte sich Allen, war Reagan »entzückt (und) sehr befriedigt« von dem Überfall auf den Reaktor in Osirak. Der Angriff zeigte, so gab Allen den Präsidenten wieder, daß die Israelis die Zähne zeigen könnten, etwas von Strategie verstünden und in der Lage seien, Probleme anzupacken, bevor sie unlösbar würden. Und welchen Schaden hätte Israel schon angerichtet? Auch Haig äußerte sich privat ähnlich nachsichtig.

Der israelische Bombenangriff löste weltweit Proteste aus, und ein paar Tage später gab das Weiße Haus bekannt, die im Rahmen des Abkommens von 1975 geplante Lieferung von vier weiteren F-16-Bombern sei ausgesetzt worden. Zwei Monate später zeigte sich jedoch, welche Politik die amerikanische Regierung in Wahrheit verfolgte: Der Lieferstopp wurde aufgehoben, und die Flugzeuge gelangten ohne großes Aufsehen nach Israel.

Auch in Israel gab es Meinungsverschiedenheiten über den Bombenangriff. Seit Ende 1979 war er in der israelischen Regierung auf höchster Ebene diskutiert worden. Yitzhak Hofi, der Direktor des Mossad, und Generalmajor Yehoshua Saguy, der Chef des militärischen Nachrichtendienstes, waren gegen den Angriff. Sie kritisierten, der Beweis fehle, daß der Irak schon in der Lage sei, eine Atombombe zu bauen.<sup>5</sup> Ihren, allerdings vergeblichen, Einwänden schloß sich auch der stellvertretende Ministerpräsident Yigael Yadin an. Bei einer Planungssitzung Ende 1980 schimpfte Saguy noch über die Aktion. Er vertrat die Ansicht, die negative

Reaktion aus Washington würde für Israel eine schwerwiegende nationale Bedrohung darstellen als der irakische Reaktor.<sup>6</sup> Saguy widersprach der Auffassung, jede militärische Aktion Israels zur Vermeidung eines >zweiten Holocaust- sei vertretbar. Als Chef des militärischen Nachrichtendienstes mußte er für seine abweichende Meinung büßen. Erst am 4. Juni erfuhr er von der Aktion, also drei Tage vor dem Einsatzflug der Bomber. Daraufhin lehnte er jede Verantwortung für den Überfall ab und drohte vorübergehend damit, vertrauliches Material zurückzuhalten. Die militärischen Köpfe der Aktion waren wegen internationaler Proteste besorgt und hatten strenge Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, um geheimzuhalten, daß Israel für die Operation verantwortlich war. Den Irakern und der Weltöffentlichkeit sollte es unmöglich gemacht werden, die nicht gekennzeichneten Flugzeuge zu identifizieren. Der Angriff war planmäßig in zwei Minuten ausgeführt worden, und die Wahrscheinlichkeit einer Entdeckung war minimal. Aber Menachem Begin, vom Erfolg beflügelt, verblüffte am 8. Juni seine Kollegen und bekannte sich eigenmächtig zu dem israelischen Schlag. Am nächsten Tag erhob sich ein Sturm von Protesten. Der Premierminister verteidigte die Operation und gelobte, Israel sei zu einem weiteren Schlag entschlossen, wenn es notwendig sei, den Feind an der Entwicklung der Atombombe zu hindern. »Wenn der Kernreaktor nicht zerstört worden wäre«, sagte Begin, »hätte in der Geschichte des jüdischen Volkes ein zweiter Holocaust stattgefunden. Und es wird nie wieder einen Holocaust geben ... Nie, nie wieder!«

Bei einem diplomatischen Empfang der Engländer zwei Tage später schockierte Begin die höheren Beamten seiner Regierung und die Vertreter des Geheimdiensts seines Landes abermals: Er prahlte damit, die israelischen Flugzeuge hätten auch eine geheime, unterirdische Anlage zerstört, die vierzig Meter unter dem Reaktor in Osirak gelegen habe, und in der die irakischen Kernwaffen hätten montiert werden sollen. Die entsetzten israelischen Beamten wußten, daß Begin keineswegs eine unterirdische Anlage zur Waffenmontage in Osirak beschrieb. Eine Anlage dieses Typs gab es dort nämlich gar nicht, aber in Israel war sie bereits in Betrieb!

Vor Presseleuten erzählte Begin bei dem Empfang ferner, die irakische Regierung habe die Anlage vor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) geheimgehalten, die den Reaktor von

Osirak im Januar 1981 gemäß dem Atomwaffensperrvertrag von 1968 inspiziert hatte. (Der Irak hatte den Vertrag unterzeichnet.) Israelische Regierungssprecher versuchten am nächsten Tag, den Schaden wiedergutzumachen. Sie teilten der Presse mit, Begin habe sich versprochen. Die Anlage sei nur vier und nicht vierzig Meter unter dem Boden gelegen. Die schlimmsten Befürchtungen der Regierung bewahrheiteten sich in den nächsten Tagen und Wochen jedoch nicht: Israels größtes Geheimnis wurde nie publik.<sup>7</sup>

Israelische Wissenschaftler und Ingenieure hatten schon 1968 begonnen, an einem abgelegenen Ort namens Dimona Kernwaffen herzustellen. Dimona liegt in der Wüste Negev, ungefähr fünf- undachtzig Kilometer südlich von Jerusalem. Mit französischer Hilfe hatte Israel einen Kernreaktor gebaut und eine separate, unterirdische Anlage errichtet, wo in einem komplexen chemischen Prozeß das wichtigste Abfallprodukt des Reaktors gewonnen wurde: waffenfähiges Plutonium. Begin war 1977 Premierminister geworden und hatte seitdem die unterirdische Anlage in Dimona mindestens einmal besucht. Israelische Beamte berichteten mir, er habe wenige Tage vor dem Angriffsflug auf Osirak ausführliche Informationen über Dimona erhalten. Die Beamten waren der Meinung, Begin habe in seinen öffentlichen Äußerungen einfach das, was er über Dimona gesehen und gelesen hatte, auf Osirak übertragen. »Er hat das eine mit dem anderen verwechselt«, meinte ein Israeli und gestand gleichzeitig, daß dies eine nachsichtige Interpretation von Begins Verhalten war. Yitzhak Hofi, der Chef des Mossad, war weniger zurückhaltend. Zwei Wochen nach der Bombardierung des irakischen Reaktors gab er ein beispielloses Zeitungsinterview. Hofi wurde - gemäß den Auflagen der israelischen Zensur - nicht namentlich zitiert. Er beklagte sich, allerdings ohne einen Namen zu nennen, über Politiker, die Staatsgeheimnisse ausplauderten. In israelischen Geheimdienstkreisen gab es keinen Zweifel, welchen Politiker Hofi meinte.

Die Geheimnisse von Dimona waren zwar vielleicht vor der westlichen Presse gerettet worden, aber die Anlage war nun einer viel konkreteren Bedrohung ausgesetzt. Israelische Beamte gaben zu,

ihre Geheimdienste hätten in den Tagen nach dem Angriff vom 7. Juni Hinweise darauf erhalten, daß der Irak damit begonnen habe, einige seiner sowjetischen Scud-Raketen näher an die irakisch-jordanische Grenze zu transportieren. Offensichtlich plane er einen Vergeltungsschlag. Von einer ein wenig weiter westlich gelegenen Position in Jordanien hätten die irakischen Scud-Raketen Dimona erreichen können. Im Unterschied zu dem Reaktor in Osirak, der noch nicht voll betriebsbereit war, wurde in Dimona acht Monate im Jahr rund um die Uhr an der Aufbereitung von Brennstäben und der Herstellung von waffenfähigem Plutonium gearbeitet. Ein irakischer Angriff würde das Land im Umkreis von vielen Kilometern mit tödlicher Radioaktivität verseuchen. Israelische Beamte hatten jedoch lange vor dem Luftangriff auf Osirak angeordnet, den kuppeiförmigen Reaktor und die unterirdische Wiederaufbereitungsanlage in Dimona abzuschalten. Beide wurden bis Ende des Jahres nicht mehr in Betrieb genommen. Außerdem hielt die israelische Luftwaffe vierundzwanzig Stunden nonstop Aufklärungsflugzeuge in der Luft. Es gibt keine Hinweise darauf, daß Washington die israelischen Verteidigungsmaßnahmen bemerkt oder ihren Sinn verstanden hätte. Einige britische Geheimdienstler schöpften sofort den Verdacht, Israel habe die hochauflösenden KH-11-Bilder dazu benutzt, den irakischen Reaktor anzuvisieren, und beschwerten sich darüber bei ihren amerikanischen Kollegen. Nach Darstellung eines Amerikaners sagten sie lediglich: »Wir haben es euch gleich gesagt.« Ironischerweise wirkte sich der erfolgreiche israelische Luftangriff positiv auf den ohnehin schon ausgezeichneten Ruf des KH-11-Systems aus. Wenige Stunden nach dem Überfall lagen auf den Schreibtischen der Washingtoner Entscheidungsträger erstklassige Satellitenfotos des zerstörten Forschungsreaktors. Wie eine anschließende, streng geheime Untersuchung zeigte, hatten die Briten recht: Israel hatte sich über den KH-11 wertvolle Informationen beschafft. Anscheinend hatte dabei William Casey, Reagans CIA-Direktor, unabsichtlich eine Schlüsselrolle gespielt.

Casey hatte sich seit seinem Amtsantritt nachdrücklich dafür eingesetzt, Israel die KH-11-Bilder zur Verfügung zu stellen. Zu Beginn seiner Amtszeit ließ er den israelischen Verbindungsoffizieren ein privates Büro in der Nähe des CIA-Hauptquartiers zuweisen. Damit wollte er den Israelis offenbar direkten Kontakt zu denjenigen amerikanischen Geheimdienstoffizieren verschaffen, die die KH-11-Fotos entwickelten. Auf diese Weise sollte dafür gesorgt werden, daß die Israelis alle wichtigen Informationen bekamen. Nur Israelis, war die Überlegung, konnten beurteilen, was für Israel wichtig war. Als dem CIA-Direktor nach dem Bombenangriff plötzlich ernste Fragen über den israelischen Mißbrauch des KH-11-Abkommens zur Weitergabe von Informationen gestellt wurden, richtete er in aller Eile einen kleinen Expertenausschuß ein, der den Vorfall untersuchen sollte.<sup>8</sup> Der Ausschuß sollte unter den verschärften Sicherheitsbedingungen arbeiten, die immer galten, wenn der israelische Geheimdienst im Spiel war.

Der Ausschuß förderte Verblüffendes zu Tage. In etwas mehr als zwei Jahren hatten die Israelis ihre Tätigkeit im Rahmen des als beschränkt gedachten Abkommens so stark ausgedehnt, daß sie praktisch dem KH-11-System jedes Foto entlocken konnten, das sie haben wollten. Am erstaunlichsten war, daß sie Bildmaterial angefordert und auch bekommen hatten, das ganz Westrußland einschließlich Moskau abdeckte. »Es fehlte nur noch, daß die Israelis das Ding selbst dirigierten«, meinte ein beunruhigter Offizier. Bei einigen höheren Beamten der CIA und der DIA machte sich Ärger darüber breit, wie nachlässig das Abkommen in ihren Augen gehandhabt worden war: »Wir haben das System eingerichtet und uns dann nicht genug darum gekümmert, was sie (die Israelis) damit anstellten-, sagte der Offizier.<sup>9</sup> William Bader, 1979 *Assistant Deputy Undersecretary of Defense for Policy*, mußte frustriert feststellen, daß die Israelis ihre Ohren überall hatten und niemand wußte, wie man ihnen Einhalt gebieten sollte. »Man wußte nicht, bei wem man sich beschweren sollte«, sagte Bader. »Wir wußten zwar, daß diese Burschen (die Israelis) sich an den Bossen und anderen Instanzen vorbei Informationen beschaffen konnten.« Aber wenn eine Beschwerde im

falschen Büro landete, »mußte man damit rechnen, daß einem der Kopf abgerissen wurde«.

Ein früherer höherer NSA-Beamter wurde sehr zornig, als er zu Beginn der Amtszeit Reagans erfuhr, daß israelische Offiziere Pentagonsitzungen beiwohnen durften, auf denen zukünftige Operationen und Flugbahnen des KH-11-Satelliten diskutiert wurden. »Wer davon wußte, dem wurde fast schlecht«, sagte er. »Wenn wir daran dachten, wie sorgfältig sonst damit (mit dem KH-11) umgegangen wurde, sind wir wirklich fast durchgedreht.« Ein anderer höherer amerikanischer Geheimdienstoffizier berichtete zwar auch, »viele von unseren Jungs« seien »schockiert und verstört« gewesen, fügte aber hinzu, er selbst habe sich weniger Sorgen wegen der israelischen Übergriffe gemacht: »1981 lag es in unserem nationalen Interesse, dafür zu sorgen, daß die Israelis überlebten.« Dieser Offizier beschrieb den direkten Zugriff, der Israel eingeräumt worden war, als Kompromiß. »Israel wollte sicherstellen, daß ihm nichts Wichtiges entging. Israel muß dafür sorgen, daß es alles bekommt, was es braucht.« Der israelische Offizier, der dem Pentagon zugeteilt war, gab nach Auffassung des amerikanischen Offiziers nur die israelischen nachrichtendienstlichen Wünsche an die Männer weiter, die für das KH-11-Programm zuständig waren. Dann durfte er dabei sein, wenn in Washington die Echtzeitbilder des KH-11 empfangen wurden.

Ein Beamter des Außenministeriums sagte, er und Außenminister Haig hätten die Auseinandersetzungen über den Zugang der Israelis zu den Informationen »als akademischen Streit in Geheimdienstkreisen betrachtet. Wozu die Aufregung? Sollen sie die Bilder doch kriegen. Das schafft Vertrauen.« Für die Israelis sei es ein Nullsummenspiel gewesen. Wenn die Regierung Reagan ihnen den Zugang zum KH-11 verweigert hätte, hätten sie sich an den Kongreß gewandt »und - ausgewiesen als Teil des Auslandshilfepakets - das Geld für einen Satelliten samt Abschußrampe und Empfangsstation bekommen«.

Auch für Richard Allen war Israels Umgang mit dem KH-11-Abkommen keine große Sache: »Ich nahm an, sie hätten Freunde«, - nämlich im Pentagon, die ihnen unter der Hand den erweiterten Zugriff verschafft hätten.

Nach dem Bericht des Ad-hoc-Ausschusses wurde im Weißen Haus schließlich beschlossen, den Israelis weiterhin die Aufnahmen zur Verfügung zu stellen, aber den ursprünglichen Beschränkungen von 1979 nachdrücklich Geltung zu verschaffen. »Wir haben den Hahn ein wenig zugelehrt«, sagte Allen. Israel sollte keine Bilder mehr aus der Sowjetunion oder irgendeinem anderen Land außerhalb der 160-Kilometer-Zone bekommen. Richard Allen persönlich übermittelte Ariel Sharon im Herbst 1981 diese Botschaft. Der umstrittene israelische General, Hardliner und Kriegsheld war im August von der gerade wiedergewählten Regierung Begin zum Verteidigungsminister ernannt worden. Begin und Sharon reisten im September nach Washington, um im Weißen Haus Unterstützung für einen weitreichenden israelischen Plan zu suchen. Eine amerikanisch-israelische strategische Allianz gegen den gemeinsamen Feind Sowjetunion sollte geschmiedet werden. In einem israelischen Memorandum an Washington wurde daraufhingewiesen, die zwei Länder müßten »gegen die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit der Region kooperieren. Diese Bedrohung werde »von der Sowjetunion oder von sowjetisch beherrschten Kräften von außerhalb der Region in die Region hineingetragen«. Deshalb wollten die Israelis Reagans Einverständnis für folgende Punkte einholen:

- Vorsorgliche Stationierung amerikanischer Truppen;
- gemeinsame Nutzung von Flughäfen;
- gemeinsame Planung für militärische und politische Krisensituationen im Nahen Osten und am Persischen Golf und
- amerikanische Finanzierung einer Empfangsstation für die KH-11-Bilder in Tel Aviv.

Die israelischen Vorstellungen wurden in Amerika verständlicherweise als überzogen angesehen und zu Sharons Kummer in den Verhandlungen der nächsten Monate stark verwässert. Sharon bemühte sich besonders um die Empfangsstation und darum, daß nur Israel in der Lage sein sollte, die verschlüsselten Signale zwischen dem Satelliten und der Empfangsstation zu empfangen. Die Vereinigten Staaten wären dadurch in die unhaltbare Situation gekommen, daß sie nicht gewußt hätten, welche Nachrichten Israel von dem US-Satellitensystem empfangen hätte.

Sharohs Vorschlag war grotesk, und privat sagte Allen ihm das auch. »Das Gespräch verlief nicht gerade liebenswürdig«, erinnerte sich Allen. »Er fing an herumzumeckern, die amerikanische Hilfe sei nichts als ein Trostpflaster. Immer wieder sagte er: >Ihr wollt uns einfach abspesen. Wenn ihr das unter strategischer Allianz versteht, sind wir nicht interessiert..« Allen, ein großer Freund Israels, ließ sich dadurch nicht einschüchtern: »Ich hielt Sharon für einen Schwadronneur, der den Mund ziemlich voll nahm.«

Der Bombenangriff auf Osirak bewirkte keine entscheidende Veränderung in den amerikanisch-israelischen Beziehungen. Auch stellte niemand ernstlich die Frage, wozu Israel eigentlich so viele KH-11-Bilder von so vielen Weltgegenden brauche. Wegen dieses Bedürfnisses waren immerhin die amerikanisch-israelischen Beziehungen gefährdet worden. Trotz der vorübergehenden Aufregung über Israels Zugriff wurden keine Konsequenzen daraus gezogen, und die KH-11-Fotos kamen nach wie vor in israelische Hände. Aber ein paar weitreichende Veränderungen ergaben sich doch für Israel.

Die Franzosen waren auch die wichtigsten Lieferanten von nuklearem Material und Know-how an den Irak gewesen. Als Gegenleistung hatten sie Öl erhalten. Nun brachte sie der israelische Überfall in Verlegenheit. Verärgert versuchten ein paar Beamte aus Paris, sich zu rächen. Sie brachen das vereinbarte Stillschweigen, das sie lange Zeit gewahrt hatten, und redeten von einem anderen französischen nuklearen Engagement im Nahen Osten: der geheimen Zusammenarbeit mit Israel zur Entwicklung der israelischen Bombe.

Ariel Sharon sah sich nach dem Treffen im Kabinett in der Meinung bestätigt, die Vereinigten Staaten seien keine verlässlichen strategischen Verbündeten. Er wandte sich an einen israelischen Nachrichtendienst, den das Verteidigungsministerium kontrollierte und dessen Existenz geheimgehalten wurde. (Auch die Amerikaner wußten damals nicht viel über diese Organisation.) Dieser "Nachrichtendienst war in Kommunikationswege amerikanischer Dienste eingedrungen und fing Informationen höchster Geheimhaltungsstufe über den Nahen Osten und die Sowjetunion ab: ge-

nau jene Informationen, die Israel von den USA nicht mehr bekommen sollte. Ein amerikanischer Jude, der in US-Geheimdienstkreisen arbeitete, hatte diesem israelischen Nachrichtendienst einige Jahre zuvor seine Dienste angeboten. Er sollte bald dazu eingesetzt werden, sein Land für Israel auszuspionieren.

Es steht mit größter Wahrscheinlichkeit fest, daß kein Mitarbeiter des Weißen Hauses unter Ronald Reagan Sharons Bemühungen um eine KH-11-Empfangsstation in Tel Aviv in Zusammenhang mit Israels nuklearen Ambitionen brachte. Auch der Ad-hoc-Ausschuß, den William Casey nach Osirak eingerichtet hatte, um die Einhaltung des Abkommens von 1979 zur Weitergabe von Informationen zu überwachen, akzeptierte unbekümmert Israels Erklärung, warum es die Regeln gebrochen habe: Die verbotenen KH-11-Bilder der Sowjetunion habe es sich nur besorgt, um die Nachschubverbindungen zwischen der UdSSR und ihren Verbündeten Syrien und Irak zu überwachen.

Selbst in amerikanischen Geheimdienstkreisen hatten 1981 nur wenige begriffen, zu welchem Zweck Israel die Satellitenfotos von der Sowjetunion sammelte, und warum Sharon so erpicht auf den kontinuierlichen Zugriff auf dieses Material war: Israel war selbst eine Atommacht, die ihre Gefechtsköpfe und Raketen auf die Sowjetunion richten wollte.

## Der Wissenschaftler

Der wissenschaftliche Vater der israelischen Bombe, ihr J. Robert Oppenheimer, war ein schwächlicher, blasser, kettenrauchender Forscher namens Ernst David Bergmann, Sohn eines aus Nazi-deutschland geflohenen Rabbi.

Nach der Ausrufung des Staates Israel 1948 - und dem ersten arabisch-israelischen Krieg - machte sich Bergmann in der internationalen Wissenschaft einen Namen. Er wurde als hervorragender Fachmann auf dem Gebiet der organischen Chemie und als Direktor der chemischen Abteilung des Weizman-Instituts bekannt, der wichtigsten israelischen Forschungseinrichtung. Er war Vorsitzender der 1952 gegründeten israelischen Atomenergiekommission, und bei seinen wenigen öffentlichen Auftritten setzte er sich entschieden für die Erforschung der Atomkraft zu friedlichen Zwecken ein. Unablässig rauchend, tauchte er bei internationalen Konferenzen über die Atomforschung auf und versprühte Charme und Witz. Seine Intelligenz beeindruckte, und viele Menschen konnte er überzeugen, daß Israel Atomkraft brauchte, weil der Staat kein Öl von seinen arabischen Nachbarn kaufen konnte.

Bergmann erzählte 1947 seinen Freunden, die großen Phosphatlager in der Wüste Negev enthielten kleine, aber abbaubare Spuren von Uran. Innerhalb von zwei Jahren wurde am Weizman-Institut eine Abteilung für Isotopenforschung eingerichtet, und junge israelische Wissenschaftler wurden ins Ausland geschickt, um sich mit den neuen Forschungen auf den Gebieten Kernenergie und Nuklearchemie vertraut zu machen. Mit der entstehenden französischen Atomenergiekommission wurde ein gemeinsames Forschungsprogramm in die Wege geleitet. 1953 entwickelten israelische Forscher am Weizman-Institut ein neues Verfahren zur

Herstellung von schwerem Wasser, das zur Kontrolle nuklearer Kettenreaktionen gebraucht wird, und ersannen eine effektivere Methode zur Gewinnung von Uran aus den Phosphatlagern. Im November 1954 stellte sich Bergmann der israelischen Öffentlichkeit in einer Rundfunkansprache vor und berichtete vom israelischen Fortschritt bei der Atomforschung zu friedlichen Zwecken. Mit zweijähriger Verspätung gab er die Gründung der israelischen Atomenergiekommission bekannt. Im nächsten Jahr unterzeichnete Israel im Rahmen des *Atomsfor Peace-Programms* der Regierung Eisenhower mit den USA ein Abkommen zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der zivilen Nutzung der Atomenergie. Washington half bei der Finanzierung und Brennstoffversorgung eines kleinen Forschungsreaktors in Nahal Sorek südlich von Tel Aviv. Das Abkommen sah vor, daß die USA den Reaktor im Rahmen des Atomenergiegesetzes von 1954 inspizieren durften. Es verpflichtete Israel, das nukleare Material nicht zu militärischer Forschung zu verwenden, was durch Inspektionen überprüfbar sein sollte.

In diesen Jahren brüstete sich David Ben Gurion - Israels weißmähniger »Alter Mann«, der von 1948 bis 1963 (mit einer kurzen Unterbrechung) entweder Premierminister oder Verteidigungsminister war - Besuchern gegenüber wiederholt damit, Israel werde seinen eigenen Atomreaktor bauen und sein eigenes Uran und vor Ort hergestelltes schweres Wasser verwerten. Atomkraftwerke, versprach Ben Gurion, würden bald die Elektrizität und die Energie für die Meerwasserentsalzung liefern, mit denen man die Wüste Negev zum Blühen bringen könne.

Bergmann war es ernst mit seinem Traum von der friedlichen Nutzung der Kernkraft. Gleichzeitig aber stellte dieser Traum eine sehr wirksame Tarnung für seine Pläne zur Entwicklung der Bombe dar. Ben Gurion war für all dies verantwortlich, und an seiner Seite stand Shimon Peres, sein brillanter junger Protege, der erst dreißig Jahre alt war, als Ben Gurion ihn Ende 1953 in eine Spitzenposition des Verteidigungsministeriums berief. Die Öffentlichkeit erfuhr in Bergmanns Rundfunkansprache jedoch nicht, daß die israelische Atomenergiekommission Peres und dem Verteidigungsministerium direkt unterstellt war. Die *friedli-*

*ehe* Nutzung der Kernkraft war nicht Ben Gurions höchste Priorität - die Wüste sollte zuerst strahlen, bevor sie blühte. Diese drei Männer mußten einen ausländischen Verbündeten finden, der ihnen beim Bau der Bombe helfen würde. Außerdem hatten sie sofort begriffen, daß die Bombe auf privatem Wege von reichen amerikanischen und europäischen Juden finanziert werden mußte, die ihren Traum der endgültigen Abschreckungswaffe in israelischer Hand teilten. Nur so konnte der Bau der israelischen Bombe geheimgehalten werden.

Im Washington des Kalten Krieges ahnte man nichts von Israels Bemühungen um die Atombombe in den frühen fünfziger Jahren. Die Vereinigten Staaten waren mit dem Koreakrieg beschäftigt, mit den ökonomischen und sozialen Verhältnissen in Europa, mit der Stärke der Kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien, mit der befürchteten kommunistischen Subversion im eigenen Land und mit dem permanenten politischen Schlagabtausch mit der Sowjetunion.

Auch im Nahen Osten gab es Krisen. Ägyptens korrupter König Faruk wurde 1952 bei einem Putsch gestürzt, und 1954 wurde der neue radikale Führer Gamal Abd el Nasser Ministerpräsident. Die Briten, die mehr als siebzig Jahre in Ägypten präsent gewesen waren, und ebenso die Franzosen, zogen ihre Truppen aus Nordafrika ab. 1955 war die französische Regierung in drei Kolonien mit Rebellionen konfrontiert: in Marokko, Tunesien und Algerien. Marokko und Tunesien errangen 1956 ihre Unabhängigkeit, aber Algerien, dessen oppositionelle Nationale Befreiungsfront (FLN) von Nasser tatkräftig unterstützt wurde, entwickelte sich zu einem der gefährlichsten Krisenherde des Jahrzehnts. Der blutige Unabhängigkeitskrieg kostete 250 000 Menschenleben, brachte Frankreich in den nächsten fünf Jahren an den Rand der nationalen Katastrophe und inspirierte eine ganze Generation arabischer Revolutionäre im Nahen Osten.

Mit seiner Beschwörung eines Panarabismus verunsicherte Nasser auch die Israelis, die sich instinktiv an die USA wandten. Die amerikanischen Juden waren Israels Rettung: Viele hundert Millionen amerikanischer Dollars flössen jedes Jahr nach Israel. Ben

Gurion hatte jahrelang vergeblich versucht, mit Washington einen regionalen Sicherheitspakt abzuschließen, um unter den atomaren Schutzschild der Amerikaner zu gelangen. Israel hatte die amerikanische Position im Koreakrieg öffentlich unterstützt und war auf der Ebene der Geheimdiplomatie noch einen Schritt weitergegangen: Ben Gurion erbot sich, israelische Truppen zum Kampf auf Seiten der UNO-Truppen in Südkorea zu entsenden.<sup>1</sup> Präsident Harry Truman lehnte ab, da er offenbar fürchtete, sich in ein Sicherheitsarrangement mit Israel zu verstricken. Die Vereinigten Staaten, England und Frankreich hatten sich in ihrem Dreimächteabkommen von 1950 auf den Status quo im Nahen Osten verpflichtet. Weder die islamischen Staaten noch Israel sollten massiv mit militärischem Gerät versorgt werden. 1953 kam die Regierung Eisenhower an die Macht. Auch sie bekundete nicht die Absicht, an dieser Politik etwas zu ändern. Dennoch versuchte Israel, eine Art *special relationship* mit Präsident Eisenhower herzustellen, allerdings ohne Erfolg. Mitte der fünfziger Jahre gingen jahrelange Gespräche mit Washington über ein Abkommen zur bilateralen Sicherheit ergebnislos zu Ende. Einmal erwog Ben Gurion — wie er seinem Biographen Michael Bar-Zohar erzählte —, Eisenhower die Errichtung amerikanischer Militärstützpunkte in Israel anzubieten. Im Gegenzug sollte Israel eine amerikanische Sicherheitsgarantie bekommen. Aber die Gespräche gerieten ins Stocken, und die Idee wurde fallengelassen. Auch verschiedene Bemühungen, Kampfflugzeuge und andere Waffen in Amerika zu kaufen, blieben erfolglos. Eisenhower hielt sich während seiner achtjährigen Präsidentschaft im Prinzip an das 1950 beschlossene Waffenembargo gegen Israel. Als Folge davon verringerte sich der amerikanische Einfluß im Nahen Osten, und Washington verpaßte die Gelegenheit, auf die israelische Außenpolitik einzuwirken. Das kam den Juristen von der Wall Street in der Umgebung Eisenhows sehr gelegen, denn sie fürchteten, Waffenverkäufe an Israel könnten die Ölversorgung der USA gefährden.

Von Ben Gurions engsten Beratern wissen wir, daß er in diesen Jahren unter dem Alptraum eines zweiten Holocaust litt, diesmal durch die Araber. Israels einzige Sicherheit, predigte Ben Gurion

wiederholt, liege in seinem Selbstvertrauen und seiner Selbstverteidigung. »Was ist Israel?« wurde er von einem Berater zitiert. »Nur ein kleiner Fleck. Ein Pünktchen auf der Landkarte! Wie kann es mitten in dieser arabischen Welt überleben?« Ben Gurion glaubte, den arabischen Charakter zu verstehen, und war überzeugt davon, daß es so lange keinen Frieden und keine Anerkennung für Israel geben werde, wie die Araber glaubten, sie könnten den Judenstaat zerstören. Viele Israelis, die den Holocaust überlebt hatten, waren überzeugt, daß es keine Alternative zum Bau der Bombe gebe. In ihrem Weltbild war Israel von unversöhnlichen Feinden umgeben und hatte deshalb keine andere Wahl, als sich offensiv zu wehren. Hitler und Nasser waren für sie nahezu auswechselbare Figuren.

Deshalb hielten sie ein Atomwaffenarsenal für unabdingbar. Ben Gurion wies in den fünfziger Jahren in öffentlichen Reden immer wieder auf den Zusammenhang zwischen der Sicherheit Israels und dem wissenschaftlichen Fortschritt in seinem Land hin. »Unsere Sicherheit und unsere Unabhängigkeit erfordern, daß sich mehr junge Leute der wissenschaftlichen Forschung auf den Gebieten der Nuklear- und Solarenergie, der Elektronik und so weiter widmen-, sagte er vor der Knesset, dem israelischen Parlament, im November 1955. Zwei Jahre später äußerte Ernst Bergmann diese Überlegungen ganz explizit in einem Brief: »Ich bin überzeugt davon, ... daß der Staat Israel ein eigenes militärisches Forschungsprogramm braucht, damit wir nie wieder wie Lämmer zur Schlachtbank geführt werden.« Ben Gurion, Shimon Peres und Ernst Bergmann glaubten, Israels autonome Rüstungspolitik könne schließlich garantieren, was Präsident Eisenhower nicht garantieren wollte - einen atomaren Schutzschild.

Kein Außenstehender - weder aus der internationalen Wissenschaft, noch der israelischen Öffentlichkeit, noch aus amerikanischen Geheimdienstkreisen - konnte erkennen, welche Bedeutung zwei andere Bereiche hatten, die Bergmann Anfang der fünfziger Jahre in der Regierung unterstellt waren. Er war wissenschaftlicher Berater des Verteidigungsministers und Forschungs-

und Planungsdirektor des Verteidigungsministeriums. Nur die Israelis, in deren Zuständigkeitsbereich diese Posten lagen, wußten, daß Bergmann als kompromißloser und tatkräftiger Befürworter von Atomwaffen - zusammen mit den Franzosen - direkt dafür verantwortlich war, daß es Israel bis Ende der sechziger Jahre zu einer Atommacht bringen konnte. Bergmann und die Franzosen machten sich in der Wüste Negev an die Arbeit und hielten ihre Tätigkeit geheim - so wie Robert Oppenheimer und seine Kollegen das Manhattan-Projekt in der Wüste bei Los Alamos geheimgehalten hatten.

Der junge Bergmann hatte die Welt der Atome Anfang der zwanziger Jahre als Student der organischen Chemie am Emii-Fischer-Institut der Universität Berlin kennengelernt. Einer von Bergmanns Kollegen in Berlin war der Österreicher Herman Mark, später ein bekannter Chemiker und Dekan des Brooklyn Polytechnic Institute. Im Lauf seiner Karriere veröffentlichte er zwanzig Bücher und mehr als fünfhundert Artikel über Polymere. (Sein Sohn Hans diente in der Regierung Carter in hoher Funktion in der Administration der Luftwaffe.)<sup>2</sup> -Wir waren keine Theoretiker«, erinnerte sich Herman Mark. -Wir wollten Dinge herstellen. Kunststoffe waren für uns das Entscheidende. Zuerst muß man etwas herstellen, das sonst noch keiner hat - und dann kann man es benutzen.« In Berlin arbeiteten Bergmann und Mark zusammen und veröffentlichten gemeinsam Artikel über die chemischen Strukturen von Gummi, Farbe und Klebstoffen.

Bergmanns Vater war ein wichtiger Berliner Rabbi und enger Freund Chaim Weizmans, des russisch-jüdischen Biochemikers und Zionisten, der damals in England lebte. 1933 machten die Nazis es Bergmann und allen anderen Juden mit einer Reihe durchgreifender Verordnungen unmöglich, weiterhin in Deutschland wissenschaftlich zu arbeiten. Weizman holte den jungen Bergmann zu sich nach England an die Universität von Manchester, wo Bergmann seine Forschungen über Kunststoffe fortsetzte und wieder enge Verbindungen mit den Wissenschaftlern unterhielt, die sich mit der Spaltung des Atoms beschäftigten. (Wie Weizmann machte auch Bergmann Frederick Alexander Linde-

mann auf sich aufmerksam, den späteren Lord Cherwell, einen deutschstämmigen Wissenschaftler aus Oxford, der in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg Winston Churchills höchster wissenschaftlicher Berater wurde.)

Über den Beitrag Bergmanns zur militärischen Forschung der Briten ist wenig bekannt. In diesen Jahren wurde er zum ersten Mal mit militärischen Fragen zu Palästina konfrontiert. In einer Biographie Weizmans ist zu lesen, die Hagana, der militärische Arm der zionistischen Bewegung in Palästina, habe Weizman 1936 gebeten, einen Chemiker zu nennen, der einen wirksamen Sprengstoff zum Einsatz im Untergrundkampf gegen Araber und Briten herstellen könne. Unter den klimatischen Bedingungen des Nahen Ostens war der Einsatz von Dynamit viel zu gefährlich. Weizman betraute Bergmann mit der Angelegenheit. Er entwickelte den Sprengstoff und wurde Mitglied des technischen Komitees der Hagana. Bergmann soll 1939 für die Hagana nach Paris gereist sein. Dort habe er mit den Franzosen, deren Truppen damals in Nordafrika operierten, Erfahrungen ausgetauscht. Kurz nach dem deutschen Überfall auf Polen im Herbst 1939 verließ Bergmann England. Wieder hatte sich Weizman für ihn eingesetzt und ihm bei alten Freunden, die in Philadelphia ein Chemielabor besaßen, Arbeit verschafft. Das ging aber nicht gut, und ein anderer alter Freund aus Deutschland, Herman Mark, kam ihm zu Hilfe. »Er konnte sich nicht richtig entfalten. Also luden wir ihn nach Brooklyn ein.« Mark hatte Europa 1938 verlassen müssen und landete bei einer kanadischen Papierfirma in Ontario, für die er wissenschaftlich arbeitete. 1940 leitete er ein Labor am Polytechnic Institute of Brooklyn; zwei Jahre später war er Dekan der Fakultät und verwandelte das Institut in eine Zuflucht für jüdische Flüchtlinge, zu denen auch Chaim Weizman gehörte. »Die ganze Bande kam nach Amerika«, sagte Mark. Zum Zeitpunkt der Interviews für dieses Buch war Herman Mark das einzige (bekannte) noch lebende Mitglied dieser »Bande«.

Nach Hitlers Niederlage stand für Bergmann die letzte Etappe seiner Wanderschaft an: Er zog nach Palästina, um beim Aufbau des späteren Weizman-Instituts in Rehovot südlich von Tel Aviv mit-

zuhelfen. Der Ehrgeiz der Israelis kannte anscheinend keine Grenzen. Oppenheimer und seine Kollegen vom Manhattan-Projekt, darunter auch John von Neumann, der Mathematiker und Computerpionier, wurden - erfolglos - von Weizman schon im Jahr 1947 umworben und dann immer wieder gebeten, in Israel wissenschaftlich zu arbeiten.<sup>3</sup>

Weizman wollte Bergmann gleich zum Leiter des Instituts machen, aber Weizmans Frau Vera widersetzte sich diesem Plan aus dem ältesten aller Gründe: Es mißfiel ihr, daß Bergmann seit längerem eine Affäre mit der Privatsekretärin ihres Mannes hatte.<sup>4</sup> Statt dessen wurde Bergmann zum Leiter der Abteilung Organische Chemie ernannt. Vielleicht konnte er sich damit trösten, wie exzellent seine Kollegen waren: Amos Deshalit, der Leiter der Abteilung Physik, war ein Quantenforscher vom Rang eines Oppenheimer oder Niels Bohr. Der Leiter der anorganischen Chemie hieß Aharon Katchalsky (später Katzir) und war ein Spezialist für die elektrolytischen Eigenschaften von Kettenmolekülen. (Wie Bergmann führte Katzir ein Doppelleben: Bis zu seinem Tod 1972 war er insgeheim für das inzwischen florierende israelische Kernwaffenprogramm aktiv.) Nach Israels Unabhängigkeit im Jahr 1948 kam Bergmann auf Wunsch Ben Gurions ins Verteidigungsministerium, wo er unter Shimon Peres das erste israelische Institut für militärische Forschung gründete. Mehr als vierzig Jahre später erzählte Peres einem israelischen Zeitungsreporter, Bergmann habe schon 1948 ständig davon gesprochen, daß Israel Raketen haben müsse. »Vielleicht bin ich in hundert Jahren bereit, die volle Wahrheit über ihn zu sagen«, meinte Peres. »Wir haben dreizehn Jahre lang zusammengearbeitet, und das waren vielleicht die besten Jahre meines Lebens.«

Ohne Bergmann, behauptete Mark, hätte es keine israelische Bombe gegeben: »Er war für alles in Israel zuständig, was mit Kernkraft zu tun hatte. Er verstand sie (die Kernspaltung) vollkommen und erklärte sie dann anderen.« Nach dem Zweiten Weltkrieg pendelte Herman Mark ständig zwischen Brooklyn und Israel hin und her, saß in Planungsausschüssen und arbeitete als wissenschaftlicher Ratgeber für das noch junge Weizman-Institut.

Er hielt weiterhin Kontakt mit Bergmann und war wie dieser der Meinung, israelische Forschung zu Kernwaffen sei unerlässlich: »Wir dachten beide, Israel müsse letzten Endes über den vollen Kenntnisstand in der Nuklearphysik verfügen. Wissen Sie, in Los Alamos war eine neue Art von chemischer Reaktion entdeckt worden. Ob es sich nun um ein Kraftwerk oder eine Bombe handelt - es ist in jedem Fall eine Kernspaltung.« Nachdem Bergmann 1966 gezwungen worden war, den Staatsdienst zu verlassen, wies er in einem Interview mit einer israelischen Zeitung auf denselben Punkt hin: »Man muß begreifen, daß man durch Entwicklung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken auch die Option auf die Kernwaffe bekommt. Es gibt nicht zwei verschiedene Atomenergien.« Niemals sprach Bergmann offener über die Bombe als in diesem Interview neun Jahre vor seinem Tod. »Bergmann war mit Recht darauf bedacht«, sagte Mark, »daß nicht zuviel geredet wurde. Es war streng geheim, genau wie das Manhattan-Projekt.«

Aber Bergmann hatte auch bei einer früheren Gelegenheit etwas von seinem Wissen preisgegeben. Abraham Feinberg, ein wohlhabender New Yorker Geschäftsmann und glühender Befürworter der Souveränität Israels, gehörte zu den engsten Vertrauten und Verbündeten Ben Gurions in den USA. Ende der vierziger Jahre spielte Feinberg eine wichtige und äußerst diskrete Rolle als Geldbeschaffer und Lobbyist für Israel und für die Demokratische Partei. In den nächsten zwei Jahrzehnten operierte er auf höchster Ebene zwischen Washington und Jerusalem. Im Herbst 1947 war Bergmann in New York und besuchte wie gewöhnlich mit Abe Feinberg und seiner Familie Freitag abends den Gottesdienst in der Synagoge. Anschließend traf sich die Gruppe meistens in Feinbergs Wohnung. »Bergmann hatte ständig Hunger«, erinnerte sich Feinberg. »Er freute sich immer auf die Rühreier, die meine Frau ihm machte.« Eines Abends hätten »Bergmanns Augen geleuchtet, und er sagte: -In der Wüste gibt es Uran.« Feinberg verstand sofort, was Bergmann damit sagen wollte, nämlich daß jetzt der Weg frei sei für die Entwicklung der israelischen Atombombe. Er wunderte sich über Bergmanns Offenheit und ließ ihn nicht weitersprechen.

Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre waren Israels Bedürfnisse nahezu identisch mit denen Frankreichs. Beide Länder waren weit davon entfernt, über die technischen Möglichkeiten zum Bau der Bombe zu verfügen, und in beiden Ländern gab es keinen internen Konsens darüber, ob der Besitz der Bombe überhaupt wünschenswert sei.

Ben Gurion, Peres und Bergmann mußten über die Jahre viel Zeit und Energie für Auseinandersetzungen über das Atomwaffenprogramm innerhalb der israelischen Regierung aufbringen. Die meisten wichtigen Mitglieder der regierenden Arbeitspartei (Mapai) hielten eine israelische Bombe für selbstmörderisch und zu teuer; sie erinnerte sie an die Schrecken, die den Juden im Zweiten Weltkrieg widerfahren waren.

In Frankreich drehte sich die Debatte um den Kalten Krieg. Frederic Joliot-Curie, Nobelpreisträger und Hochkommissar der französischen Atomenergiekommission, hatte vor dem Krieg wichtige Forschungen in der Kernphysik gemacht, war aber Mitglied der Kommunistischen Partei, die sich einer Beteiligung Frankreichs an der Nato und jeder französischen Atombewaffnung widersetzte. 1950 unterzeichnete er als erster den (von Moskau lancierten) Stockholmer Appell, in dem ein Verbot aller Kernwaffen gefordert wurde. Französische Wissenschaftler hatten zwar vor dem Krieg entscheidende Beiträge zur Kernforschung geleistet. Dennoch war ihnen bei den amerikanischen und britischen Bombenprogrammen des Zweiten Weltkriegs keine große Rolle zugestanden worden, und aufgrund der Politik Joliot-Curies blieb Frankreich isoliert. Joliot-Curie wurde nach seiner Unterzeichnung des Stockholmer Appells entlassen. Seine Nachfolger waren Pierre Guillaumat, der im Krieg beim geheimen französischen Nachrichtendienst gearbeitet hatte, und Francis Perrin, ein Mitarbeiter Joliot-Curies, der 1939 als erster eine Formel zur Berechnung der kritischen Masse des Urans veröffentlicht hatte. (Die kritische Masse ist die zur Auslösung einer nuklearen Kettenreaktion erforderliche Menge.) Die Franzosen mußten ohne amerikanische Hilfe weiterarbeiten, da die Amerikaner glaubten, die französische Atomenergiekommission sei von sowjetischen Agenten unterwandert.

Perrin war auch für die französisch-israelischen Kontakte wichtig. Er war Sozialist und nach der deutschen Invasion 1940 aus Frankreich nach England geflohen. Bei welcher Gelegenheit er Bergmann kennenlernte, ist nicht bekannt, aber sie wurden Freunde, und Perrin reiste 1949 nach Tel Aviv. Nach diesem Besuch durften einige israelische Wissenschaftler das neue französische Atomforschungszentrum in Saclay bei Versailles besuchen und sich am Bau des kleinen Versuchsreaktors von Saclay beteiligen. Das war für die Kernkraftspezialisten beider Länder eine lehrreiche Erfahrung.

In einem unveröffentlichten Interview mit einem amerikanischen Doktoranden sprach Bergmann darüber, was er, Ben Gurion und Peres von den französisch-israelischen Kontakten erwarteten: »Wir waren der Auffassung, Israel müsse ... mit einem Land zusammenarbeiten, das technisch auf einem vergleichbaren Stand war. Das Wichtigste war die Ausbildung der israelischen Fachleute. Erst dann konnten wir genau beurteilen, welche Art von Zusammenarbeit wir suchen und welchen Beitrag wir zu einer gemeinsamen Unternehmung leisten müßten — und zwar beides in Abhängigkeit von Israels Möglichkeiten und Ressourcen. Diese Zusammenarbeit sollte auf keinen Fall in eine Einbahnstraße führen.«

Eine für Frankreich und deshalb auch für Israel wichtige Entscheidung fiel 1951. Guillaumat genehmigte trotz der Bedenken Perrins den Bau eines mit Natururan beschickten Reaktors, der nach der chemischen Wiederaufbereitung jährlich ungefähr zehn Kilogramm waffenfähiges Plutonium produzieren konnte. Die Kettenreaktion sollte mit Graphit moderiert werden - eine Methode, die in den riesigen, plutoniumproduzierenden Reaktoren in den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eingesetzt wird. In der Nähe von Limoges in Zentralfrankreich waren einige Jahre zuvor große Vorkommen von Natururan gefunden worden, und diese Entdeckung machte es Guillaumat und Perrin leicht, eine andere Möglichkeit zur Versorgung des Reaktors mit Brennstoff nicht weiter in Betracht zu ziehen: die Verwendung von künstlich angereichertem Uran. Angereicherte Brennstoffe hätten, sofern sie überhaupt verfügbar gewesen wären, eingeführt werden müs-

sen. Die französischen Wissenschaftler waren damals noch nicht in der Lage, Natururan anzureichern. Aber die Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten und die unvermeidbaren internationalen Kontrollen wären der atomaren Autarkie Frankreichs im Wege gewesen, und damit dem wichtigsten Ziel der französischen Atompolitik. »Frankreich«, schrieb Charles de Gaulle in seinen Memoiren aus dem Zweiten Weltkrieg, »ist nur Frankreich, wenn es Größe hat.« Die Entscheidung, waffenfähiges Plutonium zu produzieren, mußte Frankreich über kurz oder lang in die Lage versetzen, die Atombombe zu bauen. Guillaumat, Perrin und die Israelis mußten das wissen, aber die französische Öffentlichkeit und die Führungskräfte des französischen Militärs wußten nichts davon.

Ein Jahr später wurde in Marcoule im südlichen Rhonetal mit dem Bau begonnen. Saint-Gobain Techniques Nouvelles (SGN), ein großer Chemiekonzern, bekam den Auftrag, auf dem Gelände von Marcoule eine chemische Wiederaufbereitungsanlage zu errichten. Solche Anlagen sind für den Bau der Bombe unerlässlich. Wenn das Natururan im Reaktor abgebrannt wird, zerfällt es in Uran, Plutonium und hochgiftigen Atommüll. Die abgebrannten Brennelemente müssen transportiert, gekühlt und dann chemisch behandelt werden, bevor das reine Plutonium chemisch abgetrennt werden kann. Diese Vorgänge können nur ferngesteuert und in einer eigens dafür gebauten abgeschlossenen Anlage ablaufen. Eine solche Wiederaufbereitungsanlage braucht sehr aufwendige und teure Schutzvorrichtungen für die Bedienungsmannschaften.

Bergmanns Leute konnten zu all dem etwas beitragen. Wieder flammte in Israel der Streit auf über das ständig anwachsende israelische Engagement in Frankreich. Aber Ben Gurion blieb hart. »Im Jahr 1952«, sagte Shimon Peres zu einem israelischen Reporter, »stand ich ganz alleine da mit meinem Ziel, die israelische Kernwaffenoption durchzusetzen. Ich fühlte mich schrecklich. Alle waren gegen mich - nur Ben Gurion sagte: 'Warte nur ab, es wird in Ordnung gehen.« Manche sagten zu Ben Gurion: 'Hören Sie nicht auf Shimon; er und Bergmann phantasieren doch nur. Israel wird nie in der Lage sein, ein Projekt wie dieses durchzu-

ziehen. Kaufen Sie doch lieber von den Kanadiern oder den Amerikanern.- Aber ich wollte mich an die Franzosen halten, weil Bergmann bei den französischen Kernkraftexperten sehr angesehen war.«

Französische Beamte revanchierten sich für das israelische Vertrauen: Nur israelische Wissenschaftler bekamen die ganze geheime Nuklearanlage in Marcoule zu sehen. Israelis durften sich dort »nach Belieben« umsehen. Ein naheliegender Grund für diese Generosität war die herausragende Fachkompetenz der Israelis auf dem Gebiet der Computertechnologie. Die Franzosen blieben während des ganzen nächsten Jahrzehnts - der erste französische Atomtest fand 1960 statt - von israelischem Computerwissen abhängig. Ein zweiter Grund für die Präsenz der Israelis in Marcoule war emotionaler Natur: Viele französische Beamte und Wissenschaftler hatten in der Resistance gearbeitet, und der Holocaust hatte sie emotional sehr stark berührt. Und schließlich waren viele führende französische Kernphysiker Juden und entschiedene Befürworter des neuen jüdischen Staates, der sich - zu ihrer Freude - zum engsten Verbündeten Frankreichs im Nahen Osten entwickelte.

Kein Franzose hatte stärkere emotionale Bindungen an Israel gehabt als der Nuklearchemiker Bertrand Goldschmidt. Im Zweiten Weltkrieg hatte er zu den wenigen französischen Wissenschaftlern gehört, die - obwohl Ausländer - direkt an der amerikanischen Nuklearforschung beteiligt wurden. Er war Fachmann für Plutonium und Plutoniumgewinnung geworden und hatte beim Bau eines Versuchsreaktors mitgeholfen, der mit Natururan beschickt und mit schwerem Wasser moderiert wurde. Als hervorragender Chemiker hatte er nach dem Krieg das Angebot bekommen, beim amerikanischen Atombombenprogramm weiterzuarbeiten. Aber er zog es vor, nach Frankreich zurückzukehren und Mitglied der französischen Atomenergiekommission zu werden. Nach intensiven Verhandlungen gaben amerikanische Sicherheitsbeamte ihm die Erlaubnis, weigerten sich aber, ihn aus der Geheimhaltungspflicht zu entlassen, die er im Krieg eingegangen war. »Es herrschte stillschweigendes Einvernehmen darüber«, schrieb Goldschmidt später, -daß wir unser Wissen zum Nutzen Frankreichs anwenden

konnten, indem wir unseren Forschungsteams Informationen weitergaben; aber nur in dem Umfang, wie es für unsere Arbeit notwendig war, und wir durften nichts veröffentlichen. Das war ein vernünftiger Kompromiß« - um den sich bald niemand mehr kümmerte.

Goldschmidt war ein Jude, dessen Familie wie viele jüdische Familien in Europa im Krieg gelitten hatte. Seine Heirat verstärkte seine Bindungen zu Israel. Seine Frau entstammte der Bankiersfamilie Rothschild, die für Israel und die jüdische Sache achtstellige Dollarsummen stiftete. Goldschmidt und seine Frau waren in den frühen fünfziger Jahren nach Israel gepilgert. Ernst Bergmann hatte sie zu einem denkwürdigen Treffen mit Ben Gurion in dessen Fachwerkhäuser in der Wüste Negev mitgenommen.<sup>1</sup> Inzwischen arbeitete Goldschmidt als chemischer Direktor für die Atomenergiekommission; in den siebziger Jahren wurde er dann zum allgemein geachteten französischen Gegner der Proliferation von Atomwaffen und äußerte sich auch zu anderen internationalen Themen, die mit Kernenergie zu tun hatten. Er gehörte auch zu den wenigen Außenstehenden, die in den sechziger Jahren den fertiggestellten Reaktor von Dimona besichtigen durften - damals ein klassisches Beispiel für die nach internationalem Recht illegale Verbreitung der Atomtechnologie. »Wir haben ihnen (den Israelis) nicht direkt geholfen«, sagte Goldschmidt Jahre später. »Wir haben ihnen nur unsere Forschungsergebnisse mitgeteilt, ohne zu wissen, wohin das führen würde. Wir wußten selbst nicht, wie schwierig das werden würde.« Was man verstehen müsse, setzte er betreten hinzu, sei der Umstand, daß »der Besitz einer Atomwaffe in den fünfziger und sechziger Jahren als etwas Gutes betrachtet wurde, wozu einem gratuliert wurde. Es war keine Schande wie heute.«

Bis 1953 gelang es den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Weizman-Instituts, einen verbesserten Ionenaustauschmechanismus zur Herstellung von schwerem Wasser und ein effektiveres Verfahren zum Uranabbau zu entwickeln.<sup>6</sup> Beide Ideen wurden nach Frankreich verkauft. Das führte zu einem formellen Kooperationsabkommen auf dem Gebiet der Kernforschung, das von den

beiden Staaten unterzeichnet wurde. Goldschmidt erinnerte sich, daß Bergmann selbst nach Frankreich kam, um den Verkauf des Abbaufahrens mit Pierre Guillaumat auszuhandeln. Er verlangte einhundert Millionen Francs dafür, weigerte sich aber, es im voraus im einzelnen zu beschreiben, um seinen Wert nicht zu schmälern. Die Verhandlung geriet ins Stocken. Goldschmidt berichtete weiter: »Schließlich sagte Guillaumat zu mir: >Ich habe den größten Respekt vor diesen Leuten', und dann wurde gefeilscht.« Bergmann ließ sich auf sechzig Millionen Francs herunterhandeln. Israel arbeitete mit Frankreich bei Atomgeschäften weiterhin auf einer Cash-and-carry-Grundlage zusammen.

# 3

## Die French Connection

Ende 1953 zog sich Ben Gurion desillusioniert in seinen Wüstenkibbuz in Sdeh Boker in der Nähe der späteren Anlage von Dimona zurück. Er glaubte, die israelische Gesellschaft sei im Begriff, ihren Pioniergeist und ihren Gemeinschaftssinn zu verlieren. Zur Wiederbelebung dieser Ideale wollte er ein Beispiel geben, indem er sich mit seiner Frau wieder in der Wüste niederließ. Aber die politische Kontrolle über seine Mapai-Partei gab er - wie ein Mafiaboß - keinen Augenblick aus der Hand, und die Regierung hielt er nach wie vor am Zügel. Ben Gurion ließ sich nicht von einem, sondern von zwei Nachfolgern ersetzen. Er sorgte dafür, daß die Ämter des Premier- und des Verteidigungsministers, die er bisher beide innegehabt hatte, nun getrennt wurden. Moshe Sharett ernannte er zum neuen Premierminister. Ben Gurion und Sharett hatten völlig unterschiedliche Positionen zur arabischen Frage. Sharett hatte als Kind in einem Araberdorf gelebt, sprach (im Gegensatz zu Ben Gurion) arabisch und glaubte, daß Frieden mit den Arabern möglich sei, aber nur durch militärische Selbstbeschränkung und unter Einbeziehung der Vereinten Nationen. Als Premierminister führte er geheime Friedensverhandlungen mit Nasser.

Bevor er sein Amt niederlegte, designierte Ben Gurion Pinhas Lavon zum neuen Verteidigungsminister. Lavon verfocht den Arabern gegenüber einen härteren Kurs als Sharett. Ben Gurion hatte offenbar die Absicht, ein Gegengewicht zu Sharett zu schaffen. Außerdem sorgte er dafür, daß Moshe Dayan, ebenfalls ein Hardliner, neuer Generalstabschef der israelischen Armee wurde. Chef des Verteidigungsministeriums blieb Shimon Peres: ein wohlbekannter Günstling Ben Gurions. In bezug auf die nukleare Frage konnte sich Ben Gurion auf

Sharett verlassen. Aus Sharetts umfangreichen, bisher in englischer Sprache nur unvollständig veröffentlichten persönlichen Tagebüchern geht hervor, daß er den Ehrgeiz des alten Mannes für das »Unternehmen« teilte. Bergmann gegenüber war er allerdings mißtrauisch. In einem typischen Eintrag bezeichnete er Bergmann als Chemiker, der »völlig in Forschung und Lehre vertieft« sei und »das 'Problem- nicht überschauen« könne. »Problem« war eines von vielen Synonymen für die Bombe. »Bergmanns geringe organisatorische Fähigkeiten«, schrieb Sharett, »beschränken und stören die Perspektiven des 'Unternehmens- und hemmen seine Entwicklung.«

Die Lösung der arabischen Frage war in den nächsten Jahren allerdings das wichtigste Thema, und es traten unvermeidliche Spannungen auf, als Dayan und Peres, die fast ständig in Kontakt mit Ben Gurion in seinem Kibbuz standen, Sharetts »Tauben-Politik und seine geheimen Gespräche mit den Ägyptern zu unterlaufen versuchten. Mitte 1954 gab es einen Skandal: Die ägyptischen Behörden hoben einen israelischen Spionagering aus, der im Lauf des Jahres Bombenattentate und andere Sabotageakte gegen amerikanische, britische und ägyptische Einrichtungen verübt hatte. Die Sache wurde als die »Lavon-Affäre« bekannt. Ziel der Anschläge war es gewesen, die schwebenden britischen und amerikanischen Verhandlungen mit der Regierung Nasser platzen zu lassen und die möglichen Annäherungen, die sich hätten ergeben können, zu verhindern. Bei einer internen israelischen Untersuchung konnte nicht geklärt werden, wer den Befehl für die Sabotageakte gegeben hatte. Sharett hatte nichts davon gewußt; im Januar 1955 nahm er Lavons Rücktrittsgesuch an. Ein paar Tage später wurde Ben Gurion aus dem Ruhestand zurückgerufen und nahm Lavons Platz auf dem Stuhl des Verteidigungsministers ein.<sup>1</sup> Sharett blieb Premierminister, aber es gab keinen Zweifel daran, wer in der Regierung das Heft in der Hand hielt. Die erste öffentliche Aktion des Alten Mannes sollte die Moral der Armee und das Vertrauen der Bürger in die Regierung wiederherstellen. Bei seinem Amtsantritt war er überzeugter denn je, daß eine Politik militärischer Repressalien notwendig war. Jede Einmischung in die militärische Planung, warnte er Sharett schriftlich,

würde ihn dazu zwingen, wieder zurückzutreten und Neuwahlen anzuberaumen. Sechs Tage nach seinem Amtsantritt, am 28. Februar 1955, reagierte Ben Gurion auf eine Grenzverletzung durch palästinensische Guerillas (Fedajin) mit einem großangelegten Vergeltungsschlag gegen das ägyptische Militärlager in Gaza. Bei dem israelischen Angriff wurden sechshunddreißig Ägypter und Palästinenser getötet. Die Operation wurde von Oberstleutnant Ariel Sharon geleitet. Sharon war für sein militärisches Können und seine Brutalität schon damals berüchtigt. Nach dem Angriff auf Gaza eskalierten die Grenzgeplänkel fast zu einem Guerillakrieg. Die arabischen Verluste waren viermal höher, als Sharett von den Militärs angekündigt worden war. Die geheimen Kontakte zwischen Sharett und Nasser wurden abgebrochen, und die Ägypter beschlossen, ihre Fedajin-Angriffe vom Gazastreifen aus zu verstärken. Der israelische Historiker Avi Shlaim schrieb, Sharett habe die daraufhin zunehmenden Grenzkonflikte im Gazastreifen als die »unvermeidliche Folge« des Überfalls vom 28. Februar betrachtet. Ben Gurion dagegen sah sie »als Zeichen wachsender ägyptischer Kriegslüsterheit, die eine prinzipielle Bedrohung der israelischen Sicherheit darstellen wird, wenn man ihr nicht Einhalt gebietet«. Als die Spannungen zunahmen, wandte sich Nasser an die kommunistische Welt um Hilfe. Im April 1955 reiste er nach Bandung zur Konferenz asiatischer und afrikanischer Nationen und erhielt von Chou En-lai, dem chinesischen Premierminister, die Zusage, die Ägypter könnten so viele Waffen kaufen, wie sie bezahlen könnten. Im Juli traf eine sowjetische Delegation in Kairo ein und bot militärische Hilfe an. Im September gab Nasser bekannt, daß Ägypten die schwindelerregende Menge von 200 modernen sowjetischen Kampfflugzeugen, 230 Panzern, 200 Truppentransportflugzeugen und mehr als 500 Geschützen erhalten werde. Auch sowjetische Berater wurden zugesagt. In Israel machte sich Bestürzung breit. Der dritte Tempel Israels war in Gefahr.<sup>2</sup> Ben Gurion bekam zu diesem Zeitpunkt immer noch keine amerikanische Unterstützung. Jetzt wandte er sich an die Franzosen. Die Israelis wollten mehr als Artillerie. Und die Franzosen hatten etwas, das den israelischen Wünschen entsprach.

Ende 1954 hatte die Koalitionsregierung unter Pierre Mendes-France (eine der vierzehn Koalitionen, von denen die chaotische Vierte Republik regiert wurde) die Genehmigung für die Bildung einer Kernwaffen-Planungsgruppe innerhalb der Atomenergiekommission erteilt. Damit hatten höhere Beamte des Verteidigungsministeriums zum ersten Mal mit Kernkraft zu tun. Viele französische Militärs waren einem unabhängigen atomaren Abschreckungspotential mit Skepsis begegnet, aber diese Einstellung änderte sich, als Ho Chi Minh die Franzosen im Jahr 1954 bei Dien Bien Phu in Nordvietnam besiegte, und der französische Kolonialismus in den nordafrikanischen Unabhängigkeitskriegen zusammenbrach. Vielen Franzosen wurde schmerzlich bewußt, daß sich Frankreich zum Schutz rein französischer Interessen nicht auf seine Nato-Verbündeten verlassen konnte. Das galt besonders für Algerien, wo die Aufständischen Blutbäder in den Kasbas und in der Wüste anrichteten.

Im Januar 1955 fand wieder ein Regierungswechsel statt. Die neue sozialistische Regierung unter Guy Mollet verfocht im Algerienkrieg eine viel härtere Linie gegenüber Nasser und anderen arabischen Führern, die den Rebellen Unterstützung leisteten. Israel hatte einen intensiven Guerillakrieg gegen Ägypten geführt und wurde nun allgemein als verlässlicher Verbündeter Frankreichs betrachtet. Noch im selben Jahr erklärte sich Mollet bereit, heimlich modernste Bomber an Israel zu verkaufen; das Geschäft wurde von Shimon Peres arrangiert und zwischen den beiden Verteidigungsministerien abgewickelt. Es gab keinerlei diplomatische Honneurs und keine Beteiligung der beiden Außenministerien. Zwölf Jahre lang wurden nun Waffen von Frankreich nach Israel geliefert.

Israel erklärte sich im Gegenzug bereit, nachrichtendienstliche Erkenntnisse über den Nahen Osten, die USA und Europa an Frankreich weiterzugeben. Die israelischen Kommunikationsnetze in Nordafrika waren deshalb so gut, erinnerten sich israelische Beamte, weil die Juden meistens als Händler und Geschäftsleute in den arabischen Vierteln lebten. Besondere Bedeutung hatten die mehr als 100 000 Juden in Algerien, von denen viele zwischen der Gewalt und der Irrationalität der Kontrahenten in der Falle

saßen. Diese Juden wurden von der israelischen Regierung aufgefordert, die Franzosen mit Informationen über die Führung der FLN zu versorgen und auch auf andere Weise mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Zwangsläufig zogen Bergmann und Peres den Schluß, Israel habe nun genug Einfluß, um von Frankreich Hilfe für die israelische Bombe fordern zu können. Würde die Regierung Mollet das ungewöhnliche israelische Engagement in Algerien und anderswo würdigen und in Israel einen großen Reaktor - eine chemische Wiederaufbereitungsanlage - bauen? Die Israelis wußten, daß ohne Wiederaufbereitungsanlage für Plutonium keine Waffe gebaut werden konnte und daß der Bau einer solchen Anlage ohne die Franzosen nicht möglich war. Es war vorgesehen, daß die französische Atomenergiekommission Mitte 1955 mit dem Bau ihrer eigenen chemischen Wiederaufbereitungsanlage in Marcoule beginnen sollte. Israelische Wissenschaftler waren von Anfang an bei der Planung dagegewesen.

Hätten die Franzosen die Forderung erfüllt, hätte das ironischerweise eine Krise in der israelischen Regierung auslösen können. Ein französisches Engagement hätte Peres und Bergmann gezwungen, dem Kabinett mitzuteilen, daß Israel eine geheime Nuklearanlage baute. Schon von den wenigen Menschen, die bislang davon wußten, wurden viele Bedenken dagegen geäußert. Levi Eschkol, der Finanzminister, glaubte wie Ben Gurion, daß es zur Bombe keine Alternative gebe. Eschkol war aber auch davon überzeugt, daß Atomrüstung aus finanziellen Gründen verrückt sei. Eschkol wich von dieser Auffassung auch nicht ab, als er 1963 Premierminister wurde. In der israelischen Führungsschicht gab es außer finanziellen auch noch andere Einwände: Konnte Israel den Reaktor geheimhalten? War es für Israel, dessen Volk so unsäglich unter dem Holocaust gelitten hatte, in moralischer Hinsicht akzeptabel, eine Massenvernichtungswaffe zu erwerben? Was würde die amerikanische Regierung dazu sagen? Würde der Strom der amerikanischen Dollars versiegen?

Der September 1955 brachte einen Durchbruch für die Befürworter der Atomrüstung. Die kanadische Regierung gab bekannt, sie

werde für Indien einen Schwerwasser-Forschungsreaktor bauen. Eine internationale Aufsicht war in dem kanadischen Angebot nicht vorgesehen, denn bisher gab es kein internationales Abkommen zur nuklearen Sicherheit. Indien versprach, den Reaktor nur »friedlich« zu nutzen. Endlich gab es einen internationalen Präzedenzfall für einen israelischen Reaktor. Ende 1955 wurde eine neue israelische Regierung gebildet. Ben Gurion war nun wieder Premier- und Verteidigungsminister. Moshe Sharett blieb trotz diverser Befürchtungen als Außenminister im Kabinett. Bei den Wahlen im Sommer schrumpfte die Mapai-Mehrheit in der Knesset. In der Öffentlichkeit wuchs die Unzufriedenheit mit der »Tauben-Politik von Moshe Sharett.<sup>3</sup> Eisenhowers Versuch, eine Annäherung zwischen Nasser und Ben Gurion zu erreichen, schlug fehl. Der ägyptische Präsident weigerte sich 1956, direkt mit Jerusalem zu verhandeln, und präsentierte Forderungen, von denen er (nach Meinung vieler Israelis) genau wußte, daß sie völlig unannehmbar waren. Ein paar Monate später wurden auch die seit langem geführten direkten Gespräche zwischen Jerusalem und Washington abgebrochen; auf ein Sicherheitsabkommen mit den USA konnte Israel nun nicht mehr hoffen. Am 10. Juni beauftragte Ben Gurion General Moshe Dayan, mit Paris in Geheimverhandlungen über einen gemeinsamen Krieg gegen Ägypten zu treten. Im Juli verstaatlichte Nasser wie erwartet den Sueskanal; dadurch veranlaßte er auch die eroberte britische Regierung zur Teilnahme an den geheimen Kriegsplänen. Shimon Peres pendelte nun im Auftrag Ben Gurions zwischen Paris und Tel Aviv hin und her. Die Trennungslinie zwischen öffentlicher Politik und Privatdiplomatie wurde täglich dünner, was viele Mitarbeiter beider Regierungen veranlaßte, hinter vorgehaltener Hand zu protestieren.

In diesem Sommer trat Moshe Sharett ganz unauffällig als Außenminister zurück. Er hatte eine offene Debatte vor Mapai-Mitgliedern über Israels Außenpolitik verlangt, was Ben Gurion jedoch mit einer Rücktrittsdrohung verhinderte. Die israelische Öffentlichkeit erfuhr erst 1980 durch die Veröffentlichung der persönlichen Tagebücher Sharetts von den großen Meinungsverschiedenheiten an der Spitze der Regierung. Nachfolgerin Sharetts war

Golda Meir, die Arbeitsministerin. Das herausragendste Merkmal ihrer Qualifikation war, wie Ben Gurion später zugab, ihre Ignoranz auf dem Gebiet der Außenpolitik. Golda Meir billigte Ben Gurions Anliegen, einen Präventivkrieg zu führen. Trotzdem wurde ihr Ministerium von Ben Gurion, Peres, Dayan und Bergmann immer wieder übergangen, wenn es um die Vertiefung der Zusammenarbeit mit Frankreich ging.

Mitte September 1956, sechs Wochen vor der Sueskrise, hatte es noch keinen internationalen Protest gegen den Verkauf des kanadischen Reaktors an Indien gegeben. Jetzt hielt Ben Gurion den Zeitpunkt für gekommen, formell um französische Hilfe beim Bau der israelischen Bombe zu bitten. Israelische Nuklearwissenschaftler, die in Saclay arbeiteten, waren seit 1949 an der Planung und Konstruktion des französischen Versuchsreaktors mit der Bezeichnung EL 2 beteiligt gewesen. Er wurde mit Natururan beschickt und mit schwerem Wasser moderiert. Es war durchaus möglich, einen ähnlichen Reaktor in Israel zu bauen. In Israel gab es Uran und in gewissem Umfang auch schweres Wasser. Mehr schweres Wasser, das sicherlich gebraucht werden würde, könnte Frankreich liefern, oder es könnte auf illegalem Weg in Norwegen oder in den Vereinigten Staaten gekauft werden. Die beiden Staaten waren damals die wichtigsten Schwerwasserproduzenten der Erde. Ben Gurion hatte schon einen Platz für den israelischen Reaktor gefunden: Im Untergeschoß einer alten, verlassenem Weinkellerei in Rishon Le Zion, ein paar Kilometer vom Weizman-Institut entfernt.

Shimon Peres und Ernst Bergmann wurden nach Paris geschickt. Dort fand eine Sitzung der französischen Atomenergiekommission statt, an die sich Bertrand Goldschmidt lebhaft erinnerte: »Sie kamen zu mir und sagten, sie wollten so einen Schwerwasser-Forschungsreaktor bauen wie den kanadischen Reaktor in Indien. Sie glaubten, die Amerikaner würden ihnen eine Sicherheitsgarantie geben, wenn sie merkten, daß Israel die Bombe hätte. All das wurde vor der Sueskrise beschlossen.« Vier Tage später, am 17. September, aßen Bergmann und Peres mit Francis Perrin und Pierre Guillaumat bei Jacob Tzur, dem israelischen Botschafter in Frankreich, zu Abend. Wieder verlang-

ten die Israelis einen Reaktor von den Franzosen. »Wir hatten den Eindruck, die israelische Bombe sei gegen die Amerikaner gerichtet«, erklärte Perrin später. »Nicht um sie auf Amerika abzuwerfen, sondern um sagen zu können: Wir werden euch schon dazu bringen, uns in einer kritischen Situation zu helfen. Denn sonst werden wir unsere Atombomben einsetzen.«« Goldschmidt war noch Jahre später davon überzeugt, die prinzipielle Entscheidung, Israel zur Bombe zu verhelfen, sei bei diesen beiden Gesprächen Mitte September getroffen worden. Es gibt keine schriftlichen Aufzeichnungen von den Gesprächen, und es kann nicht genau rekonstruiert werden, was wann geschah. Trotzdem steht fest, daß Israel mindestens sechs Wochen vor den ersten Schüssen am Sueskanal französische Hilfe für die Bombe anforderte und auch zugesagt bekam.

Viele Israelis meinten, ihre Partner hätten sie während des Feldzugs auf dem Sinai verraten. Das unmittelbare taktische Kriegsziel Israels war es, die ägyptische Armee zu zerschlagen, weil sie die wachsende palästinensische Fedajinbewegung unterstützte und die Guerillas ausbildete. Das strategische Ziel jedoch war erheblich ehrgeiziger: Nasser sollte daran gehindert werden, die arabische Einheit zu verwirklichen. Die Zwietracht zwischen den islamischen Staaten war stets wichtigstes Ziel der israelischen Strategie gewesen, und Nasser stellte mit seinen panarabischen Bestrebungen — aus israelischer Sicht gleichzusetzen mit der Hegemonie Ägyptens - eine ernste Bedrohung der nationalen Sicherheit dar. Außerdem glaubten die Israelis, eine demütigende Niederlage Ägyptens würde unweigerlich zum Sturz Nassers führen.

Nach dem Schlachtplan sollte Israel den Angriff am 29. Oktober beginnen. Fallschirmjäger sollten auf der Halbinsel Sinai landen und die ägyptischen Nachschublinien nach Gaza zerstören. Dann sollten Frankreich und Großbritannien beide Seiten auffordern, die Kampfhandlungen einzustellen, sich sechzehn Kilometer vom Sueskanal zurückzuziehen und eine demilitarisierte Zone zu bilden. Wenn die Ägypter, denen der Kanal gehörte, das ablehnten - und damit wurde gerechnet -, sollten Frankreich und Großbritannien am 6. November den Kanal aus der Luft angreifen, Schleusen zerbomben und ihn anschließend besetzen. Der tatsächliche Angriff verlief noch weit besser als geplant. Is-

rael überrannte die ägyptische Armee und hatte bis zum 4. November die ganze Sinaihalbinsel erobert. Nur die Forderung der UN nach einem Waffenstillstand konnte die israelische Armee davon abhalten, den Sueskanal zu überqueren und Kairo einzunehmen. Guy Mollet drängte Anthony Eden, den britischen Premierminister, den gemeinsamen Angriff vorzuziehen, aber Eden, beunruhigt durch den schnellen Vormarsch der israelischen Armee und die UN-Forderung, lehnte ab. Britische und französische Truppen landeten wie geplant am Morgen des 6. November in Port Said. Auch dieser Angriff konnte nur durch das - so die israelische Sichtweise - nukleare Ultimatum der Sowjetunion gestoppt werden. Die Sowjets, zu diesem Zeitpunkt mit der blutigen Niederschlagung des ungarischen Aufstandes beschäftigt, schickten diplomatische Noten an Ben Gurion, Mollet und Eden.

In dem sowjetischen Telegramm an Ben Gurion wurde Israel beschuldigt, es spiele »verbrecherisch und unverantwortlich mit dem Frieden und dem Schicksal des eigenen Volkes. Es sät unter den Menschen des Ostens Haß auf den Staat Israel, der sich unweigerlich auf die Zukunft Israels auswirken muß und die Existenz Israels als Staat gefährdet.« In einer zweiten Note, die von Premierminister Nikolai Bulganin unterzeichnet war, wurde Ben Gurion explizit mit dem Einsatz sowjetischer »ferngesteuerter Flugkörper« und der Entsendung von Truppen zum »freiwilligen« Einsatz in den Nahen Osten gedroht.

Anthony Eden gab als erster nach. Er stand sowohl von Seiten der Regierung Eisenhower unter starkem Druck, die Operation zu beenden, als auch von seiten der britischen Labour-Opposition. Er informierte Paris, er habe seinen Truppen befohlen, das Feuer einzustellen. Die Franzosen zogen nach. Israel war von seinen zwei Verbündeten im Stich gelassen geworden und mußte ein paar Tage später einen Waffenstillstand schließen und schließlich der Stationierung von UN-Friedenstruppen auf der Sinaihalbinsel zustimmen.

Die Israelis waren enttäuscht von den Franzosen und wütend auf Eisenhower. Ben Gurion hätte nie geglaubt, daß Eisenhower in den Wochen vor den Präsidentschaftswahlen von Israel abrücken

würde. Viele Menschen in Israel und Frankreich hatten die USA für die unumschränkte Schutzmacht Israels gehalten und dachten nun, die Amerikaner hätten angesichts der nuklearen Drohung der Sowjetunion klein beigetragen.<sup>4</sup> Den Israelis erschien die Lektion eindeutig: Die jüdische Gemeinde in Amerika konnte Israel nicht retten.

»Ihr Amerikaner habt uns reingelegt«, sagte ein früherer israelischer Regierungsbeamter in Erinnerung an seine damaligen Gefühle. »Wenn ihr euch nicht eingemischt hättet, wäre Nasser gestürzt und der Rüstungswettlauf im Nahen Osten gebremst worden. Israel wäre militärisch und technisch führend geblieben. Statt dessen kommt Ike daher, dieser dämliche Golfspieler, und verkündet im Namen der Menschlichkeit und der Unparteilichkeit: >Wir werden nicht zulassen, daß koloniale Mächte ihre Interessen durchsetzen.' Er begreift nicht, daß Nasser gestärkt und Israels Glaubwürdigkeit ein Schlag versetzt wurde.« Voller Bitterkeit ließ sich der Israeli, der aus erster Hand über das Atomwaffenprogramm seiner Regierung Bescheid wußte, noch zu folgender Bemerkung hinreißen: »Wir haben schon verstanden. Wir können uns noch sehr gut an den Gestank von Auschwitz und Treblinka erinnern. Das nächste Mal nehmen wir euch alle mit uns.« Als Ben Gurion am 6. November erfuhr, daß die Franzosen und Briten das Feuer eingestellt hatten, schickte er Peres und Golda Meir nach Paris. Mollet hatte den Waffenstillstand verhindern wollen, aber angesichts der britischen Entschlossenheit zum Rückzug war er der Ansicht, er habe keine andere Wahl. Schlimmer noch: Mollet würde nun Ben Gurion davon überzeugen müssen, die friedentiftende Rolle der Vereinten Nationen auf dem Sinai zu akzeptieren. Israel würde sich aus dem Land zurückziehen müssen, für das seine Fallschirmjäger gekämpft hatten und gestorben waren.

Später erzählte Peres einem Biographen, was er damals von Eisenhower hielt: »... Ein Mann mit gesunden Zähnen, schönen Augen und einem warmen Lächeln, der nicht im mindesten wußte,

wovon er eigentlich sprach. Und das, was er wußte, konnte er nicht richtig ausdrücken. Er konnte keine zwei zusammenhängende Sätze sagen. Die einzige Frage, die er beantworten konnte, war »Wie geht's?«

Bei einem Gespräch über die israelischen Bemühungen um die Atombombe nach der Sueskrise stellte ein amerikanischer Militärexperte Jahre später eine rhetorische Frage, die er auch gleich selbst beantwortete:

»Welche Lehre haben die Vereinigten Staaten aus der Sueskrise gezogen? - Es ist außerordentlich gefährlich, Israel davon abhalten zu wollen, das zu tun, was es für seine nationale Sicherheit für erforderlich hält.«

Guy Mollets Schuld- und Schamgefühl darüber, daß Frankreich seine Verpflichtungen gegenüber seinen sozialistischen Freunden in Israel nicht hatte einhalten können, war nämlich ebenso groß wie die israelische Verärgerung über Eisenhower. Offensichtlich wurde ein Tauschhandel abgeschlossen: Ben Gurion erklärte sich bereit, seine Truppen aus dem Sinai abzuziehen und die Anwesenheit der UN-Friedenstruppen zu akzeptieren. Dafür sollte Frankreich beim Bau eines Kernreaktors und einer chemischen Wiederaufbereitungsanlage helfen. Israel hatte es nicht mehr auf einen Versuchsreaktor wie denjenigen in Saclay abgesehen, sondern auf einen »richtigen« Reaktor nach dem Muster von Marcoule. Mollet, geradezu besessen von der französischen Schlappe, soll am Rande der Treffen mit Peres und Golda Meir zu einem Berater gesagt haben: »Ich schulde ihnen die Bombe. Ich schulde ihnen die Bombe.« Der Handel wurde abgeschlossen. Die Verhandlungen brachte Peres allerdings erst nach einem Jahr zu Ende.<sup>5</sup> Das formelle Abkommen zwischen Frankreich und Israel wurde nie öffentlich bekanntgemacht.

Mollet machte 1956 auch formell den Weg für das französische Kernwaffenprogramm frei, indem er unter der Leitung des Stabschefs des Heeres ein Komitee für die militärische Nutzung der Kernenergie einsetzte. Israelische Wissenschaftler waren dabei, als 1960 der erste französische Atombombentest stattfand. Während in den nächsten Jahren viel waffenfähiges Plutonium in Marcoule produziert wurde, zogen die Franzosen die Lehren aus

der Sueskrise. Ihr strategisches Ziel war, jede Abhängigkeit von den USA und den Nato-Verbündeten zu vermeiden. Bei den Nukleartests im Südpazifik gab es zwar einige Fehlschläge, aber sie versetzten Frankreich bis Mitte der sechziger Jahre doch in die Lage, eine eigene nukleare Abschreckung, die *force de frappe*, aufzubauen. Das ehrgeizige Vorhaben, mit eigenen nuklearen Gefechtsköpfen auf Interkontinentalraketen Ziele in der Sowjetunion anvisieren zu können, wurde erst in den achtziger Jahren erreicht. Der intellektuelle Fürsprecher des französischen Kernwaffenprogramms war ein pensionierter General namens Pierre Gallois, dessen Argumentationen sich mit dem Satz zusammenfassen lassen: »Wenn zwei Nationen - wenn auch ungleich - mit Kernwaffen bewaffnet sind, ist der Status quo gesichert.« Die Sowjets würden den Schluß ziehen, so Gallois' Überlegung, es gebe kein militärisches Ziel in Paris oder sonstwo in Frankreich, desentwegen sie die Explosion einer Atombombe in Moskau riskieren würden. Wenn Frankreich die Atombombe habe, brauche es sich nicht länger (wie das ganze übrige Europa) Gedanken darüber zu machen, ob die USA in einer nuklearen Krise zu seiner Verteidigung antreten und einen sowjetischen Vergeltungsschlag riskieren würden.

Gallois wurde von den Israelis sehr ernst genommen, und Frankreichs *force de frappe* wurde zum Modell für die strategische Planung Israels. Seine Überlegung trug erheblich zu der Entscheidung bei, sich nicht auf den atomaren Schutzschild der USA zu verlassen. Zusätzlich zu seinem neuen Reaktor wollte Israel die Konstruktion von Langstreckenraketen erforschen, mit denen Ziele im Nahen Osten und schließlich auch in der Sowjetunion erreicht werden könnten. Für Bergmann war der Reaktor in Dimona nur der Anfang. Er wollte nun damit beginnen, ein ganzes Atomwaffenarsenal zu füllen.

Bergmanns Rolle bei der Entwicklung des israelischen Atomwaffenarsenals ist bis heute ein Staatsgeheimnis. In den Jahren nach seinem Tod, als dieses Arsenal vervollständigt wurde, entwickelte er sich praktisch zur Unperson. Er wurde ein Opfer der strengen israelischen Sicherheitsmaßnahmen und der dazugehörigen Selbstzensur. So pries Shimon Peres in einem 1979 in den USA

veröffentlichten Buch Bergmann, mit dem er dreizehn Jahre lang eng zusammengearbeitet hatte, als einen der sieben Gründer des Staates Israel. Peres erwähnte natürlich keine Kernwaffen, berichtete aber, Chaim Weizman habe Bergmann als »zukünftigen Kandidaten für die (israelische) Präsidentschaft« betrachtet. Und doch wird Bergmann in einer 1982 veröffentlichten Peres-Biographie von Matti Golan, einem früheren Regierungsbeamten, der Zugang zu Peres' Aufzeichnungen hatte, kein einziges Mal erwähnt. Auch in der maßgeblichen Biographie Ben Gurions von Michael Bar-Zohar wird sein Name nicht genannt.

Im Frühjahr 1957 stellte sich heraus, daß der alte Weinkeller in Rishon Le Zion doch nicht geeignet war. Der neue Reaktor, der damals nur als EL 102 bezeichnet wurde, brauchte einen anderen Standort. Peres gelang es mühelos, Ben Gurion davon zu überzeugen, daß Dimona in der Nähe der antiken Stadt Beerscheba in seiner geliebten Wüste Negev der geeignete Ort wäre. Aus Paris kam Geld, direkt aus dem Etat des Premierministers, und die französische Chemiefirma Saint-Gobain, die zwei Jahre später die Wiederaufbereitungsanlage in Marcoule fertigstellte, bekam den Auftrag, die israelische Wiederaufbereitungsanlage zu bauen - und zwar unterirdisch. Als die Ingenieure von Saint-Gobain die Arbeit aufnahmen, bekamen sie die ursprünglichen Konstruktionspläne für den Reaktor zu sehen und staunten nicht schlecht. Das französisch-israelische Abkommen sah vor, daß die Wärmeleistung der Anlage maximal vierundzwanzig Millionen Watt (24 Megawatt) betragen sollte. Aber aus den in den Plänen vorgesehenen Kühlkanälen, den Einrichtungen für den Atommüll und anderen Angaben ging hervor, daß die Anlage die zwei- bis dreifache Kapazität haben sollte.<sup>6</sup> In diesem Fall könnte sie mehr Plutonium produzieren als der Reaktor in Marcoule, nämlich mehr als zweiundzwanzig Kilogramm pro Jahr. Das würde für vier Atombomben mit der Sprengkraft der Bomben von Hiroshima und Nagasaki ausreichen.

Die Erdarbeiten für EL 102 begannen Anfang 1958. Im Lauf der nächsten Jahre verwandelten Tausende von Tonnen importierter Maschinen und Hunderte von importierten Technikern, Ingenieu-

ren, Ehefrauen, Kindern, Geliebten und Autos eine stille Ecke in der Wüste Negev in ein französisches *boom-town*. Seit Los Alamos hatte es etwas Vergleichbares - oder etwas so Geheimes - nicht mehr gegeben.

## 4

### Erste Erkenntnisse

General Dwight D. Eisenhowers Vertrauen in Luftaufnahmen als Oberkommandierender der alliierten Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg wurde durch die erschöpfenden Nachkriegsberichte über die Bombardierung Deutschlands und Japans bestätigt. Die Gutachten kamen zu dem Schluß, daß 80 Prozent der brauchbarsten Informationen von der Luftaufklärung stammten. Als Eisenhower 1953 Präsident wurde, war er besorgt wegen der fehlenden Überwachung der Sowjetunion aus der Luft, und er beauftragte die CIA, in dieser Hinsicht etwas zu unternehmen. Unverzüglich wurde eine Abteilung für Bildaufklärung geschaffen. Beamte der CIA vertrauten einen Absolventen der Universität Chicago namens Arthur C. Lundahl mit der Leitung der Abteilung. Lundahl hatte während des Krieges für die Navy Aufnahmen ausgewertet, die bei Aufklärungsflügen gemacht worden waren. Später war er bei dieser Tätigkeit geblieben. Er heuerte Dino A. Brugioni als Mitarbeiter an. Brugioni legte damals gerade für die CIA Dossiers über die sowjetische Industrie an. Brugioni - ebenfalls ein Veteran aus dem Zweiten Weltkrieg - hatte an Bord von Bombern bei der Zwölften Luftlandedivision der Air Force in Italien Luftaufnahmen gemacht und war Funk- und Radarspezialist gewesen. Die CIA hatte ihn 1948, im Jahr nach ihrer Gründung, angeworben.

Kurz darauf billigte Eisenhower ein kühnes Aufklärungsprogramm, das in erster Linie zur Luftüberwachung der Sowjetunion diente, und er veranlaßte die Entwicklung des revolutionären Flugzeugs, das sowohl für die CIA als auch für die Air Force von Nutzen sein sollte. Das Flugzeug, das unter strengster Geheimhaltung von der Lockheed Aircraft Company in Burbank, Kalifornien, gebaut und als U-2 bekannt wurde, konnte mit knapp 4000 Litern Treibstoff in rund 20 000 Metern Höhe fast elf Stunden in

der Luft bleiben - und 7500 Kilometer zurücklegen. Mit Hilfe spezieller Linsen, Kameras und eines besonders empfindlichen Films konnte das Spionageflugzeug eine Strecke zwischen Moskau und Taschkent, südöstlich des Ural-Flusses, auf einem Foto festhalten. Die U-2 startete am 4. Juli 1956 von einem geheimen Stützpunkt in Westdeutschland. Ihre ersten Ziele: sowjetische Abschußbasen für Langstreckenbomber und Leningrad. Tags darauf wurde Moskau überflogen. Später wurden dem Präsidenten und seinen Beratern aufsehenerregende Fotos - Codename CHESS - vom Kreml und dem Winterpalast gezeigt. In der Türkei wurde ein zweiter U-2-Stützpunkt eingerichtet; später kamen noch weitere Stützpunkte in Pakistan und Norwegen hinzu.

Das Unterfangen war spektakulär: Innerhalb weniger Tage wurde sowjetisches Territorium von amerikanischen Flugkörpern und Bombern des Strategischen Luftwaffenkommandos aus fotografiert, kartographisch erfaßt und ins Visier genommen. In diesen ersten Jahren galt es jedoch noch eine andere wichtige Aufgabe zu erfüllen: die Lokalisierung und Aufnahme der industriellen Komplexe des sowjetischen Atomprogramms. Wo befanden sich die Reaktoren, die Produktionsstätten von schwerem Wasser und die Anlagen zur Verarbeitung von Uran und Plutonium? Wo stellten die Sowjets die nuklearen Gefechtsköpfe her, und wo wurden die eigentlichen Waffen gefertigt?<sup>1</sup>

Mitte der fünfziger Jahre war klar, daß die sowjetische Technologie, zum Schrecken der Amerikaner, im atomaren Wettlauf rapide aufgeholt hatte. Im August 1949, vier Jahre nach Hiroshima und Nagasaki, hatten die Sowjets ihre erste Atombombe auf Plutoniumbasis gezündet. Diese Bombe hatte, wie ihre amerikanische Vorgängerin, die einfachste Bauart im gesamten atomaren Arsenal - eine Kernspaltungswaffe. Solche Waffen bestehen aus einem kleinen Kern spaltbaren Materials, der von hochexplosivem Sprengstoff umgeben ist. Der Sprengstoff wird in genauer Abfolge gezündet (gemessen in Nanosekunden), wobei der Kern plötzlich und heftig komprimiert wird oder implodiert. Das spaltbare Material wird »überkritisch« und setzt mit einer noch größeren Geschwindigkeit als der Kern Neutronen frei. Die plötzliche Freisetzung von Energie löst die heftige Explosion aus.

Schon vor Kriegsende gingen Edward Teller und andere amerikanische Atomwaffenexperten davon aus, daß die Herstellung einer weitaus wirkungsvolleren Kernwaffe - wobei die Kernspaltung nur ein erster Schritt war - theoretisch möglich sei. Die neue Waffe, die unter dem Decknamen »Super« entwickelt wurde, war die Wasserstoffbombe. Unter Physikern ist sie heute als Kernfusionswaffe bekannt. Bei der Entwicklung einer Wasserstoffbombe gab es zwei zentrale Probleme: Wie sollte das Kernmaterial entzündet und wie sollte es zum Brennen gebracht werden. Nach vielen Versuchen gelang es Wissenschaftlern in Los Alamos, einen Zweiphasensprengkörper mit zwei separaten Komponenten in einem Sprengkopf zu entwickeln. Im Sprengkopf wurde ein nuklearer Sprengkörper gezündet (erste Phase). Eine große Menge der Strahlung des nuklearen Sprengkörpers befand sich im Sprengkopf und entzündete einen speziellen thermonuklearen Brennstoff im separaten Teil (zweite Phase). Als Kernbrennstoffe dienten Deuterium, ein Wasserstoffisotop mit der doppelten Masse von Wasserstoff, oder Lithiumdeuterid. Deuterium ist der wichtigste Brennstoff der Sonne; es verbrennt dort bei Temperaturen von Millionen Grad Celsius. Bei Experimenten stellten amerikanische Physiker ehrfürchtig fest, daß ein thermonuklearer Brennstoff, der in einer Wasserstoffbombe durch einen nuklearen Sprengkörper gezündet wurde, schneller brannte und eine höhere Temperatur und mehr Druck entwickelte als im Zentrum der Sonne. Der Schlüssel zur Wasserstoffbombe war die Zündung eines nuklearen Sprengkörpers, denn nur ein nuklearer Sprengkörper konnte die hohen Temperaturen und - wie Wissenschaftler später feststellten - die Strahlung erzeugen, die zum Verbrennen des thermonuklearen Brennstoffs notwendig waren. Der thermonukleare Sprengkörper wurde 1952 auf dem Eniwetok-Atoll im Westpazifik erfolgreich getestet. Die Bombe hinterließ einen Krater von zwei Kilometern im Durchmesser und fünfzig Metern Tiefe. Die Sprengkraft war sechshundertfünzigmal höher als die der Hiroshima-Bombe. Später stellte das Team in Los Alamos fest, daß die Verschmelzung von Deuterium und Tritium, eines anderen Wasserstoffisotops (ein Nebenprodukt des Lithiums), eine thermonukleare Ex-

plosion von fünfzehn Megatonnen hervorrufen konnte - die tausendfache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Die Sowjets, die angeblich mindestens drei Jahre hinter dem amerikanischen Wasserstoffbombenprogramm herhinkten, machten bei der Entwicklung von Vernichtungswaffen rasche Fortschritte. Die erste sowjetische Zweiphasen-Wasserstoffbombe wurde 1955 erfolgreich getestet, und sechs Jahre später brachten sowjetische Wissenschaftler die größte bekannte Wasserstoffbombe mit einer Sprengkraft von 58 Megatonnen zur Detonation. Im Jahr 1988 belief sich der sowjetische Vorrat an Nuklearwaffen auf schätzungsweise 33 000 Sprengköpfe, etwas mehr als die Vereinigten Staaten in ihrem Rekordjahr 1967 hatten.

Am Anfang war alles geheim - die Existenz der CIA ebenso, wie die ihrer Abteilung für Luftaufklärung.

Die ersten Flüge der U-2 über der Sowjetunion hatten den dramatischen Beweis geliefert, daß die Sowjets bei der konventionellen Rüstung nicht annähernd so weit waren wie das Pentagon angenommen hatte. Es gab keine »Bomber- oder »Raketen-Lücke«. Diese Erkenntnisse waren von allergrößter Bedeutung und wurden umgehend Präsident Eisenhower und anderen hohen Beamten mitgeteilt. Als Leiter der U-2-Aufklärungseinheit war Lundahl bald der meistgefragte Berichterstatter der amerikanischen Regierung. »Ich war eine Art berittener Kurier«, erinnerte er sich. »Ich verbrachte die Nächte damit, mir Informationen zu beschaffen, und am Morgen ritt ich im Galopp durch Washington.«<sup>2</sup> Die bei den U-2-Flügen gesammelten Informationen erhielt er von Brugioni.

Die Vereinigten Staaten hatten auch ein wachsames Auge auf die Wüste in Israel. Eisenhower und die Männer in seiner Umgebung - darunter John Foster Dulles, der Außenminister, und dessen Bruder Allen, der CIA-Direktor - waren darüber erbost gewesen, daß Israel vor der Sueskrise 1956 versucht hatte, das Ausmaß seiner militärischen Stärke zu verschleiern. Die zuverlässigste Quelle der Regierung blieb weiterhin die U-2, deren Piloten - darunter Gary Francis Powers, der später abgeschossen wurde - in der Regel die Aufgabe hatten, die Sowjetunion zu überfliegen. Aber es gab noch andere ständige Ziele an neuralgischen Punkten, vor allem in Kri-

sengebieten wie dem Nahen Osten im Jahr 1958. Zu Beginn des Jahres hatten sich Ägypten und Syrien zur Vereinigten Arabischen Republik zusammengeschlossen, was in der arabischen Welt zu politischen Unruhen führte. Angefacht durch Ägypten und Syrien wurde die muslimische Opposition im prowestlichen Libanon zunehmend gewalttätig. Im Juli landeten amerikanische Marineeinheiten vor der Küste, um die Regierung Präsident Camille Chamouns zu sichern. Die ebenfalls prowestliche irakische Monarchie wurde durch einen blutigen Staatsstreich gestürzt und durch den Militärdiktator Abdel Karim Kassem ersetzt.

Gary Powers und seine Kollegen, die den Nahen Osten immer in wechselnden Abständen überflogen hatten, operierten nun ständig in diesem Gebiet. Plötzlich stellten die Bildauswerter der CIA auf einem Raketenübungsplatz der israelischen Luftwaffe südlich von Beersheba, einem alten Kamelhandelszentrum der Beduinen, verstärkte Aktivitäten fest.

Die Auswertung von Fotos war 1958 noch eine junge Wissenschaft und eine mühsame Arbeit. Der entwickelte Film einer U-2-Mission wurde auf dem schnellsten Wege an die Abteilung für Bildaufklärung der CIA weitergeleitet. Dort wurden Abzüge gemacht, die Fotos wurden ausgewertet, wenn nötig auf Tafeln befestigt, mit Allen Dulles erörtert und dann sofort ins Weiße Haus gebracht. Bis zum Ende seiner Präsidentschaft war Eisenhower ein eifriger Betrachter solcher Fotos, und oft hatten nur der Präsident und seine engsten Mitarbeiter Zugang zu diesen Informationen. Obwohl Geheimhaltung oberstes Gebot war, erfuhren die Sowjets schließlich von den U-2-Operationen und beklagten sich insgeheim bitter über die Verletzung ihres Luftraums durch die Amerikaner.<sup>3</sup>

Exotische Gruppen, wie Amerikas Atomplaner und die Männer, die U-2-Operationen genehmigten, mußten ständig eng zusammenarbeiten. Plutonium und Tritium kommen zum Beispiel in der Natur nur in sehr geringen Mengen vor und müssen deshalb in einem Kernreaktor durch Bestrahlung von Lithium hergestellt werden. Zu den unvermeidlichen Nebenprodukten des Herstellungsprozesses gehören radioaktive Gase, die in die Atmosphäre gelangen. Die Auswerter der ersten U-2-Aufnahmen lernten,

nach riesigen oder auffälligen Schornsteinen oder »Schloten« zu suchen - wie die Bildauswerter sie nannten. Alle wurden genau untersucht, um zu klären, ob sie zu einer Atomwaffenfabrik gehörten.

Brugioni erinnerte sich, die ersten Anzeichen für einen israelischen Atomreaktor entdeckt zu haben. »Israel hatte eine Raketenbasis in der Wüste Negev, und wir beobachteten sie«, sagte Brugioni. »Es handelte sich um ein militärisches Ausbildungslager, wo sie Übungen veranstalteten.« Ein Indiz, das nicht sofort richtig interpretiert wurde, war ein abgezauntes großes, ödes Stück Land, ungefähr zwanzig Kilometer von der kleinen Wüstenstadt Dimona entfernt. Brugioni und die Bildauswerter vermuteten, daß die Israelis dort ein Munitionstestgelände einrichten wollten. Eine neue, vierzig Kilometer nördlich gelegene Straße, die direkt zu dem abgezaunten Gelände führte, wurde überwacht. Plötzlich tauchten Bauarbeiter und schweres Gerät auf. Nun war die Stelle nicht mehr nur ein Bezugspunkt unter den Tausenden von U-2-Negativen, die ins Hauptquartier der CIA flatterten. Mit den unterirdischen Grabungen wurde Anfang 1958 begonnen. Kurz darauf wurde in die starken Fundamente Beton gegossen. Brugioni und seine Kollegen hatten sich in den Vereinigten Staaten mit Kernreaktoren befaßt und einige besichtigt, und sie wußten, daß dort draußen in der Wüste etwas Ungewöhnliches vor sich ging. »Wir erkannten es sofort. Was zum Teufel hatte diese Riesenanlage aus Stahlbeton mitten in der Wüste zu suchen?« Die tiefen Ausgrabungen waren ein weiterer wichtiger Anhaltspunkt. »Nach dem Krieg von 1956«, erklärte Brugioni, »geschah in Israel alles unter dem Siegel der Verschwiegenheit. Aber der Mensch baut nach einem festen Schema. Zum Beispiel kann man in den meisten Gegenden der Welt einen Kreis von vierzig Kilometern im Durchmesser ziehen und anhand des Kreises feststellen, wie die Menschen dort leben. Man sieht Vieh auf der Weide, Schweine und Geflügel, und schließt daraus, daß die Menschen Fleisch essen. Man kann auch Industriezweige, Schulen, Kirchen, Häuser usw. an ihren '-Zeichen' erkennen. Beim Militär ist alles noch schematisierter. Atomanlagen werden mit dicken Wänden

und tief in die Erde gebaut. Die Israelis kippten verdammt viel Beton in die Fundamente. Wir wußten, daß sie tief in die Erde gingen.«

Die Eisenhower-Administration hatte 1958 Verständnis für Israels prekäre internationale Lage, erinnerte sich Brugioni. »Die Vereinigte Arabische Republik galt als große Bedrohung. Man hatte Angst, Nasser könne sich mit der arabischen Welt verbünden und Israel erobern. Es wäre ein echter Coup gewesen, wenn Nasser 1958 den Libanon annektiert hätte.«

Eisenhower beauftragte insgeheim die Air Force, israelische Jagdflieger auszubilden und Kurse in Luftaufklärung und Bildauswertung anzubieten. Einige Amerikaner arbeiteten getarnt. -Die Devise lautete: Hilf ihnen (Israel) - drücke ein Auge zu, aber laß dich nicht erwischen.«

Den bevorstehenden Bau eines geheimen Kernreaktors konnten Lundahl und Brugioni jedoch auf keinen Fall ignorieren. Sie und ihre Kollegen in der U-2-Abteilung glaubten zwar fest an das Existenzrecht Israels, aber sie waren auch davon überzeugt, daß eine israelische Bombe den Nahen Osten destabilisieren würde. Sie wußten, daß es sich hierbei um politischen Zündstoff handelte, und deshalb warteten sie erst einmal ab; Spekulationen hätten tödlich sein können. »Wenn man etwas über die Israelis erfährt und es weitergibt, sollte man besser vorsichtig sein«, meinte Brugioni. »Vor allem, wenn man Karriere gemacht hat.« Die Betonfundamente für die Reaktorkuppel lieferten den Beweis, den Lundahl brauchte. Er brachte die ersten, noch nicht ausgewerteten Fotos auf dem schnellsten Wege ins Weiße Haus, vermutlich Ende 1958 oder Anfang 1959.<sup>4</sup> Lundahl kannte die Regeln: Er hatte keinen schriftlichen Bericht bei sich - für die U-2-Mitteilungen sollte kein Papier verschwendet werden. »Ike wollte nichts Schriftliches, basta«, erinnerte sich Lundahl. Die besondere Geheimhaltung des U-2-Unternehmens wurde noch dadurch verschärft, daß Lundahls Abteilung ungewöhnlich breiten Zugang zu allen Geheimsachen der USA hatte, darunter auch zu den Berichten von Überläufern und Geheimagenten in der Sowjetunion und anderen Teilen der Welt. Den Bildauswertern wurden auch aufgefangene Funkmeldungen und Protokolle von Verhören sowie

tischer und osteuropäischer Flüchtlinge zur Verfügung gestellt, die amerikanische und israelische Nachrichtenteams zusammengestellt hatten. Da die meisten Produktionsanlagen für Kernwaffen hinter dem Eisernen Vorhang sorgfältig getarnt waren, sollten die Bildauswerter die größtmögliche Unterstützung erhalten. Die beiläufige Bemerkung eines Flüchtlings über eine geheime Fabrik irgendwo in der Sowjetunion führte oft zu einer wichtigen Entdeckung.

Die Berichterstattung im Weißen Haus über diese Themen lief nach einem festen Schema ab: Zunächst berichtete Lundahl - meist in Begleitung von CIA-Direktor Allen Dulles und Außenminister John Foster Dulles - dem Präsidenten das Neueste, und anschließend bat ihn der Präsident um weitere Informationen. Die Abteilung für Bildaufklärung der CIA teilte die weitere Verfolgung einer Sache in drei Kategorien ein. Phase eins war der unmittelbare Bericht, der sobald als möglich vorgelegt wurde, wie bei den ersten Aufnahmen vom Bau des israelischen Reaktors. Phase zwei war der Bericht, der über Nacht fertiggestellt werden mußte. Die Aufnahmen mußten vergrößert und montiert werden, und es bedurfte eines kurzen Kommentars und vielleicht eines Textes. Phase drei erforderte eine umfassende Analyse, die auf den Fotos von Flügen über mehrere Wochen hinweg basierte. Dafür waren spezielle Anweisungen für die U-2-Piloten und umfassendes Bildmaterial erforderlich.

Lundahl rechnete mit der Anweisung, Informationen über den israelischen Geheimdienst zu beschaffen, das heißt, Phase zwei oder drei. Aber, so erinnerte er sich, »es erfolgte kein zusätzlicher Auftrag. Keine Bitte um Details. Niemand kam je wieder auf das Thema Israel zu sprechen«, fügte Lundahl hinzu. »Ich wurde nie gebeten, weitere Informationen über die Israelis zu beschaffen.« Obwohl der Vorfall dreißig Jahre zurück lag, schien er immer noch erstaunt darüber.

Aber es wurde ihm auch nicht verboten, und so setzte die U-2 ihre Flüge über die Negev-Wüste fort. Außerdem gab Lundahl die Erkenntnisse über Dimona an Lewis L. Strauss, den Vorsitzenden der Atomenergiekommission, und an ein paar AEC-Berater weiter, die zu den wenigen Mitarbeitern der Eisenhower-Administra-

tion gehörten, die von dem U-2-Unternehmen wußten. Lundahls Auftrag lautete, sämtliche Informationen über Atomanlagen und dergleichen zuerst an das Weiße Haus und, wenn keine andere Anordnung erfolgte, anschließend an den Beauftragten der AEC weiterzuleiten. »Eine so wichtige Angelegenheit wie Dimona wurde rasch erledigt«, erinnerte sich Lundahl.

»Meiner Ansicht nach habe ich meinen Vorgesetzten alles gesagt, was ich wußte«, sagte Lundahl. »Sie sitzen am längeren Hebel.« Von dem Briefwechsel zwischen Eisenhower und Ben Gurion über die ominöse Anlage in der Negev-Wüste drang nichts an die Öffentlichkeit, aber es ist bekannt, daß solche Briefe existierten. Beunruhigt über Nassers panarabische Haltung bat Ben Gurion die Amerikaner im Juli 1958 insgeheim um »politische, finanzielle und moralische« Unterstützung, da Israel Nasser und der »sowjetischen Expansion« standhalten wollte. Laut Ben Gurions autorisiertem Biographen Michael Bar-Zohar versicherte Eisenhower Ben Gurion in einem kurzen Brief, die Vereinigten Staaten seien an der Integrität und Unabhängigkeit Israels interessiert. Ben Gurion hatte gehofft, er würde zu direkten Gesprächen mit dem Präsidenten nach Washington eingeladen. Ein ehemaliger israelischer Regierungsbeamter enthüllte bei einem Interview für dieses Buch, daß Eisenhower das Thema Dimona in dieser Zeit mindestens einmal zur Sprache gebracht habe. Daraufhin habe Ben Gurion gebeten, die Vereinigten Staaten sollten »ihren nuklearen Schutzschild auf Israel ausweiten«. Nach Angaben des ehemaligen Regierungsbeamten kam von Eisenhower keine weitere Reaktion.<sup>5</sup> Brugioni war weiterhin fasziniert von der israelischen Anlage in Dimona. »Wir beobachteten den Bau weiter. Wir sahen ihn wachsen. Aus dem Weißen Haus«, erklärte er verwirrt, »kam nie die Anregung, weitere Informationen zu beschaffen. Es hieß immer nur: >Danke< und -Das wird doch nicht veröffentlicht, oder?« Das war die Grundhaltung.«

Brugioni stellte das Informationsmaterial für Lundahl zusammen. Er wußte, daß die Informationen über Israel an die höchste Stelle gingen. »Tatsache ist«, sagte Brugioni, »daß ich nie rausgekliegt habe, ob das Weiße Haus nun wollte, daß Israel die Bombe hat oder nicht.«

Lundahls Fotoexperten hatten mittels des umfangreichen U-2-Bildmaterials beobachtet, daß die Bautrupps (die Amerikaner wußten natürlich nicht sofort, daß diese unter französischer Leitung standen) in der Wüste zwei Baugruben aushoben. Man versuchte schon frühzeitig, die Größe der Baustellen zu bestimmen, indem man die vielen Kubikmeter Aushub schätzte, die täglich ans Tageslicht befördert wurden. Für die amerikanischen Fotosachverständigen war das ein alter Hut. Im Zweiten Weltkrieg hatten sie beobachtet, wie die Deutschen ihre industriellen Anlagen und Fabriken unter die Erde verlagerten, um sie vor der Bombardierung der Alliierten zu schützen. Ein immer gleichbleibender Anhaltspunkt für Aktivitäten unter der Erde war frischer Erdaushub. Die CIA machte sich die Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg zunutze: Das Team, das 1956 für den Bau des Berlin-Tunnels zuständig war, der zwischen West- und Ostdeutschland gegraben wurde, tarnte die umfangreichen Grabarbeiten, indem es die Erde in den Behältern für die Verpflegung der Arbeiter abtransportieren ließ.<sup>6</sup>

Eines jedoch wurde in den nächsten Jahren deutlich: Israel wußte von den U-2-Flügen und reagierte mit Mißfallen. Irgendwann nach 1958 ließen die Israelis täglich Erde und Schutt von Lastwagen mit Planen abtransportieren. Mittlerweile gab es Hinweise darauf, daß die zweite unterirdische Baustelle in Dimona für die chemische Wiederaufbereitungsanlage eingerichtet wurde, die für die Herstellung von kernwaffentauglichem Plutonium unbedingt erforderlich war. Den besten Beweis für Israels Absichten lieferte eine Analyse der bemerkenswerten Ähnlichkeiten zwischen Dimona und dem französischen Reaktor in Marcoule, wie sie auf Luftaufnahmen zu sehen waren. Die französische Anlage wurde Ende der fünfziger Jahre ständig von zivilen Transportflugzeugen überflogen. Die Flugzeuge waren mit versteckten Kameras ausgerüstet und gehörten amerikanischen Diplomaten und Militärangehörigen der amerikanischen Botschaft in Paris. Im Jahr 1959 waren der Reaktor und die Wiederaufbereitungsanlage in Marcoule bekanntlich voll in Betrieb. »Offensichtlich folgten die Israelis dem französischen Beispiel«, erinnerte sich Brugioni. »Wir sahen genug, um zu wissen, daß dort (auf der zweiten Baustelle

in Dimona) eine chemische Wiederaufbereitungsanlage errichtet werden sollte.« Die Wiederaufbereitungsanlage in Marcoule war ebenfalls vom Reaktor getrennt.

Nach Fertigstellung des Reaktors in Dimona brachten die U-2-Flüge kaum neue Erkenntnisse. Die Fotos zeigten nur, was an der Oberfläche geschah. Der Nachrichtendienst sollte Jahre brauchen, um mit Sicherheit festzustellen, ob Israel den nächsten Schritt getan und eine chemische Wiederaufbereitungsanlage gebaut hatte. Amerikanische Militärattaches sollten sich einen Grund ausdenken, um in die Wüste zu reisen. Die CIA hatte sogar angeboten, jeder Reisegruppe, die ein Picknick machen wollte, den Wein zu besorgen - als Gegenleistung für Fotos.

Die CIA entwickelte für die Attaches spezielle automatische Kameras mit voreinstellbarem Objektiv. »Sie mußten nur noch auf den Auslöser drücken«, erinnerte sich Lundahl. »In den ersten Jahren«, fügte er hinzu, »schlichen sich ein paar Attaches an und machten gute Fotos.« Später, als man herausfinden wollte, ob die chemische Wiederaufbereitungsanlage in Betrieb war, verlangte die CIA von den Attaches, daß sie Gräser und Sträucher sammelten, die anschließend untersucht werden sollten. Theoretisch mußte die Umgebung Spuren von Plutonium und anderen Spaltungsprodukten aufweisen, falls diese tatsächlich hergestellt wurden. »Ein Typ ging zu einer Stelle, wo hohe Grasbüschel standen und tat so, als müsse er scheißen«, erinnerte sich Brugioni und lachte. »Während er so tat, als wische er sich den Hintern, riß er ein paar Grashalme aus und steckte sie in die Hosentasche.« Die Israelis pflanzten hohe Bäume, um künftig jedem Fotografen die Sicht zu versperren, und sie verstärkten ihre Patrouillen im Umkreis von Dimona.

Das Katz-und-Maus-Spiel ging auch die nächsten zehn Jahre weiter. Die Israelis schirmten die sich ausdehnende Anlage in Dimona ab, und die Vereinigten Staaten wußten noch immer nicht mit Bestimmtheit, ob Israel eine chemische Wiederaufbereitungsanlage betrieb. »Wir wußten, daß sie uns täuschen wollten«, sagte Brugioni, »und sie wußten es auch. Die Israelis verstanden etwas von (Luft-)Aufklärung. Verdammt, die meisten wurden ja bei der Air Force ausgebildet.«

Nach Brugionis Ansicht drangen viele Informationen gar nicht bis zu den Bildauswertern durch. »Allen Dulles fragte mich bei Gelegenheit, ob ich die -jüdische Information- gesehen hätte« - damit waren Berichte von CIA-Agenten über die israelische Bombe gemeint. »Ich verneinte, und später rief mich jemand von seinem Büro an, um mir zu sagen, ich solle es vergessen.« Ein überaus schwieriges Problem waren die amerikanischen Juden, die sich - wie viele andere - intensiv für die Sicherheit Israels einsetzten. Ein paar amerikanische Atomphysiker waren nach dem Zweiten Weltkrieg nach Israel emigriert, unter ihnen ein Veteran des Manhattan-Projekts, der bis 1956 in den brisantesten Bereichen der Reaktortechnologie gearbeitet hatte. »Wir wußten, daß Juden nach Israel gingen und den Israelis erklärten, was sie tun mußten«, sagte Brugioni. »Andererseits erhielten wir Informationen von Juden, die nach Israel gingen und den Israelis verschwiegen, daß sie mit uns in Kontakt standen.« Ende der fünfziger Jahre kehrten jüdische Physiker und Wissenschaftler mit heißen Informationen über das israelische Interesse an Kernwaffen aus Israel zurück. Die CIA hatte sogar einen Wink bekommen, daß Israel von der jüdischen Gemeinde in Amerika große Summen für Dimona zur Verfügung gestellt bekam.

Ende 1959 waren sich Lundahl und Brugioni sicher, daß Israel die Bombe bauen wollte. Es bestand auch kein Zweifel mehr darüber, daß Präsident Eisenhower und seine Berater entschlossen waren, diese Tatsache nicht zur Kenntnis zu nehmen. Auch Brugioni und die anderen zogen es schließlich vor, Dimona nicht mehr zu erwähnen. »Es gab vieles, von dem wir nichts wußten — und wir wollten es auch gar nicht wissen. Wir waren nicht dumm. Wir konnten immer noch zwei und zwei zusammenzählen. Aber die Hierarchie entschied, ganz auf cool zu machen - und so war es. Als leitender Beamter lernt man schnell, aus dem Kaffeesatz zu lesen und den Mund zu halten. Punktum.«

## 5

### Interne Kriege

In der Anfangsphase war das israelische Atombombenprogramm inneren und äußeren Anfeindungen ausgesetzt. Die große Mehrheit der hohen Beamten, die über die Vorgänge in Dimona Bescheid wußten, hielt es für töricht, zu einer Zeit, wo dringend konventionelle Waffen wie Panzer, Kanonen und Flugzeuge gebraucht wurden, Unsummen für eine Vernichtungswaffe auszugeben, die vielleicht gar nicht funktionierte. Es war einfach lächerlich, sich ein unterentwickeltes und finanzschwaches Israel als Supermacht vorzustellen. Anfang der sechziger Jahre waren viele erfahrene israelische Wissenschaftler und Techniker aus Forschungslabors und Betrieben nach Dimona geholt worden, wo ein enormer Bedarf an Arbeitskräften herrschte. Als Folge davon kam es zu einer viel kritisierten Verlangsamung des industriellen Wachstums. Ein paar Mitglieder der wissenschaftlichen und akademischen Gemeinde hatten auch moralische Bedenken, unter ihnen zwei ehemalige Mitglieder der israelischen Atomenergiekommission. Als 1957 mit dem Bau des Reaktors begonnen wurde, hatten vier weitere Mitglieder der Kommission ihr Amt niedergelegt, weil sie ganz einfach nichts zu tun hatten. Als einziges Kommissionsmitglied blieb der Vorsitzende Ernst David Bergmann im Amt.

Bergmann, David Ben Gurion und Shimon Peres führten insgeheim ständig Krieg, um das israelische Bombenprojekt am Leben zu erhalten. Das bedrohlichste Problem war Israels heimlicher Partner - Frankreich. Im Dezember 1958 war General Charles de Gaulle für sieben Jahre zum Staatspräsidenten der neu konstituierten Fünften Republik Frankreichs gewählt worden. Er hatte versprochen, eine akzeptable Lösung zur Beendigung des Krieges in Algerien zu finden. Alle anderen Angelegenheiten, wie die

Frage nach der weiteren Unterstützung Israels, waren zweitrangig. Bekanntlich befürwortete de Gaulle ausdrücklich eine eigenständige französische Atommacht; aber wie würde er auf die engen französischen Verbindungen zu Dimona reagieren? Die Mitglieder der französischen Atomenergiekommission, die die israelischen Bombenpläne unterstützten, waren beunruhigt, und schließlich lösten sie das Problem auf die alte bürokratische Weise: Sie sagten de Gaulle nicht, was im Nahen Osten vor sich ging. Die Verträge waren unterzeichnet, das Geld wurde überwiesen und die Arbeit in Dimona ging voran.

Die Franzosen, die in Dimona arbeiteten, sorgten ebenfalls für Unruhe. Hunderte von französischen Ingenieuren und Technikern waren 1957 in die Negev-Wüste geströmt, und in Beerscheba herrschte eine rege Bautätigkeit; neue Apartmentkomplexe und Wohnanlagen wurden errichtet. Den Tausenden von nordafrikanischen Juden (Sephardim) aus Marokko und Algerien, die bei den Grabungen und dem Bau des Reaktors und der Wiederaufbereitungsanlage mithalfen, wurde ebenfalls Wohnraum zur Verfügung gestellt. Europäische Juden in der Regierung und in privaten Unternehmen in ganz Israel wurden als Wissenschaftler und Manager angeworben; auch sie wurden in Beerscheba untergebracht. Mitten in der Wüste entwickelte sich ein Kastensystem, und die Franzosen bildeten die Spitze, wie sie wiederholt deutlich machten.

»Die Franzosen waren arrogant«, sagte ein Israeli, der einen Teil seines Berufslebens in Dimona verbracht hatte. »Sie hielten Juden (in Israel) für minderwertig. Wir waren nicht geschniegelt und gut angezogen, aber wir waren intelligent. Einige der französischen Beamten waren ganz offensichtlich antisemitisch eingestellt«, erinnerte sich der Israeli, »und einer hatte sogar im Zweiten Weltkrieg mit den Nazis zusammengearbeitet. Er wurde schließlich aus Israel ausgewiesen. Die Juden aus Nordafrika, die als Arbeiter angeheuert worden waren, wurden von den Franzosen noch schlechter behandelt. Sie redeten von Juden aus Algerien oder Marokko als seien sie Steine — minderwertige Dinge. Sie benahmen sich wie die Nazis.« Selbst die Juden unter den Franzosen

taten wenig, um die Spannungen zu verringern. Viele hielten sich für etwas Besseres als ihre weniger vornehmen israelischen Kollegen. Paradoxerweise wurden die algerischen und marokkanischen Juden auch von ihren israelischen Arbeitgebern schlecht behandelt. Es war zur Regel geworden, Marokkaner und Algerier nur für neunundfünfzig Tage einzustellen und sie danach zu entlassen. Auf diese Weise kamen sie nicht in den Genuß einer der vielen Vergünstigungen, die mit der Arbeitsdauer zusammenhingen (die israelische Wirtschaft wurde von der Arbeiterbewegung beherrscht) und auf die sie nach zwei Monaten Anspruch gehabt hätten. Nach ein paar freien Tagen wurden die jüdischen Arbeiter aus Nordafrika für weitere neunundfünfzig Tage eingestellt. -Ein sozialistisches Regime«, bemerkte der Israeli bissig. Die nordafrikanischen Juden wurden von Franzosen und Israelis gleichermaßen »wie Sklaven behandelt«.

Als Mitte der sechziger Jahre Gerüchte über einen möglichen französischen Rückzug laut wurden, ließ das viele Israelis völlig kalt: Sie hatten genug von den Franzosen. Die israelischen Wissenschaftler und Techniker hatten mittlerweile von den Franzosen eine Menge technischer Daten übernommen - viele Pläne wurden umfassend geändert -, und nun dachte jeder nur noch: »Es klappt. Wir schaffen es auch allein.« Abraham Sourassi, einer der israelischen Führungskräfte in Dimona, war für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage verantwortlich. Er machte sich bei seinen Landsleuten beliebt, als er bei der Nachricht von de Gaulles Ernüchterung über Dimona erklärte: »Ein Glück, daß wir die los sind.« »Das war die typische israelische Haltung«, meinte der ehemalige Dimona-Mitarbeiter. »Ihr müßt es uns nur zeigen, dann machen wir es nach und machen es sogar besser.« Die lange Arbeitszeit, die harte Arbeit und die Selbstgefälligkeit der Franzosen konnten die Begeisterung darüber nicht schmälern, an dem wichtigsten Geheimnis Israels teilzuhaben. »Wir fühlten uns großartig«, sagte einer der ersten Israelis, die 1958 als Manager eingestellt wurden. »Wir waren Pioniere.« Er erinnerte sich an sein erstes Gespräch mit Ernst Bergmann: »Er sagte zu mir: -Wir haben ein großes Projekt vor, und wir brauchen die besten Köpfe. Es ist etwas Außergewöhnliches, das Sie nie ver-

gessen werden.'« Bergmann versicherte dem jungen Mann, daß sein neuer Job hilfreich für seine weitere Karriere sein werde - ebenso gut wie der Dienst bei der israelischen Armee. »Er sagte, es sei >eine Ehre«. Das sei jetzt modern. Also füllte ich die Formulare aus. Die Sicherheitsüberprüfung dauerte drei Monate.« Israelis, die Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen waren (wie viele vor dem Krieg) oder die Verwandte in Osteuropa hatten, wurden nach der Immigration nicht eingestellt wegen der wachsenden Angst der Israelis vor sowjetischer Infiltration. Diese Angst wurde in hohem Maße durch die zunehmende Feindseligkeit zwischen Moskau und Jerusalem geschürt. Israel war Ende der fünfziger Jahre durch eine Reihe skandalöser Spionagefälle geschwächt worden, und angeblich hatte die sowjetische Botschaft in Tel Aviv mit ihren sechzig Mitarbeitern vor allem Wissenschaftler im Visier.

Sicherheit für das sich entwickelnde Atomprojekt war oberstes Gebot, und Shimon Peres bestand auf der Schaffung eines neuen Nachrichtendienstes, der anfangs Büro für besondere Aufgaben hieß. Sein Leiter - von Peres sorgfältig ausgewählt - war ein hochgewachsener, ruhiger ehemaliger Offizier des militärischen Geheimdienstes namens Binyamin Blumberg. Das Büro für besondere Aufgaben, das formell dem Verteidigungsministerium zugeordnet wurde, entwickelte sich zum erfolgreichsten Nachrichtendienst der neueren Geschichte. Nach Blumbergs Abschied mehr als zwanzig Jahre später war der Nachrichtendienst für einen der schlimmsten Fehler Israels verantwortlich — für die Anwerbung Jonathan Pollards. Blumbergs einzige Aufgabe Ende der fünfziger Jahre war, Dimona zu schützen, und er bestand darauf, alle Einzelheiten zu erfahren. Ein für die Anwerbung von Wissenschaftlern zuständiger Israeli erzählte von einem hervorragenden Kandidaten, der vom Sicherheitsbüro in Dimona abgelehnt worden sei, weil er in Osteuropa entfernte Verwandte habe. Er wandte sich an Blumberg, der jede bürokratische Regel ignorieren konnte. »Ich mußte Blumberg anflehen, ihn einzustellen. Wir brauchten ihn dringend. Er tat es - aber er sagte, es geschehe >auf meine Verantwortung'.« Zu Beginn der sechziger Jahre nahm der Reaktor in Dimona all-

mählich Gestalt an. Viele israelische Kernphysiker und -techniker wurden aus Frankreich zurückbeordert, wo sie jahrelang in Saclay und Marcoule geschult worden waren. Spitzenkräfte bekamen doppeltes Gehalt und eine Sieben-Zimmer-Wohnung in Beerscheba - für damalige Verhältnisse ein außergewöhnlicher Luxus. Mit zunehmendem Tempo und wachsender Intensität der Bautätigkeit entwickelte sich Beerscheba zu einer Weltstadt. Die Präsenz der Franzosen war offensichtlich, da über 2500 französische Männer, Frauen und Kinder im Negev lebten. Die Kinder gingen in französische Schulen, und auf den Straßen wimmelte es von französischen Autos. All diese Informationen stammten von ausländischen Diplomaten und Militärattachés der verschiedenen Botschaften in Tel Aviv. Immer wieder gab es Gerüchte über die Bombe, aber in den Titelgeschichten - die sich meist um Meerwasserentsalzung oder landwirtschaftliche Untersuchungen drehten - war aus einsichtigen Gründen nichts darüber zu finden, Ian Smart war ein junger britischer Diplomat, der Ende der fünfziger Jahre als dritter Sekretär der kleinen Botschaft seines Landes in Tel Aviv zum ersten Mal eine Aufgabe im Ausland übernahm. Später wurde er ein internationaler Experte des Proliferations-Problems, aber damals war er nur neugierig — und mißtrauisch. -Ende 1960 wurde viel von Dimona geredet«, erinnerte er sich Jahre später, »was zum einen auf die Fortschritte beim Bau zurückzuführen war. Die Silhouette war schon deutlich zu erkennen. Und von der Straße aus konnte man den Kühlturm der (Reaktor-)Kuppel und die entstehende Rippenstruktur sehen. Zum anderen war es die Anwesenheit der Franzosen in Beerscheba. Rund um einen Wohnblock waren eine Menge Autos der Marke Renault Dauphin mit französischen Kennzeichen geparkt.« Offiziell über die Aktivitäten in Dimona befragt, tischte die israelische Regierung der britischen Botschaft eine ganze Reihe von Geschichten auf. »Zuerst wurde behauptet«, erinnert sich Smart, »es handle sich um ein Forschungsinstitut, das sich mit Grasland in der Wüste beschäftige.« Eine zweite Erklärung vernahm Smart auf einer Fahrt mit einer Gruppe von Angehörigen der israelischen Armee durch den Negev. Als Smart auf den Kühlturm deutete, meinte ein Offizier: »Ach ja, das ist die neue Manganverarbeitungsanlage.«

Im letzten Jahr seines Aufenthalts äußerte Smart den »Verdacht«, die Anlage sehe wie ein Kernreaktor aus. »Aber wie kommt man über den bloßen Verdacht hinaus, ohne daß man eine U-2 über das Ding fliegen läßt?«

Smart konnte nicht wissen, daß die Eisenhower-Administration 1960 Dimona bereits seit drei Jahren von U-2-Flugzeugen überfliegen ließ und die Überwachung noch ausdehnte. Art Lundahl, Dino Brugioni und ihre Kollegen in der U-2-Abteilung der CIA forderten jetzt eine systematische Überwachung des französischen Atomtestgeländes bei Reggan in der algerischen Sahara. Im Februar 1960 hatten die Franzosen ihre erste Atombombe erfolgreich getestet. Die Sprengkraft lag bei über sechzig Kilotonnen - dreimal höher als beim ersten amerikanischen Test in Los Alamos. Der CIA war bekannt, daß israelische Wissenschaftler als Beobachter auf dem Testgelände gewesen waren. Und es gab noch einen Grund zur Sorge: Israelische Wissenschaftler waren auch auf einem nahegelegenen französischen Testgelände für chemische und biologische Waffen (CBW) in der Sahara gesichtet worden. »Ich fragte mich«, erinnerte sich Brugioni, »ob die Israelis die CBW nur als Notbehelf betrachteten, bis sie die Bombe hatten. Unserer Ansicht nach verfügten sie über ein Potential an CBWs.« All diese Informationen wurden umgehend an das Weiße Haus weitergeleitet.

Israelis und Franzosen überwachten weiterhin die U-2-Flüge, aber sie setzten auch ihre Geheimniskrämerei um Dimona fort - als ob kein Außenstehender wüßte, was dort vor sich ging. Die französischen Arbeiter in Dimona durften nicht direkt an Verwandte und Freunde in Frankreich und anderswo schreiben, sondern mußten ihre Post an eine Deckadresse in Lateinamerika schicken. Post von Frankreich nach Israel wurde auf demselben Weg befördert. Das hochentwickelte Gerät für den Reaktor und die Wiederaufbereitungsanlage wurde von der französischen Atomenergiekommission in einer Werkstatt in einem Pariser Vorort zwischengelagert und per Lastwagen, Bahn und Schiff transportiert.

Die schwersten Gegenstände, wie der Reaktortank, wurden gegenüber den französischen Zollbeamten als Teile einer Meerwasserentsalzungsanlage für Lateinamerika deklariert. Israel benötigte außerdem eine illegale Lieferung schweren Wassers. Man konnte sich unmöglich auf das vom Weizman-Institut entwickelte Verfahren zur Herstellung von schwerem Wasser verlassen, weil es einfach zu langsam war. Deshalb wandte sich Israel, wie die meisten Atomkräfte, an die Norweger, die vor dem Zweiten Weltkrieg ein Elektrolyseverfahren entwickelt hatten, mit dessen Hilfe sie große Mengen schweren Wassers produzieren konnten. Norwegen gehörte in den fünfziger Jahren international zu den führenden Exporteuren von schwerem Wasser. Der Verkauf an die französische Atomenergiekommission erfolgte unter einer Bedingung: Das schwere Wasser durfte nicht an ein drittes Land weitergeleitet werden. Diese Bedingung wurde einfach ignoriert. Flugzeuge der französischen Luftwaffe transportierten 1960 heimlich vier Tonnen schweres Wasser - in überdimensionalen Fässern - nach Israel.<sup>1</sup> Schließlich wurde eine französische Tarnfirma, eine »Forschungsgesellschaft für Finanzierung und Unternehmertum«, gegründet, die sich um die weitreichenden Kontakte und die Verhandlungen mit der israelischen Regierung und verschiedenen israelischen Subunternehmern kümmerte, von denen die eigentlichen Arbeiten in Dimona erbracht wurden. Mit den Subunternehmern gab es keine Sicherheitsprobleme; sämtliche Verträge wurden über Peres und seine Mitarbeiter in der Mapai-Partei abgewickelt. Die größte israelische Maschinenbaufirma in Dimona, Solei Bone Ltd. aus Haifa, hatte enge Verbindungen zur Mapai-Partei. Israelis, die in der Anfangsphase des Baus von Dimona dabei waren, bestätigten, daß die Partei Spenden in beträchtlicher Höhe erhielt.

All das kostete Geld, und die immensen Summen für Dimona waren ein ständiger Streitpunkt innerhalb der israelischen Regierung, die sich bemühte, beim Rüstungswettlauf im Nahen Osten mit Ägypten gleichzuziehen. Ägypten bekam 1960 sein erstes modernes sowjetisches Jagdflugzeug, die MIG-21, und Israel erwarb die modernsten Kampfflugzeuge aus Frankreich. Beide Länder

erhielten von ihren internationalen Gönnern Bomber, und beide setzten ihre Forschungen über Trägersysteme für ballistische Raketen fort. Im Jahr 1961 beliefen sich Ägyptens Militärausgaben auf fast 340 Millionen Dollar - doppelt so viel, wie Israel aufbringen konnte.

Hartnäckige Kritiker des israelischen Atomprogramms, wie Finanzminister Levi Eschkol und der Minister für Handel und Industrie Pinhas Sapir - die beiden überwachten den Staatshaushalt über fünfzehn Jahre - betrachteten die ägyptische Aufrüstung als stärkstes Argument *gegen die* Investitionen in Dimona. Wieviel Israel in jenen Jahren für die Bombe ausgab, ist schwer zu sagen. Der 1957 zwischen Israel und Frankreich geschlossene Vertrag über den Bau in Dimona wurde nie veröffentlicht. Eine von der israelischen Presse im Dezember 1960 veröffentlichte grobe Schätzung bezifferte allein die Kosten für den Reaktor auf 130 Millionen Dollar. Im Jahr 1983 veröffentlichte Thomas W. Graham, Experte für Probleme der Proliferation und ehemaliges Mitglied der Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung (ACDA), eine umfassende Studie über die allgemeinen Startkosten nuklearer Programme. Graham kam zu dem Ergebnis, daß Frankreich zum Aufbau seiner Zweitschlag-Kapazität, einschließlich der thermonuklearen Waffen, zwischen 10 und 15 Milliarden Dollar ausgegeben hatte, wobei ungefähr die Hälfte in Trägersysteme investiert wurde. Entsprechend mußte Indien etwa 10 bis 23 Prozent seines jährlichen Verteidigungsbudgets in den nuklearen Bereich investieren, wenn es eine Atommacht werden wollte. Israels strategisches Ziel war eine Zweitschlag-Kapazität mit thermonuklearen Waffen, Raketen und Trägersystemen, die Ziele in der Sowjetunion erreichen konnten. Die Kosten für diese ehrgeizigen Pläne erhöhten sich dadurch, daß ein Großteil der Anlage in Dimona, einschließlich der Wiederaufbereitungsanlage, unter der Erde gebaut wurde. Andere wichtige Kostenfaktoren waren die Verpflichtung, Arbeiter im von der Gewerkschaft beherrschten Israel angemessen zu entlohnen, die Abhängigkeit von Ausländern, wie den Franzosen, und die umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der geheimen Anlage. Ben Gurion wußte, daß die Fertigstellung der Anlage in Dimona

nur möglich war, wenn sie nicht aus dem Staatshaushalt finanziert werden mußte. Deshalb mußten im Ausland heimlich Gelder für die Bombe aufgetrieben werden. Nach Schätzungen des amerikanischen Geheimdienstes erhielt Israel allein von amerikanischen Juden Hunderte von Millionen pro Jahr in Form von Spenden und Beiträgen. Im Jahr 1960 rief Shimon Peres eine Gruppe von vertrauenswürdigen und diskreten Spendern ins Leben, die sich israelischen Quellen zufolge das »Komitee der Dreißig« nannte. Reiche Juden in aller Welt, darunter Baron Edmund Rothschild aus Paris und Abraham Feinberg aus New York, wurden gebeten, für das, wie Peres es nannte, »spezielle Waffenprogramm« Geld zur Verfügung zu stellen - und sie taten es. Jahre später prahlte Peres gegenüber einem Interviewer damit, daß »nicht ein Penny (für Dimona) aus dem Regierungsbudget stammte«. Das Projekt sei aus Spenden jüdischer Millionäre finanziert worden, die sich der Bedeutung der Sache bewußt gewesen seien. Insgesamt seien 40 Millionen Dollar zusammengekommen. Peres erklärte auch, er habe jüdische Millionäre nach Dimona gebracht. »Ich erzählte ihnen, was hier entstehen soll.« Israelische Beamte bestätigten, daß mindestens eine Gruppe ausländischer Spender Dimona im Jahr 1968 nach Fertigstellung der Anlage besuchen durfte. Die von Peres aufgetriebenen 40 Millionen Dollar waren jedoch bei weitem nicht genug. Ehemalige israelische Regierungsbeamte schätzten, daß Israel bis Mitte der sechziger Jahre nicht einige Millionen, sondern Hunderte von Millionen Dollar jährlich für sein Atomprogramm ausgab, wobei die von Peres gesammelten Spenden nur einen kleinen Prozentsatz ausmachten und die Regierung den Rest übernahm. Da Ben Gurion darauf bestand, weiterhin Geld in das Bombenprojekt zu investieren, kam es in seinem Kabinett und innerhalb der Mapai-Partei immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen.

Es gab noch andere als nur finanzielle Gründe, das Bombenprojekt abzulehnen. Soldaten der alten Schule, wie Yigal Allon, der während des Unabhängigkeitskrieges Truppen befehligte hatte, Itzhak Rabin, Leiter der Operationen der israelischen Armee und späterer Generalstabschef, und Ariel Sharon, der israelische General und Kommandoführer, waren der Überzeugung, daß Israels

entscheidender Vorteil gegenüber den Arabern in der Qualität und in der Ausbildung seines Militärs lag. Für diese Männer waren Atomwaffen nichts weiter als ein großer Gleichmacher: Ein Ägypten, das die Bombe besaß, war für Israel weitaus gefährlicher als ein Ägypten, das nur auf konventionelle Waffen zurückgreifen konnte, auch wenn es sich um große Mengen handelte. Wenn Israel Kernwaffen besaß, so fuhren sie in ihrer Analyse fort, konnten Ägypten oder anderen Nationen im Nahen Osten diese Waffen auf keinen Fall verwehrt werden.<sup>2</sup>

Als Anfang der sechziger Jahre für den Bau des Reaktors und der Wiederaufbereitungsanlage kurz vor der Fertigstellung noch weitere Wissenschaftler und Techniker angeworben werden mußten, brachten die Industriemanager des Landes ein weiteres Argument gegen Dimona vor. Israel stand vor dem Problem, daß seine Wissenschaftler aus den Betrieben abwanderten. Ende der sechziger Jahre kritisierten hohe Beamte des Ministeriums für Handel und Industrie öffentlich den Rückgang der industriellen Forschung in Israel. Die staatlichen Mittel für solche Forschungsaufgaben waren drastisch gekürzt worden, und die Industrie blieb hinter der Wissenschaft zurück. Es gab immer noch wissenschaftliche Neuerungen, aber nur wenige Maschinenbauunternehmen waren in der Lage, diese Ideen für die Produktion von neuen Industriegütern zu nutzen.

Führungskräfte, die in jenen Jahren in Dimona arbeiteten, bestätigten die unfeinen Abwerbungspraktiken, wobei sich das Hauptaugenmerk auf die chemische Industrie richtete. »Wir durchstöberten jeden Betrieb«, erinnerte sich ein ehemaliger Mitarbeiter voller Stolz. »Wir schwächten Israels Industrie.« Die einzige Einrichtung, die tabu war, war der kleine Forschungsreaktor in Nahal-Soreq in der Nähe des Weizman-Instituts. »In Spitzenzeiten«, erklärte der ehemalige Mitarbeiter, »arbeiteten fünfzehnhundert israelische Wissenschaftler in Dimona, darunter viele mit Dokortitel.«

Im Mai 1960 drang erstmals an die Öffentlichkeit, daß de Gaulle über Frankreichs nukleare Zusammenarbeit mit Israel nicht gerade glücklich war. Der französische Außenminister Maurice Couve de Murville erklärte dem israelischen Botschafter, Frankreich er-

warte von Israel, daß es den Bau des Reaktors in Dimona öffentlich bekanntgebe und sich mit internationaler Überwachung einverstanden erkläre, wie bei dem Kernreaktor in Nahal-Soreq. Andernfalls werde Frankreich kein Uran für den Reaktor liefern. Daraufhin flog Ben Gurion zu einem Gipfeltreffen nach Frankreich. Die beiden Staatsmänner verstanden sich gut. Später bezeichnete de Gaulle Ben Gurion in seinen Memoiren als »einen der größten Staatsmänner unserer Zeit... Vom ersten Moment an empfand ich tiefe Bewunderung für diesen tapferen Kämpfer und Streiter. Seine Persönlichkeit symbolisierte Israel, das er seit dem Tag regierte, da er über Wohl und Wehe des Landes wachte.« Umgekehrt hielt Ben Gurion de Gaulle für einen »dynamischen, humanen Menschen mit Sinn für Humor - äußerst aufmerksam und liebenswürdig«.

De Gaulle war damals mit dem Algerien-Krieg beschäftigt. Bertrand Goldschmidts persönliche Aufzeichnungen über das Treffen (vom Autor eingesehen) beweisen, daß de Gaulle Angst vor einem internationalen Skandal hatte, falls Frankreichs Beteiligung an dem Dimona-Projekt publik werden sollte. Den Aufzeichnungen zufolge erklärte de Gaulle, Frankreich bringe sich in eine unmögliche Lage, wenn es als einziges Land Israel unterstütze, während weder die Vereinigten Staaten, noch Großbritannien, noch die Sowjetunion irgend jemandem halfen (die Bombe zu bauen). Und noch etwas beunruhigte ihn: Wenn Israel die Atombombe hatte, würde auch Ägypten sie bekommen. Der entscheidende Punkt für de Gaulle war die unterirdische Wiederaufbereitungsanlage von Dimona, die nach französischen Plänen gebaut wurde: Er wollte nicht dafür verantwortlich sein, daß der Bau der israelischen Bombe letztlich unvermeidlich war. Frankreich durfte den Bau der Anlage nicht länger unterstützen. Ben Gurion erinnerte an die Bedrohung durch die Araber, aber de Gaulle meinte, der israelische Premierminister übertreibe die drohende Gefahr der Vernichtung Israels. »Wir werden ein Massaker auf keinen Fall zulassen ... Wir werden Israel verteidigen. Wir werden Israel nicht fallenlassen.« De Gaulle bot Israel die Lieferung weiterer Jagdbomber an. Nach der Begegnung mit Ben Gurion war de Gaulle der Überzeu-

gung - wie er in seinen Memoiren schrieb - er habe Anweisung gegeben, sämtliche Arbeiten an der Wiederaufbereitungsanlage einzustellen. »Ich machte der schändlichen Kollaboration zwischen Tel Aviv und Paris ein Ende, die nach der Sueskrise auf militärischer Ebene begonnen hatte und durch die den Israelis ständig in allen Bereichen des Stabs und der französischen Streitkräfte Einblick gewährte wurde. Vor allem stellten wir die Hilfe für eine Anlage zur Umwandlung von Uran in Plutonium bei Beersheba ein, wo eines schönen Tages vielleicht Atombomben hergestellt werden.« De Gaulles Anordnung - wenn er sie überhaupt gegeben hatte - wurde ignoriert. Saint-Gobains Arbeit an der unterirdischen Wiederaufbereitungsanlage zögerte sich um mehr als zwei Jahre hinaus; 1962 führte eine andere französische Firma die Arbeiten zu Ende.

Ben Gurion war zwar mit de Gaulles Zusage weiterer Militärhilfe zufrieden, aber er war nicht gewillt, die israelische Bombe gegen französische Kampfflugzeuge einzutauschen. In den folgenden Monaten gelang es Shimon Peres, in Gesprächen mit de Murville einen Kompromiß auszuhandeln, der auf einer israelischen Lüge basierte, die Israels öffentliche Haltung zu Kernwaffen jahrzehntelang bestimmte. Die Israelis versicherten Frankreich, daß sie nicht die Absicht hätten, eine Atombombe zu bauen, und kein Plutonium wiederaufbereiten wollten. Der Kompromiß sah folgendermaßen aus: Französische Firmen sollten das Uranerz und bereits bestellte Reaktorteile liefern, jedoch ohne jede neutrale Kontrolle. Israel verpflichtete sich im Gegenzug, die Existenz des Kernreaktors publik zu machen und den Bau in Dimona ohne offizielle Unterstützung der französischen Regierung fortzusetzen. Nach dem freundschaftlich verlaufenen Gipfeltreffen tat Ben Gurion nichts, um die Planungen für Dimona zu ändern. Und auch de Gaulle und die französische Regierung unternahmen nichts. Die privaten französischen Baufirmen und ihre Angestellten blieben bis 1966 in Dimona spürbar präsent und wurden gemäß den bestehenden Verträgen für ihre Arbeit auch weiterhin gut bezahlt.

## 6

### Die Sache wird publik

Im Dezember 1960 war John W. Finney seit drei Jahren Reporter im Washingtoner Büro der *New York Times*, wo er sich mit atomaren Fragen und der Arbeit der Atomenergiekommission (AEC) befaßte. Büroleiter James A. Resten hatte Finney von *United Press International* abgeworben. Finney galt als echte Bereicherung für das Zeitungsteam - aber noch fehlte ihm die große Story.

Ende des Monats bekam Finney seine Story. »Sie wurde mir auf dem Tablett serviert«, erinnerte er sich.

Überbringer der Nachricht war der gewaltige Arthur Krock von der *Times*, der damalige Nestor der Washingtoner Kolumnisten. Eines Spätnachmittags baute er sich vor Finneys Schreibtisch auf. Bei jungen Reportern wie Finney war Krock bekannt für seine Unnahbarkeit und seine ausgedehnten täglichen Mittagessen mit hohen Regierungsbeamten im privaten Metropolitan Club, ein paar Blocks vom Weißen Haus entfernt.

»Mr. Finney«, sagte Krock, »ich glaube, wenn Sie John McCone anrufen, hat er eine Story für Sie.« John A. McCone war ein wohlhabender republikanischer Geschäftsmann aus Kalifornien und Vorsitzender der AEC. Finney hatte einen guten Draht zu ihm. Er begriff sofort die Situation: »Sie wollten eine Story haben. Ich war der richtige Mann dafür, und Krock war der Vermittler.- Finney rief an und wurde prompt in McCones Büro bestellt.

»McCone war sauer und außer sich vor Wut«, erinnerte sich Finney. »Er sagte: >Sie haben uns angelegen.«

»Wer«, fragte ich.

»Die Israelis. Sie haben behauptet, es handle sich um eine Textilfabrik.«<sup>1</sup> Es lägen neue Informationen vor, erklärte McCone, wonach die Israelis insgeheim mit französischer Hilfe in der Negev-

Wüste einen Atomreaktor gebaut hätten. McCone wollte, daß Finney die Geschichte publik machte.

Finneys Artikel erschien am 19. Dezember auf der Titelseite der *Times*. Das amerikanische Volk erfuhr, was Art Lundahl und Dino Brugioni dem Weißen Haus bereits vor über zwei Jahren mitgeteilt hatten: daß Israel mit Hilfe der Franzosen einen Kernreaktor baute, um Plutonium herzustellen. »Israel hat weder über den Reaktor etwas in der Öffentlichkeit verlauten lassen, noch wurden die Vereinigten Staaten von dem Plan unterrichtet«, schrieb Finney im Vertrauen darauf, was McCone ihm erzählt hatte. »Auf offizieller Seite läßt sich der Ärger darüber nur schlecht verbergen, daß die Vereinigten Staaten von zwei internationalen Verbündeten, Frankreich und Israel, im unklaren gelassen wurden.« Außerdem berichtete Finney in seinem Artikel, McCone habe Israel zu der neuen Information »befragt«, fügte dann aber hinzu: »Mr. McCone lehnte es ab, ins Detail zu gehen.« Das war die übliche Vorgehensweise in Washington: Finney bekam die Story geliefert, und McCone konnte sich vor der Verantwortung drücken. Die Weiterleitung der Information an Finney war McCones letzter Streich als Vorsitzender der AEC; ein paar Tage später kündigte er in der sonntäglichen Fernsehsendung »Meet the Press« der NBC seinen Rücktritt an. Finneys Artikel wurde am selben Tag geschrieben. Wie McCone es beabsichtigt hatte, war Finney davon überzeugt, daß der Vorsitzende der AEC wegen der kürzlich eingetroffenen neuen Informationen über die Israelis verärgert sei.

»McCone machte auf mich den Eindruck, als hätten sie mit einem Mal erkannt, daß die Israelis sie anlogen«, erinnerte sich Finney. Finney bezahlte einen höheren Preis für seine Story als ihm bewußt war. Die Eisenhower-Administration benutzte ihn und die *New York Times* dazu, das zu tun, was ihre hohen Beamten in der Öffentlichkeit nicht tun wollten - sich wegen Dimona über die Israelis aufregen. McCone hatte Finney nicht erzählt, daß er, nachdem er Lewis Strauss im Juli 1958 als Vorsitzenden der AEC abgelöst hatte, regelmäßig über das israelische Atomprogramm unterrichtet worden war. Es gibt keinen Beweis dafür, daß Strauss, der von Art Lundahl und Dino Brugioni ebenfalls regel-

mäßig Informationen über Dimona erhielt, sein Wissen persönlich mit McCone teilte. Aber Lundahl und Brugioni taten es. Als Vorsitzender der AEC war McCone Mitglied des Beratungsausschusses für die Nachrichtendienste - zur damaligen Zeit eine Spitzentruppe - und, laut Walter N. Eider, eines ehemaligen CIA-Beamten und langjährigen Mitarbeiters McCones, »von Anfang an dabei. Er saß mit am Tisch.«

Was veranlaßte McCone, zusammen mit der Regierung plötzlich auf eine Information zu reagieren, die bereits seit Jahren bekannt war (McCone starb Anfang 1991 nach langer schwerer Krankheit)? Laut Walt Eider, der die noch immer geheime Geschichte von McCones Zeit bei der CIA schrieb, hielt McCone am Konzept der Nichtweitergabe von Atomwaffen fest; überdies war er sich der Tatsache durchaus bewußt, daß Eisenhowers achtjährige Amtszeit im Weißen Haus in einem Monat zu Ende ging. Es hätte eine bessere Zeit zum Handeln gegeben. »Er sagte sich: >Ich habe genug, und es ist meine Pflicht - die Öffentlichkeit darüber aufzuklären-«, erklärte Eider. Ein anderer Grund war McCones Enttäuschung über die ständigen Lügen der Israelis im Hinblick auf Dimona: »Er verspürte den Drang, sie abzuschießen.« Im Dezember 1960 war die Arbeit in Dimona so weit vorangeschritten, daß die Reaktorkuppel von den Straßen im Negev aus zu sehen war und daher von den Militärattachés leichter fotografiert werden konnte. Unterdessen war auch das U-2-Programm in Auflösung begriffen: Im Mai 1960 wurde sein Ende besiegelt, nachdem Gary Francis Powers über der Sowjetunion abgeschossen worden war. Aufgrund der Verärgerung von Ministerpräsident Nikita Chruschtschow über den Vorfall, der das Weiße Haus in eine Reihe von Lügen verstrickte, platzte ein paar Wochen später das Pariser Gipfeltreffen, und Eisenhower ließ sämtliche Aufklärungsflüge über Rußland einstellen. Arthur Lundahl erinnerte sich, daß diese Monate »außerordentlich turbulent waren und man mit Fingern aufeinander zeigte«. Das Powers-Fiasko änderte allerdings nichts an der Tatsache, daß Eisenhower und Chruschtschow im Vorjahr bei der Formulierung eines umfassenden Vertrags über das Verbot von Atomtests stetige Fortschritte ge-

macht hatten. Bis September 1961 setzten beide Nationen ihre Tests aus. Dieser Erfolg hatte allgemein zu einer erhöhten Sensibilität in bezug auf die Proliferation von Atomwaffen geführt, und vielleicht spielte er auch eine Rolle bei dem plötzlich erwachten Interesse an Dimona. Ein weiterer Faktor war die Wahl des Zeitpunkts: Da Eisenhowers Amtszeit zu Ende ging, gab es keinen zwingenden Grund, sich wegen des Drucks jüdischer Interessenverbände in den USA Sorgen zu machen.

Schon bevor McCone John Finney zu sich bestellte, bemühte man sich auf höchster Regierungsebene, Israel dazu zu bewegen, die Vorgänge in Dimona offenzulegen. Eine derartige Einmütigkeit in der Absicht und einen solch umfassenden Zugang zu brisanten Informationen über Dimona sollte es später nicht mehr geben.

Zum Zeitpunkt von McCones Auftritt in der Sendung »Meet the Press« hatte man in Washington seit mindestens zehn Tagen neue Informationen über Dimona und verspürte den Wunsch, etwas zu unternehmen. Selbst Christian A. Heiter, der normalerweise unvoreingenommene und anderweitig beschäftigte Außenminister, wußte Bescheid. Heiter hatte nach dem Tod von John Foster Dulles im Mai 1959 dessen hohes Amt übernommen. Er bestellte den israelischen Botschafter Avraham Harman zu sich und bat ihn um eine Erklärung. »Ich war erstaunt, weil er glaubte, es mit den Israelis aufnehmen zu können«, sagte Armin Meyer, stellvertretender Assistent des Außenministers. »Es war das einzige Mal, daß er richtig wütend wurde. Irgend etwas mußte im atomaren Bereich geschehen sein, das ihm die Sicherheit gab, das Thema anzuschneiden. Er dachte, er bewege sich auf sicherem Boden.«<sup>2</sup> Heiter hatte in der Tat eigene Nachforschungen angestellt. Kurz nach Erhalt der Information beauftragte er einen Mitarbeiter, sich an die Franzosen zu wenden und zu klären, ob sie die Israelis tatsächlich unterstützten. Der Mitarbeiter, Philip J. Farley, kannte sich aus - er hatte seit 1956 für John Foster Dulles als Sonderbeauftragter für Rüstungskontrolle gearbeitet - und wußte, daß ein direkter Kontakt »zwecklos« war. Farley erörterte das Thema insgeheim mit einem Vertreter des französischen Botschafters und

gelangte zu der Überzeugung, daß, wie er Heiter berichtete, die Befürchtungen hinsichtlich einer französischen Beteiligung berechtigt waren. Der Vertreter des Botschafters »sagte genau das Richtige«, erinnerte sich Farley und verwies auf dessen scheinheilige Dementis, »aber die Art, wie er sich verhielt...« Als nächstes folgte ein Gespräch mit dem Botschafter, der beharrlich beteuerte, Dimona sei »lediglich ein Forschungsreaktor«. Farley hatte genügend Erfahrung, um zu wissen, daß der Reaktor in Dimona für reine Forschungszwecke eindeutig zu groß war. Nach einer Besprechung im Nationalen Sicherheitsrat wurde Herter vom Weißen Haus angewiesen, bei den Franzosen formell zu protestieren. Wie es der Zufall wollte, hielt sich der französische Außenminister Maurice Couve de Murville gerade zu Gesprächen in Washington auf. Als man sich an ihn wandte, versicherte er dem State Department, daß der israelische Reaktor harmlos sei und daß das dort anfallende Plutonium zur Entsorgung nach Frankreich zurückgeschickt werde. »Er hat uns schlichtweg angelogen«, meinte Fairley dreißig Jahre später in einem Interview noch immer voller Empörung. Damals erkannten er und seine Kollegen natürlich nicht das Ausmaß von Couve de Murvilles Heuchelei; sie hatten keine Ahnung, daß Frankreich den Bau der israelischen Bombe ermöglicht hatte.

Das Gespräch mit dem israelischen Botschafter Harman hatte am 9. Dezember stattgefunden. Innerhalb weniger Tage weitete sich die Frage, was in Dimona tatsächlich vor sich ging, fast zu einer Krise aus. Die Mitglieder des gemeinsamen Atomenergieausschusses von Senat und Repräsentantenhaus wurden eilig aus den Weihnachtsferien zurückbeordert und von Beamten der CIA und des State Department über Dimona informiert. CIA-Direktor Allen Dulles veranlaßte auch, daß der gewählte Präsident John F. Kennedy unterrichtet wurde. Fest steht, daß nichts - weder der Einspruch bei den Franzosen noch die Unterrichtung des gemeinsamen Ausschusses, noch die Instruktion des gewählten Präsidenten - ohne ausdrückliche Zustimmung Dwight Eisenhowers erfolgen konnte. Washington teilte seine Besorgnis auch mit seinen Verbündeten,

und durch die rege Kommunikation gelangten die diplomatischen Bedenken im Hinblick auf Dimona auf die Titelseiten der Zeitungen. Am 16. Dezember war die Story in der Weltpresse zu finden. In der Titelstory des Londoner *Daily Express*, einer Boulevardzeitung, hieß es: »Britische und amerikanische Geheimdienstler glauben, daß die Israelis dabei sind, ihre erste experimentelle Atombombe zu bauen.« Der Artikel stammte von Chapman Pincher, der für seine engen Kontakte zum britischen Geheimdienst und zu atomaren Verbänden bekannt war. Pincher hatte tatsächlich von einem führenden Mann in der britischen Atomwaffenforschung einen Tip bekommen. Letzterer äußerte die Befürchtung, daß eine israelische Bombe notwendigerweise »schmutzig« sein - also eine Menge radioaktiven Fallout erzeugen müsse. In einem Telefoninterview sagte Pincher, als nächstes werde er einen alten Kontaktmann beim Mossad anrufen und die Geschichte nachprüfen. »Ich hatte recht gute Verbindungen zum Mossad«, erklärte Pincher. »Ich hatte gute jüdische Freunde hier (in London). Sie brauchten mich ziemlich lange - sie versorgten mich mit anti-palästinensischen Informationen.« Pinchers Verbindungen zum Mossad beruhten auf folgender Vereinbarung: »Wenn sie mir falsche Informationen lieferten, wollte ich sie hochgehen lassen.«

McCones Indiskretion gegenüber John Finney, seine überzeugenden Erklärungen in der Sendung »Meet the Press« und seine spätere Handlungsweise unter Kennedy - im Herbst 1961 löste er Allen Dulles als CIA-Direktor ab - brachten ihn in den Ruf eines Antisemiten. Solche Behauptungen entbehrten jedoch jeglicher Grundlage: Auch als CIA-Direktor bewies McCone aufs neue, daß er die Proliferation von Atomwaffen strikt ablehnte, und wiederholt schimpfte er über die Franzosen und die Israelis. Außerdem fühlte er sich durch die Lügen der Israelis und Franzosen im Hinblick auf ihre Zusammenarbeit im Negev gekränkt, und er mißbilligte es, daß Washington diese Lügen einfach hinnahm. Myron Kratzer - im Dezember 1960 Direktor für internationale Angelegenheiten bei der AEC - erinnerte sich, daß ihn wenige Stunden vor McCones letztem Fernsehauftritt in »Meet the Press« ein Kollege vom State Department anrief und sagte, er solle McCone bitten, die Sache mit den Israelis herunterzuspielen. Kratzer gab die Bitte weiter, und McCone explodierte. »Er sagte zu mir«, erinnert

sich Kratzer, »>Ich habe nicht all diese Jahre gelebt, um jetzt aus dem Amt zu scheiden und etwas anderes als die Wahrheit zu sagen.«<sup>3</sup> Laut Kratzer wollte McCone unter anderem erreichen, daß die Israelis einer internationalen Überprüfung der Anlage in Dimona zustimmten.

In Israel begann der stellvertretende Verteidigungsminister Shimon Peres, vorgewarnt durch Botschafter Harman und vielleicht auch durch den Mossad, eine Geschichte auszuarbeiten. Im Büro des Premierministers hegte man den Verdacht, daß Leute aus der Umgebung von de Gaulle die Wahrheit über Dimona an die britische Presse weitergegeben hatten; die Franzosen hatten die Israelis seit dem Gipfeltreffen zwischen de Gaulle und Ben Gurion im Juni immer wieder gedrängt, die Existenz des Reaktors publik zu machen. Die Israelis rechneten immer damit, von einem Verbündeten verraten zu werden. Peres' unmittelbares Ziel war es, seinen und Ben Gurions Traum zu retten. Der Einsatz war hoch: Jegliche Publicity um Dimona gefährdete einen der größten internationalen Erfolge Israels - den Kauf von zwanzig Tonnen schwerem Wasser aus Norwegen im Jahr zuvor. Israel hatte den Norwegern damals versichert, das schwere Wasser werde als Brennstoff für ein experimentelles Atomkraftwerk in Dimona gebraucht. Norwegen erhielt die Zusicherung der friedlichen Nutzung und das Recht, das schwere Wasser zu untersuchen, was es in den nächsten zweiunddreißig Jahren nur einmal tat. Die zwanzig Tonnen schweres Wasser waren offenbar viel mehr, als für den Betrieb eines 24-Megawatt-Reaktors notwendig war. Eine Beschwerde von selten der Norweger und die daraus folgende Publicity wären im Gefolge weltweiter Proteste gegen Dimona jedoch verheerend gewesen.

Am 20. Dezember traf Peres mit den Mitarbeitern des Verteidigungsministeriums zusammen, die über Dimona Bescheid wußten, und faßte die verschiedenen Geschichten zusammen, auf denen David Ben Gurions öffentliche Haltung zu dem Thema basierte: Der Reaktor in Dimona sei Bestandteil eines langfristi-

gen Programms zur Entwicklung der Negev-Wüste und diene nur friedlichen Zwecken. Diejenigen, die eine Überprüfung des Reaktors forderten, erklärte Peres, »sind dieselben Leute, die für die

Internationalisierung                      Jerusalems                      eintreten«. <sup>4</sup>

Am nächsten Tag schilderte Ben Gurion öffentlich vor den Mitgliedern der Knesset, was auf Veranlassung Israels im Negev gebaut wurde: ein 24-Megawatt-Reaktor, der »ausschließlich friedlichen Zwecken diene«. Auf dem Boden von Dimona befinde sich noch eine weitere Anlage, fügte der Premierminister hinzu, »ein wissenschaftliches Institut zur Erforschung von Trockengebieten«. Nach der Fertigstellung, so Ben Gurion, werde die gesamte Anlage »Studenten aus allen Ländern offenstehen«. Es war das erste Mal, daß Mitglieder des israelischen Parlaments offiziell von dem Reaktorbau hörten. Als Ben Gurion speziell nach den in Europa und den Vereinigten Staaten veröffentlichten Berichten gefragt wurde, dementierte er sie und bezeichnete sie beiläufig als »absichtliche oder unbewußte Unwahrheit«.

Ben Gurion behandelte die Knesset wie stets, wenn es um Fragen der staatlichen Sicherheit ging: als nutzlose beratende Versammlung, in der debattiert und geredet anstatt gehandelt wurde. Er und seine Kollegen waren einfach der Ansicht, daß die redselige Knesset in Sicherheitsfragen keine entscheidende Rolle zu spielen hatte. Zwar verachteten sie die Knesset nicht und hörten die Ratschläge des Parlaments zu anderen Fragen mit Respekt an, aber sie betrachteten sich eben als Pragmatiker, die - im Gegensatz zur Knesset - zuerst handelten und dann redeten. Mitglieder der Knesset akzeptierten ihrerseits Ben Gurions Ansicht, daß es unangemessen sei, wenn sie bei einer Debatte über Dimona ihre gesetzlichen Rechte geltend machten. Kein Mitglied wagte es, die naheliegende Frage zu stellen: Wenn der Reaktor in Dimona lediglich friedlichen Forschungszwecken diene, wie Ben Gurion öffentlich behauptete, warum mußte dann ein solches Geheimnis daraus gemacht werden? Die Knesset war nur allzugern bereit, jede Erklärung der Regierung zu akzeptieren, in der die Absicht, Atomwaffen herzustellen, dementiert wurde. Selbst Ernst David Bergmanns kategorisches Nein zur Herstellung der Bombe wurde ohne Einwand akzeptiert, obwohl Bergmanns

Engagement für die Bombe allgemein bekannt war. Bergmann war in der peinlichen Lage, noch immer Vorsitzender und einziges Mitglied der israelischen Atomenergiekommission zu sein, obwohl die Kommission schon seit Jahren praktisch nicht mehr existierte. Die anderen sechs Mitglieder hatten ihre Posten Mitte der fünfziger Jahre aufgegeben; ihr Ausscheiden wurde von Wissenschaftlern und in den Akten amerikanischer Geheimdienste als Beweis dafür gewertet, daß es im Hinblick auf Bergmanns Pläne für Dimona zwischen den israelischen Wissenschaftlern ernste Unstimmigkeiten gab. In den meisten Fällen traf das nicht zu. Vielmehr wechselten die Kommissionsmitglieder israelischen Quellen zufolge zu Häuf zum Fachbereich Physik am Weizman-Institut, weil hohe Regierungsbeamte, wie Levi Eschkol und Pinhas Lavon, die der atomaren Entwicklung ablehnend gegenüberstanden, ihnen Gelder für die Forschung verweigerten. Zwei ehemalige Kommissionsmitglieder traten in den sechziger Jahren als Kritiker des Atomprogramms auf. Andere, wie Amos Deshalit, Israels bedeutendster Atomphysiker, waren schließlich maßgebend am Bau des Reaktors in Dimona beteiligt. In den folgenden Tagen und Wochen wurden die Erklärungen der Israelis von der Eisenhower-Administration nicht in Frage gestellt. Nachdem die Regierung die ersten öffentlichen Diskussionen über die israelische Bombe ausgelöst hatte, machte sie angesichts der schamlosen israelischen Dementis sofort einen Rückzieher. In einer Presseerklärung am Tag nach Ben Gurions Rede schloß sich das Weiße Haus der Knesset an und nahm die israelische Geschichte über Dimona unbesehen hin: »Die Regierung Israels hat versichert, daß der neue Reaktor ... ausschließlich Forschungszwecken dienen soll, um wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen und damit die Bedürfnisse der Industrie, der Landwirtschaft, des Gesundheitswesens und der Wissenschaft zu befriedigen ... Israel erklärt, es werde Besuche von Studenten und Wissenschaftlern befreundeter Länder im Reaktor nach dessen Fertigstellung begrüßen.« In der Erklärung, die vom Präsidenten persönlich gebilligt wurde, hieß es weiter: »Es ist erfreulich, festzustellen, daß das israelische Atomenergieprogramm, wie bekannt wurde, keinen Anlaß zu besonderer Sorge gibt.«

Der Rückzug der Regierung ging auch am nächsten Tag weiter: Sie bemühte sich nun, der weltweiten Kritik an Israel entgegenzutreten. In einem vertraulichen, im Telegrammstil abgefaßten Rundschreiben des State Department, das am 22. Dezember an die amerikanischen Botschaften in aller Welt verschickt wurde, hieß es, die Regierung glaube, daß »das israelische Atomenergieprogramm keinen Anlaß zu besonderer Sorge gibt«. Dem Rundschreiben zufolge, das unter das Freedom of Information Act fiel, waren Beamte des State Department, die an der ursprünglichen Entscheidung mitgewirkt hatten, Israel unter Druck zu setzen, angeblich »außerordentlich beunruhigt über die vielen Informationen bezüglich des Interesses der USG [Regierung der Vereinigten Staaten] an Israels Atomprogramm, die in die amerikanische Presse und die Weltpresse gelangten. Wie die Israelis bestätigten, wurden Anstrengungen unternommen, für mehr Aufregung als für Fakten zu sorgen. Das State Department wird in Washington alles Erdenkliche tun und hofft, daß die Empfänger dazu beitragen können, die Gemüter zu beruhigen.« Was die israelische Bombe betraf, entschloß sich Amerika zur »Stillhaltetaktik«. Es gab noch einen letzten heimlichen Protest. Am 6. Januar 1961 legte Christian Heiter bei einer Sitzung des Senatsausschusses für auswärtige Beziehungen seinen Abschlußbericht als Außenminister vor (die Abschrift wurde 1984 freigegeben). Auch das Thema Dimona wurde angeschnitten. Heiter sprach gerade von dem »beunruhigenden« neuen Element im Nahen Osten, als ihn der konservative republikanische Senator Bourke B. Hickenlooper aus Iowa schroff unterbrach. »Ich glaube, die Israelis haben uns in dieser Sache einfach angelogen wie Pferdediebe«, sagte Hickenlooper. »Sie haben in der Vergangenheit die Fakten völlig falsch dargestellt. Ich halte es für außerordentlich bedenklich ... ihr Verhalten in Zusammenhang mit diesem Reaktor, den sie heimlich gebaut und dessen Existenz sie beharrlich und mit völlig unbewegter Miene geleugnet haben, einfach hinzunehmen.« Hickenlooper wußte, wovon er sprach: Er war damals Vorsitzender des gemeinsamen Atomenergieausschusses.

Der einflußreiche Senator wußte auch, daß er nur in einer geheimen Anhörung Dampf abließ. Keiner in der lahmen Eisenhower-

Administration wollte mehr tun und sich mit Israel anlegen. »Ich werde Sie nicht als Außenminister bitten zu antworten«, fügte Hickenlooper schlaff hinzu. »Ich hoffe, ich habe unrecht.« Dimona blieb ein Thema für die New-Frontier-Politik John F. Kennedys.

## Doppelte Loyalität

Lewis Strauss, John McCones Vorgänger im Amt des Vorsitzenden der Atomenergiekommission, war der Inbegriff des Kalten Kriegers der fünfziger Jahre, ein chauvinistischer Amerikaner, der hartnäckig gegen die Proliferation von Atomwaffen kämpfte. Als Strauss 1958 die AEC verließ, wußte er sicher ebensoviel über Dimona wie jeder andere in den Nachrichtendiensten. Es gibt jedoch keinen Beweis dafür, daß er in seiner Amtszeit Fragen zum israelischen Rüstungsprogramm vorbrachte, und es ist auch nicht bekannt, daß er nach seinem Ausscheiden aus dem Amt jemals über Dimona gesprochen hat. Höchstwahrscheinlich erzählte er McCone, einem frommen Katholiken, nichts von den Vorgängen im Negev.

Strauss schwieg zum israelischen Atomprogramm, weil er es billigte - als Jude, der seine eigenen Ansichten zum Holocaust hatte. Seine starken persönlichen Sympathien für Israel und das Bedürfnis des kleinen Staates nach Sicherheit standen in krassem Gegensatz zu Strauss' öffentlichem Image. Er galt als vollkommen assimilierter Jude, der bei vielen Anstoß erregte — und andere amüsierte - weil er darauf bestand, daß sein Name »Strauss« amerikanisch ausgesprochen wurde.

Strauss war ein konservativer Investment-Bankier aus Virginia. Im Zweiten Weltkrieg war er bei der Marinereserve zum Admiral aufgestiegen. Er hielt Amerikas Atomwaffenarsenal für unentbehrlich, um der Sowjetunion Paroli bieten zu können. Alle, die nicht mit ihm übereinstimmten, hatten seiner Ansicht nach unrecht, und waren obendrein kommunistische Ignoranten. Nach dem Krieg hatte er seinem Büro in der Wall Street den Rücken gekehrt und war bis 1950 eines der ersten Mitglieder der Atomenergiekommission, einer unabhängigen nationalen Behörde, die die

Aufsicht über Amerikas atomares Potential hatte, ähnlich wie der Manhattan Engineering District der Armee Oppenheimers geheime Arbeit in Los Alamos administrativ überwacht hatte. Strauss und seine fünf Kollegen hatten nun das gesamte spaltbare Material unter ihrer Kontrolle. Außerdem hatten sie die Verantwortung für den Betrieb der Kernreaktoren des Landes und für die Entwicklung der Atombombe. Die zivile Kontrolle über das Atomarsenal war so umfassend, daß die Kommission den Militärs Anzahl und Sprengkraft der hergestellten Bomben verschweigen konnte, was bei den frühen Atomkriegsszenarios der Vereinigten Stabschefs ein Chaos verursachte. (Heute ist das Energieministerium für die Atomwaffenproduktion verantwortlich.) Strauss entwickelte sich rasch zum starken Mann der Kommission, und als Eisenhower ihn 1953 bat, den Vorsitz der AEC zu übernehmen, wuchs seine Macht noch. Strauss sprach sich dafür aus, daß Bürger, die Zugang zu Informationen über Atomtechnologien hatten, einen Treueid ablegen mußten. Er beharrte auf der Fortsetzung von Atomtests und ließ sich auf öffentliche Auseinandersetzungen mit Kritikern ein, die behaupteten, der radioaktive Fallout nach den Tests sei gesundheitsgefährdend. Er kämpfte auch gegen Versuche der Eisenhower-Administration, mit der Sowjetunion ein Atomtestmoratorium oder eine andere Vereinbarung zu Atomwaffen auszuhandeln. Strauss stand auf der Seite jener Gruppen in Regierung und Kongreß, die Informationen über Kernwaffen nicht an die europäischen Verbündeten weiterleiten wollten, weil sie fürchteten, der Ostblock könne sich Zugang zu den geheimen Materialien verschaffen.

Gleichzeitig engagierte er sich für das Programm »Atome für den Frieden« der Eisenhower-Administration: Den Verbündeten der USA sollten - unter internationalem Schutz - amerikanische Kerntechnologie und Kernbrennstoffe zur Verfügung gestellt werden, um die friedliche Nutzung der Atomenergie zu fördern. Man ging davon aus - was sich als schrecklicher Irrtum erwies -, daß kleinere Länder, sobald sie das zum Betrieb eines Kernkraftwerks erforderliche angereicherte Uran oder Plutonium bekommen hatten, nicht mehr den Wunsch verspüren würden, Kernwaffen zu entwickeln. Strauss war, im Einklang mit seinen Anschauungen,

ein Befürworter privater Unternehmen und setzte sich dafür ein, daß die Industrie - und nicht die Regierung - Kernkraftwerke baute und in Betrieb nahm.

Den meisten Amerikanern war die Abneigung des AEC-Vorsitzenden gegen J. Robert Oppenheimer bekannt. Anfang der fünfziger Jahre hatte Oppenheimer für Aufsehen gesorgt. Er forderte damals die Vereinigten Staaten auf, durch den Verzicht auf die Wasserstoffbombe den Rüstungswettlauf zu stoppen. Im Jahr 1954 führte Strauss einen erbitterten und erfolgreichen Kampf darum, Oppenheimer die Bescheinigung der Unbedenklichkeit zu entziehen. Die Anhörungen, bei denen es letztlich um Oppenheimers Loyalität und Integrität ging, hielten die Nation in Atem. Doch Strauss agierte nicht nur in der Öffentlichkeit gegen Oppenheimer. Später wurde bekannt, daß er das FBI angewiesen hatte, Oppenheimer auf Schritt und Tritt zu überwachen und seine Telefongespräche, auch die mit seinem Anwalt, abzuhören. Er setzte alle Hebel in Bewegung, damit Oppenheimer die Bescheinigung der Unbedenklichkeit auch tatsächlich entzogen wurde.

Sein Taktieren und seine bissigen Auftritte in der Öffentlichkeit machten Strauss nicht gerade populär, obwohl er bis zu seinem Tod 1974 im Alter von siebenundsiebzig Jahren eine wichtige Rolle in der amerikanischen Atompolitik spielte. Sogar enge Mitarbeiter bezeichneten ihn als reserviert, arrogant und berechnend. Dwight D. Eisenhower beeindruckte das anscheinend nicht im geringsten. Er vertraute Strauss' Urteil und nannte ihn später eine der »herausragendsten Persönlichkeiten« der westlichen Zivilisation. Nachdem Strauss 1958 den Entschluß gefaßt hatte, die AEC zu verlassen, bot ihm Eisenhower eine Reihe von Spitzenposten an - unter anderem den des Außenministers und den des Stabschefs im Weißen Haus. Strauss lehnte beide ab und erklärte sich schließlich bereit, Handelsminister zu werden. Das Akkreditierungsverfahren nahm einen katastrophalen Verlauf. Strauss war gegenüber dem Handelsausschuß des Senats alles andere als aufrichtig. Eine demütigende Ablehnung war das Ergebnis. Strauss war der einzige Regierungskandidat, der in Eisenhowers Amtszeit vom Senat nicht bestätigt wurde, und ist in

der amerikanischen Geschichte der achte Kandidat, der abgelehnt wurde.

Auch nach seinem Rückzug aus dem öffentlichen Leben hielt Strauss unerschütterlich an seiner durch und durch feindseligen Haltung gegenüber der Sowjetunion fest. Bei einer Anhörung zu dem von der Kennedy-Administration vorgeschlagenen Atomtestmoratorium erklärte Strauss vor einem Kongreßausschuß: »Ich bezweifle, daß die Reduzierung der Spannungen (zwischen USA und UdSSR) unbedingt wünschenswert ist.« Gleichzeitig setzte er sich weiterhin für die Nutzung von Atomenergie ein. Im Jahr 1964 stattete er Israel einen Besuch ab - vermutlich den ersten - und verhandelte mit der Regierung über den beabsichtigten Bau einer mit Atomkraft betriebenen Wasserentsalzungsanlage. Strauss hatte während seiner Zeit bei der AEC an den meisten internationalen Konferenzen über die friedliche Nutzung von Atomenergie teilgenommen. In diesen Gremien lernte er seinen israelischen Kollegen Ernst David Bergmann kennen und freundete sich mit ihm an. Von dieser Beziehung wußten nur wenige. Weder Strauss' Biograph noch sein Sohn Lewis, der Zugang zu allen persönlichen Unterlagen seines Vaters hatte, wußten vom Kontakt der beiden Männer.

Die Freundschaft mit Bergmann ist der überzeugendste Beweis für Strauss' positive Haltung gegenüber dem israelischen Atomwaffenprogramm. Im Herbst 1966 nutzte Strauss seinen Einfluß und verschaffte Bergmann eine zweimonatige Gastdozentur am renommierten Institute for Advanced Studies der Princeton University. Strauss hatte keinen Hochschulabschluß. Im Zweiten Weltkrieg hatte er dem Kuratorium des Instituts angehört und blieb einer seiner wichtigsten Förderer und Spendenbeschaffer. Das Institut hatte nur selten Chemiker als Gastdozenten. Die Mitarbeiter sind überwiegend Physiker und Mathematiker, aber für Strauss wurde eine Ausnahme gemacht. Bergmann war damals bereits ein verbitterter Mann. Er opponierte hartnäckig gegen die Entscheidung von Premierminister Levi Eschkol, die großangelegte Atomwaffenproduktion auszusetzen. Diese Entscheidung war zum Teil auf Drängen Präsident Lyndon B. Johnsons zustande gekommen. Dieser Differenzen wegen mußte Bergmann von sei-

nem Posten im Verteidigungsministerium und als Vorsitzender der Atomenergiekommission zurücktreten.

»Strauss ging mir wegen Bergmann ganz schön auf die Nerven«, erinnerte sich Carl Kaysen, der damals neugewählte Leiter des Instituts. »Er vertrat mir gegenüber die Ansicht, Bergmann sei ein ausgezeichnete Wissenschaftler.« Erst nach Bergmanns Ankunft, so Kaysen, habe er erfahren, wer er war und was er machte. Bergmann hatte nicht viel zu tun, und »er kam vorbei und unterhielt sich mit mir. Mir wurde klar, daß er und Strauss enge Freunde waren und daß er am [israelischen Atom-] Waffenprogramm mitarbeitete. Er sah das ganz gelassen.« Offensichtlich teilte Bergmann Kaysen alles mit, was er bereits Strauss erzählt hatte. Kaysen, ein hervorragender Volkswirtschaftler und ehemaliger Berater des Präsidenten in Fragen der nationalen Sicherheit, war keineswegs überrascht, daß Israel Atombomben bauen wollte. Doch er war schockiert, daß Strauss insgeheim für ein mit Atomwaffen ausgerüstetes Israel war, obwohl er zu seiner jüdischen Abstammung anscheinend ein sehr gespaltenes Verhältnis hatte und der Proliferation atomarer Waffentechnologie zumindest in der Öffentlichkeit so vehement entgegengetreten war.

Vielleicht ist Strauss' turbulente politische Karriere der Grund, daß Öffentlichkeit und Presse nie Gelegenheit hatten, mehr über seine persönlichen Gefühle als Jude und seine Schuldgefühle zu erfahren, daß er in den dreißiger Jahren nicht mehr getan hatte, um Juden vor dem Holocaust zu bewahren. Seine jüdische Herkunft war kein Geheimnis - seit 1938 war Strauss Vorsteher der Gemeinde Emanuel, der größten und bekanntesten reformierten Synagoge in New York City. Eisenhower hatte 1957 kurz mit dem Gedanken gespielt, Strauss zum Verteidigungsminister zu ernennen, aber schließlich sah er ein, daß dessen jüdische Abstammung zu viele Probleme mit den arabischen Staaten des Nahen Ostens verursachen würde. Doch Strauss' Aktivitäten zugunsten des jüdischen Staates waren anscheinend nicht einmal seinen engsten Mitarbeitern in der Atomenergiekommission bekannt. In seinen 1962 veröffentlichten Memoiren nahm Strauss Stellung zum Holocaust: »Die Jahre zwi-

sehen 1933 und dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs werden für mich immer ein Alptraum bleiben, und die armseligen Versuche, die ich unternahm, um der Tragödie entgegenzutreten, waren, außer in ein paar - erbärmlich wenigen - Fällen, totale Fehlschläge.« Das Amerikanisch-Jüdische-Komitee hatte Strauss 1933 gebeten, an der internationalen Konferenz in London über das Elend der Juden teilzunehmen; dort lernte er Dr. Chaim Weizman kennen. Strauss horchte auf, als die Konferenzteilnehmer forderten, die USA sollten eine »astronomische Summe« aufbringen, um bei der Umsiedlung von Millionen Juden zu helfen. Strauss war damals noch entschieden gegen einen jüdischen Staat in Palästina. Als einziger Delegierter war er gegen diese Forderung, was er später bereuen sollte. Sechs Jahre später verwandte Strauss viel Zeit und Mühe darauf, die britische Regierung dazu zu bewegen, europäischen Flüchtlingen, Juden und Nicht-Juden, ein großes Stück des britischen Kolonialafrika zur Ansiedlung zu überlassen, allerdings ohne Erfolg. Angesichts des drohenden Krieges spielte nun Geld keine Rolle mehr: Strauss und seine amerikanischen Kollegen, darunter der Finanzfachmann Bernard Baruch, vertraten gemeinsam die Ansicht, daß 300 Millionen Dollar aufgebracht werden könnten.<sup>1</sup> Aber es war zu spät. Strauss' Haltung zu seinem persönlichen Scheitern — und zum Versagen der Großmächte - werden in seinen Memoiren deutlich: »Die Woge des Krieges überflutete die Kontinente und fegte über den Ozean, und die schockierte Welt verschloß die Augen, im übertragenen wie im wörtlichen Sinn, vor dem Elend der Unglücklichen, die verschlungen wurden.«<sup>2</sup>

Obwohl Strauss, wie viele Juden, dem Zionismus ein Leben lang ablehnend gegenübergestanden war, hatte er das Vertrauen seiner Kollegen in der israelischen Atomenergiekommission gewonnen, weil er 1955 in Genf auf der Konferenz der Vereinten Nationen über die friedliche Nutzung von Kernenergie gemeinsam mit ihnen gebetet hatte. An der Konferenz nahmen mehr als 1500 Delegierte aus siebzig Nationen teil. Die israelische Delegation wurde von Ernst Bergmann geführt. Der damalige Außenminister Moshe Sharett erhielt - laut Kalendereintrag vom 18. September 1955 - von einem Delegierten einen ausführlichen

Bericht. Bezeichnenderweise hielt es der Delegierte für wichtig, Sharett mitzuteilen, daß mindestens dreihundert Delegierte Juden waren. Trotz dieser stattlichen Zahl, vermerkte Sharett, »nahmen nur die jüdische Delegation (bei der Konferenz) und der Leiter der US-Delegation, Admiral Strauss« an dem von der jüdischen Gemeinde Genfs arrangierten Freitagabendgottesdienst teil. Dennoch gab sich Strauss in Washington große Mühe, seine starken Emotionen bezüglich seiner jüdischen Abstammung und des Holocaust zu verbergen, obwohl viele seiner ehemaligen Untergebenen bei der AEC in Interviews betonten, er habe Deutschen gegenüber eine unerbittlich feindselige Haltung eingenommen und Kontakte mit Deutschen nach Möglichkeit vermieden. Aber erst, nachdem Strauss die AEC verlassen hatte, fand Myron Kratzer - langjähriger AEC-Mitarbeiter und ebenfalls Jude - heraus, daß der ehemalige Vorsitzende die Gebote seiner Religion befolgte und am Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, fastete. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt war Strauss von Eisenhower gebeten worden, die amerikanische Delegation bei einer internationalen Konferenz in Wien anzuführen. Aber am Jom Kippur, erinnerte sich Kratzer, »ließ sich Strauss nicht blicken. Er schloß sich an diesem Tag einfach in seinem Zimmer ein.«

Bei der Untersuchung der Frage, warum Strauss niemandem - und vor allem nicht John McCone — von Dimona berichtete, dürfen sein persönlicher Hintergrund und seine Gefühle zum Holocaust nicht außer acht gelassen werden. Ob gerecht oder nicht, das Problem der sogenannten »doppelten Loyalität« - wie sie sich in Strauss' Handeln zeigt - beschäftigte die amerikanischen Nachrichtendienste seit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948. Amerikanische Juden durften sich zum Beispiel viele Jahre im CIA-Hauptquartier nicht mit israelischen Fragen befassen. Keiner der ersten Stationschefs oder Agenten in Israel war Jude. Ein Jude, der Jahrzehnte später einen hohen Posten bei der CIA bekleidete, bestätigte verärgert, daß bei seiner Ankunft »jeder verdammte Jude bei der CIA in der Buchhaltung oder in der Rechtsabteilung saß«. Der Beamte hatte zwar nicht ganz recht, aber selbst die wenigen Juden,

die an die Spitze gelangten, wie Edward W. Proctor, der Mitte der siebziger Jahre Leiter der Analytischen Abteilung war, hatten zu allen brisanten Dokumenten bezüglich Israel keinen Zugang. Juden waren auch von Hebräisch-Kursen (früher auch Spezial-Arabisch genannt) der Nationalen Sicherheitsbehörde ausgeschlossen. Ein solcher Kurs ist die Grundvoraussetzung der Arbeit in speziellen Horchposten der NSA, die israelische Meldungen auffangen. Der Nachrichtendienst der Marine lehnte es kategorisch ab, einen Juden mit einer Angelegenheit des Nahen Ostens zu betrauen. Beamte des auswärtigen Dienstes der USA waren davon überzeugt - und sind es noch -, daß jeder diplomatische Bericht, in dem Israel kritisiert wird, innerhalb weniger Tage auf wunderbare Weise in die israelische Botschaft in Washington gelangt. Die Kennedy-Administration kam 1963 informell mit Israel überein, daß beide Länder keine gegenseitige Spionage betreiben wollten. Nach Aussage eines ehemaligen Mitarbeiters Kennedys wollten die Amerikaner mit dieser Vereinbarung der israelischen Infiltration Amerikas entgegenwirken.

Doch in Wahrheit schlossen Juden und Nicht-Juden gleichermaßen die Augen, wenn es um Israels atomares Potential ging. Die doppelte Loyalität einzig und allein als jüdisches Problem zu betrachten, wäre sehr kurzsichtig. Die jüdischen Überlebenden, die Bürger Israels wurden und während des Zweiten Weltkriegs unglaubliche Mühen auf sich nehmen und ungeheures Leid erdulden mußten, hatten und haben bei Amerikanern aller Schichten enorme Sympathien. Der primäre Effekt der »doppelten Loyalität« war eine Art Selbstzensur. Sie hielt die Regierung der Vereinigten Staaten davon ab, sich rational und konsequent mit den strategischen und politischen Problemen zu befassen, die sich angesichts eines mit Atomwaffen ausgerüsteten Israel stellen. Ob Vorschriften oder Gesetze gebrochen werden, ist nicht das Problem, sondern daß einige Leute, die Israel unterstützten (Juden oder andere), ihre Stellung dazu benutzten, sich ein genaues Bild von dem israelischen Atomprogramm zu verschaffen; und niemand versuchte, den Bau des Reaktors zu stoppen. Die wenigen Beamten in der Regierung, die gegen die Proliferation von Atomwaffen eintraten und alle wichtigen Informationen über Dimona sam-

mein wollten, wurden oft als »Fanatiker« beschimpft - und galten deshalb als nicht voll vertrauenswürdig.

Aber selbst unter den aufrichtigsten Männern führte die jüdische Abstammung zwangsläufig zu Diskussionen. Dino Brugioni informierte Strauss regelmäßig über die Ergebnisse der U-2-Aufklärung im atomaren Bereich, aber wenn es um Informationen über den israelischen Atomreaktor ging, war Strauss' Verhalten rätselhaft. »Ich wußte nie, was er dachte; ich verstand ihn nicht. Er sagte nur: >Das ist in Ordnung.« Brugioni hatte besondere Gründe, sich über Strauss zu wundern. Er wußte, daß es innerhalb der CIA Anhaltspunkte dafür gab, daß amerikanische und europäische Juden »von Anfang an« unmittelbar an der Finanzierung und dem Bau des Reaktors in Dimona beteiligt waren. »Vor allem New Yorkerjuden waren mit Feuereifer dabei«, erklärte Brugioni. »Sie sagten sich, -Du mußt Israel schützen-, und jeder, der es nicht tat [in der Nachrichtengemeinde], mußte es büßen.« Bei Interviews mit hochrangigen Mitarbeitern des amerikanischen Atomwaffenprogramms - Männer, die ähnlich wie Lewis Strauss einen Teil oder ihr ganzes Leben der Herstellung von Bomben widmeten - hatte keiner auch nur den leisesten Zweifel an den Zielen der israelischen Atompläne. Die meisten berichteten von engen persönlichen Freundschaften mit israelischen Physikern, die am israelischen Waffenprogramm arbeiteten. Ein Mann, der soviel Erfahrung und Sachkenntnis besaß wie Lewis Strauss, konnte keine Zweifel an dem wahren Zweck eines geheimen Reaktors im Negev haben. Seine Witwe Alice berichtete, daß ihr Mann, der nicht viel über seine Arbeit sprach, »es gutgeheißener hätte, daß Israel sich selbst verteidigen wollte. Da besteht gar kein Zweifel.« Strauss muß auch bekannt gewesen sein, daß ein jüdischer Atomphysiker namens Raymond Fox für große Aufregung gesorgt hatte, weil er 1957 von Kalifornien nach Israel emigrierte. Fox hatte in Kalifornien für das Lawrence Livermore National Laboratory, ein von der Universität Kalifornien im Auftrag der Atomenergiekommission betriebenes Kernforschungszentrum, gearbeitet. Sein geheimes Wissen konnte für die Israelis in Dimona von unschätzbarem Wert sein. Vielleicht sprach Strauss mit John McCone deshalb nicht über Di-

mona, weil er meinte, den Juden einen zweiten Holocaust ersparen zu müssen. Vielleicht hatte er Schuldgefühle wegen seiner unterlassenen Hilfe für die Juden in Europa vor dem Zweiten Weltkrieg. In den folgenden dreißig Jahren verhielten sich Juden und Nicht-Juden in der amerikanischen Regierung ähnlich: Wenn es um Dimona ging, sahen sie einfach weg. Machten sie sich der doppelten Moral schuldig, wie Dino Brugioni und andere im Nachrichtendienst meinten? Vernachlässigte Lewis Strauss, der gleich das Schlimmste annahm, wenn es um die Loyalität von Männern wie Robert Oppenheimer ging, seine Amtspflichten, weil er die ihm bekannten Informationen über Dimona für sich behielt und auch nicht an seinen Nachfolger weitergab?

Viele amerikanische Juden sind, wohl begreiflicherweise, der Ansicht, daß die Frage der »doppelten Loyalität« nicht in der Öffentlichkeit erörtert werden sollte. Sie fürchten, daß jede Diskussion über jüdische Hilfe für Israel zu Lasten der USA den Antisemitismus fördern könnte. Offenbar haben sie Angst, Nicht-Juden könnten zu der Überzeugung gelangen, jede jüdische Hilfe für Israel müsse die primäre Loyalität gegenüber den Vereinigten Staaten ausschließen. Außerdem gibt es hinsichtlich der Unterstützung Israels durch amerikanische Juden noch ein anderes Problem: Jeder öffentliche Bericht über Israels atomare Kapazität konnte bei den arabischen Ländern erneut Furcht vor einer weltweiten jüdischen Verschwörung wecken, und sie würden deshalb ihre Anstrengungen verdoppeln, die Bombe zu bekommen. Gegen diese Bedenken sprechen folgende Überlegungen: Kann es sich die Welt leisten, so zu tun, als sei Israel keine Atommacht, um Probleme zu vermeiden? Kann ein internationales Abkommen über die Begrenzung von Atomwaffen überhaupt in Kraft treten, wenn über Israels Bomben nicht vollständig Rechenschaft abgelegt wird? Kann man von den arabischen Ländern tatsächlich erwarten, daß sie Israels Atomwaffen einfach ignorieren, weil in der Öffentlichkeit nichts über die Waffen bekannt wurde? Darf Israel wegen der breiten und emotional begründeten Unterstützung in den USA mit anderem moralischem Maßstab gemessen werden als Pakistan, Nordkorea oder Südafrika?

Viele Gegner der Proliferation von Atomwaffen in der amerikanischen Regierung waren Anfang der neunziger Jahre davon überzeugt, daß Atomwaffen lediglich im Nahen Osten zum Einsatz kommen könnten. »Israel verfügt über eine gut durchdachte atomare Strategie und wird im Falle der Bedrohung seine Waffen einsetzen«, erklärte ein Experte, der sich zwei Jahrzehnte lang mit Studien der Regierung über die atomare Frage im Nahen Osten befaßt hatte.

Einigen ehemaligen Untergebenen Strauss' bei der AEC fällt es schwer zu glauben, daß seine jüdische Abstammung der Grund war, weshalb er John McCone nichts von Dimona erzählte. Algie A. Wells, der 1958, als McCone Strauss' Posten übernahm, Leiter der Abteilung für internationale Angelegenheiten bei der AEC war, vermutete, daß Strauss erheblich trivialere Gründe hatte, seine gesetzlich vorgeschriebene Pflicht als AEC-Vorsitzender zu vernachlässigen. »Warum hätte Strauss McCone etwas erzählen sollen? Die beiden Männer standen sich nicht nahe. Beide hatten ein enormes Selbstbewußtsein. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sie befreundet waren und mal einen zusammen tranken.« Wells war der Ansicht, es sei unwichtig gewesen, ob Strauss McCone etwas erzählt hätte oder nicht. Als er 1958 in Israel war, erfuhr er - wie jeder Regierungsbeamte, der dies wollte - daß Israel einen Atomreaktor baute. Obgleich McCone erstaunt war, als er Ende 1960 von dem Reaktor erfuhr, fügte Wells hinzu, »hätte er das nicht sein sollen«.

## Ein Präsident kämpft

Abraham Feinberg hielt es wie Lewis Strauss für richtig, hinter den Kulissen für Israel zu arbeiten, doch anders als Strauss war er auch in der Lage, sich dieser Aufgabe zielstrebig und engagiert zu widmen. Feinberg, ein New Yorker Jude, der in der Strumpfwaren- und Bekleidungsbranche ein Vermögen gemacht hatte, spielte schon 1948 bei der Finanzierung von Trumans aussichtslos scheinendem Präsidentschaftswahlkampf eine maßgebliche Rolle; im Wahlkampf von 1960 war er vielleicht der wichtigste jüdische Spendenbeschaffer der Demokraten. Sein Anliegen war offensichtlich: Die Dollars, die er sammelte, sollten dem Staat Israel die dauerhafte Unterstützung der Demokraten sichern. Feinberg war ein »Spieler« - um ihn mit seinen eigenen Worten zu charakterisieren - und träumte wie sein Freund Ernest David Bergmann von einer Atommacht Israel. Öffentlich präsierte er der Israel Bond Organization, privat beschaffte er Millionen von Dollars für den Bau der umstrittenen Reaktor- und Wiederaufbereitungsanlage in Dimona. Er hatte begriffen, daß die kostspieligen und immer aufwendigeren Bauarbeiten in Dimona nicht aus dem normalen israelischen Staatshaushalt finanziert werden konnten. Da es innerhalb und außerhalb Israels zu viele Kritiker des Atomprogramms gab, mußte das Geld auf anderem Wege beschafft werden. Die unerwünschte Publizität am Ende der Eisenhower-Ära hatte Ben Gurion und Shimon Peres nur darin bestärkt, das Geheimnis noch entschlossener zu hüten. Doch Feinberg war bei all dem mehr als nur Geldbeschaffer. Als Präsident Kennedy im September 1961 John McCone zum CIA-Direktor ernannte und klar wurde, daß er ein entschiedener Gegner einer israelische Bombe war, machte sich Feinberg zu einem internen Fürsprecher für Ben Gurion und Peres. Insbesondere mit

Peres verband ihn eine enge Beziehung: »Er kam oft wegen Geld zu mir. Wenn er mir einen Auftrag gab, half ich ihm.« Feinberg ist nach wie vor stolz darauf, daß er Israel und sein geheimes Rüstungsprogramm unterstützt hat. Seine offensivste Aktion im Dienste Israels zog er in den ersten Tagen der Kennedy-Administration durch. Damals forderte Kennedy Israel auf, einem amerikanischen Inspektionsteam in Dimona freien und ungehinderten Zugang zu gestatten. Feinberg half, diese Forderung abzu-blocken. Sein Erfolg wurzelte in den besonderen Gegebenheiten der amerikanischen Politik. »Mein Weg an die Macht«, erklärt er, »führte über Kooperation in einem Bereich, in dem sie uns brauchten - bei den Wahlkampfgeldern.«

Einen ersten Vorgeschmack von politischer Macht bekam Feinberg 1948 in Trumans Wahlkampf gegen Thomas E. Dewey, den republikanischen Gouverneur von New York. Truman lag hoffnungslos zurück, und Dewey schien den Sieg bereits sicher in der Tasche zu haben. »Als ich mich an Trumans Seite stellte«, erklärte Feinberg, »hielt ich es für die Pflicht eines jeden Juden, Israel zu helfen.« Als Mitglied des demokratischen Wahlkampf-Finanzausschusses nahm Feinberg im Weißen Haus an einer Sitzung mit dem Präsidenten teil, der mit seiner Entscheidung vom Frühjahr, Israel als Staat anzuerkennen, bei Juden in aller Welt Zustimmung gefunden hatte. »Sollte ich um Geld wetten«, soll Truman laut Feinberg gesagt haben, »so würde ich auf meinen Sieg setzen - doch ich müßte mit einem Zug durchs Land fahren können.« Doch dazu brauche er mindestens 100 000 Dollar. Feinberg versicherte Trumans Mitarbeitern, daß er das Geld bis zum Abend beschaffen könne, und in der Folgezeit sorgte er dafür, daß Trumans Wahlkampfbus bei jedem Zwischenstopp von einflußreichen Juden am Ort »aufgetankt« wurde, sofern Bedarf bestand.

In Feinbergs Trophäensammlung findet sich ein siebenseitiger, handgeschriebener Dankesbrief von Truman. Feinberg schätzt, daß er und seine jüdischen Kollegen 1948 während der Wahlreise »ungefähr 400 000 Dollar« gesammelt haben. Truman kannte die Spielregeln und bot Feinberg später den Posten des amerikanischen Botschafters in Israel an. Feinberg lehnte dankend ab: »Ich

sagte ihm, daß kein Jude Botschafter in Israel werden sollte, solange der Frieden nicht gesichert sei.«

Feinbergs Rolle als Spendenbeschaffer für Harry Truman wird in keiner zeitgeschichtlichen Arbeit über diese Periode<sup>1</sup> erwähnt und läßt sich, wie auch ein Teil seiner späteren Aktivitäten, die speziell der Finanzierung von Dimona dienten, nicht in vollem Umfang belegen. Gleichwohl gibt es stichhaltige Beweise dafür, daß er tatsächlich eine so maßgebliche Rolle gespielt hat, wie er behauptet. So erinnert sich der namhafte Washingtoner Anwalt Clark Clifford, zur fraglichen Zeit Mitarbeiter und Pokerbruder Trumans, noch lebhaft an eine entscheidende Intervention Feinbergs während Trumans Wahlreise. Clifford war zwar nicht mit der Geldbeschaffung für die Demokratische Partei befaßt, doch er wußte, daß der Wahlkampfzug des Präsidenten auf halber Strecke stehenzubleiben drohte, weil das Geld ausging. Die Fortsetzung der Kampagne, so erinnerte er sich, »war eine schier unlösbare Aufgabe. Wir konnten niemanden aufreiben, der an unseren Sieg glaubte.« In Oklahoma City schien die Katastrophe unausweichlich: Eine Rundfunkanstalt ließ die Wahlkämpfer wissen, daß sie eine großangekündigte Rede Trumans zur Außenpolitik nur dann landesweit ausstrahlen wolle, wenn »im voraus dafür bezahlt werde«. Dazu Clifford: »Das versetzte uns einen Schock. Die Sache wäre außerordentlich peinlich gewesen.« Rund 60 000 Dollar wurden gebraucht - sofort und in bar. »Truman überlegte, an wen er sich wenden könnte. Der Bursche, der ihm, wie er später sagte, aus der Patsche half, war Abe Feinberg. Ich habe es Abe immer hoch angerechnet, daß er die Sendung gerettet und uns die Peinlichkeit erspart hat. Ja, er hat es tatsächlich geschafft.« Darüber hinaus sammelte Feinberg Spenden für Adlai E. Stevenson, den gescheiterten demokratischen Kandidaten von 1952 und 1956, und unterstützte die Nominierung des demokratischen Senators Stuart Symington aus Missouri zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten (Symington trat später als leidenschaftlicher Fürsprecher eines atomar bewaffneten Israels auf, was ihn paradoxerweise freilich nicht daran hinderte, im Senat ein Gesetz einzubringen, das die Proliferation begrenzen sollte). Bei John F. Kennedys erster Bewerbung um die demokratische Präsidenten-

schaftskandidatur spielte Feinberg keine Rolle: Wie viele Juden hielt er Kennedys Vater für einen Antisemiten. Joseph P. Kennedy, Selfmademan, Millionär und angesehener Katholik, hatte sich vor dem Zweiten Weltkrieg als Botschafter in England unter Franklin D. Roosevelt gegen einen Eintritt der USA in den Krieg mit Deutschland ausgesprochen. Doch ein paar Wochen nach Kennedys Nominierung durch die Demokraten nahm Gouverneur Abraham Ribicoff aus Connecticut, der einer von Kennedys Managern beim demokratischen Parteikonvent gewesen war, Kontakt zu Feinberg auf. »Ich war der einzige Jude, der für ihn war«, erinnerte sich Ribicoff. »Und mir war klar, daß die Juden für jeden waren, nur eben nicht für John F. Kennedy. Ich sagte Kennedy, daß ich mich mit Abe Feinberg in Verbindung setzen wollte, weil er meines Erachtens eine Schlüsselstellung unter den Juden hatte. Ich arrangierte in Feinbergs Apartment im Hotel Pierre ein Treffen [mit Kennedy], zu dem wir alle einflußreichen Juden einluden.« Etwa zwanzig führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Finanzwelt erschienen.<sup>2</sup>

Laut Feinberg war es der prominente Bostoner Bürger Dewey Stone, der gleich mit seiner ersten Frage die Weichen stellte: »Jack, jeder weiß, was man ihrem Vater in bezug auf die Juden und Hitler nachsagt. Und jeder weiß, daß der Apfel nicht weit vom Stamm fällt.« Kennedy antwortete pointiert und scharf: »Wie Sie wissen, gehört auch meine Mutter zu diesem Stamm.« Ribicoff wurde später Mitglied des Kabinetts. Er berichtet, Kennedys Hauptaussage sei gewesen, daß »die Söhne nicht für die Sünden der Väter verantwortlich gemacht werden sollten«. Ein Glück für Kennedy, daß die Männer in Feinbergs Apartment damit zufrieden waren. Kennedy, so Feinberg, sei mit Ribicoff nach oben in ein separates Zimmer gegangen, um dort die Entscheidung abzuwarten. Die Gruppe einigte sich auf eine erste Spende von 500 000 Dollar für den Präsidentschaftswahlkampf und stellte weitere in Aussicht. »Ich rief ihn [Kennedy] sofort an«, sagte Feinberg. »Ihm versagte die Stimme. Er war gerührt vor Dankbarkeit.«

Als Kennedy am nächsten Morgen zum Haus des befreundeten Kolumnisten Charles Bartlett im Nordwesten Washingtons fuhr und ihm von der Sitzung berichtete, zeigte er sich freilich alles

andere als dankbar. Bei einem gemeinsamen Spaziergang gab er seinem Freund eine ganz andere Schilderung von der Sitzung am Vorabend. »Als amerikanischer Bürger war er darüber empört«, erinnerte sich Bartlett, »daß einige Zionisten zu ihm gekommen waren und gesagt hatten: Wir wissen, daß Sie Schwierigkeiten mit Ihrem Wahlkampf haben. Wir sind bereit, Ihre Rechnungen zu bezahlen, wenn Sie uns dafür die Kontrolle über Ihre Nahost-Politik überlassen.«- Und als Präsidentschaftskandidat ärgerte sich Kennedy über die Unverfrorenheit, mit der man an ihn hergetreten war. »Sie wollen die Kontrolle«, sagte er wütend zu Bartlett. Bartlett berichtet, Kennedy habe einen festen Vorsatz gefaßt: »Wenn er jemals Präsident werden sollte, wollte er etwas dagegen unternehmen.« Gemeint war der notorische Geldmangel der Kandidaten und die daraus resultierende Empfänglichkeit für die Forderungen von Spendern. Tatsächlich blieb Kennedy seinem Vorsatz treu und setzte im Oktober, also noch vor Ablauf seines ersten Amtsjahrs, eine Kommission aus Vertretern beider Parteien ein, die Vorschläge zur Erweiterung der »finanziellen Basis unserer Präsidentschaftswahlkämpfe« erarbeiten sollte. In einer Erklärung, die aufrichtiger gemeint war, als Öffentlichkeit oder Presse ahnen konnten, geißelte er die gängigen Methoden der Wahlkampffinanzierung als »ganz und gar nicht wünschenswert« und »gefährlich«, da sie die Kandidaten »von den Geldspenden bestimmter Interessengruppen« abhängig machten. Präsidentschaftswahlen, so Kennedy, seien der »wichtigste Prüfstein für die Demokratie« in den Vereinigten Staaten. Doch Kennedy war seiner Zeit voraus: Die Vorschläge zur Wahlkampffinanzierung führten zu nichts.<sup>3</sup>

Die widersprüchlichen Berichte über Kennedys Reaktion auf das Treffen in Feinbergs Apartment im Hotel Pierre lassen sich schwerlich vereinbaren. Tatsache aber bleibt, daß, trotz Kennedys harter Worte beim Spaziergang mit Bartlett, Abe Feinbergs Einfluß im Weißen Haus nach Kennedys erstem Amtsjahr gefestigt war und der junge Präsident in den nachfolgenden zwei Jahren wenig unternahm, um daran etwas zu ändern. Dies hatte offensichtlich auch einen politischen Grund: Bei der Wahl 1960 stimmten mehr Juden (81 Prozent) als Katholiken (73 Prozent) für

Kennedy; die jüdischen Wähler waren es, die ihm zu der knappen Mehrheit von 114 563 Stimmen und damit zum Sieg über Nixon verhalfen. Feinberg erhielt nach der Wahl eine Belohnung besonderer Art: Sein Bruder Wilfred, ein Jurist, wurde vom Präsidenten mit einem Bundesrichteramt bedacht.<sup>4</sup> Das Problem der politischen Macht der Juden und der israelischen Bombe wurde in diesen Jahren dadurch zusätzlich kompliziert, daß Kennedy aus sachlichen und emotionalen Gründen gegen eine Verbreitung von Atomwaffen war. Carl Kaysen, der 1961 von Harvard zum Nationalen Sicherheitsrat wechselte, erinnerte sich, daß es »zwei Themen gab, über die sich der Präsident stundenlang verbreiten konnte, wenn man sie ansprach. Das eine war der Goldstandard, das andere die Verhinderung der Proliferation.« Daß Kennedy aus politischen Gründen gezwungen war, eine ambivalente Haltung gegenüber Dimona einzunehmen, muß für ihn frustrierend gewesen sein. Um das Gesicht zu wahren, stimmte er schließlich einer Reihe amerikanischer Inspektionen der israelischen Atomeinrichtungen zu, die freilich in Anbetracht dessen, was die Israelis zu zeigen bereit waren, kaum den Namen Inspektionen verdienten.

Kennedys komplizierte Einstellung zu den Israelis und zum Einfluß der Juden in der Politik gipfelte in seiner Ernennung des ehemaligen "wahlkampfhelfers Myer (Mike) Feldman zum Sonderbeauftragten für jüdische und israelische Angelegenheiten. Feldman war weithin bekannt für sein energisches Eintreten für Israel. Er war für den Präsidenten ein notwendiges Übel. Seine exponierte Stellung im Weißen Haus war für Kennedy gleichsam eine politische Schuld, die beglichen werden mußte. Feldman erinnerte sich, daß ihn der Präsident am Tag nach der Amtseinführung zu sich bestellte und autorisierte, den gesamten telegrafischen Nachrichtenverkehr zwischen State Department und Weißem Haus, soweit er den Nahen Osten betraf, zu überwachen. »Ich sagte: >Mr. President, meine Sympathien gehören eindeutig Israel.' Und er antwortete: 'Deshalb sollen sie ihn ja überwachen.« Feldmans Sonderstellung und sein spezieller Zugang zu den Akten hatten auf die Arbeit im Weißen Haus verheerende Auswirkungen, und Kennedy muß das vorhergesehen haben. Die führenden Berater

des Präsidenten, allen voran der nationale Sicherheitsberater McGeorge Bundy, versuchten verzweifelt, den Informationsfluß über den Nahen Osten an Feldman vorbeizuleiten. Häufig war bürokratisches Chaos die Folge. »Unter Kennedy herrschte im Stab des Weißen Hauses keine Harmonie«, räumte Kaysen ein. (Kaysen ist ebenfalls Jude.) »Bundy mißtraute Feldman und war besorgt wegen mir und Bob Kramer« (ebenfalls Jude und im Stab des Nationalen Sicherheitsrats für Südasien zuständig). »Er fürchtete, wir könnten uns mit israelischen Fragen befassen.«<sup>5</sup> Robert W. Körner, der später Lyndon B. Johnsons Befriedigungsprogramm in Südvietnam leiten sollte, erinnerte sich an die Spannungen: »Mac Bundy hatte eine eiserne Regel. Er schickte nichts an Feldman, weil Feldman sich mit Fragen beschäftigte, die ihn nichts angingen. Zwischen dem, was Feldman sagte, und dem, was der israelische Botschafter sagte, war kaum ein Unterschied auszumachen.«

Möglicherweise nahmen sich die Stabsmitarbeiter des Weißen Hauses in ihrem Verhalten Feldman gegenüber auch ein Beispiel an ihrem jungen Präsidenten. Kennedy, der Feldman einen Sonderstatus eingeräumt hatte, konnte es sich nicht verkneifen, hinter seinem Rücken Witze über ihn zu reißen. So erinnerte sich Charles Bartlett, wie ein gutgelaunter Kennedy in Hyannis Port - es war Samstag morgen, die traditionelle Zeit für den Gang zur Synagoge - ganz unvermittelt die spitze Bemerkung fallen ließ: »Ich stelle mir vor, wie Mike im Kabinettsraum gerade eine Zionistenversammlung abhält.« Ein ähnlich satirisches Bild Feldmans zeichnete Robert Kennedy in einem Interview, das 1988 von der John F. Kennedy Library veröffentlicht wurde. Er stellte fest, daß sein älterer Bruder, der Präsident, mit Feldmans Arbeit zufrieden gewesen sei, fügte aber hinzu: »Sein [Feldmans] Hauptinteresse galt Israel, und nicht den Vereinigten Staaten.« Feldman machte sich keine Illusionen über die Verleumdungskampagnen im Weißen Haus, doch der Einfluß, den er offenkundig hatte, entschädigte ihn für seine Langmut: Er fungierte weiter als Kennedys Sonderbeauftragter bei der israelischen Regierung in einer Vielzahl sensibler Fragen bis hin zu den Atomwaffen. Im Jahr 1962 war ihm ein Besuch in Dimona gestattet worden. Seit-

dem wußte er aus erster Hand, was man in der Umgebung des Präsidenten nur vermutete: Israel hatte die Absicht, die Bombe zu bauen.

Die israelische Bombe und die Frage, was gegen sie unternommen werden konnte, entwickelten sich im Weißen Haus zu einer Art fixen Idee, zu einem Punkt auf der geheimen Tagesordnung, der dreißig Jahre lang verborgen bleiben sollte. In keiner bekannten Biographie über John F. Kennedy, nicht einmal in den Arbeiten von Insidern wie Arthur Schlesinger und Theodore C. Sorensen, dem Sonderberater und ersten Redenschreiber des Präsidenten, wird auf die Frage der atomaren Bewaffnung Israels eingegangen oder Abe Feinbergs Name auch nur erwähnt. Die U-2-Erkenntnisse, die Arthur Lundahl und Dino Brugioni von der CIA sammelten, wurden noch vertraulicher behandelt als Material der Geheimhaltungsstufe top-secret. Die Folge war *ein* eklatantes Informationsgefälle zwischen der Verwaltung und den Männern an der Spitze. Dies führte unvermeidlich zu absurden Resultaten. Kurz nach Kennedys Amtseinführung ernannte das State Department William R. Crawford, einen jungen Beamten im auswärtigen Dienst, zum Direktor für israelische Angelegenheiten. Wenig später, so erinnerte sich Crawford, gelang es dem Luftwaffenattache in Israel, mit Hilfe der Fernaufklärung ein weiteres Foto von der Reaktorkuppel in Dimona zu machen. »Es war, als hätten vorher überhaupt keine Informationen vorgelegen«, sagte Crawford. »Als sei die ganze Sache für das Weiße Haus, die Nachrichtendienste, ja für alle eine totale Überraschung.« In Sitzungen wurden die beunruhigenden neuen Erkenntnisse diskutiert. »Das Material war brisant. Wir gelangten zu der Überzeugung, daß es nicht mit dem übereinstimmte, was uns die Israelis erzählten.« Crawford bekam den Auftrag, für den Präsidenten einen Brief an Ben Gurion aufzusetzen. In dem Schreiben wurde betont, daß die amerikanische Position zur Proliferation von Atomwaffen »in Mißkredit gebracht wird, wenn ein Staat wie Israel, der als abhängig von uns gilt, einen eigenen Kurs verfolgt«. Weitere zentrale Punkte, so Crawford, »waren der Wunsch, Inspektionen durchzuführen, und das Recht, Nasser von den Ergebnissen zu unterrichten«. Auf diese Weise sollte der besorgte ägyptische Präsident davon

überzeugt werden, daß Dimona keine Waffenfabrik war, weil man ihn davon abhalten wollte, in Ägypten ein Kernforschungsprojekt zu starten. Die Inspektion in Dimona sollte von einer unabhängigen Expertengruppe der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA), der Kontrollbehörde auf dem Gebiet der Kernenergie mit Sitz in Wien, durchgeführt werden; Israel hatte sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß die IAEA die Vereinigten Staaten bei den zweimal pro Jahr stattfindenden Inspektionen des kleinen Forschungsreaktors in Nahal-Soreq ablösen sollte. »Ich formulierte sehr sorgfältig«, erinnerte sich Crawford. »Es war der wichtigste Brief, den ich in meiner Karriere bis dahin geschrieben hatte.« Der Brief wurde an das Büro von George Ball, dem damaligen stellvertretenden Außenminister im State Department, weitergeleitet, umgeschrieben<sup>6</sup> und abgeschickt. »Nach einer angemessenen Zeit«, so Crawford, »kam eine lange Antwort von Ben Gurion, Seiten über Seiten.« Ben Gurions Brief an Kennedy wurde nie veröffentlicht, weder von den Vereinigten Staaten noch von Israel, doch auch dreißig Jahre später konnte sich Crawford noch ohne Mühe an seinen Ton erinnern: »Man wußte nicht so recht, was er eigentlich meinte. Irgendwie wich er aus. Kein Wort darüber, ob er den atomaren Weg einschlagen wollte, nur Sätze wie >Wir sind ein kleines, von Feinden umringtes Land usw.« Möglich, daß er auf einen atomaren Schutzschild anspielte, wenn er Bemerkungen machte wie: 'Konnten wir uns auf die Vereinigten Staaten verlassen?'« Laut Crawford ließ Ben Gurion in diesem ersten Brief keine Bereitschaft erkennen, IAEA-Kontrollen in Dimona zuzulassen.

Israels Bombenprogramm und der nun einsetzende Briefwechsel über dieses Thema belasteten das Verhältnis zwischen Kennedy und Ben Gurion zusehends und vergifteten es schließlich ganz. Der israelische Ministerpräsident hatte zwar eine Absage erhalten, als er um einen offiziellen Staatsbesuch in Washington nachsuchte, doch mit Hilfe Abe Feinbergs gelang es ihm, im Mai 1961 einen Besuch in den Vereinigten Staaten zu arrangieren. Anlaß war eine abendliche Feier, die ihm zu Ehren an der Brandeis University unweit von Boston stattfand. Feinberg überredete den Präsidenten zu einem privaten Treffen mit Ben Gurion im

New Yorker Waldorf-Astoria. Kennedy war nervös und bat Feinberg, dem Gespräch beizuwohnen. Feinberg lehnte ab, erklärte sich aber bereit, die beiden Staatsmänner einander vorzustellen. Auch Ben Gurion sah dem Treffen mit Besorgnis entgegen, da er fürchtete, der anhaltende Druck der Amerikaner auf das israelische Atomwaffenprojekt könnte zu einer ungewollten Eskalation führen. Da Dimona auch unter den verschiedenen Fraktionen in Israel politisch umstritten war, konnte ein Zerwürfnis mit Kennedy in dieser Frage den Plan einer atomaren Bewaffnung Israels ernstlich in Gefahr bringen. Gerade diese Befürchtung hatte die israelische Regierung veranlaßt, den beiden amerikanischen Physikern I. I. Rabi von der Columbia University und Eugene Wigner aus Princeton bei ihrem Besuch des noch im Bau befindlichen Reaktors in Dimona irgendwann im Frühjahr 1961 den ebenso renommierten Physiker Amos Dehalit als Begleiter mitzugeben. Die beiden Amerikaner berichteten übereinstimmend, sie hätten keinerlei Hinweise auf die Fertigung von Waffen gefunden.<sup>7</sup>

Das Treffen mit Kennedy wurde für den israelischen Ministerpräsidenten zu einer herben Enttäuschung, und zwar nicht wegen der Atomfrage. »Er kam mir vor wie ein fünfundzwanzigjähriger Junge«, erzählte er später seinem Biographen. »Ich fragte mich, wie so ein junger Mann zum Präsidenten hatte gewählt werden können. Am Anfang nahm ich ihn nicht ernst.« (Auch der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow, der mit Kennedy einen Monat später beim Wiener Gipfel zusammentraf, war über die Jugend und Unerfahrenheit des Präsidenten verblüfft.) Es gibt kein öffentliches Protokoll von dem Gespräch zwischen Kennedy und Ben Gurion, und was zur atomaren Frage durchsickerte, ist nicht gesichert. Ben Gurion erinnerte sich später, daß er abermals erklärt habe, Dimona werde einzig zu Forschungszwecken gebaut. Kennedy habe den Dimona-Besuch Rabis und Wigners angesprochen und seine Befriedigung darüber zum Ausdruck gebracht, daß der Reaktor nach Überzeugung der Physiker für eine friedliche Nutzung bestimmt sei. Ben Gurion war erleichtert: »Damit war der Reaktor zumindest fürs erste gerettet.«

Ein weiteres wichtiges Thema bei dem Gipfel war Ägypten. Kennedy war entschlossen, die Beziehungen zur Regierung Nasser zu verbessern, und umriß seine neue Politik. Ben Gurion trug erneut den langgehegten Wunsch der Israelis vor, amerikanische Flugabwehrraketen vom Typ Hawk zu kaufen: Israel brauche die Hawk-Raketen, um den neuen sowjetischen MIG-Kampfflugzeugen der Ägypter etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen. Kennedy versprach, die Angelegenheit zu prüfen.

Unvergeßlich blieb Ben Gurion der Moment, als er das Hotelzimmer verlassen wollte. Plötzlich zog ihn Kennedy wieder ins Zimmer zurück, um ihm »etwas Wichtiges« zu sagen. Es war eine politische Botschaft: »Ich weiß, daß ich meinen Wahlsieg den Stimmen der amerikanischen Juden verdanke. Sie haben mir zum Amt verholfen. Sagen Sie mir, ob ich irgend etwas für sie tun soll.« Ben Gurion war nicht nach New York gekommen, um mit dem Präsidenten um jüdische Wählerstimmen zu feilschen. Er antwortete: »Sie müssen das tun, was gut ist für die freie Welt.« Später sagte er zu Mitarbeitern: »Für mich ist er ein politischer Opportunist.« Ähnliche Klagen äußerte Ben Gurion auch im Beisein Abe Feinbergs. »Es ist unmöglich, das Verhältnis zwischen Kennedy und Ben Gurion zu beschreiben«, sagte Feinberg, »weil es BG unmöglich war, JFK als ebenbürtig zu behandeln. Seine Einstellung zur Jugend war typisch für einen altmodischen Juden. Er respektierte JFK nicht, weil er jung war.« Aber es gab noch einen weiteren Grund: Joseph Kennedy. »BG konnte nachtragend sein, und den alten Mann verabscheute er zutiefst.«

Ben Gurions Klagen über Kennedy und den permanenten Druck wegen Dimona hingen zweifellos auch mit einem nach wie vor brennenden Problem zusammen. Im April hatte ein norwegischer Beamter namens Jens C. Hauge zwei Wochen lang zum ersten - und einzigen - Mal vor Ort kontrolliert, was mit dem schweren Wasser geschah, das sein Land an Israel verkauft hatte. Die Inspektion, die Ernst Bergmann genauestens überwachte, hätte nicht günstiger verlaufen können. Dimona war noch nicht in Betrieb, und das Wasser lagerte in den Original-Transportfässern in der Nähe des kleinen und gänzlich unverdächtigen Forschungsreaktors Nahal-Soreq in Rehovot. Hauges Bericht an das norwe-

gische Außenministerium verblüfft durch seine Kritiklosigkeit gegenüber Bergmanns Behauptungen. »Soweit ich weiß«, schrieb Hauge, »hat Israel nicht versucht, den Bau des Reaktors geheimzuhalten ... Professor Bergmann hatte seine amerikanischen Kollegen zu einem früheren Zeitpunkt von dem Reaktor unterrichtet, allerdings hatte Israel die USA nicht offiziell über den Reaktor informiert. Möglicherweise ist die Aufregung um den Reaktor in den USA vor diesem Hintergrund zu sehen.« An anderer Stelle zitiert er Bergmann mit den Worten, das schwere Wasser aus Norwegen werde in einem »24-Megawatt-Forschungsreaktor« verwendet, dem Prototypen für eine geplante, viel größere Anlage zur Stromerzeugung. In einem zweiten Memorandum für das Außenministerium schrieb Hauge: »Israel ist daran gelegen, die Lage des Reaktorgebäudes geheimzuhalten und die Aufregung zu beenden.«

Im Juli 1961, zwei Monate nach dem Besuch bei Kennedy, wohnte Ben Gurion mit seinen Spitzenberatern in der Negev-Wüste dem vielbeachteten Abschluß der ersten israelischen Rakete, der sogenannten Shavit II<sup>8</sup>, bei. Gewöhnlich wurden solche militärischen Demonstrationen geheimgehalten, doch im Hinblick auf die für Mitte August angesetzten Wahlen beschloß die Führung der Arbeiterpartei, die Presse einzuladen. Außerdem hatte sie Berichte erhalten, nach denen Ägypten am 23. Juli, dem neunten Jahrestag der Machtergreifung Nassers, den Abschluß mehrerer Raketen plante. Die mehrstufige Feststoffrakete Shavit II, die rund 80 Kilometer in die obere Atmosphäre aufstieg, sollte im Rahmen einer Versuchsreihe für die israelische Atomenergiekommission Luftströmungen in der oberen Atmosphäre messen. Ernst Bergmann sagte später gegenüber einer wissenschaftlichen Zeitschrift: »Wir sind nicht so sehr auf Prestige aus, uns interessieren vielmehr die wissenschaftlichen Aspekte des Weltraums.« Die amerikanischen Nachrichtendienste - und die arabischen Feinde Israels - verstanden die Botschaft: Es war nur eine Frage der Zeit, bis Israel ein Raketensystem entwickelt haben würde, das in der Lage war, atomare Sprengköpfe zu befördern. Bergmann war ein weiterer Schritt in Richtung Atomrüstung gelungen. Rabis und Wigners Inspektionen hatten Kennedy, trotz seiner Be-

merkung gegenüber Ben Gurion, ganz und gar nicht davon überzeugt, daß Dimona keine Atomwaffenfabrik war. Ein atomar bewaffnetes Israel - und diese Möglichkeit nahm für Kennedy immer drohendere Gestalt an - konnte nicht nur die Stabilität im Nahen Osten gefährden, sondern auch den geplanten Vertrag mit der Sowjetunion über das Verbot von Atomwaffentests in der Atmosphäre vereiteln, und daran lag Kennedy sehr viel. Zudem gab es keinerlei Anzeichen dafür, daß Ben Gurion, der nach wie vor alles abstritt, zum Einlenken bereit war. In geheimen Schreiben an das Weiße Haus redete der israelische Premierminister den Präsidenten mit »junger Mann« an; Kennedy gab seinen Mitarbeitern deutlich zu verstehen, daß er die Briefe für beleidigend hielt. Die Haltung des Präsidenten zur israelischen Bombe war zweifellos mit ein Grund für seine überraschende Entscheidung, nach dem Fiasko in der Schweinebucht CIA-Direktor Allen Dulles durch John McCone zu ersetzen. Politische Gründe, die gegen diese Ernennung sprachen, gab es genug: McCone war nicht nur ein prominenter Republikaner, sondern auch ein erklärter Gegner des vom Weißen Haus angestrebten Teststoppabkommens mit der Sowjetunion. Arthur Schlesinger schreibt, daß Kennedy, offenbar noch unschlüssig in seiner Wahl, McCone zu einem vertraulichen, zweistündigen Gespräch eingeladen habe, »unter dem Vorwand, seine Meinung über Atomtests zu hören«. Es gibt kein der Öffentlichkeit zugängliches Protokoll des Gesprächs der beiden Männer, obwohl wenige Tage zuvor abermals ein ärgerlicher Brief von Ben Gurion eingegangen war und die Sowjetunion die Wiederaufnahme ihrer Atomtests angekündigt und damit das inoffizielle sowjetisch-amerikanische Moratorium beendet hatte. Auf jeden Fall, sagte McCone später zu Walt Eider, seinem Assistenten bei der CIA, habe Kennedy sich bei ihm darüber beklagt, daß er »die widersprüchlichsten Ratschläge in den verschiedenen atomaren Fragen« bekomme, die israelische Bombe eingeschlossen. Kennedy bat McCone, das Problem zu analysieren und ihm binnen weniger Wochen einen schriftlichen Bericht vorzulegen. Als McCone nach getaner Arbeit wiederkam, so erzählte er Eider, warf der Präsident den Bericht auf die Seite - »Geben Sie ihn dem Stab.« - und bot ihm den Posten bei der CIA an, verbunden mit

der Bitte, über seine Ernennung vorläufig »Stillschweigen« zu bewahren: »Die liberalen Scheißer im Keller [Bundys Stab des Nationalen Sicherheitsrats] werden wieder meckern.« Ob von Kennedy vorausgesehen oder nicht: Er hatte einen Bundesgenossen gefunden. Nach Eiders Ansicht deckten sich die politischen Ziele McCones weitgehend mit denen des jungen Präsidenten: »McCone war ein eiserner Verfechter der atomaren Überlegenheit Amerikas, aber zu seiner Dreieinigkeit gehörten auch die Katholische Kirche und die Verhinderung der Proliferation.« Ein atomar bewaffnetes Israel paßte nicht in dieses Weltbild: »Er war davon überzeugt, daß eine israelische Bombe zu einer Eskalation führen würde und daß wir das Öl aus dem Nahen Osten dann auf Jahre hinaus abschreiben könnten.« Natürlich hatte er noch andere Vorzüge, die Kennedy zu schätzen wußte: Mit einem McCone in ihren Reihen würde die Administration bei der Presse, im Kongreß und nicht zuletzt bei Eisenhower, der in Gettysburg, Pennsylvania, ein geruhames Rentnerleben führte, ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit erringen. »Kennedy traf niemals eine wichtige politische Entscheidung, ohne vorher Eisenhower zu konsultieren«, erinnerte sich Eider, der nach seinem Ausscheiden aus der CIA 1983 als Exekutivsekretär zum National Foreign Intelligence Board wechselte, einem Gremium, dem die Direktoren aller Nachrichtendienste angehören. »Der Gedanke, daß Ike auf der anderen Seite stehen könnte, jagte ihm Angst ein.« Bei einem ihrer ersten Treffen nach McCones Amtsantritt beklagte sich Kennedy über den letzten Brief Ben Gurions, der das Problem einer internationalen Inspektion in Dimona in gewohnter Manier schlichtweg übergang, also jene zentrale Forderung des Weißen Hauses, die Bill Crawford erstmals artikuliert hatte. Ben Gurions Brief war »reines Geschwafel«, erinnerte sich Walt Eider. »Ein starkes Stück. Kennedy sprach mit McCone darüber, und McCone sagte: -Schreiben Sie ihm eine scharfe Note. Erwähnen Sie unsere internationalen Verpflichtungen und unser Mißtrauen gegenüber den Franzosen. Nehmen Sie kein Blatt vor den Mund.« Der Präsident befolgte McCones Rat. Die Antwort, die er erhielt, empfand er als neuerliche Unverschämtheit. »Im Klartext schrieb Ben Gurion: »Schluß jetzt, das geht Sie nichts an«, sagte Eider, der nach McCones Ausscheiden aus der CIA Jahre damit zubrachte, dessen immer noch als geheim eingestufte persönliche Akten zu sichten und zu erfassen.<sup>9</sup> An diesem Punkt bestand McCone dar-

auf, sich selbst um die Angelegenheit zu kümmern. -Die Attaches und das State Department sind dazu nicht in der Lage«, sagte er laut Eider zu Kennedy und unterstrich die Notwendigkeit, endlich die wichtigste, Dimona betreffende Frage zu klären: »Gab es in Dimona eine unterirdische chemische Wiederaufbereitungsanlage?« »Übergeben Sie mir die Sache.« Kennedy willigte ein, und McCone begann mit einer zweigleisigen Operation. Den Auftakt machten weitere U-2-Missionen. Parallel dazu wurde der weit riskantere und ehrgeizige Versuch unternommen, in Dimona und, wenn es glückte, sogar in die vermutete Wiederaufbereitungsanlage Spione einzuschleusen. »Es war eine verdammt kitschige Operation«, sagte Eider. »Nicht einmal die Stationschefs [in Israel und anderswo im Nahen Osten] wußten Bescheid. Wir führten sie direkt von McCones Büro aus.« Rückblickend, so Eider, seien McCones Instruktionen fast leichtfertig zu nennen. Obwohl er erkannt habe, daß die Israelis Mitarbeiter des amerikanischen Nachrichtendienstes streng überwachten, habe McCone seinen Männern gesagt: »Wir können unsere Arbeit nicht machen, ohne Spuren zu hinterlassen. Tun Sie Ihr Bestes.« Der Einsatz amerikanischer Agenten in Israel stellte ein unerhörtes Risiko dar, und McCone und Kennedy müssen das gewußt haben: Jede Enthüllung hätte in Amerika eine Welle der Empörung ausgelöst. Andererseits konnte die Operation aber auch ein für allemal klären, was die Israelis in Dimona nun eigentlich trieben und was nicht. Die Operation flog nicht auf — aber sie brachte auch nicht den gewünschten Erfolg. Den CIA-Agenten vor Ort, die offenbar im Ausland angeworben worden waren, gelang es nicht, nach Dimona vorzudringen. Eider gab denn auch zu: »Ich kann nicht behaupten, daß einer unserer Agenten in Dimona eine Bombe gesehen hätte.«

Die U-2 lieferte einmal mehr den Beweis, daß Fotos - so aufsehenerregend sie auch waren - nicht genügten. Im Dezember 1961 hatten CIA-Beamte das National Photo Interpretation Center (NPIC) aufgebaut, eine neue Behörde, die Arthur Lundahl unter-

stellt war. Sie hatte die Aufgabe, detaillierteres Bildmaterial zu beschaffen. Das NPIC präsentierte bald ein riesiges Luftbildmosaik von Israel, das nicht nur Dimona zeigte, sondern auch alle ande-

ren potentiellen Atomanlagen. »Es war so groß wie zwei Glastüren«, erinnerte sich Eider. »Kennedy gefiel es.« Das Problem war nur, daß die neue Fotoserie wenig zur Klärung der Schlüsselfrage beitrug: Was sich in Dimona unter der Erde abspielte, war eben nicht zu sehen. Dazu Eider: »McCone sagte, das vorliegende Material enthalte keinen sichtbaren Hinweis auf atomares Potential. Es liefere keinen Beweis für eine Waffenfabrik.« Doch McCone sei skeptisch geblieben und habe dem Präsidenten gesagt: »Wie sie [die Israelis] eine Inspektion zulassen, können Sie ihnen nicht trauen.«

Dimona blieb ein Haupthindernis für ein anderes außenpolitisches Ziel Kennedys: die Annäherung an Ägypten. Eine Erhöhung der Wirtschaftshilfe und ein vertraulicher Briefwechsel mit Nasser hatten bis Mitte 1962 zu einer Verbesserung der Beziehungen geführt, und hohe ägyptische Beamte versicherten dem Weißen Haus, daß sie im Rahmen der Blockfreiheit ebenfalls bessere Beziehungen wünschten. Nasser, schockiert über die Aussicht auf eine Atommacht Israel, hatte nach den Enthüllungen über Dimona im Dezember 1960 öffentlich erklärt, daß Ägypten eine Überlegenheit Israels niemals hinnehmen werde. Wenn nötig, so Nasser, werde Ägypten angreifen und »die Basis der Aggression zerstören, auch um den Preis von vier Millionen Toten«. Bei Konferenzen der Arabischen Liga zur Außen- und Verteidigungspolitik wurde 1961 wiederholt über das Problem Dimona diskutiert. Ein gemeinsamer Beschluß war jedoch nicht zustande gekommen. Einig waren sich die Araber lediglich in ihrer Entschlossenheit zur konventionellen Aufrüstung. Die Kennedy-Administration versicherte Ägypten, daß sie solange Druck ausüben werde, bis die IAEA die Genehmigung zu Inspektionen in Dimona erhalten werde. Außerdem versprach sie, Nasser - mit Zustimmung Israels - eine Zusammenfassung der Befunde zu übermitteln. Doch die Regierung Kennedy war nach wie vor außerstande, die Inspektionen durchzusetzen. Ben Gurion hatte nicht die Absicht, wirkliche Kontrollen zuzulassen - aus naheliegenden Gründen.

Seine erste Gegenmaßnahme war einfach und direkt: Er übte politischen Druck aus, eine Aufgabe, die Abe Feinberg übernahm. »Um sie von ihrer Forderung nach einer umfassenden Inspektion abzubringen«, erinnerte sich Feinberg, »mußte ich den härtesten Kampf meine Karriere durchstehen. Nicht nur einmal, gut ein dutzendmal intervenierte ich energisch.« Er wußte durch Myer Feldman von den amerikanischen Forderungen und benutzte ihn als Sprachrohr für seine Beschwerden; nach eigenem Bekunden hat er nie mit dem Präsidenten persönlich über diese Angelegenheit gesprochen. Seine Botschaft war unmißverständlich: Sollte der Präsident weiter auf einer Inspektion in Dimona bestehen, mußte er im Präsidentschaftswahlkampf 1964 damit rechnen, weniger Unterstützung zu bekommen. Laut Feinberg ging diese Botschaft direkt an Verteidigungsminister McNamara und Paul H. Nitze, damals leitender Mitarbeiter im Verteidigungsministerium. »Ich traf mich mit ihnen und sagte, daß sie ihre Nase aus der Sache heraushalten sollten.«

Nitze mochte sich in einem späteren Interview nicht an dieses Gespräch erinnern, dafür aber an einen Streit mit Feinberg über Dimona. Die Israelis wollten zu der Zeit moderne US-Kampfflugzeuge kaufen: »Ich lehnte ab, solange sie in Sachen Dimona nicht mit der Wahrheit herausrückten. Dann stürmte plötzlich dieser Feinberg in mein Büro und fuhr mich an: >Das können Sie uns nicht antun.« Ich antwortete: >Ich habe es schon getan.\* Darauf Feinberg: >Ich werde dafür sorgen, daß Sie überstimmt werden.« Ich erinnere mich, daß ich ihn hinausgeworfen habe.« »Drei Tage später««, fuhr Nitze fort, »erhielt ich einen Anruf von McNamara. Er sagte, er müsse mich auf Anweisung von oben auffordern, meinen Standpunkt zu ändern und die Flugzeuge freizugeben. Was ich dann auch tat.« Nitze zögerte einen Moment und fuhr dann fort: »Feinberg hatte Einfluß und nutzte ihn auch. Ich war überrascht, daß McNamara da mitmachte.« Auf den Vorfall angesprochen, gab McNamara eine rätselhafte Antwort: »Ich kann verstehen, warum Israel eine Atombombe wollte. Schließlich geht es hier um ein elementares Problem. Israels Existenz war ein Fragezeichen in der Geschichte, und das war der entscheidende Grund.«

Doch am Ende konnten Feinberg und Ben Gurion dem anhaltenden Druck des Präsidenten nicht mehr widerstehen. Da Ben Gurion in der Öffentlichkeit immer wieder kategorisch bestritten hatte, daß in Dimona Waffen entwickelt wurden, blieb der israelischen Regierung nur noch wenig Handlungsspielraum: Wenn sie den Zutritt weiterhin verweigerte, würde sie ihrer Glaubwürdigkeit schaden und der sich neu formierenden Anti-Atombewegung in Israel zusätzliche Argumente liefern. Ende 1961 hatte sich eine Gruppe prominenter israelischer Gelehrter und Wissenschaftler - darunter auch zwei Mitglieder von Bergmanns Atomenergiekommission - heimlich zusammengeschlossen und das Komitee gegen Atomwaffen im Nahost-Konflikt gegründet. Die neue Gruppe stellte klare Forderungen: Einstellung der israelischen Forschungen mit dem Ziel einer atomaren Option und Aufklärung über die heimlichen Aktivitäten in Dimona. Im April 1962 trat das Komitee mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit. Darin hieß es, daß die Entwicklung von Atomwaffen »für Israel und den Frieden im Nahen Osten eine Gefahr« darstelle. Das Komitee forderte die Vereinten Nationen auf, zu intervenieren und »die Herstellung von Atomwaffen zu verhindern«. Andere, die über die Vorgänge in Dimona besser im Bilde waren, äußerten gleichfalls Kritik: Der ehemalige Verteidigungsminister Pinhas Lavon, der in Anbetracht des permanenten Flüchtlingsstroms auf eine Forcierung des Wohnungsbaus drängte, beklagte sich Anfang der sechziger Jahre bei einem Beamten aus Dimona: »Wir streichen 500 Millionen Dollar für die Besiedelung von Galiläa [im Norden Israels] und bauen statt dessen die Bombe.« Der Hauptgrund für Ben Gurions Entscheidung, schließlich doch noch Inspektionen zuzulassen, war zweifellos der Beschluß der Regierung Kennedy, den Verkauf von Hawk-Flugabwehrraketen an Israel zu gestatten. Bisher hatten die Vereinigten Staaten Israel nur mit speziellen militärischen Schulungen und empfindlichem elektronischem Gerät unterstützt, doch der Verkauf der Hawk - die als eine hochmoderne Defensivwaffe galt - war eine deutliche Abkehr von der bisherigen Politik, Israel nicht mit Waffen zu beliefern. Er nährte bei den Israelis die Hoffnung, sie könnten künftig vielleicht auch amerikanische Offensivwaffen erhalten.

Die Regierung Kennedy hatte den Verkauf der Hawk monatelang heimlich geprüft und analysiert und sorgfältige Vorkehrungen getroffen, damit es im Nahen Osten nicht zu einer politischen Explosion kam. Armin H. Meyer, jetzt stellvertretender Assistent des Außenministers für den Nahen Osten und Südasiens, erinnerte sich, daß im Juni eine Sonderbotschaft des Präsidenten zum Thema Israel nach Athen geschickt wurde, wo ein regionales Treffen der im Nahen Osten akkreditierten US-Botschafter stattfand. Kennedy teilte ihnen mit, daß er »etwas Besonderes für Israel tun müsse«, und bat sie um Rat. Er stellte vier Vorschläge zur Diskussion, die, so Meyer, »in der arabischen Welt allesamt auf feindliche Ablehnung gestoßen wären«. Die Botschafter votierten für den Verkauf der Hawk-Raketen, weil er den amerikanischen Interessen »am wenigsten schaden würde«. Außerdem verständigten sie sich darauf, Ägypten und andere arabische Länder vorab zu informieren.

Was Kennedy seinen Botschaftern freilich verschwiegen, war die Tatsache, daß es ihm dabei um die Genehmigung zu einer Inspektion in Dimona ging. Myer Feldman überbrachte Ben Gurion die Nachricht. Im August reiste er nach Israel, informierte die israelische Regierung über den Verkauf und teilte ihr mit, was Kennedy als Gegenleistung erwartete. Auf Fragen nach seiner Mission antwortete Feldman, es sei »übertrieben«, die Inspektion von Dimona als »Gegenleistung« für die Hawk-Raketen zu bezeichnen. »Vielmehr wollten wir Ihnen zeigen, wie entgegenkommend wir sind. Nichts anderes wollten wir. Die Israelis sagten sich: >Das sind gute Freunde, lassen wir sie rein.« Feldman selbst durfte noch in derselben Woche den Reaktor in Dimona besuchen. Washington machte noch ein weiteres wichtiges Zugeständnis: Es rückte von seiner Forderung ab, daß Dimona von der Internationalen Atomenergie-Organisation inspiziert werden müsse. Ben Gurion hatte in seinem geheimen Briefwechsel mit Kennedy immer wieder betont, daß solche Inspektionen die Souveränität Israels verletzen würden. Schließlich erklärte sich das Weiße Haus bereit, ein eigens zusammengestelltes amerikanisches Inspektionsteam nach Dimona zu entsenden. Die Abmachung wurde zusätzlich durch ein zweites Zugeständnis modifiziert, wodurch

das ganze Verfahren nahezu zur bloßen Augenwischerei wurde: Die amerikanischen Kontrolleure mußten ihre Besuche lange im voraus ankündigen und brauchten die volle Einwilligung Israels. Unangemeldete Visiten waren nicht erlaubt. Ben Gurion überließ nichts dem Zufall: Die amerikanischen Kontrolleure - vorwiegend Experten auf dem Gebiet der atomaren Wiederaufbereitung - wurden in ein Potemkinsches Dorf geführt und merkten es nicht.

Das simple Täuschungsmanöver der Israelis basierte auf Plänen, die sie von den Franzosen bekommen hatten: Sie bauten in Dimona einen »Kontrollraum« und statteten ihn komplett mit falschen Kontrollanzeigen und computergesteuerten Meßgeräten aus, die zum Schein die Wärmeleistung eines mit voller Leistung gefahrenen 24-Megawatt-Reaktors (was die Anlage in Dimona angeblich sein sollte) anzeigten. Die israelischen Techniker probten die Inszenierung in dem falschen Kontrollraum ausgiebig - schließlich sollte es bei den Besuchen der Amerikaner nicht zu Pannen kommen. Ziel war, die Inspektoren davon zu überzeugen, daß eine chemische Wiederaufbereitungsanlage weder vorhanden noch möglich war. Ein Umstand bereitete den Israelis allerdings Kopfzerbrechen: Was sollten sie tun, wenn die Amerikaner den Reaktorkern inspizieren wollten und dabei entdeckten, womit zu rechnen war, daß in Dimona große Mengen schweren Wassers verwendet wurden (das zu einem erheblichen Teil illegal aus Frankreich und Norwegen eingeführt wurde) und der Reaktor ganz offensichtlich mit einer Leistung gefahren wurde, die weit über den angegebenen 24-Megawatt lag? Kurzerhand beschloß man, dem Inspektionsteam »aus Sicherheitsgründen« den Zutritt zum Reaktorkern zu untersagen. Nach Abe Feinbergs Ansicht ließ Kennedys Unnachgiebigkeit den Israelis keine andere Wahl: »Es gehörte zu meiner Aufgabe, ihnen einen Wink zu geben, daß Kennedy auf einer Inspektion bestand. Also haben sie ihn hinters Licht geführt.«

Die Inspektionen des amerikanischen Teams verliefen bis zu ihrer Aussetzung im Jahr 1969 stets nach dem gleichen Muster. Die Inspektoren blieben mehrere Tage in Dimona, kletterten durch die verschiedenen Baugruben - viele Einrichtungen wurden erst mit der Zeit gebaut -, fanden aber nichts. Weder wunderten sie

sich über die Tatsache, daß ihnen der Zutritt zum Reaktorkern verboten war, noch erregte der falsche Kontrollraum in irgendeiner Weise ihr Mißtrauen. In einem versteckten Kabuff im Kontrollraum postierten die Israelis sogar einige Ingenieure, die über die Apparaturen wachten und dafür sorgten, daß es nicht zu unliebsamen Zwischenfällen kam.

Ein weiterer Umstand begünstigte die Komödie: Keiner der Amerikaner konnte Hebräisch. Ein ehemaliger israelischer Beamter, der als Dolmetscher für das amerikanische Team fungierte, erinnerte sich: »Ich gehörte zu der Gruppe, die mit der Tarnung betraut war.« Wenn einer der Ingenieure vor den Amerikanern zuviel redete, sagte er in scheinbarem Plauderton auf hebräisch zu ihm: »>Hör zu, du Arschloch, die Frage beantwortest du nicht.« Die Amerikaner dachten, ich übersetze.«

Leiter des amerikanischen Teams war Floyd L. Culler, ein führender Experte auf dem Gebiet der atomaren Wiederaufbereitung und zu der Zeit stellvertretender Direktor der Abteilung für chemische Technologie am Oak Ridge National Laboratory in Tennessee, in dem erstmals Uran für amerikanische Atomwaffen angereichert worden war. Nach eigenen Aussagen berichtete Culler damals dem Weißen Haus, daß es sich bei dem Reaktor, den er und seine Kollegen inspiziert hatten, um einen »normalen Reaktor« handle. »Alle Bauelemente wurden gezählt und gelistet.« Culler, der 1989 als Präsident des Electrical Power Research Institute im kalifornischen Palo Alto in den Ruhestand trat, schien überrascht, aber nicht schockiert, als er erfuhr, daß sein Team mit einem falschen Kontrollraum getäuscht worden war. »Man kann ein System so einrichten, daß es etwas zu steuern scheint, obwohl es das gar nicht tut«, erklärte er und fügte hinzu, daß simulierte Kontrollräume in aller Welt ausgiebig und mit Erfolg zu Übungszwecken in Reaktorsystemen benutzt würden. Culler beunruhigte die Nachricht weit mehr, daß das Fotoauswertungsteam der CIA zu dem Schluß gekommen war, in Dimona werde eine Grube für eine chemische Wiederaufbereitungsanlage ausgebaggert. Die Experten hatten sogar versucht, die Menge des Aushubs zu schätzen. Solche Informationen habe er nicht bekommen, sagte er, obwohl er sie hätte bekommen müssen.

Culler tat den Schwindel der Israelis als unvermeidlich, aber unnötig ab. »Es ist unmöglich, nur anhand von Fußspuren zu archäologischen Befunden zu kommen«, erklärte er. »So schlau ist keiner.« Er betrachtete seine Inspektion als »Teil einer Verzögerungstaktik« mit dem Ziel, es nicht soweit kommen zu lassen, daß man Maßnahmen gegen das israelische Atomwaffenprogramm ergreifen mußte. Heute ist er ganz und gar nicht davon überzeugt, daß es falsch von Israel war, eine eigene nukleare Abschreckungsmacht zu entwickeln.

»Sie hatten Angst vor einer Bombardierung«, erinnerte sich Culler. So habe ihn nach der ersten Inspektion 1962 ein Israeli gebeten, nach seiner Rückkehr nach Washington die Frage eines atomaren Schutzschilds durch die Amerikaner anzuschneiden. Während der kurzen Zwischenaufenthalte in Athen und Rom schrieb Culler seinen geheimen Inspektionsbericht und erwähnte darin pflichtgemäß die Sorgen der Israelis. Kaum stieg er in Washington aus der Maschine, nahm ihn die CIA in Empfang und ließ sich von ihm Bericht erstatten. Bei späteren Inspektionen war nie wieder von einem atomaren Schutzschild die Rede, und Culler stellte sich schließlich selbst die rhetorische Frage: Würden die Vereinigten Staaten einen Atomkrieg beginnen, um irgendein Land im Nahen Osten zu schützen? Oder Indien, Pakistan oder Argentinien? »Wir saßen alle in der Bredouille«, sagte Culler. »Seien wir deshalb vorsichtig mit Schuldzuweisungen. Mag sein, daß es eine heiße Story ist, aber Recht oder Unrecht gibt es hier nicht.« Die ständigen Verhandlungen über Dimona waren auch mitverantwortlich für das Scheitern einer ehrgeizigen Initiative der Kennedy-Administration zur Lösung der palästinensischen Flüchtlingsfrage. Wie alle amerikanischen Präsidenten seit 1948 hatte auch Kennedy sein Amt in dem Glauben angetreten, er könne den Weg zu einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten ebnen. Als Mitglied des Repräsentantenhauses und als Senator hatte er sich stets offen zu Israel bekannt, wiederholt aber auch Verständnis für die Ziele des arabischen Nationalismus gezeigt und sein Bedauern über das Elend der palästinensischen Flüchtlinge zum Ausdruck gebracht. So erklärte er im Februar 1958 in einer Rede vor einer jüdischen Gruppe, daß die Flüchtlingsfrage »durch Ver-

handlungen, Wiederansiedlung und internationale Hilfe von außen gelöst werden muß. Aber das Problem zu erkennen ist etwas ganz anderes, als zu sagen, das Problem sei nur auf Kosten der Zerstörung Israels zu lösen ... oder müsse von Israel allein gelöst werden.«

Die Arabisten im State Department waren nach Aussagen Armin Meyers angenehm überrascht, als sie im Frühjahr 1961 aus dem Weißen Haus erfuhren, daß »die Juden Kennedy nicht in der Tasche hätten, nur weil 90 Prozent der jüdischen "Wähler ihm ihre Stimme gegeben hätten«. Von Kennedy um Vorschläge gebeten, regte das State Department einen weiteren Versuch an, das seit Israels Sieg im arabisch-israelischen Krieg von 1948 bestehende Flüchtlingsproblem in der West Bank und im Gazastreifen zu lösen. Nach dem Krieg hatten die Vereinten Nationen die Resolution 194 verabschiedet, nach der den Flüchtlingen das Recht eingeräumt werden sollte, nach Israel zurückzukehren, sofern sie das wünschten.

Das State Department wartete mit einem überraschenden Vorschlag auf: Die Flüchtlinge sollten in einer vertraulichen Fragebogenaktion befragt werden, ob sie in ihre frühere Heimat in Israel zurückkehren wollten. Diejenigen, die eine Rückkehr ausschlossen, sollten für ihr beschlagnahmtes Eigentum von Israel entschädigt werden und die Möglichkeit erhalten, in einen arabischen Staat oder in ein anderes Land ihrer Wahl zu emigrieren. Unter Eisenhower hatte es wütende Proteste von Seiten der Araber gehagelt, weil die Resolution der Vereinten Nationen nicht erfüllt worden war. Aus Studien des State Department zur Umsiedlungsfrage ging hervor, daß nicht mehr als 70 000 bis 100 000 Palästinenser entschlossen waren, innerhalb von zehn Jahren in ihre beschlagnahmten Häuser in Israel zurückzukehren, eine Zahl, die als vertretbar galt. Außerdem sollte den Israelis das Recht vorbehalten bleiben, einzelne rückkehrwillige Palästinenser zurückzuweisen; damit wollte man das Sicherheitsrisiko möglichst gering halten.

Kennedy hatte mit Ben Gurion bereits im Mai 1961 bei ihrem gemeinsamen New Yorker Treffen über seine arabische Initiative gesprochen, war aber auf wenig Gegenliebe gestoßen. Ein paar

Wochen später gab er grünes Licht für einen größeren - und streng geheimen - Versuch des State Department, die neue Variante der Resolution 194 durchzusetzen. Nach Auskunft Armin Meyers wurde in den folgenden achtzehn Monaten ein brauchbarer Kompromiß erarbeitet, der nicht nur vom Weißen Haus abgesegnet wurde, sondern auch die Zustimmung der arabischen Staaten fand. Meyer war Botschafter seines Landes in Jordanien, im Iran und in Japan gewesen, bevor er 1972 aus dem auswärtigen Dienst ausschied. Er ist heute davon überzeugt, daß Ben Gurion das Umsiedlungsprojekt nur deshalb nicht torpedierte, weil er annahm, daß die Araber niemals direkte Verhandlungen mit Israel in irgendeiner Frage akzeptieren würden und daß jede Diskussion über eine Repatriierung der Palästinenser in ihren Augen einer formellen Anerkennung Israels gleichkäme. Als die in letzter Minute erwartete Ablehnung von den Arabern jedoch ausblieb, so Meyer, »gerieten die Israelis in Panik« und setzten das Weiße Haus durch amerikanische Juden massiv unter Druck. Zuletzt machte Kennedy - zu diesem Zeitpunkt bereits mit Ben Gurion im Streit über Dimona - einen Rückzieher. Für seine Anhänger im State Department war das eine herbe Enttäuschung.<sup>10</sup> Die Palästinenser, die in verwahrlosten Siedlungen im Gazastreifen und in der West Bank hausten, blieben staatenlose Flüchtlinge. »Ich glaube, daß wir uns den ganzen Terrorismus und andere Unannehmlichkeiten erspart hätten«, sagte Meyer, »wenn wir mit dem Projekt damals Ernst gemacht hätten.« Aber damals schien eine Inspektion in Dimona eben wichtiger.

## 9

### Jahre des politischen Drucks

John F. Kennedy, ein überzeugter Gegner der Proliferation, drängte Ben Gurion auch das ganze Jahr 1962 hindurch, eine internationale Inspektion in Dimona zuzulassen, doch zu seinem Ärger erhielt er vom israelischen Ministerpräsidenten stets nur die höfliche Versicherung, daß Israel nicht die Absicht habe, Atommacht zu werden. Der Präsident hatte genug politischen Verstand, um zu erkennen, daß die israelischen »Scheißkerle«, wie er sich wütend gegenüber seinem Freund Charles Bartlett ausdrückte, »mir ständig nur Lügen auftischen, was ihr atomares Potential angeht«. Als mögliche Lösung bot sich an, Ben Gurion, der gerade die schwierigste Krise seiner politischen Laufbahn durchlebte, aus dem Amt zu drängen.

Ende 1962, wenige Tage nach Weihnachten, unternahm Kennedy einen ersten direkten Schritt gegen den Ministerpräsidenten: Er lud die israelische Außenministerin Golda Meir, eine der schärfsten Kritikerinnen Ben Gurions im Kabinett und in der Mapai-Partei, zu einem vertraulichen Gespräch in sein Haus nach Palm Beach in Florida ein. Die Unterredung dauerte siebzig Minuten. Golda Meir machte kein Hehl daraus, daß sie Ben Gurion grollte, weil er zuließ, daß seine Gefolgsleute Shimon Peres und Moshe Dayan hinter ihrem Rücken agierten. Sie und andere aus Osteuropa stammende Parteimitglieder wie Finanzminister Levi Eschkol waren davon überzeugt, daß Ben Gurion nur deshalb auf junge Männer wie Peres und Dayan setzte, weil sie eher davor zurückschreckten, ihm Paroli zu bieten. In dem freigegebenen Memorandum über das Gespräch zwischen Golda Meir und Kennedy steht zwar kein Wort über Atomwaffen (einige Passagen wurden aus Gründen der nationalen Sicherheit gestrichen), doch darf man mit ziemlicher Sicherheit davon ausge-

hen, daß Kennedy die Frage unverblümt ansprach. Zudem geht aus dem Memorandum hervor, daß sich Kennedy in ungewöhnlich verbindlicher Form zur Verteidigung Israels bekannte: »Wir erwarten von Israel, daß es in gleicher Weise mit uns kooperiert, wie wir mit Israel kooperieren und dem Land bei der Wahrnehmung seiner Interessen helfen«, sagte Kennedy zu Golda Meir. »Es besteht kein Zweifel daran, daß sich Israel ernsthaft bedroht sieht... Unsere Haltung in diesen Fragen mag den Eindruck erwecken, als erwarteten wir von Israel, daß es seine Interessen vernachlässigt. Doch wir tun das nicht aus Feindseligkeit gegenüber Israel, sondern um wirkungsvoller zu helfen. Ich denke, es bedarf keiner besonderen Erwähnung, daß die Vereinigten Staaten Israel im Fall einer Invasion zu Hilfe eilen würden. Stark genug sind wir, und wir werden immer stärker.« Von Dwight D. Eisenhower hatte kein Israeli jemals solche Töne vernommen.

Kennedy brachte etwas später - die Dauerkrise vorausahnend, die das Flüchtlingsproblem in der West Bank und im Gazastreifen heraufbeschwören sollte — sein Bedauern über das Scheitern des arabischen Umsiedlungsprojekts zum Ausdruck und betonte, daß sich seine Regierung auch künftig um eine Lösung der Flüchtlingsfrage bemühen werde. Dann fügte er hinzu, daß die Vereinigten Staaten »ein wirkliches Interesse an Israel haben ... Unsere Wünsche an Israel erwachsen aus der Tatsache, daß unsere Beziehungen keine Einbahnstraße sind. Auf lange Sicht hängt Israels Sicherheit teilweise davon ab, wie sich das Land den Arabern gegenüber verhält, teilweise aber auch von uns.« Kennedys Bekenntnis zur Verteidigung Israels in Verbindung mit seiner Entscheidung, die Hawk-Raketen zu verkaufen, markierte einen Wendepunkt in der amerikanischen Israel-Politik, einen Wendepunkt freilich, der bis heute wenig Beachtung gefunden hat. Kennedys Angebot hätte möglicherweise genügt, wenn Israel lediglich eine militärische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten angestrebt hätte. Doch Israel wollte mehr.

John McCone war nach wie vor in Sorge wegen der israelischen Bombe, und das um so mehr, als die CIA immer noch nicht herausgefunden hatte, ob in Dimona tatsächlich eine unterirdische

Wiederaufbereitungsanlage gebaut wurde. McCone hielt sich in dieser Frage weit weniger bedeckt als jeder andere aus Kennedys Umgebung. So maßregelte er 1962 bei einer Dinnerparty in Washington öffentlich einen hohen Beamten des französischen Außenministeriums namens Charles Lucet wegen der Rolle, die dessen Land bei der Entwicklung der israelischen Bombe spielte. Lucet, der in den späten fünfziger Jahren das Amt des stellvertretenden Botschafters in Washington bekleidet hatte (und 1965 selbst zum Botschafter avancieren sollte), saß an jenem Abend neben McCone, der ihn ganz unvermittelt mit der Frage überfiel: »Nun, Mr. Lucet, Ihr Land baut also eine Wiederaufbereitungsanlage für die Israelis?« Lucets Antwort entsprach der offiziellen französischen Position in dieser Frage: »Nein, wir bauen einen Reaktor.« McCone drehte ihm daraufhin den Rücken zu und sprach den *ganzen* Abend kein Wort mehr mit ihm. In Anbetracht der hohen Meinung, die das frankophile Präsidentenpaar von Frankreich hatte, war das eine schroffe Zurückweisung.<sup>1</sup> Kennedy schnitt die atomare Frage wiederholt bei Gesprächen mit führenden Israelis an - und erhielt immer die gleiche stereotype Antwort. Als Shimon Peres im April 1963 nach Washington flog und im Weißen Haus über den anstehenden Kauf der Hawk-Raketen verhandelte, fragte ihn der Präsident offen nach den Absichten Israels. Eine israelische Atombombe, so Kennedy, »würde eine gefährliche Situation heraufbeschwören. Aus diesem Grund verfolgen wir aufmerksam Ihre Bemühungen auf diesem Gebiet. Was können Sie mir dazu sagen?« Peres tischte dem Präsidenten eine Lügengeschichte auf, die in den folgenden Jahren zur offiziellen Antwort der Israelis avancierte: »Ich kann Ihnen versichern, daß wir in der Region keine Atomwaffen einführen werden. Jedenfalls werden wir nicht die ersten sein, die es tun. Das liegt nicht in unserem Interesse. Im Gegenteil, wir wollen eine Deeskalation der militärischen Spannungen, ja sogar totale Abrüstung.«

Es war schlimm genug, daß die Administration keine genauen Informationen über die Absichten der Israelis hatte. Erschwerend kam noch hinzu, daß viele führende Kongreßmitglieder einer Atommacht Israel durchaus wohlwollend gegenüberstanden - ein

Umstand, der Kennedy nicht verborgen geblieben sein konnte. Ein paar Tage vor dem Treffen mit dem Präsidenten hatte Peres mit Senator Stuart Symington aus Missouri, einem einflußreichen Demokraten und Kennedy-Anhänger, das Thema Atomwaffen erörtert. Wie Peres seinem Biographen mitteilte, sagte Symington zu ihm: »Seien Sie nicht dumm. Bauen Sie weiter an Ihrer Atombombe. Und hören Sie nicht auf die Regierung. Tun Sie, was Sie für richtig halten.«

Genau das tat Israel auch. Die Bauarbeiten in Dimona machten weitere Fortschritte, und irgendwann im Jahr 1962 wurde der Reaktor kritisch: Ohne nennenswerte Probleme setzten die Techniker eine sich selbst erhaltende Kettenreaktion in Gang. Allerdings konnte der Reaktor mit einer Leistung von 70 Megawatt gefahren werden, und nicht nur mit 24 Megawatt, wie die Regierung Ben Gurion behauptet hatte. Damit waren die Israelis in der Lage, größere Mengen waffenfähigen Plutoniums zu produzieren und umfangreichere Arsenale mit Atomwaffen anzulegen, als jeder Außenstehende sich träumen ließ. Noch im selben Jahr nahmen die privaten französischen Baufirmen in Dimona, stets erpicht auf ein Geschäft, die Arbeit an der unterirdischen Wiederaufbereitungsanlage wieder auf - allen Beteuerungen de Gaulles zum Trotz, daß Frankreich sich aus dem Bau der israelischen Bombe ausgeklinkt habe. Innerhalb von drei Jahren errichteten die Franzosen in atemberaubendem Tempo - und gegen gutes Geld - die Wiederaufbereitungsanlage und die erforderlichen Müllentsorgungs- und Sicherheitseinrichtungen. Viele französische Techniker und Ingenieure, die die Baustelle bereits verlassen hatten, kehrten in die Stadt Beersheba zurück. Die Einwohnerzahl stieg unaufhörlich (1970 lag sie bei 70 000).

Israelische und französische Ingenieure setzten ihre Zusammenarbeit auf dem französischen Atomtestgelände in der Sahara fort. Jetzt konzentrierten sich die Experimente verstärkt auf die Entwicklung neuer Waffen. Ende 1961 hatten die Franzosen mit einer Reihe unterirdischer Tests begonnen und arbeiteten an der Verbesserung miniaturisierter Sprengköpfe, die für den Einsatz in Flugzeugen und eventuell auch in Raketen vorgesehen waren.

Darüber hinaus fanden Anfang der sechziger Jahre weitere Versuche mit einem verbesserten Shavit-Raketensystem statt, jedoch diesmal ohne die Öffentlichkeit zu informieren; nach Ansicht von CIA-Analitikern war die Mittelstreckenrakete für den militärischen Einsatz bestimmt. Im Jahr 1963 schließlich zahlte Israel den französischen Marcel-Dassault-Werken, damals eines der erfolgreichsten Unternehmen im Raketen- und Flugzeugbau, 100 Millionen Dollar für die gemeinsame Entwicklung und Herstellung von fünfundzwanzig israelischen Mittelstreckenraketen. Die Rakete, die unter dem Namen Jericho I bekannt wurde, war angeblich in der Lage, einen stark verkleinerten Atomsprenkopf in ein 500 Kilometer entferntes Ziel zu befördern. Im Frühjahr 1963 war das Verhältnis zwischen Kennedy und Ben Gurion auf dem Tiefpunkt angelangt, der Ton ihrer Korrespondenz wurde immer gereizter. Kein einziger Brief wurde bis heute für die Öffentlichkeit freigegeben.<sup>2</sup> Ben Gurions Antwortschreiben setzte der Physiker Juval Neeman auf. Neeman arbeitete für den Geheimdienst des Verteidigungsministeriums und war direkt mit dem Atomwaffenprogramm befaßt. »Es war kein freundlicher Gedankenaustausch«, erinnerte er sich. »Kennedy schrieb wie ein ungehobelter Flegel. Es war widerlich.«

Der Präsident wollte dem israelischen Ministerpräsidenten seine offene Verachtung heimzahlen, und die Gelegenheit dazu ließ nicht lange auf sich warten. Ende April schlossen sich Ägypten, Syrien und der Irak zu einer kurzlebigen Arabischen Föderation zusammen. Eine solche Vereinigung war Ben Gurions Alptraum. Unverzüglich wandte er sich an Washington und schlug dem Präsidenten in einem Brief vor, die Vereinigten Staaten sollten gemeinsam mit der Sowjetunion öffentlich die territoriale Integrität und Sicherheit aller Staaten im Nahen Osten garantieren. »Wenn sie ein oder zwei Stunden erübrigen könnten, um mit mir die Lage zu erörtern und über mögliche Lösungen zu sprechen«, schrieb Ben Gurion, »bin ich jederzeit bereit, ohne jedes Aufsehen nach Washington zu fliegen, wann es Ihnen gerade paßt.« Kennedy lehnte den vorgeschlagenen Besuch ab und äußerte nach Ben Gurions Biographie »schwere Bedenken« gegen jede gemeinsame Erklärung mit den Sowjets in dieser Frage. Fünf Tage später

schickte ein enttäuschter Ben Gurion eine zweite Note an Kennedy: »Mr. President, mein Volk hat ein Recht auf seine Existenz ... und diese Existenz ist nun bedroht.« Er ersuchte die Vereinigten Staaten, einen Sicherheitsvertrag mit Israel zu unterzeichnen. Wieder erhielt er eine abschlägige Antwort, und in der Mapai-Partei reifte die Einsicht, daß Ben Gurion und seine Unnachgiebigkeit in der Dimona-Frage das Verhältnis zu Washington schwer belasteten. So sagte Golda Meir zu Ben Gurions Biographen: »Wir wußten von diesen Annäherungsversuchen ... Wir sagten nichts, obwohl wir uns wunderten.«

Ein paar Tage später, am 16. Juni 1963, trat Ben Gurion überraschend als Ministerpräsident und Verteidigungsminister zurück und beendete damit seine fünfzehnjährige Amtszeit an der Spitze des Staates Israel.

In vielen Berichten über Ben Gurions Rücktritt wurden die Skandale, das öffentliche Mißtrauen und die Polarisierung, die seine letzten Jahre als Regierungschef kennzeichneten, zutreffend beschrieben. Insbesondere die Lavon-Affäre, ausgelöst von einer Reihe von Sabotageakten, die vor der Sueskrise in Ägypten verübt worden waren, hatte seit Anfang der sechziger Jahre die öffentliche Diskussion in Israel beherrscht. Ausgelöst wurde sie durch neue Enthüllungen, die den Verdacht nahelegten, daß niedere Beamte aus dem Verteidigungsministerium Dokumente gefälscht und irreführende Zeugenaussagen gemacht hatten, allem Anschein nach in der Absicht, den ehemaligen Verteidigungsminister Pinhas Lavon mit dem Vorwurf zu belasten, er habe die Operation genehmigt. Lavon, noch immer einer der einflußreichsten Männer in der Mapai-Partei, war Chef der Histadrut, jenes mächtigen Dachverbands der Gewerkschaften, der auch weite Teile der israelischen Industrie kontrollierte (85 Prozent der israelischen Arbeiterschaft waren gewerkschaftlich organisiert). Lavon bat Ben Gurion, ihn zu entlasten. Doch Ben Gurion winkte ab, und Lavon brachte seinen Fall vor den Knesset-Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung. Kaum in der Knesset, beschuldigte er Ben Gurion, Peres und Dayan, sie hätten die zivile Autorität gegenüber dem Militär untergraben, und sorgte anschließend dafür, daß seine Vorwürfe an die Presse durchsicker-

ten. Mit diesem Verhalten verletzte er zwei Grundregeln der israelischen Politik: Er diskutierte in der Öffentlichkeit über Verteidigungsfragen und trug parteiinterne Querelen nicht ausschließlich hinter verschlossenen Türen aus. Auf Anraten Levi Eschkols wurde daraufhin ein Ausschuß auf Kabinettssebene gebildet, der Vorschläge erarbeiten sollte, wie mit Lavons Anschuldigungen weiter zu verfahren sei. Doch statt die Verfahrensfrage zu regeln, sprach der Ausschuß Lavon von dem Vorwurf frei, er habe die gescheiterte Operation in Ägypten gebilligt.

Ben Gurion warf dem Ausschuß Kompetenzüberschreitung vor, trat zum zweiten Male zurück und verlangte die Bildung einer neuen Regierung - ein vergeblicher Versuch, die Entscheidung rückgängig zu machen. Aber auch viele Gegner Ben Gurions, insbesondere Levi Eschkol und Pinhas Sapir, nahmen es Lavon übel, daß er gegen die politischen Spielregeln verstoßen hatte, und sorgten dafür, daß er seinen Posten bei der Histadrut verlor. Den Führern der Mapai-Partei war in erster Linie daran gelegen, die leidige Affäre vom Tisch zu bekommen, bevor die israelischen Bürger, der ständigen Erörterung von Staatsgeheimnissen müde, zu der Überzeugung gelangten, daß die Mapai-Partei unfähig sei, das Land zu regieren. Doch Ben Gurion blieb stur. Mit dem Argument, daß eine Seite gelogen habe, pochte er auf eine gerichtliche Untersuchung. In der Öffentlichkeit kam er in den Ruf eines halsstarrigen alten Mannes, der die Angelegenheit partout nicht auf sich beruhen lassen wollte. Der Skandal schadete seinem Ansehen und hatte zur Folge, daß sein autoritärer Führungsstil stärker als je zuvor ins Schußfeld der Kritik geriet. Golda Meir, Eschkol und Sapir gingen als unbestrittene Sieger aus der Affäre hervor und waren, gestärkt durch ihre gestiegene Popularität, entschlossener denn je, Ben Gurion daran zu hindern, sie zugunsten von Dayan und Peres zu übergehen. Dayan und Peres gehörten mit Ben Gurion zum Lager der Verlierer: Dayan brachte es nie zum Ministerpräsidenten, und Peres mußte sich zwanzig Jahre gedulden.

In den Jahren 1962 und 1963 erregte ein zweiter Skandal die Öffentlichkeit: Berichten zufolge hatte Ägypten mit Unterstützung deutscher Wissenschaftler moderne Raketen entwickelt, die an-

geblich in der Lage waren, Ziele in Israel zu erreichen. Golda Meir und ihre Anhänger verurteilten das ägyptisch-westdeutsche Projekt aufs schärfste und warnten vor der Gefahr einer solchen Koalition für Israels Sicherheit. Ben Gurion stufte die Bedrohung, die von dem Flirt der Ägypter mit westdeutschen Wissenschaftlern ausging, weit geringer ein und wies in öffentlichen Erklärungen darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht unerheblich zur Sicherheit Israels beigetragen habe. Was die Öffentlichkeit freilich nicht wußte: In geheimen Verhandlungen mit Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte Ben Gurion erst kurz zuvor die Lieferung modernen Kriegsgeräts vereinbart, darunter Handfeuerwaffen, Hubschrauber und Ersatzteile. Seiner Meinung nach war das ein »anderes Deutschland«, das mit dem Deutschland der Hitlerzeit nicht zu vergleichen war und im Gegensatz zu Frankreich und den Vereinigten Staaten weit mehr Bereitschaft zeigte, Israel mit Waffen zu beliefern. Doch Ben Gurions Argumente gingen in den hysterischen Reaktionen der Presse auf das deutsche Engagement in Ägypten unter. Da war von deutschen »Todesstrahlen«, gar von einer neuen »Endlösung« die Rede - ausnahmslos Übertreibungen, wie sich später herausstellen sollte. Ben Gurion schlug eine Welle der Kritik entgegen, und mit seinem Bild eines »anderen Deutschlands« erntete er Hohn und Spott. Seine Kollegen in der Mapai-Partei - allen voran Golda Meir, die wie viele Israelis mit den Deutschen nichts zu tun haben wollte - schlossen sich den Angriffen gegen ihn an.<sup>3</sup> Die Kontroverse um Lavon und Westdeutschland bewog Ben Gurion wohl endgültig, dem politischen Leben zu entsagen und in seinen Kibbuz in der Negev-Wüste zurückzukehren. Nach den langen Jahren als Regierungschef müde und ohne politische Perspektive, freute sich der alte Mann darauf, seine Memoiren zu schreiben und die Geschichte Israels und des Zionismus aus seiner Sicht darzustellen. Die israelische Öffentlichkeit, von skandalösen Berichten über Lavon und Deutschland übersättigt, konnte nicht ahnen, daß es noch einen weiteren Grund für Ben Gurions Rücktritt gab: sein Zerwürfnis mit Kennedy in der Frage einer atomaren Bewaffnung Israels.

Levi Eschkol, der neue Ministerpräsident, stammte wie Ben Gurion aus Osteuropa (er wurde 1895 geboren), war schon in jungen Jahren nach Palästina ausgewandert und Anhänger des Zionismus geworden. Doch damit waren die Gemeinsamkeiten auch schon weitgehend erschöpft. Als Mensch und als Politiker war Eschkol weitaus demokratischer eingestellt. Mit ihm zog wieder Kompromißbereitschaft - für Ben Gurion ein Fremdwort - in die Regierung und in die Führung der Mapai-Partei ein. Kaum im Amt, schränkte er die staatliche Kontrolle über die Presse ein und setzte einen unabhängigen Programmrat ein, der die Überwachung und Zensur der staatlichen Sendeanstalten lockern sollte - all dies Reformen, denen sich Ben Gurion erbittert widersetzt hatte. Vor allen Dingen aber hatte Eschkol in den vergangenen elf Jahren als Finanzminister fast ununterbrochen gegen die Finanzierung von Dimona gekämpft. Im Gegensatz zu Ben Gurion konnte er sich nur schwer mit dem Gedanken anfreunden, daß Israel Hunderte von Millionen Dollars in ein Atomprojekt pumpte, während bei viel wichtigeren Dingen Mittel gestrichen wurden, etwa für eine bessere Bewaffnung und Ausbildung von Heer und Luftwaffe.

Kennedy lagen Geheimdienstberichte vor, daß Israel sein Atomprojekt während seiner Präsidentschaft nicht etwa gedrosselt, sondern weiter ausgebaut hatte. Er verschwendete keine Zeit und verstärkte den Druck auf die neue Regierung. Schon kurz nach Eschkols Amtsantritt gingen in Israel geheime Botschaften des Präsidenten ein, in denen er seine Forderung nach einer internationalen Inspektion in Dimona erneuerte. Die Ratifizierung des begrenzten Atomteststoppabkommens durch den Senat im Frühjahr 1963 - das Abkommen sah ein Verbot von Atomversuchen in der Atmosphäre, unter Wasser und im Weltraum vor<sup>4</sup> - hatte in Amerika ein positives Echo gefunden und Kennedy in seiner positiven Haltung zur Rüstungskontrolle bestärkt. Da eine Politik der atomaren Abrüstung mit dauerhafter politischer Unterstützung rechnen konnte, hatte er die jüdische Lobby weniger zu fürchten. Die israelische Rakete Jericho I war ein weiterer Grund für den anhaltenden Druck des Weißen Hauses auf Eschkol. Nach Ansicht amerikanischer Experten war das Steuersy-

stem der Jericho äußerst unzuverlässig und ungenau. Die Analytiker zogen daraus den Schluß, daß für diese Rakete logischerweise nur ein einziger Typ von Gefechtsköpfen in Frage kam: atomare!

Kennedy ging bei seinem permanenten Druck auf Israel von der Annahme aus, daß Israel noch keine Atomwaffen entwickelt habe, also noch nicht zum Kreis der Atommächte gehöre. Einiges spricht dafür, daß der Präsident durchaus bereit war, sich pragmatisch mit den Tatsachen abzufinden, falls Israel - wie zuvor schon Frankreich - tatsächlich mit der Produktion von Atomwaffen beginnen sollte, 'wahrend er eine atomare Bewaffnung Israels bis zuletzt strikt ablehnte, änderte er seine Meinung über de Gaulles Atomwaffen. Daniel Ellsberg, der später die Pentagon-Papiere über den Vietnamkrieg an die Öffentlichkeit brachte, war 1963 als Mitarbeiter im Büro für Internationale Strategische Angelegenheiten des Pentagon auf höherer Ebene mit Fragen der atomaren Rüstung befaßt. Er erinnerte sich, daß er eines Morgens ein Papier mit dem Vermerk »Top-secret, Keine Kopien« zu Gesicht bekam. Es handelte sich um ein Memorandum Bundys an den Präsidenten, in dem ein neuer politischer Kurs gegenüber den Franzosen umrissen wurde: »Trotz allem«, hieß es nach Ellsbergs Erinnerung in Bundys Memorandum, »sollten wir mit den Franzosen kooperieren und ihnen für unterirdische Atomversuche unsere Testgelände in Nevada zur Verfügung stellen.« De Gaulle hatte zu diesem Zeitpunkt den Beitritt zum Atomtestmoratorium abgelehnt und angekündigt, daß Frankreich seine Bomben auch künftig in der Atmosphäre testen werde.<sup>5</sup> Kennedy verfolgte offensichtlich das Ziel, die Franzosen zur Einhaltung des Moratoriums zu bewegen, auch ohne daß sie es offiziell unterzeichneten. Bundys Memorandum grub sich tief in Ellsbergs Gedächtnis ein: Es datierte vom 22. November 1963. An diesem Tag wurde im texanischen Dallas Präsident Kennedy ermordet.

Kennedys Nachfolger, Lyndon B. Johnson, war wie viele Vizepräsidenten vom Präsidenten und seinen rührenden Mitarbeitern über sensible Fragen der nationalen Sicherheit im unklaren gelassen worden. »Johnson tobte, als er von der CIA informiert wurde«,

erinnerte sich ein ehemaliger hoher Beamter des amerikanischen Nachrichtendienstes. »Er war über das Problem in keiner Weise unterrichtet und verwünschte Kennedy, weil er ihn übergangen hatte.«<sup>6</sup>

Johnson hatte schon vor seiner Präsidentschaft enge Kontakte zu Israel unterhalten. Zwei seiner engsten Berater, die Anwälte Abe Fortas (der später an den Obersten Gerichtshof berufen wurde) und Edwin L. Weisl sen., waren zwar nicht besonders religiöse Juden, doch sehr um die Sicherheit Israels besorgt. Seit der Zeit Trumans kannte Johnson auch Abe Feinberg und dessen Qualitäten als Spendenbeschaffer; Feinberg hatte 1948 an der Finanzierung von Johnsons Wahlkampf mitgewirkt und ihm zu seinem Sitz im Senat verholfen.

Doch daneben gab es viel engere Bande, die nichts mit Spendenbeschaffung zu tun hatten: Johnson hatte nach dem Zweiten Weltkrieg auf einer Informationsreise von Kongreßmitgliedern das Konzentrationslager Dachau besucht. Seine Frau, Lady Bird, erzählte Jahre nach Johnsons Tod einem texanischen Historiker, ihr Mann sei nach seiner Rückkehr »ganz erschüttert« gewesen, »voller Abscheu und ungläubigem Entsetzen über das, was er gesehen hatte. Von etwas zu hören ist eine Sache, es mit eigenen Augen zu sehen eine andere.« Es gibt keine Fotos von dem Besuch, doch Johnsons Kongreßarchive enthalten eine ganze Fotoserie, die Soldaten der US-Army zwei Tage nach der Befreiung des Vernichtungslagers am 30. April 1945 aufgenommen haben.

Johnsons Mitgefühl für die verfolgten europäischen Juden erwachte bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, als er, damals noch ein junger Abgeordneter im Repräsentantenhaus, von jüdischen Anhängern seines Wahlbezirks gedrängt wurde, den Bürokraten in Washington Beine zu machen und dafür zu sorgen, daß Flüchtlingen aus Deutschland, deren Leben bedroht war, in Amerika Asyl gewährt wurde. Waren die Flüchtlinge erst einmal im Land, setzte Johnson alle Hebel in Bewegung, um ihnen Aufenthaltsgenehmigungen zu besorgen. Aus seinen Kongreßakten geht hervor, daß sich unter den Personen, deren Abschiebung er verhindert hatte, auch der berühmte Dirigent Erich Leinsdorf be-

fand. Leinsdorf hatte 1938 bei seinem Konzert in der New Yorker Metropolitan-Oper ein begeisterndes Amerika-Debüt gefeiert, sollte aber gegen Ende des Jahres, nach Ablauf seines nur sechs Monate gültigen Visums, abgeschoben werden. Nach dem Anschluß Österreichs an Nazi-Deutschland war eine Deportation nach Wien gleichbedeutend mit dem Tod in einem Konzentrationslager. Johnson gewann die Hochachtung und finanzielle Unterstützung der texanischen Juden, weil er sich für Leinsdorf und andere Flüchtlinge einsetzte und Wege fand, die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen.<sup>7</sup>

Präsident Johnson hielt seinen alten Freunden die Treue. Fünf Wochen nach seiner Amtsübernahme weihte er in Austin die neue Synagoge Agudas Achim ein. Damit tat er seinem langjährigen texanischen Mitstreiter und Zionistenführer James Novy einen Gefallen - Novy war Mitglied im Baukomitee der Synagoge. Johnson war der erste amerikanische Präsident, der so etwas tat, und doch nahmen nur wenige Zeitungen von diesem Ereignis Notiz. Bei seiner Rede sah Novy, vormals Vorsitzender der amerikanischen Zionistenorganisation im Südwesten, den Präsidenten an und sagte: »Wir können ihm nicht genug dafür danken, daß er während der Hitlerzeit so viele Juden aus Deutschland herausgeholt hat.« Lady Bird Johnson erklärte später: »Juden haben in all diesen Jahren für ihn eine wichtige Rolle gespielt.«

Schon bald war Lyndon B. Johnson tief in den Vietnamkrieg verstrickt, den er als Kampf eines kleinen demokratischen Landes gegen die Kräfte des Kommunismus verstand. Doch auch Israel war für ihn eine Demokratie, die der Belagerung durch die Sowjetunion und ihre Vasallen in der arabischen Welt standhielt. Die starken emotionalen Bande Johnsons zu Israel und seine Überzeugung, daß sowjetische Waffen das Kräfteverhältnis im Nahen Osten aus dem Gleichgewicht brachten, veranlaßten ihn dazu, als erster amerikanischer Präsident Israel mit Offensivwaffen zu unterstützen und sich öffentlich zur Verteidigung des Landes zu bekennen. Da er gleichzeitig aber unbeirrt den Vietnamkrieg fortführte, spaltete sich die jüdische Gemeinde in Amerika in zwei Lager. Während viele namhafte Juden die Meinung vertra-

ten, Johnson habe durch sein unerschütterliches Eintreten für Israel Anspruch auf Loyalität in der Vietnamfrage, hielten andere an ihrer grundsätzlichen Ablehnung des Krieges fest. In den ersten Jahren seiner Präsidentschaft setzte Johnson allerdings Kennedys Politik fort und drängte die Israelis, in Dimona eine Inspektion der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) zuzulassen. Sein Eintreten gegen die Proliferation und sein Wunsch, den Kalten Krieg zu beenden, wurzelten in dem Glauben, daß er nur durch internationale Entspannung sein höchstes Ziel erreichen könne — die Fortsetzung des New Deal für alle Amerikaner. Eine atomare Bewaffnung Israels konnte nicht hingenommen werden. Die Folgen wären unabsehbar: eine atomare Bewaffnung Ägyptens, ein stärkeres Engagement der Sowjets im Nahen Osten, und vielleicht sogar Krieg.

## Die Samson-Option

Levi Eschkol wollte einen Mittelweg finden zwischen der Position des Weißen Hauses, das auf internationaler Kontrolle beharrte, und der proatomaren Splittergruppe der Mapai-Partei unter Führung David Ben Gurions, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt hartnäckig auf einem israelischen Atomarsenal beharrte, als wolle er ein letztes Mal politisch Flagge zeigen. Das Dilemma des Premierministers war nicht, ob Israel eine Atommacht werden sollte, sondern wann und um welchen Preis, denn gleichzeitig bestand ein enormer Geldbedarf für die Ausrüstung und Ausbildung der konventionellen Einheiten von Armee, Marine und Luftwaffe.

Die Debatte über die atomare Option war lange vor Eschkols Amtsantritt in einer bewußt harmlosen Sprache in den Zeitungen des Landes aufgetaucht. Mitte 1962 zum Beispiel nahmen Shimon Peres und der frühere Stabschef der Armee und damalige Landwirtschaftsminister Ben Gurions, Moshe Dayan, die Beerdigung eines prominenten militärischen Führers der Zionisten zum Anlaß, um ihre Gesinnungsgenossen darauf hinzuweisen, daß Israels Existenz mit den »technologischen Errungenschaften der siebziger Jahre« und mit Investitionen in die »militärische Ausrüstung der Zukunft« zusammenhing. Im April 1963 drängte Dayan in einem Artikel der Zeitung *Maariv* die israelische Rüstungsindustrie, mit den Anstrengungen des ägyptischen Präsidenten Gamal Abd el Nasser, Atomwaffen zu bauen, Schritt zu halten. »Im Zeitalter von Raketen mit konventionellen und atomaren Sprengköpfen«, schrieb Dayan, »müssen wir diese Waffen mit großer Sorgfalt entwickeln, damit wir nicht hinterherhinken.«

Fünf Monate nach seinem Ausscheiden aus dem Amt wurde Ben Gurion in einem Interview mit dem Kolumnisten C. L. Sulzber-

ger von der *New York Times* noch deutlicher. Sulzberger fragte Ben Gurion nach seiner Besorgnis über Bau und Stationierung von Raketen in Ägypten und fügte hinzu: »Deshalb gibt er [Ben Gurion] grimmig zu verstehen, daß Israel in seinem nahe gelegenen Reaktor bei Dimona vielleicht selbst mit Kernspaltung zu militärischen Zwecken experimentiert.« Auf Kernenergie könne nicht verzichtet werden, soll Ben Gurion gesagt haben, »weil Nasser nicht aufgeben wird. Und er wird solange keinen Krieg riskieren, bis er überzeugt ist, daß er gewinnen kann. Das bedeutet Atomwaffen - und er hat eine große Wüste, wo er sie testen kann. Wir können hier keine Tests durchführen.« Sulzbergers Kolumne erschien am Sonnabend, dem 16. November 1963. Sie gelangte rasch in die Hände Ben Gurions, denn noch am selben Tag schrieb er einen Brief an den Herausgeber der *New York Times*, in dem er dementierte, daß er bei dem Interview mit Sulzberger Atomwaffen überhaupt erwähnt habe. Unter dem Druck der Präsidenten Kennedy und Johnson bemühte sich die Regierung Eschkol um strikte Geheimhaltung, und deshalb hatte sie auch keine Skrupel, mit der Wahrheit großzügig zu verfahren. Im Dezember 1963 erklärte Shimon Yiftach, Direktor für wissenschaftliche Programme des Verteidigungsministeriums, öffentlich vor einer Gruppe wissenschaftlicher Autoren aus Israel, in dem Reaktor bei Dimona werde, wie bereits vermutet, als Nebenprodukt Plutonium hergestellt. Yiftach blieb jedoch dabei, daß die israelische Regierung keinerlei Pläne für den Bau einer separaten Wiederaufbereitungsanlage für Plutonium habe. Yiftach war im Argonne National Laboratory in Illinois ausgebildet worden. Er gehörte damals in Israel zu den führenden Experten auf dem Gebiet der Plutoniumproduktion, und er wußte, daß französische Baufirmen wieder mit der Arbeit an der unterirdischen Wiederaufbereitungsanlage in Dimona begonnen hatten.

Eschkols Bedenken, Israel könne sich auf die Massenproduktion von Atomwaffen festlegen, konnte den steten Fortschritt in Dimona nicht aufhalten. Mitte 1964 war der Reaktor schon seit fast zwei Jahren in Betrieb, und die Wiederaufbereitungsanlage mit ihren ferngelenkten Laboratorien und computergesteuerten Maschinen war soweit fertiggestellt, daß sie mit der Produktion von

waffenfähigem Plutonium aus den verbrauchten Uranbrennstäben des Reaktors beginnen konnte. Israel verfügte jedoch über weitere kerntechnische Anlagen: eine Waffenfabrik in Haifa und einen gutgesicherten Munitionsbunker auf dem Bombersrützpunkt Tel Nof bei Rehovot. Sicherheit ist in einem Reaktor oberstes Gebot, und das gilt besonders für Dimona. Der Reaktor wird ständig von israelischen Truppen, elektronischen Überwachungsgeräten und Radarschirmen, die mit einer Raketenbatterie gekoppelt sind, bewacht. Kein Flugzeug - auch nicht die Maschinen der israelischen Luftwaffe - darf die Anlage überfliegen - und wenn, dann geht es ein extremes Risiko ein.<sup>1</sup>

Aus gutinformierten Kreisen in Israel verlautete, daß die Physiker und Techniker von Dimona Mitte der sechziger Jahre in einer unterirdischen Höhle nahe der israelisch-ägyptischen Grenze in der Negev-Wüste mindestens einen erfolgreichen Atomtest mit geringer Sprengkraft durchgeführt haben. Solche Explosionen erzeugen eine zwar geringe, aber doch meßbare Spaltausbeute und gelten als zuverlässiges Kriterium für die Qualität der gesamten Waffenproduktion.<sup>2</sup> Der Test soll angeblich ganze Bergrücken im Sinai erschüttert haben.

Anfang 1965 wurde mit der Fertigstellung der unterirdischen Wiederaufbereitungsanlage das letzte Hindernis für Israels atomare Ziele beseitigt. Jetzt wurde auch die anhaltende Debatte in der Regierung zu diesem Thema heftiger. Nach der Fertigstellung der Wiederaufbereitungsanlage war es noch wichtiger geworden, daß Floyd Culler bei seinen jährlichen Besuchen in Dimona weiterhin nichts entdeckte. Aus diesem Grund bemühten sich Binyamin Blumberg und seine Kollegen im Büro für besondere Aufgaben ständig, die Sache noch besser zu vertuschen. (Während der Amtszeit Kennedys wurde eine internationale Überwachung durch die IAEA zwar in Erwägung gezogen, aber letztlich zurückgewiesen.) Mitte der sechziger Jahre entwickelten die Manager von Dimona eine neue Methode, ihre unterirdische Welt zu tarnen. Ein paar Wochen vor Cullers Ankunft wurden Angehörige der 269. Spezialeinheit der israelischen Armee, der geheimen Elitetruppe des Landes, nach Dimona beordert. Laut Aussage eines Angehörigen der Eliteeinheit sollten sie »acht Lastwagenladungen

Gras« mitbringen. »Es waren Grassoden - alles zur Tarnung«, fügte er hinzu. »Zehn Tage lang mußten wir die Wege und Bunker mit Erde, Grassoden und Büschen abdecken. Als die Delegation kam, sprengte ich gerade den Rasen. Er sah aus, als werde er schon jahrelang gepflegt.« Die Szene sei ihm noch so lebhaft in Erinnerung, erklärte der ehemalige Beamte, weil er nie zuvor Grassoden gesehen habe.<sup>3</sup>

Es gibt keinerlei Beweise dafür, daß die amerikanischen Nachrichtendienste und Präsident Johnson eine Ahnung davon hatten, wie nahe Israel daran war, in den atomaren Klub einzuziehen. Die zugänglichen Dokumente zeigen, daß sich die Mitarbeiter des Präsidenten einredeten, alle quälenden Fragen in bezug auf Dimona und die Proliferation von Kernwaffen durch Israel könnten ausgeräumt werden, wenn man weiterhin auf die Kontrolle durch die IAEA setzte.<sup>4</sup> Im Juni 1964 wurde Eschkol zu einem Staatsbesuch in die USA eingeladen - es war der erste Besuch eines israelischen Premierministers in Washington. Freigegebene Dokumente des Präsidenten in der LBJ-Bibliothek der Universität Texas beweisen, daß man im Weißen Haus der Ansicht war, man könne Eschkol überreden, Dimona für die Internationale Atomenergie-Behörde zu öffnen, wenn man ihm die Lieferung amerikanischer Waffen zusicherte. Die Mitarbeiter des Präsidenten agierten bei Dimona im verborgenen: Sie waren überzeugt, daß Israel die technischen Möglichkeiten hatte, eine Bombe zu bauen und eine Rakete damit zu bestücken, aber anscheinend wußte niemand, ob die Israelis auch die ernste Absicht hatten, dies zu tun. Offenbar glaubte man im Weißen Haus, es gäbe zwei Arten von Kernspaltung, und eine davon diene ausschließlich friedlichen Zwecken.

McGeorge Bundy, der nationale Sicherheitsberater, hatte sich seit Anfang 1961 mit dem israelischen Waffenproblem beschäftigt. Dokumenten des Weißen Hauses zufolge behauptete er in einem Memorandum an Johnson, in dem die potentielle Gefahr für Israel durch ägyptische Raketensysteme zusammengefaßt war, ihm lägen keinerlei Informationen über Israels Pläne zu Kernwaffen vor. Am 18. Mai, zwei Wochen vor Eschkols Besuch, erklärte Bundy dem Präsidenten, beide Seiten seien in der Lage, Raketen

zu bauen, aber »im Unterschied zur UAR [Vereinigten Arabischen Republik] können die Israelis ihre Raketen mit atomaren Sprengköpfen bestücken. Die entscheidende Frage ist, ob Israel nach einem nuklearen Potential strebt.« Es ist nahezu ausgeschlossen, daß Bundy und seine Kollegen nicht wußten, was Israel mit einem geheimen Kernreaktor im Negev vorhatte. Eschkol wollte amerikanische M-48-Panzer kaufen und war hocherfreut, als Johnson sich vor dem Gipfeltreffen mit ihm bereit erklärte, mit dem Ansehen seines Amtes auf die Bundesrepublik Deutschland einzuwirken, damit die Deutschen Israel M-48-Panzer aus ihren NATO-Beständen verkauften. Ein solcher Kauf wäre aus Eschkols Sicht, wenn auch auf Umwegen, ein erster Schritt gewesen, an Offensivwaffen zu kommen. Mittelfristig sollten dann auch Waffen aus den USA folgen. Außerdem hatten sich Johnsons Mitarbeiter abgesichert, falls Eschkol einer internationalen Überprüfung nicht zustimmte, wie es wohl viele erwartet hatten: Sie forderten von Israel, daß die arabischen Länder über die Ergebnisse der jährlichen Inspektionen durch Floyd Culler unterrichtet werden durften.

Eschkol kam mit der Absicht nach Amerika, bei amerikanischen Waffenlieferungen und anderen Hilfsleistungen soviel wie möglich herauszuschlagen, ohne in bezug auf Dimona Zugeständnisse zu machen, was ihm auch gar nicht möglich gewesen wäre. Vor seiner Ankunft in den USA hatte er gegenüber dem Weißen Haus erklärt, er werde die Inspektionen in Dimona weiterhin zulassen, aber mit der Internationalen Atomenergie-Behörde wolle er nichts zu tun haben. Israel vertrat, wie andere angeblich nicht nuklear gerüstete Nationen, den Standpunkt, es dürfe nicht gezwungen werden, seine nationalen Forschungseinrichtungen unter die Aufsicht der IAEA zu stellen, solange nicht alle Atommächte dies tun mußten. China und Frankreich hatten das Abkommen nicht unterzeichnet. Darüber hinaus gab es noch einen zweiten, gleichfalls an den Haaren herbeigezogenen Einwand: Es wurde behauptet, die IAEA habe, ebenso wie die Vereinten Nationen, Israel gegenüber den arabischen Ländern systematisch benachteiligt. Vielleicht glaubten in Israel tatsächlich einige an eine derartige Diskriminierung, aber das hatte nichts mit der ablehnenden

Haltung gegenüber der IAEA zu tun. Auch die Weitergabe von Ergebnissen der Inspektionen in Dimona an die Araber lehnte Eschkol kategorisch ab.

Der Stab des Weißen Hauses mußte sich auch zum Verhältnis zu den arabischen Staaten und zur IAEA auf zähe Verhandlungen gefaßt machen. Zu Eschkols Delegation gehörte auch Shimon Peres. Er lehnte eine internationale Überwachung strikt ab und wollte gegenüber der arabischen Welt nichts über Dimona verlauten lassen. Trotzdem äußerte Robert Komer, ein Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats, vor dem Gipfeltreffen in seinem Memorandum an Johnson die Ansicht, es werde dem Präsidenten gelingen, Eschkols Meinung in beiden Fragen zu ändern. »Wir hoffen, daß Sie Eschkol persönlich sagen, sie [die Israelis] müßten jetzt in den sauren Apfel beißen«, erklärte er und meinte damit die Überprüfung durch die IAEA. »Ohne in irgendeiner Weise zu unterstellen, Israel wolle eine Atommacht werden, muß man doch zugeben, daß ein in Betrieb befindlicher Reaktor plus ein noch zu entwickelndes Trägersystem unausweichlich zu dem Schluß führen, daß Israel zumindest die Voraussetzungen schafft, Atomwaffen zu bauen. Das könnte negative Auswirkungen auf die amerikanisch-israelischen Beziehungen haben, und je früher wir versuchen, der Entwicklung Einhalt zu gebieten, desto bessere Chancen haben wir. Wenn Sie jetzt Wirbel machen ... wird Israel, falls es keinen Erfolg haben sollte, zumindest gewarnt sein, daß wir wieder darauf zurückkommen werden.«

Bezüglich der Weitergabe von Informationen über Dimona an die Araber schrieb Komer: »Wir sind der festen Überzeugung, daß Israels offensichtlicher Wunsch, die Araber im unklaren zu lassen, sehr gefährlich ist. Nur den Anschein zu erwecken, man wolle Atomwaffen bauen, ohne es wirklich zu tun, bringt Ärger. Nasser könnte dadurch zu einem törichten Präventivschlag verleitet werden.«

Komer war jahrelang bei der CIA, ehe er Bundys Stab im Nationalen Sicherheitsrat beirat. Er machte sich damals kaum Illusionen darüber, was in Dimona vor sich ging. Er erinnerte sich lebhaft daran, wie er mit seinem Boß John McCone über das israelische Atombombenprojekt diskutierte: »Wir wußten, daß das

Programm fortgesetzt wurde. Sie sagten niemals, daß sie damit aufhören würden.«

Ihm mußte klar sein, daß die Vorschläge, die er dem Präsidenten unterbreitet hatte, weder von den Israelis akzeptiert werden würden, noch als Verhandlungsbasis dienen konnten. »Wirbel« zu machen, um Israel zu »warnen«, bedeutete nicht, den Bau der Bombe zu stoppen.

Eine freigegebene Zusammenfassung des Gesprächs vom 1. Juni zwischen Johnson und Eschkol beweist, daß Johnson dem Rat seines Mitarbeiters tatsächlich peinlich genau folgte, als sei auch er der Meinung, Washington könne Israel den Aufbau eines Atomarsenals ausreden. Johnson erklärte Eschkol nachdrücklich, daß eine internationale Aufsicht über Dimona die Araber beruhigen und den Rüstungswettkampf im Nahen Osten bremsen werde. »Der Präsident wies darauf hin, daß die Araber israelische Raketen [als potentielle Trägersysteme; A. d. Ü.] zwangsläufig zu Israels atomarem Potential rechnen werden«, heißt es in dem offiziellen Memorandum. »Deshalb glauben wir, daß die Kontrolle durch die IAEA im Interesse Israels liegt. Wir möchten den Premierminister daran erinnern, daß wir entschieden gegen die Proliferation von Atomwaffen sind.«

Außerdem erinnerte der Präsident Eschkol daran, daß die Sowjetunion im Nahen Osten eine immer größere Rolle spiele und daß ein Einlenken Israels bei Dimona allein ein gutes Stück weiterhelfen könne, die Sowjets aus der Region herauszuhalten. Am Tag nach der Begegnung mit Eschkol faßte Komer das Ergebnis des Gesprächs noch einmal für den Präsidenten zusammen: »Peres erklärte gestern, Israel sei nicht so sehr wegen der derzeitigen Raketen der UAR beunruhigt, sondern darüber, daß die Sowjets Nasser bessere Waffen liefern könnten. Das ist auch unser Argument - wenn Nasser glaubt, Israel bekomme bessere Raketen, als er sie besitzt, und er wegen Dimona beunruhigt ist, wird er zwangsläufig den sowjetischen Preis bezahlen, um Raketen zu bekommen. Deshalb bitten Sie Eschkol eindringlich um seine Zustimmung zur Kontrolle von Dimona durch die IAEA. Dadurch würde Nassers Bereitschaft verringert, auf Waffenhilfe aus der UdSSR zurückzugreifen. Eschkol entgegnete: Warum den Feind beruhigen?' Dieses Argument ist kurzsichtig.« »Alles in allem«, fügte Körner hinzu, »verstehen wir, weshalb Isra-

el, das unter Beschuß steht, mehr Angst vor seiner Zukunft hat als Washington. Aber Israel kann auf uns zählen. Als Gegenleistung erwarten wir nur, daß Israel unsere arabischen Interessen und unser gemeinsames Ziel anerkennt, den sowjetischen Einfluß im Nahen Osten möglichst gering zu halten.«

Natürlich war Israel bereit, zum Schein mitzuspielen, um weitere amerikanische Waffen zu bekommen. Aber es würde sich zur Sicherung seiner Zukunft nie auf Amerika »verlassen«. Körners Bemerkung bezog sich auf die entscheidende Botschaft des Gipfeltreffens vom 1. Juni. Sie enthielt jene Zusagen, die John F. Kennedy Golda Meir bereits zwei Jahre zuvor insgeheim gemacht hatte: Die Vereinigten Staaten wollten Israel kontinuierlich Waffen liefern, solange es keine Atomwaffen baute. Dieser Vorschlag, der in keinem der freigegebenen Dokumente der Johnson Library zu finden war, prägte das Gipfeltreffen vom 1. Juni. Bald darauf erfuhren David Ben Gurion und Ernst David Bergmann von dem Angebot aus dem Weißen Haus. Einem ehemaligen israelischen Beamten zufolge betrachteten beide jede derartige Verpflichtung der Regierung Eschkol »als Gefährdung der Sicherheit Israels«.

Johnsons Bitten nach Überwachung durch die IAEA und Weitergabe von Informationen an die Araber führten zu nichts, aber seine Zusage, Israel weiter mit Waffen zu beliefern, war ein entscheidender Faktor bei der strategisch wichtigen Frage, die sich die Israelis im Herbst 1964 stellten: Wann sollte mit der Massenproduktion für ein Atomarsenal begonnen werden? Offensichtlich war Eschkol alles andere als ein Pazifist. Er hatte zum Beispiel keine Skrupel, Israels laufende Programme für chemische und biologische Waffen fortzuführen. »Heute mag er einem als gemäßigt erscheinen, aber er war - wie alle unsere Führer von damals - ein nüchtern denkender Scheißkerl«, erinnerte sich ein früherer Mitarbeiter stolz. »Dieser Mann gehörte einer Generation an, die den Holocaust miterlebt hatte. Die Kommunisten in Rußland, die Araber - alle wollten die Juden vernichten.«

Eschkols Bedenken zu Dimona waren praktischer Natur: Der Reaktor kostete pro Jahr über 500 Millionen Dollar, das waren mehr als zehn Prozent des israelischen Militärhaushalts. Dieses Geld

fehlte in anderen Bereichen, fügte der frühere Mitarbeiter hinzu. »Eschkol erklärte: -Ich habe kein Geld dafür. Wie viele Kinder werden keine Schuhe haben? Wie viele Studenten werden nicht die Universität besuchen können? Dabei droht uns gar keine Gefahr. Keiner unserer Nachbarn hat Atomwaffen. Warum sollten wir welche bauen?«

Eschkols Bedenken wurden im Herbst 1964 und Frühling 1965 in der Midrasha, einem Schlupfwinkel des Mossad außerhalb Tel Avivs auf höchster Ebene erörtert. Dort fanden geheime Konferenzen über die Bombe statt, an denen hohe Funktionäre der führenden politischen Parteien Israels sowie zahlreiche Verteidigungsexperten teilnahmen. »Die Frage war nicht, ob Atomwaffen gebaut werden sollten oder nicht, sondern wann«, erinnerte sich ein Teilnehmer.

Befürworter Dimonas hatten die meisten Regierungsmitglieder davon überzeugt, daß nur Atomwaffen das absolute und endgültige Abschreckungsmittel gegenüber der arabischen Bedrohung darstellten und daß die Araber — denen durch die rasch wachsende Wirtschafts- und Militärhilfe der Sowjets der Rücken gestärkt wurde - nur mit Hilfe von Atomwaffen dazu gebracht werden könnten, alle Pläne für eine militärische Eroberung Israels fallenzulassen und einem Friedensvertrag zuzustimmen. Mit einem Atomarsenal gäbe es in der Geschichte Israels kein Masada mehr. In der Festung Masada waren von den Römern 73 n. Chr. neunhundertsechzig Juden, sogenannte Zeloten, eingeschlossen worden. Sie zogen es vor, Selbstmord zu begehen, anstatt sich den Belagerern zu ergeben.

An die Stelle von Masada, erklärten die Befürworter von Atomwaffen, trete die Samson-Option. In der Bibel wird berichtet, Samson sei nach blutigem Kampf von den Philistern gefangengenommen worden. Sie stachen ihm die Augen aus und stellten ihn in Dagon's Tempel in Gaza öffentlich zur Schau. Samson bat Gott, ihm ein letztes Mal Kraft zu geben, und rief: »Ich will sterben mit

den Philistern!« Er schob die Säulen des Tempels beiseite, das Dach stürzte ein und begrub ihn und seine Feinde unter sich. Für Israels Kernwaffenbefürworter war Samsons Entscheidung Ausdruck ihrer eigenen Haltung. Sie sagten eingedenk der Massaker an ihrem Volk: »Nie wieder.«<sup>5</sup>

Das Hauptargument gegen das Atomarsenal ging über dessen Auswirkung auf die Kampfbereitschaft der Soldaten hinaus: Jene Jahre waren geprägt von enormem Wirtschaftswachstum und ungeheurer Expansion in Israel, aber nach Ansicht vieler Industriemanager schluckte Dimona immer noch viel zu viele qualifizierte Arbeitskräfte. Ihre ständigen Beschwerden bei Regierungsbeamten führten allerdings zu nichts. Dimona beeinträchtigte auch weiterhin die Wirtschaft und hemmte die Entwicklung. Ende der sechziger Jahre gab es in Israel beispielsweise keine private Computerindustrie, obwohl amerikanische Geheimdienste Israel schon seit Jahren - neben Japan und den Vereinigten Staaten - zu den führenden Herstellern von Computer-Software gerechnet hatten. Die langfristigen sozialen und militärischen Kosten Dimonas bereiteten Itzhak Rabin, dem neuen Stabschef der Armee, und Yigal Allon, einem engen Berater Eschkols und ehemaligen Befehlshaber der Partisanenruppe Palmach vor dem Unabhängigkeitskrieg von 1948, sicher am meisten Sorge. Weniger zwingend war für die Militärs das moralische Argument gegen die Bombe, das von einigen Mitgliedern der Linken und in der akademischen Welt vorgebracht wurde: Das jüdische Volk, Opfer des Holocaust, müsse unbedingt verhindern, daß der Konflikt zwischen Arabern und Israelis zu einem Massenvernichtungskrieg eskaliere. Obwohl sie keineswegs die Gefahr eines konventionellen Rüstungswettlaufs unterschätzten, schlossen sie sich der Ansicht ihres leidenschaftlichen Sprechers Simha Flapan an: »Die qualitativen Vorteile Israels - sozialer Zusammenhalt und Organisation, Bildung und technisches Können, Intelligenz und moralischer Ansporn -«, schrieb Flapan, »können nur in einem konventionellen Krieg eingesetzt werden.«

Die arabische und die israelische Presse heizten die Debatte an, indem sie regelmäßig übertriebene Berichte über Massenvernichtungswaffen der Gegenseite veröffentlichten. In Israel gab es

alarmierende Berichte über sowjetische und chinesische Unterstützung für eine ägyptische Atombombe. Ägypten wiederum ließ öffentlich verlauten, die Sowjets hätten sich bereit erklärt, im Falle eines israelischen Angriffs Ägypten mit Atomwaffen zu Hilfe zu kommen. In einem Interview erklärte Präsident Gamal Abd el Nasser, ein »Präventivkrieg« sei die »einzige Antwort« auf ein mit Atomwaffen gerüstetes Israel. Es war eine Zeit, schrieb Simha Flapan später, in der Israel und Ägypten »in einem Teufelskreis der Spannungen und Verdächtigungen gefangen waren und alles taten, aus ihrem Horrorszenario eine sich selbst erfüllende Prophezeiung zu machen«.

Die Männer an der Spitze kannten den Unterschied zwischen öffentlichen Verlautbarungen und vertraulich behandelter Realität. Vor der Midrasha-Konferenz beispielsweise bereitete Binyamin Blumberg eine Analyse vor, nach der die arabische Welt noch fünfundzwanzig Jahre - also bis 1990 - nicht in der Lage sein würde, komplizierte Atomwaffen zu entwickeln. Das Papier war wichtig für Eschkol, der, wie er bei der Konferenz erklärte, drei Ziele hatte: eine funktionstüchtige Bombe als Basis; die nukleare Option, mit fertigen, aber noch nicht zusammengebauten Waffenteilen; und eine fortgesetzte Forschung. »Er sagte«, erinnerte sich ein Israeli, »Wir haben es nicht eilig. Die Araber werden noch fünfundzwanzig Jahre brauchen.« Eschkol wollte lediglich die Forschung weiterführen und die zusätzliche Zeit dazu nutzen, um »eine Stufe zu überspringen«. Konkret heißt das, er wollte die simplen Plutoniumwaffen gar nicht erst bauen, die die Vereinigten Staaten auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen hatten, sondern sofort komplexere Sprengköpfe entwickeln. Neben der Frage des Geldes gab es noch einen zweiten zwingenden Grund, die Arbeit in Dimona vorübergehend auf die Forschung zu beschränken: Israel verfügte bislang noch nicht über langstreckentaugliche Bomber oder Raketen, die eine Bombe zu Zielen in der Sowjetunion hätten befördern können; die Sowjetunion war immer das primäre Ziel israelischer Atomwaffen. Nach Ansicht der israelischen Führung würde kein arabisches Land es wagen, ohne sowjetische Unterstützung gegen Israel Krieg zu führen.

Levi Eschkol baute die Entscheidung von Midrasha zu einem strategischen Konzept aus: Er teilte Washington mit, er werde die Entscheidung über ein nukleares Arsenal aufschieben, falls die Vereinigten Staaten sich zur Lieferung von Offensivwaffen verpflichten würden. Bedingung war, daß die Waffen dem Gerät qualitativ gleichwertig sein mußten, das von der Sowjetunion an Ägypten geliefert wurde. Johnson genügte das völlig. Mit jedem Jahr verlor er mehr das Interesse daran, mit Israel der Bombe wegen einen politischen Krieg zu führen. Der Präsident belohnte Eschkols Versprechen: 1966 veranlaßte er den Verkauf von achtundvierzig taktischen Kampfflugzeugen vom Typ A-4E Skyhawk an Israel; dieser Bombertyp hatte eine Nutzlast von vier Tonnen. Daß Johnson im Hinblick auf die atomare Frage keine weiteren Forderungen an Israel richtete, wurde durch den eindeutigen Beweis eines erneuten wirtschaftlichen und militärischen Engagements der Sowjets im Nahen Osten erleichtert: Moskau förderte den arabischen Sozialismus und die arabische Einheit. Für Johnson bedeutete das, daß der Kalte Krieg auf die arabische Welt übergriff und Israel als Vorposten der USA diene. Eschkols Entscheidung, die nukleare Frage auf Eis zu legen, provozierte Ben Gurion; außerdem grollte er noch immer darüber, wie die Mapai-Partei mit der Lavon-Affäre umging. Schließlich verglich Ben Gurion Eschkol öffentlich mit dem britischen Premierminister Neville Chamberlain und unterstellte ihm, er betreibe eine Appeasement-Politik analog zu dessen Politik gegenüber Hitler. Im Juni 1965 erklärte er mit finsterner Miene, Eschkol »gefährde die Sicherheit des Landes«. Er trat demonstrativ aus der Mapai-Partei aus und gründete die Rafi-Partei (ein Akronym für die israelische Arbeiterliste). Zu ihm gesellten sich ein zögernder, aber loyaler Peres, der Führer der Rafi-Partei wurde, und der rastlose Dayan, der erst kürzlich als Landwirtschaftsminister zurückgetreten war. Ben Gurion hoffte, die Rafi-Partei könne wenigstens fünfundzwanzig Sitze in der aus 120 Mitgliedern bestehenden Knesset erringen und sich zu einer grauen Eminenz der israelischen Politik entwickeln.

Ben Gurion und seine Anhänger veränderten die politische Struktur Israels unwiderruflich. Die Rafi wurde jetzt Oppositionspartei

und übernahm die Rolle, die traditionsgemäß den rechtsgerichteten Gruppen zukam. Ben Gurions wichtigstes Motiv für den Bruch mit der Führung der Mapai-Partei war seine anhaltende Verärgerung über Lavon, aber die Rafi-Partei unter Peres' Führung nahm in Verteidigungsfragen, und vor allem in bezug auf Atomwaffen, eine aggressivere Haltung ein. Ernst Bergmann gehörte ebenfalls zu den Gründungsmitgliedern der Rafi, und wieder diente er Ben Gurion als Gewährsmann: »Ben Gurion berief sich ständig auf Bergmann«, erinnerte sich ein Israeli im Hinblick auf die Gefahren, die ein Aufschub der Produktion eines nuklearen Arsenal mit sich brachte. Die Wahlen von 1965 wurden von diesem Thema dominiert, obwohl die Fakten verschlüsselt dargestellt wurden. In israelischen Zeitungen wimmelte es von Kritiken an Peres und Ben Gurion. »Das heikle Thema« oder »das Klagelied für Generationen« waren in aller Munde. Die Führer der Rafi kritisierten auch ständig den »großen Fehler« (ihr geläufiger Euphemismus) Eschkols. Gemeint war, daß Eschkol zögerte, in Dimona Kernwaffen in großen Stückzahlen herzustellen. Amerikanische und andere Zeitungen berichteten darüber nicht. Offensichtlich begriffen die ausländischen Korrespondenten in Israel ebensowenig, was de facto auf dem Spiel stand,<sup>6</sup> wie der amerikanische Nachrichtendienst.

Es war eine schmutzige Wahl, mit Beleidigungen und Anschuldigungen von allen Seiten. Ein prominenter Anwalt mit engen Verbindungen zu Golda Meir bezeichnete Ben Gurion öffentlich als »Feigling« und die Rafi als »neofaschistische Gruppe«. Viele Israelis begriffen - was kein Außenstehender konnte -, daß es bei der Debatte nicht nur um die Verteidigungspolitik oder die Bombe ging, sondern auch um Ben Gurions feste Überzeugung, daß Israel nur überleben konnte, wenn es auf den Staat als Institution setzte - und nicht auf das traditionelle Freiwilligkeitsprinzip der Zionisten. Nach Ben Gurions Ansicht mußten die Kibbuzim, die Mapai-Partei und die Hagannah des Krieges von 1948 - alles Freiwillige, die an ihre Sache glaubten - minder individualistischen Einrichtungen wie der allgemeinen Wehrpflicht, der öffentlichen Bildung und der Beförderung aufgrund von Kompetenz und Leistung weichen, und die Bedeutung der Parteizugehörigkeit ver-

ringert werden. Viele Aspekte dieser Debatte paßten - zumindest nach Meinung seiner Kritiker - zu Ben Gurions beharrlichem Eintreten für ein nukleares Arsenal. Für einige seiner Gegner bei der Wahl von 1965 war Dimona nichts weiter als eine Ansammlung von kompetenten Wissenschaftlern und Bürokraten mit unklaren ideologischen Standpunkten, die ohne jede öffentliche Kontrolle und Billigung eine höchst wirkungsvolle Waffe gebaut hatten. Viele betrachteten die Wahl als vielleicht letzten verzweifelten Kampf zwischen einem Israel, das auf Wissenschaft und Empirie baute, und einem Israel, das weiterhin auf die Einsatzbereitschaft engagierter Freiwilliger setzte.

Ben Gurion und seine Rafi-Partei mußten bei der Wahl eine schwere Niederlage hinnehmen. Sie gewannen nur sechs Sitze in der Knesset, nicht genug, um Ben Gurion eine Machtbasis zu schaffen. Die Wahlen waren ein brutaler Volksentscheid über seinen Traum von der Rückkehr an die Macht und bedeuteten das Ende seiner Karriere im politischen Leben Israels.<sup>7</sup> Levi Eschkol betrachtete die Wahlen als Referendum für seine Position zur nuklearen Frage. Dimona blieb ein Reserveunternehmen. Anscheinend hatte das Land die effiziente, -selbstbewußte« Methode Ben Gurions, Dayans und Peres' zugunsten der sozialdemokratischen und der auf dem Freiwilligkeitsprinzip beruhenden Ziele des Meir-Eschkol-Flügels der Mapai abgelehnt. Für Ben Gurion und seine Anhänger war das ein schwerer Schlag. Im Frühjahr 1966 resignierte Ernst David Bergmann: Er trat gezwungenermaßen von seinem Posten als Vorsitzender der israelischen Atomenergiekommission, die längst keine Mitglieder mehr hatte, und von seinen beiden hohen Posten im Bereich der Verteidigung zurück. Im Kabinett Eschkol hielten viele seinen Rücktritt für längst überfällig. Eschkol handelte rasch, um Bergmanns Geschäftsbereich besser unter Kontrolle zu bekommen: Die bürokratische Verantwortung für die AEC ging vom Verteidigungsministerium auf den persönlichen Stab des Premierministers über, und Eschkol selbst wurde Vorsitzender einer erweiterten und neu strukturierten Kommission. Entscheidungen über die Zukunft von Kernwaffen in Israel wurden jetzt von der höchsten politischen Autorität getroffen. Der schmollende Bergmann zog sich mit Hilfe

von Lewis Strauss an das Institute of Advanced Studies der Princeton University zurück. Zuvor aber gab er der populären israelischen Zeitung *Maariv* ein Interview. Der Bericht der *New York Times* über dieses Interview ist ein klassisches Beispiel für die doppelzüngigen Aussagen und das widersprüchliche Denken in Israel und in der amerikanischen Presse zur atomaren Frage. »Der Wissenschaftler Bergmann erklärte, die Regierung Eschkol habe weniger Verständnis für eine langfristige wissenschaftliche Planung als der frühere Premier David Ben Gurion, mit dem Professor Bergmann in engem Kontakt stand. Er sprach von den fehlenden Mitteln für die Forschung und von dem Risiko der Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern.«

Trotzdem rückte in Israel die nukleare Frage, auch wenn sie als »langfristige wissenschaftliche Planung« dargestellt wurde, in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. In den Vereinigten Staaten wurde damals die Außenpolitik vom Vietnamkrieg dominiert. Israels nukleare Option blieb deshalb ein Thema für Insider in der Regierung, die den Mantel des Stillschweigens darüber breiteten.

# 11

## Das Spiel wird fortgesetzt

Die Ambivalenz und Scheinheiligkeit an der Spitze der amerikanischen Regierung im Hinblick auf ein mit Atomwaffen bestücktes Israel spiegelten sich zwangsläufig in der Bürokratie wider. Mitte der sechziger Jahre waren die Dinge geregelt: Präsident Johnson und seine Berater gaben vor, die amerikanischen Überprüfungen hätten den Beweis erbracht, daß Israel keine Bombe baute; damit blieb der Schein gewahrt, daß die USA uneingeschränkt gegen die Proliferation von Atomwaffen wären. Die Männer und Frauen, die für ihre Vorgesetzten Informationen auswerteten und Berichte schrieben, wußten - wie bereits Arthur Lundahl und Dino Brugioni -, daß es wenig einbrachte, Informationen weiterzuleiten, die die Männer an der Spitze nicht hören wollten. Trotzdem waren die Informationen da. Zum Beispiel wußte man eine Menge über Israels Jericho-Raketen, die von Dassault rasch montiert wurden. »Wir hatten einen direkten Draht zu Gott«, erinnerte sich ein CIA-Analytiker der mittleren Ebene. »Wir hatten alles - nicht nur von den Franzosen, sondern auch von den Israelis. Einiges stahlen wir, aber wir hatten auch unsere Spione. Ich konnte von der Rakete ein maßstabsgetreues Modell zeichnen. Ich entwarf sogar drei verschiedene Sprengköpfe dafür - einen nuklearen, einen chemischen und einen hochexplosiven - nur so zum Spaß. Wir prognostizierten, wozu sie imstande waren.« Laut Aussage des ehemaligen CIA-Beamten war Israel in der Lage, einen nuklearen Sprengkopf gezielt zu plazieren und zu zünden. Das Problem war die Informationsübermittlung. »Ich konnte nie etwas offiziell durch die CIA publik machen«, um es in der Regierung zu verbreiten. »Jeder wußte Bescheid« über die israelische Rakete, fügte er hinzu, »aber keiner sprach darüber.« Der CIA-Beamte riskierte seinen Job und ließ ho-

hen Beamten im Pentagon und im State Department eine Kopie des Berichts zukommen. -Ich erinnere mich, daß ich einen Admiral des DIA [Militärischer Nachrichtendienst] informierte. Er wollte es nicht glauben. Ich konnte ihn überzeugen, aber dann wurde er pensioniert, und niemand kümmerte sich mehr darum.« Sogar James Jesus Angleton, der Leiter der Spionageabwehr bei der CIA, der auch für die Verbindung zu Israel verantwortlich war, hatte Probleme, wenn es um die israelische Bombe ging. Der launenhafte Angleton war bekannt - und gefürchtet -, weil er fanatisch auf Verschwiegenheit beharrte und die Wahnvorstellung einer sowjetischen Infiltration der CIA kultivierte. Er war ein Meister im Abfassen verschlüsselter und »vertraulicher« Berichte. Sein zunehmender Realitätsverlust machte 1974 seine Entlassung unumgänglich. Seine eklatanten Fehler in der Spionageabwehr betrafen Israel jedoch offenbar nicht.<sup>1</sup> Ehemalige CIA-Beamte, die bei früheren Interviews mit mir schonungslos Kritik an Angletons seltsamen Methoden bei der Spionageabwehr geübt hatten, mußten zugeben, daß er sich im Falle Israels korrekt und geschickt verhalten hatte. Angleton hatte nach dem Zweiten Weltkrieg eng mit Mitgliedern des jüdischen Widerstands in Italien zusammengearbeitet. Damals war er beim Büro für strategische Angelegenheiten (OSS). Es war eine aufregende Zeit. Tausende von jüdischen Flüchtlingen und Überlebenden der Konzentrationslager wurden illegal von Europa nach Palästina in das britische Mandatsgebiet geschleust.

Einer der engsten Mitarbeiter Angletons war Meir (Mene) Deshalit, ein Führer des Widerstands und israelischer Geheimdienstbeamter, der 1948 nach Washington versetzt wurde. Meir Deshalit war der ältere Bruder des Physikers Amos Deshalit, der viel zur Entwicklung des israelischen Kernwaffenarsenals beigetragen hatte. Er starb 1969 an Krebs. Angleton teilte Meir Deshalits Einschätzung der sowjetischen und arabischen Bedrohung Israels. Seine persönlichen Kontakte und seine starke Überzeugung prädestinierten ihn, die Verbindung zwischen der CIA und der israelischen Regierung herzustellen. Das war eine außerordentlich wichtige Aufgabe angesichts des anhaltenden Flüchtlingsstroms aus der Sowjetunion und Osteuropa nach Israel in den fünfziger

und frühen sechziger Jahren. Angleton und seine israelischen Kollegen hielten die »Rattenleitungen« aufrecht, wie die Verbindung zu den jüdischen Flüchtlingen genannt wurde. Nach Ansicht vieler CIA-Mitarbeiter erhielt der Westen durch die jüdischen Flüchtlingsunternehmen in den frühen Nachkriegsjahren wichtige Aufschlüsse über den Ostblock. Einige Flüchtlingsprogramme wurden als Teil der Operation KK MOUNTAIN aus einem Sonderfonds der CIA finanziert.

Angletons Liebe zu Israel und seine Ansichten über die arabische und sowjetische Frage hielten ihn jedoch nicht davon ab, als Leiter der Spionageabwehr jeden israelischen oder amerikanischen Juden zu überprüfen, den er im Verdacht hatte, Geschäfte mit geheimen Informationen zu machen. Einige betrafen die Kerntechnologie. Die CIA wußte durch Analysen des radioaktiven Niederschlags nach französischen Atomtests in der Sahara, daß die in zunehmendem Maße modernisierten und verkleinerten französischen Sprengköpfe auf amerikanischen Konzeptionen basierten. Ein ehemaliger amerikanischer Geheimdienstler, der für Kernwaffen zuständig war, erinnerte sich, daß er und seine Kollegen »wahnsinnig wurden« bei dem Gedanken, daß Israel den Franzosen als Gegenleistung für ihre Hilfe in Dimona Zugang zu geheimen Konstruktionsplänen verschaffte, die aus den Laboratorien in Los Alamos und Livermore in Kalifornien entwendet worden waren.

Es gab zwar keinen Beweis für eine derartige Verbindung, allerdings wunderten sich Untersuchungsbeamte des Nachrichtendienstes nicht schlecht, als sie am Ende der CHAOS-Ermittlung ein Versteck mit persönlichen Akten Angletons entdeckten. Die Aktendeckel waren mit schwarzem Band zusammengebunden und enthielten eine offensichtlich langfristige - und äußerst bedenkliche - Studie über amerikanische Juden in der Regierung. Die Dokumente bewiesen, daß Angleton eine Liste über die Positionen und die jüdische Herkunft hoher Beamter bei der CIA und anderswo angefertigt hatte, die Zugang zu geheimen Informationen hatten. Es waren ausnahmslos Informationen, die für Israel von Nutzen sein konnten. Wer einen heiklen Posten bekleidete und sich im Privatleben sehr für jüdische Angelegenheiten

interessierte oder vielleicht Angehörige hatte, die Zionisten waren, stand ganz oben auf der Liste.

Ein Ermittlungsbeamter der Regierung, der sich 1991 bei einem Interview zu den Angleton-Akten äußerte, erinnerte sich, daß sogar der Besuch einer Synagoge als verdächtig gegolten hatte. Die Feststellung hatte ihn sehr überrascht. »Mir fiel der erste Zusatzartikel der Verfassung ein«, fügte der Ermittlungsbeamte sarkastisch hinzu. »Religionsfreiheit.« Nach Angletons Liste mußte ein Verdächtiger, der auf der Skala der jüdischen Abstammung weit oben stand, komplett vor Ort überprüft werden. »Handelte es sich dabei nur um eine Überprüfung der Herkunft, oder gar um eine unmittelbare oder elektronische Überwachung«, fragte er rhetorisch. »Ich weiß es nicht. Ich war verärgert, aber gleichzeitig hielt ich es für vernünftig, weil viele Juden Israel unterstützten.« Letztendlich wurden die Angleton-Akten nicht weiter ausgewertet, und auch die Ausschüsse von Senat und Repräsentantenhaus für die Nachrichtendienste wurden nicht unterrichtet. »Wir beschlossen, nichts zu tun.«

Samuel Halpern, ein Jude, der jahrelang stellvertretender Direktor für geheime Dienste der CIA war, wurde von Angleton ständig überprüft. In seiner Position - die höchste, die je ein Jude beim Geheimdienst innehatte - hatte er *Zugang* zu den Namen und familiären Verhältnissen aller Ausländer, die jemals von der CIA angeworben wurden. Sein Vater Hanoch war polnischer Staatsbürger und vor dem Zweiten Weltkrieg aktiver Zionist. Er emigrierte nach Palästina und arbeitete nach der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 unter anderem eng mit Ben Gurion und Moshe Sharett zusammen. -Jim sah mich scharf an«, erinnerte sich Halpern und lachte, -aber ich sagte zu ihm: -Ich werde dir nicht deinen Schreibtisch besudeln.« Die Israelis sind nie an mich herangetreten. Warum sollten sie auch, wo ich doch im dritten Stock (der CIA) sitze und Jim im zweiten.«

Aber Angleton sammelte nicht nur Informationen über amerikanische Juden. Durch das CHAOS-Programm war er auch Sponsor einer streng geheimen CIA-Operation: Die CIA kaufte in Washington eine Firma für Abfallbeseitigung. Die Firma, die bei der CIA als Holdinggesellschaft bekannt war, hatte sich vertraglich

verpflichtet, in verschiedenen Botschaften der Dritten Welt, darunter auch in der israelischen Botschaft, Müll abzuholen. Zu ihren Kunden zählte auch die einflußreiche jüdische Organisation B'nai Brith, die weltweit aktiv war und im Geschäftsviertel von Washington ihre Büros hatte. Der Inhalt der Container wurde systematisch sortiert und nach Informationen durchsucht.

Angleton hatte enge persönliche Kontakte zur Familie Deshalit und zu anderen Israelis. Deshalb mußte er von der Baustelle in der Negev-Wüste erfahren. Ein hoher Beamter erinnerte sich, daß Angletons erster Geheimdienstbericht über Israels Bombenpläne Ende der fünfziger Jahre routinemäßig zu den Akten gelegt wurde und somit für all diejenigen zugänglich war, die innerhalb der Planungszentrale für geheime Operationen der CIA Bescheid wissen mußten. »Ich habe keine Ahnung, wer seine Informanten waren«, erklärte der Beamte. »Vermutlich erzählte er es auch dem Direktor nicht.« In den folgenden Jahren lieferte Angleton weitere Berichte über Dimona, die ebenfalls auf Informationen seiner Kontaktleute basierten, aber er erfuhr nie - oder zumindest berichtete er nicht darüber -, in welchem Umfang Israel Washington bei der fortschreitenden Entwicklung seiner Atomwaffen täuschte.

Natürlich war Angleton Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre von Lundahl oder Brugioni regelmäßig über die Ergebnisse der U-2-Flüge über dem Negev unterrichtet worden, aber er hatte nie viel Interesse gezeigt. Seine Stärke war die Nachrichtenbeschaffung durch Agenten oder HUMINT, wie sie beim Nachrichtendienst heißt, und nicht die technische Nachrichtenbeschaffung, wie die Bilder der U-2. »Er war ein wirklich komischer Typ«, erinnerte sich Brugioni. »Ich traf mich mit ihm und informierte ihn; er stellte ein paar Fragen, und dann ging ich wieder - man wußte nie, was er dachte. Manchmal war es in seinem Büro ganz dunkel, nur auf sein Gegenüber war ein Lichtstrahl gerichtet. Er war ein richtiger Kauz.«

Angletons Berichte über Dimona, die durch die U-2-Daten gestützt wurden, führten nicht einmal zu einem offiziellen Lagebericht der CIA, daß Israel Kernwaffen herstellte. Für solche for-

mellen Beurteilungen, die an den Präsidenten und andere wichtige Regierungsbeamte verteilt werden, waren Analytiker im Büro für Nationale Beurteilungen (ONE) zuständig. »Jim sagte immer: Ja, sie haben sie«, und die Analytiker sagten: »Das glaube ich nicht!«, erinnerte sich ein ehemaliger Geheimdienstbeamter. Die Analytiker wollten einfach nicht glauben, daß Angletons Informanten zuverlässig waren; Spannungen und Mutmaßungen im Hinblick auf Informanten waren bei der CIA an der Tagesordnung. Im Jahr 1965 wurde nach Angaben des Geheimdienstbeamten ein umfassendes Dossier mit HUMINT-Berichten über Dimona angelegt, und wieder wurde die nukleare Frage mit den ONE-Analysen diskutiert. »Sie vertraten mir gegenüber die Ansicht, daß die Israelis, selbst wenn sie die Bombe hätten, sie nicht einsetzen würden.«

Bei der Rekapitulation des Interviews ärgerte sich der Geheimdienstbeamte noch im nachhinein über die Analytiker: »Sie waren so dumm. Man mußte ihnen die Bombe erst unter die Nase halten, ehe sie es glaubten. Sie verstanden die Israelis nicht; sie wußten nicht, was sie dachten. Ja, sie waren sehr dumm.« Es ist nicht bekannt, wie viele Analysen über die israelische Bombe zu Beginn der sechziger Jahre vom Büro für Nationale Beurteilungen erstellt wurden. Ein offizielles Memorandum über Israels Haltung war jedoch von frappierender Absurdität. Das Papier mit dem Titel »Die Konsequenzen eines israelischen Atompotentials« stammte vom 6. März 1963. Fast zwanzig Jahre später machte die John F. Kennedy Library das Papier ohne Streichungen der Öffentlichkeit zugänglich. Die Verfasser kamen zu dem Schluß, daß Israel, wenn es erst einmal ein Atompotential besaß, »alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen würde, die Vereinigten Staaten dazu zu bewegen, den Besitz von Atomwaffen zu dulden und sogar zu unterstützen ... Israel könnte den Standpunkt vertreten, daß es durch den Besitz von Atomwaffen auch das Recht habe, an allen internationalen Verhandlungen über atomare Fragen und Abrüstung teilzunehmen.« Der entscheidende Denkfehler der CIA-Analyse war die Annahme, Israel werde seine atomare Schlagkraft publik machen. In Wirklichkeit war es genau umgekehrt: Israel hatte nicht die Absicht, das geringste über die

Bombe verlauten zu lassen, aus Angst, das Mißfallen der Juden in Amerika und auf der ganzen Welt könne die internationale Verurteilung und den Rückgang der Finanzhilfe aus der Diaspora zur Folge haben.

Realitätsfremde Analysen wie diese trugen dazu bei, daß die Männer an der Spitze offiziell nicht wußten, was keiner wissen wollte. In der Öffentlichkeit war auch die Johnson-Administration strikt gegen die Weitergabe von Atomwaffen. Die offizielle Bestätigung einer israelischen Bombe hätte Washington in ein unerwünschtes Dilemma gestürzt: Entweder belegten die USA das Vorgehen Israels mit Sanktionen, oder sie mußten sich den Vorwurf der doppelten Moral gefallen lassen.

Als China am 18. Oktober 1964 seine erste Atombombe zündete, galt Israel noch nicht als Atommacht. Drei Wochen vor seinem überwältigenden Wahlsieg über den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Senator Barry Goldwater aus Arizona bekräftigte Präsident Johnson in einer landesweit ausgestrahlten Rede im Fernsehen nochmals seine Haltung zur Proliferation. »Bis zu dieser Woche waren nur vier Mächte [die USA, die UdSSR, Großbritannien und Frankreich] in die gefährliche Sphäre der Kernexplosionen vorgedrungen. Trotz aller Unterschiede sind alle vier Staaten stabil und seriös und haben eine lange Erfahrung als Großmächte in der modernen Welt. Das kommunistische China verfügt über keine derartige Erfahrung ... [Seine] kostspieligen und anstrengenden Bemühungen verleiten andere Staaten zu ähnlichen Torheiten«, erklärte der Präsident. »Die Weitergabe von Atomwaffen stellt für die gesamte Menschheit eine Gefahr dar ... [Wir] müssen weiter dagegen vorgehen, und wir werden es auch tun.«<sup>2</sup>

Der Präsident war vielleicht von seinen pathetischen Worten überzeugt, nicht jedoch alle seine Berater. Sechs Wochen später besprachen McGeorge Bundy, Robert McNamara und Außenminister Dean Rusk auf einer geheimen Konferenz zur Proliferation die Vorgehensweise der Regierung. Glenn T. Seaborg, der Vorsitzende der Atomenergiekommission, gehörte zu denen, die sich eher zurückhaltend äußerten. In seinen wenig beachteten Me-

moiren mit dem Titel *Stemming the Tide* aus dem Jahr 1987 berichtete er über die Sitzung:

»Rusk erklärte, er halte es für eine grundlegende Frage, ob wir tatsächlich eine Politik der Nonproliferation machen sollten, nach der kein Land außer den fünf Großmächten Atomwaffen besitzen dürfte. Waren wir uns darüber im klaren, daß dies ein Hauptziel der US-Politik sein sollte? Wollten wir beispielsweise nicht, daß Indien oder Japan einer chinesischen Bedrohung mit Kernwaffen begegnen könnten? Rusk erwähnte die Möglichkeit einer nuklearen Staatengruppe in Asien, erklärte aber gleichzeitig, daß das im Grunde das Problem der asiatischen Länder sei und keine Angelegenheit zwischen den nördlichen Staaten und Asien. McNamara war der Ansicht, es werde Jahrzehnte dauern, bis Indien oder Japan ein nennenswertes Abschreckungspotential hätten. Trotzdem hielt er die Frage, die Rusk aufgeworfen hatte, für überlegenswert. Er wies darauf hin, daß eine Politik, die auf der Nonproliferation basierte, die Vereinigten Staaten zwingen könnte, die Sicherheit der Staaten zu garantieren, die auf Atomwaffen verzichteten. Ich [Seaborg] äußerte meine Bedenken hinsichtlich einer Politik, die die Proliferation stillschweigend duldete. Hätten wir erst einmal Ausnahmen gemacht, würden wir die Kontrolle verlieren, und das würde unweigerlich zu ernststen Problemen führen ...

Bundy wies auf die Notwendigkeit hin, zu unserer Diskussion über diese grundlegende Frage Stillschweigen zu wahren, weil alle Welt annahm, die USA seien gegen die Proliferation. Jeder Hinweis auf gegenteilige politische Ziele müßte überall auf der Welt Unruhe auslösen. McNamara stimmte mit Bundy überein, daß nichts darüber bekannt werden durfte, daß das Festhalten der USA an der Nonproliferation in Frage gestellt wurde.«<sup>3</sup> Der CIA-Direktor John McCone trat den Gerüchten über eine Ausweitung des nuklearen Klubs entgegen. Nach dem Tod John F. Kennedys war er zunehmend frustriert, da seine Beziehung zu Lyndon B. Johnson weniger eng und sein Rat nicht immer willkommen waren. McCone wollte das Problem mit der chinesischen Bombe (und die Probleme mit Nordvietnam) mit Hilfe der Air Force lösen. -McCone schlug einen Mordskrach« wegen der

chinesischen Bombe, erinnerte sich Walt Eider. »Er wollte, daß U-2-Flugzeuge das Testgelände fotografierten, aber sein Antrag wurde abgelehnt.« Der CIA-Direktor ließ sich jedoch nicht entmutigen und machte einen anderen Vorschlag: »Könnten wir das chinesische Potential nicht einfach zerstören?« Daniel Ellsberg erinnerte sich an ähnliche Gespräche auf hoher Ebene im Pentagon. »Wir meinten, daß wir durch Verhinderung des Baus der russischen Bombe der Welt eine Menge Ärger erspart hätten. Es ist zu dumm, daß die Sowjets die Bombe haben.« Es wurde erwogen, die Chinesen mit nicht gekennzeichneten Bombern anzugreifen, um die Identifizierung unmöglich zu machen. Die Besonneneren setzten sich durch, berichtete Ellsberg. »Die Aktion war zu groß, als daß man sie hätte glaubwürdig ableugnen können.«

Im Jahr 1965 trat McCone als CIA-Direktor zurück, obwohl er Johnsons Politik der Eskalation in Vietnam unterstützte. »Wenn ich den Präsidenten nicht dazu bewegen kann, meine Berichte zu lesen, dann wird es Zeit zu gehen«, erklärte er einem Kollegen. McCone wußte, daß Floyd Cullers Inspektionen wenig Sinn hatten; und er begriff auch, was Israels beharrliche Weigerung, internationale Kontrollen zuzulassen, bedeutete. Aber laut Eider stellte der CIA-Direktor fest, daß Johnson »die eigentliche Bedeutung dieses Problems «nicht erkannte« und nichts davon hören wollte. Am Ende seiner Amtszeit war McCone davon überzeugt, daß Lyndon B. Johnson als Präsident nur drei grundlegende Interessen hatte: »Sein Abschneiden bei Umfragen. >Kann ich den Kongreß überzeugen?« Und -Wie komme ich aus Vietnam raus?«

Doch es gab ein weiteres Problem: Johnson war der Ansicht, es sei taktisch klug, weiter gegen die Weitergabe von Atomwaffen anzutreten, und das allein könne eine schlechte Politik wetmachen. Niemand mußte den Präsidenten daran erinnern, daß jeder ernsthafte Versuch, die Israelis wegen ihres Atomwaffenprogramms unter Druck zu setzen, einen Proteststurm unter amerikanischen Juden auslösen würde. Ihre führenden Köpfe jedoch hatten Johnsons Politik im Vietnamkrieg ausnahmslos unterstützt. Als der Präsident ein paar Wochen nach dem chinesischen Atom-

lest zu diesem Thema eine Sonderkommission einberief, wurde er erneut an die Gefahren seiner Nonproliferations-Politik erinnert. Die Kommission unter Vorsitz von Roswell L. Gilpatric (unter John F. Kennedy stellvertretender Verteidigungsminister) legte am 21. Januar 1965 - dem Tag nach Johnsons Amtseinführung - einen Bericht vor, der einer Verurteilung der vergangenen und gegenwärtigen Politik gleichkam.<sup>4</sup> In dem Bericht wurde darauf hingewiesen, daß sich die Welt bei der Kontrolle der Proliferation »rasch einem Punkt nähert, von dem es kein Zurück mehr gibt«. Daher wurde der Präsident aufgefordert, »dringend Umfang und Intensität unserer Bemühungen zu erhöhen, wenn wir noch Hoffnung auf Erfolg haben wollen«. In dem Bericht wurde außerdem die Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Lateinamerika, Afrika und dem Nahen Osten, einschließlich Israels und Ägyptens, empfohlen. Vor allem solle der Präsident nochmals das umstrittene amerikanische Projekt zur Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht (MLF) überdenken. Beteiligt werden sollten die Mitglieder der NATO. Die Erörterung dieses Konzepts war besonders heikel, weil die Sowjetunion darauf beharrte, daß im geplanten Atomwaffensperrvertrag eine separate europäische Atomstreitmacht ausgeschlossen werden sollte. Die Sowjets betrachteten eine solche Streitmacht lediglich als Umweg, um den Westdeutschen die Bombe zu verschaffen.

Bei einer Besprechung mit dem Präsidenten im Weißen Haus nannten Mitglieder der Kommission eine Reihe von Schwerpunkten, darunter auch den Vorschlag, Frankreich solle seine *Force de frappe* in eine atomare Raketenbatterie der NATO umwandeln. Laut Glenn Seaborg bemerkte der Präsident daraufhin sarkastisch, die Realisierung des Kommissionsberichts wäre »ein höchst vergnügliches Unterfangen«. Johnson und seine Mitarbeiter ermahnten Gilpatric und die Mitglieder der Kommission, mit keinem Außenstehenden über den Bericht zu sprechen oder zu erwähnen, daß dem Weißen Haus ein schriftliches Dokument vorgelegt worden war (Gilpatrics Bericht ist auch heute noch streng geheim). Seaborg, der an der Besprechung teilnahm, schrieb in seinen Memoiren, Rusk habe, vom Präsidenten nach seiner Meinung gefragt, den Bericht als »ebenso explosiv wie ei-

ne Atombombe« bezeichnet. Die vorzeitige Freigabe, fügte Rusk hinzu, könne - im Hinblick auf die MLF und künftige Verhandlungen über einen Atomwaffensperrvertrag — »die Dinge auf unerwünschte Weise in Bewegung bringen«. Trotz der Zusage des Präsidenten, sich weiter mit Gilpatric zu beraten, zeitigte der Bericht keine Resultate.

Im Juni stützte der frischgebackene Senator Robert Kennedy seine Antrittsrede im Senat auf bis dahin unbekannte und unbeachtete Vorschläge der Gilpatric-Kommission. Aus der Sicht des Weißen Hauses war das ein politisches Desaster. Kennedy zitierte häufig seinen toten Bruder. Er drängte den Präsidenten, sich über die unmittelbaren Widerstände hinwegzusetzen und sich mit der Proliferation zu beschäftigen. »Vom Erfolg dieser Bemühungen hängt die gesamte Zukunft unserer Kinder ab. Der Verbreitung von Atomwaffen Einhalt zu gebieten, muß ein vorrangliches Ziel der amerikanischen Politik sein.- Kennedy forderte Johnson ganz direkt auf, unverzüglich weltweite Verhandlungen über ein umfassendes Atomtestmoratorium einzuleiten. Er schlug vor, das kommunistische China, einen Verbündeten Nordvietnams, in die Gespräche einzubeziehen. Er kritisierte Johnson wegen seiner Fixierung auf Vietnam mit den Worten: »Wir dürfen nicht zulassen, daß die Anforderungen der Tagespolitik unsere Bemühungen behindern, die Probleme der Proliferation zu lösen. Wir können nicht auf den Frieden in Südostasien warten - der erst kommen wird, wenn die Verbreitung von Atomwaffen für immer gestoppt sein wird.«<sup>5</sup> Johnson war natürlich außer sich vor Wut. Er war davon überzeugt, daß Gilpatric Informationen über den Bericht hatte durchsickern lassen. Als Reaktion darauf vernichtete er die Unterlagen für eine Rede über Proliferation, die er am Tag nach Kennedys Rede halten wollte. Nach Aussagen Glenn Seaborgs war in den folgenden Monaten aus dem Weißen Haus nichts mehr über den Gilpatric-Bericht zu vernehmen. Die Proliferation war nur noch ein Thema für die Experten der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), deren Ratschläge - egal wie vernünftig sie waren - im Weißen Haus selten Beachtung fanden. Präsident Johnson blieb zwei Jahre lang unnachgiebig, ehe er sich in geheimen Gesprä-

chen mit den Sowjets bereit erklärte, das MLF-Projekt fallenzulassen. Damit war der Weg zum Atomwaffensperrvertrag von 1968 frei, und die Rüstungskontrolleure der Regierung konnten einen entscheidenden Sieg feiern.

Mitte der sechziger Jahre hatte die Sowjetunion ihre militärischen und wirtschaftlichen Hilfsprogramme im Nahen Osten verstärkt, und das Weiße Haus betrachtete Israel zunehmend als Bollwerk der USA. Im Jahr 1967 ließ das Interesse an der leidigen Frage einer internationalen Kontrolle des Reaktors in Dimona auf höchster Ebene zwangsläufig nach. In Israel trafen die A-4 Skyhawks ein, die routinemäßigen Kontrollen Floyd Cullers gingen weiter, und Amerika wurde mehr und mehr in den Krieg in Südostasien verstrickt.

Trotzdem gab es eindeutige Hinweise dafür, daß Israel sein Vorhaben nie aufgab, die Bombe zu bauen. Mitte 1966 schob die israelische Regierung die Annahme von fast 60 Millionen Dollar an möglicher amerikanischer Finanzhilfe für den Bau einer dringend benötigten Entsalzungsanlage für Meerwasser und eines Kraftwerks hinaus, weil die Hilfe von der israelischen Zusage abhängig gemacht wurde, der IAEA Zutritt zu Dimona zu gewähren. Johnson und Eschkol waren schon 1964 übereingekommen, die Anlage zu bauen. Nachfolgende Studien zeigten, daß die Anlage täglich 200 Megawatt Strom und 38 Millionen Liter entsalztes Wasser produzieren konnte. Weil die Amerikaner auf der Kontrolle durch die IAEA beharrten, strichen die Israelis ohne ausdrückliche Erklärung das Projekt. Der Bau der Entsalzungsanlage wurde für das nächste Jahrzehnt in Betracht gezogen, aber die amerikanischen Bedingungen wurden nicht akzeptiert, und die Anlage wurde nie gebaut. Atombefürworter in der Rafi-Partei wie Peres und Bergmann drängten Israel, die amerikanische Finanzhilfe für die Anlage abzulehnen; sie bezichtigten die Vereinigten Staaten öffentlich der Verletzung der israelischen Souveränität, weil sie die Gewährung der Unterstützung von der Kontrolle Dimonas durch die IAEA abhängig machten.

Peres und Bergmann hatten immer noch Einfluß, obwohl sie nicht mehr im Amt waren. Sie vermuteten insgeheim, daß die Ver-

einigten Staaten mit ihrer Unterstützung beim Bau der nuklearen Entsatzungsanlage einen bestimmten Plan verfolgten: Sie wollten israelische Gelder, Arbeitskräfte und Ressourcen von Israels Atomarsenal abziehen, weil sie hofften, Israel werde über kurz oder lang gezwungen sein, sich zwischen Kernwaffen und Kernenergie zu entscheiden.

Einen zweiten Hinweis gab es im Juli 1966 in einer Debatte der Knesset über Floyd Cullers jüngste Inspektion in Dimona. Das Ergebnis der Untersuchung - es gab immer noch keinen Anhaltspunkt für eine Bombenfabrik - hatten amerikanische Beamte auch diesmal John Finney von der *New York Times* und, nach Ansicht einiger Israelis, auch den Ägyptern mitgeteilt. In der Debatte berichtete Shimon Peres von einer internationalen Konferenz über Atomwaffen, auf der auch über den Nahen Osten gesprochen worden war. »Ich erkannte, daß es leider keine Möglichkeit gibt, die Weitergabe von Atomwaffen in naher Zukunft zu stoppen - nicht wegen Israel, sondern weil die Großmächte sich untereinander nicht einig sind ... Ich war froh, festzustellen, daß sich die meisten Experten auf diesem Gebiet eine nukleare Abrüstung im Nahen Osten unabhängig vom konventionellen Rüstungswettlauf nicht vorstellen können ...«<sup>6</sup> Peres verteidigte Israels Entscheidung, der IAEA Kontrollen zu verweigern, mit der Begründung, die Araber seien im konventionellen Bereich überlegen. Dasselbe Argument - die Überlegenheit des Warschauer Pakts an Panzern und Truppen - hatten ein paar Jahre zuvor die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten vorgebracht, um die Aufstellung von Atomraketen in Europa zu rechtfertigen. Ende der sechziger Jahre wurde in den USA die Auswertung von Nachrichten aus dem nuklearen Bereich, die bisher von der CIA vorgenommen worden war, den Konstruktionsbüros und technischen Laboratorien für Kernwaffen in Los Alamos und Sandia, und später Livermore, übertragen, wo sich nach dem Zweiten Weltkrieg Einheiten des Nachrichtendienstes mit der Sowjetunion und China befaßten. Die wachsende Gefahr der Proliferation zeigte sich in der Amtszeit Kennedys ganz deutlich. Eine Gruppe von Wissenschaftlern, die auf ihre Unbedenklichkeitsbescheinigungen warteten, ehe sie mit ihrer Arbeit in Los Alamos beginnen konnten,

konstruierte allein anhand von Fachliteratur eine Atombombe. Die primären Ziele der Laboratorien waren immer noch die Reaktoren und Forschungszentren in der Sowjetunion und in China. Der Nachrichtendienst hingegen überwachte den Transfer von nuklearer Technologie und auch jene Länder, die als »Beinahe-nukleare-Staaten« eingestuft wurden. »Wir verfügten über unglaubliche Daten«, die Satellitenfotos und aufgefangene Meldungen weit übertrafen, erklärte ein beteiligter Beamter. »Wir hatten Leute, die in Anlagen in der UdSSR und China gearbeitet hatten. Wir waren sogar in der Lage, ihre Waffensysteme nachzubauen - vom Sprengkopf angefangen. Es gehörte zu meiner Aufgabe, festzustellen, wer die Bombe hatte und wer demnächst soweit sein würde.« Nach Aussagen des Beamten stand Israel immer ganz oben auf seiner Liste, gefolgt von Südafrika. »Wir überwachten die Beziehung zwischen Frankreich und Israel und zwischen Israel und Südafrika«, fügte er hinzu. »Das waren die Verbindungen.« Zu seiner Aufgabe gehörte auch die Überwachung der Lieferungen von Uranerz an Israel aus Ländern wie Argentinien und Südafrika. Dieses Erz, auch Uran(IV)-uranatCVI genannt, diente als Rohbrennstoff für den Schwerwasserreaktor in Dimona. Mitte der sechziger Jahre war der Verkauf von Uranerz ein höchst profitables Geschäft. Der Transfer von Mengen unter zehn Tonnen wurde nicht von der IAEA in Wien überwacht. Die erste offizielle Uranlieferung aus Südafrika traf 1963 in Israel ein; da es sich insgesamt um zehn Tonnen handelte, wurde vorschriftsmäßig darüber Meldung gemacht. In den folgenden Jahren trafen heimliche Erztransporte aus Südafrika in Dimona ein, die oft von Spezialeinheiten der israelischen Armee eskortiert wurden. Außenstehende sollten nicht erfahren, daß der Reaktor mit einer zwei- bis dreimal höheren Leistung arbeitete, als öffentlich zugegeben wurde, und viel mehr Uranerz brauchte - und deshalb auch größere Mengen Plutonium wiederaufbereiten konnte. Die Nachrichtenoffiziere in Los Alamos und Sandia, die die wichtigsten Uranminen der Welt mit Satelliten und anderen Mitteln sorgsam überwachten, erfuhren Ende der sechziger Jahre zumindest von einigen dieser geheimen Lieferungen aus Südafrika. Aber nach Israels überwältigendem Sieg im Sechstagekrieg von

1967 wurden die Informationen über Dimona und sein nukleares Potential stark aufgesplittet. Jetzt wollte das Weiße Haus deutlicher für Israel Partei ergreifen. Informationen waren deshalb schwerer zu beschaffen. »Wir wußten von dem Uranuranat«, erinnerte sich der Beamte, »aber wir durften keine Akte darüber führen. Es gehörte einfach nicht zu den Akten. Jedesmal, wenn wir der Sache nachgehen wollten, sagte jemand von der Regierung: >Das ist nicht relevant!«

Die U-2-Flüge wurden zwar fortgesetzt, aber Lundahl und Brugioni hatten mittlerweile neue Aufgaben im Bereich der Bildauswertung übernommen. Sie hatten nicht mehr direkt mit den israelischen Angelegenheiten zu tun. Weit mehr Informationen wurden von Amerikas Satellitensystemen CORONA und GAMBIT gesammelt, die nach einer langen Versuchsphase seit Mitte der sechziger Jahre von ihren Umlaufbahnen im Weltraum aus ständig Bilder mit hoher Auflösung zur Erde schickten. Das Büro für Wissenschaft und Technologie der CIA unter Leitung von Carl Duckett, dem Lundahls Nationales Bildauswertungszentrum jetzt Bericht erstattete, leitete jede interessante Information über Israel nach Livermore und Los Alamos weiter.

Duckett hatte sein Studium abgebrochen und war 1963 von der Kommandozentrale der Raketenbasis des Redstone Arsenal in Alabama zur CIA übergewechselt. Als ziviler Armee-Experte für sowjetische Raketensysteme war er früher regelmäßig von Lundahl und Brugioni im Hinblick auf das U-2-Bildmaterial zu Rate gezogen worden. Dabei hatte er jedoch nichts über Dimona erfahren. Nachdem Duckett bei der CIA angefangen hatte, änderte sich das; jetzt hatte er Zugang zu Informationen über Israel. Brugioni erinnerte sich, daß am Anfang spätnachmittags lange Besprechungen stattfanden. Duckett und seine Kollegen erörterten bei ein paar Drinks offen die Ergebnisse des Tages. Doch das hörte schließlich auf. Duckett lernte schnell. »Mitte der sechziger Jahre nahm er die Sache allein in die Hand«, erklärte Brugioni. Lundahl und Brugioni merkten bald, daß Duckett nicht mehr alle Informationen über die israelische Bombe an sie weitergab - die U-2-Flüge waren nicht mehr so wichtig, und es gab keinen Grund, sie zu informieren. Es war das Ende einer Ära.

Lundahl und Brugioni auszubooten, war vielleicht ein größerer Fehler, als Duckett und seine Kollegen im Büro für Wissenschaft und Technologie ahnten: Diese beiden waren das institutionelle Gedächtnis der U-2-Aufklärung über Dimona - vor 1960 war fast nichts schriftlich niedergelegt worden. »Duckett wußte kaum etwas über frühere Vorgänge«, erklärte Brugioni. »Er fragte mich nie, und ich erzählte ihm nichts. Lundahl sagte immer: >Das ist extrem brisant.« In späteren Jahren erfuhren sogar die meisten hochrangigen Beamten in der amerikanischen Regierung kaum etwas über die vor 1960 durchgeführten U-2-Flüge über Dimona. Das Fehlen schriftlicher Dokumente bedeutete, daß nichts in den Akten stand. Das war eine der vielen Ungereimtheiten bei der Auswertung von Informationen über Dimona.

## Der Botschafter

Walworth Barbour, der amerikanische Botschafter in Israel, galt bei den Israelis als starke Persönlichkeit - ein hochgewachsener, zurückhaltender, ungeheuer übergewichtiger Diplomat mit einem unersättlichen Appetit und einem akuten Emphysem. Ständig sprühte er sich mit einem Zerstäuber ein Medikament in den Hals. Er trug gelblichweiße Anzüge und braun-weiße Schuhe und hatte einen watschelnden Gang. Barbour sprach kein Hebräisch, und am Ende seines Aufenthalts in Israel hatte er noch immer wenig Kontakt zu den Menschen des Landes, denn er besuchte nur selten kulturelle oder gesellschaftliche Veranstaltungen. Dennoch war er seit seiner Ernennung durch John F. Kennedy im Jahr 1961 bei Israels Führung beliebt; er blieb zwölf Jahre im Amt. Der Junggeselle zog sich 1973 mit seiner ebenfalls unverheirateten Schwester auf seinen Familiensitz in Gloucester, Massachusetts, zurück, ausgestattet mit einem umfassenden Wissen über Israels nukleares Potential.

Barbours lange Amtszeit als Botschafter war kein Beweis für seine außergewöhnliche Intelligenz und Kompetenz, sondern für sein Gespür, wann die Aussagen von Israelis für bare Münze genommen werden konnten und wann nicht. Außerdem war er bereit, die amerikanische Botschaft zuweilen als Filiale des israelischen Außenministeriums zu betrachten. Barbour mußte seine zweifelnden Untergebenen oft daran erinnern, daß er kein Angestellter des Außenministeriums oder des Außenministers war, sondern ein Abgesandter des Präsidenten mit persönlichen Vollmachten in einer bedeutenden Botschaft - ein Funktionär, der zurücktrat, wenn es von ihm verlangt wurde, und der es zuließ, daß das Weiße Haus und der israelische Botschafter in Washington hinter seinem Rücken die eigentliche Politik machten.

Barbour war Absolvent der Universitäten Exeter und Harvard. Im Umgang mit seinen Untergebenen war er stets höflich und korrekt. In den ersten sechs Jahren als Botschafter wurden einige äußerst präzise Berichte über Dimona nach Washington geschickt, doch er mischte sich nur selten in die Aufgabenbereiche der Mitarbeiter in der Botschaft. Die Vor-Ort-Berichte hatten bekanntlich keinerlei sichtbare Auswirkungen; sie verschwanden einfach im Dickicht der Bürokratie. Barbour tat nichts, um das zu ändern, und nach dem Sechstagekrieg von 1967 befahl er seinem Stab - trotz des Einwands eines wichtigen Mitarbeiters - nicht weiter über Atomwaffen in Israel zu berichten. Barbour hatte damals die Aufgabe, Lyndon B. Johnson und seinen Männern keine Fakten zukommen zu lassen, die sie zu Maßnahmen hätten zwingen können. Er tat geflissentlich, was der Präsident wünschte. Barbour war der beste und gleichzeitig der schlechteste Diplomat.

Seine bedeutende Rolle in der Geschichte der amerikanisch-israelischen Beziehungen - und sein Wissen über Israels nukleares Potential - wurden nicht publik, weil er stets Zurückhaltung übte. Für die amerikanischen Korrespondenten in Israel war er im Grunde ein Niemand. Im Gegensatz zu den meisten Botschaftern traf er selten mit Journalisten zusammen und gab keine Interviews. Zwischen 1961 und 1966, in einer Zeit politischer Unruhe, in der sich die Vereinigten Staaten nach intensiven diplomatischen Bemühungen als Israels wichtigster Waffenlieferant betätigten, erscheint sein Name nur sechsmal im Index der *New York Times*. In der Botschaft - ein fünfstöckiges Gebäude nahe beim Strand von Tel Aviv - war bekannt, daß er ein zurückgezogenes Leben führte. Barbours tägliche Routine war heilig und wurde nur durch internationale Krisen oder die Besuche des Außenministers und hoher Berater des Weißen Hauses gestört. Gegen neun Uhr morgens wurde er in die Tiefgarage der Botschaft chauffiert. Von dort aus fuhr er mit dem Lift zu seinem Büro im obersten Stock, blieb dort bis Mittag, fuhr wieder mit dem Aufzug zur Tiefgarage hinunter und ging nach Hause. Wenn es das Wetter erlaubte, spielte er am Nachmittag ein paar Runden Golf oder schwamm in seinem Pool, und abends spielte er gelegentlich

Bridge. Wenn Barbour Gäste einlud - was er mit den Jahren immer seltener tat -, waren darunter oft prominente Juden wie Abe Feinberg und Victor Rothschild aus London.<sup>1</sup> Mit solchen Einladungen, erklärte Barbour einmal William Dale, der 1964 als stellvertretender Missionschef nach Israel kam, erfülle er auf seine Weise eine direkte Anweisung Lyndon B. Johnsons. »Ich bin hier im Auftrag Johnsons. Er erklärte mir: >Es ist mir egal, was mit Israel passiert, aber es ist Ihre Aufgabe, mir die Juden vom Hals zu halten.' Ich tue alles in der Absicht, dem Präsidenten die Juden vom Hals zu halten«, fügte Barbour hinzu. »Um sie bei guter Laune zu halten.« Auf die Frage, warum er nicht auf Mitteilungen des State Department reagiere, erklärte er einem anderen Neuling in der Botschaft: »Ich treffe mich jedes Jahr mit dem Präsidenten in Washington und erhalte meine Anweisungen direkt von ihm — nicht von diesen Würstchen [im State Department].« Barbour hatte außerdem krankhafte Angst davor, einen neuinstallierten Sprachzerhacker zu benutzen, der verhindern sollte, daß Gespräche abgehört wurden. »Wenn sie mit einem über eine sichere Telefonleitung sprechen können«, erklärte er einem Mitarbeiter, »dann muß man auch tun, was sie wollen.« Wiederholt forderte er William Dale auf, Botschaftsberichte mit der Post zu verschicken, vor allem, wenn die Informationen den israelischen Interessen zuwiderliefen, weil »Israel überall im State Department Freunde hat« und die Informationen abfängt.

Die meisten unteren Angestellten der Botschaft hatten keinen Kontakt zum Botschafter und bekamen ihn manchmal monatelang nicht zu Gesicht. An den wöchentlichen Besprechungen nahmen nur die leitenden Mitarbeiter seines Stabes teil. Ein persönlicher Mitarbeiter erinnerte sich, daß Barbour ihn 1967 - sechs Jahre nach seiner Ernennung zum Botschafter - fragte, ob man in der Botschaft einen Scheck einlösen könne. »Er war noch nie im zweiten Stock gewesen«, wo sich der Kassenschalter befand. Und doch hatten viele Untergebenen gewaltigen Respekt vor ihm. »Er war der großartigste Mann, den ich je in der Regierung gekannt habe«, sagte John L. Hadden, der Mitte der sechziger Jahre Stationschef der CIA in Tel Aviv war. »Er war ein echter Profi. Er war aus Boston - ein typischer distinguiertes Amerikaner von der Ost-

küste. Freundschaftlicher Umgang mit ihm war nicht angesagt. Er flößte Respekt ein und blieb auf Distanz.« Barbours engste Vertraute waren nicht seine amerikanischen Landsleute, sondern hohe Beamte der israelischen Regierung, darunter Golda Meir und Generalmajor Aharon Yariv, von 1964 bis 1972 Chef des militärischen Geheimdienstes.

Natürlich sprach kein hochrangiger israelischer Beamter mit einem Außenstehenden über Atomwaffen, und Barbour war in dieser Hinsicht keine Ausnahme.

Doch es waren Barbours Leute, die noch vor dem Juni-Krieg 1967 berichteten, daß Israel seine Rüstungsziele erreicht habe und in der Lage sei, Raketensprengköpfe herzustellen. Vermutlich verfügte Israel auch über ein oder zwei primitive, einsatzbereite Bomben, aber - was man in der Botschaft nicht wissen konnte - Premierminister Eschkol hatte noch nicht entschieden, wann mit der Massenproduktion begonnen werden sollte.

Dimona zu überwachen war nicht Aufgabe des Geheimdienstes, wie in den meisten Ländern im Ausland, sondern blieb den der Botschaft zugeteilten Attaches von US-Armee, Air Force und Marine vorbehalten. Zu den Spionagetätigkeiten der CIA gehörte die Überwachung sowjetischer Aktivitäten und die Bereitstellung von Spezialkameras, Filmmaterial und kostenlosem Wein für jeden Agenten, der am Wochenende mit seiner Familie einen Ausflug in die Negev-Wüste machen wollte. Die Einschränkungen von Operationen der CIA in Israel im Jahr 1963 zielten nach Angaben amerikanischer Beamter darauf ab, die israelische Regierung nicht über Gebühr in Verlegenheit zu bringen. Doch der Einfluß Israels auf die Regierung der Vereinigten Staaten mußte in Grenzen gehalten werden. »Wir halfen den Israelis« im Hinblick auf die Versorgung mit notwendigen Informationen, erklärte ein hoher amerikanischer Diplomat, »aber wir wußten, daß, wenn wir es nicht taten, sie sich [die Informationen] trotzdem beschafften.« Die wenigen Spionageversuche der CIA vor 1963 hatten keine Ergebnisse erbracht. Das lag am Zusammenhalt der jüdischen Gesellschaft, aber auch *darin*, daß Israel die Aktivitäten der Amerikaner in Israel überwachen konnte. Sämtliche

Kontakte der US-Botschaft zu israelischen Bürgern und Regierungsbeamten wurden und werden durch ein spezielles Verbindungsbüro des israelischen Außenministeriums überwacht. Wie verlautete, wurden amerikanische Geheimdienstbeamte und Militärs, die das Verbindungssystem umgehen wollten, permanent observiert. Weil es so schwierig war, in Israel geheime Operationen durchzuführen, verfaßte der Stationschef der CIA lediglich politische Beurteilungen und pflegte engen Kontakt zu seinen Kollegen beim Mossad und beim militärischen Nachrichtendienst Aman. Israel wurde weiterhin von einer Flut jüdischer Flüchtlinge aus der Sowjetunion und Osteuropa überschwemmt. Folglich blieb das Land prädestiniert für die Beschaffung nachrichtendienstlicher Informationen über die Sowjetunion. Diese Aufgabe blieb jedoch James Angleton und seinen Mitarbeitern in Washington vorbehalten. Für einen Neuling wie John McCone war es manchmal schwer, Ordnung zu halten.

McCone war noch immer erpicht darauf, daß die CIA bestätigte, was er bereits wußte: daß in Dimona eine unterirdische Wiederaufbereitungsanlage existierte. Peter C. Jessup, Anfang der sechziger Jahre Stationschef der CIA, erinnerte sich, daß er zu Beginn von McCones Amtszeit den Auftrag erhielt, nach Rom zu fliegen, wo der Direktor - der damals Einrichtungen der CIA in Europa besuchte - mit dem Papst zusammentreffen sollte. Da es damals noch keine Düsenjets gab, hatte die Reise viele Stunden gedauert, aber McCone hatte nur einen Augenblick Zeit. «Er war sehr in Eile», erinnerte sich Jessup. »Er erklärte mir, Präsident Kennedy halte die Verbreitung von Atomwaffen für das schwerwiegendste Problem.« McCone wollte die Sache mit Israel endlich klären und forderte den Stationschef auf, »seinen Stab« an die Arbeit zu schicken. Damals, so der verwirrte Jessup, habe der »Stab' der CIA-Station nur aus zwei Mitarbeitern bestanden.

Trotz aller Schwierigkeiten bemühten sich die hoch motivierten Mitarbeiter in der US-Botschaft, möglichst viel über Dimona herauszufinden. Es war amüsant und ein bißchen gefährlich, sich zu weit vorzuwagen - ein amerikanischer Beamter wurde von Barbour scharf getadelt, weil ihn die Israelis in Dimona außerhalb

der Stacheldrahtumzäunung mit einem Schmetterlingsnetz erwischt hatten. Aber gelegentlich erhielt man auch nützliche Informationen. Oberst Carmelo V. Alba war Mitte der sechziger Jahre Militärattache der Armee in Israel, und, wie die anderen Attaches westlicher Botschaften, fuhr er oft am Wochenende mit seiner Kamera mit Teleobjektiv im Negev herum. »Ich machte nur Fotos«, erinnerte sich Alba. Das tat er mindestens einmal im Monat. Anschließend schickte er den Film nach Washington. Es kam keine Reaktion - bis eine seiner Aufnahmen »den Beweis für Aktivitäten in Dimona« lieferte. »Aus der Kuppel stieg Rauch auf«, fügte Alba hinzu. »Die CIA geriet völlig aus dem Häuschen.« Dimona war gefährlich geworden, und die Botschaft setzte die Überwachung fort. John Haddens Dienst als Stationschef der CIA begann 1963- Er schickte Alba an einem Wochenende nach Beerseba, um die französischen Namen an den Briefkästen der Wohnkomplexe zu zählen.<sup>2</sup> Man war ständig bemüht, herauszufinden, wer in Dimona was machte. Barbour beteiligte sich nicht an der Jagd. Als zweithöchster amerikanischer Diplomat hatte William Dale große Freiheiten bei der täglichen Arbeit in der Botschaft, und er spornte seine Mitarbeiter an, soviel Informationen wie möglich zu sammeln. Der Wissenschaftsattache der Botschaft war ein Physiker namens Robert T. Webber, der Dales Interesse für Dimona teilte. Webber hatte an der Universität Yale seinen Doktor in Physik gemacht. Er arbeitete eng mit John Hadden zusammen - ein eindeutiger Verstoß gegen die Verordnung des State Department, nach der Wissenschaftsattachés jede nachrichtendienstliche Tätigkeit verboten war.<sup>3</sup> Zudem stützte sich Webber auf Informationen Mel Albas und ermutigte den Oberst, gemeinsam mit seinen britischen und kanadischen Kollegen weiteres Informationsmaterial zu sammeln.

Es war eine Jagd, und irgendwann 1966 bekamen die Männer in der Botschaft eine Chance durch eine Quelle, auf die niemand zu hoffen gewagt hatte: ein amerikanischer Jude, der in Israel lebte. Dale und die übrigen Mitarbeiter der Botschaft hatten - wie alle amerikanischen Diplomaten auf der Welt - ein gutes Verhältnis zu den vielen amerikanischen Bürgern, die es vorzogen, im Ausland zu leben. Amerikaner in Israel wurden regelmä-

Big zu Botschaftspartys und Picknicks und zu Vorführungen amerikanischer Filme eingeladen. Dale und seine Frau hatten sich besonders mit Dr. Max Ben angefreundet, einem Pharmakologen aus Princeton, der den Israelis half, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein pharmakologisches Institut einzurichten. »Eines Morgens«, erinnerte sich Dale, »kam Max in die Botschaft und sagte: >Ich muß Ihnen eine Geschichte erzählen. Ich bin in Dimona gewesen und habe die atomare Anlage gesehen. Ich bin überzeugt, daß Israel nukleare Sprengköpfe herstellt.« Bei einem späteren Gespräch erinnerte sich Ben noch sehr genau an seinen Ausflug nach Dimona. Während seines Aufenthalts in Israel war er ein enger Freund und Vertrauter Ernst Bergmanns gewesen, und aufgrund dieser Freundschaft wurde er eingeladen, sich den Reaktor aus nächster Nähe anzusehen. Obwohl Ben in Princeton Physik studiert hatte, fand er den Besuch »aufregend« und gleichzeitig verwirrend: »Ich verstand vieles überhaupt nicht.« Er machte sich keine Sorgen wegen der Proliferation von Atomwaffen, sondern ihn beunruhigte der Gedanke, daß die Vereinigten Staaten Israel bei Entwicklung und Bau der Bombe nicht unterstützten: »Ich war der Meinung, wir sollten in dieser Hinsicht etwas tun - ihnen helfen.« Er sprach mit Dale und erklärte sich bereit, das, was er wußte, auf höherer Ebene mit Bob Webber zu erörtern. Dale arrangierte das Treffen. Jahre später erklärte Ben, er habe das Thema nicht aufgegriffen, um Dale und Webber über Israels Fortschritte im atomaren Bereich zu unterrichten, wie Dale offenbar vermutete, sondern um Washington über die in Dimona geleistete Arbeit zu informieren. »Ich wollte etwas dafür tun«, erinnerte er sich, »daß die USA Israel halfen. Ich wollte vermitteln.« Dale war der Ansicht, er habe genug zu berichten. Er führte Webber und andere in den sichersten Raum der Botschaft - ein hermetisch abgeriegelter Raum, der als »Blase« bezeichnet wird -, wo die Gruppe in einem streng geheimen Bericht an Washington ihre Informationen zusammenfaßte. Nach Dales Angaben lautete die Mitteilung: »Israel bereitet sich darauf vor, Raketen mit Sprengköpfen zu bestücken; die Waffen können rasch als Luft-Boden-Raketen in Flugzeuge eingebaut werden.« Das Papier bedurfte

der Zustimmung des Botschafters; voll ängstlicher Erwartung wurde es ihm vorgelegt. »Barbour räusperte sich und sagte: -Nun, ich denke, es ist Zeit. Nur zu, sie verdienen es. Lassen wir den Dingen ihren Lauf.« Dale verschickte den Bericht mit dem Gefühl, er habe etwas geleistet. Seiner Ansicht nach war es der bislang weitaus präziseste Bericht über Dimona.

»Und was passierte?«, fragte Dale. »Nicht das Geringste. Keiner rührte sich.« Webbers Posten als Wissenschaftsattache wurde schließlich jemandem übertragen, der sich weniger für Dimona interessierte, und Oberst Alba wurde den Vereinigten Stabschefs wieder als Berater zugeteilt.

Zu der Enttäuschung trug noch die Tatsache bei, daß ein anderer amerikanischer Jude im darauffolgenden Jahr weitere aufschlußreiche Informationen über Israels Absichten lieferte. Eine Gruppe von amerikanischen Regierungsbeamten, die in Indien an einer Regionalversammlung amerikanischer Wirtschafts- und Handelsattachés teilgenommen hatten, wurde in die Botschaft in Tel Aviv eingeladen. Dort fand eine Party mit israelischen Handelsvertretern statt. Am nächsten Tag wandte sich Eugene M. Braderman, der damalige stellvertretende Handelsminister, an Dale. »Er war kreidebleich im Gesicht. Er sagte: 'Einer der Israelis auf der Party erklärte mir, es sei meine primäre Pflicht als amerikanischer Jude, mitzuhelfen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die atomare Bewaffnung Israels toleriere.' Braderman war ungeheuer aufgeregt«, fügte Dale hinzu. »Er sagte zu mir: •Ich bin in erster Linie Amerikaner, nicht Jude.' Er bat mich, mit der Information das zu tun, was am besten sei.«<sup>4</sup> In diesem Augenblick begriff Dale, daß Bradermans Story folgenlos bleiben würde. »Ich tat gar nichts«, sagte er. »Ich wußte, daß es keinen Zweck hatte.«

Natürlich gab es für die Botschaft noch andere Probleme. Anfang Juni 1967 beschloß Israel, auf die zunehmende Massierung arabischer Truppen im Sinai mit einem Präventivkrieg zu reagieren. Die ständigen Spannungen des vorangegangenen Jahres hatten zwei Wochen zuvor mit der ägyptischen Blockade der israelischen Hafenstadt Elat ihren Höhepunkt erreicht. Ein immer selbstsicherer Nasser hatte seine Truppen ausgesandt, um Sharm

el Sheikh an der Südspitze der Sinaihalbinsel zu besetzen und den *Zugang* zur Meerenge von Tiran für israelische Schiffe zu blockieren. Die Meerenge führte vom Roten Meer zum Golf von Akaba und nach Elat.

Obwohl Israel den Schritt Ägyptens als kriegerische Handlung betrachtete, zögerte die Regierung Eschkol, weil sie von der Regierung Johnson unter Druck gesetzt wurde, keinen Krieg zu beginnen. Die öffentliche Meinung in Israel hingegen war für den Krieg. Der Premierminister wurde wegen seiner Unentschlossenheit und mangelnden militärischen Kompetenz heftig kritisiert. Um die politische Kontrolle zu behalten - im Weißen Haus trafen Meldungen über einen geplanten Militärputsch ein - war Eschkol gezwungen, sich Ende Mai auf die Seite seiner politischen Gegner Moshe Dayan und Menachem Begin zu schlagen und eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Begin, nun Minister ohne Geschäftsbereich, war das erste Mal in seiner politischen Laufbahn Mitglied der israelischen Regierung. Dayans Ernennung zum Verteidigungsminister mußte Eschkol noch viel schwerer gefallen sein; sie kam im wesentlichen dem Eingeständnis gleich, daß er nicht in der Lage war, das Land in Kriegzeiten zu regieren. Der Kriegsheld Dayan war bei der Bevölkerung genauso beliebt, wie der zögerliche Eschkol unbeliebt war. Dayan übernahm das Amt des Verteidigungsministers mit enormer Rückendeckung, was die Wahrscheinlichkeit erhöhte, daß die Hardliner der pronuklearen Rafi-Partei David Ben Gurions vielleicht bald wieder die militärische Führung in Israel übernehmen könnten.

Die Armee unter Führung von Stabschef Ytzhak Rabin war bereit. Am 5. Juni holte Israel zum ersten Schlag aus, und nach nur sechs Tagen errangen seine Soldaten einen überwältigenden Sieg. Israel zwang die von den Sowjets unterstützten Araber zur Kapitulation, besetzte die Sinaihalbinsel, den Gazastreifen, das Westjordanland und die Golanhöhen und, was am meisten Aufsehen erregte, es erfüllte sich einen 2000 Jahre alten Traum und brachte die Altstadt von Jerusalem unter jüdische Kontrolle. Aber mit einem Schlag hatte Israel auch mehr als eine Million Palästinenser zusätzlich innerhalb seiner neuen Grenzen.

Wally Barbour verbrachte während des Krieges die meiste Zeit im israelischen Generalstab und teilte den Jubel im Land - und in weiten Teilen Amerikas - über den israelischen Sieg. Die Berichte, die er nach Washington schickte, wirkten nicht gerade objektiv. Seine Ansichten stimmten mit denen der israelischen Führung überein. Zum Beispiel forderte Barbour Washington auf, den israelischen Raketen- und Artillerieüberfall auf die USS Liberty, ein Spionageschiff der Marine, am dritten Tag des Krieges herunterzuspielen. Die Liberty, die unter amerikanischer Flagge fuhr, hatte den Funkverkehr in internationalen Gewässern vor der Küste Israels überwacht und war vor Eröffnung des Feuers als amerikanisches Schiff identifiziert worden. Der Angriff forderte 34 Todesopfer, 171 Menschen wurden verletzt. Die Regierung der Vereinigten Staaten war verärgert, ganz im Gegensatz zu Barbour. Ein von der Lyndon B. Johnson Library freigegebenes aktenkundiges Telegramm beweist, daß Barbour Stunden nach dem Überfall meldete, Israel habe nicht die Absicht, sich zu dem Zwischenfall zu bekennen, und er fügte hinzu: »Eindringliche Bitte, daß auch wir Publicity vermeiden. Nähe [der Liberty] zum Kriegsschauplatz könnte den arabischen Verdacht hinsichtlich einer amerikanisch-israelischen Absprache nähren ... Israelis sind offensichtlich über den Irrtum schockiert und bitten aufrichtig um Entschuldigung.«<sup>9</sup> Bei Kriegsende bestellte Barbour Bill Dale zu sich und erklärte, die Politik im Hinblick auf das Sammeln von Informationen über Dimona müsse geändert werden. Dale sollte die Militärattaches der Botschaft davon unterrichten, daß sie nicht mehr über Dimona berichten und die Israelis nicht länger schwächen sollten, indem sie mit ihren britischen und kanadischen Kollegen geheime Operationen durchführten. »Israel soll unser Hauptverbündeter werden«, erklärte Barbour, »wir dürfen das Land nicht dadurch schwächen, daß wir mit anderen zusammenarbeiten.« Laut Dale gab es noch einen anderen Grund: »Barbour sagte: -Arabisches Öl ist für uns nicht so wichtig wie Israel. Deshalb werde ich in all meinen Berichten für Israel Partei ergreifen.- Vielleicht hatte er ja recht«, fügte Dale hinzu. »Von diesem Augenblick an war Wally Barbour wie umgewandelt.«

Dale war gegen eine Veränderung der Politik, »und unser Verhältnis verschlechterte sich«. Später versuchte Barbour, einen positiven Bericht über Dales Qualifikationen nachträglich zu ver-

ändern. Dale ist noch immer überzeugt, seine abweichende Ansicht in bezug auf Dimona habe seiner Karriere geschadet (1973 wurde er zum Botschafter der Zentralafrikanischen Republik ernannt, und 1975 schied er aus dem auswärtigen Dienst aus). Dale legte jedoch einen weiteren Botschaftsbericht über Dimona zu den Akten. Im Herbst 1967 kam Henry A. Kissinger, damals Professor an der Harvard-Universität und Berater der Regierung Johnson im Vietnamkrieg, nach Tel Aviv, um eine Woche am israelischen Defense College Vorträge zu halten. Nach Abschluß der Vortragsreihe erschien Kissinger in Dales Büro in der Botschaft und erklärte, er müsse dem Weißen Haus eine eilige, streng geheime Botschaft übermitteln. »Er übergab mir seine handschriftliche Mitteilung«, erinnerte sich Dale, »damit ich sie abschickte.« Es handelte sich um eine Warnung in bezug auf Dimona, und Dale erinnerte sich noch sehr genau an den Schlußsatz: »Nach Abschluß meiner Vortragsreihe hier bin ich davon überzeugt, daß Israel nukleare Sprengkörper herstellt.« Dale erinnerte sich auch an eine Warnung Kissingers an ihn: »-Wenn das durchsickert, reiße ich Ihnen den Arsch auf.« Das waren Kissingers erste Worte an mich.«

Dale legte Walt Rostow, Johnsons nationalem Sicherheitsberater, und anderen hohen Regierungsbeamten in Washington nach seiner Abreise aus Israel einige nichtssagende Abschlußberichte vor. Es überraschte mich nicht, sagte er, daß »mich niemand nach der israelischen Bombe fragte«. Auf seinem nächsten Posten beim politischen Planungsrat des State Department versuchte er wieder, das Thema Dimona zur Sprache zu bringen — mit ähnlichem Ergebnis. Eine seiner ersten Aufgaben im Planungsrat (der internen Strategiekommission des State Department) bestand darin, einen Bericht über die Proliferation von Atomwaffen zu erstellen. Er wollte ein Kapitel über Dimona aufnehmen, aber ihm wurde die Erlaubnis verweigert, dieses Thema mit Kongreßmitgliedern oder Mitgliedern der Atomenergiekommission zu erörtern. Als Dale protestierte, erklärte ihm ein hoher Beamter des State Depart-

ment, die israelische Bombe sei »das brisanteste außenpolitische Thema in den Vereinigten Staaten«, und er drohte, mit dem Au-

Benminister über sein Verhalten zu sprechen. Laut Dale wurde Dimona in seinem Bericht nicht erwähnt.

Da Barbour auf seinem Posten blieb, war die israelische Bombe nach 1967 in der amerikanischen Botschaft kein wichtiges Thema mehr. Dimona wurde ein Ort ohne Bedeutung, und die israelische Bombe existierte einfach nicht. Im selben Jahr luden die Israelis Arnold Kramish, einen amerikanischen Experten für Kernbrennstoffkreisläufe, zu einer Besichtigung des Reaktors ein. »Ich machte einen Fehler«, erinnerte sich Kramish, der Israel damals als Mitglied des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London besuchte. »Ich stattete Barbour einen Höflichkeitsbesuch ab. Er sagte, ich dürfe nicht gehen - mein Besuch käme einer Anerkennung Dimonas durch die USA gleich.« Kramish hatte aus der *New York Times* von den amerikanischen Kontrollen erfahren und brachte das einleuchtende Argument vor, daß er »gar kein offizieller Besucher« sei. Aber der Botschafter insistierte, und Kramish akzeptierte zuletzt Barbours dubiose Theorie. »Ich ging nicht.«

Joseph O. Zurhellen jr., Bill Dales Nachfolger im Amt des stellvertretenden Missionschefs, folgte dem Fingerzeig des Botschafters und kümmerte sich möglichst wenig um dieses Thema. »Barbour war in technischen Dingen nicht sehr versiert - zum Beispiel im Hinblick auf Wiederaufbereitungsanlagen usw.«, erklärte Zurhellen. »Natürlich wußte er, daß in Dimona etwas Verrücktes vor sich ging. Die Franzosen hatten uns, ebenso wie die Israelis, hinters Licht geführt.« Aber laut Zurhellen war man in der Botschaft der Ansicht, Israel habe die internationalen Bedenken hinsichtlich Dimona absichtlich genährt. »Es ist ein wichtiges Element ihrer Politik, andere davon zu überzeugen, daß sie die Bombe haben. Das nennt man Desinformation.« Jedenfalls, so fügte er hinzu, »dachten wir nicht über die atomare Frage nach. Wir führten einen Zermürbungskrieg.« Damit meinte Zurhellen die ständig eskalierenden Luftkämpfe und Artillerieduelle Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre zwischen Israel und Ägypten, dessen

Armee und Luftwaffe nach dem Sechstagekrieg mit Hilfe der Sowjetunion drastisch verstärkt worden war.

Nach der Amtseinführung Präsident Richard M. Nixons im Januar 1969 interessierte sich Barbour noch weniger für Dimona - das Thema war tabu. Ein hoher amerikanischer Nachrichtenoffizier erinnerte sich, daß er eine Gruppe von Mitarbeitern beauftragte, Barbour spezielle Informationen über das israelische Atomwaffenprogramm zu liefern. Barbour hielt sich damals in Washington auf. »Er hörte sich alles an«, erklärte der Geheimdienstbeamte, »und dann sagte er: 'Meine Herren, ich glaube Ihnen kein Wort.« Der Beamte war erstaunt: Erst vor wenigen Monaten hatte er an Barbour in Israel dieselben Informationen weitergegeben, ohne daß dieser sie angezweifelt hätte. Er nahm Barbour heimlich beiseite. »Herr Botschafter«, sagte er, »Sie wissen, daß es wahr ist.« Barbour erwiderte: »Wenn ich das zugebe, dann muß ich zum Präsidenten gehen. Und wenn er es zugäbe, müßte er etwas unternehmen. Der Präsident hat mich nicht nach Israel geschickt, damit ich ihn mit Problemen konfrontiere. Er will keine schlechten Nachrichten hören.«

Barbour hatte viele gute Gründe, warum er Präsident Nixon keine schlechten Nachrichten überbringen wollte. Sein Emphysem wurde schlimmer. Er hatte panische Angst vor dem Tod; deshalb stand neben seinem Bett ein Sauerstoffzelt. Der Botschafter blieb auch bei seiner bewährten Arbeitsmoral. Laut Zurhellen blieb Barbour während ihrer fünfjährigen Zusammenarbeit nur zweimal über die Dienstzeit hinaus in der Botschaft. Der übergewichtige Botschafter hatte schon zu Beginn von Nixons Amtszeit furchtbare Angst, man könne ihm mitteilen, er sei für den angesehensten Posten im auswärtigen Dienst ausgewählt worden - für den Botschafterposten in Moskau. Die Ernennung war von der Zustimmung des Arztes abhängig, aber, laut Zurhellen, hatte sich Barbour schon seit Jahren keiner vom State Department angeordneten ärztlichen Untersuchung unterzogen, und er wußte, daß er den Gesundheitstest nicht bestehen würde. »Wir deichselten die Sache anders. Alle zwei Jahre ließen wir von einem israelischen Arzt eine Bescheinigung ausstellen, daß Barbour >in der Lage war, seine Aufgabe zu erfüllen-. Ich faßte das

Antwortschreiben ab, worin ich dem State Department für sein Vertrauen dankte, gleichzeitig aber erklärte, daß -ich hier in sieben Jahren eine einmalige Situation geschaffen habe.«« Barbour durfte seinen Job behalten.

Im Jahr 1970 hatte Barbour einen seiner seltenen öffentlichen Auftritte; anlässlich der Einweihung einer amerikanischen Schule in Tel Aviv stand er gemeinsam mit Premierministerin Golda Meir auf dem Podium. Der Botschafter dankte Frau Meir für ihr Kommen und sagte: »Ich wünschte, ich wüßte, wie ich die Premierministerin dazu bringen kann, das zu tun, worum ich sie bitte.« Sie antwortete: »Ich werde Ihnen das Geheimnis unverzüglich verraten - Sie müssen mich nur bitten, das zu tun, was ich tun möchte.«

Wenn es um Dimona ging, tat Barbour alles, was Israel wollte, und ohne Fragen zu stellen. Trotzdem waren viele seiner ehemaligen Kollegen im Auswärtigen Dienst verwirrt und beunruhigt, als er sich am 3. April 1974, ein Jahr nach seinem Ausscheiden aus dem Amt, bereit erklärte, Aufsichtsratsmitglied der amerikanischen Filiale der Leumi-Bank, der israelischen Staatsbank, zu werden. Das war zwar vollkommen legal, aber viele Beamte des State Department sind der Ansicht, daß solche Ernennungen einen schweren Interessenkonflikt mit sich bringen. Bezeichnenderweise war es Barbour völlig gleichgültig, was seine Kollegen dachten. Er blieb bis zu seinem Tod im Aufsichtsrat der Bank.

# 13

## Eine israelische Entscheidung

Yigal Allon, der Kriegsheld von 1948 und Kämpfer für die Besiedlung des Westjordanlandes, durfte Anfang Dezember 1967 einen Blick in die nukleare Zukunft Israels werfen. Dieses Erlebnis bewegte ihn zutiefst. Er war eingeladen worden, zusammen mit einer Beratergruppe die Arbeiten an Israels erster Abschußrampe für Atomraketen zu besichtigen. Die Baustelle befand sich an einem abgelegenen Ort, der auf der Landkarte westlich von Jerusalem in den Ausläufern der judäischen Berge als Hirbat Zachariah verzeichnet ist. Die geschickt getarnten Silos - von den Amerikanern jahrelang nicht entdeckt - sollten eingegraben werden. Die einzige, nicht beschilderte Straße, die dorthin führte, stand unter ständiger Kameraüberwachung.

Die Silos stellten ein Glanzstück des technischen Könnens der Israelis dar. Sie wurden von der Tahal gebaut, der regierungseigenen Wasserwirtschaftsfirma, die damals mit dem Schah von Iran über den Bau einer Ölpipeline mit 42 Zoll Durchmesser verhandelte, die iranisches Rohöl zu den israelischen Hafenstädten Elat und Aschdod transportieren sollte. Die glatten Rohre, aus denen die Raketen abgeschossen werden sollten, waren beim Import als Teilstücke einer Pipeline deklariert worden.<sup>1</sup> Israel war noch weit davon entfernt, einsatzfähige Atomraketen zu haben - der erste praktische Versuch mit der Jericho I war erst einige Monate zuvor durchgeführt worden und hatte keine eindeutigen Ergebnisse gebracht. Die Rakete, die in Zusammenarbeit mit der französischen Firma Dassault entwickelt worden war, hatte Steuerungsprobleme: Sie war nicht treffgenau.

Dennoch, und das war Allon bewußt, stellten diese ersten Silos eine neue Kategorie von militärischer Sicherheit für die Nation dar. »Allon wurde richtig aufgeregt«, erinnerte sich ein israelischer

Beobachter. »Er war ein Mann, der 1948 nur mit einer britischen Maschinenpistole gekämpft hatte, und nun - zwanzig Jahre später - baute Israel seine eigenen Atomraketen. Wir sind ein Volk«, bemerkte der Beobachter, »das von den Toten auferstanden ist. In einer einzigen Generation sind wir zu Kriegern geworden - zu den Spartanern unserer Zeit.«

Allon konnte das, was er gesehen hatte, nicht für sich behalten. Ein paar Tage später verblüffte er seine Kabinettskollegen mit einer öffentlichen Rede in Haifa. Er warnte Ägypten, Israel würde jeden ägyptischen Angriff auf ein israelisches Ballungszentrum mit fortgeschrittenen Waffensystemen beantworten. »Mit jeder Waffe, die Ägypten mit Hilfe einer größeren Macht bauen oder von ihr kaufen kann-, sagte er, »können wir es aufnehmen. Sei es nun mit oder ohne die Hilfe einer Großmacht.« Als Mitglied des exklusiven nationalen Sicherheitskomitees des Premierministers waren seine Verlautbarungen sehr glaubwürdig. Aber kein israelischer Beamter hatte jemals öffentlich die Existenz eines Atomraketen-systems zugegeben, und Allons geheimnisvolle Behauptungen wurden unter der Hand von anderen Regierungsbeamten als Bruch der Sicherheitsvorschriften angegriffen. In der Presse warf man ihm Panikmache vor.

Israels Raketenprogramm mit dem Decknamen »Projekt 700« war schon Jahre zuvor von Ernst David Bergmann als die letzte, kostspielige Stufe der Samson-Option betrachtet worden. Ein früherer israelischer Regierungsbeamter erinnerte sich an Zahlen, aus denen hervorging, daß die langfristigen Gesamtkosten von Projekt 700, wenn das nationale Sicherheitskomitee des Premierministers es in vollem Umfang genehmigte, 850 Millionen Dollar betragen würden - mehr als der gesamte israelische Verteidigungshaushalt von 1967. Nicht nur die Raketen, sondern das *ganze* Atomsystem war schwindelerregend teuer, und die Gesamtkosten des Kernwaffenprogramms waren nach wie vor das Haupthindernis für den Bau der Bombe. Auch Verteidigungsminister Moshe Dayan, der Ende der sechziger Jahre für Israels nukleare Zukunft verantwortlich wurde, hielt die Kosten für die größte Hürde.

Allons Besuch in Zachariah hatte einem strategischen Zweck gedient: Dayan, mit seiner schwarzen Augenklappe und seinem Gespür für Dramatik, versuchte, Allon für seine Sache zu gewinnen. Nach dem Krieg nutzten Dayan und seine Mitstreiter erneut die Gelegenheit, das Hauptziel ihrer geplanten Atomwaffen öffentlich anzugreifen - die Sowjetunion. Schon früh sagte Dayan voraus, die Sowjets, denen in ihrem von Ideologie bestimmten Kampf gegen die Vereinigten Staaten jeder Stützpunkt recht war, würden das Machtvakuum im Nahen Osten ausfüllen und zur größten Bedrohung für Israel werden. Anfang Juli warnte Dayan die Sowjets in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, wenn sie sich mit den Arabern gegen Israel verbündeten, würde er »keinen Moment zögern, seiner Regierung zu raten, die Russen auf dieselbe Weise wie die Araber zu bekämpfen und zu besiegen ... Israel brauche sich von niemandem einschüchtern zu lassen.«

Dayan brachte das Gefühl der Isolation zum Ausdruck, das sich bis in die Spitzen der israelischen Führung verbreitet hatte und so stark war wie nie seit der Sueskrise von 1956. Charles de Gaulle bezeichnete Israel als den Angreifer im Sechstagekrieg und stoppte die französischen Waffenlieferungen an Israel; damit beendete er zwölf Jahre enger französisch-israelischer Zusammenarbeit. De Gaulle verhinderte auch die Auslieferung von fünfzig schon gekauften Kampfflugzeugen vom Typ Mirage III. Der Presse gegenüber behauptete er sogar, er habe von dem Vertrag zwischen Dassault und Israel bis zum ersten praktischen Test der Jericho I im Jahr 1967 nichts gewußt (die französische Firma arbeitete allerdings noch ein weiteres Jahr an dem Raketenprogramm der Israelis).

Die Sowjets und ihre Trabanten im Ostblock (mit Ausnahme Rumäniens) gingen noch einen Schritt weiter: Sie brachen die diplomatischen Beziehungen mit Israel ab. Zugleich begannen die Sowjets damit, ihre arabischen Freunde aufzurüsten. Präsident Nikolai Podgorny absolvierte Ende Juni einen triumphalen Staatsbesuch in Kairo und wurde von Hunderttausenden jubelnder Ägypter begrüßt. Bald darauf brachte ein Flugzeug nach dem anderen sowjetische Waffen nach Ägypten. Die geleerten ägypti-

sehen Arsenale waren nach einem Jahr wieder gefüllt. Schließlich schickte Moskau militärische Berater und modernste MIG-Kampflugzeuge nach Ägypten; im Gegenzug bekamen die Russen erweiterten Zugang zu den vier Mittelmeerhäfen und praktisch das Kommando über die sieben ägyptischen Luftwaffenstützpunkte. Ähnlich großzügig verhielten sich die Sowjets auch gegenüber Syrien und Irak, den (mit Jordanien) anderen Verlierern des Sechstagekrieges.

Die israelische Aufklärung fing Mitteilungen ab, die auf höchster Ebene zwischen Kairo, Damaskus und Moskau ausgetauscht wurden und in denen in prahlerischem Ton viel vom nächsten Nahostkrieg die Rede war. Der letzte Krieg dagegen wurde kaum erwähnt. Die sowjetische Flotte demonstrierte plötzlich deutlich mehr Präsenz im Mittelmeer. Zwei oder drei Schiffe wurden offensichtlich zu Spionagezwecken vor der Küste Israels stationiert. Aus der Sicht der Israelis gab es auf diese Provokationen von der anderen Supermacht, den USA, keine Reaktionen.

Ende August 1967 kamen die arabischen Länder, beflügelt von der sowjetischen Unterstützung und geleitet von sowjetischem Rat, in Khartum zum ersten Nachkriegsgipfel zusammen und einigten sich darauf, daß es mit Israel keinen Frieden und keine Verhandlungen geben sollte und eine Anerkennung des jüdischen Staates ausgeschlossen sei.

Dayan kämpfte immer entschlossener um die Bombe, weil er überzeugt davon war, Israel könne sich zur Abschreckung eines sowjetischen Angriffs nicht auf die USA verlassen. 1966 hatte er einige Zeit als Journalist in Südvietnam verbracht und dabei »mit großer Sorge« die mangelnde »Beständigkeit der USA bei der Einhaltung ihrer Verpflichtungen« kennengelernt, wie er später dem NSC-Berater Walt Rostow anvertraute. In einer Krise würde Israel entweder von Washington unterstützt werden, oder - wie in Sues - eben nicht, je nach Beurteilung der internationalen und regionalen Interessen der USA durch das Weiße Haus. Dayan glaubte, das sowjetische Engagement sei ähnlich einzuschätzen: Moskau käme den Arabern nicht aus tiefer Sorge um den Nahen

Osten zu Hilfe, sondern weil die Sowjets ihr Ansehen heben und ihre internationalen Interessen wahren wollten. Unabhängig von ihren Motiven jedoch, dachte Dayan, würden die Supermächte die Ereignisse im Nahen Osten steuern, wenn sich Israel nicht die erforderlichen Waffen beschaffte. In Dayans Augen hing die Existenz Israels nun davon ab, ob das Land Atomwaffen in großer Stückzahl produzieren und sie auf die Sowjetunion richten konnte. Ende 1967 und Anfang 1968 wollte Dayan seine Kabinettskollegen davon überzeugen, daß die Sowjets durch eine glaubhafte atomare Bedrohung von seilen Israels dazu gebracht werden könnten, die Option auf einen Nahostkrieg fallenzulassen. Eine solche Drohung sollte die Sowjets auch von jeder Maßnahme abschrecken, die Israels Existenz gefährden könnte - zum Beispiel von der Versorgung einer arabischen Nation mit Kernwaffen. Nach Dayans Vorstellung sollten israelische Geheimagenten ihren sowjetischen Kollegen unter der Hand einen Tip geben, sobald das »Fließband« in Dimona die volle Produktion aufgenommen hätte. Wenn Israel die erste Kofferbombe entwickelt hätte, sollte Moskau ebenfalls unverzüglich informiert und daran erinnert werden, daß niemand den Mossad davon abhalten könne, eine Atombombe in einem Auto in eine sowjetische Stadt oder in einem Schiff in einen sowjetischen Hafen zu schmuggeln. Die Welt und die USA sollten in wohldosierter Unklarheit darüber gelassen werden, ob Israel nun über die Bombe verfügte oder nicht. Der Gedanke der israelischen »Bombe im Keller« war geboren.

Ende 1967 bekam Dayan bei seinen Bemühungen Unterstützung durch die Meldung (die den Israelis von den Amerikanern zugespielt wurde), die Sowjetunion habe vier wichtige israelische Städte - Tel Aviv, Haifa, Beerscheba und Aschdod - auf die Liste ihrer nuklearen Ziele gesetzt. Diese äußerst heikle Information gelangte inoffiziell nach Israel. Ein früheres Mitglied des Stabes von Premierminister Eschkol sagte lapidar: »Auf koschere Art sind wir da nicht ran gekommen.«<sup>2</sup>

Dann leitete auch Henry Kissinger Wasser auf Dayans Mühlen. Er war damals außenpolitischer Berater des New Yorker Gouverneurs Nelson Rockefeller bei dessen Kampagne für die Nominie-

rung als republikanischer Präsidentschaftskandidat. Im Februar 1968 traf sich Kissinger in privatem Rahmen mit einer Gruppe israelischer Wissenschaftler im Jerusalemer Haus von Generalmajor Elad Peled, dem Direktor des israelischen Instituts für Verteidigung, an dem Kissinger ein Jahr zuvor gelehrt hatte. Nach der Darstellung von Schlomo Aronson, der über israelische Atompolitik geschrieben hat und bei dem Treffen dabei war, waren Kissingers Zuhörer über seine Botschaft bestürzt: Die Vereinigten Staaten würden »keinen Finger für Israel rühren«, wenn die Sowjets sich zu einer direkten Intervention entschlossen, zum Beispiel zu »einem Raketenangriff auf die israelischen Luftwaffenstützpunkte im Sinai«. Aronson berichtete, Kissinger habe drei Prinzipien festgehalten: »Das wichtigste Ziel jedes amerikanischen Präsidenten ist die Verhinderung des dritten Weltkrieges. Zweitens: Kein amerikanischer Präsident würde wegen israelischer Besetzungen den dritten Weltkrieg riskieren. Drittens: Die Russen wissen das.«

Anfang 1968 war es dann offensichtlich, daß der überwältigende Sieg im Sechstagekrieg kein einziges fundamentales politisches und militärisches Problem Israels im Nahen Osten gelöst hatte. Yitzhak Rabin, der Stabschef des Heeres, flog Mitte Dezember 1967 nach Washington. Bei einem Treffen mit General Earle Wheeler, dem Vorsitzenden der Vereinten Stabschefs, bekannte er sich zu diesem niederschmetternden Ergebnis. »Rabin eröffnete das Gespräch mit der Feststellung, Israel befände sich in der seltsamen Lage, den Krieg gewonnen zu haben, nicht aber den Frieden«, notierte Wheeler in einem Vermerk für die Akten, deren Geheimhaltungsstufe später aufgehoben und die dann in die Lyndon B. Johnson Library aufgenommen wurden. »Israel ist jetzt in einer weniger günstigen Lage als vor dem 5. Juni [d. h. bei Kriegsbeginn]. Die Sowjets wollen keine friedliche Regelung«, sagte Rabin zu Wheeler. »Sie wollen die angespannte Lage aufrechterhalten, weil sie damit die arabische Abhängigkeit von der Sowjetmacht vertiefen können ... Sie wollen sich den Zugang zu den See- und Flughäfen und letztlich die Kontrolle über das arabische Öl sichern.«

Die jüdische Gemeinde in Amerika reagierte auf den dramatischen Sieg im Juni mit enormen Spenden und mit vermehrten Besuchen in Israel. Ende 1967 boomte sowohl der Tourismus als auch die israelische Wirtschaft. Der israelische Erfolg, sagte Botschafter Walworth Barbour zu den skeptischen Mitgliedern seines Stabes in der amerikanischen Botschaft in Tel Aviv, habe die Beziehungen zu Washington gefestigt. Doch für Dayan und seine Anhänger in Dimona und anderswo hatte Amerika einen Monat vor dem Sechstagekrieg seine prinzipielle Unzuverlässigkeit als Verbündeter bewiesen. Damals hatte Washington nicht darauf reagiert, als Nasser die Straße von Tiran schließen und Elat blockieren ließ. Dokumente aus dem israelischen Außenministerium bewiesen, daß Dwight D. Eisenhower 1956 nach dem Debakel von Sues schriftlich zugesichert hatte, die USA würden nötigenfalls Gewalt einsetzen, um die Schifffahrtsstraßen offenzuhalten. Israel wandte sich nach Nassers Blockade an Johnson, um die Einlösung dieses Versprechens einzufordern. Das Außenministerium gab zu verstehen, Eisenhowers Versprechen sei mit seinem Ausscheiden aus dem Amt Anfang 1961 nicht mehr bindend für die USA. Nur ein Vertrag, der vom US-Senat ratifiziert sei, binde auch nachfolgende Regierungen. In Israel fühlte man sich verraten. Ohne es zu wissen arbeitete Washington im Dienste Moshe Dayans und seiner nuklearen Ambitionen.

Aber Israel war noch keine richtige Atommacht. Kein verantwortlicher Beamter hatte die Genehmigung zur systematischen Produktion von Plutonium im Reaktor und in der Wiederaufbereitungsanlage gegeben. Die Führung war immer noch von finanziellen Befürchtungen geplagt. Ein israelischer Beamter erinnert sich an Schätzungen, denen zufolge ein umfassendes Atomwaffenprogramm mit Gefechtsköpfen und Raketen bis Anfang der siebziger Jahre mehr als zehn Prozent des israelischen Staatshaushalts verschlingen würde - fast eine Milliarde Dollar. Pinhas Sapir, in der israelischen Führung Wirtschaftsexperte der neu formierten Arbeitspartei<sup>3</sup>, war ein überzeugter Verfechter von Staatsanleihen zur Ankurbelung der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Konzept »Dollars für Dimona« hatte ihm nie richtig eingeleuchtet. In seinen

Augen würde eine israelische Bombe nur zu Konflikten mit den Vereinigten Staaten und einer Reduzierung der amerikanischen Hilfeleistungen führen.

Da entschloß sich Dayan Anfang 1968 zu einem entscheidenden Schritt (die Information stammt von einem israelischen Beamten). Er rief Sapir an und bat ihn (wie zuvor Allon), sich einen Tag Zeit zu nehmen. Die beiden Männer fuhren nach Dimona. »Er zeigte ihm die ganze Sache, von A bis Z«, sagte der Israeli. »Niemand hatte die *ganze* Wiederaufbereitungsanlage bislang zu sehen bekommen. Sapir war völlig aus dem Häuschen. Anschließend sagte er zu Allon, der sich immer noch gegen eine umfassende Atombewaffnung sträubte: 'Hast du es ganz gesehen? Ich habe es gesehen und kann nur sagen, wenn du es nicht gesehen hast, weißt du gar nichts. Es wird nie mehr ein Auschwitz geben...«

Anfang 1968 bekam die Atomfabrik von Dimona dann den Auftrag, die Produktion mit ganzer Kapazität aufzunehmen. Vier bis fünf Sprengköpfe pro Jahr wurden produziert. Beim Ausbruch des Jom Kippur Krieges im September 1973 hatte Israel fünfundzwanzig Bomben in seinem Arsenal. Es gibt keine Hinweise darauf, daß das israelische Kabinett jemals eine formelle Entscheidung zu Dimona getroffen hätte. Dennoch wurde die Herstellung der ersten Bombe am »Fließband«, ob offiziell abgesegnet oder nicht, den Spitzen der nationalen Sicherheitskreise schnell bekannt. Die Nachricht wurde mit großem Beifall aufgenommen. Ein Israeli erinnerte sich, daß nach dem Bau der ersten Bombe in Dimona und in manchen Regierungsbüros in Tel Aviv und Jerusalem mit Champagner angestoßen wurde. Es wurde allgemein geglaubt, fügte er hinzu, daß auf dem ersten Sprengkopf der Satz geschrieben stand: »Niemals wieder.«

Achselzuckend und lächelnd erklärte ein früherer israelischer Regierungsbeamter das bürokratische Procedere, das zum Anwerfen des »Fließbandes« in Dimona geführt habe: Moshe Dayan habe einen einsamen Entschluß gefaßt, die Unterstützung der entscheidenden Finanziere bekommen und verfüge — als Verteidigungsminister - über alle Befugnisse, um Israel zur Atommacht zu erheben. Einen ähnlichen Gedanken äußerte damals Amos Deshalit

gegenüber Dr. Max Ben, dem amerikanischen Freund Ernst Bergmanns. »Wir sprachen über Dayan«, erinnerte sich Ben, »und Amos sagte: >Das ist der Kerl, der auf eigene Faust handelt.«<sup>4</sup> Nachdem die Entscheidung gefallen war, schloß die Bürokratie ihre Reihen, wie es die Israelis bei Fragen der Staatssicherheit immer tun. Die erste Notwendigkeit war die Beschaffung von Uranerz, und zwar in großen Mengen. Der Mossad wußte, daß Hunderte von Tonnen Erz in einem Lagerhaus bei Antwerpen in Belgien lagen. Es war für den Verkauf in Europa bestimmt, aber die Israelis hatten diese Option theoretisch nicht. Solche Verkäufe in Europa wurden von der EURATOM kontrolliert, der Europäischen Atomgemeinschaft. Es war kaum vorstellbar, daß sie die Zustimmung zum Verkauf einer größeren Menge Uran an Israel geben würde. Dimona stand schließlich unter keinerlei internationaler Aufsicht. Selbst wenn ein solches Geschäft hätte arrangiert werden können, wäre niemand in Israel bereit gewesen, der Welt mitzuteilen, daß sich Dimona - angeblich ein 24-Megawatt-Reaktor, der jährlich maximal vierundzwanzig Tonnen Erz verbrauchen konnte - einen Uranvorrat zulegte, der für acht Jahre gereicht hätte. Der Mossad löste das Problem. Im März 1968 trat ein israelischer Agent in der Bundesrepublik als Strohmännchen auf und tätigte den Uranankauf angeblich im Namen einer italienischen Chemiefirma aus Mailand. Der Preis sollte vier Millionen Dollar betragen. Die EURATOM genehmigte den Verkauf im Oktober, und das Uran verließ Antwerpen an Bord eines Schiffes, das in »Scheersberg A« umgetauft worden war. Die Scheersberg A war mit Mossad-Geldern von einem anderen israelischen Agenten in der Türkei gekauft worden. Israelische Beamte bestätigten später auch veröffentlichte Berichte, daß - auf offener See und bewacht von Kanonenbooten - das Uran auf einen israelischen Frachter umgeladen und nach Israel gebracht wurde. Das Verschwinden der riesigen Schiffsladung Uran wurde der EURATOM natürlich innerhalb weniger Monate bekannt. Nicht viel später wußten die amerikanischen und europäischen Geheimdienste, daß die Israelis involviert waren. Es dauerte jedoch neun Jahre, bis Meldungen über den Uran-Deal in die Presse gelangten, und schließlich wurde die Affäre zum

Gegenstand eines 1978 veröffentlichten Buches mit dem Titel *The Plumbat Affair*. Auf das Buch und die früheren Zeitungsberichte reagierte Israel weiterhin nur mit Dementis. Abgesehen von ein paar Streitern für das Gemeinwohl und einigen Journalisten interessierte sich niemand für die Angelegenheit.

## Ein Geschenk des Präsidenten

Nach dem Sechstagekrieg erwies sich die Regierung Johnson trotz israelischer Beschwerden über die wachsende sowjetische Bedrohung im Nahen Osten wieder einmal als unbeständige Verbündete. Jedenfalls sahen das die Israelis so, nachdem sich Johnson de Gaulles Position angeschlossen hatte, um einen Bruch mit der arabischen Welt zu vermeiden. Er verhängte für 135 Tage ein Waffenembargo über Israel, obwohl die Sowjets ihre Verbündeten weiterhin mit Waffen versorgten, was die Israelis zähneknirschend hinnehmen mußten. Auch öffentlich verpflichtete sich Johnson nicht eindeutig, Israel in einer Krise beizustehen. Auf einer Pressekonferenz Ende des Jahres fragte ihn der CBS-Journalist Dan Rather, ob die USA dieselbe unkündbare Verpflichtung hätten, Israel gegen einen Angriff zu verteidigen, wie sie gegenüber Südvietnam bestehe. Die Antwort konnte nur wenige Israelis befriedigen: »Wir haben unser klares Interesse an Israel bekundet und unseren Wunsch, viele Mittel zur Bewahrung des Friedens in dieser Region einzusetzen. Aber wir haben kein wechselseitiges Sicherheitsabkommen mit Israel, wie es in Südostasien existiert.«

Dennoch machte Ministerpräsident Eschkol im Januar 1968 eilends einen zweiten Staatsbesuch in Washington. Er wollte den Amerikanern einige F-4-Düsenjäger abkaufen, als Ausgleich für die sowjetischen MIGs in Ägypten. Der F-4 war das ausgereifteste amerikanische Kampfflugzeug. Im Pentagon und im Außenministerium wurde behauptet, Israel brauche ein solches Flugzeug nicht, um Ägypten militärisch überlegen zu bleiben, denn die MIG-21-Bomber hätten eine viel geringere Reichweite und Bombenkapazität. Wenn die besten Kampfflugzeuge der Welt in den Nahen Osten geliefert würden, bedeute das eine ungerechtfertig-

te und überflüssige Eskalation; Israel sei bereits mit den früher gelieferten A-4-Skyhawks überlegen.

Aber Johnson oder jemand aus seiner Umgebung wollte offenbar Israel immer noch dazu bewegen, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, und war bereit, dafür fünfzig F-4-Kampfflugzeuge zu liefern. In einer für den Staatsbesuch geschriebenen Notiz für Johnson vom 5. Januar 1968 erstellte Walt Rostow zwei Listen: »Was wir wollen« und »Was wir geben können«. In der ersten Liste gab Rostow zu bedenken: »Wir meinen, der Atomwaffensperrvertrag sei akzeptabel. Wir glauben, er wird sich langfristig positiv auf die Sicherheitslage Israels auswirken. Wir erwarten Israels Unterschrift.« Auf der zweiten Liste standen siebenundzwanzig weitere Skyhawks und das Versprechen, »das Verfahren zu beschleunigen, wenn Israel Phantom-Jäger [F-4-Flugzeuge] braucht«.

Rostows Konzept, den Phantom-Verkauf mit dem Atomwaffensperrvertrag zu verknüpfen, war absurd, wenn man sich Israels Aktivitäten in Dimona vor Augen hält und berücksichtigt, daß die US-Aufklärung - größtenteils dank Botschafter Wally Barbour in Tel Aviv - eine ganze Menge über diese Aktivitäten in Erfahrung gebracht hatte. Rostow gab viele Jahre später in einem Interview zu, er habe wenig Zweifel an Israels nuklearen Ambitionen gehabt: »Wenn Sie mich fragen, was ich in den sechziger Jahren dachte — ich dachte, die Israelis arbeiteten daran, die Bombe zu bauen. Alle Welt wußte das.«

Rostows Notiz vom 5. Januar zeigt, daß das Weiße Haus auch die Situation im Nahen Osten insgesamt unrealistisch einschätzte: »Ein unnachgiebiges Israel können wir nicht unterstützen ... Die Araber brauchen die Hoffnung auf israelische Zugeständnisse - bei den Flüchtlingen, bei Jerusalem, bei der Rückkehr von Flüchtlingen ins Westjordanland, und sie brauchen die Hoffnung, daß Israel die besetzten Gebiete nicht auf Dauer besiedelt.« Diese Themen sollten mindestens noch dreiundzwanzig Jahre lang aktuell bleiben.

Rostow mußte wissen, daß sich das israelische Militär nach dem Sechstagekrieg in den neu besetzten Gebieten von Jerusalem, dem Westjordanland und auf den Golanhöhen geradezu austob-

te. In dem offensichtlichen Bemühen, Palästinenser und andere Araber von ihrem Land nach Jordanien und Syrien zu vertreiben, wurden arabische Häuser geplündert und zerstört. In der Altstadt von Jerusalem wurden in der ersten Nacht nach dem Krieg mehr als hundert arabische Häuser von israelischen Truppen demoliert. Dabei wurden Planierraupen und Flutlichtanlagen eingesetzt. Teddy Kollek, der Bürgermeister von Jerusalem, erläuterte in einem Bericht aus dem Jahr 1978, warum eine solche Eile notwendig gewesen sei: »Mein vorherrschendes Gefühl war: Tun wir es jetzt; später geht es vielleicht nicht mehr, und getan werden muß es.« Mit besonderer Grausamkeit wurden Planierraupen und Dynamit im Westjordanland eingesetzt; im Dorf Qalqiliya westlich von Nablus wurden 850 von 2000 Häusern im Lauf von drei Tagen israelischer Besatzung zerstört. Später warf Moshe Dayan den israelischen Soldaten vor, in dem Dorf »Strafaktionen« durchgeführt zu haben, und ließ den Dorfbewohnern Zement und andere Hilfsmittel für den Wiederaufbau schicken. Nach dem Krieg trat eine kurze Periode ein, in der viele führende israelische Politiker, darunter Dayan und Ben Gurion, öffentlich zur Diskussion stellten, ob die besetzten Gebiete nicht zurückgegeben werden sollten.<sup>1</sup> Sie betrachteten den Krieg als Chance für Israel, sich als Gegenleistung einen dauerhaften Frieden zu erkaufen. Die Juden, sagte Ben Gurion wiederholt zu seinen Anhängern, taugten nicht als Besatzungsmächte. »Sinai? Gaza? Das Westjordanland? Die brauchen wir nicht«, sagte Ben Gurion zu einem amerikanischen Reporter. »Der Friede ist wichtiger als Grundbesitz. Wir brauchen keine Gebiete.« Levi Eschkol drückte ein paar Wochen nach dem Krieg gegenüber seinem Besucher Abe Feinberg seine Zweifel aus: »Was soll ich mit einer Million Arabern anfangen? Die vermehren sich doch wie die Kaninchen.«

Diesen pragmatischen Überlegungen standen jedoch die religiösen und philosophischen Ansichten vieler Zionisten-Revisionisten entgegen, die mit Menachem Begin und seinem Mentor, dem verstorbenen Vladimir Jabotinsky, der Meinung waren, Israels Expansion ins Westjordanland sei keine Frage der Politik, sondern eine historische Notwendigkeit. Im Westjordanland lagen die Ur-

sprünge des jüdischen Volkes; das Gebiet gehöre ganz einfach zu Israel und sei nicht im Krieg besetzt, sondern »befreit« worden. Die Position der Revisionisten setzte sich im Lauf der Jahre als Position der Regierung durch. Die UN-Resolution 242 forderte den Rückzug aus den besetzten Gebieten, die arabische Garantie des israelischen Territoriums und den Frieden. Die Resolution war vom UN-Sicherheitsrat Ende November 1967 einstimmig angenommen worden. Aber die israelische Unnachgiebigkeit und die Rachegelüste der wiederbewaffneten Araber verurteilten sie zum Scheitern.

Das Gipfeltreffen zwischen Johnson und Eschkol Anfang 1968 auf der texanischen Farm des Präsidenten hätte aus israelischer Sicht nicht unglücklicher verlaufen können. Eschkol und seine Berater, darunter Ephraim (Effy) Evron, der israelische Botschafter in Washington, der sich gut mit Johnson verstand, hatten einen ganzen Tag lang Berichte von Beamten des Außen- und des Verteidigungsministeriums angehört, die Argumente gegen den Verkauf von F-4-Kampfflugzeugen an Israel enthielten. »Johnson bearbeitete sie wegen des Sperrvertrages«, erinnerte sich Harry McPherson, einer der Berater des Präsidenten. »Schließlich stand er auf und sagte: -Gehen wir alle mal pissen.- Also gingen wir alle in eine riesige Toilette zum Pissen. Auf dem Rückweg fiel Johnson auf, was für ein niedergeschlagenes Gesicht Effy machte. >Was ist los, Effy? Effy sagte: >Wir werden unsere F-4s nicht kriegen.« >Ach, verdammt, Effy«, sagte Johnson, >ihr kriegt eure F-4s. Aber dafür will ich was von Eschkol. Aber sag ihm nichts davon.'«

McPherson und Evron glaubten, Johnson habe mit dieser Bemerkung eine Verpflichtung ausgesprochen. Aber was Johnson wollte, konnte Israel nicht geben. Ein Mitarbeiter Dayans erinnerte sich an den Kummer der Israelis, als die Amerikaner anscheinend unbarmherzig auf Inspektionen durch die IAEA drängten: »Wir standen vollkommen allein.«

Dayans Leute waren zu pessimistisch. Israel hatte den besten Fürsprecher, den es haben konnte, nämlich den Präsidenten. Wenige Wochen nach dem Gipfeltreffen mit Eschkol teilte die CIA Johnson zum ersten Mal mit, Israel habe ihren Informationen zufolge

mindestens vier atomare Sprengköpfe hergestellt. Er befahl dem CIA-Direktor Richard Helms, den Bericht verschwinden zu lassen, und wie immer gehorchte Helms.

Die Schätzung der CIA war nicht das Ergebnis einer geheimdienstlichen Meisterleistung, erläuterte Carl Duckett, der 1968 als Abteilungsleiter für Wissenschaft und Technik in der CIA arbeitete, sondern eines Abendessens mit Edward Teller, dem berühmten Atomphysiker, der sich zeit seines Lebens mit Waffenbau beschäftigt hatte. Duckett hatte Teller in der Vergangenheit mit Informationen versorgt und hatte, wie er selbst zugab, großen Respekt vor ihm. Teller hatte das private Essen arrangiert, um eine sehr eindeutige Botschaft loszuwerden: »Er war überzeugt, Israel habe nun mehrere einsatzbereite Bomben.« Teller erzählte, er sei gerade aus Israel zurückgekehrt. Seine Schwester lebte in Tel Aviv, er war oft zu Besuch dort und hatte viele Kontakte in wissenschaftlichen und militärischen Kreisen. »Er hatte mit vielen alten Freunden geredet«, sagte Duckett, »und er machte sich Sorgen.« Teller legte Wert auf die Feststellung, er habe keine genauen Informationen über israelische Kernwaffen. Aber er habe den Eindruck, so Teller zu Duckett, die CIA warte auf einen israelischen Atomtest, bevor sie die israelische Kernwaffenkapazität endgültig einschätze. Das sei jedoch ein Fehler der CIA. »Die Israelis haben die Bombe, doch sie werden sie nicht testen. Vielleicht irren sie sich um ein paar Kilotonnen, wenn sie die Sprengkraft ihrer ungetesteten Bombe einschätzen - na und?« Duckett zeigte sich so beeindruckt, wie Teller es beabsichtigt hatte: »Das war der überzeugendste Hinweis von einem einzelnen, den ich während meiner ganzen CIA-Zeit bekam.«<sup>2</sup> Am nächsten Morgen berichtete er Helms von dem Gespräch. Die Wirkung der Information schätzte er so ein: »Ich kann Ihnen sagen, daß sich alle sehr große Sorgen machten.« Die Abteilung für Wissenschaft und Technik hatte gerade eine streng geheime Einschätzung der weltweiten Verbreitung von Atomwaffen herausgebracht, und Duckett ließ eine Ergänzung verteilen, die in Geheimdienstkreisen als »Memo to Holders« bezeichnet wird. »Sie war sehr kurz«, erinnerte sich Duckett. »Die Schlußfolgerung lautete, sie [die Israelis] verfügen über Kernwaffen.«

Zu dieser Schlußfolgerung hatte auch beigetragen, daß man in der CIA glaubte, die Israelis hätten etwas mit dem Verschwinden von ungefähr neunzig Kilogramm waffenfähigen Urans aus der Nuclear Materials and Equipment Corporation (NUMEC) zu tun, einer privaten Anreicherungsanlage in Apollo, Pennsylvania. Der Eigentümer der Firma, Zalman Mordecai Shapiro, ein rechtgläubiger Jude mit engen Bindungen nach Israel, behauptete, der Uranverlust - den Shapiro 1965 gemeldet hatte - sei ganz normal, eine unvermeidliche Nebenerscheinung des schwierigen Aufbereitungsprozesses. Duckett und viele andere Geheimdienstler glaubten das nicht. Duckett gestand, er habe keine Beweise, daß Shapiros Uran nach Israel gebracht worden sei, ging aber bei der Erstellung des Ergänzungsberichts davon aus. »Ausgehend von einer eher primitiven Technik hätte Israel mit dem Material von Shapiro vier Bomben herstellen können«, sagte Duckett, und in der ersten Fassung des Memorandums stand, es gebe neue Hinweise darauf, daß Israel über drei bis vier Atombomben verfüge. Außer dem Hinweis Tellers und dem Verdacht gegen Shapiro hatte die CIA wenig in der Hand, wie Duckett zugeben mußte. Die CIA hatte nicht klären können, ob Israel in Dimona eine unterirdische chemische Wiederaufbereitungsanlage gebaut hatte. Bei keiner militärischen Befehlsstelle und keinem israelischen Geheimdienst war ihr die Infiltration gelungen. Kein einziger Israeli mit Informationen über die Atomrüstung hatte seine Dienste den Amerikanern angeboten. Auch die National Security Agency mit ihrer elektronischen Lauschausrüstung sei keine große Hilfe gewesen, berichtete Duckett. Allerdings hatte sie schon früh den Hinweis geliefert, einige israelische Luftwaffenpiloten hätten das Abwerfen von Bomben auf eine Weise geübt, die nur sinnvoll sei, wenn Atombomben abgeworfen werden sollten. Doch obwohl das Material spärlich war, wollte Duckett in seinem streng geheimen schriftlichen Bericht darlegen, daß Israel eine Atommacht sei. Seine Einschätzung war mehr als heikel, und Duckett wußte das. Deshalb klärte er sie zuerst mit Dick Helms ab. Der CIA-Direktor verbot Duckett, den Bericht in irgendeiner Form zu veröffentlichen, und erklärte, er selbst werde die schlimme Nachricht dem Präsidenten überbringen. Helms ging also mit

den Duckett-Informationen ins Oval Office und überreichte sie dem Präsidenten. Johnson war außer sich vor Wut, und forderte Helms auf, das Dokument zu vernichten: »Niemand sonst darf davon erfahren, nicht einmal [Außenminister] Dean Rusk und [Verteidigungsminister] Robert McNamara.« Helms tat, wie ihm befohlen, aber nicht ohne Beunruhigung: »Helms wußte, er würde Ärger bekommen, wenn Rusk und McNamara erführen, daß er ihnen die Informationen vorenthalten hatte.«<sup>3</sup> Es kann kein Zweifel daran bestehen, warum Johnson Helms Informationen vernichtet haben wollte. Er wollte nicht wissen, was die CIA ihm zu sagen hatte, denn wenn er diese Information zur Kenntnis genommen hätte, wäre er zu einer Reaktion gezwungen gewesen. Der Präsident hatte jedoch 1968 nicht mehr die Absicht, etwas gegen die israelische Bombe zu unternehmen, wie Helms, Duckett, Walworth Barbour, William Dale und sehr wenige andere in der US-Regierung allmählich begriffen.

Moshe Dayans Alleingang bei der Aufnahme der vollen Produktion in Dimona barg ein großes Risiko in sich. Ein atomar bewaffnetes Israel könnte den Atomwaffensperrvertrag nicht mehr unterzeichnen, und als Folge würde Israel keine F-4-Flugzeuge von der Regierung Johnson bekommen. In dieser Frage blieb die Bürokratie in Washington unerbittlich, besonders das Pentagon mit Clark Clifford, der Ende Januar Robert McNamara als Verteidigungsminister abgelöst hatte. Clifford und seine Kollegen hatten keine Ahnung, welche Position der Präsident zum Thema Israel und Atomwaffensperrvertrag vertrat. Im Oktober 1968, einen Monat vor den Präsidentschaftswahlen, genehmigte Johnson den F-4-Verkauf offiziell, überließ jedoch die Einzelheiten über Lieferdatum und andere Modalitäten dem Verlauf der Verhandlungen. Paul C. Warnke, der für internationale Sicherheitsfragen zuständige Abteilungsleiter im Verteidigungsministerium, erinnerte sich, daß er damals dachte, es könnte noch die »winzige Chance« bestehen, Israel im Austausch gegen sofortige Lieferung zur Unterschrift des Atomwaffensperrvertrages zu bewegen. »Das wäre die Sache wert gewesen«, sagte er und bewies damit seine sachliche Haltung zum Nahen Osten.

Warnke bestellte Yitzhak Rabin zu sich, den neu ernannten israelischen Botschafter in Washington, und stellte ihm ein paar peinigende Fragen über die Bombe - Fragen, wie sie Rabin offenbar von einem höheren amerikanischen Beamten noch nie gestellt worden waren. »Ich wollte herausfinden, was sie tatsächlich hatten«, erinnerte sich Warnke, »und die Sache dann stoppen.« Rabin war aus der Fassung gebracht und bat Warnke um <lie Definition einer Atomwaffe. »Ich sagte«, erzählte Warnke, »Über eine Atomwaffe verfügt man, wenn man im einen Raum eine Abschlußvorrichtung und im anderen Raum einen atomaren Sprengkopf hat.<< Ein Berater Warnkes, Harry Schwartz, war bei dem Gespräch anwesend und erinnerte sich an eine schroffe Bemerkung Warnkes. »Herr Botschafter«, soll Warnke nach Schwartz gesagt haben, »wir sind über die Art und Weise schockiert, wie Sie mit uns umgehen ... Sie als unser enger Verbündeter stellen hinter unserem Rücken Atombomben her.« Rabin soll das weiterhin bestritten haben.

Der Botschafter war über dieses Gespräch natürlich erbost und leugnete später, daß über Atomwaffen geredet worden war. In seinen 1979 veröffentlichten Memoiren stellte Rabin die Unterredung anders dar. Es sei hauptsächlich darum gegangen, daß Warnke als Bedingung für den Verkauf der F-4-Kampfflugzeuge auf dem Recht der USA bestanden habe, jede israelische Waffenfabrik und jede Verteidigungseinrichtung, in der Forschung und Entwicklung betrieben wurden, vor Ort zu inspizieren. »Meine Reaktion als Entsetzen zu beschreiben, wäre eine grobe Untertreibung«, schrieb Rabin. »Ich saß wie betäubt da und spürte, wie mir das Blut zu Kopf stieg.« Nach dem Gespräch habe er bei den Freunden Israels im Kongreß und anderswo »lebhaft antichambriert«, um Unterstützung für den F-4-Verkauf zu bekommen. Rabin streute nicht nur Hinweise aus. Er und Generalmajor Mordecai Hod, der israelische Luftwaffen-Stabschef, sprachen mit einem der wenigen Amerikaner, die den Präsidenten vielleicht umstimmen konnten - Abe Feinberg. »Sie waren ganz aufgebracht«, erinnerte sich Feinberg. »Sie mußten sofort mit mir reden. 'Alles, was Sie wegen der Phantom-Jäger unternommen haben, ist nun nichts mehr wert. Clifford besteht auf dem Sperrvertrag.'« Fein-

berg hatte sich ein paar Wochen zuvor privat mit Johnson und Walter Rostow getroffen und gehört, wie der Präsident erklärte, es gebe »keine Bedingungen« für den F-4-Verkauf. »Also ging ich ans Telefon«, sagte er, »rief im Weißen Haus an und verlangte Rostow zu sprechen.« Der Nationale Sicherheitsberater war bei Clifford zum Essen, und Feinberg, der bei den Telefonistinnen im Weißen Haus wohlbekannt war, wurde dorthin durchgestellt. »Walt kam an den Apparat«, fuhr Feinberg fort, »und ich sagte: Walt, du und ich und der Präsident haben uns doch unterhalten, und Johnson sagte, es gebe keine Bedingungen.' Walt bestätigte das. Also sagte ich: -Wenn du an den Tisch zurückgehst, sag das Clifford.'« Clifford erwähnt diesen Vorfall in seinen Memoiren *Counsel to the President* von 1991 nicht. Er telefonierte mit dem Präsidenten, der Feinbergs Darstellung bestätigte. Als Paul Warnke später zu einer Konferenz seiner Mitarbeiter kam, die alle dafür waren, den F-4-Verkauf an die israelische Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag zu koppeln, zog er mit einer dramatischen Geste den Finger quer über seine Kehle. Der Sperrvertrag stand nicht mehr zur Debatte. Harry Schwartz erinnerte sich, wie Warnke den Dialog zwischen Clifford und Johnson wiedergab: »Clifford rief Johnson an, und LBJ sagte: »Verkaufen Sie ihnen alles, was sie wollen.« >Mr. President, ich möchte nicht in einer Welt leben, in der die Israelis Atomwaffen haben.« >Ich will davon nichts mehr hören.« Und Johnson legte auf.« Sehr ähnlich hatte sich Johnson am Anfang des Jahres gegenüber Dick Helms verhalten.

In seinen Memoiren geht Präsident Johnson voller Stolz auf die förmliche Zeremonie im Weißen Haus ein, bei der die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und mehr als fünfzig andere Staaten den Atomwaffensperrvertrag unterzeichneten. Der Vertrag, schreibt er, sei »das schwierigste und wichtigste ... Abkommen mit Moskau« gewesen, das während seiner Amtszeit ausgehandelt worden sei. Warum ließ er dann zu, daß die Israelis den Vertrag nicht unterzeichneten und verkaufte ihnen die F-4-Bomber trotzdem? Johnsons Entscheidung hatte mit Innenpolitik oder der starken jüdischen Lobby, die zu diesem Thema im Kongreß aktiv wurde,

nichts zu tun: Nixon hatte die Präsidentschaftswahlen von 1968 schon gewonnen, als das abrupt beendete Telefonat mit Clark Clifford stattfand. Es gibt auch keine Hinweise darauf, daß sich Johnson der israelischen Regierung wegen ihrer Unterstützung seiner Vietnampolitik verpflichtet fühlte; trotz dieser Unterstützung waren die amerikanischen Juden in ihrer großen Mehrheit gegen den Vietnamkrieg. »1967 kam eines Tages ein ganzes Rudel Rabbis zu mir und forderte mich auf, ich solle keinen einzigen Schraubenzieher mehr nach Vietnam schicken«, beschwerte sich der Präsident Ende 1968 beim israelischen Außenminister Abba Eban, »aber andererseits sollten wir mit unseren sämtlichen Flugzeugträgern in die Straße von Tiran fahren, um Israel zu helfen.«

Es gibt keine einleuchtende Erklärung dafür, warum Johnson sich weigerte, die israelische Atomrüstung zur Kenntnis zu nehmen. Mit dem Verkauf der F-4 hatte er Israel sogar ein Hochleistungsflugzeug in die Hand gegeben, das eine Atombombe auf einem Kamikazeflug bis Moskau tragen konnte. Johnson mußte das wissen. Vielleicht war *es* nur sein Abschiedsgeschenk an das israelische Volk und seine Art und Weise, die Loyalität Abe Feinbergs zu honorieren.

Es steht außer Frage, daß Feinberg mit seiner zwanzigjährigen Erfahrung als jüdischer Spendenbeschaffer und Lobbyist einen überaus großen Einfluß auf Johnson ausübte. In der Johnson Library existieren Dokumente, aus denen hervorgeht, daß auch für die höchsten Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates der Grundsatz galt, jedes von Feinberg angeschnittene Thema müsse behandelt werden. Ende Oktober 1968 zum Beispiel bekam Rostow von einem Berater des Weißen Hauses eine Notiz über die israelischen Presseberichte über das »Sperrvertrag-Phantom-Problem ... nur damit Sie ein paar Fakten für ihre Gespräche mit Feinberg in der Hand haben ...«

Die israelische Regierung belohnte Feinberg 1968 für seine Dienste mit dem Löwenanteil der Franchising-Rechte für die Abfüllung von Coca-Cola in Israel - ein Geschäft, das bald viele Millionen Dollar abwarf.<sup>4</sup>

Feinbergs Rolle als Spendenbeschaffer war im Weißen Haus ein-

zigartig. Die Mittel wurden manchmal direkt Walter Jenkins übergeben (dem persönlichen Vertrauten des Präsidenten), oder anderen politischen Beamten im Weißen Haus - nicht aber Vertretern der Demokratischen Partei. Andere Männer des jüdischen politischen Establishments wie Arthur Krim, New Yorker Anwalt und Präsident von United Artists, beschafften große Geldsummen für die Demokratische Partei. Feinberg hatte einen anderen Status, wie sich Myer Feldman erinnerte, Johnsons Berater für jüdische Angelegenheiten: »Abe beschaffte nur Bargeld, und wohin es floß, wußte nur er.«

Feinberg gestand, er habe eine Sonderrolle gespielt: »Viele Leute spendeten, soviel sie konnten, aber sie wollten nicht, daß dies öffentlich bekannt wurde. Deshalb arrangierten sie die vertrauliche Übergabe von Cash. Das war oft sehr umständlich und wurde unter vier Augen abgewickelt. Spenden zu beschaffen, kann eine sehr demütigende Aufgabe sein. Leute, vor denen man keinerlei Respekt hat, können sich erlauben, einen wie Dreck zu behandeln.« Feinbergs Sonderstatus wurde einigen Mitarbeitern des Weißen Hauses klar. Die Presse berichtete am 14. Oktober 1964, Walter Jenkins sei eine Woche zuvor in der Toilette eines Washingtoner CVJM-Hauses wegen Anstiftung zur Homosexualität festgenommen worden. Die Festnahme erfolgte drei Wochen vor den Präsidentschaftswahlen von 1964. Johnson war in New York, als die Nachricht, die er hatte unterdrücken wollen, an die Öffentlichkeit drang. Er sorgte dafür, daß er und andere aus dem Weißen Haus sich von diesem skandalträchtigen Vorfall würdevoll distanzieren. Es galt jedoch, ein drängendes Problem zu lösen: Mindestens 250 000 Dollar in bar, die Feinberg gesammelt hatte, lagen in Jenkins' Safe und mußten herausgeholt werden. Johnson telefonierte mit Feldman und befahl ihm und Bill Moyers, einem anderen Vertrauten und Redenschreiber des Präsidenten, Jenkins' Safe zu leeren. Feldman war von diesem Auftrag nicht überrascht: »Jenkins war der einzige, der über alles Bescheid wußte, was vor sich ging. Er hatte sich, seit Johnson in den Kongreß kam, von allem Notizen gemacht - Berge von stenographischen Notizen.« Feldman wußte auch, daß Jenkins besonders in Fragen der nationalen Sicherheit Johnsons Vertrauen genoß. Was er und Moyers

aDerdings nicht wußten, war, daß sie Feinbergs Kollekte finden würden. »Bill sagte: -Was sollen wir damit tun?« Ich sagte: »Ich weiß es nicht. Kümmere du dich drum.« Das Geld war in einer Akten- tasche.

Als Moyers Anfang 1991 zu dem Vorfall befragt wurde, sagte er, er könne sich nicht mehr genau erinnern, aber er gab zu: »Die Umstände brachten mich zu der Annahme«, Jenkins unterhalte in seinem Safe ein privates Geldversteck. »Ich glaube, es war ein pri- vater Fonds. Damals wurde in Washington eine Menge Bargeld hin- und hergeschoben.«» Auf die Nachfrage, ob das Geld für den Wahlkampf der Demokraten gedacht gewesen sei, sagte Moyers: »Das weiß ich nicht, und ich weiß auch nicht, was damit geschah. Wenn jemand nach Geld roch, wurde er immer zu Walter ge- schickt. Er war der Kontaktmann für die Spender, und er nahm seine Geheimnisse mit sich ins Grab.«»

Moyers ist heute durch das Fernsehen sehr bekannt. Er erinnerte sich, daß er während Johnsons Präsidentschaft »von einem Mann aus North Carolina« aufgesucht wurde. »Er war von Walters Büro, da Walter gerade nicht da war, zu mir geschickt worden. Er hatte eine lederne Aktentasche dabei, die er in meinem Büro liegen- ließ. Als ich das merkte, schickte ich ihm schnell meine Sekretärin hinterher.« Der Mann wurde am Westeingang eingeholt, aber er wollte die Tasche nicht mitnehmen. Moyers: »Er sagte: »O nein, ich habe sie absichtlich dagelassen, für Jenkins und Moyers.« Ich habe dann meiner Sekretärin gesagt, sie solle die Mappe zu Mil- dred [Walter Jenkins' Sekretärin] bringen.«

Präsident Johnson, berichtete Moyers weiter, »wollte jede Gele- genheit nutzen. Er nahm Geld von Freunden wie von Gegnern, weil er einfach dachte, das System funktioniere eben auf diese Weise. Entscheidungen wurden nicht durch das Geld beeinflusst, aber das Geld eröffnete uns Möglichkeiten.« Zu Feinbergs Rolle befragt, antwortete Moyers: »Ich war immer der Meinung, daß Abe Feinberg einen großen Einfluß auf Johnson ausübte; er spiel- te eine wichtige Rolle.«

Harry Schwartz, Paul Warnkes Stellvertreter, der Anfang 1991 starb, hatte besonderen Grund zur Enttäuschung darüber, daß die Regierung Johnson Israel nicht zur Unterzeichnung des Atom-

waffensperrvertrags bewegen konnte. Ein Jahr zuvor war zu seiner Verblüffung eine Gruppe israelischer Militärattaches in seinem Büro im Pentagon erschienen und hatte ihn um ein LABS (Low Altitude Bombing System) für Atombomben gebeten. Dieses computergesteuerte Leitsystem errechnet die Zeit zwischen Abwurf und Zündung einer Atombombe, damit das Flugzeug nicht von der Explosion zerstört wird. »Ich habe sie einfach ausgelacht«, erzählte Schwartz. Die Israelis wiesen auf die Verstärkung der ägyptischen Armee hinter dem Sueskanal hin und betonten, das LABS werde nur gebraucht, um hochexplosive Bomben auf die ägyptischen Stellungen zu »kippen«. Schwartz: »Meine Antwort war: Jeder Amerikaner, der Ihnen für diesen Zweck ein solches System verkauft, ist verrückt, und ich bin nicht verrückt.«

Am Anfang von Nixons Amtszeit fand eines Mittags ein privater Lunch unter Freunden mit Botschafter Rabin statt. Es war schon einige Zeit nachdem die F-4-Lieferungen nach Israel begonnen hatten. Schwartz brachte das Gespräch auf die israelische Bombe. Israel behauptete offiziell immer noch, es existiere lediglich die Option zum Bau von Atomwaffen: »Ich denke, Sie sollten so weitermachen wie im Augenblick. Werfen Sie nie eine [Bombe] ab, denn sonst wird Ihre kleine Regierung verschwinden. Die Sowjets haben Ihr Land garantiert im Visier.«

»Mr. Schwartz«, antwortete Rabin nach einem Augenblick des Nachdenkens seelenruhig, »halten Sie uns für verrückt?«

## Der Tunnel

Ihre besten Leistungen haben die Israelis immer dann vollbracht, wenn kein Mensch sie wahrnehmen konnte. Zu den riesigen unterirdischen Laboratorien in Dimona gab es bereits beim jüdischen Kampf gegen die britische Mandatsmacht in Palästina eine Parallele. Die britischen Behörden hatten sich den Zorn David Ben Gurions und seiner Anhänger zugezogen, weil sie streng auf die Einhaltung der Beschränkungen achteten, die der jüdischen Einwanderung nach Palästina im Jahr 1939, nach dreijährigen arabischen Aufständen, auferlegt worden waren. Damals hatte die britische Mandatsmacht verhindert, daß Hunderttausende osteuropäischer Juden eine Zuflucht vor dem Holocaust fanden. Nach dem Weltkrieg wurde nun den Überlebenden abermals die Chance verweigert, auf legalem Wege nach Palästina einzuwandern. Viele standen verzweifelt vor einem Dilemma: Entweder dorthin zurückzukehren, wo sie vor dem Krieg gewohnt und gelebt hatten (sofern von ihren Existenzen etwas übrig war), oder in den deprimierenden und überfüllten Lagern für Verschleppte in Europa zu bleiben.

Die zahlen- und waffenmäßig völlig unterlegenen Kämpfer der Haganah, der jüdischen Untergrund-Kampftruppe, mußten sich in dem Guerillakrieg gegen die britischen Truppen auf ihre Intelligenz und Entschlossenheit verlassen. Eine entscheidende Rolle spielte eine besonders einfallsreiche Anlage, die als ganz normaler landwirtschaftlicher Kibbutz getarnt war. Er wurde 1946 ungefähr zwanzig Kilometer außerhalb von Tel Aviv neben einem großen britischen Militärstützpunkt gebaut. Das Verwaltungsgebäude des Kibbutz wurde wie zufällig ungefähr achthundert Meter neben dem Stützpunkt errichtet. »Das ganze Ding diente nur der Täuschung«, erinnerte sich Abe

Feinberg. Er war im Jahr zuvor von Ben Gurion »angeworben« worden, um Geld für diese und andere Guerillaoperationen zu beschaffen. Der Kibbuz verbarg eine unterirdische Fabrik, in der Munition für die Sten-Maschinenpistole hergestellt wurde, die wichtigste Waffe der Haganah. Das Metall für die Patronen war, getarnt als Lippenstiftgehäusen, nach Israel verschifft worden und hatte den britischen Zoll ohne Beanstandung passiert. Die unterirdische Fabrik war, sagte Feinberg, in siebenundzwanzig Tagen »in den Boden geschaufelt« worden. Die Männer und Frauen, die unterirdisch arbeiteten, wechselten mit landwirtschaftlicher Arbeit ab; nach einer Schicht in der Waffenfabrik mußten sich die Arbeitskräfte die Schuhe schmutzig machen und sich von UV-Lampen bestrahlen lassen, damit bei den Briten und anderen der Eindruck entstand, die Arbeiter hätten in aller Unschuld Getreide angebaut oder die Kühe und Schafe des Kibbuz versorgt. In den nächsten zwei Jahren waren britische Soldaten und Offiziere - ohne Verdacht zu schöpfen - Dauerkunden der Bäckerei und der Wäscherei des Kibbuz, wo ihnen diese Dienste bereitwillig angeboten wurden. Feinberg erinnerte sich, daß ein paar britische Soldaten sogar Freitag abends zu den Sabbat-Essen des Kibbuz kamen. Heute ist in der unterirdischen Munitionsfabrik das Ayalon-Museum; es wird regelmäßig von israelischen Schulklassen besucht.

Die Wiederaufbereitungsanlage von Dimona stand etwa hundert Meter vom Reaktor entfernt und sah auf den ersten Blick wie ein gewöhnliches Verwaltungsgebäude aus. Es war ein unauffälliges, zweistöckiges, fensterloses Haus mit einer Grundfläche von etwa fünfundzwanzig mal sechzig Metern. In dem Gebäude waren eine Kantine, Waschräume für die Arbeiter, ein paar Büros, Lagerräume und eine Luftfilteranlage untergebracht. Das Gebäude hatte dicke, verstärkte Wände - in Anbetracht seiner Lage keine ungewöhnliche Sicherheitsmaßnahme. Auch im Inneren war kein Hinweis darauf zu entdecken, was rund vierundzwanzig Meter tief unter der gesamten Grundfläche des Gebäudes verborgen war: Eine hochautomatisierte Wiederaufbereitungsanlage auf sechs Ebenen. Eine Wand mit Aufzugtüren im obersten Stockwerk wurde jedes-

mal zugemauert, bevor ausländische Besucher, wie zum Beispiel das amerikanische Inspektionsteam unter der Leitung von Floyd Culler, das Gebäude betreten durften. (In den sechziger Jahren vermerkte Culler in seinen offiziellen Berichten, sein Team habe in Dimona frisch verputzte und bemalte Wände bemerkt.) Es ist nicht bekannt, ob jemals ein Außenstehender die Wiederaufbereitungsanlage betreten hat. Daß sie definitiv existiert, wurde erst 1986 bekannt: Die Londoner *Sunday Times* veröffentlichte einen außergewöhnlichen Insiderbericht, der sich auf ausführliche Interviews mit einem einunddreißigjährigen marokkanischen Juden namens Mordecai Vanunu stützte.

Vanunu kam im August 1977 als Techniker nach Dimona und arbeitete die nächsten acht Jahre lang an verschiedenen Aufgaben in der Wiederaufbereitungsanlage, die den Beinamen »Tunnel« bekommen hatte. In der Wiederaufbereitungsanlage wurde mit hoch radioaktiven Materialien gearbeitet. Sie war der Hochsicherheitstrakt von Dimona. Nur 150 der 2700 Mitarbeiter arbeiteten hier. Für den Zugang war ein spezieller Passierschein erforderlich, und jede Bewegung innerhalb der Anlage (sogar der Gang zur Toilette) konnte von Kameras überwacht werden. Er hatte ständig Schwierigkeiten wegen seiner offen geäußerten proarabischen Ansichten und wurde Mitte 1985 im Rahmen der Sparmaßnahmen der Regierung entlassen. Dagegen legte Vanunu über seine Gewerkschaft Einspruch ein, und bekam prompt seinen Job wieder, weil die Gewerkschaften in Israel sehr mächtig sind. Nun schmuggelte er bei einer Nachtschicht eine Kamera in die Wiederaufbereitungsanlage, ging unentdeckt ungefähr vierzig Minuten lang herum und machte fünfundsiebzig Farbaufnahmen. Ein paar Wochen später wurde er wieder entlassen, weil er auf einer Araberversammlung einen Palästinenserstaat gefordert hatte. Auch dieses Mal konnte Vanunu, abermals mit Unterstützung seiner Gewerkschaft, vom Management in Dimona eine Abfindung und ein gutes Zeugnis erpressen.

Eine Verquickung von Umständen - Unzufriedenheit mit seinem Leben, Kummer über die Behandlung der Araber in Israel, sein Wissen über Dimona - trieb ihn zur Auswanderung nach Australien und schließlich in die Redaktion der *Sunday Times* in Lon-

don. Die Herausgeber und Reporter der Zeitung waren natürlich skeptisch gegenüber Vananus Bericht über die Vorgänge in Dimona. Die Fotos, die er gemacht hatte, gaben jedoch schließlich den Ausschlag, und er wurde für glaubwürdig gehalten. Aber auch bei den Gesprächen mit der *Sunday Times* wurde er vom Mossad sorgfältig observiert, dessen Agenten enge Verbindungen zur Fleet Street unterhalten. Noch vor Veröffentlichung der Story in der *Sunday Times* waren Abzüge von einigen sensationellen Fotos in die Hände eines israelischen Geheimdienstagenten in London geraten. Er hatte sich als amerikanischer Zeitungsreporter getarnt. Die Bilder wurden per Kurier ins Büro von Premierminister Shimon Peres geschickt. Peres beauftragte den Mossad, Vanunu in London zu kidnappen und in israelischen Gewahrsam zu bringen. Aus diplomatischen Gründen konnten sie Vanunu jedoch in England nicht entführen. Also wurde der einsame Vanunu von einer attraktiven Mossad-Agentin namens Cindy Hanin Bentov ein paar Tage vor der Veröffentlichung der Fakten von London nach Rom gelockt. Einem Mitglied seiner Familie berichtete Vanunu später, er sei in Rom mit einem Taxi in eine Wohnung gebracht, dort unter Drogen gesetzt, dann per Schiff nach Israel gebracht und dort vor Gericht gestellt worden. Zur Zeit sitzt er in Israel eine achtzehnjährige Haftstrafe in einem Hochsicherheitsgefängnis ab.

Vananus Interview mit der *Times* und seine Fotos der meisten Produktionseinheiten im Tunnel waren die ersten unwiderleglichen Beweise, daß Israel in der Lage war, nukleare Waffen herzustellen. Jetzt bekamen auch die amerikanischen Geheimdienste umfassende Auszüge aus den Notizen, die bei dem Interview mit Vanunu gemacht worden waren; diese Aufzeichnungen, die auch der Autor teilweise einsehen konnte, enthielten viel detailliertere Angaben über die inneren Abläufe von Dimona als das veröffentlichte Material. Die höheren amerikanischen Beamten, darunter Experten der Atomwaffenproduktion und der Atomspionage, waren einhellig der Meinung, die unveröffentlichten Vanunu-Notizen seien absolut glaubwürdig. Vanunu hatte auch eine Aufschlüsselung der Funktionen jeder einzelnen Einheit im Tunnel geliefert. Ein Geheimdienstmann, der sich seit Ende der sechziger

Jahre mit dem Atompotential Israels befaßt hatte, meinte verblüfft: »Diese Produktionsstätte ist viel größer, als wir dachten. Das ist eine gewaltige Leistung.«

Die umfassendste Analyse von Vanunus Aussagen und Fotos wurde von der Division Z durchgeführt, einer speziellen Aufklärungseinheit in den Livermore-Laboratorien. Die Experten gelten als Koryphäen auf dem Gebiet der Proliferation. Die Division Z ist für die Analyse ausländischer Atomwaffenpotentiale zuständig (vor allem des sowjetischen). »In der Division Z wurde [nach Erhalt des Vanunu-Materials] nur noch über Zahlen diskutiert«, erinnerte sich ein früherer Beamter des Weißen Hauses, der mit Proliferation befaßt war. Vanunu sagte gegenüber der *Sunday Times*, seiner Meinung nach belaufe sich das israelische Arsenal auf über zweihundert Sprengköpfe, eine erstaunlich hohe Zahl. Bis in die achtziger Jahre hinein war man in der CIA und der Defense Intelligence Agency nur von vierundzwanzig bis dreißig israelischen Sprengköpfen ausgegangen. »Nach allem, was die Division Z wußte«, ergänzte der Mitarbeiter des Weißen Hauses, »paßten solche Zahlen jedoch nicht zu dem, was man [auf Vanunus Bildern] sehen konnte.«

Vanunus Material gab keine Hinweise auf zusätzliche Kühlkapazitäten für den Reaktor von Dimona. Der Ausstoß hätte für die Produktion von Plutonium für zweihundert Sprengköpfe dramatisch ansteigen müssen. Teile des Interviews wurden jedoch nicht veröffentlicht und auch der Division Z nicht zur Verfügung gestellt. Darin erklärte Vanunu, im Reaktor seien neue Kühlkapazitäten gebaut worden, während er in Dimona angestellt gewesen sei.<sup>1</sup> Amerikanische Proliferations-Experten hatten unabhängig davon im letzten Amtsjahr Präsident Carters erfahren, daß die Kühlkapazitäten in Dimona drastisch erhöht worden seien. Das war eine weitere Bestätigung von Vanunus Glaubwürdigkeit und ein Beweis dafür, daß der Reaktor auf höherem Niveau arbeiten und mehr Plutonium produzieren konnte.

Vanunus Aufnahmen von Modellen der israelischen Atombomben, die offenbar im Maßstab 1 : 1 gebaut worden waren, interessierten die USA besonders.<sup>2</sup> Kopien dieser Fotos wurden Wafkonstrukteuren in den Laboratorien von Los Alamos und

Livermore zur Auswertung und Analyse vorgelegt. Diese Fachleute rekonstruierten anhand der Fotos die israelischen Waffen. Auch mit sowjetischen Waffen war schon so verfahren worden. Die Fachleute kamen zu dem Ergebnis, Israel sei in der Lage, eine der höchstentwickelten Waffen des nuklearen Arsenal herzustellen - eine Neutronenbombe mit niedrigen Detonationswerten. Solche Waffen bauten die Amerikaner schon seit Mitte der siebziger Jahre. Neutronenbomben entfalten eine verstärkte Strahlung und eine relativ geringe Druck- und Hitzewelle, so daß in einem begrenzten Areal alles Leben vernichtet wird, Gebäude und Maschinen aber weitgehend intakt bleiben. Die Waffe ist im Grunde eine zweistufige thermonukleare Bombe, die nach dem Prinzip arbeitet, die Freisetzung von Neutronen durch die Verschmelzung von Tritium und Deuterium (beides Nebenprodukte des Wasserstoffs) zu maximieren (statt durch Lithiumdeuterid). Vanunus Material half den amerikanischen Fachleuten auch dabei, die Entwicklung des israelischen Atomwaffenarsenals zurückzuverfolgen. Vanunu berichtete zum Beispiel, im Tunnel habe die Einheit 92 seit den sechziger Jahren sehr sorgfältig Tritium aus schwerem Wasser extrahiert, was darauf hindeutet, daß die Physiker von Dimona - getreu Levi Eschkols Forderung nach beschleunigter Forschung - sich gleich nach Aufnahme der Produktion in Dimona darum bemühten, »Atombomben der zweiten Generation« zu bauen. Die USA begannen Anfang der fünfziger Jahre, mit diesem Verfahren zu experimentieren. Eine dramatische Steigerung der Zerstörungskraft einer einstufigen Spaltungsbombe ist die Folge. Vanunu berichtete der *Sunday Times* weiter, er sei 1980 nach einem Auslandsurlaub zur Arbeit in einer neuen Produktionsanlage für Lithium-6 eingeteilt worden, einem weiteren wichtigen Bestandteil der Wasserstoffbombe. 1984 sei dann eine neue Anlage (Einheit 93) zur Produktion von Tritium in großem Maßstab in Betrieb genommen worden.

Nach der Beschreibung Vanunus (der Autor hat sich diese Informationen in späteren Interviews mit israelischen Beamten bestätigen lassen) besteht Dimona aus dem Reaktor und damals mindestens acht anderen Gebäuden, von denen die chemische

Wiederaufbereitungsanlage das wichtigste ist. Jeder Trakt arbeitet unabhängig von den anderen. Die silberne Kuppel des großen Reaktors hat dreißig Meter Durchmesser und ist von der nahen Autobahn gut sichtbar. Die Uranbrennstäbe bleiben drei Monate lang im Reaktor, der von schwerem Wasser gekühlt und moderiert wird. Das schwere Wasser selbst wird von gewöhnlichem Wasser gekühlt. Dieses fließt durch einen Wärmetauscher, wobei Dampf entsteht, der - in einem normalen Kernkraftwerk - eine Turbine antreiben und Elektrizität herstellen würde. In Trakt 1 jedoch wird der Dampf in die Atmosphäre abgelassen, wobei eine radioaktive Wolke entsteht.<sup>3</sup> Trakt 2 ist die chemische Wiederaufbereitungsanlage. In Trakt 3 wird Lithium-6 in einen Festkörper umgewandelt, damit es in einen Atomsprengkopf eingebracht werden kann, und Natururan wird für den Reaktor aufbereitet. Trakt 4 ist eine Anlage zur Behandlung des radioaktiven Abfalls aus der chemischen Wiederaufbereitungsanlage in Trakt 2. In Trakt 5 werden die Uranbrennstäbe aus Trakt 3 mit Aluminium umhüllt, bevor sie im Reaktor verbraucht werden. Wenn die Brennstäbe einmal in den Reaktorkern eingebracht sind, liefern sie den Brennstoff, der für eine Kettenreaktion notwendig ist, und fangen waffenfähige Plutoniumisotope ein. In Trakt 6 werden grundlegende Dienstleistungen erbracht und die Energieversorgung geregelt. In Trakt 8 ist ein Labor zum Testen von Proben und zum Experimentieren mit neuen Fertigungsprozessen; hier sitzt auch die Spezialeinheit 840, in der israelische Wissenschaftler eine Methode der Gaszentrifugierung zum Anreichern von Uran für militärische Zwecke entwickelt haben. Auch in Trakt 9 gibt es eine Wiederaufbereitungsanlage zur Anreicherung von Uran. Abgereichertes Uran (mit einem sehr geringen Anteil Uran-235) wird in Trakt 10 chemisch isoliert und an die israelischen Streitkräfte geliefert oder an europäische oder andere Waffenhersteller verkauft. Es wird bei Geschossen, bei Bomben oder Artilleriegranaten verwendet. Uran hat ein erheblich höheres spezifisches Gewicht als Blei, und Geschosse, die damit »beschwert« sind, haben aufgrund ihrer höheren Masse auch eine größere Durchschlagskraft. Solche konventionellen Geschosse durchschlagen dicke Panzerplatten und spielen in modernen Waffenar-

senalen eine große Rolle.<sup>4</sup> Die wichtigste Anlage von Dimona ist natürlich die Wiederaufbereitungsanlage in Trakt 2, wo Vanunu die meiste Zeit arbeitete. Hier wird das Plutonium, ein Nebenprodukt des Spaltungsprozesses im Reaktor, mit chemischen Mitteln aus den abgebrannten Uranstäben herausgelöst. Das restliche Uran wird dann wiederaufbereitet und für die Wiederverwendung in neuen Brennstäben vorbereitet. In den sechs unterirdischen Ebenen des Tunnels gibt es mindestens neununddreißig separate Einheiten, deren wichtigste die Produktionshalle ist, wo die abgebrannten Uranstäbe wiederaufbereitet werden. Vor der Wiederaufbereitung jedoch müssen die Stäbe wochenlang in wassergefüllten Tanks gekühlt werden; dadurch wird ihre Radioaktivität auf weniger als ein Tausendstel reduziert. Aber selbst dann noch ist die radioaktive Strahlung der Stäbe tödlich, weshalb sie immer mit Fernbedienung und hinter einer Bleiabschirmung bewegt werden. Die Produktionshalle des Tunnels erstreckt sich unterirdisch von Ebene 1 bis Ebene 4. Die Arbeit dort wird von einer großen Steuerungszentrale aus überwacht. Dazu gehört auch ein Beobachtungsbereich, der von den Technikern »Goldas Balkon« genannt wird - als Reaktion auf die häufigen Besuche Golda Meirs in Dimona, nachdem sie 1969 Premierministerin geworden war. Laut Vanunu wurden pro Woche durchschnittlich neun »Knöpfe« aus reinem Plutonium mit zusammen 1,2 Kilogramm Gewicht produziert.

Das Plutonium wird maschinell in einem abgeschirmten Bereich in Ebene 5 hergestellt, dem einzigen Stockwerk des Tunnels, zu dem Vanunu keinen Zutritt hatte. Schließlich beschaffte er sich aber einen Schlüssel und fand eine Reihe separater Räume - aus Sicherheitsgründen voneinander isoliert -, wo das waffenfähige Plutonium, jetzt in Metallform, in versiegelten und mit Argon, einem Schutzgas, gefüllten Handschuharbeitskästen lagert. Die Handschuharbeitskästen sind so konstruiert, daß die Techniker außerhalb des »heißen« Bereichs stehen und ferngesteuerte roboterähnliche Vorrichtungen von Hand bedienen können, um die Plutoniumkügelchen in mikroskopisch kleine Halbkugeln zu formen, die dann in die Atomsprengköpfe eingebracht werden. Auch andere Chemikalien, die im israelischen Atomwaffenarsenal

benötigt werden (Lithiumverbindungen, Beryllium u. a.), werden in Ebene 5 maschinell hergestellt. Solche Arbeiten erfordern erstklassige Präzisionsgeräte: Jeder mikroskopisch kleine Fehler an der inneren Oberfläche eines Bombenkerns kann eine deutliche Verminderung der Detonationswirkung oder einen »Blindgänger« zur Folge haben. Die zulässigen Toleranzen sind für einen Außenstehenden nur schwer verständlich: Die Halbkugel eines amerikanischen Plutoniumsprengkopfs zum Beispiel darf von ihrer vorgeschriebenen Dicke um keine fünf Zehntausendstel eines Zolls abweichen - das ist ungefähr ein Sechstel des Durchmessers eines Menschenhaares.

Wenn die Waffenteile fertig sind, werden sie von bewachten Autokonvois ohne Kennzeichen in eine andere Fabrik im Norden des Landes gefahren, die Vanunu niemals gesehen hat. Dort werden sie zu Sprengköpfen zusammengesetzt. Israelische Beamte haben mir berichtet, die Endmontage der Sprengköpfe werde in einer militärischen Anlage nördlich von Haifa gemacht, die von Rafael betrieben würde, der streng geheimen israelischen Forschungs- und Produktionsagentur, die für Israels geheime Waffen zuständig ist.

Laut Vanunu blieb der Tunnel an vierunddreißig Wochen im Jahr rund um die Uhr in Betrieb. Von Juli bis November wurde er dann für routinemäßige Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten geschlossen. Amerikanische Atomfachleute, die Vanunus Bericht gelesen hatten, meinten, in Dimona werde abgebranntes Uran überwiegend mit Routinemethoden wiederaufbereitet. Die industriellen Lösemittel und Lösungen, die von den Israelis benutzt werden, sind die gleichen, die auch in der Anlage von Savannah River in Aiken (South Carolina) zum Einsatz kommen, wo seit Mitte der fünfziger Jahre die modernsten Schwerwasser-Produktionsreaktoren in Betrieb sind.

Erstaunlich war allerdings der Umfang der israelischen Tätigkeit. Wenn Vanunus Berichte über die Kapazitäten der Plutonium-Wiederaufbereitung der Wahrheit entsprechen - eine kontinuierliche Produktion von 1,2 Kilogramm pro Woche -, dann könnte der Reaktor Material für vier bis zwölf oder mehr Bomben pro Jahr liefern. Die definitive Zahl hängt von der Konstruktion der Sprengköpfe ab. Außerdem müßte der Reaktor 120 bis 150 Megawatt leisten, mehr als das Fünffache seines offiziellen Ausstoßes, und jährlich fast 100 Tonnen Uranerz verbrauchen.<sup>5</sup> Einige amerikanische

Experten glauben, Vanunus Angaben könnten Spitzenwerte sein und nicht der durchschnittliche Ausstoß, obwohl sie nicht an der Glaubwürdigkeit seiner Aussagen zweifeln. Doch selbst unter der Annahme einer verminderten Produktion könnte Dimona immer noch jährlich 16 bis 20 Kilogramm waffenfähigen Plutoniums herstellen; das wäre genug für vier bis fünf Sprengköpfe.

Die amerikanischen Experten waren besonders vom unterirdischen Standort und der ausgeklügelten Konstruktion der Wiederaufbereitungsanlage von Dimona beeindruckt. »Sie müssen verstehen«, erläuterte ein Amerikaner, »daß Trakt 2 so raffiniert ist, weil es so >heiß< ist. Die Radioaktivität ist außerordentlich hoch. Man braucht meterdicke Bleiwände, Leute in Schutzanzügen, Roboter. Man muß höllisch vorsichtig sein, damit das Ganze geheim bleibt. Also geht man tief nach unten.« Dadurch wiederum erhöhten sich die Kosten für Lüftungsschächte, Ansaugrohre und Ventilatoren, von den normalen Baukosten ganz zu schweigen. Die unterirdische Bauweise brachte auch enorme Konstruktionsrisiken mit sich, die nur durch meisterhafte Planung und erstklassiges Expertenwissen bewältigt werden konnten. Die Konstrukteure zum Beispiel, die für die amerikanische Atomenergiekommission die Anlage von Savannah River in South Carolina bauten, setzten die dicken, bleibewehrten Türen, die die Belegschaft schützten, auf speziell gefertigte bewegliche Schlitten. Die Türen werden von ferngesteuerten Motoren geöffnet und geschlossen. »Wir haben die Türen nicht oft genug bewegt«, erzählte der Amerikaner, »und die Schlitten wurden flachgedrückt. Die Türen waren zu schwer; wir haben einfach die physikalischen Verhältnisse falsch eingeschätzt. Wir mußten die ganze Anlage abschalten und die Türen ersetzen. Wir haben das vorher nicht getestet, weil wir einfach nicht daran dachten.«

Der Beamte war der Meinung, es sei durchaus möglich, daß die Israelis von Anfang an solche Probleme vermeiden wollten, und zu diesem Zweck die Anlage von Savannah River in den USA

ausspioniert hatten. »Eine solche Information ist nicht streng geheim - es ist stupides Zeug, das eben gemacht werden muß. Aber diese Art von -Spionage« ist entscheidend, wenn man nicht

das Rad noch einmal erfinden will. Alles, was man darüber herausfinden kann, was andere gelernt haben, bringt einen gleich ein ganzes Stück weiter.« Beauftragt war Binyamin Blumbergs Büro für Spezialaufgaben, das Mitte der siebziger Jahre als das LAKAM bekannt wurde (Verbindungsbüro des israelischen Premierministers für Fragen wissenschaftlicher Beziehungen). Blumbergs Agenten waren auf der ganzen Welt im Einsatz, sammelten jede verfügbare technische Information und gründeten in Europa und Lateinamerika Briefkastenfirmen, über die sie von den Amerikanern High-Tech-Geräte kauften, die nach Israel nicht exportiert werden durften.

Ein weiterer hochempfindlicher Bereich war die Robotertechnik. Das erste Anwendungsgebiet für Roboter waren die Laboratorien mit »heißen Waffen« in den USA, in denen Menschen nicht arbeiten konnten. Die erforderliche Genauigkeit bei der Bearbeitung und Anordnung der dünnen Plutoniumhalbkugeln für Atomwaffen der zweiten Generation erzwang auf dem Gebiet der Fernsteuerung enorme Fortschritte. Aharon Katzir (früher Katchalsky) wurde wie Ernst Bergmann eine geistige Stütze der israelischen Atomenergiekommission. Für seine Forschungen auf dem Gebiet der Robotertechnik am Weizman-Institut wurde er weltberühmt. Katzir erschien mit seinen Forschungsapparaturen sogar am 3. Dezember 1966 auf dem Titelbild des *Saturday Review Magazine*; der Artikel trug den Titel: »Der erste Roboter mit Muskeln.« Er berichtete über Katzirs Pionierleistungen beim Umwandeln von chemischer Energie in Bewegungsenergie. Katzirs Team am Weizman-Institut konzentrierte sich auch auf die Entwicklung künstlichen Muskelgewebes für den Bau von Robotern. Seine Projekte wurden vom Büro der US-Luftwaffe für wissenschaftliche Forschung finanziell massiv gefördert; das Hauptinteresse der Luftwaffe galt dem Einsatz von Robotern bei der Weltraumforschung. Die Verantwortlichen bei der Air Force hatten keine Ahnung davon, daß sie damit auch einen Beitrag zur Weiterentwicklung des israelischen Atomwaffenarsenals leisteten; außer-

dem wußten sie nicht, daß Katzir hauptsächlich in Dimona arbeitete und nicht am Weizman-Institut.

Vanunus Enthüllungen waren die Bestätigung des lang gehegten Verdachts vieler amerikanischer Geheimdienstler, daß Israel seine hochentwickelten thermonuklearen Waffen (die alle miniaturisiert werden mußten, damit sie in Bomben und Raketensprengköpfe paßten) heimlich getestet hatte. Sollte dies wider Erwarten nicht der Fall gewesen sein, dann mußten sich die Israelis die Ergebnisse der amerikanischen Tests auf illegalem Weg beschafft haben. »Wir haben [im unterirdischen amerikanischen Testgelände in Nevada] in der Regel zehn bis zwölf Tests benötigt, bis wir die nötigen Daten hatten«, erklärte ein Waffenexperte. »Warum konnten sie so viel Geld (für die unterirdische Wiederaufbereitungsanlage) ausgeben, ohne Tests durchzuführen? Alle Daten hätten hundertprozentig gesichert sein müssen. Man kann sich bei so etwas einfach keine Fehler leisten.«

Trotz solcher Kommentare gibt es keine eindeutigen Beweise dafür, daß Israel zum Bau seiner Atomwaffen auf ausländische Hilfe angewiesen war. Dr. George Cowan hat mehr als zwanzig Jahre mit der Konstruktion von Kernwaffen in Los Alamos verbracht. Er bestätigt, es habe immer eine enge Verbindung zu israelischen Physikern aus dem Weizman-Institut bestanden. »Sie haben sich die Laboratorien [von Los Alamos und Livermore] angesehen und wurden wahrscheinlich mit größerer Offenheit behandelt als andere Besucher; aber das vielbeschworene Geheimnis, das ihnen niemand hätte verraten dürfen, wird hochgespielt«, sagte Cowan. »Die Israelis sind intelligent genug für eigene Forschung. Die Bedeutung der technischen Spionage ist im wesentlichen eine Erfindung von Agententhrollern. Davon hängt in Wirklichkeit viel weniger ab, als man gemeinhin glaubt.« Wie viele Wissenschaftler in den amerikanischen Kernlaboratorien hat Cowan einen guten israelischen Freund, der mit Dimona zu tun hatte: »Er hat mir im Lauf der Jahre keine einzige Frage zur Bombe gestellt.« Ähnliches wußte der Physiker und Nobelpreisträger Hans Bethe zu berichten, der an der Entwicklung der ersten amerikanischen nuklearen und thermonuklearen Waffen mitgearbeitet hatte. Dreimal sei er im Weizman-Institut zu Besuch gewesen; seine Gastgeber »führ-

ten mich überaD herum und diskutierten über alles mit mir. Sie wußten genau, daß ich mich für Kernreaktoren interessierte, doch bezeichnenderweise boten sie mir niemals einen Besuch in Dimona an.«

Nach den erschreckenden Enthüllungen Vanunus, die Washington auf spektakuläre Weise den Beweis für eine israelische Wiederaufbereitungsanlage lieferten, gab es nur einen Trost für die amerikanischen Geheimdienste: Der außerordentliche Planungsaufwand, der in Dimona betrieben wurde, mußte den höheren Beamten in der israelischen Befehlshierarchie unbegreiflich bleiben. »Es ist unwahrscheinlich«, sagte ein Experte, »daß die Köpfe der israelischen Regierung wirklich verstanden«, was in Dimona vor sich ging - genausowenig wie die amerikanischen Geheimdienste es verstanden hatten.

Zumindest in diesem Punkt hatten die amerikanischen Experten recht. Shimon Peres gab Freunden gegenüber zu, er habe während der Anfangsphase in Dimona oft Beschaffungsverfügungen im Namen der Regierung Ben Gurion unterschrieben, ohne genau zu wissen, was er da eigentlich genehmigte.

# 16

## Vorspiel zum Krieg

Israel hätte zu keinem passenderen Zeitpunkt als 1969 den Status einer vollwertigen Atommacht erreichen können: Am 20. Januar 1969 trat Richard Nixon sein Amt als amerikanischer Präsident an. Sein Sicherheitsberater war Henry Kissinger, und beide Männer waren davon überzeugt, Israels nuklearer Ehrgeiz sei gerechtfertigt und verständlich. Kaum im Amt, setzten sie ihre Überzeugung in die Tat um.

Auch in ihrer negativen Beurteilung des Atomwaffensperrvertrags von 1968, den Lyndon B. Johnson in der Öffentlichkeit so glühend verteidigt hatte, waren sich die beiden Politiker einig. Mitten im Wahlkampf gegen Vizepräsident Hubert Humphrey brachte Nixon die Befürworter der Rüstungskontrolle fast zur Verzweiflung. Er drängte den Senat, die Ratifizierung des Sperrvertrages bis nach den Wahlen hinauszuschieben. Ein paar Tage später ging er noch weiter: Vor Journalisten sagte *er* in Charlotte, North Carolina, besonderen Kummer mache ihm, daß der Sperrvertrag den Transfer von »nuklearen Verteidigungswaffen« (also von Minen oder antibalistischen Raketensystemen) an Nicht-Atommächte verbiete. Die Befürworter der Rüstungskontrolle in der Regierung nahmen dann aber Anfang Februar 1969 mit Erleichterung zur Kenntnis, daß Nixon den Senat formell aufforderte, den Vertrag anzunehmen. Dann stellte er bei einer Pressekonferenz fest, er werde sein Bestes tun, auch Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland - die Vorbehalte gegen den Vertrag geltend machten - zur Unterzeichnung zu bewegen: »Ich werde meine Auffassung klarstellen: Eine Ratifizierung des Vertrages durch alle Nationen, ob sie nun Atomwaffen haben oder nicht, liegt im Interesse des Friedens und der weltweiten Limitierung von Atomwaffen.«

Nur wenige Regierungsangehörige wußten allerdings, daß Nixon und Kissinger gleichzeitig einen vertraulichen Präsidentenerlaß an die Administration geschickt hatten, in dem sie alles zurücknahmen, was sie öffentlich gesagt hatten. In dem Geheimdokument (Akte NSDM Nr. 6; Entscheidungsmemorandum zur Nationalen Sicherheit), war zu lesen, es sollten »keine Maßnahmen der US-Regierung ergriffen werden, andere Nationen, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, [zur Ratifizierung des Sperrvertrages] zu drängen. In der Öffentlichkeit sollte sich die Regierung optimistisch dazu äußern, daß andere Länder den Vertrag unterzeichnen oder ratifizieren würden, während sie sich [auf diplomatischer Ebene] klar von jedem Versuch distanzieren sollte, diese Länder zum Unterzeichnen oder Ratifizieren zu drängen.«

»Es war ein abrupter Kurswechsel in der amerikanischen Politik«, erinnerte sich Moiton Halperin, damals Kissingers engster Mitarbeiter aus dem Nationalen Sicherheitsrat. »Henry dachte, es sei gut, Atomwaffen in der ganzen Welt zu verbreiten. Ich hörte ihn sagen, an Israels Stelle würde er sich Atomwaffen besorgen. Er war der Ansicht, die Vereinigten Staaten sollten nicht versuchen, den Israelis das auszureden.« In den ersten Monaten des Jahres 1969 sagte Kissinger zu seinen Mitarbeitern, Japan und Israel wären mit der Bombe in einer besseren Situation als ohne. Seiner Überzeugung nach waren Atomwaffen für die nationale Sicherheit beider Länder ausschlaggebend. Kissinger habe in erster Linie pragmatisch gedacht, fügte Halperin hinzu: Die meisten größeren Mächte würden irgendwann über Atomwaffen verfügen, und die USA könnten am meisten davon profitieren, wenn sie sie dabei unterstützten, statt nutzlose moralische Übungen wie den Sperrvertrag zu machen.

In der israelischen Führung war durchaus bekannt, daß Kissinger dem israelischen Atomwaffenprogramm gewogen war, was er ja auch 1968 im Haus General Elad Peleds gesagt hatte. Ein offenes Signal für den veränderten Standpunkt der US-Regierung ließ nicht lange auf sich warten. 1969 wurde beschlossen, die seit 1962 von Floyd Culler durchgeführten Inspektionen in Dimona

nicht fortzusetzen. Die amerikanischen Befürworter der Rüstungskontrolle hatten diese Inspektionen immer im Prinzip für wichtig, aber in der Praxis für recht nutzlos erachtet; dennoch wurden sie unter Johnson unverändert durchgeführt. Israel lehnte die Inspektionen als Einbruch in seine Souveränität ab. Schließlich wurde befürchtet, Culler oder einer seiner Mitarbeiter werde tatsächlich etwas Verdächtiges finden, besonders, nachdem Ende der sechziger Jahre in Dimona die Produktion der Sprengköpfe in vollem Umfang aufgenommen worden war. Johnson hatte in letzter Minute entschieden, Israel die heißbegehrten F-4-Kampfflugzeuge zu verkaufen, ohne - wie es das Außen- und das Verteidigungsministerium gewünscht hatten - an die Waffenlieferung die Ratifizierung des Sperrvertrages zu koppeln. Seitdem erschien einigen Amerikanern die Inspektion im Jahre 1969 vollkommen sinnlos. »Cullers Team kam an einem Samstag und blieb nur ein paar Stunden«, schilderte der verstorbene Joseph Zuhellen eine solche Inspektion. Zuhellen war damals der Stellvertreter des Botschafters Wally Barbour in Tel Aviv. »Man kann nicht einfach hineingehen und quasi eine Führung mitmachen. Man muß sich schon sehr anstrengen, wenn man feststellen will, was in einem Reaktor vorgehen könnte.« Zuhellen machte sich über den Zweck von Dimona keine Illusionen: »Die Franzosen hatten uns Sand in die Augen gestreut, und die Israelis genauso.- In einem Memorandum an Washington wies er besonders darauf hin, welche Wirkung die Inspektionen auf die öffentliche Meinung hätten: Die Israelis -können sich darauf berufen, daß unsere Inspektionen bewiesen hätten, Dimona sei >clean<. In Wahrheit beweisen sie überhaupt nichts.« Solche Einwände waren auch schon von anderer Seite geäußert worden.

Jetzt schien es für Washington opportun, mit der Scharade aufzuhören. Die Inspektionen wurden eingestellt und nie wiederaufgenommen, denn die Regierung Nixon hatte ein Grundsatzurteil gefällt, das der amerikanischen Politik die nächsten zwei Jahrzehnte lang zugrunde liegen sollte: Israel war eine Atommacht, und die USA konnten und wollten daran nichts ändern.

Die neue Politik setzte sich in der Administration rasch durch. Die Beamten reagierten, wie in Bürokratien üblich: Sie führten mehr oder weniger widerwillig Befehle aus. Charles Van Doren, der als Berater in der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde der Regierung Nixon arbeitete, glaubte, daß Israel die »Achillesferse« der amerikanischen Sperrvertrags-Politik sei: »Wir haben Israel gegenüber einfach ein Auge zugeedrückt.« Van Doren hat neunzehn Jahre im Bereich Rüstungskontrolle gearbeitet. Er erinnert sich, wie er unter Nixon und Kissinger mehrfach versuchte, »den Sperrvertrag auf die Tagesordnung von Gesprächen über den Nahen Osten zu bringen, aber mir wurde mitgeteilt, dafür habe man jetzt keine Zeit«. Er begriff natürlich den wahren Grund für diese Abstinenz: »Es war eine Anweisung ergangen, keine Informationen über die israelische Atombewaffnung herauszulassen. Das war alles sehr frustrierend.«<sup>1</sup>

Die Duldung der atomaren Bewaffnung Israels durch Nixon und Kissinger hatte auch Auswirkungen in der Berichterstattung der Presse. Im Juli 1970 gelangte der Geheimbericht Carl Ducketts über die Atomwaffen Israels, der anfänglich 1968 von Lyndon Johnson und später von Richard Helms unterdrückt worden war, schließlich in die Schlagzeilen der *New York Times* - und niemand kümmerte sich darum. Die Story der *Times*, geschrieben von ihrem Washingtoner Korrespondenten Hedrick Smith, informierte die amerikanische Öffentlichkeit zum ersten Mal darüber, wie die CIA das israelische Nuklearpotential einschätzte. Der erste Satz des Artikels lautete: »Seit mindestens zwei Jahren betreibt die US-Regierung ihre Nahost-Politik in dem Wissen, daß Israel entweder eine Atombombe besitzt oder über Einzelteile verfügt, die sich rasch zu einer Bombe zusammenbauen lassen.« Smith beschrieb auch Israels Fortschritte bei der Entwicklung des Jericho-I-Raketensystems und wies auf die Fabrik für feste Treibstoffe und Raketentriebwerke in der Nähe von Tel Aviv hin. Smith hatte zwei Jahre lang versucht, den Artikel in der *Times* zu veröffentlichen, was ihm aber nicht gelungen war, weil »meine Beweise nicht ganz schlüssig waren«. Im Juli sagte dann Stuart Symington, ein demokratischer Senator aus Missouri, bei einem sonntäglichen Fernsehauftritt, es sei »keine Frage, daß Israel gro-

ße Anstrengungen unternimmt, Atomwaffen zu entwickeln«. Dies war der geeignete Aufhänger, und Smith durfte seine Story ein paar Tage später veröffentlichen. Er hatte Erfahrung mit Artikeln über diplomatische Skandale und rechnete deshalb damit, daß der Artikel bei den restlichen Medien und beim Kongreß viel Wirbel machen würde. Es geschah jedoch nichts. »Ich war sprachlos«, sagte Smith. »Niemand fragte danach, keine Presseagentur bemühte sich darum.« Auch die Konkurrenten der *Times* rührten sich nicht; sie waren nicht in der Lage, den Artikel zu bestätigen. »Ich hatte das Gefühl, allen meilenweit voraus zu sein«, sagte Smith. Wer sich allerdings bei dem Reporter meldete, war die israelische Botschaft in Washington; Smith traf sich mit dem »sehr erbosten« Botschafter Yitzhak Rabin. »Er beharrte auf seiner Standardaussage, daß Israel die Atombombe nicht zu einem Erstschlag einsetzen würde«, sagte Smith. Direkt gefragt, ob er den Inhalt der Reportage bestreiten wolle, habe Rabin geschwiegen.

Mitte 1971 führte die duldsame Haltung des Weißen Hauses gegenüber der israelischen Bombe dazu, daß sogar die Beamten, die den Export heikler Materialien überwachten, ein Auge zudrückten. Glenn Cella, ein Offizier im auswärtigen Dienst, war in diesem Sommer im Außenministerium für politisch-militärische Angelegenheiten im Zusammenhang mit Israel zuständig; ferner war er der Vertreter des Ministeriums in der *Middle East Task Force*, einer Vermittlungsgruppe, deren Hauptaufgabe es war, die Ausführung der amerikanischen Beschlüsse zum Waffentransfer zu überwachen. Cella hatte schon in Marokko, Algerien und Ägypten gedient. Er stellte bald Fragen zur israelischen Bombe und erfuhr von Ducketts unterdrücktem Geheimbericht. Außerdem wurde ihm eröffnet, falls Druck auf Israel zur Einstellung seines Atomwaffenprogramms ausgeübt werden sollte, dürften sich die Task Force oder das Außenministerium keinesfalls an den Pressionen beteiligen. Israel bemühte sich damals um die sofortige Lieferung weiterer F-4-Flugzeuge, und die Abteilung Nachrichtendienst und Forschung (INR) des Außenministeriums war damit beauftragt worden, eine Studie über das militärische Gleichgewicht im Nahen Osten zu erstellen. Doch zu Gellas Kum-

mer wurden in der fertigen Studie die israelischen Kernwaffen mit keinem Wort erwähnt. »Ich dachte, wir sollten der Tatsache ins Auge sehen, daß sie die Bombe hatten«, sagte Cella, »aber niemand durfte darüber reden.« Ein paar Monate später erfuhr Cella, daß die Israelis Kryotronen kaufen wollten. Der Export wurde vom Vertreter des Pentagon in der Task Force routinemäßig genehmigt. Kryotronen, wurde Cella auf Anfrage mitgeteilt, sind empfindliche elektronische Schaltelemente, die in frühen Rechenautomaten verwendet wurden. »Ich rief [den Vertreter des Pentagon in der Task Force] an und erfuhr, daß man diese Dinge bei Hechingers [einer großen Baumarkt-Kette in Washington] kaufen könne«, berichtete Cella. »Man sagte mir nicht, daß es sich um einen entscheidenden Bestandteil der nuklearen Waffentechnik handelt. Dann fand ich heraus, daß man mit Kryotronen Atombomben zünden kann.«

Cella blieb zwei Jahre lang an seinem Arbeitsplatz im Außenministerium und wurde dort schnell, wie er sagte, als »Arabist« abgestempelt - »wogegen ich mich wehrte«. Aber er hatte die Lektion gelernt. Ein Jahr später tauchten im US-Haushalt zweckgebundene Mittel für die Lieferung von zwei Supercomputern ans Weizman-Institut auf. Wie Cella wußte, konnte man mit den Computern Kettenreaktionen simulieren. »Es war klar, wozu sie dienen sollten«, sagte er, »aber ich habe erst gar nicht versucht, dagegen anzukämpfen.«

Im Hauptquartier der CIA war die Atmosphäre nicht besser. Richard Helms, Bürokrat mit Leib und Seele, erfreute seine Vorgesetzten immer noch mit der Unterdrückung eindeutiger Erkenntnisse über die israelische Bombe. Außerdem hatte er sich eine eigenwillige Meinung über die israelischen Geheimdienste gebildet. Immer wieder sagte er seinen Mitarbeitern, er sei überzeugt davon, Israel leite amerikanische Satelliteninformationen an die Sowjetunion weiter. »Die CIA bekam Ende 1972 eine Kopie der geheimdienstlichen israelischen Anfragen«, erläuterte Carl Duckett. »Die Israelis baten ihre Kontaktleute (in den USA) um Satellitenbilder. Helms war überzeugt, die Israelis täten das im Namen der Sowjets. Er hielt Israel für eine Art offenen Kanal, durch den Daten nach Moskau geschleust wurden.« Natürlich

gab es eine viel einfachere Erklärung - eine, die Ducke« und Helms Anfang der siebziger Jahre noch nicht erkennen konnten: Israel wollte die Satellitenbilder von der Sowjetunion, um die Ziele seiner eigenen Atomraketen zu bestimmen.<sup>2</sup> Die Mitarbeiter der amerikanischen Behörden waren sich ebenso wie Helms im klaren darüber, daß israelische Atomwaffen als Thema tabu waren. »Mit dem Thema hat man sich bei uns nie offiziell befaßt«, erklärte David Long, ein Nahostexperte aus dem Außenministerium. Wenn ein Stabsoffizier im Außen- oder Verteidigungsministerium Anfang der siebziger Jahre mehr über israelische Atomwaffen erfahren wollte, dann sei das nicht möglich gewesen, weil solche Informationen die höchste Geheimhaltungsstufe hatten: »Sobald man sich einen Schritt in diese Richtung bewegen wollte, mußte man entscheiden, ob man einen Aufstand wagen oder weiter seine Arbeit machen wollte.« Andererseits seien er und andere ständig von Diplomaten aus dem Nahen Osten informell über Israels Atombomben ausgefragt worden: »Ich antwortete immer, daß wir nichts wüßten, und verwies auf die Stellungnahmen der Israelis.« Einmal wurde Long von einem Vorgesetzten gebeten, diese Antwort in einer offiziellen diplomatischen Note an eine Nahostnation schriftlich zu formulieren. Er weigerte sich. -Ich sagte, wir können doch nicht einfach sagen: >kein Kommentar.« Ich war der Meinung, wenn man absichtlich einen falschen Eindruck erwecken wolle, gehe das über bloße Ausflüchte hinaus. Ich wollte aber keinen Aufstand machen, sondern bat einfach darum, daß jemand anders die Note verfassen sollte. Und so geschah es dann auch.« Auch Curtis Jones arbeitete als Nahostexperte im auswärtigen Dienst; zuletzt war er von 1971 bis 1975 im INR als Direktor für Nahost, Nordafrika und Südasiens zuständig. »Die Verhinderung der israelischen Atomwaffenproduktion war für die US-Regierung nie ein Thema, solange ich dort war«, sagte Jones. »Wir haben uns niemals darüber unterhalten.«

Mit nachlassendem Druck aus Washington wurden alle Beschränkungen für Dimona aufgehoben. Die israelische Führung interpretierte den Stopp der Inspektionen durch Culler korrekterweise so, daß die Amerikaner ihr nun freie Hand ließen. Die Techniker

und Wissenschaftler von Dimona taten Anfang der siebziger Jahre genau das, was ihre amerikanischen und sowjetischen Kollegen zu Beginn des Kalten Krieges getan hatten - sie produzierten so viele Bomben wie möglich.<sup>3</sup>

Nach Aussagen ehemaliger israelischer Regierungsbeamter war das israelische Atomwaffenarsenal im Jahr 1973 auf mindestens zwanzig Sprengköpfe angewachsen. In Hirtat Zachariah standen drei oder mehr Raketenabschußrampen, und Israel besaß eine unbekannte Zahl mobiler Abschußrampen für Jericho-I-Raketen, die im Rahmen von Projekt 700 gebaut worden waren. Die Raketen konnten seit 1971 arabische Hauptstädte und Ziele im Süden der Sowjetunion erreichen (zum Beispiel Tiflis mit seinen Ölfeldern oder Baku am Kaspischen Meer). In unterirdischen Schutzräumen des Luftwaffenstützpunkts von Tel Nof bei Rehovot stand rund um die Uhr eine F-4-Staffel bereit, die mit Atombomben bestückt werden konnte. Die besonders ausgebildeten F-4-Piloten waren die Elite der israelischen Luftwaffe. Es war ihnen verboten, über ihren Auftrag mit Außenstehenden zu sprechen. Die F-4-Langstreckenflugzeuge konnten mit einer Tankfüllung eine Atombombe nach Moskau tragen; falls sie nach Israel zurückkehren sollten, hätten sie in der Luft aufgetankt werden müssen.

Inzwischen waren in Dimona viele grundlegende Probleme bei der Miniaturisierung von Bomben gelöst worden. Die kleineren Sprengköpfe eröffneten den israelischen Waffenkonstrukteuren eine ganze Reihe von Möglichkeiten wie die Entwicklung von taktischen Gefechtsfeldwaffen mit niedrigen Detonationswerten. Auch hierzu hatten die USA ihren Teil beigetragen. Anfang der siebziger Jahre genehmigten sie den Verkauf von 175- und 203-Millimeter-Kanonen mit großer Reichweite an die israelischen Streitkräfte. Mit diesen Waffen konnte man Ziele in vierzig Kilometern Entfernung treffen, was die nuklearen Optionen der Israelis stark erweiterte.

Die Israelis hatten mit Dr. Gerald Bull, einem umstrittenen kanadischen Waffenkonstrukteur, vertraglich die Lieferung von speziellen Artilleriegranaten mit einer um 25 Prozent erhöhten Reichweite vereinbart.<sup>4</sup> In Anbetracht der Ungenauigkeit eines Artilleriegeschosses, das auf solche Entfernung abgefeuert wird,

durchschauten manche amerikanischen Waffenexperten die wirkliche Absicht der Israelis. »Wenn man siebzig Kilometer weit schießt, und die Abweichung drei Prozent der Reichweite betragen kann«, erläuterte ein Experte, »was würde man dann mit einer Granate mit konventionellem Sprengstoff ausrichten? Nicht viel. Man brauchte eine Kernwaffe.« Dieser Amerikaner, ein höherer Beamter in einer der Waffentestanlagen der US-Army, war 1973 in Israel gewesen und hatte vom geplanten Einsatz der Supergeschütze gehört. Pflichtbewußt gab er die Information an die US-Geheimdienste weiter. Es habe auch Andeutungen gegeben, ergänzte er, daß Israel während des Jom Kippur Krieges mit diesen Geschützen die syrische Hauptstadt Damaskus ins Visier genommen habe. Washington verstand den Wink. Ein höherer Geheimdienstbeamter im Außenministerium erinnerte sich, daß man sich Anfang der siebziger Jahre große Sorgen wegen des ehrgeizigen israelischen Artillerieprojekts gemacht habe. »Wir gingen von der Annahme aus, daß sie eine miniaturisierte nukleare Artilleriegranate entwickelt hatten und sie testen wollten«, sagte der Beamte.

Je weiter das israelische Waffenprogramm gedieh, desto vorsichtiger wurde man in der israelischen Regierung und beim Militär. Die politischen Kämpfe und internen Streitigkeiten um die Atombombe wurden beigelegt. Es war an der Zeit, den Gefechtseinsatz der neuen Waffe zu planen. Eine Doktrin mußte entwickelt werden; Personal mußte ausgebildet werden. Die israelische Führung mußte Abläufe für den tatsächlichen Einsatz der Bombe festlegen. Schon früh kam man überein, daß keine Atomwaffe ohne Genehmigung des Premierministers, des Verteidigungsministers und des Stabschefs des Heeres scharfgemacht und abgefeuert werden dürfe. Die Sicherheitsvorschriften wurden später noch dahingehend modifiziert, daß auch der Chef der israelischen Luftwaffe zustimmen müsse. Die Sprengköpfe der Luftwaffe wurden, wie verlautet, in speziellen Sicherheitstrakts aufbewahrt, die nur mit drei Schlüsseln geöffnet werden konnten. Diese waren im Besitz der obersten zivilen und militärischen Führung. Von anderen Sicherheitsvorkehrungen ist nichts bekannt. »Als wir so viele Bomben hatten, daß wir uns sicher fühlten«, erläuterte ein israelischer

Offizier, »hörten wir lieber auf, darüber zu reden. Denn sobald es in Israel eine Bombe gab, merkten die Leute, daß wir nun auch das Ziel von Bomben geworden waren.«

Diesem Gefühl der Sicherheit fiel Anfang der siebziger Jahre ein prominenter Politiker zum Opfer: Verteidigungsminister Moshe Dayan. Seine Position im Militär und in der Regierung war schwach, obwohl er sehr populär war. Man hielt seine militärischen Qualitäten für überbewertet; seine ständigen Frauengeschichten und seine dubiosen Geschäfte schaden seiner Reputation. Es gab eindeutige Beweise dafür, daß sich Dayan Funde archäologischer Ausgrabungen unter direktem Bruch israelischer Gesetze angeeignet hatte. Aber er wurde nicht angeklagt.' Dayans schwerwiegendster Charakterfehler war jedoch, daß er nicht schweigen konnte: »Er war das größte Tratschmaul auf Gottes Erdboden«, erklärte einer seiner Mitarbeiter in der Armee. »Die allgemein verbreitete Meinung war, er habe sich in einer Zeit, als Israel sich in einer äußerst prekären Lage befand, unverantwortlich und unberechenbar verhalten. Die Araber sollten zwar wissen, was wir hatten« - aber explizit verkünden wollte man es ihnen nicht. Dayans öffentliche Verlautbarungen und die Andeutungen, die er an die Presse durchsickern ließ, machten diese Taktik zunichte. Ein weiteres Problem: »Dayan besprang alles, was sich bewegte« - unter den unternehmungslustigen israelischen Militärführern kein ungewöhnliches Hobby -, »und es war durchaus denkbar, daß er einer gutaussehenden Frau, die ihm über den Weg lief, von Dimona erzählte. Er und Peres fühlten sich fast wie die Eltern« des Atomkomplexes. Dayan büßte zwar nicht an Autorität ein, aber schließlich sei ihm klagemacht worden, daß er in Dimona nicht mehr willkommen sei; es gebe keinen militärischen Grund mehr, ihn über das israelische Atomprogramm zu informieren; dafür sei nun das Büro der Premierministerin zuständig.

Im Mai 1972 ereignete sich ein tragischer Zwischenfall, der auch das Atomprogramm tangierte. Ein japanischer Rote-Armee-Terrorist verübte ein Attentat auf den Flughafen Lod bei Tel Aviv. Dabei wurde Aharon Katzir, der führende Physiker von Dimona, getötet. Es gibt keine Hinweise darauf, daß der Attentäter es speziell

auf Katzir abgesehen hatte. Katzirs Nachfolger Shalheveth Freier war ein Nuklearphysiker mit einem erstklassigen Ruf; er halte während der kritischen Zeit in den fünfziger Jahren, als die israelisch-französische Kooperation vereinbart wurde, als wissenschaftlicher Berater der israelischen Botschaft in Paris gearbeitet. Auch international war Freier unter Wissenschaftlern hoch angesehen. Besonders gut war er amerikanischen Kernwaffenkonstrukteuren bekannt, die seine Arbeiten kompetent beurteilen konnten.

Die Forscher in Dimona und am Weizman-Institut leisteten weiterhin erstklassige Arbeit. 1973 verursachten zwei israelische Wissenschaftler einen Aufruhr in der Wissenschaft und bei den Geheimdiensten. Sie erhielten ein westdeutsches Patent für ein Laserverfahren, mit dem in sehr kurzer Zeit U-235 angereichert werden konnte, und zwar extrem kostengünstig. Die Erfindung bewährte sich laut Mordecai Vanunu sechs Jahre später. Damals wurde in Dimona ein besonderer Trakt zur Anreicherung von Uran mittels Laserstrahlen eingerichtet.

Die prunkvolle nukleare Festung von Dimona hätte vielleicht offiziell vor aller Welt geheimgehalten werden können. Aber Anfang der siebziger Jahre entdeckten die israelischen Geheimdienstler, daß der sowjetische KGB die Führungsebenen des Verteidigungsministeriums und der Geheimdienste infiltriert hatte und die wichtigsten strategischen Entscheidungen an Moskau und seine Verbündeten im Nahen Osten weitergab. Die sowjetische Operation wurde von einem Geheimkommando des israelischen Militärs aufgedeckt (der Einheit 515, später umbenannt in Einheit 8200), die für das Abfangen von Funkgesprächen und das Entschlüsseln von Chiffrierungen "zuständig ist. Sie ist das israelische Pendant zur amerikanischen National Security Agency.

Ein höherer Offizier des Kommandos war Reuven Yerdor, ein anerkannter Linguist. Ihm gelang es, den sowjetischen Code zu knacken, mit dem der geheime Nachrichtenverkehr zwischen dem KGB-Hauptquartier in Moskau und einer Station in Zypern verschlüsselt wurde (später bekam er dafür den höchsten militä-

rischen Orden des Staates Israel). Die Israelis arbeiteten nun alle zuvor abgefangenen und unentzifferten Funkprüche der Sowjets auf und stellten dabei fest, daß die wichtigsten geheimen Entscheidungen des israelischen Verteidigungsministeriums, die unter anderem auch Atomwaffen betrafen, manchmal innerhalb von zwölf Stunden nach Moskau gemeldet worden waren. »Sie drehen völlig durch«, erzählte ein ehemaliger israelischer Geheimdienststoffizier, »und stellten sofort ein Spezialteam auf, das eine Untersuchung durchführen sollte.« Das Team war dem Shin Bet untergeordnet, Israels inländischem Sicherheitsdienst. Mitarbeiter des Mossad und des Büros von Premierministerin Golda Meir waren an der Untersuchung beteiligt. Aber sie vermochten nicht zu klären, wie der KGB, der während dieser geheimen Ermittlungen seine Spionage fortsetzte, seine Informationen aus Israel heraus schmuggelte. Allerdings ließ sich der kleine Kreis von Israelis eingrenzen, der zu dem sensiblen Material Zugang gehabt hatte, das an den KGB weitergeleitet worden war. Mindestens einer von Golda Meirs persönlichen Beratern gehörte dazu. Ein paar Verdächtige, darunter der Berater, bewiesen ihre reine Weste bei einem Test mit dem Lügendetektor. Andere lehnten einen solchen Test ab, und der Fall blieb zur herben Enttäuschung der Ermittler ungeklärt.<sup>6</sup>

Den Spionageskandal könnte man zu den Treppenwitzen der Weltgeschichte zählen. Die israelische Regierungsspitze hatte nämlich seit Beginn ihrer Zusammenarbeit mit Frankreich nicht nur die Absicht gehabt, ihre Atomraketen vorwiegend auf die Sowjetunion zu richten, sondern auch, die Sowjets als erste davon zu unterrichten. 1973 war man in Dimona mit der Verkleinerung der Bomben so weit vorangekommen, daß man Sprengköpfe bauen konnte, die in einen Koffer paßten. Unverzüglich wurde die Nachricht von der Kofferbombe den Sowjets bei einem jener regelmäßigen Treffen zugespielt, die in Europa zwischen Vertretern des Mossad und des KGB stattfanden. Die Sowjets begriffen, daß keine Überwachung der Welt israelische Agenten davon hätte abhalten können, in Autos, Flugzeugen oder Frachtschiffen Atombomben über die sowjetische Grenze zu schmuggeln.

Die israelische Führung, allen voran Moshe Dayan, hatte zu Beginn der siebziger Jahre für die arabische Kriegskunst nur Verachtung übrig. Aus ihrer Sicht war der Hauptwidersacher Israels im Nahen Osten - auch in Zukunft - die Sowjetunion. Die Atomraketen aus Dimona sollten in der Theorie die Sowjetunion davon abschrecken, einen arabischen Großangriff auf Israel zu unterstützen. Außerdem sollten die Bomben Ägypten oder Syrien von einer Invasion abhalten.

Die israelische Diplomatie dieser Jahre war vom Status quo bestimmt. Kontinuierlich wurden amerikanische Waffen nach Israel gebracht, und die amerikanische Politik stand verlässlich hinter der systematischen Besiedlung der besetzten Gebiete durch Israel. Diese Gebiete und die vermehrte Sicherheit, die sie für die Landesgrenzen brachten, hatten den israelischen Bedarf nach immer mehr und moderneren Waffen jedoch keineswegs befriedigt. Die Verteidigungsausgaben stiegen zwischen 1966 und 1972 um fünfhundert Prozent.

Nassers Tod im September 1970 hatte am Kräfteverhältnis im Nahen Osten nichts Wesentliches verändert; sein Nachfolger Anwar el Sadat war in den Augen von Premierministerin Golda Meir und ihrem Kabinett den Juden nicht weniger feindselig gesinnt. Der neue ägyptische Führer war im Zweiten Weltkrieg von den britischen Behörden wegen seiner offenen prodeutschen Haltung und seines öffentlichen Eintretens für Hitler lange inhaftiert worden; daß er in Wahrheit eher antibritisch als prodeutsch gehandelt hatte, konnte die israelische Führung nicht beruhigen. Kaum im Amt, betrat Sadat jedoch Neuland. Er bot den Israelis Friedensverhandlungen an. Sadat war der erste arabische Führer, der einen Friedensvertrag mit Israel überhaupt in Erwägung zog. Als Gegenleistung sollten sich die Israelis auf die Grenzen von 1967 zurückziehen. Golda Meir lehnte Sadats Angebot rundweg ab (Moshe Dayan wollte es wenigstens prüfen). Sie betrachtete den vorgeschlagenen Kompromiß nur als Ausgangspunkt für ausgedehnte Verhandlungen. Sadat rechnete damit, daß Washington intervenieren würde, was jedoch nicht geschah. In dieser Situation ließ der bitter enttäuschte ägyptische Präsident überraschend die sowjetischen Truppen und Berater des Landes verweisen, um un-

ter anderem klarzustellen, daß Ägypten nicht prokommunistisch sei. Nixon und Kissinger waren über den Hinauswurf der Sowjets ebenso verblüfft wie der Rest der Welt, doch sie betrachteten ihn lediglich als Bestätigung proisraelischer Politik. Kissinger bemerkte privat, Sadat sei ein Narr, der durch einseitiges und gefühlsgeleitetes Handeln die Chance vertan habe, die Ausweisung der Sowjets als dispoible Konzession bei Verhandlungen zu nutzen. Sadat konnte gegenüber dem Westen auf diplomatischem Wege nichts erreichen und zog schließlich den Schluß, nur durch einen Krieg gegen Israel könne er sich und Ägypten Anerkennung verschaffen.

In Israel starrte man gebannt auf die sowjetische Bedrohung und betrachtete die Ausweisung eher als Verminderung der Kriegsgefahr. Auf dem Papier waren Armee und Luftwaffe Israels sogar den vereinigten Streitkräften der arabischen Staaten des Nahen Ostens überlegen. Ohne sowjetische Unterstützung würde es keine arabische Nation wagen, den Kampf zu beginnen. Zwar würde es vermutlich keinen Frieden geben, aber die Herrschaft der Israelis über die besetzten Gebiete war nicht unmittelbar bedroht. Diese Überlegung wurde Kenneth B. Keating im Spätsommer 1973 ganz unverblümt vorgetragen. Keating war ein ehemaliger republikanischer Senator aus New York und Wally Barbour's Nachfolger als US-Botschafter in Israel. Im August machten Keating und sein Stellvertreter Nicholas A. Veliotos einen Höflichkeitsbesuch bei Moshe Dayan. Er machte einen zufriedenen, wenn nicht gar überheblichen Eindruck. Den ganzen Sommer über hatte es Gerüchte über einen bevorstehenden arabischen Angriff gegeben, erinnert sich Veliotos, und die Botschaft war in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden. Die beiden Amerikaner fragten Dayan, ob ihn das beunruhige. Veliotos berichtet: »Seine Antwort hieß: 'Machen Sie sich keine Sorgen.' Die arabischen Wüstenarmeen beschrieb er als 'langsam sinkende Schiffe« - als ob die Wüste ein Meer wäre. Er war sehr arrogant.« Dayan's Bemerkungen wurden damals widerspruchslos hingenommen, sagte Veliotos. »Wir waren fest davon überzeugt, daß die Israelis uns nicht alles erzählten, was sie wußten. Und wir waren vom israelischen Sieg im Jahre 1967 immer noch wie hypnotisiert.«

Auf die Ereignisse am Samstag, dem 6. Oktober 1973 - es war Jom Kippur, der höchste jüdische Feiertag -, war Israel nicht vorbereitet. Sadat griff im Sinai an, und die Syrer besetzten die Golanhöhen. Die ersten Tage waren für Israel eine Katastrophe. Die Armee hatte hohe Verluste; manche Einheiten zogen sich einfach in wilder Flucht vom Schlachtfeld zurück. Fünfhundert Panzer und neunundvierzig Flugzeuge, darunter vierzehn F-4-Kampflugzeuge, wurden in den ersten drei Tagen zerstört. Im Sinai überrollten die ägyptischen Streitkräfte, mit Raketen und viel Elektronik ausgerüstet, die Bar-Lev-Verteidigungslinie am Ostufer des Sueskanals. Bald hatten sie zwei große Armeen über den Kanal gesetzt. Der erste israelische Gegenangriff von drei Panzerdivisionen wurde gestoppt. Auf den Golanhöhen walzten 1400 syrische Panzer die israelischen Stellungen nieder und drangen bis an den Rand von Galiläa vor. Nur ein paar israelische Panzer standen zwischen den Syrern und dem dichtbevölkerten Hulla-Tal. Bis nach Haifa waren es nur noch Stunden. Viele Israelis dachten, das Ende ihres Staates sei gekommen. Moshe Dayan verkündete historisierend: »Dies ist das Ende des dritten Tempels.« Es drang nie an eine breitere Öffentlichkeit, in welche Panik Dayan am Montag, dem 8. Oktober, geraten war, aber viele Israelis wußten Bescheid. Es war Dayans Aufgabe als Verteidigungsminister, die der Zensur unterliegenden Medien auf einer täglichen Pressekonferenz über den Krieg zu informieren - mit anderen Worten, festzulegen, was sie berichten durften. Ein Journalist, der bei der Pressekonferenz vom Montag dabei war (ein General im Ruhestand), erinnerte sich an Dayans Feststellung: »Die Situation ist verzweifelt. Alles ist verloren. Wir müssen uns zurückziehen.« Bei einem späteren Treffen war von Appellen an das Weltjudentum die Rede, von der Verteilung von Panzerabwehrwaffen an alle Bürger und von verzweifelten letzten Widerstandsversuchen in den größeren Städten. Es war Israels schwärzeste Stunde, aber der Befehl zum Rückzug wurde nicht gegeben. Statt dessen versetzte Israel zum ersten Mal sein nukleares Arsenal in Alarmbereitschaft. Die Atombomben wurden scharfgemacht, und Israel erpreßte die Vereinigten Staaten von Amerika. Ein dramatischer Schwenk der US-Politik war die Folge.

## Nukleare Erpressung

Moshe Dayans Prognosen für Israels Zukunft waren düster. Doch die Wende kam auf einer dramatischen Sitzung am Montag, dem 8. Oktober 1973. Die Sitzung fand in Golda Meirs Büro in Tel Aviv statt, nur wenige hundert Schritte vom »Bor« entfernt, der riesigen unterirdischen Kommandozentrale des Militärs. Das sogenannte Küchenkabinett, bestehend aus Golda Meirs engsten Beratern, trat zusammen. Die Sitzung dauerte bis zum nächsten Morgen. Außer Dayan und Meir waren anwesend: General David (Dado) Elazar, der Stabschef des Heeres; Yigal Allon, der stellvertretende Premierminister; Brigadegeneral Yisrael Leor (Gingy genannt), der militärische Berater der Premierministerin; und Israel Gallili, der einflußreiche Minister ohne Geschäftsbereich und langjährige Vertraute Golda Meirs.

Im Lauf der nächsten Stunden fielte die israelische Führung angesichts ihrer schwersten Krise drei Entscheidungen von großer Tragweite: erstens sollten die zusammenbrechenden Streitkräfte zu einem großen Gegenangriff geführt werden; zweitens sollten die Atombomben für den Fall des totalen Zusammenbruchs und der anschließenden Notwendigkeit der Samson-Option scharf gemacht werden; und drittens sollte Washington von diesen noch nie dagewesenen Maßnahmen und Gefahren in Kenntnis gesetzt werden. Das Küchenkabinett wollte von den USA eine Luftbrücke für den Nachschub von Waffen und Munition fordern, um den Gegenangriff in vollem Umfang durchführen zu können. Die Abschlußrampen für Atomraketen in Hirbat Zachariah sollten, soweit sie fertiggestellt waren, für den Einsatz vorbereitet werden, ferner acht besonders gekennzeichnete F-4-Flugzeuge, die in Tel Nof, einem Luftwaffenstützpunkt bei Rehovot, rund um die Uhr in Bereitschaft gehalten wurden. Auf der ursprünglichen Liste

der Ziele standen die militärischen Hauptquartiere Ägyptens und Syriens bei Kairo beziehungsweise Damaskus. Es konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, wie viele Bomben scharfgemacht wurden. Allerdings war bekannt, daß in Dimona bis 1973 bereits mehr als zwanzig Sprengköpfe hergestellt worden waren. Auf die Sowjetunion wurden jedoch keine Raketen gerichtet, aber die Sowjets würden zweifellos schnell erfahren, was vor sich ging. Der israelische Geheimdienst fing kodierte und unentschlüsselbare Funksprüche ab, die wahrscheinlich von sowjetischen Agenten im Land abgeschickt worden waren; die Funksprüche wurden während des ganzen frühen Morgens mit Richtstrahlern gesendet.

Alle Schlüsselfiguren von damals sind heute tot. Niemand aus diesem Kreis hat Aufzeichnungen hinterlassen, was an diesem Tag vor sich ging. (In seinem Tagebuch, das auf hebräisch veröffentlicht wurde, hat General Elazar die Nacht vom 8. Oktober eingeschwärzt und nur die Bemerkung stehenlassen: »Entscheidende Sitzung.«) Unter hohen israelischen Militärs und Politikern ist allgemein bekannt, was in der »entscheidenden Sitzung« beschlossen wurde, aber in den folgenden Jahren haben alle Teilnehmer (auch die Stenographen und Berater) in der Öffentlichkeit kein Wort darüber verloren.

Die einzigen nennenswerten Einwände kamen aus den Kreisen der Nuklearexperten selbst. Einige von ihnen - nicht jedoch Freier - warfen (laut einer israelischen Quelle) den Politikern Panikmache vor. Aus ihrer Sicht war die Situation noch nicht so verzweifelt, daß zum letzten Mittel gegriffen werden mußte: zu den Waffen, die treffenderweise den Decknamen »Tempelwaffen« trugen.

Ein israelischer Regierungsbeamter, der diese Nacht im Büro der Premierministerin verbracht hat, gab eine Schilderung der kettenrauchenden Golda Meir. Sie habe in der ersten Phase des Krieges sehr wenig geschlafen und sei wegen Dayans Befürchtungen über den bevorstehenden Zusammenbruch verwirrt und besorgt gewesen. Die prinzipielle Entscheidung, Atomwaffen scharfzumachen, sei schnell getroffen worden. Viel komplizierter sei es gewesen, festzulegen, wie viele Sprengköpfe scharfge-

macht und auf welche Ziele die Raketen gerichtet werden sollten. Zuvor gab es eine gesonderte Lagebesprechung, bei der technische Experten aus Dimona unter der Leitung von Freier die einsatzbereiten Waffen und ihre möglichen Ziele beschrieben.

Der Beamte schilderte auch die Furcht, die sich bei den Mitarbeitern der Premierministerin breitmachte, als die Entscheidung bekannt wurde: »Ein paar Tage lang schien das Ende der Welt nahe. Für jene unter uns, die den Holocaust mitgemacht hatten, war eines klar - das würde nie wieder geschehen.« Die Israelis gingen davon aus, daß die Sowjets von der nuklearen Mobilmachung erfahren würden. Schließlich hatten sie in den vergangenen Jahren auch andere israelische Geheimnisse erfahren. Man hoffte, daß sie daraufhin ihre Verbündeten Ägypten und Syrien drängen würden, die Offensive zu begrenzen und nicht über die Grenzen, die vor 1967 gültig gewesen waren, nach Israel hinein vorzürücken. Tatsächlich sprachen die Sowjets eine solche Warnung aus. Mohammed Heikai (der Herausgeber von *Al Ahram*, der führenden ägyptischen Zeitung; er spielte unter Nasser und Sadat die Rolle einer grauen Eminenz) gab in einem Gespräch zu verstehen, die Sowjetunion habe der ägyptischen Führung gleich zu Beginn des Krieges gesagt, »die Israelis hätten drei abschußbereite Sprengköpfe zusammengebaut«. Die Information wurde General Mohammed Abdel Ghany el-Gamasy, dem ägyptischen Stabschef, von einem sowjetischen Geheimdienstoffizier übergeben, der eng mit el-Gamasy zusammengearbeitet hatte, als er Chef der Militärspionage gewesen war. Die sowjetische Warnung erwähnte laut Heikai auch, Moshe Dayan habe die Front besucht, sei mit einem «alarmierenden Bericht» nach Tel Aviv zurückgekehrt und habe ihn Golda Meir und dem entsetzten Küchenkabinett vorgelegt.

Laut israelischen Regierungsbeamten gab es einen zweiten, nicht weniger wichtigen Grund für die nukleare Mobilmachung. Dieser drastische Schritt sollte die USA zwingen, das israelische Militär sofort und massiv mit Nachschub zu versorgen. Im israelischen Kabinett herrschte große Verärgerung über das Weiße Haus, über Nixon und besonders über Henry Kissinger. Man vermutete ganz

richtig, daß sie aus strategischen Gründen die Nachschublieferungen verzögern wollten, um den Arabern den Gewinn weiteren Terrains zu ermöglichen und auf diese Weise ihr Selbstvertrauen zu stärken. Dadurch sollten Voraussetzungen geschaffen werden, aufgrund derer die Araber anschließend zu ernsthaften Verhandlungen über Land gegen Frieden hätten bewegt werden sollen. Der frischgebackene Außenminister Kissinger sollte die Verhandlungen leiten.

Kissinger machte aus seiner anfänglichen Strategie in diesem Krieg kein Hehl. Zu Verteidigungsminister James Schlesinger sagte er, Israel solle »schließlich die Nase vorne haben, aber dafür bluten müssen«. In Diplomatenkreisen wurde diese Strategie als politischer Normalfall akzeptiert. »Ob wir versuchten, für uns einen Vorteil aus der Situation zu schlagen?« fragte Nicholas Veliotes rhetorisch. »Aber das tun wir doch immer.«

Im zweiten Band seiner Memoiren (1973-1974) erwähnt Kissinger die atomare Drohung nicht, beschreibt aber ein paar dringende Telefonanrufe von Simcha Dinitz, dem israelischen Botschafter in Washington, die am Dienstag, dem 9. Oktober, morgens um 1 Uhr 45 begonnen hätten - gerade als die Nachtsitzung in Golda Meirs Büro zu Ende ging (in Israel war es 8 Uhr 45 morgens). Dinitz ging es in erster Linie um eine Frage, schreibt Kissinger: »Er wollte wissen, ob wir unsere Rüstungslieferungen ausweiten könnten.« Beim zweiten Anruf um 3 Uhr früh stellte er dieselbe Frage wieder. »Wenn er seinem Kabinett nicht beweisen wollte, daß er mich jederzeit aus dem Bett holen konnte«, schreibt Kissinger, »dann mußte sich die Lage sehr ungünstig entwickelt haben.« Kissinger (begleitet von Peter Rodman, seinem langjährigen Assistenten) und Dinitz (begleitet von General Mordecai Gur, dem israelischen Militärattache) trafen sich morgens um 8 Uhr 20 im Kartenzimmer des Weißen Hauses. Kissinger erfuhr von der verzweifelten Situation des israelischen Heeres und dem Bedarf an zusätzlichen Panzern und Flugzeugen. »Israel stand jetzt an der Schwelle eines erbittert geführten Ermüdungskrieges, den es angesichts der zahlenmäßigen Überlegenheit seiner Feinde unmöglich gewinnen konnte. Deswegen mußte etwas Entscheidendes

geschehen.« Am Ende des Gesprächs im Kartenzimmer, schreibt Kissinger, habe Dinitz mit ihm unter vier Augen sprechen wollen. Rodman und Gur wurden hinausgeschickt, obwohl sie als absolut vertrauenswürdig galten. Sobald sie allein waren, hatte Dinitz laut Kissinger nichts anderes zu sagen, als daß Golda Meir »bereit sei, persönlich für eine Stunde in die Vereinigten Staaten zu kommen, um bei Präsident Nixon wegen der dringenden Waffenlieferungen vorstellig zu werden«. Diesen Vorschlag, schreibt Kissinger, lehnte er »kurzerhand und ohne mit Nixon darüber gesprochen zu haben ab. Er hätte nur als Hysterie oder Erpressungsversuch gedeutet werden können.«

Eine ausführlichere Schilderung dessen, was Dinitz zu Kissinger sagte, würde zweifellos zeigen, daß es eher Erpressung als Hysterie war. Kissinger wußte das, und die Erpressung funktionierte. »Am Abend des 9. Oktober«, schreibt Kissinger in seinen Memoiren, »hatten wir Israel zugesagt, daß die in den Kämpfen eingetretenen Materialverluste ersetzt werden würden. Auf diese Zusicherung hin hatte die israelische Armee den Verbrauch von Kriegsmaterial gesteigert, was unseren Absichten entsprach.« Wie wurde Israels Warnung vor einem drohenden Harmageddon den USA übermittelt? Weder Kissinger noch Dinitz konnten zu Stellungnahmen zu diesem Thema bewegt werden. Daß Dinitz auf einem Gespräch unter vier Augen bestand und Kissinger später den Ausdruck »Erpressung« benutzte, deutet allerdings darauf hin, daß die Atomwaffen dabei zur Sprache kamen. Auch von den Sowjets erfuhren die USA von der nuklearen Mobilmachung in Israel, wie ein früherer israelischer Geheimdienstbeamter erklärte. Nach seiner Darstellung fing die israelische Spionage-Einheit 8200, die auch die (von Heikai bestätigte) sowjetische Warnung an Kairo abging, am Morgen des 9. Oktober eine sowjetische Warnung an Washington ab. Darin sei von der Mobilmachung die Rede gewesen. Auf die Frage, warum die USA seiner Ansicht nach eine solche Warnung nie öffentlich erwähnt hätten, antwortete der Israeli: »Wer in Amerika hätte zugegeben, daß die Sowjets mehr wußten als sie?«

Kissinger hat in der Öffentlichkeit nie über die israelische nukleare Mobilmachung gesprochen. Seine engsten damaligen Berater,

darunter Rodman und William Hyland, der damals im Nationalen Sicherheitsrat für die Sowjetunion zuständig war, sagten, sie wüßten von einer solchen Information nichts. Die beste Quelle für die damaligen Ereignisse ist jedoch Kissinger selbst. Privat gab er zu, sowohl Anwar el Sadat als auch Hermann Eilts, dem amerikanischen Botschafter in Ägypten, der während der hektischen «Nahost-Pendeldiplomatie» Mitte der siebziger Jahre eng mit Kissinger zusammenarbeitete, sei mit dem Einsatz von Kernwaffen gedroht worden.<sup>1</sup>

Eilts war im Oktober 1973 von Kissinger für die Aufgabe in Kairo persönlich ausgewählt worden und trat seinen Dienst am Ende des Jom Kippur Krieges an. Sein erstes ausführliches Gespräch mit Kissinger über seine neue Tätigkeit fand in einem denkbar ungewöhnlichen Rahmen statt; auf die Bitte Kissingers trafen sich die beiden Anfang November zu einem hastig arrangierten Arbeitsfrühstück in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad, wo Kissinger auf dem Weg nach China übernachtet hatte. »Henry sprach viel davon, daß die Israelis am vierten Kriegstag, dem 9. Oktober, in Panik geraten wären«, erinnerte sich Eilts, »und da wurde dann die Entscheidung gefällt, sie zu unterstützen. In diesem Zusammenhang« - und bei ähnlichen Unterredungen mit Kissinger in den nächsten drei Jahren - »fiel kein Wort über eine Mobilmachung von Kernwaffen.« Ein letztes Treffen fand im Herbst 1976 statt. Die Amtszeit Fords und Kissingers war fast abgelaufen. Wieder brachte Kissinger den Krieg von 1973 zur Sprache. »Und dann ließ Henry ganz nebenbei die Bemerkung fallen«, sagte Eilts, »es habe allgemein Befürchtungen gegeben, die Israelis würden Atomwaffen einsetzen. Sie hätten Andeutungen gemacht, daß sie Atomwaffen einsetzen könnten, wenn sie nicht schnell militärischen Nachschub bekämen.« Eilts erinnerte sich an sein Erstaunen, daß »nichts davon früher herausgekommen sei«. Auch wunderte er sich, wie beiläufig Kissinger sprach: »Es war fast nur eine Randbemerkung.«

Als Kissinger im Krieg von Israels Absichten erfuhr, blieb er wohl nicht ganz so gelassen. Natürlich erzählte er keinem seiner Kabinettskollegen von der nuklearen Drohung. Aber er änderte über Nacht seine Meinung und hielt es nun für notwendig, in großen

Mengen Waffen nach Israel zu schaffen. »Israels Munitionsvorräte reichen für einen siebentägigen Krieg«, berichtete James Schlesinger - ein Zeichen für das Vertrauen, das die Amerikaner in die Kampfkraft von Israels Armee und Luftwaffe gesetzt hatten. »Aber Kissinger drehte sich um 180 Grad. Er war sogar ein bißchen hysterisch« - und verlangte sofort Nachschub für Israel. »Henry schien sich über die Möglichkeit eines nuklearen Schlagabtauschs [im Nahen Osten] größere Sorgen zu machen als ich«, sagte Schlesinger. Kissingers Verhalten brachte einige höhere Beamte zu der Einschätzung, ein israelischer Atomwaffeneinsatz sei nicht auszuschließen. »Aus unserer Sicht«, sagte Schlesinger, »hatte Israel ein paar Atombomben, und bei einem [militärischen] Zusammenbruch hätten sie eingesetzt werden können.« William Colby, damals Direktor der CIA, dachte ebenso: »Wir fürchteten, Israel würde alles auf eine Karte setzen.« Man habe angenommen, fügte Colby hinzu, Atomwaffen würden »nur in einer extremen Situation« eingesetzt werden.

Kissingers erstes ausführliches privates Gespräch mit dem ägyptischen Präsidenten Anwar el Sadat fand am 7. November 1973 in Kairo statt. (Der Besuch war ein Vorläufer von Kissingers berühmter »Nahost-Pendeldiplomatie«, die ein Jahr später begann.<sup>2</sup>) Kissinger brachte die israelische Drohung zur Sprache. Später informierte Sadat Heikai über dieses inoffizielle Treffen. Dabei sprach er laut Heikai von einem hochgestellten »Amerikaner« — Kissinger muß gemeint gewesen sein -, der die blitzschnell errichtete Luftbrücke zwischen den USA und Israel mit der Notwendigkeit erklärt habe, eine nukleare Eskalation zu verhindern. Weiter zitierte Sadat Kissinger wie folgt: »Es war ernst - ernster, als Sie es sich vorstellen können.« Israel habe mindestens drei Sprengköpfe und bereite sich auf ihren Einsatz vor, sagte Sadat zu Heikai. (Kissinger verließ sich offenbar auf die Schätzung Carl Ducketts von der CIA aus dem Jahr 1968. Das war die einzige amerikanische Schätzung des israelischen Atompotentials, die 1973 vorlag.) Der ägyptische Präsident hielt sich an das mit Kissinger vereinbarte Stillschweigen und sagte Heikai nie ausdrücklich, von wem die Information stammte, aber er hatte weder damals noch später die geringsten Zweifel: »Der einzige Amerika-

ner, der so glaubwürdig war, daß Sadat ihm die israelische Drohung abnahm, war Henry Kissinger.« Heikai schrieb dann ohne Hinweis auf seine Quelle in *AI Abram* über Kissingers Kommentar. Die Regierung Nixon habe während der Kampfhandlungen befürchtet, die Israelis »könnten die Nerven verlieren und eine von ihren drei Bomben einsetzen, um die arabische Offensive zurückzuschlagen«.

Damals konnten die amerikanischen Geheimdienste mit dem KH-11 vermutlich zum ersten Mal einen Blick auf die einsatzbereiten Raketenabschußrampen in der Flanke eines Hügels bei Hirbat Zachariah werfen. Die Rampen standen - vielleicht absichtlich — im Freien. So waren sie von den amerikanischen Bildauswertern viel leichter zu entdecken. (Und auch die Sowjets beobachteten den Nahen Osten mit Satelliten und sahen, was sie sehen sollten.) Ein amerikanischer Beamter erinnerte sich daran, auf den Bildern auch in den Berg gegrabene Bunker und große explosions sichere Türen gesehen zu haben, von denen Eisenbahngleise zu einer mobilen Abschußrampe in der Nähe führten.

Die israelischen Gegenangriffe auf den Golanhöhen und auf der Halbinsel Sinai waren erfolgreich. Eine unmittelbare Bedrohung israelischen Territoriums war Mitte Oktober abgewendet. Die Notwendigkeit der nuklearen Mobilmachung bestand nicht mehr; am 14. Oktober wurde sie aufgehoben. Die Ägypter jedoch hatten durch eine neue sowjetische Luftbrücke seit dem 10. Oktober Nachschub erhalten und begannen eine zweite Offensive auf dem Sinai, die nur durch einen exzellent geführten israelischen Vorstoß über den Sueskanal und durch eine Bresche in den ägyptischen Linien gestoppt werden konnte.

Ägypten war nun wieder in der Defensive. Am 16. Oktober flog der sowjetische Premier Alexei Kossygin nach Kairo und überredete Sadat zu einem Waffenstillstand. Kissinger flog am 20. Oktober nach Moskau und zwei Tage später nach Tel Aviv, wo er auch von den Israelis die Zustimmung zu einem Waffenstillstand erhielt. Inzwischen wurde die dritte ägyptische Armee von der Ein-

kesselung bedroht. Die Israelis setzten ihren Angriff auf ägyptischem Gebiet fort. Sie rückten nach Norden und Westen vor und näherten sich Kairo bis auf hundert Kilometer. Nach der Einschließung der dritten Armee versetzte Leonid Breschnew seine Luftlandedivisionen in erhöhte Alarmbereitschaft und warnte das Weiße Haus, wenn Israel nicht damit aufhöre, den Waffenstillstand zu verletzen, »sähen wir uns gezwungen, angemessene einseitige Schritte in Betracht zu ziehen«. Breschnew hatte offenbar vor, sowjetische Truppen hinter die Linien in Ägypten zu bringen, um die Israelis zu blockieren und daran zu hindern, weiter auf Kairo vorzurücken.

Nixon war in diesen Tagen tiefer denn je in den Watergate-Skandal verstrickt. Die sowjetische Drohung kam ein paar Tage, nachdem er den Watergate-Ankläger Archibald Cox entlassen und den Rücktritt des Justizministers Elliot Richardson und seines Stellvertreters William Ruckelshaus akzeptiert hatte (das sogenannte »Massaker von Samstagabend«). Der Präsident war schon durch die Anklage wegen Korruption und den darauf folgenden Rücktritt von Vizepräsident Spiro Agnew schwer angeschlagen. Hinzu kam der von den arabischen Staaten angekündigte Ölboykott gegen die USA und die drastische Erhöhung der Rohölpreise. Es gibt trotz der Alarmbereitschaft in der UdSSR keine Beweise dafür, daß die Sowjets tatsächlich vorhatten, größere Truppenkontingente nach Ägypten zu senden. Die meisten Kenner der Materie sind sich inzwischen darüber einig, daß Breschnew mit seiner Warnung an das Weiße Haus Washington zwingen wollte, Israel zum Einhalten des Waffenstillstands zu drängen. Kissinger übte wegen des Waffenstillstands auch wirklich Druck auf Israel aus (Nixon war von Watergate absorbiert; es ist nichts darüber bekannt, ob er in dieser Krise eine wichtige Rolle gespielt hat), aber gleichzeitig ordnete er die Alarmbereitschaft der 82. Luftlandedivision und der mit Atombomben bestückten B-52-Bomber des Strategischen Luftwaffenkommandos an. Der Flugzeugträger »John F. Kennedy« wurde ins Mittelmeer geschickt, und mindestens fünfzig B-52-Bomber wurden von Guam in die USA zurückgerufen. Die Nation, noch ganz im Watergate-Taumel, war erstaunt und besorgt wegen der einseitigen Maßnahmen des Wei-

ßen Hauses. Man nahm an, die Alarmbereitschaft sei in erster Linie aus innenpolitischen Gründen angeordnet worden, und nicht, weil die Sowjets gedroht hatten, im Nahen Osten zu intervenieren.<sup>3</sup>

Israel befahl angesichts der Maßnahmen der USA zum zweiten Mal im Jom Kippur Krieg die nukleare Mobilmachung. (Diese Information stammt von Yuval Neeman, dem Physiker und Kernkraftexperten, der später in mehreren israelischen Regierungen Forschungs- und Wissenschaftsminister war.) Die Krise wurde jedoch rasch gemeistert, denn Golda Meir ließ die Feindseligkeiten gegen Ägypten einstellen und erlaubte den UN-Friedenstruppen, die Einhaltung des Waffenstillstands zu kontrollieren. In dieser Situation übermittelte eine kleine und geheime Aufklärungseinheit der US-Marine unter der Bezeichnung Task Force 157, die im Bosphorus operierte, Daten nach Washington, aus denen hervorging, daß eines der sowjetischen Schiffe, die aus dem Schwarzen Meer in Richtung Mittelmeer unterwegs waren, radioaktives Material an Bord habe. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese Meldung bei den amerikanischen Geheimdiensten und im Weißen Haus. In den nächsten Tagen - die Sowjets und viele Stimmen aus dem amerikanischen Kongreß und den Medien warfen Nixon und Kissinger Überreaktionen vor - erschienen in der Presse Beschreibungen der sowjetischen Bedrohung, garniert mit dramatischen Einzelheiten über den Transport von Atomsprengeköpfen nach Ägypten.

Die vollständigste Beschreibung der - aus Sicht des Weißen Hauses - sowjetischen Eskalation erschien 1974 unter dem Titel *Kissinger*, eine Biographie von Marvin und Bernhard Kalb. Die beiden arbeiteten damals als Korrespondenten für CBS. Kissinger soll am Morgen nach der Anordnung der Alarmbereitschaft von Einheiten der US-Armee von der CIA über »einen erschreckenden Bericht aus Ägypten« informiert worden sein: Es sei nicht auszuschließen, »daß die Russen dort Atomwaffen stationiert haben könnten«. Der amerikanische Geheimdienst, schreiben die Autoren, »sei einem sowjetischen Schiff auf der Spur gewesen, das radioaktives Material an Bord hatte und auf Port Said Kurs nahm«. Es sei angenommen worden, daß mehrere sowjetische Atom-

Sprengköpfe den Ägyptern zur Bestückung ihrer SCUD-Raketen überlassen werden sollten. »Der Bericht erhärtete Kissingers Auffassung, daß die Russen Luftlandtruppen nach Ägypten schicken wollten. Die Atomwaffen könnten einer größeren sowjetischen Streitmacht Rückendeckung geben. Andererseits mußte Kissinger die Möglichkeit in Betracht ziehen, daß die Russen Atomwaffen nach Ägypten brachten, weil sie glaubten, die Israelis hätten Atomwaffen und wollten sie gegen Ägypten einsetzen.« Leider entspricht Kissingers Schilderung nicht den Tatsachen. Der Bericht der Task Force 157 wurde sehr schnell von den Geheimdiensten als irrelevant zu den Akten gelegt. Ein hochrangiger amerikanischer Offizier, der damals eine wichtige Geheimdienstagentur leitete, sagte, die Aufklärung habe ergeben, daß die Sowjets zwar einen Frachter in einem Schwarzmeerhafen mit Atomsprengköpfen beladen hätten. Dieses Schiff sei jedoch nie in See gestochen. »Ein anderes Schiff fährt los«, erzählte der Offizier, »und schon meldet uns die dumme kleine 157«, die sowjetischen Sprengköpfe seien ins Mittelmeer und möglicherweise nach Ägypten unterwegs. »In den USA spielen alle verrückt, aber es war eine völlig falsche Information. Es war ein anderes Schiff«, das durchs Schwarze Meer fuhr. Auch von sowjetischen Beamten, die direkt angesprochen wurden, bekam man negativen Bescheid: »Die Sowjets sagten, sie hätten nichts losgeschickt.« Die Geheimdienste zogen daraus den Schluß, es gebe keinen Beweis für einen sowjetischen Versuch, Atomsprengköpfe ins Kampfgebiet zu schaffen.<sup>4</sup> Die Hinweise, die statt dessen vorlagen (damals wurden sie nicht veröffentlicht, und auch Kissinger erwähnt sie in seinen Memoiren nicht), deuteten darauf hin, daß die sowjetischen Zerstörer und anderen Schiffe im Nahen Osten Order hatten, die nächsten Häfen anzulaufen und ihre Atomwaffen auszuladen. Patrick Parker, damals Stellvertretender Abteilungsleiter im Verteidigungsministerium mit Zuständigkeit für den Bereich Spionage, erinnerte sich, unter höheren Geheimdienstbeamten im Pentagon habe Einvernehmen darüber geherrscht, daß »die Sowjets verständlicherweise Angst vor der Situation hatten und sie unter Kontrolle behalten wollten«.

Auch den angeblichen sowjetischen Transport der Sprengköpfe erwähnt Kissinger im zweiten Band seiner Memoiren nicht; genau sowenig hat er - oder sonst ein amerikanischer Beamter - zu-

gegeben, daß Israel im Verlauf der Krise zweimal eine nukleare Mobilmachung anordnete. Nach der Krise im Oktober ließ er allerdings durchblicken, daß man sich offiziell neue Sorgen wegen Dimona machte. Einige Wochen nach dem Krieg forderte Kissinger von der CIA eine formelle Einschätzung des israelischen Atomwaffenprogramms an. In dem Papier war von mindestens zehn Atomsprengköpfen die Rede. Die Abteilung für Wissenschaft und Technik unter Carl Duckett brauchte Monate für den Bericht; dann wurden die Materialien wieder nur dem Weißen Haus vorgelegt.<sup>5</sup>

Der israelischen Regierung wurde gegen Ende des Krieges klar, daß die amerikanischen Geheimdienste irgendwie - unabhängig von den Sowjets oder von Botschafter Dinitz - von der nuklearen Mobilmachung in Israel erfahren hatten. »Irgendwie, und das weiß ich genau«, sagte ein früheres Mitglied des persönlichen Stabes von Golda Meir, »fanden die Amerikaner es heraus. Daraufhin führte der Mossad eine Untersuchung durch, wie sie das geschafft hatten. Golda Meir beauftragte den Mossad, zu ermitteln, welcher Schaden dadurch entstanden war.« Die Untersuchung habe noch einen anderen Aspekt gehabt: Da die Israelis annahmen, die amerikanischen Geheimdienste hätten entdeckt, daß sowjetische Sprengköpfe durchs Schwarze Meer transportiert wurden, stellten sie die Fragen: »Hatte es eine Drohung gegeben? Wieviel haben sie [die USA] uns verraten? Was wußten die USA und wann haben sie es uns gesagt?«

Die Ergebnisse der Mossad-Untersuchung sind nicht bekannt. Golda Meirs Befürchtung, die USA könnten Israel ausspionieren, wurde jedoch erst geringer, als Kissingers »Pendeldiplomatie« in Gang kam. Sieben Jahre danach wurde ganz dezent ein Hinweis veröffentlicht, daß die USA unmittelbar bei der nuklearen Mobilmachung informiert gewesen waren. Der Journalist Jack Anderson publizierte täglich in mehreren Zeitungen eine Kolumne. Am 10. März 1980 nahm er den Einfluß der amerikanischen Ölindustrie auf das Energieministerium zum Thema. Der Kolumne war

ein vier Absätze langer Zusatz mit der Überschrift »Close Call« angefügt. Darin hieß es unter anderem: »In den Geheimakten des Pentagon finden sich erschreckende Hinweise darauf, daß Israel

nach dem arabischen Angriff von 1973 gefährlich nahe am Rand eines Atomkrieges entlangmanövrierte. In den Geheimdokumenten ist zu lesen, Israel hätte in wenigen Stunden sein gesamtes Kriegsmaterial verbraucht gehabt. »In diesem entscheidenden Augenblick wurde mit den USA die Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen erörtert«, heißt es in einem Bericht. Die Amerikaner fürchteten, die Israelis könnten sich, um ihr Überleben zu sichern, für diese Option entscheiden. Dies war, laut den Geheimpapieren, ein zwingender Grund für die USA, Israel mit konventionellen Waffen zu versorgen.«

Weitere Hinweise auf die israelische Bereitschaft, im Krieg von 1973 Atomwaffen einzusetzen - oder mit ihrem Einsatz zu drohen -, wurden Anfang des nächsten Jahres bei einem Treffen zwischen David Elazar und Generalleutnant Ortwin Talbott geliefert, dem stellvertretenden Chef von TRADOC (Kommando für die Ausbildung und die Entwicklung von Einsatzkonzepten des US-Heeres). Talbott machte einen längeren Besuch in Israel, um einige Lehren aus dem Jom Kippur Krieg zu erörtern und erbeutetes arabisches und sowjetisches Kriegsmaterial zu inspizieren. Mit Elazar, der immer noch israelischer Stabschef war, hatte er mehrfach Kontakt. Bei einem Treffen, erinnerte sich Talbott, kam *Elazar* plötzlich und unvermittelt auf die israelische Drohung zu sprechen, in den verzweifelten Stunden des Krieges Atomwaffen einzusetzen: »Ich hatte damals den Eindruck, daß er Washington durch mich wissen lassen wollte, wie ernst die Lage gewesen war - nämlich kurz vor dem Punkt, an dem sie Atomwaffen eingesetzt hätten.« Talbott begriff die Bedeutsamkeit der Information und verfaßte schnell eine kurze, streng geheime Notiz für General Creighton Abrams, den Stabschef des Heeres. »Ich habe keine Kopien davon angefertigt und es niemandem gezeigt«, sagte der inzwischen pensionierte Talbott. »Ich hielt das damals nicht für eine Information, über die man diskutieren sollte. Ich nahm an, Dado wollte uns etwas mitteilen.«<sup>6</sup>

General Talbott hatte seine Pflicht getan, aber sein Bericht an Creighton Abrams zeitigte keine Wirkung. Carl Duckett, der damals direkt für die Aufklärungsarbeit der CIA über das israelische Atomwaffenarsenal verantwortlich war, erfuhr zum ersten Mal durch den Autor dieses Buches von Talbotts Notiz; er sagte auch, er sei nie über irgendwelche Erkenntnisse informiert worden, nach denen Israel im Jom Kippur Krieg zweimal eine nukleare Mobilmachung angeordnet habe.

Die Kontrolle der Information über das atomar bewaffnete Israel war nahezu total: Auch ein nach Israel versetzter CIA-Beamter wußte ganz konkret von der nuklearen Mobilmachung und berichtete seinen Vorgesetzten nicht, wie auch Henry Kissinger geschwiegen hatte. Der CIA-Beamte war ein Experte auf dem Gebiet der Fernmeldeaufklärung und verbrachte nach 1970 drei Jahre als geheimer Verbindungsoffizier bei der Einheit 8200; er sollte unter anderem den Israelis bei der Überwachung des Datenaustauschs zwischen den hochentwickelten sowjetischen Radar- und Fernmeldeanlagen helfen, die den Ägyptern während des Abnutzungskrieges geliefert worden waren. Israel betrieb mit Geräten, die von der National Security Agency gepachtet waren, mindestens drei geheime Horchposten. Sie konnten Funksprüche im ganzen Nahen Osten bis in den Süden der Sowjetunion hinein abfangen. Die Informationen wurden gemeinsam mit den USA ausgewertet, und der amerikanische Geheimdienstoffizier konnte viel über israelische Arbeitsmethoden beim Abfangen des feindlichen Nachrichtenaustauschs lernen.<sup>7</sup>

Nach dem Krieg faßte er einen streng geheimen Bericht über einige israelische Täuschungsmanöver ab. So waren beispielsweise den ägyptischen und syrischen Truppen per Funk von den Israelis Befehle erteilt worden, um deren Operationen zu behindern. »Ich schrieb einen kurzen Bericht für Jessup« (Peter Jessup war Anfang der siebziger Jahre zum zweiten Mal Stationschef der CIA), »aber ich wußte, daß die Israelis ihn sich in Washington schnappen würden, wenn er zu den Akten gelegt wurde. Also war ich sehr vorsichtig bei meinen Formulierungen. Ich erwähnte nichts davon, daß meine Gespräche [mit seinen israelischen Kontaktleuten] sich auch um atomare Drohungen gedreht hatten. Ich

wußte, daß die vorhandenen Waffen ein gewichtiger Faktor aller Kalkulationen waren. Sie [die Israelis] sagten mir, das sei den Ägyptern mitgeteilt worden, und fügten hinzu: Wir haben diese Art wechselseitiger Kommunikation entwickelt.««

Nach dem Krieg kehrte der CIA-Mann zurück nach Washington und wurde zu James Angleton bestellt, dem Chef der Spionageabwehr. Angleton war nach wie vor für Israel zuständig. Er hatte den Bericht über die israelischen Täuschungsmanöver gelesen und wünschte nachträglich noch eine gesonderte Berichterstattung. Es war eine bizarre Situation, erinnerte sich der CIA-Mann: »Ich wurde praktisch zwei Tage lang von einem von Angletons Leuten verhört, während er im Vorzimmer am Schreibtisch einer Sekretärin saß.« Es war klar, daß der Raum abgehört wurde und Angleton das Gespräch verfolgte. Der Mitarbeiter verließ manchmal den Raum, um ein Faktum oder die Stoßrichtung der Befragung mit ihm abzusprechen, aber Angleton selbst trat nie in Erscheinung. Nur durch gelegentliches Stuhlrücken verriet er dem CIA-Mann seine Anwesenheit.

»Ich sprach nicht über das Thema Atomwaffen«, sagte der CIA-Mann. »Und ich habe es auch nicht in irgendwelche Botschaften verpackt. Ich hatte das Gefühl, daß über diesen Bereich andere Leute Bescheid wußten und daß von mir niemand etwas darüber hören wollte.«

In der Folge kehrten die Israelis und Amerikaner wieder zur Vogel-Strauß-Politik zurück. Im Juni 1974 jedoch gab Anwar el Sadat bekannt, sein Land habe Hinweise, daß Israel taktische Atomwaffen entwickelt habe. Eine Woche später stritt Shimon Peres, Verteidigungsminister der neuen israelischen Regierung unter Yitzhak Rabin, kategorisch die Existenz solcher Waffen ab und warf Sadat vor, er »sammele selbstfabrizierte Informationen«. Der Zank zwischen den beiden Ländern fand nur schwächlichen Widerhall in der Presse und löste bei Präsident Gerald Ford und seinen Beratern keine Besorgnis aus. Ein Beamter des Nationalen Sicherheitsrates schnitt das Thema beim Essen mit einem israelischen Diplomaten mehr als ein Jahr später behutsam an. »Ich sagte ihm, meiner Meinung nach sei bei uns die Auffassung allgemein verbreitet, daß Israel Atomwaffen hat«, berichtete der Beam-

te später in einer internen Notiz. Der israelische Diplomat stritt die Existenz einer israelischen Atombombe ab und schien »sichtlich verstört... Er war gar nicht einverstanden mit der Wendung, die das Gespräch genommen hatte, und lenkte es schnell auf Kunst und Musik. Und dabei blieb es.«

Im März 1976 machte Carl Duckett einen Fehler, der seiner Karriere ein Ende setzte: Er sprach offen über Israels Atombewaffnung. Am 11. März 1976 nahm Duckett mit anderen CIA-Beamten an einem informellen Seminar mit Mitgliedern des amerikanischen Instituts für Luft- und Raumfahrt teil. Solche Veranstaltungen, die in einem Hörsaal in der Nähe des CIA-Hauptquartiers in McLean, Virginia, stattfanden, waren in Washington an der Tagesordnung; es verstand sich von selbst, daß keine geheimen Informationen preisgegeben werden durften. Duckett wurde von einem Teilnehmer nach Israels Atombewaffnung gefragt und antwortete ohne zu zögern, Israel verfüge schätzungsweise über zehn bis zwanzig »einsatzbereite« Kernwaffen. Nach wenigen Tagen erschien ein Bericht über diese Bemerkung in der *Washington Post*. Dadurch war George Bush, der neue CIA-Direktor, zu einer öffentlichen Stellungnahme gezwungen. Er übernahm die »volle Verantwortung« für die Preisgabe der Geheiminformation. Sichtlich wütend fügte Bush hinzu, er sei »entschlossen, dafür zu sorgen, daß so etwas nicht noch einmal geschieht«. Duckett war bei der Besprechung angeblich angetrunken - offenbar wurde unterstellt, nur ein Besoffener könne so töricht sein, öffentlich über Israels Atomwaffen zu sprechen. Bush nahm Ducketts Entlassungsgesuch an.

Jahre später gab Duckett bei einem Gespräch über diese Ereignisse zu, Gerüchte über seine Alkoholprobleme hätten »zu einem Gespräch mit Bush und meiner Entscheidung geführt, die CIA zu verlassen«. Der eigentliche Grund sei jedoch nicht der Alkohol gewesen, sondern Bushs Weigerung, ihn zum stellvertretenden Direktor der CIA zu befördern.

Das Wissen in der CIA über das israelische Atomwaffenarsenal blieb konstant gering. Ducketts Schätzung aus dem Jahr 1974, daß Israel über zehn bis zwanzig Atombomben verfüge, galt bis Anfang der achtziger Jahre als offizielle Ansicht der amerikani-

sehen Geheimdienste - Jahre, in denen Israel seinen Vorrat an Atomsprengköpfen exponentiell vergrößerte. Duckett gab zu, daß der Schätzung keine spezielle Information zugrunde lag. »Wir überlegten, was wohl die Ziele ihrer Atomraketen sein würden«, - und diese Daten seien dann benutzt worden, um die Anzahl der produzierten Sprengköpfe zu schätzen. »Wir spekulierten«, sagte er über die Mitarbeiter der CIA. »Unserer Ansicht nach hatten die Israelis keinen Grund, mehr Bomben [als zehn bis zwanzig Stück] zu bauen - und deshalb blieben unsere Zahlen ziemlich stabil. Sie hatten aber genaugenommen keine reale Grundlage.«

## Unrecht

Carl Ducke« legte der CIA 1968 unter höchster Geheimhaltung seine Einschätzung vor, der zufolge Israel über drei oder vier Atombomben verfügte. Diese Annahme basierte vor allem auf Ducketts Überzeugung, daß ein amerikanischer Jude namens Zalman Shapiro fast 100 Kilogramm angereichertes Uran nach Israel verschoben habe - genug für vier Bomben. Das angeblich geschmuggelte Uran war 1974 auch für Ducketts zweite Schätzung ein wesentlicher Faktor. Er vermutete, daß Israel nunmehr über mindestens zehn Bomben verfügte. Diese Schätzung beruhte auf zwei Annahmen: auf der Uranmenge, die Shapiro nach Ducketts Überzeugung abgezweigt hatte, und auf der Vermutung, daß die israelischen Techniker in Dimona seit 1970 auf chemischem Wege genug Plutonium für sechs weitere Bomben produziert hatten. Wie Israel dies ohne eine chemische Wiederaufbereitungsanlage hätte erreichen sollen, blieb unklar; die CIA hatte noch keinen Beweis gefunden, daß Israel über eine solche Anlage verfügte. Doch Duckett und seine Kollegen, unter ihnen vor allem Richard Helms, hielten Shapiros Schuld für erwiesen. Shapiro war nach Auffassung der CIA nicht irgendein Jude, der Israel unterstützte; er war vielmehr im Geschäft mit der nuklearen Brennstoffaufbereitung tätig, reiste regelmäßig nach Israel und trat in mehreren Unternehmungen als Geschäftspartner der israelischen Regierung auf. Auch in anderer Hinsicht erweckte er den Eindruck einer gespaltenen Loyalität: Er war der sehr erfolgreiche Sohn eines orthodoxen Rabbiners, der aus Litauen emigriert war; er hatte die Abschiedsrede bei der Schlußfeier seiner High School in Passaic, New Jersey, gehalten und war dann an die Johns Hopkins University gegangen; er hatte den Magisterabschluß im Abendunterricht geschafft und 1948 - im Alter von

28 Jahren - mit einem Stipendium der Standard Oil von Indiana den Dokortitel in Chemie erworben. Shapiro war brillant und konnte hart arbeiten. Er gehörte zu den ersten Wissenschaftlern - und 'war mit Sicherheit einer der ersten Juden —, die in einem neu eingerichteten Labor der Westinghouse Electric Corporation im Auftrag der US-Marine Atomreaktoren für U-Boote entwickeln sollten.

Shapiro wurde in seiner Zeit bei Westinghouse strengen nationalen Sicherheitsprüfungen unterworfen. Er machte aus seiner Loyalität zu Israel kein Geheimnis. Mehrere Mitglieder seiner Familie waren dem Naziterror zum Opfer gefallen; Shapiro glaubte, ein unabhängiger jüdischer Staat sei notwendig. Er wurde aktives Mitglied der Zionistischen Organisation von Amerika und leistete der American Technion Society großzügige Unterstützung. Diese Gesellschaft wirbt um Spenden und stellt dem Technion-Institute of Technology in Haifa, der besten technischen Hochschule Israels, Ausrüstungen zur Verfügung.

Im Jahre 1957 gründete er mit mindestens 25 Aktionären in einem seit dem Zweiten Weltkrieg stillgelegten Stahlwerk in Apollo, Pennsylvania, eine Gesellschaft für nukleare Brennstoffaufarbeitung. Apollo liegt etwa 25 Meilen nordöstlich von Pittsburgh. Das Unternehmen trug den Namen Nuclear Materials and Equipment Corporation (NUMEC). Die Branche für Brennstoffaufbereitung wurde von Firmen beherrscht, die in der Fortune-Liste der 500 größten amerikanischen Unternehmen aufgeführt waren; im Vergleich zu diesen Firmen war Shapiros Gesellschaft recht unbedeutend. Er mußte ständig um Aufträge kämpfen. Shapiro akquirierte sehr aggressiv. In den frühen sechziger Jahren erbrachte NUMEC bereits für mindestens neun ausländische Staaten nukleare Dienstleistungen. Ständig besuchten ausländische Geschäftsleute die Anlage, viele auf Empfehlung des Handelsministeriums und des Außenministeriums, die das Regierungsprogramm »Atoms for Peace« vorzeigen wollten. Mindestens drei Ausländer waren bei NUMEC beschäftigt, darunter ein israelischer Metallurgie-Experte, der Forschung über Brennstoffe für Reaktoren vom Typ der schnellen Brüter betrieb. Damals fand auch ein ständiger Austausch zwischen Sicherheitsbeauftragten

der AEC und NUMEC über den Umgang mit Materialien statt, die der Geheimhaltung unterlagen. Shapirqs Firma wurde aufgefordert, ihre Verfahren zu verbessern.

Im Jahre 1965 stellte ein Inspektionsteam der AEC nach jahrelangen internen Anhörungen und Überprüfungen fest, daß fast 100 Kilogramm angereichertes Uran nicht mehr auffindbar waren. Westinghouse und die US-Marine hatten das Uran an NUMEC zur Anreicherung geliefert. Schließlich äußerten der Gemeinsame Ausschuß für Atomenergiefragen des Kongresses und die CIA den Verdacht, Shapiro habe das Uran nach Israel verschoben. Dieser Verdacht der Beihilfe zur Proliferation blieb an Shapiro in den folgenden 25 Jahren haften - die wichtigsten Beweise gegen ihn waren seine jüdische Abstammung und die Tatsache, daß einer der Hauptaktionäre der NUMEC Israel gegenüber ebenso loyal war wie Shapiro. Eine Anzahl erfahrener Revisoren der Regierung und des Kongresses, wie auch Dutzende von Journalisten, hielten Shapiros emotionale Bindung an Israel für ein ausreichend starkes Motiv, um Atomspionage zu begehen, ein Verbrechen, auf das nach dem Atomenergiegesetz die Todesstrafe stand. Mehr als zehn Jahre lang wurden intensive Nachforschungen angestellt, an denen auch das FBI beteiligt war. Eindeutige Beweise, daß Shapiro Uran aus seiner Fabrik verschoben hatte, wurden nicht gefunden. Dennoch hielten ihn viele in Regierung und Presse auch weiterhin für schuldig. In jedem Artikel, der sich mit der Entwicklung israelischer Atomwaffen befaßte, fand sich unweigerlich auch ein Hinweis auf Shapiros Bindung an Israel und auf den angeblichen Uran-Deal seiner Firma. In manchen Zeitungen oder Büchern wurde zwar angemerkt, daß die Anschuldigungen gegen Shapiro nicht hatten bewiesen werden können; in anderen Berichten jedoch wurde einfach festgestellt, Shapiro habe Uran geliefert und Israel zur Atombombe verholphen. Zalman Shapiro hatte kein Uran aus seiner Aufbereitungsanlage für Israel abgezweigt, aber diese Tatsache war ein schwacher Trost für die Atomindustrie, denn das fehlende Uran wurde gar nicht gestohlen, sondern verflüchtigte sich in die Luft und in das Wasser von Apollo und in die Leitungen, Röhren und Böden der NUMEC. Und die amerikanischen Geheimdienste waren betrübt,

daß sie Shapiro den Deal nicht beweisen konnten, weil sie von Shapiros enger Bindung zu Ernst David Bergmann und Binyamin Blumberg ebensowenig erfuhren wie von der heiklen - und legitimen - Mission, die er für sein geliebtes Israel auf sich nahm.

Shapiros Aufgabe war nicht gerade angenehm: Bei vielen Aufträgen der NUMEC ging es um die chemische Trennung und Wiedergewinnung angereicherten Urans aus dem bei der Herstellung von nuklearen Brennelementen anfallenden Müll. Die Abfälle wurden mitunter zwei- bis dreimal chemisch behandelt, um das Uran zu extrahieren. Bei diesen Prozessen entstanden unvermeidlich gewisse Verluste, denn kleine Mengen angereicherten Urans gingen durch Abwässer verloren oder setzten sich in Bürsten, Luftventilen, Filtersystemen, Reinigungsmaterialien und Schutzmasken fest. Solche Aufträge nahmen die größeren und finanziell stärkeren Konkurrenzfirmen der NUMEC gar nicht an. Bei anderen Aufträgen der NUMEC ging es um weniger schmutzige Arbeiten, zum Beispiel um die Umwandlung von hochgradig angereichertem Uran (93 Prozent U-235) aus gasförmigem Uranhexafluorid - in dieser Form wurde es von den riesigen staatlichen Urandiffusionsfabriken angeliefert — in pulverförmiges Uranoxid, das zu Brennelementen für die Reaktoren der US-Marine weiterverarbeitet werden konnte. Auch bei diesen Prozessen entstanden Abfälle - 10 bis 15 Prozent des Urans verblieb im Müll und mußte wiedergewonnen werden. Da die Arbeit mit waffenfähigen Stoffen außerordentlich gefährlich war, mußte NUMEC das uranhaltige Material in kleine Portionen aufteilen, um zu verhindern, daß eine Kettenreaktion in Gang kam. Dadurch fiel jedoch zusätzlich Abfall an. Die Regeln der AEC bezüglich der Wiedergewinnung von waffentauglichem Uran und Plutonium waren sehr streng. Shapiros Unternehmen war voll verantwortlich und mußte hohe Bußgelder für alles angereicherte Material bezahlen, über das es keine Rechenschaft ablegen konnte: pro Gramm zehn Dollar; jedes Kilogramm bedeutete also einen Verlust von nahezu 10 000 Dollar.

Das Kürzel MUF (»Material unaccounted for«) bezeichnete das Uran, das bei den Bearbeitungsprozessen verloren ging; in der

Kernbrennstoffindustrie wurde es zu einem alltäglichen Begriff. Entscheidender Faktor des Sicherheitsprogramms der AEC waren die Geldbußen für die Materialverluste. Man ging davon aus, daß keine Wiederaufbereitungsfirma Uran verschieben oder stehlen würde, wenn sie mit harten Strafen rechnen mußte. Die AEC erarbeitete schließlich komplizierte Regeln für den Nachweis von MUF. Diese Regeln ermöglichten es Privatunternehmen wie der NUMEC, in ihren regelmäßigen Berichten die Uranmengen zu schätzen, die in den Luftfiltersystemen der Fabrik oder in ihren Abfallgruben verblieben waren. NUMEC führte bei jedem Auftrag routinemäßig beträchtliche Verluste von angereichertem Material an - 30 bis 40 Prozent waren nicht ungewöhnlich. Nach Schätzungen sollten mindestens 80 Prozent des verlorenen Materials bei der Reinigung wiedergewonnen werden können. Die AEC akzeptierte solche Schätzungen als realistisch und verzichtete auf Strafen.

Es war kein Geheimnis, daß in dieser Branche Atommüll als unvermeidliches Nebenprodukt angesehen wurde; in einem Sägewerk galt schließlich Sägemehl auch als unvermeidlich. Der Atommüll gehörte jedoch zu jenen Fakten, die der Öffentlichkeit sorgsam verschwiegen wurden. Angesichts der zunehmenden Sensibilität der Nation gegenüber Umweltkosten blieb die Nuklearindustrie zu diesem Problem ausgesprochen einsilbig. Das angereicherte Material, das die Beschäftigten der NUMEC bearbeiteten, war nicht »heiß« im eigentlichen Sinne, denn es war nicht in einem Reaktor bestrahlt worden; deshalb ging auch keine schädliche oder gar tödliche Strahlung von ihm aus. Gefährlich für die Beschäftigten der NUMEC war jedoch, daß Uran über die Atemwege oder auf andere Art in ihre Körper gelangte. Wie alle Schwermetalle akkumuliert Uran in den Knochen, greift das Knochenmark an und verursacht Leukämie. Angereichertes Uran kann Lungenkrebs auslösen, wenn es eingeatmet wird. Die NUMEC-Beschäftigten wurden deshalb ständig ermahnt, Schutzmasken zu tragen. Allerdings weigerten sich viele, vor allem im Sommer, die Masken anzulegen.

Zalman Shapiro bekam 1962 Probleme, die schließlich seine Karriere beenden sollten. Damals bewarb er sich als Billiganbieter

bei Westinghouse um zwei schwierige Aufträge. Es ging um die Aufbereitung von mehr als 1100 Kilogramm angereicherten Urans. NUMEC erhielt von Westinghouse die Zusicherung, daß mindestens 60 Prozent von jeweils 100 Kilogramm Uran erfolgreich aufbereitet werden könnten. Bis zu 40 Prozent des Urans verblieben also zunächst im Müll und sollten getrennt wiedergewonnen werden. NUMEC mußte jedoch bald feststellen, daß der Prozeß bei einem der beiden Aufträge weit schwieriger war, als Westinghouse angekündigt hatte; nur 35 Prozent der Ausbeute waren verwendbar. Fast zwei Drittel des von Westinghouse gelieferten Urans blieb im Abfall und wurde schließlich größtenteils - wie Shapiro und seine Geschäftspartner dachten - zusammen mit verseuchten Reinigungsmaterialien in Fässern in zwei riesigen Gruben auf dem Gelände der NUMEC vergraben. Die Müllgruben enthielten nicht nur den verseuchten Müll aus dem Westinghouse-Auftrag, sondern auch aus anderen Aufträgen privater Unternehmen. Shapiro hatte den Abfall der einzelnen Aufträge nicht getrennt gelagert, wie es die AEC vorschrieb. Inspektoren der AEC kamen später zu dem Schluß, Shapiro habe den Abfall verschiedener Aufträge absichtlich vermischt, um Kosten zu sparen. Shapiro verärgerte die AEC auch durch sein Zögern - wiederum aus Kostengründen —, mit der zeitintensiven Arbeit der Rückgewinnung des fehlenden Urans aus dem Abfall zu beginnen. Statt dessen arbeiteten seine Beschäftigten an neuen Aufträgen, für die er sofort bezahlt wurde. Bei der NUMEC wurde es die Regel, die Inspektionsteams der AEC, die Nachweise über das fehlende Uran verlangten, immer wieder mit fadenscheinigen Gründen zu vertrösten.

Die AEC unternahm 1964 und 1965 in langwierigen Verhandlungen den Versuch, die komplizierte Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. Shapiro begründete sein Verhalten dabei beharrlich mit der schwierigen finanziellen Lage der NUMEC. Ein Teil der Abfälle von 1963 wurde schließlich ausgegraben; die Inspektoren der AEC stellten fest, daß die Menge des dort vergrabenen angereicherten Urans zur Erklärung des riesigen Ausschusses bei weitem nicht ausreichte. Die Inspektoren folgerten, daß 93,8 Ki-

rogramm angereichertes Uran nicht nachweisbar (»MUF«) seien. Sie berichteten ihrer Behörde ferner, daß aufgrund der »unzureichenden und unvollständigen Buchführung« der NUMEC eine Fehlleitung nicht ausgeschlossen werden könne, obwohl es »keine Beweise« für die Proliferation des Urans gebe. Die Angelegenheit wurde bei einer eigens einberufenen Besprechung von Kommissionsmitgliedern und leitenden Angestellten der AEC im Februar 1966 behandelt. Nach einem mittlerweile freigegebenen Protokoll dieser Besprechung beschlossen die Kommissionsmitglieder, durch eine Befragung der Beschäftigten der NUMEC zu klären, was geschehen war. Außerdem wurde beschlossen, daß der Gemeinsame Ausschuß für Atomenergiefragen des Kongresses von dem verschwundenen Uran in Kenntnis gesetzt werden müsse.

Der Bericht an den Kongreß schlug ein wie eine Bombe. Schon im Oktober 1964 war die mit Atomfragen befaßte amerikanische Politik und Wirtschaft durch die Nachricht erschüttert worden, daß die erste chinesische Atombombe mit Uran und nicht, wie die CIA und andere Geheimdienste erwartet hatten, mit Plutonium gezündet worden war. Sofort war der Verdacht entstanden, daß China das angereicherte Uran für seine Bombe auf dem schwarzen Markt erworben - oder gestohlen - habe. (Die CIA erfuhr erst etwa ein Jahr später, daß China eine riesige Diffusionsanlage viel früher als erwartet in Betrieb genommen hatte.) Die Sicherheitsrichtlinien der AEC wurden von einem gemeinsamen Komitee des Kongresses überprüft; in dem Bericht dieses Komitees wurde die Auffassung der AEC in Zweifel gezogen, daß Geldbußen einen ausreichenden Schutz gegen nukleare Schiebereien böten. Die AEC schien dem Bericht zufolge ihre Pflicht als getan zu betrachten, »wenn für das Material bezahlt wurde«.

Die AEC, die dem Problem der Proliferation gegenüber stets wachsam war, hatte die Verluste der NUMEC im Oktober 1965 dem FBI mitgeteilt. Das FBI hatte keine Veranlassung für eine Überprüfung gesehen. Nach inzwischen freigegebenen Dokumenten stellten die verantwortlichen Nachrichtenoffiziere fest, daß »diese Situation bisher von der AEC zu Recht als Verwaltungs-

angelegenheit behandelt wurde und daß es für uns keine Veranlassung gibt, einzugreifen ...«. Ein Inspektorenteam der AEC vernahm schließlich mehr als 120 Beschäftigte der NUMEC. Beweise dafür, daß Uran abgezweigt worden war, wurden nicht gefunden.

Die CIA blieb dennoch weiterhin an Shapiros langdauernden Verbindungen zu Israel interessiert. Shapiro reiste häufig nach Israel, und unter den vielen ausländischen Besuchern, die sich für Betriebsbesichtigungen der NUMEC einschrieben, waren auch Israelis. Shapiro war ferner Partner der israelischen Regierung bei Geschäften mit der Pasteurisierung von Nahrungsmitteln und der Sterilisierung von medizinischen Gerätschaften durch Bestrahlung. Zwischen Israel und der NUMEC wurden Pakete hin- und hergeschickt. Selbst Ende 1966 hatte John Hadden, der Leiter der CIA-Station in Israel, noch keine Beweise finden können, daß Israel eine chemische Wiederaufbereitungsanlage in Dimona betrieb, obwohl die amerikanische Botschaft in Tel Aviv über den israelischen Fortschritt bei der Herstellung von Atomwaffen zu berichten begonnen hatte. Ohne eine solche Anlage konnte Israel das angereicherte Uran oder das Plutonium nur von Quellen außerhalb des Landes beziehen, um jene Bomben herzustellen, die es nach Haddens Informationen faktisch bereits besaß. Ducken und Helms waren der Ansicht, daß Shapiro die Quelle für den israelischen Fortschritt in der Atomwaffenproduktion gewesen sein müsse. In den folgenden Jahren teilten die beiden Männer ihre Überzeugung jedem mit, der sie hören wollte - auch den Präsidenten Johnson und Nixon. Gebannt starrten sie auf die Beziehungen Shapiros zu Israel; auch spielte dabei eine Rolle, daß David Lowenthal, einer der ersten Anteilseigner der NUMEC, vor 1948 dabei geholfen hatte, illegale Einwanderer nach Israel zu bringen. Duckett war schließlich davon überzeugt, wie er Mitgliedern einer Untersuchungskommission des Kongresses mitteilte, daß die NUMEC 1957 von Shapiro im Zuge einer weitreichenden israelischen Geheimdienstaktion mit dem Ziel gegründet worden war, Uran zu verschleusen. Die meisten Verdächtigungen, die Duckett und Helms vortrugen, wurden von George F. Murphy unterstützt, dem Stellvertretenden Direktor des Stabs des Aus-

Schusses für Atomenergiefragen. Murphy konnte nicht glauben, daß fast 100 Kilogramm angereichertes Uran einfach in den Müllgruben der NUMEC verschwunden waren. Er besaß allerdings keinerlei Kenntnisse über den nuklearen Brennstoffzyklus. Shapiros angeblich schlampige Buchführung, die in den Berichten der AEC geschildert wurde, bezeichnete er als unerhört. Shapiro war, wie Murphy sagte, »der gerissenste, härteste Geschäftsmann, den ich je kennengelernt habe«. Murphy war auch entsetzt über die angeblichen Sicherheitsmängel bei der NUMEC und erklärte einem Mitglied der Untersuchungskommission, er habe bei einer Betriebsbesichtigung in Apollo Urankugeln »überall auf den Werkbänken« herumliegen sehen. Die Möglichkeit einer Verschiebung des Urans nach Israel schien festzustehen; Shapiro wurde in den späten sechziger Jahren unter FBI-Überwachung gestellt. Shapiro unternahm mittlerweile einen verzweifelten Versuch, sein Unternehmen zu retten. Er stellte James E. Lovett ein, der zuvor als leitender Wissenschaftler bei der AEC gearbeitet hatte. Lovett sollte für die Buchführung über die Nuklearmaterialien der NUMEC zuständig sein. Als erstes bestand er darauf, daß der Zementfußboden der alten Fabrik mit rostfreiem Stahl abgedeckt wurde. Lovett wußte, daß Zement viel mehr Uran absorbierte, als man vermutete. Zur Wiedergewinnung der fehlenden 100 Kilogramm Uran aus den Abfallgruben der NUMEC gaben sich Shapiro und die anderen leitenden Angestellten des Unternehmens allerdings Illusionen hin, wie sich Lovett erinnerte. »Sie glaubten allen Ernstes, wenn es hart auf hart ginge, könnten sie den größten Teil wiedergewinnen.« Doch der größte Teil des Urans befand sich nicht in den Müllgruben der Anlage; er befand sich vielmehr in den Zementböden und in den Belüftungsanlagen oder war mit anderen Abfällen in die örtlichen Abwassersysteme oder in die Luft gelangt.

Die anhaltende Kontroverse über die angebliche Verschiebung des Urans war in der engverschworenen Nuklearbranche allgemein bekannt. Shapiro litt darunter. »Ich war ein toter, stinkender Fisch«, erinnerte er sich verbittert. »Aufträge wurden storniert und anderen Firmen gegeben.« Im Jahre 1967 sahen sich Shapiro und seine Partner gezwungen, mit der Atlantic Richfield Company

(ARCO) zu fusionieren. Shapiro besaß noch immer eine Q-Lizenz (für eine Tätigkeit im Bereich der Atomenergie); er konnte deshalb weiterhin seine Fabrik leiten.

Shapiro rührte jedoch ein zweites, geheimes Leben, von dem weder CIA noch AEC jemals Kenntnis erhielten. Bei seinen Besuchen in Israel war er vielen führenden israelischen Nuklearwissenschaftlern begegnet und hatte mit einigen von ihnen Freundschaft geschlossen. Mit Ernst David Bergmann war seine Freundschaft besonders eng. Bergmann stand bis 1966 an der Spitze der israelischen Atomenergiekommission. Shapiro bezeichnete Bergmann als Genie. »Er war das Genie der Genies. Er arbeitete Tag und Nacht. Ich habe keine Ahnung, wann er schlief.« Bergmann war vor allem an einer atomgetriebenen Wasserentsalzungsanlage interessiert, wie sich Shapiro erinnerte. Wasser war für Israel das kostbarste aller Güter. 1964 wurde eine 240 Kilometer lange Wasserleitung vom Norden des Landes bis in die Negev-Wüste gebaut. Das System, bekannt als »National Water Carrier«, stellte damals das größte Entwicklungsprojekt Israels dar. Es verband örtliche und regionale Wasserleitungen zu einem integrierten Netz, das die gesamten Niederschläge sammeln und in Reservoirs leiten sollte. Das Netz konnte nicht ohne ständige Reibereien mit Syrien fertiggestellt werden, vor allem, weil die Israelis Wasser vom See Genezareth in Galiläa nach Süden leiten wollten. Im nördlichen Israel wurde das Wasser über weite Strecken in offenen Leitungen geführt und nur durch Zäune geschützt; die Wasserleitung stellte ein ideales Ziel für Terroristen dar. El Fatah, die arabische Guerillagruppe (die später ein wichtiges Mitglied der Palästinensischen Befreiungsbewegung PLO wurde), drohte damit, das Wasser zu vergiften. Einmal fürchteten israelische Sicherheitsbeamte, El Fatah habe versucht, den Zaun durchzuschneiden, der die Wasserleitung schützte, um eine Bombe zu legen. Zalman Shapiro wurde damals von den Israelis gebeten, eine Methode zu entwickeln, mit der sich schnell und einwandfrei feststellen ließ, ob Wasser mit toxischen Stoffen verseucht war. Aber das war nicht das einzige Problem: Rund 30 Prozent des Wassers verschwanden unterwegs. Die Israelis konnten nicht feststellen, wie und wo die Verluste zustande kamen. Während der vielen

Untersuchungen von Seiten der US-Regierung und des Kongresses, denen NUMEC unterworfen wurde, gestand Shapiro zögernd ein, daß er auch in der Frage des Wasserverlustes Israel beraten habe. Er hatte den Israelis empfohlen, am See Genezareth einen radioaktiven Tracer in das entnommene Wasser einzubringen, um den Lauf des Wassers überwachen zu können. Shapiro hatte sich entschlossen, bei den Anhörungen nicht über alle seine Aktivitäten in israelischem Auftrag Auskunft zu geben. Er erklärte, die israelische Wasserversorgung sei noch immer gefährdet: »Ich wollte gewissen Leuten keinesfalls Anregungen geben.« In den späten sechziger Jahren organisierte Shapiro eine Reihe von Zusammenkünften amerikanischer Wissenschaftler und Israelis, manchmal in seiner privaten Wohnung. Dabei sei es um die Frage gegangen, wie der National Water Carrier vor potentiellen Terroristen geschützt werden könne. Einige Besprechungen, die Duckett und seine Kollegen als endgültige Beweise für Shapiros Schuld ansahen, wurden vom FBI überwacht. Damals hatte NUMEC den Auftrag erhalten, kleine Stromgeneratoren nach Israel zu liefern. Shapiro weigerte sich, die Funktion dieser Generatoren zu beschreiben; er erklärte lediglich, sie seien für die Sicherung der Wasserleitungen bestimmt gewesen. Alle Lieferungen seien vom Handelsministerium für den Export freigegeben worden. »Wir hatten Genehmigungen dafür. Ich habe niemals eines dieser Dokumente aus der Hand gegeben. Bei den Besprechungen ging es nur um die Wasserversorgung.« Shapiro wollte keine Auskunft darüber geben, ob er - wie viele amerikanische Wissenschaftler — über die Anlage in Dimona informiert gewesen war. Er gab zu, Binyamin Blumberg zu kennen. Blumberg war Direktor des LAKAM, des Verbindungsbüros des israelischen Premierministers für Fragen des wissenschaftlichen Austauschs: »Ich habe nie behauptet, ihn nicht zu kennen«, sagte Shapiro, bestritt jedoch, jemals geheime amerikanische Angelegenheiten verraten oder radioaktive Materialien weitergegeben zu haben. »Ich habe mich für die Sicherheit Amerikas krumm gearbeitet. Glauben Sie denn wirklich, ich würde etwas tun, das die Sicherheit dieses Landes gefährdet?« Duckett und Helms waren nach wie vor überzeugt, daß sich Sha-

piro der Spionage schuldig gemacht hatte. Nachdem Duckett mit Edward Teller gesprochen und 1968 seine erste Schätzung der israelischen Kernwaffenkapazität vorgelegt hatte, drängte Helms das FBI, die Nachforschungen zu den Beziehungen Shapiros zu Israel wiederaufzunehmen. Damals stritt sich das FBI unter J. Edgar Hoover mit der Spionageabwehrabteilung der CIA unter James Angleton erbittert über die Behandlung von Fahnenflüchtigen. Außerdem stritten sich die beiden Dienste über die fortgesetzten - und illegalen - CIA-Operationen in den Vereinigten Staaten. Im Auftrag des Präsidenten sollte die CIA herausfinden, ob die gegen den Vietnam-Krieg gerichtete Protestbewegung von Moskau gesteuert wurde. Hoover stritt sich mit Helms während des ganzen nächsten Jahres über den Fall Shapiro. Ein ehemaliges Mitglied der Untersuchungskommission des Kongresses ging die Akten der Ausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses für die Geheimdienste noch einmal durch. »Die CIA ließ damals Hoover wissen«, erinnerte er sich, »daß Hoover für die Spionageabwehr in Amerika verantwortlich sei. Er solle Shapiro überwachen und ihn festnehmen, falls er ein Spion sei. Hoover antwortete: 'Wir sind nicht einmal sicher, ob etwas gestohlen wurde. Wenn es euch gelingt, nach Dimona zu gehen und (Beweise für Shapiros Uranschiebereien) zu finden, reden wir wieder miteinander.' Es war wie ein Spiel. Die Gesprächsprotokolle klangen hysterisch. So ging es immer hin und her.«

Die Akte NUMEC blieb bis 1975 geschlossen. Shapiro arbeitete wieder im Auftrag von Westinghouse. Anfang 1975 wurde die AEC aufgelöst; man gründete zwei neue Kommissionen. In einer dieser Kommissionen, der Nuclear Regulation Commission (NRC) arbeitete James H. Conran als Analytiker. Er erhielt den Auftrag, einen Überblick über die nuklearen Sicherheitsmaßnahmen zu erstellen. Man verweigerte ihm aus Geheimhaltungsgründen den *Zugang* zu den NUMEC-Akten. Conran setzte nun alles daran, für die fünf Mitglieder der NRC und ihre engsten Mitarbeiter Informationen über die NUMEC zu beschaffen. Ohne *Zugang* zu den Akten über die NUMEC könne er seinen Bericht aber nicht schreiben, erklärte er.

Es stand jedoch noch eine weitere wichtige Angelegenheit auf dem Spiel: Die Atomwirtschaft setzte alles daran, die Unterstützung der Öffentlichkeit und der Regierung für eine riesige Anlage zur Aufarbeitung von Plutonium zu bekommen. Nun schien plötzlich die gesamte Zukunft der Kernenergie davon abzuhängen, daß die Öffentlichkeit den Bau von schnellen Brütern akzeptierte, die mehr Plutonium produzieren konnten, als sie verbrauchten. Es war klar, worum es bei dieser öffentlichen politischen Angelegenheit ging: Wie konnten die Regierungen dieser Welt verhindern, daß Plutonium für militärische Zwecke abgezweigt wurde? Würde nun der Fall NUMEC wieder aufgerollt, dann entstünde ein höchst unerwünschtes Dilemma: Entweder war Material verschoben worden, oder der inhärente Verlust von Plutonium und Uran in Wiederaufarbeitungsanlagen wie der NUMEC - und im ganzen Land gab es viele solcher Anlagen - war viel höher, als in der Öffentlichkeit angenommen worden war.

Im NRC gab es viele Verfechter der Kernenergie. Sie zitterten bei dem bloßen Gedanken an eine ungünstige öffentliche Meinung zur Sicherheit der Kernreaktoren und zu einer potentiellen Verseuchung der Umwelt. In der NRC konnte Conran also kaum auf Freunde hoffen, wenn er die Wahrheit über das fehlende Uran der NUMEC herausfinden wollte. Carl Duckett berief eine Besprechung auf hoher Ebene ein, bei der die Möglichkeit von illegalen Uranverkäufen diskutiert wurde. Das damalige Kommissionsmitglied Victor Gilinsky erinnerte sich, daß Ducketts Einlassungen sehr sachlich waren: »Duckett wurde (über die israelische Atombombe) befragt. Er erklärte, die CIA sei der Ansicht, Israel habe Nuklearwaffen und atomares Material verschoben worden. Er sagte nichts mit absoluter Bestimmtheit - aber aus unserer beschränkten Sicht interpretierten wir seine Worte. Wir (die Kommissionsmitglieder der NRC) waren nicht dafür verantwortlich, wie man mit den Israelis umging - für uns bilden die Ergebnisse der anderen Nachrichtendienste den Ausgangspunkt der Überlegungen.« Gilinsky vertrat die Ansicht, die NRC sei nicht verpflichtet zu überprüfen, ob Ducketts Behauptungen stimmten. Die NRC beschloß jedoch auf der Grundlage von Ducketts Aussagen, die

Vorschriften für den Umgang mit nuklearen Materialien zu verschärfen. Die meisten bei diesem Gespräch Anwesenden »hatten mit auswärtigen Beziehungen nichts zu tun«, stellte Gilinsky fest. »Sie verteidigten die Auffassung, daß die Verfahren der NRC für den Schutz des Plutoniums angemessen seien. Die ganze Sache richtete sich gegen unsere Behauptung, daß man das Zeug schützen könne.«

Ducketts Aussage vor der NRC und seine informellen Äußerungen gegenüber der CIA und vor dem American Institute of Aeronautics and Astronautics schadeten zwar seiner Karriere, riefen jedoch zugleich eine kurz aufflackernde Besorgnis über NUMEC im Weißen Haus unter Präsident Ford hervor. Wieder wurde eine Untersuchung gegen Shapiro eingeleitet. Und wie zuvor konnte das FBI auch diesmal keine Beweise für eine Verschiebung finden.

Es gab aber unabhängige Beweise dafür, daß Shapiros Probleme beim Betrieb der NUMEC nicht so ungewöhnlich waren, wie die AEC es Mitte der sechziger Jahre öffentlich angedeutet hatte. Die Anlage war in den frühen siebziger Jahren von Babcock & Wilcox übernommen worden, einem der führenden amerikanischen Unternehmen für die Entwicklung von Reaktoren. Bei einer neuerlichen Überprüfung der Anlage fand die NRC heraus, daß weitere 89 Kilogramm angereichertes Uran während einer Periode von 29 Monaten seit April 1974 verschwunden waren. Bei einer genaueren Untersuchung zeigte sich, daß es für 50 Kilogramm «keine identifizierbaren und nachweisbaren Verlustmechanismen» gab, wie es in dem Bericht der NRC hieß. Dazu gehörte beispielsweise die Verseuchung der Arbeitskleidung, Verluste durch Reinigung, Aufnahme des Materials durch die Böden und Ablagerungen in den Geräten. Der restliche Verlust wurde »unvermeidlichen Unsicherheiten in den Meßsystemen und Fehlern im Berechnungssystem« zugeschrieben. Mit anderen Worten: Uranverluste sind kaum meßbar. Da eine so große Menge Uran verlorengegangen war, ergaben sich Fragen zur Verseuchung der unmittelbaren Umgebung der Anlage. In Apollo waren täglich durchschnittlich 50 000 Liter Wasser und Abwasser in den nahen Fluß Kiskiminetas eingeleitet worden, einem Nebenfluß des AI-

legheny, der wiederum die wichtigste Trinkwasserquelle für mehrere Städte in der Gegend von Pittsburgh ist.<sup>1</sup> Jody Powell, der Pressesprecher des Präsidenten Carter, kündigte im Oktober 1977 öffentlich an, daß »nach vier Jahren ununterbrochener Untersuchungen« durch AEC, FBI und General Accounting Office eine Verschiebung von Uran nach Israel nicht habe bewiesen werden können. Gegen Jahresende wurde der Fall NUMEC nicht nur von einem der kompetentesten und aggressivsten Ausschüsse des Kongresses (dem House Subcommittee on Oversight and Investigations), sondern auch vom Unterausschuß für Energie- und Umweltfragen aufgegriffen. Carl Duckett und John Hadden, die beide der CIA nicht mehr angehörten, arbeiteten uneingeschränkt mit den Unterausschüssen zusammen. Einmal rief Duckett mitten in der Nacht ein Ausschußmitglied an und verlangte, ihn sofort von einer öffentlichen Telefonzelle bei einer Tankstelle zurückzurufen. Bei diesem Telefongespräch drängte Duckett darauf, die Untersuchung gegen Shapiro fortzusetzen. Hadden deutete wiederholt an, die israelische Regierung müsse einen »Maulwurf« - einen Agenten - in der Atomenergiekommission haben, der Shapiro bei den früheren Untersuchungen geschützt habe.

Für Shapiro kam bei diesen Untersuchungen wenig heraus. Die Mitglieder der Unterausschüsse schienen jeder Behauptung Ducketts und Haddens unbesehen zu glauben. Aber gerade am Beispiel dieser Behauptungen können Außenstehende nachvollziehen, wie die CIA und die beiden Unterausschüsse des Kongresses Beweise gewichten und welche internen Mechanismen für Kontrolle und Ausgleich ihre Untersuchungen bestimmen. Duckett drückte seine Überzeugung in einem Fernsehinterview der ABC überdeutlich aus. Er sagte, in der CIA habe ein »klarer Konsens« darüber bestanden, daß Israel »sehr wahrscheinlich« durch Shapiros Uranlieferungen zur Atommacht aufgestiegen sei. »Ich bin vollkommen überzeugt, daß das der Fall war ... Ich glaube, daß mir dabei alle führenden Analytiker voll zustimmen werden, die mit dem Problem befaßt waren«, erklärte Duckett. Natürlich konnten die Mitglieder der Untersuchungsausschüsse nicht wissen, wie wenig Duckett und seine »führenden Analytiker« über

das israelische Atomarsenal hatten herausfinden können. Die Unterausschüsse erfuhren auch nicht, daß Ducketts erste Schätzung der israelischen Nuklearkapazität primär auf einer diesbezüglichen Behauptung Edward Tellers basierte und nicht auf spezifischen Kenntnissen der Kapazität des israelischen Kernreaktors oder dem Nachweis, daß Israel in Dimona über eine chemische Aufarbeitungsanlage verfügte. Auch gab es keine klaren Beweise, daß Shapiro mit der Lieferung angereicherten Urans nach Israel etwas zu tun hatte. Die Unterausschüsse bemerkten nicht, daß Ducketts Schätzung für die CIA 1974 auch damals schon Kritik ausgelöst hatte. Nachrichtenoffiziere der Atomenergiekommission hatten darauf bestanden, der Schätzung eine Fußnote hinzuzufügen. Darin wurde darauf hingewiesen, daß der Kommission Informationen über einen Uran-Deal mit Israel nicht vorlägen. •Duckett setzte im USIB (United States Intelligence Board) alles daran, Israel und Apollo (in die Schätzung) aufzunehmen«, erinnerte sich ein Mitglied der AEC, »und er hat es geschafft.« Dessen ungeachtet gaben Henry R. Myers und Peter B. Stockton, die Vorsitzenden der Unterausschüsse des Kongresses, fast 15 Jahre lang die Vermutungen Ducketts und Haddens als Insiderwissen aus Geheimdienstquellen an Journalisten weiter. Viele Reporter behandelten diese Vermutungen in ihren Berichten als »Tatsachen«.

Myers galt im Unterausschuß für Energiefragen als Energiespezialist. Als ich mit meinen Nachforschungen über Zalman Shapiro begann, erzählte Myers, es habe einen »Anlaß für die Vermutung gegeben, daß NUMEC ausschließlich für die Verschiebung von Uran gegründet worden sei. Der Grund hierfür ist, daß niemand jemals klären konnte, woher das Geld kam.« Myers bezog sich auf die Rolle, die David Lowenthal 1948 in Israel spielte, und fügte hinzu: »Es gab Berichte über geheime Telefon- oder Fernschreiberleitungen zwischen NUMEC und der israelischen Botschaft.« Myers erwähnte auch eine Besprechung zwischen Richard Helms und einer Gruppe von Abgeordneten, an der er teilgenommen habe: »Helms sagte im wesentlichen, daß Shapiro Leiter einer Gruppe sei, die geheime und nicht geheime Informationen für Israel sammle.« Außerdem wurde behauptet, CIA-

Agenten hätten in der Nähe von Dimona in Israel »Spuren angereicherten Urans« einer Art gefunden, die den an NUMEC zur Aufbereitung gelieferten Materialien ähnlich gewesen seien. Außerdem habe am Flughafen von Pittsburgh ein hochgradig verdächtiges Treffen zwischen Shapiro und Jeruham Kafkafi stattgefunden. Kafkafi, ein israelischer Wissenschaftsattaché, sei eigens von Washington nach Pittsburgh geflogen und unmittelbar nach der Begegnung wieder nach Washington zurückgekehrt. Myers meinte, Kafkafi sei »möglicherweise ein israelischer Geheimdienstagent« gewesen.

Myers glaubte noch Anfang der neunziger Jahre, daß seine Angaben korrekt seien. Tatsache ist jedoch, daß Lowenthal nur einer der Anteilseigner der NUMEC war; unter den Investoren waren auch Nichtjuden. In der Fabrik gab es keine besonderen geheimen Telefon- oder Fernschreibverbindungen; dies wurde auch von Duckett und anderen zugegeben, die an den Untersuchungen über das verschwundene Uran beteiligt waren. Richard Helms mochte davon überzeugt gewesen sein, daß Shapiro als Kopf eines israelischen Spionagerings wirkte; Fakten für diese Behauptung sind jedoch nicht bekannt. Duckett und die anderen von der Regierung mit der Untersuchung Beauftragten gaben zu, daß es keine ernstzunehmende Beziehung zwischen dem in der NUMEC-Anlage bearbeiteten Uran und den Spuren angereicherten Urans gab, die amerikanische Agenten bei Dimona gefunden hatten. Und Shapiro erklärte vor den Unterausschüssen des Kongresses - die ihm offenbar keinen Glauben schenkten -, daß seine Besprechung mit Kafkafi am Flughafen von Pittsburgh auf seine - Shapiros - Initiative zurückgegangen sei. NUMEC habe eine Antiterrorausrüstung nach Israel geliefert, aber dafür keine Bezahlung erhalten. Ein Betrag von 32 000 Dollar sei offen gewesen. Shapiro habe die Sache als »peinlich« empfunden, aber NUMEC habe das Geld dringend gebraucht.

Duckett wiederholte 1991 in einem Interview viele seiner früheren Behauptungen. Er spielte dabei auf Shapiros zerstörte Karriere an: »Trotz aller Probleme, die auf mich zurückgehen, ist mir kein einziger Beweis bekannt, daß Shapiro schuldig war. Es gibt

indirekte Informationen, aber ich habe nie versucht, auf dieser Grundlage zu urteilen. Ich habe in dieser Sache zu keinem Zeitpunkt eigene Interessen verfolgt. Im Grunde ging es immer darum sicherzustellen, daß man die Informationen, die man bekam, richtig weiterleitete. Am Ende verliert man dann die Kontrolle über die Information. Ich habe Shapiro nie kennengelernt und war auch nicht daran interessiert, mit der Geschichte hausieren zu gehen.«

Auch Peter Stockton gestand 1991 in einem Interview ein, daß er mehrfach Zweifel an Haddens Glaubwürdigkeit gehabt habe. »Er hat mich nie völlig überzeugt«, erklärte Stockton. Es habe ihm Sorgen bereitet, daß Hadden vor den Abgeordneten und Mitgliedern der Unterausschüsse andere Versionen einer Geschichte erzählte als vor den Mitgliedern des Government Accounting Office, die ebenfalls die angebliche Uranschieberei durch NUMEC untersuchten. »Wir waren von gewissen Leuten abhängig«, sagte Stockton, »die uns herumhetzten.« Doch Stockton berichtete weiterhin Reportern über NUMEC und streute weiterhin Fehlinformationen aus. Viele Journalisten sind nach wie vor überzeugt, Shapiro habe das Uran für die israelische Atombombe verschoben. Andrew und Leslie Cockburn interviewten Stockton 1989- In ihrem Buch *Dangerous Liaison*, erschienen 1991, beschreiben sie Shapiros Rolle beim israelischen Erwerb der Atombombe als »delikat«, daß sie von fünf amerikanischen Präsidenten geheimgehalten wurde. »Stockton entdeckte«, schreiben sie, »daß mindestens ein CIA-Beamter sehr klare Vorstellungen davon hatte, worum es bei der NUMEC-Affäre wirklich ging. John Hadden ...«

Babcock & Wilcox stellten den Betrieb in Zalman Shapiros Anlage in Apollo 1978 ein. Das Geschäft mit Kernbrennstoffen lief damals nicht besonders, vor allem deshalb, weil die US-Marine weniger Aufträge erteilte. Shapiro beharrte darauf, daß das fehlende Uran in die Böden versickert oder in die Luft abgegeben worden sei, und löste damit eine Kontroverse über nukleare Verseuchung der Umwelt aus. Babcock & Wilcox geriet unter öffentlichen Druck; die Firma willigte schließlich ein, die Anlage in Apollo nicht abzureißen, damit man herausfinden könne, wie

stark die Verseuchung war. 1989 begann das Unternehmen, die Anlage zu entseuchen. Der Prozeß war kostspielig, denn bestimmte Flächen mußten vollständig abgetragen werden. Babcock & Wilcox sicherten der Gemeinde zu, nach Wegen zu suchen, das Gelände wieder nutzbar zu machen - und die Firma versprach, daß in künftigen Produktionsstätten auf dem Gelände keine radioaktiven Materialien mehr verwendet würden. Ende 1990 billigte der Kongreß eine Gesetzesvorlage des Verteidigungsministeriums; darin wurden 30 Millionen Dollar für die Entseuchung der Anlage in Apollo bewilligt. Babcock & Wilcox brachten weitere 30 Millionen Dollar auf. Angestellte des Unternehmens gaben zu, daß unter anderem der Zementboden so stark verseucht war, daß er Stück für Stück abgetragen und in geeigneten Lagern vergraben werden mußte - allerdings erst, nachdem man das wertvolle Uran extrahiert hatte. Beamte der Nuclear Regulatory Commission, NRC, berichteten, daß mehr als 100 Kilogramm angereichertes Uran - die Menge, die Zalman Shapiro angeblich nach Israel verschoben hatte - bis 1982 aus der stillgelegten Anlage wiedergewonnen worden waren und daß jedes Jahr weiteres Uran wiedergewonnen würde. In der NRC wurde dies als »Gewinne aus der Einrichtung« bezeichnet. Es war nicht abzuschätzen, wieviel Uran insgesamt extrahiert werden würde. Außerdem blieb es ungewiß, ob die 60 Millionen Dollar ausreichten, die die Regierung und Babcock & Wilcox für die Entseuchung der Anlage disponiert hatten, ganz zu schweigen davon, ob das Gelände jemals wieder genutzt werden könnte.

## Carters Unbehagen

Der überraschende Sieg der Likud-Partei unter Menachim Begin bei den Parlamentswahlen im Mai 1977 setzte der neunundzwanzigjährigen Dominanz der Mapai und Arbeiterpartei im politischen Leben Israels ein Ende. Die neue Regierung war noch stärker als die Labour-Regierung der Notwendigkeit eines israelischen Atomarsenals verpflichtet. Begin und seine Anhänger vertraten eine populistisch-nationalistische Sicht; ein größeres Israel habe ein Recht darauf, das Westufer des Jordan für alle Zeiten unter Kontrolle zu halten. Ihrer Ansicht nach hatten die Hauptvertreter des Zionismus, also Männer wie David Ben Gurion, drei wichtige Kriege ohne eine übergreifende Strategie geführt. Die militärischen Ziele Israels waren nach dieser Sichtweise von der gegnerischen Seite diktiert worden. Die Führer der arabischen Staaten hatten entschieden, wann und an welcher Front der Krieg beginnen würde. Begin und seine Koalition waren entschlossen - was sie 1982 im Libanon-Krieg mit katastrophalen Auswirkungen auch bewiesen -, mit Hilfe der militärischen Macht Israels die politische Landkarte des Nahen Ostens umzugestalten. Kernwaffen sprachen einen problematischen Zug von Begins Charakter an: Er war fasziniert von der Dramatik militärischer Gewalt. Begin insistierte beispielsweise auf der Bombardierung des irakischen Reaktors Osirak. Schon im Juli 1946 war er an dem Bombenattentat auf das King-David-Hotel in Jerusalem beteiligt gewesen. Damals war er einer der Führer der im Untergrund aktiven jüdischen Terroristenorganisation Irgun.<sup>1</sup> Begin erfüllte, und das unterschied ihn von vielen Israelis, die aus Osteuropa eingewandert waren, ein tiefer Haß auf den Kommunismus und die Sowjetunion. Er war mit seiner Familie nach dem deutschen Überfall auf Polen in den Ostteil des Landes geflohen

und dort, wie die meisten Zionisten, von sowjetischen Truppen gefangen genommen und in einen sibirischen Gulag gebracht worden. Erst 1942, nach dem Überfall der Nazis auf Rußland, wurde er in ein in höchster Eile zusammengestelltes polnisches Kontingent der Roten Armee aufgenommen.

Begin hat, soweit bekannt, Dimona erst besichtigt, nachdem er Premierminister geworden war. Er war nicht einmal sonderlich gut über den Reaktor informiert. Der abgewählte Premierminister Yitzhak Rabin weihte Begin in die heiklen Angelegenheiten der nationalen Sicherheit ein. Ari Ben-Menashe, ein ehemaliger israelischer Geheimdienstmann, arbeitete damals als Zivilbeamter im Verteidigungsministerium. Er erinnerte sich, daß Begin die in Dimona entwickelten Pläne nachdrücklich unterstützte, die Sowjetunion als Ziel israelischer Nuklearwaffen zu wählen. Begin ging, so Ben-Menashe, sogar noch weiter: »Er gab den Befehl, weitere sowjetische Städte als Nuklearziele zu bestimmen.«<sup>2</sup> Die Ausweitung der Nuklearziele erhöhte das Interesse der Israelis an der amerikanischen Satellitenaufklärung, erklärte Ben-Menashe. Aber die israelischen Militärattaches und Diplomaten rannten in Washington gegen eine Mauer, denn die Carter-Administration baute die intensiven Beziehungen, die unter den Präsidenten Nixon und Ford geknüpft worden waren, systematisch ab. Einem amerikanischen Offizier zufolge, der in den ersten Jahren der Präsidentschaft Carters einen militärischen Nachrichtendienst leitete, waren die Israelis überall im Pentagon anzutreffen, wobei sie vor allem an Aufklärung über die Sowjets interessiert waren: »Sie schwirrten überall herum. Sie wollten an der Auswertung der Satellitenfotos beteiligt werden und obendrein wissen, was unsere (militärischen) Attaches berichteten und was wir brauchten. Unser Haus war für sie wie eine Honigwabe.«

Die amerikanischen Nachrichtendienste hatten keine Kenntnis davon, daß Begin die Pläne unterstützte, die Sowjetunion zum israelischen Nuklearziel zu machen. Sie versuchten noch immer wie besessen zu beweisen, daß Zalman Shapiro Uran nach Israel verschoben hatte. In der Welt der Nachrichtendienste bestanden

keine Zweifel mehr, daß Israel die Bombe besaß. Doch niemand in Washington hielt es für nötig, die Sache zur Sprache zu bringen - nicht einmal die neue Administration Jimmy Carters, die erste Regierung, die ernsthaft gegen die Proliferation von Kernwaffen antrat.

Die israelische Regierung sorgte sich um ihren Rückhalt in Amerika. Sie bestritt deshalb weiterhin öffentlich, daß Israel Kernwaffen hatte, selbst wenn sie mit Beweisen für das Gegenteil konfrontiert wurde. 1976 gab Carl Duckett in Washington versehentlich bekannt, daß die CIA das israelische Arsenal auf mindestens zehn Gefechtsköpfe schätzte. Der amerikanische Botschafter Malcolm Toon wurde daraufhin zu dem israelischen Außenminister Yigal Allon bestellt, um über die Angelegenheit zu sprechen. »(Allon) war über diese Entwicklung sehr besorgt«, telegrafierte Toon an das US-Außenministerium. »Er glaubt, daß sie mit den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern kaum vereinbar ist ... Er stellte die rhetorische Frage, warum die CIA das getan habe.« Toon berichtete ferner, daß er Allon erklärt habe, Ducketts Bemerkungen seien nicht fürs Protokoll bestimmt gewesen. Er habe Allon gefragt, ob Ducketts Schlußfolgerungen zuträfen: »Allon blickte mich leicht erschreckt an und sagte, daß sie nicht wahr seien.« Allons entschiedenes Dementi war Öl ins Feuer. Ein Jahr später, nach Carters Wahlsieg, erklärte Toon einer Delegation von 13 amerikanischen Senatoren, er sei sicher, daß Israel im Besitz der Atombombe sei. Die Delegation wurde von Abraham Ribicoff geleitet, dem demokratischen Senator von Connecticut. Sie sollte sich über die Aussichten einer Politik zur Eindämmung der Proliferation im Nahen Osten informieren. Die Delegation erbat die Erlaubnis, Dimona zu besichtigen. Man ließ sie unverblümt wissen, daß seit der Beendigung der amerikanischen Kontrollbesuche 1969 keine Besuche des Reaktors mehr zugelassen worden seien und daß man dies auch jetzt nicht wünsche. Toon unterrichtete das US-Außenministerium telegrafisch, wie die Delegation behandelt wurde, und beschwerte sich, daß es »ein ungehöriges israelisches Benehmen sei, uns Dimona nicht besichtigen zu lassen«. Er erinnerte sich lebhaft an die Antwort: »Bitte vermeiden Sie in dieser Sache jedes Aufsehen.«<sup>3</sup>

Die Senatoren übertrafen das Außenministerium noch bei dem Versuch, die Tatsache zu vertuschen, daß ihnen der Zutritt zum Reaktor verweigert worden war. »Die Weigerung ist von der Presse weit über ihre wirkliche Bedeutung hinaus dramatisiert worden«, hieß es in ihrem öffentlichen Bericht. »Die meisten Delegationsmitglieder wollten Dimona gar nicht besichtigen, weil ihnen die technischen Kenntnisse fehlten, die für einen solchen Besuch erforderlich gewesen wären. Die Delegation erhielt keine Information darüber, ob Israel Kernwaffen besitzt oder nicht.« Die Senatoren waren in dieser Angelegenheit besonders pflichtbewußt, denn kurz zuvor hatte der Kongreß eine Änderung des Gesetzes über Exportkontrollen verabschiedet. Durch die Gesetzesänderung wurde es untersagt, Staaten Auslandshilfe zu gewähren, die Materialien, Ausrüstungen oder Technologien für nukleare Aufbereitung oder Anreicherung ex- oder importierten. Die Gesetzesänderung betraf allerdings Staaten wie Israel nicht, die in den Transfer oder Verkauf von atomaren Materialien schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes verwickelt gewesen waren. Mit anderen Worten: Man hatte Israel von der Gesetzesänderung ausgeklammert. Das Gesetz war von Senator Stuart Symington eingebracht worden. Der Präsident erhielt das Recht, sich über die Bestimmungen hinwegzusetzen, wenn er der Auffassung war, daß sich die Einstellung der Auslandshilfe nachteilig auf die amerikanische nationale Sicherheit auswirken könnte.<sup>4</sup> Seit dem Inkrafttreten ist das Gesetz lediglich zweimal gegenüber Pakistan angewandt worden.

Im Grunde unterstützten der Kongreß und das Weiße Haus mit diesem Gesetz die Befürworter der Rüstungskontrolle, die rechtfertigen wollten, warum sie über die israelische Atombombe keine Fragen gestellt hatten. Nach Israel brauchte kein Uran mehr verschoben werden, denn es besaß bereits die Atombombe. Ein hochrangiger Nachrichtenbeamter des Außenministeriums, dessen Aussagen entscheidend zur Einstellung der Entwicklungshilfe für Pakistan beitrugen, erinnerte sich, wie zynisch er damals die Gesetzesvorlage Symingtons beurteilte: »Haben mir diese Bur-schen (die Senatoren), die mich im Falle Pakistans so erbar-mungslos ins Kreuzverhör nahmen, jemals Fragen über Israel ge-

stellt« Einem ehemaligen Beamten der Nuclear Regulatory Commission, der aus der Sicht der NRC darstellen sollte, ob Israel gegen das Symington-Gesetz verstieß, war bei seiner Aussage klar, daß der Kongreß »in einer öffentlichen Anhörung nichts herausfinden wollte«. Er war zwar persönlich davon überzeugt, daß Israel Kernwaffen entwickelt hatte; in der Anhörung bezeugte er aber wiederholt, er habe »keine Beweise«, daß es in Israel solche Waffen gebe. Wenn entscheidende Informationen weiterzugeben waren, »tat man das bei einer Tasse Kaffee. Aber niemals in einer öffentlichen Anhörung.«

Die amerikanische Nachsicht gegenüber den israelischen Atomwaffen mochte vom Kongreß oder von den Medien problemlos akzeptiert werden, nicht aber vom pakistanischen Präsidenten Zia ul-Haq. George H. Rathjens war in den frühen Jahren der Präsidentschaft Jimmy Carters Stellvertreter von Gerard C. Smith, dem Sonderbotschafter des Präsidenten für Fragen der Proliferation. Rathjens erinnerte sich lebhaft an Zias Reaktion, als Smith ihn über das pakistanische Atomprogramm befragte: »>Warum fragt ihr Israel nicht?' Smith war verärgert, konnte aber Zia keine Antwort geben - keine befriedigende Antwort.« Über das israelische Atomprogramm »wollten die Leute (in den Vereinigten Staaten) nicht reden«, sagte Rathjens. »Es war ihnen unangenehm.«

Nach dem Sechstagekrieg von 1967 begann eine ernsthafte Kooperation über Atomfragen zwischen Israel und der Republik Südafrika. Charles de Gaulle hatte Israel zurückgewiesen. Die Israelis waren gezwungen, sich anderweitig nach Unterstützung umzusehen. In seinem Buch *Les deux bombes* schildert Pierre Pean eine überraschende Begegnung zwischen einem französischen Atomwissenschaftler, der in Dimona gewesen war, und einer Gruppe israelischer Atomwissenschaftler, die zehn Jahre zuvor mit den Franzosen in Saclay und Marcoule zusammengearbeitet hatten. Die Begegnung fand 1967 in Johannesburg statt. Der französische Physiker und seine Kollegen hatten den Israelis Kenntnisse vermittelt, die diese nun den Südafrikanern weitergaben. Israel bot sein Know-how in Nuklearphysik gegen Uranerz und andere militärisch bedeutsame Mineralien an, die in Südafrika im Überfluß vorhanden waren. Die Südafrikaner brauchten dringend Hilfe und nahmen jede technische Unterstützung, die sie bekommen konn-

ten, erinnerte sich Ari Ben-Menashe. »Als Atomstaat taugten sie nichts. Wir mußten ihnen ständig helfen.«

Ernst David Bergmann hatte 1968 kein Amt mehr in Israel, war jedoch in Nuklearfragen noch immer sehr einflußreich. Er reiste 1968 nach Südafrika und hielt dort öffentliche Vorträge über »Wege zur internationalen Zusammenarbeit« in Atomfragen. In einer Rede vor dem Südafrikanischen Institut für Internationale Angelegenheiten in Johannesburg erwähnte Bergmann zwar Kernwaffen nicht, sprach aber ganz offen über das »gemeinsame Problem«, dem Israel und Südafrika gegenüberstünden: »Wir haben beide keine Nachbarn, mit denen wir sprechen können, auch nicht in der nächsten Zukunft. Da wir uns in dieser isolierten Situation befinden, ist es vielleicht für beide Länder das beste, miteinander zu sprechen.«

Bergmanns Aussage über die isolierte Situation könnte man prophetisch nennen, da außer Malawi, Lesotho und Swasiland alle afrikanischen Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Israel nach dem Jom Kippur Krieg von 1973 abbrachen. Der wichtigste Grund dafür war, daß Israel die besetzten Gebiete nicht räumte. Viele ehemalige Verbündete Israels in Afrika begannen, die palästinensischen Ziele zu unterstützen. Im November 1974 billigte die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit 72 zu 35 Stimmen (bei 32 Enthaltungen) eine Resolution, in der der Zionismus als »eine Form des Rassismus und der Rassendiskriminierung« bezeichnet wurde. Der israelische UNO-Botschafter Chaim Herzog warf daraufhin den Vereinten Nationen vor, sie entwickelten sich zum »Weltzentrum des Antisemitismus«.

Israel und Südafrika, zwei in der Staatengemeinschaft isolierte Nationen, verstärkten nach dem Krieg ihre Handelsbeziehungen und Waffengeschäfte. Innerhalb von drei Jahren wuchs ihr jährlicher Handel miteinander von 30 Millionen auf 100 Millionen Dollar. In Südafrika lebten nur 118000 Juden; diese kleine Minderheit war jedoch einflußreich und zeichnete in großem Umfang israelische Anleihen und veranstaltete karitative Sammlungen. Die südafrikanischen Juden brachten so ihre Unterstützung

für die eher konservativen politischen Parteien Israels zum Ausdruck, speziell für Menachim Begins Likud-Koalition. 1974 un-

ternahm Verteidigungsminister Moshe Dayan eine geheime Reise nach Pretoria, wobei er laut Ari Ben-Menashe über einen israelischen Atomtest auf südafrikanischem Territorium verhandelte. Dayan schied ein paar Monate später, als Yitzhak Rabin Premierminister wurde, aus dem israelischen Kabinett aus. Rabin ernannte Shimon Peres zum neuen Verteidigungsminister und sicherte so die Kontinuität in zentralen Fragen der israelischen und der südafrikanischen Verteidigungs- und Nuklearpolitik. Zwei Jahre später stattete Vorster, der im Zweiten Weltkrieg Deutschland unterstützt hatte, Israel einen Besuch ab - der erste offizielle Staatsbesuch eines südafrikanischen Premierministers in der israelischen Geschichte.<sup>5</sup>

Vor dem Besuch Vorsters in Israel unternahm Peres mindestens eine private Reise nach Pretoria, wie er auch schon zwanzig Jahre zuvor privat nach Frankreich gereist war, um über Waffen- und Nuklearkooperationen zu verhandeln. Er diskutierte ebenfalls über Atomtests, wie vor ihm Moshe Dayan. Peres erreichte laut Ben-Menashe, daß John Vorster einer Serie gemeinsamer Tests in Südafrika prinzipiell zustimmte. Über den Staatsbesuch Vorsters in Israel wurde in den Medien umfassend berichtet. Ergebnis des Besuchs war die Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen; darüber hinaus wurden jedoch auch geheime Abkommen über Waffenlieferungen geschlossen. Diese Abkommen sollten es den beiden Ländern ermöglichen, trotz der internationalen öffentlichen Meinung und trotz der Sanktionen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten; in den frühen achtziger Jahren war die Wirtschaft beider Länder extrem abhängig von Rüstungsexporten. Nach dem Besuch Vorsters erklärten israelische Beobachter, es gebe »sechs oder sieben« geheime militärische und nukleare Abkommen zwischen Israel und Südafrika. Ein früherer israelischer Beamter nannte vier Gründe: »Erstens: um grundlegende Ressourcen gemeinsam nutzen zu können. Südafrika ist ein sehr reiches Land, und Israel ist sehr arm. Zweitens: um Rohmaterialien zu bekommen. Drittens: Testgelände. Ein Sturm der Entrüstung würde losbrechen, wenn in Israel ein Atomtest durchgeführt würde. In

Südafrika ist die Sache anders. Viertens: In Israel hegt man gewisse Sympathien für Südafrika. Auch dort stehen europäische Siedler einer feindlichen Welt gegenüber.

Als sich Südafrika für den Besitz von Kernwaffen entschied, fand es nur ein einziges Land, an das es sich wenden konnte«, fügte der Beamte hinzu.

In den ersten Jahren der Regierung Carter blieb die Frage der israelischen Atomwaffen im Hintergrund. Eine Priorität Carters war die Lösung des Nahostkonflikts. Die Nuklearexperten der Geheimdienste in Los Alamos und Livermore hatten seit den frühen sechziger Jahren versucht, den Transport von Uranerz von Südafrika nach Israel zu überwachen. Das ganze Ausmaß der hartnäckigen Bemühungen Südafrikas um die Nukleartechnologie hatten sie jedoch nicht erkannt. Premierminister John Vorster erklärte 1970 vor dem Parlament, südafrikanische Wissenschaftler hätten ein einzigartiges Verfahren zur Anreicherung von Uran entwickelt. Innerhalb weniger Jahre begann Südafrika mit dem Bau einer Pilotanlage für die Produktion angereicherten Urans, die nicht unter die Sicherheitsbestimmungen der IAEA fiel. Die Anlage wurde bei einer Fabrik namens Valindaba in der Nähe von Pretoria errichtet.<sup>0</sup> Die amerikanischen Geheimdienste erfuhren nichts über die geheimen Verhandlungen zwischen Vorster und Peres, aber einige Analytiker wußten, daß zwischen den beiden Nationen eine geheime Kooperation stattfand. Ein amerikanischer Beamter erinnerte sich, daß Mitte der siebziger Jahre »die Südafrikaner und die Israelis die Dinge plötzlich ganz anders machten. Wir wurden vollkommen überrascht. Sie gingen vom Reißbrett in die Produktion [angereicherten Urans]. Sie täuschten uns über ihr Produktionsdesign und ihren Output, und wir beobachteten die falschen Orte.« Damit deutete er an, daß der Komplex der Kernwaffenproduktion in den Vereinigten Staaten so gewaltig und schwerfällig war, daß Innovationen nur schwer zu erreichen waren. Jedes neue Verfahren wurde in Pilotproduktionen jahrelang getestet, bevor es von der staatlichen Kernwaffenschmiede in der Nähe von Amarillo, Texas, eingesetzt wurde, in der mehr als 5000 Gefechtsköpfe pro Jahr gefertigt werden können.

Südafrika sah sich Mitte der siebziger Jahre in einer ähnlichen Lage wie Israel nach 1967: Das Land kämpfte im Inneren gegen den African National Congress, die Anti-Apartheid-Bewegung, den Bürgerkrieg in Namibia und nach außen gegen den wachsenden schwarzen Nationalismus und die unabhängig gewordenen Staaten Angola und Mosambik. Die langfristigen militärischen Perspektiven Südafrikas waren deprimierend: Wie die israelischen Politiker sahen sich auch die südafrikanischen Führer einer feindlichen Übermacht gegenüber.

Die weißen Südafrikaner glaubten, sie könnten ihre Sicherheit mit Atombomben gewährleisten. Wie die Israelis brauchte auch Südafrika eine Waffe - atomare Artillerie-Granaten -, die eingesetzt werden konnte, falls die vordersten Verteidigungslinien durchbrochen und die Städte bedroht würden. Im August 1977 ließ der sowjetische Präsident Leonid Breschnew der Regierung Carter durch diskrete Kanäle die Warnung zukommen, das sowjetische Satellitensystem Cosmos habe Hinweise für die Vorbereitung eines Atomtests oder einer Serie von Tests in Südafrika geliefert. Außerdem gebe es Hinweise auf eine unterirdische Anlage in der Kalahari-Wüste. Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland erhielten ähnliche Warnungen. Diese Länder hatten neben der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten 1975 eine Konferenz in London abgehalten, um den internationalen Handel mit Kerntechnologien zu regeln. Die Gruppe erarbeitete eine Reihe unverbindlicher Richtlinien, um die technische und materielle Hilfe für nichtnukleare Nationen zu begrenzen.<sup>7</sup>

Die Amerikaner brachten sofort einen Satelliten über der Kalahari-Wüste in Position und konnten die klassischen Anzeichen für die Vorbereitung eines unterirdischen Atomtests beobachten. Eine Grube mit Umfassung war ausgehoben und ein Beobachtungsturm errichtet worden; die vielen Kabel für die Meßanlagen wurden installiert. Carter und Breschnew stellten sich an die Spitze einer internationalen Protestkampagne. Der südafrikanischen Regierung wurde mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht; Ende August gab sie nach. Carter verkündete öffentlich, »Südafrika hat uns darüber informiert, daß es weder über Einrich-

tungen für Atomexplosionen verfügt, noch solche zu entwickeln beabsichtigt, sei es zu friedlichen oder militärischen Zwecken.« Der Präsident erklärte ferner, man habe ihm versichert, daß die Testanlage in der Kalahari-Wüste »nicht für nukleare Explosionsversuche bestimmt sei und daß Südafrika weder jetzt noch in der Zukunft nukleare Testexplosionen durchführen werde«. Im Weißen Haus herrschte nach diesem ersten größeren außenpolitischen Erfolg Hochstimmung. Eine Reihe von Pressekonferenzen wurde veranstaltet, bei denen die Feinheiten der erfolgreichen Diplomatie des Weißen Hauses dargelegt wurden. Die Reporter erfuhren jedoch nichts über die Berichte der CIA, nach denen israelisches Militärpersonal in Zivil überall in der Kalahari-Testanlage herumspazierte. Sie seien recht offen aufgetreten, erinnerte sich ein CIA-Offizier. Die Presseleute erfuhren auch nichts davon, daß ein hochrangiger südafrikanischer Diplomat auf dem Höhepunkt der Krise Anfang August den Vereinigten Staaten privat versichert habe, sein Militär plane nicht den Test einer Langstreckenrakete, sondern nur einer »Artillerie-Granate ... oder etwas ähnliches«.

Die CIA folgerte später in einem formellen Bericht an das Weiße Haus, daß die starken internationalen Proteste Südafrika »zumindest für die nächste Zeit« von den geplanten Atomtests abgebracht hätten. Israelis hätten »an bestimmten südafrikanischen Kernforschungsaktivitäten der letzten Jahre teilgenommen Carters öffentlichkeitswirksam vermarkteter diplomatischer »Sieg in der Wüste« war weniger bedeutend als angenommen. Ein wirklicher Triumph hätte einen weiteren Schritt erfordert: den Angriff auf das israelische Atomprogramm. Dazu hatte jedoch niemand in der Regierung Carter den Mut.

Ende 1977, während Washington noch mit diesen Angelegenheiten beschäftigt war, traf ein Israeli in Amerika ein, der Insider-Informationen über Dimona hatte und sie verschachern wollte. Er nahm mit einem leitenden Beamten der amerikanischen Nachrichtendienste Kontakt auf, der sich mit Nuklearfragen beschäftigte und mit dem er schon früher beruflich zu tun gehabt hatte. Der Israeli berichtete, daß Israel bereits weit über 100 nukleare Ge-

fechtsköpfe produziert habe. Bis 1980 würde es mehr als 200 Gefechtsköpfe geben, von denen viele atomare Artillerie-Granaten seien. Der amerikanische Beamte, selbst ein Jude, begriff sofort, warum der Israeli auspacken wollte: »Er war ein Techniker, der auf seinen eigenen Vorteil bedacht war. Der Bursche wollte US-Bürger werden.« Die Tatsache, daß die Israelis Atomwaffen besaßen, war, so glaubte der Amerikaner, »längst der ganzen amerikanischen Regierung bekannt. Ich war überzeugt, daß dieser Mensch die Information zu seinem persönlichen Vorteil verhökern wollte. Deshalb ignorierte ich die Angelegenheit.« Der US-Beamte leitete also die Information nicht an seine Vorgesetzten und Kollegen weiter, obwohl er am Wahrheitsgehalt keinen Zweifel hatte. Er sagte, er habe gehört, daß Israelis auch auf anderen technischen Gebieten versucht hätten, Informationen und Geheimwissen gegen die amerikanische Staatsbürgerschaft zu tauschen. Offenbar seien diese Personen über den Wahlsieg Beginns verärgert gewesen.

Unmittelbar nach dem Vertrag von Camp David wurden die Beziehungen zwischen Carter und Begin immer gespannter. In diesem Klima gab es jedoch auch Annäherungen auf eher traditionellen Wegen. Einige israelische Beamte versuchten - offenbar ohne Billigung von höherer Stelle -, strategische Hilfen für die ehrgeizigen israelischen Pläne zu bekommen. Auch wollten sie Amerika dazu bewegen, endlich die Realität des israelischen Nukleararsenals anzuerkennen und damit zu tolerieren. Sie setzten beim Office of Net Assessments an, einer wenig bekannten Abteilung des Pentagon. Der Abteilungsdirektor, Andrew Marshall, war früher als Analytiker bei der Rand Corporation beschäftigt gewesen. Seit zwei Jahrzehnten versorgte er die Verteidigungsminister mit einem Strom unabhängiger Informationen und Analysen. In den letzten Monaten der Ford-Administration harte Marshall die Genehmigung für seinen Plan erwirkt, mit Israel einen strategischen Dialog zu beginnen. Ein Ziel des Dialogs war es, die Voraussetzungen für einen Kooperationsvertrag über Verteidigungsfragen zwischen den Vereinigten Staaten und Israel zu erkunden. Premierminister Rabin ernannte einige führende strategische Köpfe Israels als Mitglieder der Marshall-Gruppe, darunter

den israelischen General Avraham Tamir, der später als Leitender Direktor des Außenministeriums Dienst tat. Wie sich ein Mitglied der Marshall-Gruppe erinnerte, stellte Tamir wiederholt Nuklearfragen zur Diskussion. Das geschah nach dem Besuch Anwar el Sadats in Jerusalem im November 1977, der als erster Schritt zu den Gesprächen von Camp David gelten kann.<sup>8</sup> Die Frage lautete: Würden Marshall und die übrigen Vertreter des Verteidigungsministeriums über Kriegsszenarios für den Ernstfall mit der Intention beraten, den Süden der UdSSR zum atomaren Zielgebiet zu machen?

Alle Beteiligten wußten, daß diese Frage von höchster Brisanz war. Die USA vertraten offiziell noch immer den Standpunkt, daß Israel keine Atomwaffen besitze. Mindestens zweimal wurde die Frage dem Verteidigungsminister Harold Brown zur Entscheidung vorgelegt. In beiden Fällen kam die Antwort postwendend: Nuklearfragen sollten in der Marshall-Gruppe nicht angesprochen werden.

Brown wurde später über die Initiativen Tamirs interviewt. Er bezeichnete sie zunächst lediglich als weiteres Beispiel der Begeisterung militärischer Planer für Kriegsszenarios. Dann fügte er die hypothetische Bemerkung hinzu: »Wenn mir eine solche Frage vorgelegt worden wäre, hätte ich für eine Entscheidung nicht lange gebraucht.« Schließlich gestand er, daß er den israelischen Vorstoß ohne Rücksprache mit Präsident Carter abgelehnt hatte. Die Regierung Carter, behauptete Brown, »hätte nicht in einen israelisch-sowjetischen Konflikt verwickelt werden wollen. Mir erscheint die Vorstellung verrückt, Israel gehöre zu unserem Einflußgebiet. Die Israelis würden sagen: >Wir wollen euch helfen!, und würden uns dann doch nur für ihre Zwecke benutzen. Die Israelis haben ihre Sicherheitsinteressen, und wir haben unsere. Sie sind nicht identisch.« Andrew Marshall und seine Kollegen hielten Browns Position - wie es ein Amerikaner ausdrückte - für »eine törichte Zurückhaltung«, befolgten aber seine Anweisungen. Selbstverständlich informierten sie niemanden in der US-Regierung über die israelische Bitte um Festlegung gemeinsamer  
Atomwaffenziele.<sup>9</sup>

Die amerikanische Bürokratie schirmte ihren Präsidenten auch

weiterhin von den Fakten über die nuklearen Kapazitäten Israels ab; deshalb blieb es ihm auch erspart, auf der Grundlage dieses Wissens handeln zu müssen. Diese Haltung war bereits in allen Ressorts sehr verbreitet, als Israelis und Südafrikaner im Herbst 1979 endlich einen Atomtest durchführten.

## Ein israelischer Atomtest

Am 22. September 1979, einem stürmischen Morgen, rissen die Wolken über dem Südindischen Ozean kurz vor der Dämmerung plötzlich auf. Ein amerikanischer Satellit registrierte zwei deutliche, helle Lichtblitze innerhalb des Bruchteils einer Sekunde - ein starker Hinweis auf eine Nuklearexplosion. Der Satellit mit der Bezeichnung VELA war zur Beobachtung von Atomtests in Umlauf gebracht worden. Er hatte bereits 41 ähnliche Lichtblitze aufgezeichnet; die Auswertung hatte jedesmal ergeben, daß es sich um Nuklearexplosionen gehandelt hatte. Die meisten Beobachtungen hatten über Lap Nor stattgefunden, wo die Chinesen ihre Atomtests durchführten, oder im Südpazifik über dem französischen Testgebiet. In der Carter-Administration folgerten einige Proliferations-Experten sofort, daß Israel und Südafrika nun doch einen Atomversuch durchgeführt hätten. Schon zwei Jahre zuvor hatten die beiden Länder versucht, einen Test durchzuführen, der jedoch fehlgeschlagen war. Diese Vermutung erwies sich als richtig.

Ehemalige israelische Regierungsbeamte erklärten, daß bei dem Versuch an diesem Samstagmorgen eine atomare Artillerie-Granate gezündet wurde, die für den Einsatz in den israelischen Streitkräften entwickelt und standardisiert worden sei. Die israelischen Quellen führten ferner aus, daß der Satellit VELA nicht den ersten, sondern den dritten Nukleartest über dem Indischen Ozean aufgezeichnet habe. Mindestens zwei Schiffe der israelischen Marine waren im voraus zu der Stelle gefahren, an der die Tests stattfinden sollten, und ein Kontingent israelischer Militärs und Kernwaffenexperten sowie die südafrikanische Marine hatten Beobachtungsposten bezogen. »Wegen eines einzigen Atomversuchs hätten wir unsere Schiffe nicht dorthin entsandt«,

erklärte ein Israeli. »Wir hatten verdammtes Pech«, fügte er hinzu, womit er die Aufzeichnung des Tests durch den Satelliten meinte. »Wir hatten angenommen, daß VELA durch den Sturm blockiert würde, aber plötzlich schlug das Wetter kurz um, es entstand ein Wolkenfenster, und VELA konnte den Atomblitz auffangen.«

Der Satellit schickte Bilder in digitalen Signalen an das Hauptquartier des Air Force Technical Applications Center (AFTAC) auf der Patrick Air Force Base in Kap Canaveral, Florida. Nach der Ortszeit an der Ostküste war es Freitagnacht, der 21. September. Nachdem die Signale ausgewertet und bestätigt worden waren, wurde die Nachricht über die Defense Intelligence Agency, den militärischen Nachrichtendienst, an das National Military Command Center im Pentagon weitergeleitet. Man schätzte, daß der Atomtest vor der Küste der Prinz-Edward-Insel, ungefähr 2300 Kilometer südöstlich des Kaps der Guten Hoffnung stattgefunden habe. In den Vorlagen der CIA und der DIA für den Präsidenten und für seinen Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski stand diese Nachricht am Samstagmorgen an erster Stelle. Gerald Oplinger war Brzezinskis Referent für Globalfragen. Er verbrachte dieses frühherbstliche Wochenende in seinem Sommerhaus am Deep Creek Lake in Maryland. Als die Nachricht von dem Atomversuch eintraf, wurde er zu einer dringenden Konferenz in den Lagebesprechungsraum des Weißen Hauses beordert. Oplinger war im Auswärtigen Dienst und in der Nuclear Regulatory Commission beschäftigt gewesen, bevor er sich Brzezinskis Team anschloß; er kannte das VELA-Programm und wußte, daß frühere Indizien für chinesische und französische Atomtests in der Atmosphäre stets durch verschiedene Meßmethoden bestätigt worden waren. Oplinger erinnerte sich: »Einer nach dem anderen wurde befragt: 'War es ein Atomtest?' Die Vertreter von CIA und DIA erklärten, daß es sich mit neunzigprozentiger Wahrscheinlichkeit um einen Atomtest gehandelt habe.« Oplinger selbst hatte keinerlei Zweifel: »Der gesunde Menschenverstand sagte mir, daß es mit hoher Wahrscheinlichkeit das war, wonach es aussah - nur war das Ganze kaum zu glauben.«

• ,

»Die Leute waren wie gelähmt«, erklärte Spurgeon M. Keeny Jr., der Stellvertretende Direktor der Arms Control and Disarmament Agency (ACDA), ein hoher Beamter, der seit der Präsidentschaft Eisenhowers mit wissenschaftlichen Fragen auf höchster Ebene befaßt gewesen war. Ihm sei klar geworden, sagte Keeny, daß er und seine Kollegen »Zeit gewinnen mußten. Selbst wenn ein Test stattgefunden hatte, wußten wir nicht, wer ihn durchgeführt hatte. Das war eine ernste Angelegenheit.« Keeny bereitete auch die Aussage der Nachrichtendienste Sorgen, daß ihre Einschätzung höchstwahrscheinlich zutreffe. Seiner Meinung nach kannten die im Lagebesprechungsraum anwesenden Beamten der CIA und der DIA bestimmt nicht alle Fakten: »Es waren Bürokraten mittleren Ranges, die lediglich Daten weitergaben.« Nach Keenys Bericht machte er den Vorschlag, daß eine externe Gruppe die Daten des VELA-Satelliten überprüfen sollte; er wollte prüfen lassen, ob der Satellit eine Fehlmeldung geliefert haben könnte. Ein Irrtum hätte unübersehbare politische Konsequenzen nach sich gezogen. Laut Jerry Oplinger verlief die Besprechung anders: »Die Besprechung führte zu keinem Ergebnis. Frank Press [der Wissenschaftsberater des Präsidenten] schlug schließlich vor: •Wir sollten eine unvoreingenommene, externe Überprüfung durchführen lassen.« Oplinger machte sich keine Illusionen darüber, was Frank Press wirklich meinte: »Press fragte immer wieder: -Was machen wir, wenn durchsickert, daß wir das für einen Atomtest halten?« Er wollte vermeiden, daß die externe Gruppe zu dem Ergebnis kam, daß eine Nuklearexplosion stattgefunden habe.« Brzezinski selbst ergriff nach Oplingers Erinnerung während der Besprechung nur selten das Wort.<sup>1</sup>

Frank Press war ein Seismologe, der jahrelang mit geheimen Aufgaben der Beobachtung von Atomtests befaßt gewesen war. Er kannte das VELA-Programm weit besser als seine Kollegen im Weißen Haus. Er wußte, daß die Satelliten technisch veraltet waren - manche waren in den frühen sechziger Jahren gestartet worden - und daß sie ständig von Wissenschaftlern der Los Alamos Scientific Laboratories neu programmiert und analysiert wurden, um eine Minderung der Leistung zu verhindern. Die Wissenschaftler hatten bei der Entwicklung des Systems mitgewirkt.

Tatsächlich waren kurz zuvor Befürchtungen geäußert worden, daß durch einen Fehlalarm des Satelliten falsche Nachrichten verbreitet werden könnten. Es lag daher nahe, eine externe Gruppe mit der Überprüfung der Daten zu beauftragen. Auf diese Weise sollte nicht nur Zeit gewonnen werden, sondern auch die zeitliche Verzögerung der politischen Reaktionen erschiene legitimiert. Diese Satellitenbilder wurden zu einer der wichtigsten Geheimnissen der Carter-Administration.

Alles deutete auf einen geheimen israelisch-südafrikanischen Atomtest hin. Die führenden Beamten der unglückseligen Carter-Administration wußten, daß der Präsident - wenige Monate vor dem Präsidentschaftswahlkampf von 1980 - durch die öffentliche Erörterung dieses an Gewißheit grenzenden Verdachts in ein furchtbares Dilemma geraten würde. Carter hatte sich in der Öffentlichkeit gegen die Proliferation stark gemacht. Wenn er nun gegen die beiden isolierten Staaten nicht konsequent vorgehe, würde ihm Scheinheiligkeit vorgeworfen werden. Doch für Sanktionen hätte er einen gewaltigen politischen Preis zahlen müssen. Hodding Carter, als stellvertretender Außenminister zuständig für öffentliche Angelegenheiten, erinnerte sich: »Als das Ding da oben die Blitze meldete, rannte ich über den Flur im siebten Stockwerk«, wo sich das Büro des Außenministers Cyrus R. Vance befand. »Es herrschte Panik. Überall war zu hören: »Scheiße. Ach du großer Gott. Was machen wir jetzt?«

Auch ein anderes Mitglied der Regierung Carter erklärte: »Wir waren in einer fürchterlichen Situation. Wir waren nämlich gerade im Begriff gewesen, dem Senat den SALT-Vertrag vorzulegen. Wir wußten, daß der Vertrag von 1963 über die Beschränkung von Atomwaffentests in der Atmosphäre gebrochen worden war, aber wir konnten es nicht beweisen und konnten auch niemanden anklagen. Der unmittelbare strategische Imperativ war also, die Sache unter den Teppich zu kehren.« Der Beamte hatte damals Zugang zu allen Berichten der Nachrichtendienste über die VELA-Beobachtungen. Seiner Meinung nach war es erwiesen, daß der Satellit -definitiv einen Atomtest fotografiert hatte. Daß wir die Sache zufällig beobachtet hatten, erwies sich nun als peinlich und stellte uns vor ein großes politisches Problem. Es gab

viele, die über die Angelegenheit einfach stillschweigend hinweggehen wollten.«

Die amerikanische Politik im Iran war im Chaos versunken; der kranke Schah, dem Jimmy Carter zwei Jahre zuvor so herzlich zugestoastet hatte, hielt sich in Mexiko auf und bat um Einreiseerlaubnis in die Vereinigten Staaten.<sup>2</sup> Nur wenige Wochen zuvor hatte ein Geheimdienst eine unglaubliche Nachricht geliefert: Angeblich war eine sowjetische Brigade in Kuba gelandet. Dies hätte für Carter eine direkte Herausforderung bedeutet, wie 1962 in der Kubakrise für Präsident Kennedy. Die Nachricht gelangte an die Öffentlichkeit; die US-Regierung wollte dem Volk ihre Entschlossenheit beweisen und verlangte von den Sowjets, ihre Truppen sofort zurückzuziehen. Die Sache verlief jedoch nicht wie das glorreiche Poker der Kubakrise, sondern geriet zur Posse. Peinlich berührt mußten die Beamten der Carter-Administration zugeben, daß der Bericht des Geheimdienstes schlicht falsch war. Sowjetische Soldaten waren seit den frühen sechziger Jahren in Kuba stationiert. Eine zusätzliche Demütigung war, daß die Carter-Administration sich gerade auf eine hitzige Debatte mit den Republikanern im Senat einstellen mußte, ob die Regierung überhaupt in der Lage sein würde, das SALT-II-Abkommen im Juni 1979 zu unterzeichnen. Der SALT-Vertrag und Carters Erfolg in Camp David sollten die zentralen Themen seiner Wahlkampagne sein.

Eine israelische Atombombe bedrohte all diese Pläne. Deshalb durfte der amerikanische Präsident wieder einmal nicht wissen, was er hätte wissen sollen. Die amerikanische Bürokratie hatte sich 30 Jahre lang im Wegschauen geübt, wenn es um das israelische Atomprogramm ging. Ein Teil des administrativen Systems wollte mit allen Mitteln verhindern, den israelisch-südafrikanischen Atomtest offiziell zur Kenntnis nehmen zu müssen.

In Israel wußten viele, daß ein Atomtest durchgeführt worden war. Ari Ben-Menashe erklärte, er habe kurz nach Menachem Begins Wahlsieg 1977 im Verteidigungsministerium einen Schriftwechsel zu dieser Frage gesehen. Die Annahme war verbreitet, daß bei dem Besuch des früheren Verteidigungsministers Shimon

Peres in Südafrika im Jahre 1976 geheime diplomatische Verhandlungen mit John Vorster stattgefunden hätten; es war jedoch in der israelischen Regierung nicht allgemein bekannt, welche konkreten Vereinbarungen dabei getroffen worden waren. Ben-Menashe fügte hinzu, daß Peres Menachim Begin nicht darüber unterrichten wollte. Und Begin seinerseits wollte sich nicht direkt an Peres wenden, weil dieser ihn während seiner ganzen Laufbahn geringschätzig behandelt und lächerlich gemacht hatte; Begin war von David Ben Gurion ebenso behandelt worden. Er beschloß, den neuen Verteidigungsminister Ezer Weizman nach Südafrika zu entsenden. Laut Ben-Menashe sollte Weizman »herausfinden, was eigentlich los war«.

Weizman sei zurückgekehrt, berichtet Ben-Menashe, und habe gesagt, Israel habe »diesen Burschen nukleare Gefechtsköpfe versprochen«. Er habe Begin empfohlen, den Verpflichtungen nachzukommen. Ben-Menashe sagte ferner, soweit er und seine Kollegen wüßten, habe Begin mit der Bemerkung reagiert: »Ja. An die Arbeit.«

Ein anderer Israeli, der ebenfalls direkten Zugang zu Informationen des Verteidigungsministeriums über den Atomversuch in Südafrika hatte, erklärte, Weizman habe schon vor den Tests des Jahres 1979 ein Abkommen unterzeichnet. Es sei dabei um die Lieferung von Technologie und Ausrüstungen an Südafrika gegangen, die für die Herstellung von Atomgranaten für Geschütze der Kaliber 17,5 cm und 20,3 cm benötigt wurden. Weizmans Anweisung löste eine interne Diskussion mit führenden Beamten im Nuklearbereich aus, wie sich der Israeli erinnerte. Die Beamten hätten gegen die Entscheidung der Regierung protestiert, diese Informationen preiszugeben. Die Fachleute in Dimona hielten diese Kernwaffen für »das beste Zeug, das wir haben«.<sup>3</sup>

Frank Press bestimmte schließlich Jack Ruina zum Vorsitzenden der externen Gruppe, die herausfinden sollte, ob Israels »bestes Zeug« über dem Südindischen Ozean getestet worden war. Discretion war angesagt, und unter dieser Voraussetzung war Ruina, Professor für Elektrotechnik am Massachusetts Institute of Technology, eine hervorragende Wahl: Er war seit langem Bera-

ter des Pentagon für militärische und wissenschaftliche Angelegenheiten und hatte viele der heikelsten Untersuchungen im amerikanischen militärischen und wissenschaftlichen Komplex durchgeführt. Er war in den frühen sechziger Jahren Direktor der Advanced Research Project Agency (ARPA) gewesen, der Forschungsabteilung des Pentagon. Später hatte er das Institute for Defense Analysis (IDA) geleitet, die wichtigste Denkfabrik des Pentagon. Ruina war ein ehrenwerter und vorsichtiger Mann, der Befehle verlässlich ausführte und an Journalisten keine Informationen weitergab - schon gar nicht, nachdem er unter dem Siegel höchster Verschwiegenheit in die Krise eingeweiht worden war, in der das Weiße Haus steckte. »Press rief mich an und bat mich, [zum Weißen Haus] herüberzukommen«, erinnerte sich Ruina. »Er sagte: >Ich kann das am Telefon nicht erklären. Kommen Sie herüber.««

Das Geheimnis wurde gewahrt. Innerhalb weniger Wochen stellten Press und Ruina eine Gruppe von acht herausragenden Wissenschaftlern zusammen, deren Integrität über jeden Zweifel erhaben war. Ruinas Gruppe gehörten unter anderen an: Nobelpreisträger Luis Alvarez, Fachbereich Physik an der University of California; Wolfgang K. H. Panofsky, Linear Accelerator Center, Stanford University; Richard L. Garwin vom Thomas J. Watson Research Center der IBM. Panofsky und Garwin hatten schon früher als Berater der Regierung fungiert und waren für die unverblümte Äußerung ihrer Meinung bekannt. Spurgeon Keeny und Frank Press entwarfen einen sorgfältig formulierten Auftrag für die Gruppe. Es war keine Überraschung, daß sich der Auftrag primär auf eine gründliche Untersuchung der Möglichkeit konzentrierte, daß der VELA-Satellit einen Fehlalarm ausgelöst haben könnte. Die Ruina-Gruppe sollte ferner die Möglichkeit untersuchen, daß das aufgezeichnete Signal auch »natürlichen Ursprungs« gewesen sein könne, »vielleicht durch das Zusammentreffen von zwei oder mehr natürlichen Phänomenen Ruina waren die Grenzen seines Auftrags bewußt. »Mein Mandat lautete, nur die technischen Daten zu untersuchen«, erinnerte er sich. Man habe ihm und seinen Kollegen das gesamte verfügbare Nachrichtenmaterial über die VELA-Beobachtung übergeben, er-

klärte Ruina, »aber wir bezogen keine politischen Daten ein - zum Beispiel die Frage, ob die Israelis an Nuklearwaffen interessiert waren. Das stand nicht in unseren Anweisungen.« Die Mitglieder der Gruppe hatten an dem Auftrag nichts auszusetzen: rein technische Untersuchungen gehörten für wissenschaftliche Berater der Regierung zum Alltag.

Der VELA-Bericht blieb trotz seiner Brisanz mehr als einen Monat lang geheim. Doch dann erfuhr John Scali, ein Fernsehreporter der ABC, durch einen alten Freund von einem simulierten sowjetischen Atomangriff auf die Vereinigten Staaten, der vom amerikanischen Frühwarnsystem nicht bemerkt worden war. Scalis alter Freund war sehr konservativ; er hielt das amerikanische Versagen für eine »Ungeheuerlichkeit«. Scali war unter Präsident Nixon UN-Botschafter gewesen; er erzählte die Geschichte einem anderen alten Freund im Pentagon. Innerhalb weniger Stunden wurde er in das Büro eines hochrangigen Beamten des Verteidigungsministeriums gebeten und erfuhr dort die wesentlichen Fakten. Scali brachte die Meldung am Abend des 25. Oktober in der ABC: Das Geheimnis hatte über einen Monat lang gewahrt werden können. Das Weiße Haus hatte genug Zeit gehabt, eine plausible Erklärung zu formulieren. Der Sprecher des Weißen Hauses erklärte den Vertretern der Medien, daß es »keine Bestätigung« eines Atomtests gegeben habe. Außenminister Vance stimmte in diese Melodie ein und bestätigte, daß keine schlüssigen Beweise für einen Atomtest vorlägen. Südafrika veröffentlichte ein scharfes Dementi.<sup>5</sup>

»Die Regierung der Vereinigten Staaten«, schrieb die *New York Times* bieder, »sah sich dem südafrikanischen Dementi solcher Aktivitäten gegenüber. Sie hatte keinerlei Beweise außer dem unbestätigten Hinweis eines einzigen Satelliten. Die Regierung suchte deshalb eine größere Konfrontation zu vermeiden, denn ihrer Auffassung nach ging es lediglich um die Möglichkeit, daß irgendein Staat einen atomaren Sprengkörper in einem Gebiet von rund 4500 Quadratmeilen zur Explosion gebracht hatte ...« Vance unterrichtete die Presse ferner darüber, daß er bereits wenige Stunden nach dem ersten VELA-Signal mit Brzezinski und

Verteidigungsminister Harold Brown über die Angelegenheit gesprochen habe.

Natürlich wußte kein Reporter, daß ein höherer israelischer Beamter schon zweimal dem Office of Net Assessments (im Verteidigungsministerium unter Harold Brown) vorgeschlagen hatte, in der Sowjetunion gemeinsame amerikanisch-israelische Ziele für Kernwaffen festzulegen. Wurde Cyrus Vance seinerzeit von Brown über diese diplomatischen Aktivitäten unterrichtet? Informierte Brown den Präsidenten und dessen Sicherheitsberater? Beschäftigte sich ein Mitglied der US-Regierung noch einmal mit den Geheimdienstakten über den 1977 geplanten südafrikanischen Atomtest in der Kalahari? Stellte denn keiner der höheren Beamten des Weißen Hauses kritische Fragen, nachdem die National Security Agency und andere Geheimdienste zahlreiche Schiffe der südafrikanischen und der israelischen Marine auf dem Weg zu einem Ort beobachtet hatten, der 1500 Meilen vor der Küste Südafrikas lag?<sup>6</sup>

Und beachtete niemand, was der südafrikanische Premierminister P. W. Botha am 25. September 1979, drei Tage nach dem Test, zu sagen hatte - drei Tage, die ohne Kommentar oder Aufschrei der internationalen Öffentlichkeit vergingen? Botha hatte allen Grund zu der Annahme, daß sein Land und seine israelischen Partner diese Runde gewonnen hatten. Vor einem Kongreß der Cape National Party prahlte er nach einem Bericht der *Rand Daily Mail*, Südafrika besitze bereits genügend Waffen, um den Terrorismus abzuwehren, und könne solche Waffen auch produzieren. Damit spielte er offenkundig auf den African National Congress (ANC) an, der an der Spitze der Anti-Apartheid-Bewegung stand. »Wenn es Leute gibt, die etwas anderes zu tun gedenken«, wurde Botha in dem Zeitungsartikel zitiert, »so sollten sie sich das noch einmal gut überlegen. Sie könnten nämlich feststellen müssen, daß wir Waffensysteme haben, von denen sie noch gar nichts wissen.«

Die Ruina-Gruppe bohrte monatelang in der Angelegenheit herum. Sie erörterte legitime Fragen hinsichtlich der Zuverlässigkeit und Qualität des VELA-Satelliten. Die Gruppe beschloß, sich auf die Frage nach dem sogenannten »Fehlalarm« zu konzentrieren.

Nuklearexplosionen bringen zwei unterschiedliche und klar unterscheidbare Lichtblitze hervor: den eigentlichen Detonationsblitz und einen Feuerball, der etwa eine Drittelsekunde später auftritt. Diese beiden Lichtblitze werden als Doppelausschlag auf den Graphen des VELA-Satelliten verzeichnet. Die Gruppe entdeckte eine gewisse Anomalität dieses Doppelausschlags in den Aufzeichnungen vom 22. September. Sie folgerte daraus, wie es im Schlußbericht hieß, daß die VELA-Beobachtungen »genügend interne Inkonsistenzen aufweisen, um ernsthafte Zweifel zu begründen, ob das Signal von einer Nuklearexplosion oder aber von einer anderen Lichtquelle in der Nähe des VELA-Satelliten stammte«. Die Gruppe konnte ferner keine Nebeneffekte einer Nuklearexplosion feststellen - seismische Signale, Schallwellen, ionosphärische Störungen, magnetische oder elektromagnetische Impulse, die auf früheren VELA-Aufzeichnungen vorhanden gewesen waren. Auch wurden weder ein außergewöhnlicher radioaktiver Fallout noch Trümmer eines Sprengkörpers gefunden. Es gab keine direkten Indizien, die die Gruppe zu eindeutigen Schlußfolgerungen gezwungen hätten. Der Mangel an solchen Beweisen war nicht ungewöhnlich, da vermutlich nur eine atomare Artillerie-Granate an einem abgelegenen Ort gezündet worden war. Wie Press und die Ruina-Gruppe wußten, vermuteten amerikanische Seismologen schon seit langem, daß die Sowjets in den fünfziger und sechziger Jahren viele solche Tests durchgeführt hatten, die von den amerikanischen Aufzeichnungssystemen nicht registriert worden waren. Im Juli 1980, zehn Monate nach dem Ereignis, legte die Gruppe ihren Schlußbericht vor. Der freigegebenen Version dieses Berichts zufolge stammte der Lichtblitz, den der Satellit aufgezeichnet hatte, »wahrscheinlich nicht von einer Nuklearexplosion. Obwohl die Gruppe die Möglichkeit nicht ausschließen kann, daß das Signal einen nuklearen Ursprung hatte, halten wir es für wahrscheinlicher, daß das Signal einem >zoo event< [einer unbekannteren Ursache] zuzuschreiben war, möglicherweise dem Aufprall eines kleinen Meteoriten auf dem Satelliten.« Die Ergebnisse lösten unter Atomexperten und professionellen Bombenproduzenten in Los Alamos, die das VELA-System entwickelt hatten, einen Sturm der Entrüstung aus. Viele von ihnen

waren Mitglieder des Nuclear Intelligence Panel (NIP), der geheimsten nuklearen Nachrichtengruppe in der US-Regierung. NIP hatte eine eigene Untersuchung des vom VELA-Satelliten aufgezeichneten Tests durchgeführt, vom Weißen Haus jedoch den Befehl erhalten, den Bericht aus Gründen der nationalen Sicherheit nicht zu veröffentlichen.

In Interviews mit dem Verfasser legten jedoch NIP-Mitglieder ganz offen die Ergebnisse ihrer Untersuchung dar. Danach war am 22. September ganz sicher eine atomare Artillerie-Granate zur Explosion gebracht worden. Die NIP-Mitglieder waren über das Ausmaß der Einmischung des Weißen Hauses in die Untersuchung sehr verärgert. »Wenn etwas wie eine Ente aussieht, muß es wohl eine Ente sein«, sagte Harold M. Agnew, NIP-Mitglied und Direktor des Labors in Los Alamos von 1970 bis 1979. »Aber diese Auskunft gefiel Carter nicht.« Nach Agnews Auffassung ging es weniger um die Frage, ob eine Kernwaffe explodiert war, sondern um das »Wer war's?« Louis H. Roddis Jr. gehörte ebenfalls NIP an. Er hatte in der amerikanischen Kernwaffenentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg eine führende Rolle gespielt. Roddis folgerte, daß der südafrikanisch-israelische Atomtest auf einem Schiff oder auf einer Insel im Südindischen Ozean ausgelöst worden sei. Auch er zeigte sich verärgert über Frank Press und das Weiße Haus. »Die Administration hat sich große Mühe gegeben, die Sache herunterzuspielen«, sagte Roddis. »Tatsächlich haben sie die Tatsachen sogar verschleiert — oder manipuliert. In New Mexico waren alle überzeugt, daß es ein Atomtest gewesen war.« Die geheime NIP-Untersuchung wurde von Donald M. Kerr jr. geleitet. Kerr hatte der Carter-Administration als Direktor des Verteidigungsprogramms im Energieministerium gedient - er war für die amerikanischen Atombomben zuständig. »Wir alle waren Insider - wir gehörten nicht zu den Leuten, die öffentlich herumquatschten.« Damit versuchte Kerr zu erklären, warum die Mitglieder seiner Gruppe damals in dieser Sache geschwiegen hatten. »Wir hatten keinen Zweifel daran, daß eine Atombombe gezündet worden war.« Kerr fügte hinzu, seiner Meinung nach sei der Auftrag der Ruina-Gruppe von politischer Seite diktiert worden: »Sie sollte eine andere Erklärung finden.«

Es bleibt ein Geheimnis, warum die Wissenschaftler dieses Teams, allesamt ehrenwerte Männer, die Untersuchung durchführten, obwohl andere die auszuwertenden Informationen beschränken durften. Den Mitgliedern der Ruina-Gruppe war zugesichert worden, daß sie alle relevanten Erkenntnisse über den Satelliten bekämen. Doch eine der wichtigsten Erkenntnisse - die Ruina selbst entdeckte und die dem Weißen Haus bekannt war - wurde ihnen vorenthalten.

Ruina war Direktor des Defense and Arms Control Studies Program des Massachusetts Institute of Technology, also des Forschungsprogramms für Verteidigung und Rüstungskontrolle am MIT. In dieser Funktion war er Ende 1979 an der Abfassung eines aus Bundesmitteln geförderten Forschungsberichts des MIT beteiligt. Hochrechnungen sollten erstellt werden, welche Staaten in welchem Ausmaß über entscheidende Komponenten für den Bau von ballistischen Kurzstreckenraketen verfügten. Außerdem sollten diese Komponenten mit den in den Vereinigten Staaten produzierten Bauteilen verglichen werden. Drei Kollegen arbeiteten mit Ruina zusammen an diesem Bericht; einer von ihnen war ein israelischer Doktorand. Kurz nachdem am MIT bekannt wurde, daß Ruina die VELA-Beobachtungen auswerten sollte, begann der Israeli mit Ruina ein Gespräch über das israelische Atompotential. Er erklärte, er habe an den israelischen Atomraketen systemen mitgearbeitet. »Ich hatte den Eindruck, er [der Israeli] wußte eine Menge«, erinnerte sich George Rathjens, der in der Carter-Administration für Rüstungskontrolle bei Kernwaffen zuständig gewesen war und jetzt am MIT eng mit Ruina zusammenarbeitete. »Er wußte über Raketen und über Leitsysteme Bescheid. Er sprach ganz offen darüber. Er benahm sich, als habe er einen ganz normalen Job.« Ruina leitete die Informationen des Israeli schriftlich an Spurgeon Keeny bei der ACDA weiter. »Manche Leute [in den Nachrichtendiensten] glaubten, daß [der Israeli] die Wahrheit sagte«, meinte Keeny. »Die Botschaft lautete: -Wir haben ein großes System, und es ist weiter entwickelt, als ihr denkt.« Der Bursche sagte, die Sache (der Lichtblitz am 22. September) sei ein israelisch-südafrikanischer Versuch gewesen.«

Keeny hatte nun potentiell brisantes Nachrichtenmaterial, das zu beweisen schien, was sich ereignet hatte und wer beteiligt gewesen war. Er blieb dem Stil der Präsidentschaft Carters treu und bezeichnete den Bericht als Unsinn. »Ich kam zu dem Ergebnis, daß der Bericht sehr fragwürdig war«, gestand Keeny ein. »Ich nahm die Sache nicht sehr ernst.« Laut Keeny waren auch seine Kollegen im Weißen Haus der Ansicht, daß Ruinas Doktorand mit israelischer Desinformation hausieren ging. Die Information wurde daher weder an die Geheimdienste noch an die Mitglieder der Ruina-Gruppe weitergegeben. Sie verschwand in den Schubladen der Amtsstuben.

Einige Regierungsexperten für Fragen der Atomwaffenkontrolle waren überzeugt, Frank Press und Spurgeon Keeny hätten richtig gehandelt. Sie hätten lediglich versucht, die negativen politischen Auswirkungen eines südafrikanisch-israelischen Atomtests zu begrenzen. »Ich denke, die Untersuchungsergebnisse der Ruina-Gruppe waren in der damaligen Situation die richtige Reaktion«, erklärte einer dieser Experten. »Was sollten wir tun? Eine Menge anderer Probleme wurde davon berührt - Apartheid, Camp David, der Atomwaffensperrvertrag. Menschenrechte, die Verhandlungen mit Indien (zur Verhinderung der Proliferation), der weltweite Stopp der Aufbereitung von Brennstäben. Man mußte etwas Überzeugendes tun, vor allem gegenüber Israel, aber es gab ein bedeutendes Segment der Bevölkerung, das Carter nicht verstimmen durfte.«

Die amerikanischen Nachrichtendienste waren zwar über den südafrikanischen Test recht gut informiert - die CIA betonte in den internen Einschätzungen der Jahre 1979 und 1980, daß ein Atomtest stattgefunden habe -, aber hinsichtlich des Entwicklungsstandes des israelischen Nuklearprogramms tappten sie weiterhin im dunkeln. 1980 veröffentlichte die CIA eine weitere Schätzung des israelischen Potentials, die im wesentlichen die Zahlen enthielt, die auch Carl Duckett schon 1974 vorgelegt hatte. Die CIA vertrat die Ansicht, Israel habe mindestens 20, möglicherweise sogar 30 nukleare Gefechtsköpfe hergestellt. Diese neuen Hochrechnungen waren jedoch viel detaillierter als frühere Untersuchungen. Die CIA konnte berichten, daß die Israelis

die Produktion des Reaktors in Dimona erhöht und das Kühlsystem verbessert hatten - klare Hinweise darauf, daß eine größere Menge von Plutonium für Kernwaffen erzeugt wurde. Es gebe keinen Zweifel mehr, hieß es in der Schätzung der CIA, daß Israel den Bau einer chemischen Aufbereitungsanlage abgeschlossen habe - nur Methode und Ort seien nicht bekannt. »Das war die erste ernsthafte Schätzung«, erklärte ein Beamter der Carter-Administration, »und sie half den Leuten draußen, jetzt wirklich zu klären, wie viele Atomwaffen Israel hatte.« Dennoch unterschätzte auch der CIA-Bericht bei weitem die Zahl der israelischen Gefechtsköpfe und den Entwicklungsstand des israelischen Nuklearprogramms. Manchmal wurden die Tatsachen so hingebogen, daß die Zahlen niedrig angesetzt werden konnten. Der Satellit KH-11 hatte mit seinen hervorragenden Kameras ein israelisches Atomraketensilo fotografiert. Die Experten für die Auswertung des Bildmaterials im National Photographic Interpretation Center (NPIC) hatten zehn Gegenstände gezählt, die dann als nukleare Gefechtsköpfe identifiziert wurden. Niemand hatte jemals einen israelischen Gefechtskopf gesehen; in Geheimdienstkreisen faßte man die Tatsache, daß nur zehn Gefechtsköpfe entdeckt wurden, »als Bestätigung unserer Schätzungen auf«, wie sich ein Beamter erinnerte. »Wir hielten die Fotos für ganz außergewöhnlich, waren jedoch der Ansicht, daß sie uns keine neuen Informationen lieferten. Sie stimmten schlicht mit unseren Zahlen überein.«

Die CIA-Schätzung des Jahres 1980 wurde von dem leitenden Beamten im Außenministerium Joseph S. Nye jr. angefordert, der inzwischen als ausgesprochen fortschrittlicher Berater des Präsidenten zu Fragen der Proliferations-Politik hervorgetreten war. Nye gestand ein, daß Jimmy Carter der Reaktion auf die israelische Atombombe geringe Priorität einräumte. »Wir konnten nicht viel tun«, erklärte Nye. »Die Israelis hatten bereits die Bombe. In einer solchen Angelegenheit konnten wir kaum nur mit einer Demarche [einem diplomatischen Protest] reagieren. Die Frage war: Sollten wir deshalb einen Riesenkrach veranstalten?« Die Antwort war ein klares Nein.

## Der israelische Atomspion

Jonathan Jay Pollard ist in den Augen vieler Amerikaner ein amerikanischer Jude, der aus falsch verstandener Loyalität für Israel spionierte - ein Mensch, der davon überzeugt war, er würde mit seinen Dokumenten und Informationen Israel im Kampf gegen den internationalen Terrorismus unterstützen. Als Pollard im November 1985 verhaftet wurde, erklärte er, er habe den Israelis erst seit 14 Monaten Geheimdokumente zugespielt - und viele dieser Dokumente hätten eigentlich die Vereinigten Staaten den Israelis zugänglich machen müssen. Die israelische Regierung entschuldigte sich für seine Spionagetätigkeit und behauptete, Pollards Anwerbung sei eine Entgleisung gewesen, eine nicht genehmigte »Gauneraktion«. Pollard wurde wegen Spionage zu lebenslanger Haft verurteilt.

Er spionierte tatsächlich aus falsch verstandener Loyalität für Israel - und gegen Bezahlung -, aber abgesehen davon stimmt keine der weitverbreiteten Behauptungen über diesen Fall. Pollard war Israels erster Atomspion.

Seit 1979 arbeitete Pollard als Zivilbeschäftigter für den Nachrichtendienst der US-Marine. Schon 1980 bot er Israel an, Informationen zu liefern, wurde aber erst im Herbst 1981 als Agent rekrutiert - drei Jahre früher, als er und die israelische Regierung später zugaben. Zu dieser Zeit arbeitete er als Nachrichtenspezialist im Field Operations Intelligence Office der US-Marine. In den Jahren 1984 und 1985 war Pollard auf dem Höhepunkt seiner Spionageaktivität. Er sollte vor allem amerikanisches Nachrichtenmaterial sammeln, das für die israelischen Pläne zur atomaren Zielbestimmung der Ölfelder und militärischen Einrichtungen in Südrubland nützlich sein konnte. Diese Tatsache wurde den für die Untersu-

chung eingesetzten Beamten des Justizministeriums und der Staatsanwaltschaft von israelischer Seite vorenthalten. Pollard hatte in allen Verhören durch das Justizministerium behauptet, daß er erst im Juli 1985 mit *der* Spionage begonnen habe. Zuvor sei er gesellschaftlich dem israelischen Luftwaffenoberst Aviem Sella begegnet, einem seiner Idole. Sella hatte 1981 an der Bombardierung des irakischen Kernreaktors Osirak teilgenommen. Tatsächlich war er jedoch der führende Experte der israelischen Luftwaffe für die Platzierung von Atombomben. Er war als kompetenter Verbindungsmann zu Pollard eingesetzt worden. Die für nukleare Zielerfassung relevanten Daten, die Pollard lieferte, enthielten auch streng geheimes amerikanisches Nachrichtenmaterial über die Lokation sowjetischer Militärziele und spezifische Daten über die sowjetischen Tarnungs- und Schutzmaßnahmen für diese Ziele. Pollard leitete auch amerikanische Informationen über die sowjetische Luftabwehr an Israel weiter, vor allem über das gefürchtete Boden-Luft-Raketensystem SA-5, das sich im Vietnamkrieg gegen die amerikanischen B-52-Bomber als sehr wirkungsvoll erwiesen hatte. Pollard lieferte schließlich auch ein Exemplar des Jahresberichts der US-Nachrichtendienste über das sowjetische strategische Waffensystem. Dieser Jahresbericht war unter der Bezeichnung 11-38 bekannt und galt aufgrund seines Anhangs über Satellitfotografie, Abhöreinrichtungen, Radarinformationen und Agentenberichte als eines der geheimsten Dokumente der US-Regierung. Ferner lieferte Pollard den Israelis die Codes für das diplomatische Kommunikationsnetz der Amerikaner. Dadurch konnte die Chiffrierungsabteilung des israelischen Nachrichtendienstes Telegramme und Botschaften des gutinformierten US-Botschafters Samuel W. Lewis abfangen, der seit 1977 in Israel Dienst tat. Insgesamt lieferte Pollard nach den Berechnungen der Bundesstaatsanwälte bis zu seiner Verhaftung 1800 Dokumente an Israel - schätzungsweise 500 000 Seiten.

Den israelischen Spitzenpolitikern Shimon Peres, Yitzhak Rabin und Yitzhak Shamir war bekannt, daß in den Vereinigten Staaten ein Informant an höchster Stelle saß. Israelische Geheimdienstbeamte ließen einige der wichtigsten Dokumente neu schreiben

und passend redigieren; anschließend übergaben sie diese Unterlagen der Sowjetunion als Geste des guten Willens Israels. Dies geschah auf besondere Anweisung Yitzhak Shamirs, der seit langem für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Israel und der Sowjetunion eintrat. All das konnte Israel jedoch nach Pollards Verhaftung und seinem Gnadengesuch erfolgreich vertuschen. Israel stellt auch heute noch die Pollard-Affäre als Gaunerstückchen von Betrügern dar, das ohne Kenntnis der Entscheidungsträger ausgeführt worden sei.

Die Pollard-Affäre begann mit den israelisch-amerikanischen Besprechungen im Weißen Haus im September 1981, drei Monate nach dem Luftangriff auf Osirak. Ariel Sharon war kurz zuvor von Menachem Begin zum Verteidigungsminister ernannt worden. Er hatte Begin nach Washington begleitet, um dort einen detaillierten Zeitplan für eine strategische Kooperation zwischen den beiden Staaten vorzulegen. Israel sollte Amerikas militärischer Partner und verlängerter Arm im Nahen Osten und am Persischen Golf werden. Sharon wollte den amerikanischen Streitkräften Lagerstätten für feststationierte Waffen und für Munition anbieten. Die von den Israelis herbeigesehnte Besprechung mit Präsident Reagan fand im Kabinetssaal statt. Außer Reagan waren führende Berater anwesend wie Verteidigungsminister Caspar Weinberger, Außenminister Alexander Haig, der Nationale Sicherheitsberater Richard Allen und Sam Lewis, der damalige US-Botschafter in Israel. Er schilderte die Besprechung: »Begin sagte: >Mr. President, wir haben dieselben Ansichten über die kommunistische Bedrohung. Wir sollten unsere Beziehungen definitiv regeln. Ich schlage eine formelle Allianz vor.- Reagan sagte ja. Alle anderen waren schockiert. Begin fuhr fort: -Mr. President, ich möchte jetzt Minister Sharon bitten, unsere Vorstellungen zu erläutern.« Sharon brauchte etwa eine halbe Stunde, um darzulegen, wie die gemeinsamen amerikanisch-israelischen strategischen Interessen formuliert werden könnten. AI Haig (ein entschiedener Vertreter der Interessen Israels) wurde grün im Gesicht, ebenso Dick Allen und der Rest der Leute vom Weißen Haus. Cap (Weinberger) lief dunkelrot an. Ich dachte, er explodiert gleich.«

Sharons Plan sah eine gemeinsame Nutzung der Luftwaffenbasen und Marinestützpunkte vor. Ein wichtiger Aspekt war der gemeinsame *Zugang* zu Nachrichtenmaterial; Israel war besonders begierig darauf, offiziell Zugang zu KH-11-Daten zu bekommen, weil es diese Informationen für die Festlegung von Atomzielen in der Sowjetunion benötigte. Das war jedoch den meisten amerikanischen Teilnehmern der Konferenz nicht bekannt. Lewis erklärte, nach Sharons Präsentation habe sich Begin an den Präsidenten gewandt, der bis zu diesem Zeitpunkt keine erkennbaren Reaktionen gezeigt habe, und gesagt: »>Wir könnten unsere beiden Verteidigungsminister bitten, den Vorschlag auszuarbeiten.« Cap sah aus, als würde er jeden Augenblick ohnmächtig werden.«

In den nächsten Monaten machte sich Weinberger daran, Sharon in Verhandlungen so »einzuwickeln«, daß nach Lewis' Aussage »eine Maus herauskam«. Es würde keine gemeinsamen amerikanisch-israelischen Luftwaffenbasen im Nahen Osten geben, und Israel würde auch nicht den erwünschten Zugang zu Nachrichten von amerikanischen Satelliten bekommen. Sharon erfuhr ferner, daß Israel auch keine Empfangsstation in Tel Aviv für Echtzeit-KH-11-Fotografien bekommen würde.

Sharon hatte ursprünglich nicht hinnehmen wollen, daß sein strategischer Plan beschnitten wurde, und war bereit gewesen, für die Sache zu kämpfen. Begin jedoch, erklärte Lewis, wollte unbedingt »eine formelle Allianz mit den Vereinigten Staaten abschließen - vor allem nach den Erfahrungen der Carter-Jahre«. Sharon wurde schließlich gezwungen, die verwässerte amerikanische Version zu akzeptieren, die er zuerst vehement bekämpft hatte. Er mußte sie sogar vor der Knesset verteidigen. Doch er blieb seinem Premierminister gegenüber loyal und tat seine Pflicht, weil er größere Pläne hatte.

In den nächsten Monaten fand Sharon einen Weg, seine strategischen Ziele ohne Hilfe aus Washington zu verwirklichen. Mit Begins Unterstützung entsandte er Truppen in den Libanon. Ihr Auftrag war, die PLO zu vernichten und mit Hilfe der militärischen Dominanz Israels die politische Struktur des Nahen Ostens zu verändern. Nach Sharons Plan sollte Israel den Kampf bis in die

Randbezirke von Beirut tragen und dort einen zu gewärtigenden syrischen Vorstoß stoppen, während die Milizen, die mit Israel verbündete Armee der libanesischen Christen, die Stadt von den Anhängern der PLO reinigen sollten. Aber die christlichen Milizen traten nicht in Aktion. Zur Unterstützung der Invasionsarmee bombardierte die israelische Luftwaffe Beirut. Statt eines Sieges geriet der Vormarsch ins Stocken; 500 israelische Soldaten und mehr als 10 000 Palästinenser und Libanesen wurden getötet. In den palästinensischen Flüchtlingslagern in Sabra und Shatilla wurden entsetzliche Massaker angerichtet.

Bevor Sharon seinen Plan ausführen konnte, mußte er die Kontrolle über die israelischen Geheimdienste und die »Tempelwaffe« Israels, das Atomwaffenarsenal, an sich reißen. Er setzte Männer in Schlüsselpositionen ein, die ihm treu ergeben waren und seine strategischen Ziele unterstützten. Einer der ersten Männer der alten Garde, die entlassen wurden, war Binyamin Blumberg. Er hatte seit den fünfziger Jahren das Office of Special Tasks geführt. Der neue Leiter war ein enger Gefolgsmann Sharons und hatte lange Zeit als verdeckter Agent gearbeitet. Sein Name war Rafael »Rafi« Eitan; er diente damals zugleich als Sonderberater Begins für Terrorismusbekämpfung. Eitan füllte beide Positionen aus. Er war ehrgeizig und wurde in Israel allgemein »Rafi der Stinker«<sup>1</sup> genannt. 1960 war er an der Entführung Adolf Eichmanns in Buenos Aires beteiligt gewesen und hatte an zahlreichen Geheimdienstoperationen in der arabischen Welt mitgewirkt. Einige Jahre zuvor hatte man ihn jedoch gezwungen, den Mossad zu verlassen. Dieser Bruch in seiner Karriere hatte Eitan ebenso verbittert wie die Unfähigkeit des Mossad und der anderen israelischen Geheimdienste, mit seiner Gruppe für Terrorismusabwehr zusammenzuarbeiten.

Sharon machte aus seinen politischen Plänen kein Geheimnis, sondern hatte sie öffentlich bei vielen Anlässen immer wieder erläutert, nachdem er 1973 die israelische Armee verlassen hatte. Seine Hauptziele waren der Sturz des jordanischen Königs Hussein und die Umwandlung Jordaniens in einen palästinensischen Staat, in den alle palästinensischen Flüchtlinge »transferiert« -

oder vertrieben - werden könnten. Im Frühherbst 1981, ein paar Wochen nach seiner Rückkehr aus Washington, rief Sharon die höchsten Offiziere der israelischen Streitkräfte zusammen und erläuterte ihnen zum ersten Mal, wie er seine Ziele in die Tat umsetzen wollte - durch Invasion des Libanon. Ein Offizier erinnerte sich, daß er und andere Anwesende über Sharons Formulierung unglücklich waren, er wolle »über die Notwendigkeit sprechen, in den Libanon einzudringen und die «Hauptstadt des Terrorismus» zu zerstören«. Sharon sprach sinngemäß über den langen Arm der Streitkräfte und die Notwendigkeit, »die Regime der arabischen Welt auszutauschen«. Der Offizier, ein ehemaliger Nachrichtenspezialist, erinnerte sich auch an Sharons Aussage, man müsse »die Struktur der israelischen Nachrichtendienste verändern«. »Ich saß mit einer Gruppe von Generälen zusammen«, fügte der Offizier hinzu, »und sagte: >Er führt uns in einen Nahostkrieg.<< Ringsum sei daraufhin nervöses Gelächter ausgebrochen. Sharons Erläuterungen war jedoch eine weitere Information eindeutig zu entnehmen: »Er kehrte als Antiamerikaner (aus Washington) zurück; früher war mir das gar nicht aufgefallen. Er schilderte den Besuch in Washington. Er sagte: >Die Amerikaner behandeln uns wie einen Flugzeugträger - als schwimmenden Stützpunkt. Sie haben unsere wahre Bedeutung noch gar nicht erkannt: Wir sind nicht ein Flugzeugträger, wir sind zwanzig Flugzeugträger. Wir sind viel wichtiger, als sie glauben. Wir können den ganzen Nahen Osten mit uns reißen, wenn wir zerstört werden sollen.« Es war ein eigenartiger und beunruhigender Auftritt, meinte der Offizier, und dieser Eindruck wurde durch Sharons Drohung noch verstärkt, er werde jeden vor ein Militärgericht bringen, der über diese Pläne nicht absolutes Stillschweigen bewahre. Am 15. Dezember ließ Sharon durch Aharon Yariv vor einer Konferenz des Institute of Strategie Studies eine Rede verlesen; er selbst war nicht anwesend. In dieser Rede erklärte er, die Vereinigten Staaten seien indirekt verantwortlich für die wachsende Bedrohung durch die Sowjetunion im Nahen Osten. »Der sowjetische Vormarsch in dieser Region während der siebziger Jahre wurde nur durch die strategische Passivität der Vereinigten Staaten in jenen Jahren und durch die Handlungsfreiheit möglich, die

die Sowjetunion genoß ...« Die wachsende sowjetische Manövrierfähigkeit im Nahen Osten und in Afrika, fügte Sharon hinzu, »gefährdet die Stabilität in der Region und vitale Interessen der freien Welt. Diesen Punkt will ich ganz besonders hervorheben. In den achtziger Jahren wird die große Gefahr für die freie Welt darin bestehen, daß man weiterhin Wunschenken mit Tatenlosigkeit verbindet. Dadurch ist die Haltung des Westens gegenüber der graduellen sowjetischen Expansion während der beiden letzten Dekaden gekennzeichnet.«

Sharon rief Israel auf, seine nationalen Sicherheitsinteressen stärker zu fördern. Sie sollten »über den Nahen Osten und das Rote Meer hinaus auch Staaten wie die Türkei, Iran, Pakistan, und Regionen wie den Persischen Golf und Zentral- sowie Nordafrika« einschließen. Der neue Verteidigungsminister erklärte, die Sicherheitsinteressen Israels würden jetzt von der Fähigkeit abhängen, die Ereignisse in einer Region zu beeinflussen, die sich von Kenia bis zur Türkei und von Mauretanien bis Pakistan erstreckte. Es gab einen sicheren Weg, der neuen und sich ausbreitenden sowjetischen Bedrohung zu begegnen: Israel mußte sich noch stärker auf sein Atomwaffenarsenal stützen. Doch dies konnte ohne Zugang zu KH-11-Satelliten und ohne zusätzliche Informationen aus amerikanischen Quellen nicht erreicht werden. Sharon definierte Israels strategische Lage neu. Gleichzeitig bekam Washington endlich eindeutige Informationen über das israelische Atomarsenal. Ein israelischer Wissenschaftler oder Techniker, der in Dimona arbeitete, hatte - ähnlich wie Mordecai Vanunu fünf Jahre später - ein paar Fotos von Raketensilos in unterirdischen Bunkern aufgenommen. »Das war unser erster Blick ins Innere«, sagte ein leitender Nachrichtenoffizier. »Bemerkenswert fanden wir vor allem, daß er in ein Silo gelangt war.« Die Fotos zeigten einzelne in schweren Bleigehäusen gelagerte Gefechtsköpfe; sie waren den amerikanischen Kernwaffen-Iglus recht ähnlich. »Wir sahen deutlich, wie die Waffen dort aufgereiht lagen.« Die Männer, die den Überläufer befragten, waren Experten für Waffenproduktion. Sie wußten, daß auf den Fotos thermonukleare Gefechtsköpfe zu sehen waren. Der Überläufer erklärte, Israel habe mehr als 100 Waffen dieser Art in den Silos. »Wir dachten

nur noch: -Verdammte Scheiße!-«, erinnerte sich ein Amerikaner, der an den Verhören teilgenommen hatte. »-Wie konnten wir uns nur so täuschen?« Wir hatten immer nur gesagt: »Die Israelis haben zehn Gefechtsköpfe? Okay. Was ist schon dabei? Jeder kann sie bauen.« Aber jetzt plötzlich merkten wir, wie weit sie bereits waren. Alle drehten durch. Wozu braucht man eine thermonukleare Waffe? Wir wissen doch, daß 20 Kilotonnen ausreichen, um Kairo auszulöschen. [Israel] war weiter gekommen und besser gerüstet, als unsere Leute es für möglich gehalten hatten - saubere Bomben, bessere Gefechtsköpfe. Das Weiße Haus wurde davon unterrichtet, aber nicht in der Weise, in der ich es hier erzähle, denn die ganze Sache war ein Schlag ins Gesicht unserer Nachrichtendienste.«

Der Überläufer brachte auch spezifische Daten über die Größe der Gefechtsköpfe und die Steuerungssysteme mit. »Wir bekamen sehr viel Papier.« Die Amerikaner kamen schließlich zu der Überzeugung, daß Israel einen nuklearen Gefechtskopf zielgenau platzieren konnte. Aus den Unterlagen des Überläufers sei deutlich geworden, erklärte ein Amerikaner, daß die Israelis »alles tun können, was wir oder die Sowjets tun können«. Auch diesmal gab es Kommunikationsprobleme, wie es seit den späten fünfziger Jahren üblich war, wenn es um Informationen über israelische Kernwaffen ging: Die Daten des Überläufers wurden nicht an die mit der Proliferation befaßten Experten des Außenministeriums und auch nicht an die Analytiker der Z-Division in Livermore weitergeleitet, weil sie als Liberale galten. »Ich gehe jede Wette ein, daß die Informationen den Leuten der Z-Division vorenthalten wurden«, sagte der Beamte der Regierung Reagan. »Wir waren wie verrückt vor Angst, daß sie sie dennoch bekämen.« Die Informationen des Überläufers blieben irgendwo hängen. Jene Amerikaner, die das Ausmaß und die Qualität des israelischen Atompotentials hätten kennen sollen, erfuhren nichts.

Jonathan Pollard hatte in South Bend, Indiana, eine unglückliche Kindheit verbracht. Er war der Sohn eines Professors der Notre Dame University und wurde in der Grundschule immer wieder gequält und verprügelt, weil er Jude war. Bei einem Interview erzählte er, der Sechstagekrieg habe den »Wendepunkt« in seinem Leben dargestellt. Er war damals 13 Jahre alt. Der israelische Sieg habe auf ihn »emotional berauschend« gewirkt. Er war besessen

von israelischen Sicherheitsfragen, und ist es heute noch. Die fixe Idee, er müsse zur Sicherheit Israels beitragen, hatte in diesem Sieg ihre Ursache. Pollard erzählte seinen Kommilitonen an der Stanford University, er habe zwei Staatsbürgerschaften und sei Oberst der israelischen Armee. Angeberei und phantasievolle Behauptungen kennzeichneten auch seine Jahre an der Fletcher School of Law and Diplomacy, die zur Tufts University in Boston gehört. Pollard schrieb sich dort 1977 ein. Aber er fiel bei der Abschlußprüfung durch; auch die Bewerbung bei der CIA wurde abgelehnt. Schließlich fand er eine Stelle bei der US-Marine. Anfang 1981 bewarb sich Pollard um eine Stelle als Verteidigungs-Analytiker beim American Israel Public Affairs Committee (AIPAC), einer der mächtigsten Lobby-Gruppierungen in Washington. Beschäftigte des AIPAC fanden es unangemessen und »seltsam«, daß Pollard ständig damit prahlte, er habe Zugang zu streng geheimen Informationen. Ein Angestellter des AIPAC erinnerte sich, daß Pollards Story »zu unglaublich klang, um wahr zu sein. Wir trennten uns von ihm.« Man vermutete, daß Pollard an einer gegen AIPAC gerichteten Operation teilgenommen haben könnte. Er war offensichtlich ein schwieriger Fall.

Pollard hatte Israel 1980 und 1981 seine Dienste angeboten. Allerdings würde kein ernstzunehmender israelischer Geheimdienstbeamter in Betracht ziehen, einen ganz offen für Israel eintretenden amerikanischen Juden zu rekrutieren, der noch dazu bei den amerikanischen Geheimdiensten beschäftigt war. Auch gab es ein ungeschriebenes Gesetz, das die Rekrutierung amerikanischer Juden untersagte, ob sie nun für oder gegen Israel waren. Solche Mitarbeiter brachten einfach zu hohe Risiken mit sich. Pollards wiederholte Angebote hatten die israelischen Geheimdienstleute entnervt. »1980 lehnten wir ihn ab«, erklärte ein ehemaliger Agent des Mossad. »Er ist verrückt; er ist Jude - wir dürfen ihn nicht nehmen. Das wäre so, als würde man einen Kommunisten rekrutieren, um ihn (in den Vereinigten Staaten) für den KGB spionieren zu lassen. Ein solcher Mann wäre automatisch verdächtig.«

Rafi Eitan, der aggressive neue Direktor des Office of Special Tasks, entschloß sich, diese Grundregel zu ändern, nachdem seine Gespräche mit dem Präsidenten und dessen führenden Bera-

tern in Washington ergebnislos geblieben waren. Er stimmte mit Sharon überein, daß die Vereinigten Staaten Nachrichtenmaterial zurückhielten, das für Israels Sicherheit von größter Bedeutung sein konnte - zum Beispiel die KH-11-Fotografien. »Das war ein grundlegender Verdacht«, erklärte ein Israeli, der im Mossad mit Eitan zusammenarbeitete. »Was immer wir bekamen, war nicht das Beste - es gab Besseres.«

Ari Ben-Menashe und seine Kollegen, die für die auswärtigen Beziehungen zuständig waren, reagierten entsetzt, als Eitan Pollard im Oktober 1981 rekrutierte. Pollard gehörte einem Team der US-Marine an, das Israel im Herbst 1981 besuchte, um den Austausch von Nachrichtenmaterial mit der israelischen Marine zu koordinieren. Solche Besuche gehörten zur Routine. Die Israelis hatten sich eine neue Methode einfallen lassen, ihren amerikanischen Kollegen den Aufenthalt angenehm zu gestalten: Jeder Amerikaner wurde ins Haus eines israelischen Offiziers zum Essen eingeladen. »Raten Sie mal, wer Pollard einlud?« fragte Ben-Menashe. »Rafi. Er fing ihn [Pollard] an einem einzigen Abend ein. Er zahlte ihm nicht einmal viel, sondern erzählte ihm nur großartige Geschichten.« Ben-Menashe glaubte, Eitan habe Pollard gebraucht, »um Zugang zu bestimmten Papieren zu bekommen, von denen er gehört hatte. Er brauchte einen Analytiker.« Pollards Rekrutierung sei in den militärischen Geheimdienstkreisen als »die schlimmste Scheiße« bezeichnet worden, die Rafi fabrizieren konnte.

Anfang 1982 war Reuven »Rudi« Yerdor zum Brigadegeneral befördert und mit der Leitung der Einheit 8200 betraut worden, des israelischen Kommunikations-Nachrichtendienstes. Yerdor war ein hochrangiger Analytiker, der eng mit den Kollegen der American National Security Agency zusammenarbeitete und deshalb alle drei Monate für Koordinationsgespräche nach Washington reiste. Yerdors offizieller Titel lautete Stellvertretender Stabschef für militärisches Nachrichtenwesen in den israelischen Streitkräften. Sein unmittelbarer Vorgesetzter war Generalmajor Yehoshua

Saguy, der Direktor von AMAN (dem militärischen Nachrichtendienst) und Sharons Stellvertreter. Wie Sharon wurde auch Saguy nach dem Massaker in Sabra und Shatilla entlassen. Jedem höheren Offizier war klar, daß Saguy als Direktor des militärischen Nachrichtendienstes gemäß den militärischen Verfahrensregeln direkt dem Premierminister berichtspflichtig war. Aber Saguy war in den Kreisen höherer Militärs dafür bekannt, daß er Sharon nur sehr ungern herausforderte und ihm bereitwillig den Vortritt bei der Aufgabe überließ, Begin und das israelische Kabinett über militärisches Nachrichtenmaterial zu informieren. Am Neujahrstag 1982 wurde Yerdor zu Saguy beordert. Er erhielt zwei Pakete mit Dokumenten, die er auswerten sollte: »Sagen Sie mir, was Sie davon halten.« Das erste Paket enthielt sehr technisches amerikanisches Nachrichtenmaterial, in dem ein sowjetisches militärisches System beschrieben wurde, das den Arabern geliefert worden war. Das zweite Paket mit Dokumenten interessierte Yerdor weniger; es enthielt Kopien der Tages- und Wochenberichte der weltweiten Abhöraktionen der NSA. »Rudi [Yerdor] erklärte Saguy, daß die technischen Daten phantastisch seien«, erinnerte sich ein israelischer Beamter, »aber daß -wir das in dieser Form niemals von den Amerikanern bekommen werden«. Die Berichte über die Abhöraktionen hielt Yerdor für weniger nützlich.« Er erklärte später einem Kollegen, er habe angenommen, daß die Nachrichtendienste seiner Regierung zwei Agenten in den Vereinigten Staaten angeheuert hätten. Diesen Schritt habe er für bedauerlich und kurzsichtig gehalten. Doch allmählich kam Material »in großen Mengen« herein, wie Yerdor seinem Kollegen erzählte. Yerdor habe »ein Spezialteam einsetzen müssen, um die Sachen lesen und analysieren zu lassen«. Im Februar erfuhr Israel, daß die Sowjets die syrische Luftabwehr verstärkten und drei Bataillone mit der SA-5, der damals modernsten, für große Flughöhen bestimmten Luftabwehrrakete, entsandten. Das System wurde erstmals im Nahen Osten stationiert. Die Raketen blieben unter sowjetischer Kontrolle, sollten aber die syrischen Kurzstreckenraketen SS-21 beschützen, die israelisches Territorium erreichen konnten. Das neue System stellte auch für die modernsten israelischen Bomber vom Typ F-15 und F-16 eine

Bedrohung dar. Die Stationierung war eine besorgniserregende Eskalation. Die Vereinigten Staaten wurden in einer offiziellen Anfrage gebeten, Israel Zugang zu Nachrichtenmaterial über die Qualitäten der SA-5 zu gewähren. Wie Yerdor erwartet hatte, ließ man ihn wissen, daß über das System kaum Informationen verfügbar seien; die Daten seien zu heikel. »Zwei Tage später«, sagte ein israelischer Freund Yerdors, »bekam Rudi aus blauem Himmel plötzlich das vollständige amerikanische Datenmaterial über die SA-5, aus dem hervorging, daß die Rakete nicht so gut war, wie wir befürchtet hatten.« Über die Quelle erzählte Yerdor seinem Kollegen nur, daß so etwas nicht durch die normalen Kanäle zu bekommen sei.

Mitte Mai 1982, drei Wochen vor der Invasion im Libanon, erhielt Yerdors Abteilung eine erstaunliche Sammlung unschätzbaren amerikanischen technischer Daten über das Luftabwehrsystem in Syrien. Diese Materialien hatten die US-Geheimdienste bisher vor Israel sorgsam unter Verschluss gehalten: detaillierte Informationen über neue Radarsysteme, elektronische Landkarten, präzise Radiofrequenzen für die Operationen der syrischen SA-6, SA-8 und der modernen Boden-Luft-Raketen SA-3. Yerdor stellte General Saguy auch diesmal Fragen: »Wir bekommen diese Materialien [auf normalem Wege] nicht. Auch wenn wir danach fragen würden, bekämen wir sie nicht.« Die israelische Luftwaffe konnte mit Hilfe dieser Informationen im Libanon-Feldzug die syrische Luftwaffe und über 70 syrische Raketenwerfer zerstören. Es gab noch mehr Material. »Allmählich kamen auch NSA-Abhördaten herein«, erklärte ein voll informierter Israeli. Rafi Eitan selbst kam in Yerdors Büro und »warf ihm täglich einen Abhörbericht hin«. In diesen Berichten ging es um die diplomatischen Aktivitäten des US-Botschafters Samuel Lewis. Yerdor sagte zu Eitan: »Diese Sachen rühre ich nicht einmal mit einem drei Meter langen Stock an.« Lewis war ein Karriere-Diplomat. Er war bis 1985 Botschafter in Tel Aviv und galt weithin als guter Freund Israels. Ariel Sharons Politik lehnte er jedoch scharf ab.

Yerdor schätzte Eitan wenig, machte sich aber um die langfristigen Implikationen der israelischen Geheimdienstoperationen in den Vereinigten Staaten Sorgen. Er war überzeugt, daß sich Eitan

von persönlichem Ehrgeiz und von dem Wunsch treiben ließ, alte Rechnungen mit Yitzhak Hofi zu begleichen, dem Direktor des Mossad, und mit Avraham Shalom.<sup>2</sup> Er war auch überzeugt, jedenfalls bis der Spionagefall Pollard öffentlich bekannt wurde, Eitan habe zwei weitere Amerikaner rekrutiert. Es schien kaum möglich, daß eine einzige Person Zugang zu einer solchen Fülle und Bandbreite höchst geheimer Dokumente haben konnte, die über Yerdors Schreibtisch gingen. Yerdor erfuhr später, daß Pollard trotz seiner proisraelischen Ansichten für unbedenklich eingestuft worden war und so Zugang zu den heikelsten Nachrichtenmaterialien der US-Regierung bekommen hatte. Pollard benutzte seine Stellung im Geheimdienst der Marine und bestellte stapelweise Dokumente bei den Geheimarchiven in der Region Washington.

Ben-Menashe blieb wie Yerdor auch nach Pollards Verhaftung und Geständnis weiterhin überzeugt, Eitan habe mit mehr als einem Amerikaner zusammengearbeitet. In dieser Zeit ging es normalerweise in Ben-Menasches Büro für auswärtige Beziehungen sehr hektisch zu: Eitans Operationen in den Vereinigten Staaten lieferten einen stetigen Strom wissenschaftlicher und technischer Dokumente. Ähnliches als nützlich klassifiziertes US-Material war schon seit den fünfziger Jahren verfügbar gewesen. Jetzt jedoch waren die Mengen so groß, daß den Geheimvermerken auf den Dokumenten ein besonderer Codename hinzugefügt wurde: JUMBO. Ben-Menashe erinnerte sich, daß es strenge Vorschriften gab: »Alles, was mit JUMBO gekennzeichnet war, durfte den amerikanischen Kollegen gegenüber nicht angesprochen werden.« Sharon blieb auch nach dem Massaker von Sabra und Shatilla in Begins Kabinett, aber nur als Minister ohne Geschäftsbereich. Moshe Arens, ein ehemaliger Luftfahrtingenieur, wurde Verteidigungsminister. Im folgenden Jahr herrschte in der israelischen Politik noch mehr Unordnung als gewöhnlich. Menachem Begins Frau starb im Frühjahr. Begin hatte sich zum Zeitpunkt ihres Todes in Washington aufgehalten. Er fühlte sich schuldig und fiel in eine tiefe Depression. Im September 1983 trat er als Premierminister zurück; Yitzhak Shamir wurde sein Nachfolger. Shamir hatte früher eine führende Stellung im Mossad gehabt und war konser-

vatives Mitglied des Likud-Blocks. Weder die Arbeiterpartei noch Likud erreichten bei den Wahlen im Mai 1984 eine Mehrheit; in den folgenden Wochen verhandelte man über die Bildung einer Koalition der nationalen Einheit. In dieser Koalition teilten sich Shimon Peres und Shamir die Macht: Bis September 1986 sollte Peres als Premierminister und Shamir als Außenminister amtierern, dann sollten sie ihre Ämter tauschen. Yitzhak Rabin sollte für die gesamte Dauer der Koalition Verteidigungsminister bleiben. Peres, Rabin und Shamir bildeten eine israelische Troika. Rafi Eitan blieb trotz dieser Wirren im Amt - und Jonathan Pollard ebenfalls. Ein Ablaufmuster etablierte sich: Pollards Informationsmaterial wurde von Eitan zusammengefaßt und mit einem Memorandum, jedoch ohne Analyse oder Kommentar, dem Premierminister und dem Verteidigungsminister vorgelegt. Zu dieser Zeit enthielt Pollards Nachrichtenmaterial bereits wichtige KH-11-Bilder und Berichte und Lagebeurteilungen der amerikanischen Botschaften und Geheimagenten in Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten. Solches Material wird in der Diplomatie als Information »aus dritter Hand« bezeichnet und prinzipiell nicht an Außenstehende weitergegeben. Die Spitzenpolitiker wußten natürlich, was das bedeutete. Ein früherer israelischer Geheimdienstbeamter erklärte, Peres und Rabin, die beide im Umgang mit Informationsmaterial sehr erfahren waren, hätten sofort gefragt, woher »das Zeug« stamme. Dem Israeli zufolge sagte man ihnen, daß israelische Nachrichtendienste »>die amerikanischen Nachrichtendienste penetriert« hätten. Beide Männer ließen die Erklärung durchgehen. Keiner sagte: -Hört sofort damit auf.« Moshe Arens hielt man für in den Nuancen geheimer Informationen sehr viel weniger erfahren als Peres und Shamir. Er stellte keine Fragen. Er war »zu dumm, um zu fragen«, erklärte der Israeli, aber er wurde darüber unterrichtet, daß die amerikanischen Nachrichtendienste penetriert worden seien, und das »von Geheimdiensttypen, die sich den Hintern nicht verbrennen wollen«.

Nach Pollards Verhaftung bestritt die israelische Führung jegliche Kenntnis seiner Aktivitäten. Das Kabinett und die Knesset setzten zwei interne Kommissionen ein, die den Skandal untersuchten. Die Kommissionen sprachen die politische Führung von dem

Verdacht frei, direkt von der Sache gewußt zu haben. Pollard selbst jedoch schien das besser zu wissen. Bevor er im März 1987 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, reichte er ein Gnadengesuch ein. Darin erklärte er, seine israelischen Verbindungsleute hätten ihm gesagt, daß Israels Abhängigkeit von einer „speziellen Informationsquelle“ bei Sitzungen des israelischen Kabinetts erwähnt worden sei. Er behauptete ferner, er habe regelmäßig Listen erhalten, in denen das von den Israelis gewünschte Nachrichtenmaterial aufgeführt war. Die Listen seien zwischen den Leitern sämtlicher israelischer Militärnachrichtendienste abgestimmt und nach Dringlichkeit geordnet worden. Viele Dokumente, die er geliefert habe, seien Satellitenaufnahmen und Protokolle von Lauschaktionen gewesen - Material also, von dem jeder israelische Beamte wissen mußte, daß es »nicht über offizielle Kanäle transferiert wurde«. Pollards Verbindungsleute in den Vereinigten Staaten (seit Mitte 1984 auch Aviem Sella) hatten die israelische Regierung sogar veranlaßt, über ihre Botschaft in Washington die modernsten Fotokopiermaschinen für die Reproduktion höchst geheimer Dokumente, darunter KH-11-Satellitenaufnahmen, zur Verfügung zu stellen.

Ari Ben-Menashe war klar, daß Rudi Yerdor über diese Spionage nicht glücklich war: »Yerdor schimpfte dauernd darüber, daß Eitan die israelischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufs Spiel setze.« Ben-Menashe wußte noch etwas anderes: Yitzhak Shamir hatte als Premierminister 1983 und 1984 angeordnet, bestimmte von Pollard gelieferte Dokumente zu »editieren«, abzutippen und an sowjetische Geheimdienstleute weiterzuleiten. Ben-Menashe, ein irakischer Jude, hatte enge Verbindungen zu Shamir. Im Jahre 1987, zwei Jahre vor seiner Verhaftung in den Vereinigten Staaten und seiner Entfremdung von Israel, verließ er das Amt für auswärtige Beziehungen und arbeitete fortan direkt als Berater für Fragen der Nachrichtendienste für Shamir, der inzwischen wieder Premierminister geworden war. Im Grunde, sagte Ben-Menashe, habe er für Shamir geheime Operationen durchgeführt. Seine Beziehungen zu Shamir waren auch familiärer Art: Sein Vater hatte vor dem jüdischen Unabhängigkeitskrieg von

1948 mit Shamir in der radikal antibritischen Stern-Gruppe zusammengearbeitet.<sup>3</sup> Shamir verachtete die Vereinigten Staaten aus tiefster Seele. Er konnte Ben-Menashe zufolge auch »Begin und seine moralistische Auffassung von auswärtigen Beziehungen nicht ausstehen. Seine [Shamirs] erste und ohne Zögern getroffene Entscheidung [als Premierminister] war, den sowjetischen Block für Israel zu öffnen.« Ben-Menashe fügte hinzu, daß dies in den israelischen Nachrichtendiensten sofort Wirkung gezeigt habe: »Eine Anweisung für den Mossad-Agenten in Bukarest. Informationen auszutauschen und die Fronten aufzuweichen. In den Geheimdiensten hätte niemand gewagt, dies ohne Billigung durch den Premierminister zu tun.«

Die Sowjets hätten diese Annäherungsversuche begrüßt, sagte Ben-Menashe, und hätten Israel noch im selben Jahr eingeladen, an einer Konferenz der Nachrichtendienste in Indien teilzunehmen, bei der über die pakistanischen Nuklearanlagen in Kahuta diskutiert werden sollte. Als Premierminister habe Shamir Anfang 1984 »genehmigt, Nachrichtenmaterial über amerikanische Waffensysteme mit den Sowjets auszutauschen. Plötzlich haben wir mit ihnen Informationen getauscht.« Rohes amerikanisches Nachrichtenmaterial wurde den Sowjets nicht direkt übergeben, sondern zuerst überarbeitet, um den Schaden für amerikanische Methoden und Agenten möglichst zu begrenzen. Dieser Austausch brachte sofort einen konkreten Nutzen, der über die Reduzierung der diplomatischen Spannungen und Ausreisegenehmigungen für sowjetische Emigranten nach Israel hinausging, erklärte Ben-Menashe. Ende 1984 habe ihm die polnische Regierung gestattet, als Abgesandter des Staates Israel nach Warschau zu reisen und über den Verkauf von AK-47 und SA-7 sowie anderer Waffen an den Iran Verhandlungen aufzunehmen. Ben-Menasches Bericht erschiene unglaublich, wäre er nicht später von einem anderen Israeli bestätigt worden, dessen Name ungenannt bleiben muß. Dieser Israeli erklärte, die Pollard-Dokumente seien »editiert« und einer Sekretärin diktiert worden, bevor sie den Sowjets übergeben wurden. Einige Materialien seien direkt an den Nahostspezialisten im Außenministerium, Jewgenj M. Primakow, weitergeleitet worden, der sich öffentlich und privat mit Premier-

minister Shamir getroffen hat. Shamirs Hinwendung zu den Sowjets habe mit dessen persönlichen und politischen Überzeugungen in Einklang gestanden, erklärte der Israeli. In den fünfziger und sechziger Jahren, als Shamir für den Mossad arbeitete, habe er immer wieder versucht, die Beziehungen zu seinen Gegenspielern vom KGB zu verbessern. Mitte der sechziger Jahre verließ Shamir den Nachrichtendienst und schloß sich Begin's Herut-Partei an. 1977, als Begin Premierminister wurde, wurde er Speaker der Knesset. Er arbeitete beharrlich daran, neue Verbindungen zur Sowjetunion aufzubauen, die er als Hilfsmittel politischer Balance oder als Gegengewicht zu Israels traditionellem Vertrauensverhältnis zu den USA ansah. »Shamir war immer fasziniert von Autorität und starken Regimen«, erklärte der Israeli, »und demokratischen Regierungen gegenüber sehr mißtrauisch. Die USA hält er für sehr weich, bürgerlich, materialistisch und kraftlos.« Shamir war der Ansicht, fügte der Israeli hinzu, die Weitergabe der von Pollard gelieferten Informationen an die Sowjets sei eine Möglichkeit zu zeigen, daß Israel im Nahen Osten ein viel verlässlicherer und wichtigerer Partner sein konnte als die »wankelmütigen« Araber: »Welcher Araber könnte euch solche Sachen geben?« Shamirs einseitige Entscheidung ist heute führenden Politikerkreisen in Israel bekannt, erklärte der Israeli. Rabin, der den Vereinigten Staaten sehr positiv gegenübersteht, habe buchstäblich »einen Schock« erlitten, als er davon erfahren habe; er habe jedoch nichts unternommen. Rabin, Peres und ihre politischen Berater waren sich im klaren darüber, daß Shamirs Aktion das Ende der immer brüchiger werdenden Likud-Koalition bedeuten würde, falls sie an die Öffentlichkeit dringen sollte. Ihnen sei auch klar gewesen, fügte der Israeli hinzu, daß die gesamten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Israel »gefährdet« waren. Deshalb sagte niemand etwas.« Einige Mitglieder der Mapam, der linksstehenden Arbeiterpartei, die über enge Verbindungen zum Ostblock verfügte, erfuhren von Shamirs Aktion und überlegten, ob sie diese Information der Presse zuspiesen sollten. Doch die Führer der Mapam hielten die Sache für »zu explosiv«. Shamir und seine wichtigsten Anhänger vertraten ihren Kollegen gegenüber die Ansicht, sein Ziel sei es, die langdauernde Feind-

schaft zwischen Israel und der Sowjetunion zu beenden und eine Art strategischer Kooperation einzuleiten. Shamir habe auch behauptet, erklärte der Israeli, daß er den Vereinigten Staaten keinen sehr großen Schaden zufüge, wenn er den Sowjets mitteile, daß sie sich nicht verstecken könnten - die Amerikaner könnten alles sehen und hören.

Rafi Eitan und Aviem Sella bekamen die Wirkungen des Skandals am stärksten zu spüren. Eitan erlitt allerdings keine finanziellen Verluste. Er wurde später in eine hohe administrative Position bei der Israel Chemicals Company berufen, der größten israelischen Unternehmung in Staatsbesitz. Seine überraschende Ernennung wurde von keinem Geringeren als Ariel Sharon veranlaßt, der 1984 Minister für Handel und Industrie geworden war. Sella wurde nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten zum Brigadegeneral befördert und als Kommandant in Tel Nof eingesetzt, wo die atomwaffenfähige Einheit der israelischen Luftwaffe stationiert war. Nach amerikanischen Protesten wurde Sella statt dessen Direktor der Stabsschule der israelischen Streitkräfte. Seine Aussichten, in der Luftwaffe noch höher zu steigen, waren schlecht; Sella nahm seinen Abschied. »Alle hatten beschlossen, daß Rafi die Sache auf seine Kappe nehmen müsse«, sagte ein gutinformierter amerikanischer Diplomat, »und daß sich Sharon um ihn kümmern würde.« Der Amerikaner hatte kurze Zeit nach dem Bekanntwerden eine private Untersuchung der Pollard-Affäre durchgeführt. Er sagte, die israelische Führung habe sich von Anfang an darauf verständigt, die Sache zu vertuschen, obwohl zwischen den Parteien große Differenzen bestanden hätten. »In Israel gibt es eine Doktrin der nationalen Sicherheit, der alles andere untergeordnet wird - '-Schützt unsere Regierung.' Hätte man zugelassen, daß [die Untersuchung] über Rafi hinaus geführt worden wäre, dann wäre die Regierungskoalition auseinandergebrochen. Es hätte Israel oder der Arbeiterpartei nichts gebracht, wenn die Sache publik geworden wäre.« Einmal jedoch schien es sich Rafi Eitan anders zu überlegen. Anfang 1987 erklärte er in einer israelischen Zeitung: »Alle meine Aktionen, auch die Pollard-Affäre, wurden mit dem Wissen mei-

ner Vorgesetzten durchgeführt. Ich habe keine Lust, mich opfern zu lassen, um die Mitwisserschaft und Verantwortlichkeit anderer zu vertuschen.« (Rafi machte noch am selben Tag einen Rückzieher und erklärte einem israelischen Rundfunkreporter, daß alle vor kurzem publizierten Erklärungen »nicht von mir abgegeben wurden«.)

Ein Aspekt der Pollard-Story, den niemand enthüllt wissen wollte, betraf Aviem Sella. Sella war Experte für die Beförderung von Atomwaffen in die Zielgebiete. Er sollte sicherstellen, daß die mit Nuklearwaffen ausgerüsteten israelischen F-16-Maschinen die sowjetische Luftabwehr überwinden und ihre Ziele in der Sowjetunion erreichen konnten. Früher hatte Sella als Pilot einer F-4 in Tel Nof gedient, wobei er einem der »schwarzen« - also atomwaffenfähigen - Geschwader zugeteilt gewesen war. Ariel Sharons Überlegungen zur nationalen Sicherheit Israels und zur sowjetischen Bedrohung hatten zu einer dramatischen Zunahme an atomaren Szenarios und zur Definition neuer Ziele für Kernwaffen geführt. Die Luftwaffe war auch für das moderne Raketensystem »Jericho« zuständig, deren Reichweite stetig erhöht wurde. Die neuen Raketenziele in der Sowjetunion machten eine Zunahme der Geheiminformationen erforderlich; Sellas Auftrag lautete, Pollard zu helfen, die wichtigen Informationen zu sammeln und sie dann auszuwerten. Israel brauchte das neueste amerikanische Nachrichtenmaterial über die Wetterlage und Abhörprotokolle, wie auch Daten über die Verfahrensregeln bei Notfällen und Alarmen. Außerdem war amerikanisches Wissen über die elektromagnetischen Felder im Kaukasus auf dem Weg von Israel nach Südrußland entscheidend für die Auswahl der Ziele der Jericho-Raketen. Sellas Kenntnisse und Fähigkeiten auf diesen Gebieten machten Eitan und die israelischen Geheimdienste blind für die Tatsache, daß er ein Pilot war, der keine Ahnung hatte, wie er eine verdeckte Operation durchführen sollte. Als Pollard Ende 1985 in Schwierigkeiten geriet, hatte ihm Sella nichts zu bieten - Sella wollte schleunigst aus den Vereinigten Staaten verschwinden, bevor er verhaftet und mit Fragen konfrontiert würde, die weder er noch die israelische Regierung beantworten wollten.

Jene Israelis, die Sellas Mission und ihre Hintergründe kannten, glauben auch, Jonathan Pollard habe gewußt, was er tat. »Pollard wußte es«, sagte ein Freund Sellas. »Selbstverständlich wußte er es. Wir brauchten Pollard nicht, um Fotografien vom PLO-Hauptquartier in Tunis zu bekommen.« (Der Israeli bezog sich damit auf Pollards Behauptung, sein Nachrichtenmaterial habe Israel geholfen, die Bombardierung der PLO-Büros in Tunis zu planen.)

Pollard weigerte sich sechs Monate, Sellas Namen zu verraten und mit der Staatsanwaltschaft in Washington zusammenzuarbeiten. Er wies es zurück, Auskünfte über seine Verstrickung zu geben, wie er sich ausdrückte. All das hing zusammen mit einem laufenden Gnadengesuch. Es ist nicht bekannt, ob den Anklägern in Washington zum Zeitpunkt von Pollards Gnadengesuch bewußt war, daß Sellas Mission mit Atomspionage zu tun hatte. Es ist nicht einmal klar, ob irgend jemand in der US-Regierung später davon erfahren hat. Viele Einlassungen der Regierung, darunter auch eine ausführliche Präsentation von Caspar Weinberger, wurden als streng geheim eingestuft. Die Regierung gestand ein, daß nur wenige in dieser Sache die Wahrheit sagten. Diese seltsame Situation führte dazu, daß man auf der Auslieferung Sellas an die Vereinigten Staaten bestand. Die israelische Regierung lehnte ab. Sella wurde im März 1987 in Abwesenheit vom US-District Court in Washington verurteilt. Im Juni 1990 wurde Sella als justizflüchtig erklärt. Sella hat später Freunden und Kollegen eine glaubwürdigere Version seiner Verstrickung in diese Angelegenheit gegeben, doch auch diese Variante ist noch weit von der Wahrheit entfernt. Er erklärte, daß er bei einem Aufenthalt in Israel für die Aufgabe rekrutiert worden sei, Pollard zu kontrollieren, der die israelischen Geheimdienste mit Dokumenten überhäufte. Sella wurde 1984 angesprochen; er hatte damals beinahe alle Leistungen erbracht, die für seine Promotion in Computerwissenschaften an der New York University notwendig waren. Offenbar glaubte man, Sellas technische Ausbildung wäre vorteilhaft für die Sichtung und Wertung und möglicherweise Vorauswahl des Materials, das Pollard lieferte. Sella wußte, wie er Kollegen mitteilte, daß Pollard lange

vor 1984 rekrutiert worden war - »der Topf stand schon auf dem Herd«, sagte er zu einem Freund -, aber er war dennoch scharf auf den Auftrag: Der Verbindungsmann eines so wichtigen Spions wie Pollard müßte zwangsläufig auf der Karriereleiter aufsteigen. Bevor er den Auftrag übernahm, hielt er Rücksprache mit seinem Vorgesetzten, Generalmajor Amos Lapidot, einem Luftwaffen-Stabschef. Lapidot habe ihm versichert, erzählte Sella, daß Pollard kein Betrüger sei - und daß man für Seilas Auftrag die Genehmigung von Verteidigungsminister Yitzhak Rabin vorliegen habe. Als Sella bereits mit der Aufgabe betraut war, beschwerte er sich einmal gegenüber einem Freund, daß »Pollard durchdreht«. Der Spion, sagte Sella, »gibt mir Sachen, die ich nicht wollte und die ich nicht brauche«.

Israel unternahm einen direkten Vorstoß, die Amerikaner zur Einstellung des Verfahrens gegen den jungen Oberst Sella zu bewegen. Im Juni 1986, kurz nachdem Pollard Seilas Namen verraten hatte, wählte Israel Leonard Garment als Sellas Verteidiger. Garment, ein früherer Berater Richard Nixons, war ein bekannter Anwalt in Washington und privater Rechtsberater von Männern wie dem früheren Justizminister Edwin Meese. Er war ein überzeugter Fürsprecher Israels und unter Nixon verschiedentlich mit diplomatischen Aktionen auf hoher Ebene befaßt gewesen. Garment flog Ende Juni nach Tel Aviv, um mit Sella und israelischen Repräsentanten zu sprechen. Er wollte eine wie immer geartete Gemeinsamkeit zwischen Washington und der israelischen Regierung in dieser Angelegenheit finden und sie beilegen, bevor sie in der Presse noch weiter ausgewalzt wurde. Seilas Berater in Israel waren Chaim Joseph Zadok, ein ehemaliger Justizminister und geachteter Altpolitiker der Arbeiterpartei, und andere Regierungsbeamte. Seine Rechtsbeistände schlugen vor, dem US-Justizministerium ein definitives Angebot zu unterbreiten, in dem Sellas Verwicklung - oder Nichtverwicklung - beschrieben werden sollte. In diesem Dokument behauptete Sella, er habe lediglich gesellschaftlichen Umgang mit Pollard gehabt. Als er jedoch einmal bei einem Essen von Pollard erfahren habe, daß dieser daran interessiert war, Dokumente nach Israel zu liefern, habe seine

(Sellas) Antwort ausschließlich in dem Vorschlag bestanden, Pollard solle sich »direkt an das zuständige Amt wenden«. Die israelische Position, wie sie Garment dargelegt wurde, war nicht sehr überzeugend: Die Vereinigten Staaten hätten keine Beweise gegen Oberst Sella, und es gebe nicht den geringsten Hinweis, daß er Spionage getrieben habe. Garment sprach während seines Aufenthalts in Israel mit vielen führenden Politikern und wurde sogar zu einem Essen in Shimon Peres' Haus eingeladen. Alle versicherten ihm, daß sie von der Pollard-Affäre nichts gewußt hätten. Garment führte gegen Ende seines Besuchs noch ein langes Gespräch mit Sella und dessen Bruder in Tel Aviv. Er mußte nun Zeit gewinnen. Deshalb weigerte er sich, das Angebot an das Justizministerium weiterzuleiten und erklärte, daß er noch daran arbeiten müsse. Garment kehrte nach Washington zurück und versuchte noch einmal, eine diplomatische Lösung zu finden oder ein Dokument zu entwerfen, das seinen Klienten hätte entlasten können und dennoch im Einklang mit geltendem Recht gewesen wäre. Nach langer Kommunikation in beiden Richtungen traf im August 1986 eine sechsköpfige israelische Delegation zu einer Besprechung mit Vertretern des Justiz- und des Außenministeriums in Washington ein, um die Angelegenheit zu regeln. Die Wahl der Personen deutete bereits darauf hin, daß die Notwendigkeit, Sella zu schützen, inzwischen in der israelischen Regierung hohe Priorität hatte. Entsandt wurden Chaim Zadok, der frühere Justizminister; Meir Rosenne, ein früherer Mossad-Offizier, jetzt israelischer Botschafter in Washington; Rosennes Stellvertreter Elyakim Rubinstein, einer der gewieftesten Diplomaten Israels, der später Sekretär des Kabinetts wurde; Ram Caspi, ein bekannter Rechtsanwalt der Arbeiterpartei und enger Vertrauter von Shimon Peres; Avraham Shalom, der frühere Führer des israelischen Geheimdienstes (der später von seinem Posten zurücktreten mußte, weil ihm vorgeworfen worden war, er habe die Ermordung zweier gefangener palästinensischer Flugzeugentführer durch die Shin Beth vertuscht); und Hanan Bar-on, Stellvertreter der Direktor des israelischen Außenministeriums. Caspi, Shalom und Bar-on waren von Peres unmittelbar nach Pollards Verhaftung mit einer internen Untersuchung beauftragt worden. Die

drei Männer waren innerhalb einer Woche zu dem Schluß gekommen, daß Pollard einem nachrichtendienstlichen »Betrügering« angehört habe, der ohne Kenntnis der Regierung operiert habe.

Garment lud die sechs Männer am Tag vor der Besprechung mit den Beamten des Justiz- und des Außenministeriums in sein Haus ein. Sie arbeiteten stundenlang an dem Angebot für das Justizministerium. Garment wollte erreichen, daß die Israelis nicht darauf beharrten, das ursprüngliche Dokument einzureichen. Die Unterredung dauerte bis nach Mitternacht. Garments Frau Suzanne, eine bekannte Washingtoner Kolumnistin für das *Wall Street Journal*, tippte die Entwürfe für das umstrittene Angebot auf ihrer Schreibmaschine. Garment insistierte auf seinen Einwänden, und schließlich kam (nach Aussage eines Anwesenden) die unvermeidliche Frage: »Was für ein Jude sind Sie eigentlich?« Garment reagierte wütend: »Ich bin auch amerikanischer Bürger.« Was sie wollten, würde seiner Ansicht nach seinem Klienten nichts nützen. Garment entschloß sich schließlich, ihnen mitzuteilen, was er wußte. Er las seine Notizen über das Gespräch mit Sella vor. Die Israelis hörten schweigend zu und baten dann, sie für kurze Zeit allein zu lassen. Als Garment in das Zimmer zurückkehrte, wollten sie Sellas Notizen haben. »Es sind meine Notizen«, erklärte Garment. Sie bestanden darauf, daß er sie herausgeben solle, aber Garment blieb fest. Unter diesen Voraussetzungen, sagten sie schließlich, »sind Sie entlassen«.

Nun verlor Garment die Geduld. Er erklärte den Mitgliedern der Delegation, daß sie die Notizen über Sella niemals bekommen würden und warnte sie: »Wenn mir einer von Ihnen zu nahe tritt, werfe ich ihn in den Pool.« Alle beruhigten sich wieder; später kamen sie überein, daß Garment das Mandat niederlegen solle, aber ohne Aufsehen zu erregen.

Garment wußte, wie er sich selbst schützen konnte - er hatte schließlich Nixons Amtszeit im Weißen Haus überlebt. Ihm war nicht bekannt, daß Aviem Sella ein führender Spezialist für die Auswahl von Zielen für Atomwaffen war und daß die Pollard-Affäre Geheimsachen aus diesem Bereich tangierte. Daß drei der sechs Männer, mit denen er über das Sella-Angebot verhandelt

hatte, bereits mit einer internen Untersuchung und Vertuschungsaktion des Pollard-Skandals befaßt gewesen waren, wußte er ebensowenig. Garment teilte jedoch im privaten Gespräch dem US-Staatsanwalt Joseph E. di Genova, der im Pollard-Prozeß die Anklage vertrat, und Mark M. Richard, einem der stellvertretenden Justizminister, mit, warum er das Mandat niedergelegt hatte: Er sei nicht mehr sicher gewesen, wer nun eigentlich sein Klient war - Aviem Sella oder die israelische Regierung. Die israelische Regierung nahm nun Abstand von dem Versuch, Sella zu schützen - und damit endete seine Karriere. Sella verließ schließlich desillusioniert und enttäuscht die Luftwaffe. Er lebte noch Mitte 1991 in Israel - auf der Flucht vor der amerikanischen Justiz.

## Ein israelischer Aktivposten

Im Oktober 1986 wartete Jonathan Pollard noch auf sein Urteil. Bei den US-Nachrichtendiensten waren viele der Überzeugung, daß er einen oder vielleicht sogar mehrere Komplizen in der Regierung hatte - Männer oder Frauen, die streng geheime Dokumente an Israel weitergaben. Die Jagd nach »Mr. X«, wie die Regierung Pollards angeblichen Komplizen nannte, hatte erst begonnen. Israel und die Spionage gerieten in die Schlagzeilen. Bei der Londoner *Sunday Times* hatte man guten Grund zu der Annahme, daß die Enthüllungen über Dimona vom 5. Oktober 1986, die auf Interviews mit Mordecai Vanunu basierten, für eine Sensation sorgen würden. Es war der erste Insiderbericht über die israelische Atomanlage, der auf einer öffentlich genannten Quelle basierte. Außerdem war der Verrat politisch motiviert: Vanunu und Pollard wurden nicht in erster Linie von Profitgier getrieben (obwohl beide Geld nahmen), sondern sie waren überzeugt, daß sie richtig handelten.

Die *Sunday Times* richtete ihre Aufmerksamkeit auf die Nachrichtendienste. Ein wichtiger amerikanischer Geheimdienstbeamter, der sich mit atomaren Fragen befaßte, gab zu, daß die Vanunu-Story und das 1982 erschienene Buch Pierre Peans über die frühe Beteiligung der Franzosen am Dimona-Projekt »zusammen den Beweis lieferten, der alle Fragen ausräumte. Was wir und die Abteilung Z nicht wußten, deckten sie auf.« Aber die Presse schenkte der Sache kaum Beachtung. Die Konkurrenz der *Sunday Times* in der Fleet Street und der größte Teil der Weltpresse ignorierten sie einfach. In der *Washington Post* und in der *New York Times* wurde die Geschichte in ein paar kurzen Artikeln abgehandelt, und in den großen Nachrichtenagenturen wurde ebenso verfahren.

Jerry Oplinger, ein ehemaliger Mitarbeiter im Weißen Haus, war entsetzt darüber, daß die Presse die Wichtigkeit von Vanunus Berichten nicht erkannte. »Ich konnte diese Typen nicht verstehen. Weder in der *Times*, noch in der *Post*, noch im *Wall Street Journal* stand etwas [Wesentliches] darüber. Jeder im Rüstungskontrollgeschäft war erstaunt, daß sich in der Presse nichts tat. Für mich und meine Freunde war das richtig entmutigend. Da ist eine faszinierende und erschreckende Story, und nicht einmal die Presse interessiert sich dafür.«

Peter Hounam, Chefreporter und Verfasser der Vanunu-Story, wußte, daß er die bedeutendste Story seiner Laufbahn hatte. Er war auf alles gefaßt, nur nicht auf Gleichgültigkeit. Es kamen nicht einmal Anrufe von den großen Zeitungen der Vereinigten Staaten. Vielleicht wäre es anders gekommen, wenn Mordecai Vanunu persönlich Rede und Antwort gestanden hätte. Die *Sunday Times* hatte eine PR-Kampagne vorbereitet, um auf die Story aufmerksam zu machen. Am Tag der Veröffentlichung sollte eine Pressekonferenz stattfinden (bei diesem Anlaß wollte die Zeitung verkünden, daß Vanunu sich bereit erklärt habe, ein Buch zu schreiben, und daß das westdeutsche Nachrichtenmagazin *Der Stern* die Rechte erworben habe). Doch in der Woche davor war Vanunu plötzlich verschwunden, und die *Sunday Times* konnte ihn nicht vorführen, als er am dringendsten gebraucht wurde.

Vanunu war vom israelischen Geheimdienst hereingelegt worden. Am 30. September verließ er London und begab sich nach Rom, wo er vom Mossad entführt wurde.

In der Woche zuvor, am 28. September, hatte der *Sunday Mirror*, Großbritanniens zweitgrößte Boulevardzeitung, ein Foto von Vanunu und einen feindseligen Artikel veröffentlicht. Vanunu beschloß daraufhin, den Londoner Zeitungen den Rücken zu kehren.

In dem Artikel wurden israelische Beamte zitiert, die erklärten, Vanunu sei bereits im Jahr zuvor gefeuert worden, »weil er versuchte, Dokumente zu kopieren«. Ein israelischer Presseattaché fügte hinzu: »Es gibt und es gab nie einen Wissenschaftler dieses Namens in der nuklearen Forschung Israels. Ich kann aber be-

stätigen, daß ein Mordechai Vanunu als Techniker bei der Atomenergiekommission arbeitete.« Im *Sunday Mirror* wurde sogar die Glaubwürdigkeit von Vanunus Fotos angezweifelt; ein namentlich nicht genannter Atomwaffenexperte soll erklärt haben, sie könnten auch in einer »Legebatterie« aufgenommen worden sein. Im *Mirror* wurde spekuliert, Vanunus Bericht könne »ein Schwindel [sein], oder sogar noch etwas Schlimmeres - ein Komplott, um Israel in Mißkredit zu bringen?« Der Artikel hatte eine reißerische Schlagzeile: »Ein seltsamer Fall in Israel und der nukleare Hochstapler.« Der angebliche Hochstapler in der Schlagzeile war nicht Vanunu, sondern Vanunus Agent, Oscar E. Guerrero, ein opportunistischer Journalist aus Kolumbien, der sich im Juni mit dem glücklosen Vanunu angefreundet hatte, als dieser noch in Australien im Exil war. Guerrero überzeugte Vanunu, daß seine Geschichte und die spektakulären Fotos mindestens eine Million Dollar wert seien. Nachdem Guerrero bei *Neivsiveekkein* Glück gehabt hatte, wandte er sich Ende August an die Londoner *Sunday Times*, und schon ein paar Tage später war Peter Hounam in Australien und interviewte Vanunu. Da Guerrero offenbar Angst hatte, bei Vanunus Vereinbarung mit der *Sunday Times* übergangen zu werden, verhandelte er noch mit dem *Sunday Mirror* (der für seinen Scheckbuchjournalismus berüchtigt ist), während Hounam und sein Team von der *Sunday Times* ihren Artikel bearbeiteten. Diese Verhandlungen weckten das Interesse Ari Ben-Menashes und des israelischen Geheimdienstes.

Hounam und die Redakteure der *Sunday Times* wußten nicht, daß ein Kollege aus der Fleet Street namens Nicholas Davies, der für das Ausland zuständige Redakteur des *Daily Mirror*, der Schwesterzeitung des *Sunday Mirror*, Mordecai Vanunu bei den Israelis bloßgestellt hatte. Davies' Kontaktmann war Ari Ben-Menashe. Er und Ben-Menashe waren Partner im internationalen Waffengeschäft gewesen. Ihre Firma war anfänglich unter dem Namen Ora Limited bekannt und hatte ab 1983 ihren Sitz in Davies' Haus in London gehabt. Die Firma Ora Limited, die Ben-Menashe zufolge mit Zustimmung der israelischen Regierung ge-

gründet worden war, sollte dafür sorgen, daß der Iran mit Waffen beliefert wurde - eine von vielen geheimen Operationen auf der ganzen Welt. »Davies unterstützte mich vorwiegend bei allen Waffenverkäufen an den Iran«, erklärte Ben-Menashe. Weil Ben-Menashe Persisch konnte, war er im November 1980 einer kleinen Arbeitsgruppe innerhalb des israelischen Nachrichtendienstes zugeteilt worden, die sich mit dem Iran befaßte. Der Iran war damals - wie Israel - auf der ganzen Welt geächtet und benötigte dringend Waffen für den Krieg mit dem Irak. Ben-Menashe sollte Mittel und Wege finden, das Waffenembargo zu umgehen. Zu diesem Zweck wurden Briefkastenfirmen gegründet und Leute mit weißer Weste, die als Inhaber zeichneten, angeworben. «Nick hatte einen Freund beim Mossad«, erinnerte sich Ben-Menashe. Sie trafen sich zufällig in London. Davies nahm eine Einladung nach Israel an; es dauerte nicht mehr lange, bis er ein wertvoller Mitarbeiter der Israelis wurde. Laut Ben-Menashe war Davies als Katholik aus Nordengland wie geschaffen für den Job, ein gutgekleideter Charmeur mit einem Hang zum süßen Leben.

In Ben-Menasches Akten befinden sich einige hundert Fernschreiben und andere Dokumente, die beweisen, daß die Ora Limited auf höchster Ebene aktiv am Waffenhandel mit dem Iran beteiligt war. In einem Telegramm von 1987 an Ayatollah Ali Akbar Hashemi Rafsanjani wurden die Bedingungen für den Verkauf von 4000 TOW-Raketen zum Stückpreis von 13 800 Dollar an den Iran genannt. In dem Telegramm hieß es, ein britischer Staatsbürger namens Nicholas Davies sei als Vertreter der Ora Limited »berechtigt, im Iran Verträge zu unterzeichnen ...«.

Andere Dokumente betrafen die Bemühungen der Ora Limited, 1987 in Tucson, Arizona, eine Gesellschaft für Kommunikation unter Leitung von Robert D. Watters einzurichten, der damals wissenschaftlicher Assistent in der Abteilung für Raumfahrt und Maschinenbau an der Universität Arizona war. Watters, ein Experte für Satellitenfunk, erinnerte sich an mehrere Begegnungen mit Ben-Menashe in Tucson und viele Telefongespräche mit Davies in London. -Ich hielt Nick für den Mann mit dem Geld«, sagte Watters. »Er repräsentierte die Ora.«<sup>1</sup>

Davies war unter der Telefonnummer der Ora Limited in London zu erreichen. Er gab zwar zu, Ben-Menashe zu kennen, bestritt aber jede Beteiligung an Waffenverkäufen. »Ich sage nur, suchen Sie weiter.« Ben-Menashe, erklärte er, sei nur ein Informant. »Er verfügte über erstaunliche Informationen.« Einmal, so Davies, hätten er und Ben-Menashe darüber gesprochen, gemeinsam ein Buch zu schreiben, aber der Verleger ihrer Wahl sei nicht interessiert gewesen. Jetzt erzähle Ben-Menashe aus Rache Storys über ihn. »Wenn in England irgendwelche falschen Behauptungen aufgestellt werden«, warnte Davies, »werde ich meinen Anwalt einschalten.«

Zusätzlich zu dem oben angeführten Telegramm wurden Ben-Menashes Behauptungen von Janet Fielding, einer Londoner Schauspielerin, die von 1982 bis 1985 mit Nicholas Davies verheiratet war, ausdrücklich bestätigt. Sie habe gewußt, erklärte sie, daß Davies zusammen mit Ben-Menashe Waffen verkaufte und gleichzeitig Auslandskorrespondent des *Daily Mirror* war. Schließlich, sagte sie in einem Telefoninterview, sei sie über die Aktivitäten ihres damaligen Mannes »entsetzt« gewesen. »Nick wollte mir irgendwas (über die Waffenverkäufe) erzählen, aber ich sagte, ich wolle nichts davon hören. Deswegen verließ ich ihn.« Sie kannte ihn nur als Journalist, der sich 1982 anlässlich der israelischen Invasion im Libanon kritisch zu den Massakern von Sabra und Shatilla geäußert hatte. »Aber dann ließ er sich mit Ari ein.« Sie erinnerte sich noch gut, wie sie Ben-Menashe Ende 1984 bei sich zu Hause das Mittagessen servierte: »Ich hatte mir Mühe gegeben, koschere Salami zu bekommen, aber Ari mochte sie nicht.« Auf die Frage, ob sie gewußt habe, daß Ben-Menashe ein israelischer Agent war, antwortete Janet Fielding: »Es war nicht schwer, zwei und zwei zusammenzuzählen. Meinen Sie, ich bin dumm? Ich verschloß meine Ohren und ging.« Die Ehe wurde geschieden.

Kurz nachdem sich Guerrero an den *Sunday Mirror* gewandt hatte, erfuhr Davies davon und rief umgehend Ben-Menashe in Israel an, um ihn zu warnen. »Das nächste, an das ich mich erinnere, ist, daß ich mit der Abendmaschine nach London flog«, erzählte Ben-

Menashe. »Irgendein Arschloch aus Kolumbien ging in London mit den Fotos hausieren. Nick arrangierte ein Treffen mit dem -tollen« amerikanischen Journalisten - mit mir.« Bei dem Treffen zeigte Guerrero, der die Story unbedingt nochmal verkaufen wollte, einige von Vanunus Farbfotos. Ben-Menashes Problem war, daß er einfach keine Ahnung hatte, was auf den Fotos zu sehen war, oder ob sie wichtig waren. »Ich sagte ihm, ich brauchte Abzüge.« Guerrero stutzte. »Ich sagte: >Sie wollen Geld? Dann muß ich auch sicher sein, daß sie echt sind.« Ich erklärte ihm, Nick werde für mich bürgen.« Guerrero übergab mir die Abzüge von drei Fotos. Daß Vanunu übergelaufen war, wußte die politische Führung Israels bereits seit Wochen. Laut Ben-Menashe wurde darüber diskutiert, was zu tun sei. Einige Regierungsbeamte forderten Vanunus Kopf, und der Nachrichtendienst empfahl, ihn einfach zu ignorieren. Es war nicht klar, wieviel Vanunu wußte, oder wieviel Schaden ein kleiner Techniker anrichten konnte. Shimon Peres schloß die Ermordung aus, berichtete Ben-Menashe. »Peres sagte: -Wir wollen an ihm ein Exempel statuieren.« Vanunus Fotos, die Ben-Menashe direkt nach Israel geschickt hatte - er hatte den strikten Auftrag, der israelischen Botschaft fernzubleiben - lösten ein Chaos aus. Am nächsten Morgen erfuhr Ben-Menashe, daß sie echt waren. Peres wollte die Krise selbst meistern. Ein paar Tage später erfuhr Ben-Menashe einen der Gründe: Man befürchtete, Vanunu könne wissen, daß Israel entlang den Golanhöhen nukleare Landminen ausgelegt hatte — und daß er darüber sprechen werde. Die Landminen waren Anfang der achtziger Jahre gelegt worden; damals hatte Vanunu noch in Dimona gearbeitet.

Nach dieser Neuigkeit wurden in Israel die Bemühungen verstärkt, weiter Desinformation zu betreiben. »Jede denkbare Story sollte gestoppt werden«, erklärte Ben-Menashe. »Und es sollte die Nachricht verbreitet werden, daß alles Quatsch sei.« Davies trug beim *Sunday Mirror* seinen Teil dazu bei; er arbeitete direkt mit Robert Maxwell zusammen, dem Verleger einer Reihe von englischen Boulevardzeitungen wie dem *Daily Mirror* und dem *Sunday Mirror*. »Davies lieferte den Rahmen für die am 28. Septem-

her veröffentlichte Vanunu-Story«, erinnerte sich Ben-Menashe, und danach »ging sie an Maxwell. Er verhandelte direkt mit Maxwell.« Davies habe ihn, Ben-Menashe, einmal sogar mit Maxwell in seinem Büro im neunten Stockwerk zusammengebracht. Bei dieser kurzen Unterredung habe Maxwell klargestellt, daß ihm bewußt sei, was bezüglich der Vanunu-Story unternommen werden müsse. »Ich weiß, was geschehen muß«, habe Maxwell zu Ben-Menashe gesagt, »und ich habe bereits mit Ihren Vorgesetzten gesprochen.«

Maxwell, ein Pressebaron wie Rupert Murdoch und sein größter Konkurrent, war dafür bekannt, daß er engen Kontakt zur israelischen Führung hatte. Er wurde später Mitinhaber der israelischen Tageszeitung *Maariv* und war für kurze Zeit Eigentümer der Cytex Corporation, einer Lieferfirma für High-Tech-Druckmaschinen mit Sitz in Israel. Zu den leitenden Angestellten gehörte Yair Shamir, ein ehemaliger Oberst der Luftwaffe und Sohn Ytzhak Shamirs.

Das Reporter- und Redaktionsteam des *Sunday Mirror* hatte keinen Kontakt zu Nicholas Davies; diese Journalisten kannten ihn nur als Redakteur der Zeitschrift *Daily Mirror*. Die Reporter wußten jedoch, daß Inhalt und Stil der Story, die unter ihren Namen veröffentlicht wurde, von Chefredakteur Michael Malloy diktiert worden waren. In Tony Frosts Team gab es heftige Debatten, weil die Reporter ausdrücklich betonten, daß die wahre Story nicht von Guerrero und seinen Eskapaden handeln sollte, wie Maxwell und Malloy es wollten, sondern von Vanunus Fotos. Was immer Guerrero für Probleme hatte, Vanunus Fotos konnten immerhin handfeste Beweise liefern - und dann war das eine Wahnsinnsstory. Die Reporter schlugen vor, die Bilder in großer Aufmachung auf der Titelseite zu bringen und in dem Begleitartikel die Frage nach ihrer Echtheit aufzuwerfen. Aber Malloy wollte keine Fotos veröffentlichen und bestand darauf, Vanunu und die *Sunday Times* zu verunglimpfen. Der kritische Moment nahte am Donnerstag vor der Veröffentlichung. Frost und ein Kollege namens Mark Souster erhielten von Malloy den Auftrag, Vanunus Fotos und die übrigen Unterlagen in die israelische Botschaft zu bringen. John C. Parker, da-

mals Malloys erster Stellvertreter, wußte, daß Maxwell selbst die Anweisung gegeben hatte. Parker und seine Kollegen befürchteten, es könne für Vanunu Folgen haben, wenn er zur Botschaft gehe. Ihm würde Ermordung oder Verhaftung drohen. »Das ist ein Privileg des Redakteurs«, erklärte Malloy. Die Mitarbeiter der Zeitung taten, was er wollte.

Frost wußte, daß er und seine Kollegen nicht gerade eine Sternstunde des Journalismus miterlebt hatten. »Ich hoffte, daß eines Tages die Wahrheit über die Vanunu-Story ans Licht kommen würde«, sagte er. Peter J. Miller, der leitende Redakteur für Politik beim *Sunday Mirror*, wurde 1990 von Maxwell gefeuert. (Frost wurde aufgrund der Auseinandersetzung ebenfalls entlassen.) Miller meinte wütend, die Wahrheit sei völlig verdreht worden, weil von oben Druck gemacht worden sei. »Der Standpunkt, den wir laut Anweisung zu vertreten hatten«, erklärte Miller, »kostete den *Sunday Mirror* einen einmaligen Exklusivbericht.«<sup>2</sup>

Parker, der 1988 den *Sunday Mirror* verließ, um sein Buch »King of Fouls« zu veröffentlichen, eine Bestseller-Biographie über den Herzog von Windsor, war ebenfalls erbost über die Behandlung der Story. »Der *Sunday Mirror* hatte damals die heißeste Story der Welt an der Angel, aber wegen des Standpunkts, den er vertrat, wurde nichts daraus. Es war ein klassisches Beispiel [israelischer] Desinformation.«

Malloy verlor 1988 seinen Job als Redakteur beim *Sunday Mirror*. Er gab zu, daß er mit Maxwell über die Handhabung der Vanunu-Story gesprochen hatte, erklärte aber gleichzeitig, daß »daran nichts unheimlich oder merkwürdig war. Ich erzählte Bob davon wegen seiner Beziehungen zu Israel. Er hat dort einflußreiche Freunde und enge Kontakte.« Auf die Beschwerden Parkers, Millers und Frosts angesprochen, meinte Malloy, er selbst habe die Bedeutung der Fotos falsch beurteilt. »Mein Instinkt für den Wert von Nachrichten war schlecht entwickelt«, erklärte Malloy. Er arbeitet heute als freier Journalist und Romanschriftsteller. »Ich hielt es für ein abgekartetes Spiel.« Laut Malloy beauftragte Maxwell die Mitarbeiter, die Fotos zur israelischen Botschaft zu bringen. »Ich glaube, er [Maxwell] sagte: -Sollen die Israelis doch

einen Blick darauf werfen«, und so wurde es gemacht. Immerhin haben wir das Material nicht einem unbekanntem Feind übergeben.«

Malloy fügte hinzu, er könne auch nicht leugnen, daß er sich auf Maxwell berufen habe, als er Miller, Parker und Frost erklärte, wie sie mit der Story umzugehen hätten. Obwohl sich Malloy nicht mehr erinnern konnte, wie es speziell im Vanunu-Fall gehandhabt wurde, sagte er, Maxwell habe »generell im voraus einen Entwurf [der Artikel] bekommen«. Es sei auch durchaus möglich, daß Maxwell ihn nicht vollständig über seine Kontakte zu den Israelis oder zu anderen in der *Mirror-Gruppe*, wie Nicholas Davies, informiert habe.<sup>3</sup> »Maxwell war während des Krieges beim Nachrichtendienst«, erklärte Malloy. »Er kann sehr hinterhältig sein. Wenn er also tatsächlich mehr wußte als ich, dann ist es gut möglich, daß er es mir nicht erzählen wollte.«

Die Interventionen in der Redaktion des *Sunday Mirror* waren erfolgreich. Doch auch die *Sunday Times* befaßte sich noch immer mit der Vanunu-Story - und der israelische Geheimdienst hatte in der höchsten Etage der *Times* keinen Einfluß. »Diese Typen gehörten nicht zu uns«, meinte Ben-Menashe. »Sie wollten die wahre Geschichte.« Als nächstes mußte man Vanunu finden, der sich noch immer in London versteckte, und ihn irgendwie aus England herausschaffen. »Wir wußten nicht, in welchem Hotel er wohnte«, fügte Ben-Menashe hinzu. »Wir baten Nick, sich umzuhören und herauszufinden, wo zum Teufel er steckte. Nick tat es, und schließlich fanden wir ihn.« Ein paar Tage später wurde der einsame Vanunu, der nichts von den Landminen wußte, von Cindy Hanin Bentov, einer Agentin des Mossad, in eine Falle gelockt und nach Rom gebracht.

An diesem Punkt war Ben-Menashes Arbeit beendet, aber er hielt seine Geschäftsverbindungen mit Davies noch bis zu seiner Verhaftung 1989 in New York aufrecht. Anfangs, so Ben-Menashe, habe er versucht, Davies' Rolle bei den laufenden Waffenverkäufen geheimzuhalten, wie es jeder gute Agent getan hätte, aber, nachdem Davies keine Anstalten gemacht habe, ihm zu Hilfe zu kommen, habe er beschlossen zu reden. Mit Hilfe eines New Yor-

ker Anwalts erreichte Davies, daß er in Ben-Menashes Prozeß nicht unter Eid aussagen mußte. Hätte Davies ausgesagt, hätte er den amerikanischen Anklägern den Beweis liefern können, daß die Verkäufe der C-130 an den Iran mit Billigung der israelischen Regierung getätigt worden waren.

## Epilog

Aus der Sicht des Weißen Hauses hätte der erste Tag des Krieges am Persischen Golf nicht besser verlaufen können. Präsident George Bush konnte zufrieden sein. Amerika - und die ganze Welt - konnte am Bildschirm verfolgen, wie amerikanische Marschflugkörper und Flugzeuge der Air Force und Marine ihre Ziele im Geschäftsviertel von Bagdad und an anderen Orten im Irak präzise anfliegen und zerstörten. Aber bereits am zweiten Tag verflüchtigte sich die Euphorie. Die irakische Armee löste Saddam Husseins Versprechen ein. Von Abschußrampen, die angeblich schon in den ersten Stunden des Krieges zerstört worden waren, wurden acht SCUD-Raketen auf Israel abgefeuert. Zwei SCUDs schlugen in Tel Aviv ein und eine weitere in der Nähe von Haifa. Die Welt hörte mit Grauen die ersten Meldungen: Angeblich sollten Sprengköpfe der SCUD-Raketen Nervengas enthalten. Verängstigte Israelis trugen Gasmasken und warteten in speziell abgedichteten Räumen auf die nächsten irakischen Bombenangriffe.

Ein hoher Beamter des amerikanischen Verteidigungsministeriums flog nach Israel und sicherte der dortigen Regierung weitere Unterstützung zu. Ein Eingreifen Israels in den Golfkrieg schien jedoch unvermeidbar, wenn die israelische Luftwaffe und speziell ausgebildete Kommandoeinheiten die Raketenbasen der SCUDs im Westen des Irak angriffen.

Die Spannungen wurden außerdem dadurch verschärft, daß sich die amerikanischen Geheimdienste mit ihren Prognosen verrechnet hatten, daß der Irak nur über eine sehr geringe Anzahl von Sprengköpfen und Abschußrampen verfügte - vor dem Krieg lagen die Schätzungen bei weniger als zwanzig. Man war davon ausgegangen, daß der Irak seine SCUD-Raketen nur von festen Ab-

schußbasen oder von mobilen Abschlußrampen abfeuern konnte. Niemand hatte jedoch vorausgesehen, daß Saddam Husseins Truppen erst kürzlich erworbene Pritschenwagen in provisorische Abschlußrampen umfunktionieren würden. Der amerikanische Befehlshaber General Norman Schwarzkopf gab schließlich zu, daß der Irak über mindestens fünfzehn SCUD-Batterien verfügte, die jeweils mit fünfzehn Raketen bestückt waren: insgesamt also 225 Raketen.

In den ersten Stunden des Golfkrieges spielte noch ein anderer Umstand eine Rolle, von dem die Öffentlichkeit nichts wußte. Er wurde von einem amerikanischen Satelliten gemeldet, der in sechsundneunzig Minuten die Erde umkreiste. Der Satellit registrierte, daß Shamir auf den Beschuß mit SCUD-Raketen mit der Aufstellung mobiler Atomwaffen auf Abschlußrampen reagiert hatte, die auf den Irak gerichtet und feuerbereit waren. Der amerikanische Nachrichtendienst entdeckte weitere Anzeichen dafür, daß sich Israel in Alarmbereitschaft befand und dieser Zustand wochenlang aufrechterhalten wurde. Keiner in der Regierung Bush wußte, was Israel tun würde, wenn eine mit Nervengas bestückte SCUD-Rakete - wie in den ersten Fernsehberichten fälschlicherweise gemeldet wurde - ein Wohnviertel getroffen und Tausende von Menschen getötet hätte. Außer Geld und weiteren Batterien mit Patriot-Raketen konnte George Bush Shamir nur die Garantie bieten, daß die irakischen SCUD-Abschlußrampen zu einem vorrangigen Angriffsziel des Luftkriegs erklärt wurden. Solche Garantien bedeuteten allerdings nicht viel; schließlich hatte Israel die Bombe gebaut, um nie wieder auf den guten Willen anderer angewiesen sein zu müssen, wenn das Leben von Juden bedroht war. Seit Treblinka und Auschwitz war kein Jude mehr durch Giftgas umgekommen.

Die Eskalation blieb aus, da die konventionell bestückten SCUD-Raketen - erstaunlicherweise - nur wenige Opfer forderten und die Regierung Bush den Israelis Militär- und Finanzhilfe zusicherte. Die Zurückhaltung der Regierung des Premierministers Ytzhak Shamir wurde weltweit begrüßt. Die Krise wurde gemeistert, und noch Monate später versicherten

amerikanische Beamte immer wieder, sie hätten die Dinge fest im Griff gehabt. Sie erklärten den Reportern, Israel habe die ungeheuren Konsequenzen eines Atomschlags erkannt und hätte seine Raketen niemals auf Bagdad abgefeuert. Tatsache ist, daß niemand in Amerika - nicht einmal der Präsident - Shamir und seine Berater davon hätte abbringen können, militärische Maßnahmen anzuordnen, die sie zum Schutz ihres Landes für notwendig erachteten. Diese Souveränität ist weder neu noch ungewöhnlich, ganz im Gegensatz zu der Tatsache, daß einer der wichtigsten Verbündeten der USA - ein Verbündeter im Belagerungszustand, der von Feinden umgeben ist, die ständig mit Krieg drohen - heimlich ein beachtliches Atomwaffenarsenal aufbauen konnte, während Washington einfach schwieg und die Augen geschlossen hielt.

Wie hier gezeigt wurde, war die amerikanische Regierung im Hinblick auf das israelische Arsenal nicht einfach nachlässig, sondern sie ignorierte bewußt die Realität.

Mitte der achtziger Jahre hatten die Techniker in Dimona bereits Hunderte von Neutronensprengköpfen mit geringer Sprengkraft hergestellt. Mit diesen Waffen konnten große Massen feindlicher Soldaten getötet werden, und an Gebäuden würden nur minimale Schäden entstehen. Die Größe und technische Qualität des israelischen atomaren Arsenal erlaubt Männern wie Ariel Sharon, von neuen Grenzziehungen im Nahen Osten zu träumen. Israel hat auch nukleare Technologie exportiert und mit anderen Ländern, wie Südafrika, in der Atomwaffenforschung zusammengearbeitet.

Im September 1988 schoß Israel seinen ersten Satelliten ins All; damit war es den Interkontinentalraketen und der Satellitenüberwachung einen großen Schritt näher gerückt. Nun war kein Jonathan Pollard mehr nötig, um Amerikas Geheimnisse zu stehlen. Wissenschaftler in der Abteilung Z kamen zu dem Schluß, daß das Antriebsaggregat der Rakete, die den israelischen Satelliten auf seine Umlaufbahn gebracht hatte, genügend Schubkraft besaß, um einen kleinen Atomsprengkopf zu einem mehr als 9000 Kilometer entfernten Ziel zu befördern. Israelische Physiker sind in der Waffentechnik immer noch führend, und wie ihre amerika-

nischen und sowjetischen Kollegen betreiben sie intensive Forschungen auf dem Gebiet der mit dem Licht einer atomaren Kettenreaktion betriebenen Röntgenlaser, der Hydrodynamik und des gezielten Einsatzes von Strahlung auf größere Distanz - die nächste Waffengeneration wird entwickelt.

Weder in der israelischen Öffentlichkeit noch in der Knesset wurde jemals über diese Dinge gesprochen. Mittlerweile haben israelische Strategen eingesehen, daß nukleare Artilleriegeschosse und Landminen auf dem Schlachtfeld unbedingt notwendig sind: ein weiteres Mittel zum gleichen Zweck. Hauptziele des Atomwaffenarsenals Israels waren und bleiben seine arabischen Nachbarn. Sollte es im Nahen Osten noch einmal zum Krieg kommen, sollten Syrer und Ägypter - wie 1973 geschehen - durchbrechen oder sollte irgendein arabischer Staat Raketen auf Israel abfeuern, wie der Irak es tat, wäre eine nukleare Eskalation, die früher noch undenkbar war und nur als letzter Ausweg galt, höchst wahrscheinlich. Nie wieder. Die Samson-Option ist längst nicht mehr die einzige nukleare Option Israels.

## Danksagung

Kein Autor hätte einen intelligenteren, engagierteren oder sorgfältigeren Forschungsassistenten und Kollegen haben können als Max Friedman von National Public Radio, einen Absolventen des Oberlin College. Er arbeitete drei Jahre lang eng mit mir zusammen und ist ein ausgezeichnete Journalist. Benjamin Frankel, Politologe und Experte für Staatssicherheit, beschaffte mir eine ungeheure Materialfülle über israelische Politik, Geschichte und Gesellschaft.

Thomas W. Graham von der University of California in San Diego stellte mir seine Kenntnisse über die amerikanischen Bemühungen gegen die Proliferation zur Verfügung. Er gehört zu den führenden Experten dieser Materie.

Thomas B. Cochran und Robert S. Norris hielten mir freundlicherweise ein paar persönliche, aber professionelle Vorlesungen über Technologien und Bauweise von verschiedenen Atomwaffentypen. Cochran ist Naturwissenschaftler, und Norris bekleidet einen gehobenen Posten beim Natural Resources Defense Council in Washington.

Mein langjähriger Herausgeber und Freund Robert Loomis von Random House betreute die gesamte Entwicklung dieses Buches. Seine Hilfe war ganz entscheidend. Esther Newberg, meine Agentin, wußte, wann sie mich antreiben und wann aufmuntern mußte. Es ist ein Vergnügen, von einem so integren und intelligenten Menschen vertreten zu werden. Ferner gilt mein Dank Heather Shroeder, die mithilfe ausländische Verlage für dieses Buch zu finden. Dank auch an Miriam Borgenicht Klein.

Seymour M. Hersh  
August 1991  
Washington, D.C.

# Quellennachweise und Anmerkungen

## Einleitung

### Bibliographische Hinweise

Nur wenige Bücher sind speziell zur israelischen Atombewaffnung geschrieben worden. Das erste und politisch klügste ist *Israel and Nuclear Weapons* von Fuad Jabber (veröffentlicht 1971 von Chatto & Windus, London, für The International Institute for Strategic Studies). Siehe auch *Israels Nuclear Arsenal* von Peter Pry (Westview Press, Boulder, Colorado, 1984); *Israeli Nuclear Deterrence* von Shai Feldman (Columbia University Press, New York, 1982) und *Dimona, The Third Temple?* von Mark Gaffney (Amanda Books, 1989). Das beste Nachschlagewerk zum Stand der weltweiten Verbreitung von Atomwaffen wurde von Leonard S. Spector vom Carnegie Endowment in Washington zusammengestellt und geschrieben. Dieses Werk wird regelmäßig aktualisiert. Das neueste (von Spector und Jacqueline R. Smith) heißt *Nuclear Ambition: The Spread of Nuclear Weapons, 1989-1990* (Westview Press, Boulder, Colorado, 1990). Zur aktuellen Position der Israelis in der Debatte um Kernwaffen siehe: -Opaque Nuclear Proliferation-, Amer Cohen und Benjamin Frankel, in: *Journal of Strategic Studies*, Vol. 13, Nr. 3, September 1990, S. 14 f.

## Kapitel 1

### Bibliographische Hinweise

Eine umfassende Beschreibung der Satellitensysteme Amerikas und des KH-11 findet sich in *American Espionage and the Soviet Target* von Jeffrey Richelson (William Morrow and Company, New York, 1987). Der erste journalistische Bericht über die KK-MOUNTAIN-Aktivitäten der CIA findet sich in *Dangerous Liaison* von Andrew und Leslie Cockburn (Harper Collins, New York, 1991). Siehe Kapitel Fünf: Dirty Work on the Mountain. Eine hervorragende Erörterung der Schwierigkeiten Präsident Carters mit der Arbeit der CIA im Iran findet sich in *All Fall Down* von Gary Sick (Penguin Books, New York, 1985). Über den Spionageskandal um Geoffrey Prime in Großbritannien gab es viele Zeitungs- und Zeitschriftenartikel; siehe zum Beispiel "The Treason of Geoffrey Prime«, *The Econo-*

*mist* vom 13. November 1982, S. 63. William Kampiles" Nöte wurden ähnlich umfassend festgehalten. Richard Allen wurde für dieses Buch zum ersten Mal am 19. Mai 1989 interviewt. Eine gute Darstellung der internen israelischen Fehden über die Bombardierung des irakischen Reaktors in Osirak findet sich in *Israel's Secret Wars* von Ian Black und Benny Morris (Grove Weidenfeld, New York, 1991) ab S. 332. Der Überfall selbst ist oft beschrieben worden; siehe zum Beispiel *Tivo Minutes Over Baghdad* von Amos Perlmutter, Michael Handel und Uri Bar-Joseph (Corgi Books, London, 1982). Ferner siehe *Tamus in Flames* (auf hebräisch) von Shlomo Nakdimon (Hebrew; Tel Aviv: Yediot Ahronot/Eidanim, 1986). Menachem Begins Reaktion auf den Überfall kann in der israelischen Presse vom Juni 1982 nachgelesen werden; siehe -Begin: Secret atom bunker also was destroyed in raid«, *Jerusalem Post* vom 12. Juni 1981, S. 1. Die erwähnte Studie des amerikanischen Außenministeriums über Mosambik heißt •Summary of Mozambican Refugee Accounts of Principally Conflict-Related Experience in Mozambique- und wurde dem Außenministerium im April 1988 von Robert Gersony vorgelegt, einem Berater des Bureau for Refugee Programs. William Bader wurde am 3. Juni 1991 in Washington interviewt.

## Anmerkungen

- 1 Der KH-11 repräsentierte damals den wichtigsten Fortschritt der Satellitenauflösung. Das entscheidende Element des zwanzig Meter langen Satelliten war ein abwärts gerichteter Spiegel vor der seitlich (wie ein Periskop) drehbaren Kamera, mit dessen Hilfe der Satellit auf seiner Umlaufbahn ein und dieselbe Stelle auf der Erde längere Zeit und aus wechselnden Blickwinkeln fixieren konnte. Seine stereoskopischen Bilder waren von ungewöhnlicher Qualität und konnten mittels eines Computers sogar noch verbessert werden.
- 2 Die CIA verfaßte zum Beispiel im August 1977 für den Präsidenten eine sechzig Seiten starke Studie mit dem Titel -Der Iran in den achtziger Jahren-, die von der Annahme ausging, der Schah werde -noch weit bis in die achtziger Jahre hinein eine aktive Rolle im Iran spielen«. Fünf Monate später brachte Präsident Carter bei einem Neujahrs-Staatsbankett in Teheran öffentlich einen Toast auf den Iran aus und nannte ihn "die Insel der Stabilität in einer unruhigen Ecke der Welt-. Diese Äußerung war ihm später sehr peinlich.
- 3 Amerikanische Beamte erklärten, den Briten sei der unbeschränkte Zugang teilweise aus Sorge um ein größeres Leck im britischen nachrichtendienstlichen Hauptquartier GCHQ (Government Communications Headquarters) verweigert worden. Amerikanische Agenten hatten gegen Ende von Carters Amtszeit herausgefunden, daß die Sowjets über Existenz und Funktionsweise des KH-11-Systems informiert waren. Der Verdacht lag nahe, daß ein russischer Agent in einer höheren Position beim britischen Geheimdienst riesige Mengen technischer Informationen nach Moskau weiterleitete. Im Herbst 1982 wurde ein früherer hochgestellter Mitarbeiter des GCHQ namens Geoffrey Prime aus Cheltenham wegen eines Sittlichkeitsdelikts festgenommen und gestand später, daß er für die Sowjets spionierte hatte. Prime wurde zu fünfunddreißig Jahren Haft verurteilt. Die britischen Behörden gaben be-

kannt, er habe zu -Dingen der obersten Geheimhaltungsstufe" Zugang gehabt. In englischen Zeitungen war zu lesen, hohe britische Beamte hätten schon zwei Jahre vor Primes Verhaftung von seinem Verrat gewußt, hätten aber ihre amerikanischen Partner nicht davon unterrichtet. Der Vorfall führte zwangsläufig zu Spannungen zwischen den Geheimdiensten der beiden Verbündeten. »Wir waren den Briten gegenüber aus einem ganz bestimmten Grund zurückhaltend-, sagte ein Amerikaner. -Wir wußten, daß sie da ein echtes Problem hatten, und wir haben uns sehr genau überlegt, was wir ihnen gaben.- Die überhebliche Haltung der Amerikaner erwies sich allerdings bald als höchst unbegründet: 1978 wurde ein kleinerer CIA-Angestellter namens William Kampiles zu vierzig Jahren Haft verurteilt, weil er den Sowjets ein streng geheimes technisches KH-11-Handbuch verkauft hatte. Kampiles bekam 3000 Dollar für das Handbuch, das keine vom Satelliten geschossenen Fotos enthielt; deshalb erfuhren die Sowjets wahrscheinlich auch nicht, wie gut die optischen Instrumente tatsächlich waren. Im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Kampiles wurden einige peinliche Fragen zur Sicherheitslage in den CIA-Hauptquartieren laut. Dort fehlten mindestens sechzehn weitere KH-11-Handbücher, und es gab Hinweise darauf, daß Kampiles und andere Mitarbeiter - falls sie das gewünscht haben sollten - die Anlage ohne Sicherheitsüberprüfung verlassen konnten.

- 4 Wenige Augenblicke später, ergänzte Allen, habe ihn Außenminister Alexander Haig angerufen, der seit dem Amtsantritt Reagans mit allen höheren Beamten um Einfluß in der Regierung konkurrierte. Haig habe aufgeregt gefragt, wo der Präsident sei. Der Hubschrauber hatte inzwischen abgehoben. •Dick, ich muß sofort mit ihm sprechen.« Allen fragte, weswegen. »Ich muß einfach mit ihm sprechen.- Ist es wegen des Reaktors?« Haig bejahte. Allen sagte ihm, er komme zu spät, er selbst habe Reagan schon informiert. -Was?- rief Haig. -Wie hast du davon erfahren?« Allen lachte bei der Erinnerung an dieses Telefonat. Haig habe nicht wissen können, wie Allen von der Bombardierung erfahren hatte, habe sich aber ohnehin vergeblich bemüht, den Präsidenten schnellstmöglich zu erreichen. -Auf diese Art konnte man bei Ronald Reagan sowieso keine Fleißkärtchen einheimsen. Er vergaß später grundsätzlich, wer ihn als erster informiert hatte.-
- 5 Dieser Punkt wurde auch in amerikanischen Geheimdienstkreisen heftig diskutiert. Experten für die Verhinderung der Proliferation hatten - wie einer der beteiligten Beamten es formulierte - keine -vollständigen Informationen über die Kapazitäten des Irak. Nach dem Überfall der Israelis waren die amerikanischen Experten der Meinung, Israel habe nur eines von zwei Zielen bombardiert: Der Reaktor war nach Plan zerstört, aber die nahegelegene Wiederaufbereitungsanlage zur Produktion von Plutonium aus abgebrannten Reaktorbrennstäben war intakt geblieben.
- 6 Viele israelische Militärs hielten die Bedrohung für geringer, wenn der Irak viele hundert Millionen Dollar in einen Reaktor steckte, anstatt weitere Panzer, Flugzeuge und andere konventionelle Waffen zu kaufen.
- 7 Einige Analytiker im amerikanischen Geheimdienst bemerkten sofort, daß Begin einen Fehler gemacht hatte, aber ihre Berichte wurden als streng geheim eingestuft und drangen nie an die Öffentlichkeit.
- 8 Casey hatte wenige Monate zuvor seine erste Reise als CIA-Direktor nach Israel unternommen und (laut israelischen Angaben) ein ehrgeiziges Pro-

gramm gemeinsamer Geheimoperationen zum Kampf gegen den Kommunismus in Gang gebracht. Es ging um Operationen, die, wie Casey glaubte, in der Amtszeit Carters fast eingestellt worden waren. Die Spionageaktivitäten in der Sowjetunion, die Unterstützung für die antikommunistische Gewerkschaftsbewegung in Polen und die wirtschaftliche und militärische Hilfe für Jonas Savimbis Widerstandsbewegung UNITA in Angola sollten wieder aufgenommen werden (letzteres verstieß gegen ein vom Kongreß ausgesprochenes Verbot). Casey bestand auf der israelischen Zusage - die er offenbar auch bekam -, bei einer Operation zu helfen, die sich Anfang der achtziger Jahre bei ihm fast zu einer Obsession entwickeln sollte: der verdeckten Unterstützung für die antikommunistische Revolte der Renamo in Mosambik. (Eine Studie des amerikanischen Außenministeriums aus dem Jahr 1988 kam zu dem Ergebnis, daß die Renamo über 100 000 Zivilisten ermordet hatte. Nach Schätzungen wurde eine Million Menschen vertrieben.) Trotz seines erfolgreichen Besuchs war es peinlich und verletzend für Casey, daß seine neuen israelischen Kollegen es dann nicht für nötig hielten, ihn vor dem Angriff auf Osirak zu informieren. Der CIA war es also nicht gelungen, die erste schwerwiegende außenpolitische Krise im ersten halben Jahr der Regierung Reagan vorausszusehen.

- 9 Zur weiteren Verunsicherung trug gewiß auch bei, daß Präsident Carter kurz nach seinem Amtsantritt als Sicherheitsmaßnahme den Personenkreis beschränkte, der über die Geheimcodes des Regierungsapparates verfügen durfte. Das führte in Geheimdienstkreisen zu enormen Komplikationen, da viele Mitarbeiter nun nicht an die Informationen - zum Beispiel die KH-11-Bilder - kamen, die sie für ihre Arbeit benötigten.

## Kapitel 2

### Bibliographische Hinweise

Es ist nicht verwunderlich, daß über Ernst Bergmann wenig geschrieben wurde. In *Chaim Weizman: A Biography by Several Hands* wird er in einem Kapitel von R. H. S. Crossman mit dem Titel »The Prisoner of Rehovot« auf S. 333 erwähnt (Atheneum, New York, 1963). Siehe auch *From These Men* von Shimon Peres (Wyndham Books, New York, 1979), S. 185-201. Ein ausgezeichnete Zeitschriftenbericht über Bergmanns Laufbahn wurde im März 1991 im wöchentlich erscheinenden *Tel Aviv Magazine* von Yediot Ahronot, Israels größter Zeitung, veröffentlicht: »Who Forgot the Father of the Israeli Atom, and Why?« von Roni Hadar. Der Artikel deutet wegen der israelischen Zensur Bergmanns wichtige Rolle nur an. Die beste Biographie Ben Gurions in englischer Sprache ist *Ben-Gurion* von Michael Bar-Zohar (Adama Books, New York, 1977). Bar-Zohar wird in den ersten Kapiteln des vorliegenden Buches häufig zitiert. *Personal Diary*, die hebräischen Tagebücher von Moshe Sharett (Tel Aviv, Maariv, 1980), wurden nur teilweise ins Englische übersetzt. Im Original sind es acht Bände. Einzelheiten über die ersten Verlautbarungen der israelischen Atomenergiekommission finden sich in Jabber und Fry. Bergmanns Rede von 1954 kann im *Daily*

*Report of the Foreign Broadcast Information Service* für Dienstag, den 23. November 1954, Nr. 227, nachgelesen werden. Weitere Einzelheiten über die Anfänge des israelischen nuklearen Forschungsprogramms lieferte Abba Eban, Botschafter bei den Vereinten Nationen, in einer Rede am 15. November 1954; siehe S. 335 der offiziellen Protokolle der Generalversammlung, Neunte Sitzung. Ben Gurions Bemerkung, Israel sei ein "kleiner Fleck-", wurde in »The Hidden Debate- von Uri Bar-Joseph zitiert, *Journal of Strategie Studies*, Juni 1982, S. 212. Dies ist einer von vielen ausgezeichneten und fundierten Artikeln über die Sueskrise; siehe auch -Israel's Relations with the Arabs- von Avi Shlaim, *The Middle East Journal*, Frühjahr 1983, ab S. 180. Schlomo Aronson, ein israelischer Politologe, hat die israelische Außenpolitik hinsichtlich des israelischen Atompotentials analysiert: Siehe *Conflict and Bargaining in the Middle East* (Johns Hopkins University Press, Baltimore, 1978). Der Tod von Aharon Katzir (Katchalsky) wurde in der *Jerusalem Post* vom 1. Juni 1972 gemeldet: -Leading Scientist Killed-, S. 3. Bergmanns Bemerkung über die zwei Atomenergien findet sich in -Israelis Honor Atom Scientist« von James Feron in der *New York Times* vom 14. Mai 1966. Herman Mark wurde am 14. Dezember 1990 in Austin, Texas, interviewt, und anschließend noch mehrere Male telefonisch. Abe Feinberg wurde zum ersten Mal am 20. April 1989 in New York interviewt und anschließend noch wiederholt persönlich und telefonisch. Das erwähnte Bergmann-Interview von 1969 wurde teilweise in *A Tacit Alliance* veröffentlicht, einer exzellenten Doktorarbeit über die militärischen Verknüpfungen zwischen Frankreich und Israel von Sylvia K. Crosbie (Princeton University Press, Princeton, New Jersey, 1974). Bertrand Goldschmidt wurde am 24. November 1990 in Paris interviewt. Weitere Details finden sich in seiner Schrift *Atomic Rivals* (Rutgers University Press, New Brunswick, New Jersey, 1990) und seiner Geschichte der Kernenergie, *The Atomic Complex* (American Nuclear Society, La Grange Park, Illinois, 1980).

## Anmerkungen

- 1 Israels Position im Koreakrieg erzürnte Moskau und führte zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. In den nächsten dreißig Jahren geißelte die Sowjetunion den Staat Israel, den sie 1948 als erstes Land anerkannt hatte, wegen seiner -rassistischen und diskriminierenden- Behandlung der Palästinenser und seiner Verbindungen zum amerikanischen -Imperialismus-.
- 2 Herman Mark war 95 Jahre alt, als er 1990 im Haus seines Sohnes in Austin (Texas) interviewt wurde. Hans Mark, damals Rektor der Universität von Texas, war die Welt der Kernwaffen und der militärischen Aufklärung ebenfalls vertraut. Als hoher Beamter der Luftwaffe trug er den sogenannten 'Schwarzen Hut': Er war Leiter des Exekutivkomitees (Ex-Com) des National Reconnaissance Office (NRO), einer streng geheimen Einheit, die für die Entwicklung, Beschaffung und Zielauswahl der amerikanischen Aufklärungssatelliten verantwortlich ist. Hans Mark hatte ab 1955 zwölf Jahre lang als Kernphysiker für das Lawrence-Livermore-Laboratorium in Kalifornien gearbeitet, eine der wichtigsten Anlagen zum Bau von Kernwaffen. In dieser Zeit war er vier Jahre lang Abteilungsleiter für Experimentalphysik.
- 3 Aus Oppenheimers persönlichen Papieren (archiviert in der Kongreßbibliothek in Washington) geht hervor, daß er im Mai 1958 nach Israel kam, um

an den Eröffnungsfeierlichkeiten des Instituts für Nuklearwissenschaft in Rehovot teilzunehmen. Ferner berichteten damals die Zeitungen, er sei mit Bergmann und Shimon Peres in einer Militärmaschine in die Hafenstadt Elat am Südende der Wüste Negev geflogen. Israelische Beamte, die 1958 in der Aufbauphase in Dimona arbeiteten, können sich an keinen späteren Besuch Oppenheimers erinnern.

- 4 Damit hatte Bergmann zum zweiten Mal die Gelegenheit verpaßt, ein Weizman-Forschungsinstitut zu leiten. Weizman war an der Einrichtung der ersten israelischen Forschungseinrichtung in den dreißiger Jahren beteiligt gewesen, dem Daniel-Sieff-Institut. Wie Shimon Peres berichtete, wandte sich Weizman an Albert Einstein, der damals in Princeton lehrte, und bat ihn, einen seiner Studenten zur Leitung des Instituts vorzuschlagen. Statt dessen schlug Einstein Bergmann vor, der die Stelle aber aus unbekanntem Gründen nicht bekam.
- 5 -Wir führten ein langes Gespräch über Atomenergie«, erinnert sich Goldschmidt. "Ben Gurion fragte mich, wann die Wüste Negev mit Hilfe einer nuklear betriebenen Meerwasserentsalzungsanlage zum Blühen gebracht werden könne-, - eine seiner Lieblingsfragen. -Ich sagte, in fünfzehn Jahren. Er wurde ärgerlich und meinte, wenn wir alle jüdischen Wissenschaftler ins Land holten, würde es viel schneller gehen."
- 6 Der israelische Durchbruch bei der Produktion von schwerem Wasser ersetzte die bisher übliche Elektrolyse durch ein Destillationsverfahren. Um die Neuerung gab es viel Wirbel; trotzdem war sie eine Enttäuschung. Mit dem neuen Verfahren konnte schweres Wasser zwar tatsächlich viel leichter und billiger produziert werden, allerdings auch wesentlich langsamer.

## Kapitel 3

### Bibliographische Hinweise

Die beste Darstellung der Rolle Frankreichs bei der israelischen Atomrüstung ist das zitierte Buch *Les deux bombes* von Pierre Pean (Fayard, Paris, 1982). Die Ankündigung des kanadisch-indischen Reaktors findet sich in -Canada to Help Build Atom Research Reactor for India« von Grey Hamilton in der *Toronto Globe and Mail* vom 30. April 1956. Wichtige Quellen für die Periode vor der Sueskriese stellen die Tagebücher von Ben Gurion und Sharett dar, sowie *The Eisenhower Diaries*, Robert Ferrell, Hrsg. (W. W. Norton, New York, 1981) und de Gaulles *Memoiren der Hoffnung* (Molden, Wien, 1971). Siehe auch *Diary of the Sinai Campaign* von Moshe Dayan (Weidenfeld and Nicholson, London, 1965) und *Suez* von Hugh Thomas (Harper & Row, New York, 1966). Bulganins Drohung während des Sueskriegs kann in zeitgenössischen Zeitungsberichten nachgelesen werden; siehe insbesondere »Soviel Protests Canal Blockade- in der *New York Times* vom 5. November 1956. Die erwähnte Peres-Biographie ist von Matti Golan: *Shimon Peres* (St. Martin's Press, New York, 1982). Der französische Reaktor in Marcoule wird im *Mechanical Engineering Magazine* vom November 1959 auf S. 60 beschrieben (seine militärische Komponente wird allerdings nicht erwähnt). Zur französischen Sicht des Themas Atombewaffnung vergleiche *The Balance of Terror* von Pierre Gallois (Houghton Mifflin Company, Boston, 1961), S. 137.

## Anmerkungen

- 1 Lavon, einer der intellektuellen Köpfe der Mapai-Partei, behauptete, Dayan und andere Zeugen in den verschiedenen internen israelischen Untersuchungen hätten sich untereinander abgesprochen und falsche Aussagen gemacht, um ihm allein die Schuld zuzuschieben. Sieben Jahre später wurde er durch eine Untersuchung der Regierung rehabilitiert. Wie aus Sharets Tagebüchern hervorgeht, glaubte er, daß Dayan sowohl an den Terrorakten in Ägypten beteiligt war als auch an dem späteren Versuch, Lavon verantwortlich zu machen. Jede Beteiligung Dayans hieße natürlich, daß Ben Gurion von der Operation persönlich gewußt und ihr sogar zugestimmt haben könnte.
- 2 Der erste Tempel und jüdische Staat in Jerusalem wurde im Jahr 587 v. Chr. von den Babyloniern zerstört. Der zweite Tempel wurde von den Römern im Jahr 70 n. Chr. zerstört. Die Juden lebten dort dann allerdings noch viele Jahrhunderte. Die ersten modernen zionistischen Siedlungen in Palästina entstanden in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Als sich Großbritannien 1917 in der Balfour-Deklaration für die Gründung einer »nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes« in Palästina aussprach (allerdings mit Sicherheitsgarantien für andere, d. h. arabische Bewohner), waren die Juden zu einer politischen Kraft in Palästina geworden.
- 3 In diesen politisch wechselvollen Jahren spielten parteipolitische Flügelskämpfe im Zusammenhang mit der stets wichtigen arabischen Frage eine entscheidende Rolle. Der Gewerkschaftsbewegung gehörten drei wichtige Gruppierungen an: 1. Die dominierende Mapai war die gemäßigte Fraktion der sozialistisch-zionistischen Bewegung in Israel. 2. Die Ahdut Avodah (Einheit der Arbeiter) war im Vergleich zur Mapai-Partei innenpolitisch stärker sozialistisch orientiert und vertrat im Bereich der Außenpolitik eher die nationalistische Position der Falken. 3. Die Mapam (Partei der Vereinten Arbeiter) verfolgte hingegen außenpolitisch einen um Ausgleich bemühten Kurs und lehnte sogar 1948 die Ausrufung des Staates Israel ab - sie propagierte als Alternative das Modell eines Jüdisch-Palästinensischen Staates. (Die drei Hauptgruppierungen der Gewerkschaftsbewegung schlossen sich in den späten sechziger Jahren zur Arbeiterpartei zusammen.) Ben Gurions Mapai-Partei hatte bei der Wahl von 1955 viele Sitze an die rechtsgerichteten Allgemeinen Zionisten verloren - eine Reaktion der Neueinwanderer, die von den Führern der Mapai nicht gut behandelt worden waren. Die Allgemeinen Zionisten, die in Wirtschaftsfragen konservativ, in militärischen und Verteidigungsdingen eher gemäßigt waren, büßten Sitze ein. (Die wirtschaftsliberalen Allgemeinen Zionisten schlossen sich 1966 mit der Herut, Menachem Begins populistisch-konservativer Partei, zum Gahal-Block zusammen. Der Gahal-Block seinerseits verschmolz 1973 - auf uner müdliches Betreiben von Ariel Sharon, der inzwischen General im Ruhestand war - mit drei rechtsgerichteten Fraktionen zum Likud, der 1977 an

die Macht kam und damit neunundzwanzig Jahre Regierungsverantwortung der Arbeiterpartei beendete.) Die in bezug auf die Militärpolitik gegenüber den Arabern radikalsten Falken-Fraktionen in den fünfziger Jahren waren 1. eine Gruppe unter der Führung von Moshe Dayan und Shimon Peres in der Mapai; 2. die Addut Haawoda, eine nationalistische und sozialistische

Partei unter der Führung von Yisrael Gallili und Yigal Allon, dem Helden des Unabhängigkeitskrieges von 1948, und 3. die Herut-Partei. Diese Gruppierungen wurden von gemäßigten Mitgliedern der Mapai wie Moshe Sharett, Levi Eschkol, Abba Eban und Pinhas Sapir abgelehnt. Selbst bei den Falken gab es noch Splittergruppen. Begin und seine Anhänger von der Herut glaubten, die wichtigste Aufgabe der Politik sei die Wiedererrichtung von »Erez Israel- (Groß-Israel). Ben Gurion, Dayan, Peres und Gallili (die in den künftigen Regierungen eine entscheidende und geheime Rolle spielen sollten) waren dagegen aus realpolitischen Erwägungen Falken. Sie glaubten an die Gewalt als unverzichtbaren Bestandteil der internationalen Beziehungen. Damit waren sie unerbittliche Gegner der fundamentalistischen Ansichten Begins und der Herut. Die Verluste der Mapai bei den Wahlen von 1955 spiegelten im wesentlichen einerseits wirtschaftliche Ängste wider, und andererseits setzte sich in der Partei eine Verschiebung von der Tauben-Position Sharett's zur Falken-Position Ben Gurions, Dayans, Peres' und Allons durch.

- 4 Eisenhowers Weigerung, sich hinter den Angriff auf Ägypten zu stellen, hatte mit Bulganins Drohung nichts zu tun. Diese wurde im Hauptquartier der CIA in einer Nachtsitzung analysiert und als Bluff bewertet. Die Sueskrise wurde von Washington nicht als antisowjetische oder antikommunistische Aktion betrachtet, sondern als letzter Versuch Englands und Frankreichs, den Niedergang ihrer internationalen Machtpositionen aufzuhalten. Eisenhower und seine höchsten Berater glaubten, Nasser und andere Führer der Dritten Welt hätten lieber die USA als die Sowjetunion als Bündnispartner und würden eher proamerikanisch werden, wenn sich die amerikanische Regierung vom nahöstlichen Kolonialismus Englands und Frankreichs distanzierte. Der Präsident machte sich Sorgen, weil die beiden amerikanischen Verbündeten ihre - in seinen Augen - kolonialistische Politik fortsetzten. Auch paßte ihm nicht, daß die Israelis glaubten, er würde aus Rücksicht auf die jüdischen Wähler in Amerika den Einsatz militärischer Gewalt am Sueskanal billigen. (Wie die Franzosen und Briten nur zu gut wußten, war Eisenhower durchaus nicht abgeneigt, sich selbst als Kolonialist zu betätigen, wenn es um die Verteidigung der »lebenswichtigen amerikanischen Interessen- ging. Zum Beispiel wirkte die CIA 1953 beziehungsweise 1954 beim Sturz der Regierungen im Iran und Guatemala tatkräftig mit.) CIA-Beamte erinnerten sich an einen anderen Punkt, der ihnen 1956 im Weißen Haus Sorgen machte: Durch die geheimen U-2-Aufklärungsflüge (der erste U-2-Spionageflug hatte ein paar Monate zuvor stattgefunden) wußte Eisenhower, daß Israel sechzig Mystere-Kampfflugzeuge von Frankreich gekauft hatte und nicht nur vierundzwanzig, wie bekanntgegeben worden war. Die Maschinen waren auf Rollfeldern gesehen worden. Die Amerikaner erörterten diese Entdeckung jedoch nicht öffentlich, weil die U-2-Aufklärungsflüge zu jener Zeit das wichtigste nationale Geheimnis der Regierung auf dem Gebiet der militärischen Sicherheit waren.

- 5 Eine Schwierigkeit, mit der Peres bei der Ausarbeitung des offiziellen Abkommens zwischen den beiden Regierungen zu kämpfen hatte, war die Instabilität der französischen Regierungen. Guy Mollets Regierung stürzte Mitte 1957. Der neue Regierungschef hieß Maurice Bourges-Maunoury. In letzter Minute bekam Christian Pineau, der neue Außenminister, Skrupel. Später erzählte Peres einem Biographen, er habe diese Skrupel mit der Behauptung ausgeräumt, der Reaktor - von dem die Ingenieure und Beamten in allen französischen Nuklearbehörden bereits wußten, daß er einzig für den Bau der Bombe gedacht war - solle nur für »Forschung und Entwicklung« genutzt werden. Das Treffen mit Peres, bei dem Pineau den Reaktor schriftlich genehmigte, fand Ende September 1957 statt; genau zu dem Zeitpunkt, als die Regierung Bourges-Maunoury (also Pineaus Regierung) von der französischen Nationalversammlung abgewählt wurde. Die formelle Genehmigung für Dimona wurde also strenggenommen von einem Beamten unterzeichnet, der gar nicht mehr im Amt war.
- 6 Der Reaktor von Dimona produzierte keinen Strom. Deshalb wird sein Ausstoß in Wärmeleistung gemessen. Zur Produktion von einem Megawatt elektrischer Energie sind drei Megawatt Wärmeleistung erforderlich. Die Leistung des Reaktors von Dimona würde also acht Megawatt Strom betragen. Der Ausstoß eines durchschnittlichen Kernkraftwerks liegt bei 1000 Megawatt (oder 3000 Megawatt Wärmeleistung). Die ersten, während des Zweiten Weltkrieges und danach gebauten US-Anlagen, die waffenfähiges Plutonium produzierten, leisteten ungefähr 250 Megawatt. Nuklearwissenschaftler haben errechnet, daß bei der Produktion eines Megawatt-Tages (also der Energieausstoß je Tonne Kernbrennstoff) ein Gramm Plutonium anfällt. Der von Dimona gemeldete Ausstoß von 24 Megawatt würde also, wenn der Reaktor 80 Prozent der Zeit arbeitete, jährlich ungefähr sieben Kilogramm angereichertes Plutonium produzieren. Das ist genug für zwei kleinere Bomben.

## Kapitel 4

### Bibliographische Hinweise

Den besten Bericht über die U-2 liefert *Mayday* von Michael R. Beschloss (Harper & Row, New York, 1986). Arthur Lundahl wurde am 19. Juni 1989 in Bethesda, Maryland, interviewt, und danach noch viele Male am Telefon. Dino Brugioni wurde viele Male zu Hause in Hartwood, Virginia, angerufen und am Telefon interviewt; das erste Mal am 5. Juli 1989. Sein Bericht von den Erkenntnissen über Auschwitz (zitiert in Kapitel 7) ist nachzulesen in »The Serendipity Effect of Aerial Reconnaissance« von Dino A. Brugioni, *Interdisciplinary Science Reviews*, Band 124, Nummer 1, 1989. David A. Rosenberg beschreibt in »The Origins of Overkill: Nuclear Weapons and American Strategy, 1945-1960-«, *International Security*, Band 7, Nummer 3, Frühjahr 1983, Seite 3-71, Amerikas Probleme vor dem Einsatz von U-2-Flugzeugen, sowjetische Ziele zu lokalisieren. Mit Andrew Goodpaster wurde am 11. Januar 1991 in Washington ein Telefoninterview geführt.

## Anmerkungen

- 1 Der amerikanische Nachrichtendienst war Anfang der fünfziger Jahre, vor Inbetriebnahme der U-2, nicht in der Lage gewesen, alle sowjetischen Atomfabriken zu lokalisieren, und die Atomkriegsplaner des Pentagon mußten ihr Augenmerk in erster Linie auf sowjetische Luftstützpunkte und Raketenbasen richten. Dem Kriegsplan des Strategischen Luftwaffenkommandos (SAG) von 1954 zufolge waren beispielsweise 735 Kampfbomber notwendig, um die Sowjets mit einem einzigen massiven atomaren Schlag zu vernichten. Dennoch konnte das SAG nicht garantieren, daß sämtliche sowjetische Nuklearwaffen zerstört wurden und amerikanische Städte nicht mit einem Gegenschlag rechnen mußten.
- 2 Im Oktober 1962 erstattete Lundahl Präsident John F. Kennedy im Oval Office Bericht, nachdem der Erkundungsflug einer U-2 den Beweis erbracht hatte, daß auf Kuba sowjetische Raketen stationiert waren. Er erinnerte sich, daß er hinter dem Präsidenten stand, als dieser mit einer Lupe die Vergrößerungen betrachtete, die für einen Laien völlig nichtssagend sind. -Ich zeigte ihm die verschiedenen Anlagen für die Mittelstreckenraketen - insgesamt etwa zehn. Er hörte sich alles an und war offenbar unsicher. Er schaute von den Fotos auf, drehte sich in seinem Sessel um, sah mir direkt in die Augen und fragte: Sind Sie sich dessen ganz sicher?' 'Mr. President', entgegnete ich, 'ich bin mir dessen so sicher wie *es* ein Bildauswerter nur sein kann, und ich denke, Sie werden mir zustimmen, daß wir Sie bei den vielen anderen Dingen, die wir Ihnen berichtet haben, nicht irreführt haben.« Die Kubakrise hatte begonnen.
- 3 Es war allgemein bekannt, daß die Sowjets den Flug einer U-2 über Radar verfolgen konnten, wenn das Flugzeug erst einmal einen bestimmten Grenzpunkt passiert hatte. Beunruhigender war für Washington jedoch die Tatsache, daß die Sowjets bereits im voraus den Zeitpunkt kannten, wann ein Flugzeug zu einer Mission startete. Die Nationale Sicherheitsbehörde, die den sowjetischen Funkverkehr überwachte, berichtete - ausgerechnet während völliger Funkstille -, die militärische und zivile Luftfahrtbehörde der Sowjetunion erteile vor dem geplanten Start einer U-2 sofort allen anderen Flugzeugen Startverbot. Durch die Ausschaltung des gesamten Flugverkehrs war es für das sowjetische Radarsystem natürlich viel einfacher, den Kurs der U-2 zu ermitteln, und an den von den U-2-Kameras anvisierten Zielorten blieb mehr Zeit, um Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Woher kannten die Sowjets den ungefähren Zeitplan der U-2-Missionen? Eine Gruppe von Fernmeldetechnikern der Air Force in Kelly Field, Texas, löste das Rätsel bereits in der Anfangsphase des U-2-Programms - keiner der Techniker wußte allerdings etwas von der U-2-Operation oder durfte etwas davon wissen. Die Analytiker der Air Force konnten jedoch aus dem regen und schlecht getarnten Funkverkehr zwischen Washington und den U-2-Stützpunkten vor einem Start schließen, daß eine geheime Operation in Gange war, und jeden Flug voraussagen. Das U-2-Kommunikationssystem wurde nicht geändert, aber der hochrangige amerikanische Nachrichtenoffizier, der die U-2-Planer über die Kenntnisse der Sowjets unterrichtet hatte, wurde - welche Ironie des Schicksals - der Verletzung der Sicherheitsvorschriften beschuldigt. Der Vorfall bestätigt eine Grundregel der Nachrichtendienste: Liefere »hohen Tie-

ren« nie Informationen, die nicht benötigt werden - wie die Nachricht von einer israelischen Bombe.

- 4 Da es keine schriftlichen Aufzeichnungen oder Dokumente gab, fiel es Brugioni und Lundahl schwer, sich an bestimmte Ereignisse zu erinnern, wie etwa an das Datum, an dem Lundahl Präsident Eisenhower über Dimona informierte. In der Eisenhower Library in Abilene, Kansas, stehen der Öffentlichkeit keine Dokumente über solche Mitteilungen zur Verfügung. Die hier genannten Daten stimmen nur ungefähr; sie basieren auf den verfügbaren Unterlagen.

5 Die Eisenhower Library veröffentlichte nur wenig von der privaten Korrespondenz zwischen Eisenhower und Ben Gurion. Der pensionierte Armeegeneral Andrew J. Goodpaster, Eisenhowers militärischer Berater im Weißen Haus, erklärte, der diplomatische Austausch zwischen den beiden sei -strenge geheim« und damals nicht einmal engen Mitarbeitern zugänglich gewesen.<sup>1</sup> Goodpaster, der auch Militärberater von Präsident Nixon war, fügte hinzu, er könne sich an keinen "Speziellen Gedankenaustausch über einen nuklearen Schutzschirm- erinnern, obwohl der Präsident über die -Vorgänge in Dimona- beunruhigt gewesen sei.

- 6 Das Berlin-Unternehmen wurde jedoch von innen durch den britischen Geheimdienstoffizier und sowjetischen Spion George Blake gefährdet.

## »Kapitel 5

### Bibliographische Hinweise

Zu der allgemeinen, aber falschen Ansicht über die frühen Austritte aus der israelischen Atomenergiekommission siehe Jabber sowie Dan Raviv und Yossi Melman, *Every Spy a Prince* (Houghton Mifflin Company, Boston), 1990, S. 69. Auf derselben Seite erwähnen Raviv und Melman jedoch Binyamin Blumbergs wichtige und frühe Rolle im Hinblick auf die israelische Bombe. Black und Morris beschäftigten sich ebenfalls mit Blumbergs wenig bekannter Geschichte. Ian Smart wurde am 23. Juli 1989 in New York interviewt. Damals lebte er in London. Thomas Graham wurde am 15. Mai 1989 in Washington interviewt; zitiert wurde aus seinem Artikel »The Economics of Producing Nuclear Weapons in Nth Countries«, in *Strategies for Managing Nuclear ProUferation*, herausgegeben von D. L. Brito, M. D. Intriligator und A. E. Wick (Lexington Books, 1983). Peres' Prahlereien über die Beschaffung des Geldes ist nachzulesen in dem vorhin erwähnten Wochenendmagazin von Yediot Ahronot.

### Anmerkungen

- 1 Pierre Pean, ein französischer Journalist, berichtete in seinem reich dokumentierten Buch *Les detix bombes* (Fayard) von 1982 als erster ausführlich über die französische Zusammenarbeit mit Israel. Die wesentlichen Fakten in Peans Buch wurden vom Autor dieses Buches in späteren Interviews mit

französischen und israelischen Funktionären auf ihre Richtigkeit überprüft. Die Beamten wiederum fragten nach den Motiven jener, die Pean halfen. Ihren Angaben zufolge arbeiteten viele französische Unternehmen, die Anfang der sechziger Jahre beim Bau von Dimona mitgewirkt hatten, zur Zeit der Bombardierung von Osirak im Jahr 1981 mit Zustimmung der französischen Atomenergiekommission für den Irak. Die nachfolgende politische und wirtschaftliche Verstimmung über die Israelis führte dazu, daß ein paar private und öffentliche Funktionäre ohne Vorbehalte mit Pean zusammenarbeiteten und ihm Dokumentationsmaterial über die Rolle der Franzosen in Dimona zur Verfügung stellten.

- 2 Moshe Dayan, einer der wenigen Militärs, die das Bombenprojekt in diesem frühen Stadium unterstützten, war eine Ausnahme. Amerikanische Experten für die Weitergabe von Atomwaffen kamen zu dem Ergebnis, daß zwischen der Einstellung der Militärs zur Bombe und dem öffentlichen Wunsch, eine Atommacht zu werden, ein enger Zusammenhang bestand. Viele hohe Offiziere in Israel und Indien wehrten sich in der Anfangsphase der Entwicklung erbittert gegen ein nukleares Waffenarsenal. Als die Bombe dann schließlich Bestandteil des militärischen Arsenalts wurde - wie dies Ende der siebziger Jahre in Indien und ein paar Jahre früher in Israel der Fall war - verstummte die Kritik.

## Kapitel 6

### Bibliographische Hinweise

John Finney wurde am 18. April 1989 in Washington interviewt. Der zitierte Artikel trug die Überschrift -U. S. Hears Israel Moves Toward A-Bomb Potential- und erschien am 19. Dezember 1960 auf der ersten Seite der *New York Times*. McCones Rücktritt und sein Fernsehauftritt wurden an diesem Tag ebenfalls auf der ersten Seite behandelt: -McCone to Resign as AEC Member.- Die zitierte Buchwald-Kolumne (die mit seiner Erlaubnis teilweise nachgedruckt wurde) erschien am 10. Januar 1961 in der *New York Herald-Tribune* unter der Überschrift -The Smashing Tailors of Beersheba-, Walter Eider wurde am 28. August 1989 in seiner Vorortvilla in Virginia interviewt und danach noch viele Male am Telefon. Armand Meyer wurde am 15. Juni 1990 in Rosslyn, Virginia, interviewt. Die zitierte Erklärung von Heiter ist nachzulesen in *The Alliance* von Richard J. Barnet (Simon and Schuster, New York, 1983), Seite 179. Philip Farley wurde am 30. Oktober 1989 in Palo Alto, Kalifornien, interviewt. Chapman Pincher wurde am 28. März 1991 am Telefon interviewt. Der erwähnte Artikel trägt die Überschrift -Israel May be Making an A-Bomb- und erschien am 16. Dezember 1960 auf der zweiten Seite des Londoner *Daily Express*. Myron Kratzer wurde im Juni 1989 in Washington interviewt, und danach telefonisch. Die erwähnten Dokumente zum Freedom of Information Act befinden sich im Besitz des Autors. Christian Herters Aussage vor dem Senatsausschuß für Auswärtige Beziehungen ist nachzulesen in Band XIII, Teil I der veröffentlichten Sitzungsprotokolle des Senatsausschusses für Auswärtige Beziehungen (Historische Reihe), der im April 1984 erschien.

## Anmerkungen

- 1 Es gibt keinen Beweis dafür, daß die israelische Regierung jemals gegenüber Washington behauptet hätte, bei der Anlage in Dimona handle es sich um eine Textilfabrik. Amerikanischen und europäischen Diplomaten, die ständig Nachforschungen anstellten, wurde mitgeteilt, Dimona sei eine Forschungseinrichtung (meist für die Landwirtschaft) oder eine Chemiefabrik. Trotzdem wurde McCones Äußerung gegenüber Finney allgemein als Tatsache anerkannt, und Art Buchwald sah sich veranlaßt, am 10. Januar 1961 in der *York New Herald-Tribune* einen humorigen Artikel darüber zu schreiben. Buchwald berichtete von einem israelischen Taxifahrer, der vor sechs Monaten einen amerikanischen Diplomaten nach Dimona gefahren hatte, weil dieser sich in der Textilfabrik einen Anzug zum Großhandelspreis besorgen wollte. Die Techniker in Dimona ließen ihn hinein und taten so, als •gehe dort überhaupt nichts vor sich«. Als sich der Diplomat nach einem Anzug erkundigte, wurde er gefragt: •Vielleicht möchten Sie etwas in Kobaltblau? Oder vielleicht einen hübschen uranbraunen? Wie war's mit einem kosmischgrauen Zweireiher mit Nadelstreifenfeiteilchen.- Hinter einer 1,80 Meter hohen Bleiwand wurde für den Anzug Maß genommen. Ein anderer Wissenschaftler -eilte mit einem Geigerzähler, einem Rechenschieber und zwei Roboterarmen herbei. Der Betriebsleiter nahm einen Schreibblock zur Hand und sagte: >Shimshon, nenne mir die Maße des Kunden.' Shimshon rief: •Zehn, neun, acht, sieben, sechs, fünf, vier, drei, zwei, eins, oi!<< Es wurde noch weiter gemessen: «Taille U-235; relativ guter Brustumfang; hexagonales Prisma in der linken Schulter; der rechte Ärmel braucht Reaktionsmittel.« Als der Diplomat ging, erklärte man ihm: -Bitte, seien Sie so gut, Sir, und erzählen Sie Ihren Freunden nichts von uns, denn wir haben im Moment zu viel zu tun, und wenn wir noch mehr Aufträge annehmen, wird die Fabrik aus allen Nähten platzen.«
- 2 Heiter hatte Amerikas europäische Verbündete in Erstaunen versetzt, als er im April 1959 bei verschiedenen Anhörungen erklärte, er könne sich nicht •vorstellen, daß ein Präsident sich auf einen totalen Atomkrieg einläßt, solange uns nicht die völlige Vernichtung droht-. Die Erklärung war durchaus realistisch, kam jedoch de Gaulles ehrgeizigen Plänen für die *Force defrappe* entgegen. Der Historiker Richard J. Barnet schrieb 1983 im Hinblick auf Herterers Erklärung: -Der neue Außenminister hatte die ernstesten Zusicherungen eines ganzen Jahrzehnts mit einem Satz weggefegt.«
- 3 McCone, der vielleicht seine Rückkehr ins öffentliche Leben vorausahnte, hielt sich dennoch an die Spielregeln und erklärte im Fernsehen, es lägen nur -informelle und inoffizielle Informationen« über Dimona vor. Er wisse auch nicht, ob eine der Atomkräfte (Frankreich, England, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion) Israel unterstützt habe. Natürlich wurde McCone die Entscheidung zur Diskretion dadurch erleichtert, daß er Pinchers Bericht kannte und wußte, daß am nächsten Tag in der *New York Times* John Finneys komplette Story veröffentlicht werden würde.
- 4 Ben Gurion und seine engsten Mitarbeiter waren bereit, alles zu tun, was ihrer Ansicht nach zum Wohl des Staates beitragen konnte. In seiner Biographie Ben Gurions berichtet Michael Bar-Zohar von der Entschlossenheit des Premierministers, seine Verantwortung und die der israelischen Armee für

die brutale Ermordung von siebzig Jordanern in dem Grenzdorf Kibiya zu verschleiern. Der Vergeltungsangriff war von Ariel Sharon geführt worden. Im Namen Ben Gurions wurde eine Erklärung veröffentlicht, worin die Greueltat an den Bewohnern der nahegelegenen jüdischen Grenzsiedlung verurteilt wurde. Als Ben Gurion von einem Vertrauten gebeten wurde, seine Handlungsweise zu erklären, verwies er auf eine Textstelle in Victor Hugos Roman *Die Elenden*, wo eine Nonne einen Polizisten bezüglich des Aufenthaltsorts eines entflohenen Sträflings belügt. Die Nonne habe mit dieser Lüge keine Sünde begangen, erklärte Ben Gurion, »weil ihre Lüge dazu diene, ein Menschenleben zu retten. Eine Lüge wie diese wird mit einem anderen Maßstab gemessen.- Später schrieb Bar-Zohar, Moshe Sharett, Ben Gurions langjähriger Rivale, sei über die Lüge »höchst erstaunt« gewesen: -Ich wäre von meinem Amt zurückgetreten, wenn ich hätte vors Mikrofon treten sollen, um dem israelischen Volk und der ganzen Welt eine erfundene Geschichte aufzutischen.-

## Kapitel 7

### Bibliographische Hinweise

Die Strauss-Biographie trägt den Titel *No Sacrifice Too Great* und stammt von Richard Pfau (University Press of Virginia, Charlottesville, Virginia, 1984). Es gibt viele Berichte über Oppenheimers Aussagen vor der AEC; siehe *The Oppenheimer Hearing* von John Major (Batsford Limited, London, 1971). Strauss' Aussage zum Atomtestverbot wurde zitiert in *The Glory and the Dream* von William Manchester (Little, Brown and Company, Boston, 1973), Seite 985. Carl Kaysen wurde am 11. November 1989 in Cambridge, Massachusetts, interviewt, und danach am Telefon. William L. Strauss wurde am 3. April 1991 und Alice Strauss am 6. Mai 1991 am Telefon interviewt. Algie Wells wurde am 29. März 1991 telefonisch interviewt.

### Anmerkungen

- 1 Die Briten sollten überredet werden, ein Gebiet in Kenia, in Tanganjika (dem heutigen Tansania) oder im Norden Rhodesiens (dem heutigen Simbabwe) abzutreten. Im Spätsommer 1939 brachte Strauss einen Brief von Baruch nach London, in dem er die Ansicht äußerte, das Land, das in Afrika abgetreten werden sollte, könne »mit modernem Gerät gesäubert- werden. •Die Welt war nicht immer so sauber wie heute. Unser eigenes Land war voller Morast. Panama und Kuba wurden bereits gesäubert, und Afrika kann auch gesäubert werden ... In diesem neuen Land wäre Platz für einige zehn Millionen, und sie wären die Besten, die Stärksten und die Tapfersten ... « Baruch und Strauss verschwendeten auf die Interessen und Rechte der Afrikaner, die in den abzutretenden Gebieten lebten, keinen Gedanken. Eine Umsiedlung dieser Dimension hätte unausweichlich einen internen Konflikt

zur Folge gehabt, wie er damals - und heute - zwischen den Israelis und jenen Palästinensern tobte, die durch die zionistische Bewegung aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

- 2 Natürlich wußten das damals weder Strauss noch Dino Brugioni von der CIA, aber Aufklärungsflugzeuge der alliierten Luftstreitkräfte im Mittelmeer und die 15. Luftlandedivision der Air Force überflogen und fotografierten im letzten Kriegsjahr wiederholt die Krematorien von Auschwitz-Birkenau in Polen, wo 1944 täglich 12 000 Juden und Zigeuner ermordet wurden. Die Vernichtungslager waren etwa acht Kilometer von einer Fabrik für synthetisches Öl und Gummi der I. G. Farben entfernt, die im Zweiten Weltkrieg viermal bombardiert wurde. Im Jahr 1978 stellten Brugioni und Robert Poirier, ein Kollege von der CIA, fest, daß sich die Lager in direkter Linie auf der Flugroute zur Fabrik der I. G. Farben befanden. Brugioni wußte aus eigener Erfahrung, daß die Kameras in Aufklärungsflugzeugen immer schon eingeschaltet wurden, bevor das Ziel erreicht war. Lagen etwa Luftaufnahmen der Lager in den Archiven des Pentagon aus dem Zweiten Weltkrieg vergraben? In einem späteren Bericht schrieb Brugioni: -Wir stellten fest, daß das Vernichtungslager mindestens dreißigmal fotografiert worden war. Bei näherer Betrachtung der Fotos konnten wir vier große Gebäudekomplexe mit Gaskammern und Krematorien erkennen ... Leichen wurden in Gräben begraben oder in großen offenen Gruben verbrannt. Einige der Fotos zeigten Opfer, die zum Richtplatz geführt wurden, und auf anderen waren Gefangene zu sehen, die Sklavenarbeit verrichten mußten.« Die Fotos waren von ebenso unschätzbarem Wert wie ein historischer Bericht - die Nazis hatten in den Lagern Aufnahmen strikt verboten -, und Präsident Jimmy Carter legte der Regierungskommission zum Holocaust persönlich eine Monographie vor, die auf diesen Fotos basierte. Im Krieg, fügte Brugioni hinzu, habe es noch kein historisches oder soziales Wissen gegeben, das es den Bildauswertern der Air Force, die die Fabrik der I. G. Farben ins Visier nehmen wollten, ermöglicht hätte, die Aufnahmen von einem Vernichtungslager richtig zu interpretieren. -Jedesmal, wenn auf einem Foto in der Nähe eines Gebäudes eine Menschenschlange zu sehen war, wurde es mit der Aufschrift 'Speise-saal' versehen.« Laut Brugioni gab es noch andere Faktoren, die damals eine richtige Auswertung der Bilder verhinderten. Da war vor allem der enorme Informationsbedarf im Juni 1944 vor der Landung der Alliierten in der Normandie; alle Bildauswerter waren überlastet. Ende 1944 versuchten Kampf-flugzeuge der Alliierten durch schwere Angriffe auf alle Treibstoffanlagen die deutsche Luftwaffe außer Gefecht zu setzen. Es mußte neues Bildmaterial ausgewertet und eine Bewertung des durch die Bomben verursachten Schadens vorgenommen werden.

## Kapitel 8

### Bibliographische Hinweise

Über Abe Feinbergs Einfluß auf die Politik des Präsidenten und seine Rolle bei der Spendenbeschaffung wurde erstmals in einer unveröffentlichten Dissertation berichtet: Etta Zablocki, *Ethnic Linkage and Foreign Policy*, Columbia University, 1983 (erhältlich über den Dissertationsinformationsdienst UMI in Ann Arbor, Michigan). Ähnliches Material findet sich bei Edward Tivnan, *The Lobby* (Simon and Schuster, New York, 1987) und Michael J. Cohen, *Truman and Israel* (University of California Press, Berkeley, Kalifornien, 1990). Keine dieser Arbeiten diskutiert Feinbergs Beziehung zum israelischen Atomprogramm. Clark Clifford wurde am 8. April 1991 zu Feinberg interviewt. Das telefonische Interview mit Abraham Ribicoff fand am 5. November 1990 statt. Ben Bradlee und Arthur Schlesinger führten ihr Gespräch über Kennedy am 9. April 1990. Kennedys Kommentare zur Wahlkampffinanzierung datieren vom 4. Oktober 1961 und sind in den Facts of File nachzulesen. Eine gute Darstellung von Kennedys Bemühungen, die Wahlkampffinanzierung zu reformieren, findet sich in *Congressional Quarterly's -Congress and the Nation 1965-1968-*, Band II, Political Finances, S. 444. Das erste Interview mit Myer Feldman, dem viele weitere folgten, fand am 13. Juni 1989 in Washington statt. Jerome Weisner wurde am 27. Juni 1991 telefonisch interviewt. Robert Körner wurde am 3. April 1989 in Washington und später noch zweimal interviewt. Das Interview mit William Crawford fand am 3. Mai 1990 in Maryland statt. Über die Verwendung des schweren Wassers, das die Israelis aus Norwegen bezogen, berichtete Gary Mihollin, Direktor des Wisconsin Project on Nuclear Arms Control in Washington. Milhollin führte sorgfältige Recherchen durch, deckte die Angelegenheit als erster auf und gewährte in überaus großzügiger Weise Einblick in seine Unterlagen. Die Erklärung, warum es keine Shavit I gab, findet sich in *-Publicity on Rocket Explained in Israel-*, *New York Times*, 10. Juni 1961. Paul Nitze wurde am 9. Oktober 1990 interviewt. Robert McNamaras rätselhafte Unterhaltung mit dem Autor fand am 11. Januar 1991 statt. Eine einleuchtendere Erklärung, warum die israelische Atomenergiekommission in den späten fünfziger Jahren eigene Wege ging, lieferte Energieminister Yuval Neeman in einem Gespräch am 15. April 1991 in Washington. Neeman war nicht bereit, über aktuelle Fragen im Zusammenhang mit dem atomaren Potential Israels zu sprechen. Floyd Culler wurde am 30. November 1989 im kalifornischen Palo Alto und später noch einmal telefonisch interviewt. Das Telefoninterview mit Phillips Talbot fand am 8. April 1991 statt.

### Anmerkungen

- 1 Die Wahlkampfchronisten waren nicht die einzigen, die sich die Feinberg-Story entgehen ließen; weder die damaligen Tageszeitungen noch Fernsehjournalisten, die über die Ereignisse von 1948 berichteten, erwähnten Feinbergs Rolle bei der Finanzierung von Trumans Wahlkampf.
- 2 Kennedys Freunde und Kollegen erklärten übereinstimmend, daß er auf der

privaten Vorbereitungsschule in Choate und später in Harvard wenige jüdische Freunde gehabt habe. Der wichtigste war Alan J. Lerner, mit dem er, so Kennedys Biograph Arthur S. Schlesinger jr., als junger Mann viel gereist sei. Außer ihm gab es nur wenige, wie Benjamin C. Bradlee jr., langjähriger Herausgeber der Washington Post und enger Freund Kennedys, einräumte: »So weit ich mich erinnere, hatte er nicht sehr viel jüdische Kumpels.« Das änderte sich allerdings rasch, als Kennedy nach dem Zweiten Weltkrieg in die Politik ging.

- 3 Die Kommission unter dem Vorsitz von Alexander Heard, dem damaligen Dekan der Graduate School an der Universität von North Carolina, schlug unter anderem vor, Einzelpersonen durch Steuerfreibeträge zu Parteispenden zu bewegen. Ziel war, die finanzielle Unterstützung der Kandidaten auf eine breitere Basis zu stellen und ihre Abhängigkeit von bestimmten Interessengruppen und den Reichen zu vermindern. Im Jahr 1962 brachte Kennedy fünf Gesetzentwürfe zur Reform der Wahlkampffinanzierung im Kongreß ein, aber keiner kam durch. Im Jahr darauf legte Kennedy in einem erneuten Anlauf dem Kongreß zwei weitere Gesetzentwürfe vor. Beide wurden abgelehnt.
- 4 Wilfred Feinberg, studierter Jurist und vormalig Chefredakteur des *Columbia Law Reivew*, war von 1961 bis 1966 Bundesrichter im südlichen Distrikt von New York. Im Jahr 1966 berief ihn Lyndon B. Johnson, der unbedingt etwas für seinen Freund Abe Feinberg tun wollte, ans Bundesberufungsgericht für den Zweiten Gerichtsbezirk der Vereinigten Staaten. Dazu mußte er sich über die Empfehlung des New Yorker Senators Robert F. Kennedy hinwegsetzen. Der jüngere Bruder des späteren Präsidenten, der sich nach seinem Rücktritt als Justizminister erfolgreich um einen Sitz im Senat beworben hatte, plädierte nachdrücklich für die Ernennung Edward Weinfelds, der als der brillianteste Jurist am unteren Bundesgericht galt, mußte aber bald einsehen, daß er Abe Feinbergs Einfluß bei Johnson nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte. -Es war eine rein politische Entscheidung", erinnerte sich Kennedys damaliger Mitarbeiter Peter B. Edelman, «aber in diesem konkreten Fall bekamen wir wenigstens keinen schlechten Richter.- Wilfred Feinberg glänzte in seinem Amt und stieg 1980 zum Vorsitzenden des Obersten Bundesberufungsgerichts auf.
- 5 Jerome B. Wiesner, wissenschaftlicher Berater des Präsidenten und ebenfalls Jude, hatte andere Sorgen: Er war von den nachrichtendienstlichen Erkenntnissen über Dimona völlig abgeschnitten und -vermutete«, Ben Gurion habe das Weiße Haus darum ersucht, ihn nicht in diesem Bereich zu beschäftigen. Wiesner, innerhalb der Kennedy-Administration ein wichtiger Mann für Abrüstungsfragen, hatte dem Verwaltungsrat des Weizman-Instituts angehört und war bei Israelbesuchen wiederholt zufällig mit Ben Gurion zusammengetroffen. "Ben Gurion stellte mir immer zwei Fragen-, erinnerte sich Wiesner. -Können Computer denken? Und sollen wir eine Atombomben bauen? Ich verneinte jedesmal.« Diese Antwort, so vermutete Wiesner, stempelte ihn in Ben Gurions Augen zum Liberalen und war der Grund dafür, daß er nur begrenzten Zugang zu Informationen erhielt.
- 6 Nach Crawford's Auskunft hielt Balls Büro den Brief tagelang zurück, bis sich das Weiße Haus schließlich beschwerte. Crawford bat einen befreundeten Mitarbeiter Balls, der Sache nachzugehen, und bekam folgende Auskunft:

•Mr. Ball will mir unbedingt klarmachen, daß dieser Brief so klingt, als sei er vom Original in Sanskrit übersetzt worden.« Schließlich lag Balls umgeschriebene Version vor. Sie hatte denselben Inhalt, so Crawford, aber »in JFK-Prosa«. Crawford war beeindruckt.

- 7 Wigner, Nobelpreisträger für Physik, reiste nach Israel, nachdem er von den Israelis - scheinbar aus eigenem Antrieb - zu einem Besuch in Dimona eingeladen worden war. In Telefoninterviews 1989 und 1991 erinnerte er sich •vage- daran, daß Rabi, der 1944 den Nobelpreis für Physik erhalten hatte, ihn begleitet habe. -Wir bekamen nicht viel zu sehen«, sagte der 1902 geborene Wigner. -Meiner Meinung nach war die Anlage praktisch betriebsbereit.« Die israelischen Wissenschaftler hätten bereits erste Experimente durchgeführt: »Sie spielten mit ihr.« Wigner, der zusammen mit Albert Einstein die Vereinigten Staaten bereits vor dem Zweiten Weltkrieg zum Bau der Atombombe gedrängt hatte, gab dem Autor jedoch zu verstehen, daß sein Gedächtnis mit den Jahren nachgelassen habe. Rabi, langjähriger Berater der US-Regierung in technischen und wissenschaftlichen Fragen, starb 1988. Weder seine Frau, seine Freunde noch die Historiker, die an der Chronik der Columbia University arbeiteten und sich mit seiner Karriere beschäftigten, wußten von seinem Besuch in Dimona.
- 8 Eine Shavit I gab es nicht, wie Shimon Peres bei einer politischen Veranstaltung am Abend des Abschusses erklärte. Der Grund: Der Name hätte in Shavit Aleph verfälscht werden können. Aleph ist der erste Buchstabe im hebräischen Alphabet und gleichzeitig das Symbol der Mapai-Partei. Wäre die Rakete Shavit I genannt worden, so Peres, -hätte man uns Parteipropaganda vorgeworfen«.
- 9 McCone, sagte Eider, habe schließlich ein sehr enges Verhältnis zu Kennedy gehabt. -Er konnte ihn besuchen, wann immer er wollte. Er konnte im Weißen Haus anrufen und sagen, daß er auf dem Weg zum Präsidenten sei.« Unmittelbar nach einer solcher Besprechung schrieb McCone stets ein ausführliches Memorandum für die Akten, die er später zur Weiterverwertung und sicheren Verwahrung Eider übergab.
- 10 Viele Mitarbeiter im State Department hatten dem Umsiedlungsplan jedoch von Anfang an wenig Chancen eingeräumt. -Wir hatten damals Wichtigeres zu tun«, sagte Phillips Talbot, im Außenministerium für den Nahen Osten und Südasien zuständig und zur fraglichen Zeit Meyers Vorgesetzter. -Das Thema stand nicht gerade oben auf meiner Prioritätenliste.« Talbot erinnerte sich an Kennedys Kommentar nach einer ersten Besprechung: -Ein großartiger Plan, Phil«, sagte der Präsident. »Er hat nur einen Fehler - Sie mußten nie einen Wahlkampf führen.«

# Kapitel 9

## Bibliographische Hinweise

Das freigegebene Memorandum über Kennedys Gespräch mit Golda Meir ist in der JFK Library in Boston zugänglich und findet sich außerdem bei Mordechai Gazit, *President Kennedy's Policy Toward the Arab States and Israel* (Shiloah-Zentrum für Nahost- und Afrikastudien, Universität Tel Aviv), S. 108. Gazits Buch liefert wertvolle Hintergrundinformationen zur Politik Israels in der Kennedy-Ära. Weitere Einzelheiten zu Ben Gurions Haltung und zur Geschichte dieser Zeit, darauf sei noch einmal hingewiesen, enthält Michael Bar-Zohars Biographie. Das Interview mit Daniel Ellsberg fand am 20. März 1989 in Washington statt. Eine umfassende Darstellung von Johnsons frühen Beziehungen zu amerikanischen Juden gibt Louis S. Gomolak in seiner unveröffentlichten Doktorarbeit *Pro/ogwe* (University of Texas, 1989), erhältlich über den Dissertationsinformationsdienst UMI.

## Anmerkungen

- 1 Lucet fühlte sich durch McCones Verhalten brüskiert. Zurück in Paris, berichtete er Bertrand Goldschmidt von dem Vorfall. »Er fragte mich, ob wir Frankreich von jeder Verantwortung für die [israelische] Bombe freisprechen könnten-, erinnerte sich Goldschmidt lachend. -Ich verneinte und sagte: >Wir haben das Mädchen nicht nur entjungfert, wir haben es auch geschwängert.«
- 2 Kennedys Briefwechsel mit Ben Gurion wurde nicht einmal amerikanischen Regierungsbeamten zugänglich gemacht, die von den Sicherheitsorganen für unbedenklich erklärt worden waren und eine geheime Chronik über diese Epoche schreiben wollten. Derartig strenge Sicherheitsmaßnahmen, klagte ein ehemaliger US-Beamter, -führen unweigerlich zu einer mangelhaft informierten Administration - selbst wenn dort Leute sitzen, die sich nicht scheuen, gegen das System aufzumucken und unbequeme Fragen zu stellen«.
- 3 In einem Land, das von den Überlebenden des Holocaust regiert wurde, war Deutschland ein ständiges Reizthema, das heftige Emotionen auslöste; jeder diplomatische Kontakt beschwor eine Krise herauf. Als Israel und die Bundesrepublik Deutschland 1952 erste Gespräche über eine Wiedergutmachung für den Verlust an Menschenleben und jüdischem Eigentum im Holocaust aufnahmen, kam es vor der Knesset zu Protestkundgebungen. Israel, knapp an Geldmitteln, akzeptierte schließlich eine Wiedergutmachung in Höhe von 800 Millionen Dollar. Doch die Spannungen hielten an, obwohl das Geld floß: Ein israelischer Geiger wurde auf offener Straße niedergestochen, weil er öffentlich Musik von Richard Strauss gespielt hatte. Im Juni 1959 löste der Verkauf von israelischem Kriegsmaterial an die Bundesrepublik Deutschland wütende Proteste aus. Ben Gurion trat zurück und verlangte Neuwahlen. Die Mapai-Partei behauptete ihre Mehrheit in der Knesset, und Ben Gurion, gestärkt durch das Vertrauensvotum der Wähler, kehrte ins Amt zurück.

- 4 Arthur Schlesinger beschreibt in *Die tausend Tage Kennedys*, wie Kennedy während einer Rede in Billings, Montana, fast zufällig auf das Thema Atomtestmoratorium zu sprechen kam. Der Präsident sprach Senator Mike Mansfield, dem Fraktionsführer der Mehrheitspartei aus Montana, indirekt sein Lob dafür aus, daß er den Vertrag unterstützt hatte. «Zu seiner Überraschung-, schrieb Schlesinger, -löste seine beiläufige Bemerkung starken und anhaltenden Beifall aus. Dadurch ermutigt, äußerte er [Kennedy] die Hoffnung, die Möglichkeit eines militärischen Konflikts zwischen den beiden großen Atommächten, die zusammen über das Potential verfügen, an einem einzigen Tag binnen kurzer Zeit 300 Millionen Menschen zu töten<, zu verringern. Die Reaktion der Zuhörer in Billings ermutigte ihn, das Thema Friedenssicherung im weiteren Verlauf seiner Reise stärker in den Vordergrund zu rücken.»
- 5 Die Franzosen waren auf der Grundlage des Atomenergiewetzes von 1946, das die Weitergabe von Informationen über amerikanische Atomwaffen an jedes andere Land verbot, nach dem Krieg von jeder Kooperation auf atomarem Gebiet ausgeschlossen worden. Im Jahr 1958 billigte der Kongreß eine von Eisenhower empfohlene Ergänzung zu dem Gesetz von 1946, die es den Vereinigten Staaten gestattete, mit den Briten spaltbares Material und Know-how auszutauschen. Die Franzosen waren natürlich darüber erbost, daß sie ausgeschlossen wurden. (Auf dem Gebiet der strategischen Trägerraketen geriet Großbritannien Anfang der sechziger Jahre in totale Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, ein Zustand, der sich bis heute nicht geändert hat.) Die Kennedy-Administration verfolgte in atomaren Fragen weiter eine Politik der Nadelstiche gegenüber Frankreich. Verteidigungsminister Robert McNamara, dem die autonome Atommacht Frankreich und ihre zahlreichen Tests in der Sahara ein Dorn im Auge waren, entschloß sich 1962 zu einer öffentlichen Kampagne gegen die *Force de frappe*. In seiner berühmten Festrede an der Universität von Michigan (bei der er den Übergang der Vereinigten Staaten von der Strategie der massiven Vergeltung zur Strategie des begrenzten Atomkriegs verkündete) kritisierte McNamara -schwache nationale Atomstreitkräfte- als «gefährlich und kostspielig. Sie hätten die Tendenz zu veralten und als Abschreckungsmittel unglaubwürdig zu werden.- Statt dessen, so regte er an, sollten die europäischen Länder amerikanische Waffen und Raketen für ihre konventionellen Streitkräfte kaufen und das Problem der atomaren Abschreckung den Vereinigten Staaten überlassen. Wenige Wochen zuvor hatte er in Athen im wesentlichen das gleiche gesagt und damit nicht nur de Gaulle, sondern auch Amerikas NATO-Partner verärgert. "Sämtliche Verbündete-, notierte der britische Premierminister Harold Macmillan in sein Tagebuch, •ärgern sich über den Vorschlag der Amerikaner, wir sollten für zigmillionen Dollar Raketen kaufen, ihnen aber die Kontrolle über die Sprengköpfe überlassen. Hier geht es nicht um Raketen für die Europäer, hier geht es um ein Geschäft für die amerikanische Industrie ... Und das ist sehr bedauerlich, denn Amerikaner stehen (in ihrer Unerfahrenheit und Naivität) einer Diplomatie gegenüber, die in Jahrhunderten Geschick und Raffinesse erworben hat.- Der anhaltende Widerstand für die USA gegen die *Force de frappe* war ein Grund für de Gaulles Entscheidung von 1966, Frankreich aus der militärischen Organisation der NATO herauszulösen und NATO-Stä-

be sowie alle militärischen Einrichtungen der Verbündeten auf französischem Gebiet räumen zu lassen.

- 6 In ähnlicher Weise war Johnson im Jahr davor auch von den Beratungen und Diskussionen während der Kubakrise ausgeschlossen worden. John McCone informierte ihn über das Problem erst wenige Stunden vor der Bekanntgabe. -Johnson war stocksauer«, sagte McCone später zu Walt Eider. •Er schimpfte und stieß Beleidigungen hervor.« Außerdem habe er damit gedroht, den Präsidenten in dieser Sache nicht zu unterstützen, wenn ihm die Führung des Senats die Zustimmung versagen sollte. McCone versicherte ihm, daß der Senat hinter dem Präsidenten stehe. Johnson ließ sich beschwichtigen und machte eine Kehrtwende.
- 7 Für die Juden in Europa war es in den dreißiger Jahren extrem schwierig, Visa für die Vereinigten Staaten zu bekommen, obwohl die Einwanderungsquoten nicht erfüllt wurden. So durften zwischen 1933 und 1938 lediglich 27 000 deutsche Juden in die Vereinigten Staaten immigrieren, obwohl nach den Quoten 129 875 zulässig gewesen wären. Näheres über Johnsons Rolle bei der Unterstützung von Juden findet sich in *Prologue: LBJ's Foreign Affairs Background*, einer unveröffentlichten, 1989 von Louis S. Gomolak an der University of Texas eingereichten Doktorarbeit.

## Kapitel 10

### Bibliographische Hinweise

Schlomo Aronson, der israelische Politologe und Befürworter der Abschreckung durch ein israelisches Atomarsenal, hat über diesen Zeitraum eine ausgezeichnete Arbeit verfaßt. Moshe Dayans *Maariv-Artikel* erschien am 13. April 1963 in einer Zusammenfassung in der *New York Times* und trug die Überschrift -Israelis Warned on Arms Lag-. Ben Gurions Brief an die *Times* wurde am 20. November 1963 veröffentlicht. Der Titel von Theodore Taylors Referat lautete: -Can Nuclear Weapons be Developed Without Full Testing?« Die Vorlesung wurde am 11. Dezember 1988 anlässlich eines Workshops über den Nachweis der Reduzierung nuklearer und konventioneller Waffen im Robin Brook Centre des St. Bartholomew's Medical College in London gehalten. Der Text der Vorlesung sowie zusätzliches Material sind abgedruckt in: Theodore B. Taylor, -Nuclear Tests and Nuclear Weapons«, in Benjamin Frankel, Hg., *Opaque Nuclear Proliferation: Methodological and Policy Implications* (London, Frank Cass, 1991), S. 175-190. Die erwähnten Unterlagen des Weißen Hauses befinden sich in der Lyndon B. Johnson Library in Austin. Eine Reihe von Büchern ist im Zusammenhang mit der internationalen Kontrolle von Kernenergie recht nützlich. Siehe *The International Atomic Energy Agency and World Nuclear Order* von Lawrence Scheinman (Resources for the Future, Washington D. C., 1987) und *Nuclear Power Issues and Choices* von Spurgeon M. Keeny, Jr. (Ballinger Publishing Company, Cambridge, Massachusetts, 1977). Zur Diskussion über die psychologische Bewertung von Samson und Masada siehe *A Psycho-History of Zionism* von Jay Y. Gonen (Mason J. Charter, New York, 1975), Kapitel 13. Der erwähnte Artikel

von Podhoretz trägt den Titel -The Abandonment of Israel« und ist im Juli 1976 in einer Ausgabe des *Commentary Magazine* erschienen. Der Artikel über Bergmann in der *New York Times* erschien am 14. Juni 1966 und wird im Text erwähnt.

## Anmerkungen

- 1 Im Sechstagekrieg 1967 wurde eine israelische Mirage III abgeschossen, als der Pilot, entweder aus Versehen oder wegen technischer Probleme, in den Luftraum von Dimona eindrang. Im Februar 1973 kam ein libysches Verkehrsflugzeug auf dem Flug nach Kairo infolge eines Navigationsfehlers über der Wüste Negev vom Kurs ab und wurde, da es die Aufforderung zur Landung mißachtete oder nicht empfangen hatte, von Jagdflugzeugen der israelischen Luftwaffe abgeschossen. Dabei kamen 108 der 113 Insassen ums Leben. Israel behauptete, die Maschine habe Dimona zu Spionagezwecken angeflogen.
- 2 Der Physiker Theodore B. Taylor, der Waffen für das amerikanische Atomprogramm konstruierte, schrieb, daß solche Tests mit reduzierter Sprengkraft -überzeugender- seien als Tests mit voller Sprengkraft, weil bei geringer Sprengkraft ein Konstruktionsfehler schneller erkannt werde. In einem Seminar über Rüstungskontrolle legte Taylor 1988 in London ein Papier vor, in dem er feststellte, daß Tests mit niedriger Sprengkraft für Länder mit beträchtlicher Testerfahrung zuverlässig genug seien. -Aber sie können auch für solche Länder nützlich sein-, fügte er hinzu, »die erst Kernwaffen entwickeln, wenn die Tests geheim bleiben sollen.-
- 3 Laut Dino Brugioni ließen sich die Bildauswerter der CIA durch das plötzliche Auftauchen des scheinbar neuen Rasens nicht täuschen. -Es war ein alberner Schachzug von ihnen (den Israelis), und er bestätigte nur, was wir bereits wußten. Auf den Luftaufnahmen war zu sehen, was sie taten. Sie pflanzten Grassoden, Bäume und Büsche. In Beerscheba wächst nichts dergleichen. Ich meine, warum zum Teufel pflanzten sie das Zeug dort und nicht um ihre Häuser? Das machte erst recht auf ihre Aktivitäten aufmerksam.«
- 4 Vermutlich erhielt Washington das falsche Signal, als die Regierung Eschkol nach ausgedehnten Verhandlungen im April 1965 schließlich der amerikanischen Bitte entsprach, die Verantwortung für die Überwachung des Reaktors in Nahal Soreq der IAEA zu übertragen. Bis dahin hatten amerikanische Teams gemäß der ursprünglichen Vereinbarung von 1955 zweimal im Jahr ohne Regelwidrigkeiten eine Inspektion durchgeführt. Im Gegensatz zu Dimona wurde der kleine Forschungsreaktor von Mitarbeitern des Weizman-Instituts ständig für medizinische und wissenschaftliche Forschungen genutzt. Die Bitte der Amerikaner entsprach der Politik der Johnson-Administration, die Schutzfunktion der IAEA zu stärken: Sie behante darauf, daß alle Länder, die sich an dem Programm "Atome für den Frieden- beteiligten, sich der internationalen, und nicht der amerikanischen, Überwachung unterwarfen. Ein weiterer Grund für den Wechsel zu internationaler Sicherung war, laut Aussagen eines ehemaligen Beamten, der im Bereich Proliferation tätig gewesen war, die weitverbreitete Ansicht, daß die bilateralen amerika-

nischen Inspektionen zu lasch seien. Als Gegenleistung für die Einwilligung der Israelis erklärten sich die Vereinigten Staaten bereit, weitere vierzig Kilogramm angereichertes Uran gemäß den Sicherheitsbestimmungen für das Forschungsprogramm in Nahal Soreq zur Verfügung zu stellen.

- 5 Im Jahr 1976 faßte Norman Podhoretz in einem Aufsatz im *Commentary Magazine* eben dieses Argument für Atomwaffen zusammen: Er beschrieb, was Israel tun würde, falls es von den Vereinigten Staaten im Stich gelassen und von den Arabern überfallen werden sollte: -Die Israelis würden ... solange es ginge, mit konventionellen Waffen kämpfen. Wendete sich jedoch das Blatt entscheidend zu ihren Ungunsten und wäre Hilfe in Form von neuen Lieferungen aus den Vereinigten Staaten oder anderen Garanten nicht in Sicht, dann ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie schließlich Atomwaffen einsetzen würden... Es wird immer behauptet, die Israelis hätten einen Masada-Komplex ... aber wenn es sich um einen >Komplex< handelt, bei dem man lieber Selbstmord begeht anstatt sich zu ergeben, und der auf einen analogen Fall in der jüdischen Geschichte zurückgeht, dann ist das Beispiel Samsons, dessen Selbstmord gleichzeitig die Vernichtung seiner Feinde bedeutete, geeigneter als Masada, wo die Zeloten nur sich selbst töteten und nicht die Römer.- Als Podhoretz Jahre später zu seinem Aufsatz befragt wurde, erklärte er, seine Schlußfolgerung im Hinblick auf Samsons Entscheidung sei seine eigene und basiere nicht auf speziellen Informationen von Israelis oder anderen über Israels atomares Potential.
- 6 John Finney von der *New York Times* machte es da mit Floyd Cullers Inspektionen etwas besser. Finney, der für die *Times* dieses Thema weiter recherchierte, berichtete am 28. Juni 1966, das amerikanische Team sei »zu demselben vorsichtigen Schluß gelangt wie vor einem Jahr«, nämlich »daß in dem Reaktor zur Zeit kein Plutonium für Waffen produziert« werde. Der Reporter wies jedoch klugerweise darauf hin, daß die Schlußfolgerung des Teams deshalb -vorsichtig war, weil es schwierig ist, bei einer einmal im Jahr stattfindenden Inspektion nachzuweisen, daß keiner der Brennstäbe entfernt wurde, um das Plutonium zu entnehmen...«
- 7 Ben Gurion war ein begeisterter Tagebuchschreiber, und in späteren Jahren - er starb Anfang 1974 - brachte er viele Stunden damit zu, seine Papiere zu ordnen und seinem Biographen Michael Bar-Zohar zu helfen. Myer Feldman erinnert sich an eines seiner letzten Treffen mit Ben Gurion, an dem auch Teddy Kollek, der Bürgermeister von Jerusalem und langjährige Mitarbeiter des -Alten«, teilnahm. Die beiden Männer standen herum und warteten, während Ben Gurion etwas in sein Notizbuch kritzelte. -Ich fragte Kollek: .Was macht er da?«, und Kollek antwortete mit einem Lächeln: Oh, er fälscht die Geschichte.«

# Kapitel 11

## Bibliographische Hinweise

Das ausführlichste Buch über James Angleton ist *Cold Warrior* von Tom Mangold (Simon und Schuster, New York, 1991). Mangold zeigt auf, daß Angleton in seinem paranoiden Verhalten gegenüber Überläufern immer von Richard Helms bestärkt wurde. Samuel Halpern wurde am 29. April 1991 in seiner Villa in Virginia interviewt. Die CIA-Beurteilung der »Consequences of Israeli Acquisition of Nuclear Capability« ist in dem oben erwähnten Buch von Mordechai Gazit nachzulesen. Eine ausgezeichnete Darstellung des Baus der chinesischen Atombombe ist *China Builds the Bomb* von John Wilson Lewis und Xue Litai (Stanford University Press, Stanford, California, 1988). Das erwähnte Material aus Glenn Seaborgs Buch *Stemming the Tide* (Lexington Books, Lexington, Massachusetts, 1987) stammt aus Kapitel 13, -A Tale of Two Committees-. Das Zitat über Indien stammt aus McGeorge Bundys Buch *Danger and Survival* (Random House, New York, 1988), S. 585. Seaborg beschreibt die Debatte über die Gilpatric-Kommission. Die erwähnte Rede Robert Kennedys wurde am 23. Juni 1965 gehalten; siehe dazu den Kongreßbericht über diesen Tag auf Seite 14 566. Die Schlagzeile des John-Finney-Artikels lautete: -Israel Permits U. S. to Inspect Atomic Reactor-; er erschien am 14. März 1965 auf der ersten Seite der *New York Times*.

## Anmerkungen

- 1 Am 22. Dezember 1974 wurde Angletons Rolle in der Spionageabwehr erstmals in einem Artikel des Autors auf der Titelseite der *New York Times* erwähnt. Angleton und sein Büro wurden mit der Operation CHAOS in Verbindung gebracht, der großangelegten, illegalen Bespitzelungsaktion der CIA von Kriegsgegnern und Dissidenten in Amerika. Bevor der Artikel erschien, erklärte mir Angleton am Telefon, er könne mir bessere Storys liefern - über eine kommunistische Infiltration der Antikriegsbewegung oder über CIA-Agenten in der Sowjetunion -, falls die Spionagegeschichte im Inland nicht veröffentlicht werde. Am Tag der Veröffentlichung - ein Sonntag, wie ich später in der *Times* schrieb - rief mich Angleton sehr früh zu Hause an und beklagte sich, daß Cecily, seine einunddreißigjährige Ehefrau, erst durch meinen Artikel erfahren habe, daß ihr Mann kein Postangestellter war, wie Angleton ihr gegenüber behauptet hatte. -Und nun hat sie mich verlassen«, fügte er hinzu. Der Anruf versetzte mir einen Schock; die Erregung in seiner Stimme schien echt zu sein. Ich murmelte etwas von der Verpflichtung des Journalisten zur Wahrheit, hängte ein und rief einen alten Freund an, der zusammen mit Angleton bei der CIA war. Lachend erzählte er mir, daß Cecily natürlich von Anfang an gewußt habe, womit ihr Mann seinen Lebensunterhalt verdiente, daß sie ihn bereits vor drei Jahren verlassen habe und nach Arizona gegangen, aber schließlich wieder zu ihm zurückgekehrt sei.
- 2 Außerdem versicherte Johnson der Nation, daß seine Regierung über den chinesischen Test nicht überrascht gewesen sei. Zu der Zeit wußte es der

Präsident vielleicht noch nicht, aber beim amerikanischen Nachrichtendienst war man entsetzt, als man anhand von Luftproben feststellte, daß für die chinesische Bombe angereichertes Uran verwendet worden war und nicht, wie die CIA prognostiziert hatte, das leichter herstellbare Plutonium. Die Amerikaner waren davon ausgegangen, China würde das Plutonium aus den verbrauchten Uranbrennstäben eines Reaktors, wie in Dimona, chemisch wiederaufbereiten. Da nun das Gegenteil bewiesen war, glaubten Mitglieder der CIA, China könne das angereicherte Uran für seine Bombe gestohlen oder sich anderweitig beschafft haben.

- 3 Rusk führte seine Streitgespräche auch auf anderen bürokratischen Foren, wobei er sich auf ein mit Atomwaffen bestücktes Indien konzentrierte. Daniel Ellsberg erinnerte sich, daß ihm seine Vorgesetzten im Pentagon nach dem chinesischen Atomtest im Jahr 1964 erzählten, Rusk vertrete den Standpunkt, -Indien brauche eine Atomwaffe als Abschreckungsmittel, und es gebe keinen Grund, warum es keine haben sollte«. Rusks grundlegende Haltung war: -Warum sollten unsere Freunde nun, da unsere Feinde Atomwaffen haben, keine besitzen?-. Es sollte erwähnt werden, daß diese außergewöhnliche Debatte in McGeorge Bundys ausführlicher Geschichte der Atombombe, *Danger and Survival*, aus dem Jahr 1988 keine Beachtung fand. Indiens Streben nach der Bombe, schrieb Bundy, -bleibt eine fragwürdige Auszeichnung, da etwas an diesem rätselhaft zerstörerischen Machtstreben nicht wahrhaft indisch ist-. Bundy hätte noch hinzufügen können, daß es 1964 in Washington ein paar Amerikaner in hohen Positionen gab, die keineswegs meinten, Indiens Streben nach der Bombe sei nicht wahrhaft indisch.
- 4 Zu den Mitgliedern des Gremiums gehörten der pensionierte Allen Dulles, der frühere Außenminister Dean Acheson, der ehemalige Verteidigungsminister Robert A. Lovett, der ehemalige wissenschaftliche Berater im Weißen Haus George B. Kistiakowsky und der IBM-Vorsitzende Arthur K. Watson.
- 5 Kennedy wies auch darauf hin, daß Israel und Indien "bereits waffenfähiges spaltbares Material besitzen und innerhalb weniger Monate eine Atombombe herstellen könnten«. Weitere israelische Fortschritte, fügte er hinzu, »würden die Ägypter zwingen, ihre gegenwärtigen Bemühungen zu intensivieren«. Während die Bemerkungen des Senators in Israel Aufsehen erregten, fanden sie anderswo kaum Beachtung. In dem Bericht über die Kennedy-Rede auf der Titelseite der *New York Times* wurde Israel nicht erwähnt.
- 6 Peres stellte die Ergebnisse der Konferenz falsch dar. Seine Erklärung in der Knesset wurde zuerst von Fuad Jabber in *Israel and Nuclear Weapons* erwähnt; der Bericht wurde 1971 vom Internationalen Institut für Strategische Studien (IISS) in London veröffentlicht. Jabber schrieb, auf der Konferenz,  
: die als Internationales Forum zum Thema Atomwaffen bekannt ist und zum Teil vom IISS gefördert wird, sei tatsächlich der Ruf nach »ernsthaften Bemühungen« laut geworden, über eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten zu verhandeln. Die Versammlung fand vom 23. bis 26. Juni 1966 in Toronto, Kanada, statt.

## Kapitel 12

### Bibliographische Hinweise

Walworth Barbour wird in aktuellen Büchern zur Nahost-Politik nur selten erwähnt. Einer der wenigen, die sich mit Barbour befaßten, war Abba Eban in seiner *Autobiography* (Random House, New York, 1977); Eban beschrieb ihn (S. 297) zutreffend als -korpulent, freundlich und außerordentlich scharfsinnig«. Edward Dale wurde das erste Mal am 7. September 1990 in seinem Heim in Chapel Hill, North Carolina, interviewt. John Hadden wurde am 8. Juni 1989 in Brunswick, Maine, interviewt und später noch viele Male am Telefon. Das Interview mit Peter Jessup fand am 20. März 1989 in Washington statt; später wurde er am Telefon befragt. Carmelo Alba wurde am 10. April 1991 in einem Vorort in Virginia interviewt. Mit Herman Pollack wurde am 21. Mai 1991 ein Telefoninterview geführt. Das erste Telefoninterview mit Max Ben fand am 22. Mai 1991 in seinem Haus in St. Petersburg, Florida, statt; weitere folgten. Clytie Webber, Robert Webbers Frau, sprach am 21. Mai 1991 mit dem Autor über ihren verstorbenen Mann. Eugene Braderman wurde zweimal telefonisch zu seinem Israelbesuch im Jahr 1960 befragt, am 1. Oktober 1990 und im April 1991. Der verstorbene Joseph Zurhellen wurde am 8. September 1989 in New York interviewt. Arnold Kramish berichtete in einem Interview am 5. Juni 1989 über seine Begegnung mit Barbour. Die zitierte Bemerkung Golda Meirs über Barbour ist nachzulesen in -Quiet Envoy to Israel- (*New York Times*, 13. April 1971); das war eine jener seltenen Gelegenheiten, bei der Barbours Name während seiner Zeit als Botschafter in der Presse erwähnt wurde.

### Anmerkungen

- 1 Seine Schwester Ellen spielte während ihrer ausgedehnten jährlichen Besuche in Israel in der Botschaft die Gastgeberin. Auf Barbours Schreibtisch standen Fotos von Ellen und einer anderen Frau. Ein persönlicher Mitarbeiter erinnerte sich, daß Barbour auf die Frage nach dem Foto erklärte, er habe die Frau in Kairo kennengelernt, wo er während des Zweiten Weltkriegs als Regierungsbeamter tätig war. Er habe nach der Bedeutung des Fotos gefragt. -Ich bat sie, meine Frau zu werden, aber sie sagte nein-, antwortete Barbour. Der junge Mitarbeiter war erstaunt: "Sie sagte nein, und trotzdem stand ihr Bild noch zwanzig Jahre später auf seinem Schreibtisch.«
- 2 Hadden bekam Schwierigkeiten mit dem israelischen Außenministerium, weil Alba versehentlich Haddens amerikanische Nummernschilder an einem Jeep anbringen ließ, bevor dieser eine seiner Wochenendtouren in die Wüste Negev unternahm. Alle Wagen von Diplomaten mußten in Israel besondere Nummernschilder haben. Deshalb entfernten die Mechaniker der Botschaft routinemäßig die amerikanischen Nummernschilder von den Privatwagen neu angekommener Diplomaten und schmückten die Wände damit. Alba hatte sich bei der Fahrbereitschaft der Botschaft einen schwarzen Jeep bestellt. Da der Jeep keine Nummernschilder hatte, trug der Oberst

dem Mechaniker in aller Eile auf, ein paar Nummernschilder von der Wand zu nehmen und an dem Jeep anzubringen. Die Nummernschilder gehörten zu Haddens Wagen. Natürlich wurde der Jeep von den Israelis überwacht, und sie protestierten in scharfer Form. Warum schnüffelte der Stationschef der CIA im Negev herum?

- 3 -Wir waren absolut konsequent-, erinnerte sich Herman Pollack, der damalige Leiter des Büros für Internationale Wissenschaftliche und Technologische Angelegenheiten beim State Department. -Keine nachrichtendienstliche Tätigkeit von Wissenschaftsattachés. Ihre Hände sollten sauber bleiben.- Hadden, der die CIA wenige Jahre nach seiner Rückkehr aus Israel verließ, gab lachend zu, daß er »nie auf Organisationspläne und Titel achtete. Alles lief besser, wenn die Leute zusammenarbeiteten und gemeinsam sinnvolle Aufgaben erfüllten.-
- 4 Braderman ist heute pensioniert und lebt in Washington. Er erinnerte sich an den Besuch in Israel im Jahr 1967. -Es ist möglich-, erklärte er, -daß ich etwas in der Art zu Bill Dale gesagt habe.- In Dales Erinnerung, so fügte er hinzu, spiegelte sich sicherlich seine allgemeine Ansicht über die jüdische Loyalität wider.
- 5 Die Dokumente der Johnson Library beweisen, daß Clark Clifford, ein wichtiger Berater des Präsidenten und späterer Verteidigungsminister, die anfänglich laue Reaktion der Regierung bei einer Versammlung des Nationalen Sicherheitsrats am darauffolgenden Tag beklagte: -Meine Sorge ist, daß wir nicht hart genug sind und die Sache nicht so behandeln, als hätten die Araber oder die UdSSR uns angegriffen.- Es sei -undenkbar-, erklärte Clifford den Aufzeichnungen des NSC zufolge weiter, daß Israel, wie es behauptete, die Liberty aus Versehen angegriffen habe.
- 6 Auch die Haltung der CIA änderte sich. Ein ehemaliger hoher Geheimdienstbeamter erinnerte sich, daß nach dem Krieg 1967 im Nachrichtendienst -ein großer Wandel stattfand-. -Ganz plötzlich behaupteten viele, die Israelis seien wunderbar-, fügte der ehemalige Beamte hinzu. -Israelische Informationen waren mit einem Mal unantastbar, und das berufsbedingte Mißtrauen, das man gegenüber einem fremden Nachrichtendienst haben sollte - selbst wenn es sich um einen befreundeten handelte -, verschwand.- Das wurde vor allem in Nixons Amtszeit deutlich. Nixon und Henry A. Kissinger waren in der CIA dafür bekannt, daß sie die Informationen des Mossad über den Nahen Osten denen der CIA vorzogen.

## Kapitel 13

### Bibliographische Hinweise

Yigal Allons hochtrabende Bemerkungen wurden am 11. Dezember 1967 auf S. 1 der *New York Times* gemeldet: -Allon Hints Israel Has Missiles-. Moshe Dayans Warnung an die Sowjets wurde am 7. Juli 1967 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* veröffentlicht. Walter Rostow wurde am 14. Oktober 1990 in der Lyndon B. Johnson Library in Austin, Texas, interviewt. Kissingers Bemerkungen zu

Atomfragen finden sich in dem oben zitierten Buch von Aronson auf S. 397 (Fußnoten). Der zitierte Artikel aus *Time* heißt »How Israel Got the Bomb- und erschien am 12. April 1976. Das Buch *The Plumbat Affair-wurde* von Elaine Davenport, Paul Eddy und Peter Gillman geschrieben (J. B. Lippincott Company, Philadelphia, 1978).

## Anmerkungen

- 1 Im Jahr 1966 berief Premierminister Eschkol einen Vertreter der Firma Tahal in die erweiterte israelische Atomenergiekommission. Der Mann arbeitete im neuen Unterkomitee für Energie und Wasser. Raketensilos könnten auch getarnt als Rohre für Wasserleitungen nach Israel verschifft worden sein.
- 2 Von amerikanischen Geheimdienstlern habe ich später erfahren, die USA hätten erst Anfang der siebziger Jahre eine schriftliche Kopie der sowjetischen Liste nuklearer Ziele in die Hände bekommen. Einige mündliche Informationen über sowjetische Ziele seien jedoch vorgelegen, und diese Daten, die in der CIA und anderswo nur wenigen Individuen bekannt gewesen wären, könnten möglicherweise an die Israelis weitergegeben worden sein.
- 3 1955 waren die Mapai und die Ahdut Avodah übereingekommen, in der Knesset bei allen außenpolitischen Fragen gemeinsam abzustimmen. Nach dem Krieg 1967 verschmolzen die beiden Parteien mit der Rafi zur Arbeiterpartei. Im nächsten Jahr beschloß auch die Mapam, bei einigen Themen gemeinsam mit der vereinigten Arbeiterpartei abzustimmen und mit einer gemeinsamen Liste zu kandidieren, allerdings ohne sich formell mit der Arbeiterpartei zu vereinigen.
- 4 Im April 1976 berichtete *Time*, kurz nach dem Sechstagekrieg habe Dayan den geheimen Befehl erteilt, mit dem Bau [einer Wiederaufbereitungsanlage] zu beginnen-. Dem Magazin zufolge sei Premierminister Eschkol dann der Ansicht gewesen, es gehe -nur noch um die Absegnung eines Projektes, das längst im Gange« sei. Der Artikel enthielt zwar falsche Informationen über die Wiederaufbereitungsanlage, die ja 1967 schon fertiggestellt war, aber er lieferte der Welt die ersten Fakten über das israelische Atomwaffenprogramm. Der Artikel war nicht namentlich gekennzeichnet, vermutlich weil die Informationen auf David Halevy zurückgingen, der als israelischer Bürger der Regierungszensur unterlag. Halevy, ein früherer Geheimdienst- und Armeeeoffizier, war für seine guten Kontakte in der israelischen Regierung und in israelischen Geheimdienstkreisen bekannt; in der israelischen Regierung, die den Bericht offiziell dementierte, war die Auffassung verbreitet, die Fakten habe überwiegend Moshe Dayan geliefert.

# Kapitel 14

## Bibliographische Hinweise

Dan Rather stellte seine Frage an den Präsidenten auf der Pressekonferenz vom 19. Dezember 1967. Die hier zitierten Dokumente wurden dem Autor unter dem Freedom of Information Act zugänglich gemacht; sie sind in der Lyndon B. Johnson Library archiviert. James Critchfield wurde am 13. April 1989 interviewt und später nochmals telefonisch. Hany McPherson wurde telefonisch am 8. Mai 1991 interviewt. Carl Ducken wurde in seinem Haus in Hutchins, Virginia, am 27. Juni 1991 interviewt. Über Richard Helms' mißlungenen Versuch, Johnson von der israelischen Bombe zu berichten, gibt es zahlreiche Publikationen; siehe zum Beispiel -LBJ Was Told in '68 That Israel Had Bomb- von John J. Fialka, *Washington Star* vom 1. März 1978, S. 1. Paul Warnke wurde am 23. März 1989 interviewt und später nochmals telefonisch. Yitzhak Rabins Bericht findet sich in *The Rabin Memoirs* (Little, Brown and Company, Boston, 1979), S. 141. Der verstorbene Harry Schwanz wurde am 14. Juli 1989 in seinem Haus bei Easton, Maryland, interviewt. Rothschilds Pipeline-Geschäft wurde zum ersten Mal in der *New York Times* vom 18. Juli 1959 gemeldet: -Rothschild Investment Group To Operate Pipeline in Israel.« Bill Moyers wurde am 18. Februar 1991 telefonisch interviewt.

## Anmerkungen

- 1 James Critchfield, ein langjähriger CIA-Beamter, leitete 1967 die Nahost-Abteilung. Er berichtet, Dayan und Zwi Zamir, damals Chef des Mossad, hätten am Ende des Sechstagekrieges mit ihm und James Angleton den kurzen und erfolglosen Versuch unternommen, die Übergriffe im Westjordanland und anderswo zu verhindern. Das Ziel sei gewesen, ein schnelles Abkommen über den Tausch von Land gegen Frieden zu treffen, bevor die Israelis mit der Besiedlung der besetzten Gebiete begännen. Dayan und Zamir seien überzeugt gewesen, sagte Critchfield, eine solche Besiedlung würde -eine katastrophale Entwicklung« einleiten. -Wir müssen das sofort unterbinden, sonst schaffen wir ein *Fait accompli*.« Mit König Hussein von Jordanien sollten Verhandlungen geführt werden. Hussein war spät und nur widerstrebend in den Krieg eingetreten und zeigte Interesse, über ein Ende der israelischen Angriffe auf sein Land und seinen Thron zu verhandeln. »Wir begannen zu verhandeln und machten Fortschritte«, sagte Critchfield. -Ich hatte McGeorge Bundy davon informiert, und er war einverstanden damit. [Bundy war kurzzeitig als Johnsons spezieller nationaler Sicherheitsassistent für Nahost ins Weiße Haus zurückgekehrt.] Zwölf Tage nach Kriegsende dachte ich, wir müßten Mac daran erinnern, was wir taten.« Im Weißen Haus wurde ein Treffen mit Bundy und Nicholas Katzenbach arrangiert, der damals im Außenministerium war. -Sie sagten uns, wir sollten aufhören damit-, sagte Critchfield. -Angleton vertrat die Ansicht, wenn wir nicht jetzt, mit der Unterstützung Dayans und Zamirs, handelten, würde das Westjordanland besiedelt werden. Als wir hinausgingen, sagte Mac zu mir: -Ich hatte ganz

- vergessen, wie hitzig Angleton werden kann. Wir waren zusammen in Yale.» Später sagte Katzenbach, er könne sich nicht an das Treffen erinnern. Critchfield, der die CIA 1974 verließ, wunderte sich nicht über diese Gedächtnislücke: -Sie haben einen Fehler gemacht und wollten ihn vergessen.-
- 2 Duckett gab allerdings zu, ein paar Jahre später sei sein Vertrauen in Teller erschüttert worden. Der Anlaß war, daß Teller wieder ein Treffen arrangiert hatte, um seine Überzeugung kundzutun, die Sowjetunion würde am 4. Juli 1976, dem 200. Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeit, einen thermonuklearen Erstschlag gegen die USA führen.
  - 3 Im Gegensatz zu seinem Ruf als souveräner Geheimdienstler war Helms ein schlimmerer Bürokrat, als die meisten Journalisten und Regierungsbeamten in Washington sich vorstellen konnten. Einer von Helms' höheren Stellvertretern erinnerte sich, daß Johnson in seinem letzten Amtsjahr voller Zorn eine vierundzwanzigstündige komplette Einstellung des Nachrichtenverkehrs der CIA, soweit Vietnam betroffen war, anordnete. Der Präsident wollte verhindern, daß Informationen durchsickerten und nahm anscheinend an, den gewaltigen Nachrichtenfluß der CIA zu unterbinden, sei diesem Zweck dienlich. Das vollständige Abbrechen aller Kommunikationswege barg natürlich einige Risiken in sich, und das höhere CIA-Personal erwartete, Helms würde den unvernünftigen Präsidentenbefehl ignorieren oder übergehen. Nichts dergleichen. Trotz besseren Wissens führte Helms den Befehl aus und unterbrach den Nachrichtenfluß. -Die Befehlsgewalt eines Präsidenten stellt man nicht in Frage-, sagte der CIA-Direktor zu seinen verunsicherten Mitarbeitern.
  - 4 Israel hatte auch anderen Geldgebern ähnlich lukrative Geschäfte zugeschanzt. 1959 zum Beispiel bekam Tricontinental Pipelines Ltd., eine internationale Investment-Gruppe (die Mehrheit hielt Baron Edmund Rothschild), die Konzession zum Betreiben einer Sechzehn-Zoll-Pipeline von Elat über Aschdod nach Haifa. Der Vertrag wurde vom damaligen Finanzminister Levi Eschkol für Israel unterschrieben und verpflichtete den Staat, in den nächsten fünfzehn Jahren mindestens 1,5 Millionen Tonnen Öl durch die Pipeline zu pumpen. Edmund Rothschild leistete laut Feinberg ebenfalls sehr großzügige Beiträge zur Anschubfinanzierung von Dimona.

## Kapitel 15

### Bibliographische Hinweise

Die beste Einführung in den Bau von Atomwaffen ist *U. S. Nuclear Warhead Production* (Bd. II) von Thomas B. Cochran, William M. Arkin, Robert S. Norris und Milton M. Hoenig (Ballinger Publishing Company, Cambridge, Massachusetts, 1987). Vanunus-Story erschien erstmals in der Londoner *Sunday Times* vom 5. Oktober 1986 unter dem Titel »Revealed: The Secrets of Israel's Nuclear Arsenal-. Sie wurde vom -Insight-Team der Zeitung unter der Leitung von Peter Hounan geschrieben. Eine ausführliche Analyse Vanunus und zusätzliche Informationen aus seinen Interviews mit der *Sunday Times* finden sich in *The Invisible*

*Bomb* von Frank Barnaby (I. B. Tauris & Company, London, 1989). Einzelheiten über Vanunus Leben und die Interviews mit der *Sunday Times* finden sich in *Triple Cross* von Louis Toscano (Birch Lane Press, New York, 1990). Der Einsatz von Robotertechnik bei der Produktion von Atomwaffen wird kurz in *-Machining Hemispherical Shells-* beschrieben (in der 1988er Ausgabe von *Research Highlights*, veröffentlicht vom Los Alamos National Laboratory). George Cowan wurde telefonisch am 9. September 1990 in Mexiko interviewt; Hans Bethe wurde am 21. Januar 1991 in seinem Büro im California Institute of Technology interviewt.

## Anmerkungen

- 1 Vanunu beschrieb Frank Barnaby, einem Nuklearphysiker und früheren Angestellten der britischen Kernwaffenanlage in Aldermaston, die Kühlvorrichtungen. Auf Bitte der *Sunday Times* sprach Barnaby zwei Tage lang mit Vanunu, weil er sich ein Urteil über dessen Glaubwürdigkeit bilden wollte. Der *Sunday Times* zufolge kam er zu dem Schluß, Vanunus Bericht sei *-absolut überzeugend-*. Später wurde Barnaby Direktor des Internationalen Friedensforschungsinstituts Stockholm (SIPRI).
- 2 Solche Modelle werden beim amerikanischen Militär gewöhnlich zu Ausbildungszwecken und bei militärischen Instruktionen benutzt. Es liegt auf der Hand, daß niemand neben einem voll einsatzfähigen Atomsprengkopf arbeiten will, der mit hochangereichertem Material gefüllt ist. Die Modelle sind, was ihre Größe und ihr Design angeht, originalgetreue Nachbildungen eines normalen Sprengkopfes. Die amerikanischen Experten nahmen an, daß die israelischen Modelle ihren Originalen sehr ähnelten.
- 3 Vanunu sagte, der Dampf sei durch Korrosion und Lecks in wechselndem Maße verseucht gewesen und nur bei Westwind abgelassen worden, der ihn dann zur jordanischen Grenze etwa vierzig Kilometer östlich getrieben habe. Eine dieser abgelassenen Dampfwolken wurde offenbar im Jahr 1965 von Armeeoberst Carmello Alba fotografiert, was der CIA den ersten konkreten Hinweis lieferte, daß Dimona in Betrieb war.
- 4 Als die amerikanischen Truppen 1991 im »Wüstensturm- Krieg gegen den Irak führten, waren sie mit uranverstärkten Geschossen und uranverstärkter Panzerabwehrmunition ausgerüstet. Einige amerikanische Panzer hatten als zusätzlichen Schutz Panzerplatten, die auch Uran enthielten.
- 5 Der nukleare Brennstoffzyklus funktioniert so präzise, daß Wissenschaftler i bei einem gegebenen Ausstoß ausrechnen können, wieviel Uran in Dimona verbraucht wurde. Laut Vanunu betrug die Fließgeschwindigkeit des aufgelösten Urans und Plutoniums durch die chemische Wiederaufbereitungsanlage im Durchschnitt 20,9 Liter pro Stunde, wobei die Urankonzentration 450 Gramm pro Liter und die Plutoniumkonzentration 170 bis 180 Milligramm pro Liter betrug (oder 0,39 Milligramm Plutonium pro 1 Gramm Uran). Vanunu sagte allerdings, die tatsächliche Fließgeschwindigkeit im Tunnel habe die Standardfließgeschwindigkeit normalerweise um 150 bis 175 Prozent überstiegen, was bedeuten würde, daß jährlich sogar 37 Kilogramm Plutonium wiederaufbereitet wurden, bei einer kontinuierlichen Betriebszeit von jährlich acht Monaten. Nukleartechniker haben auf Vanunus Behauptung hingewiesen, der abgebrannte Uranbrennstoff in Dimona habe

eine geringere Plutoniumkonzentration enthalten - ungefähr 0,3 statt 0,39 Milligramm pro Gramm -, was bedeuten würde, daß nicht weniger als 125 Tonnen Uran erforderlich wären, um den Reaktor zu beschicken - wesentlich mehr als offiziell geschätzt. Ohne den Leistungsausstoß und die Betriebsgeschichte des Reaktors zu kennen, ist es unmöglich, auch nur grob zu schätzen, wieviel Plutonium in Dimona produziert wurde. Diese Daten bleiben ein streng gehütetes israelisches Staatsgeheimnis. - Die generelle Genauigkeit und wissenschaftliche Überprüfbarkeit von Vanunus Zahlen machen ihn bei amerikanischen Geheimdienstlern noch glaubwürdiger.

## Kapitel 16

### Bibliographische Hinweise

Nixon äußerte sich in dieser Weise zum Atomwaffensperrvertrag am 8. September 1968 in Pittsburgh und am 11. September in Charlotte (North Carolina). NSDM 6 unterliegt offenbar immer noch der Geheimhaltung und befindet sich im Besitz des Autors. Morton Halperin wurde am 10. Juni 1991 in Washington interviewt. Charles Van Doren wurde am 29. Mai 1989 in Washington interviewt. Auch NSDM 32 befindet sich im Besitz des Autors. Hedrick Smiths Geschichte erschien unter der Überschrift -U.S. Assumes the Israelis Have A-Bomb or Its Parts- in der *New York Times* vom 19. Juli 1970 auf S. 1. Smith wurde am 9. Mai 1991 über die Geschichte interviewt. Glenn Cella wurde am 31. März 1989 und auch später noch interviewt. David Long wurde am 18. Januar 1991 telefonisch interviewt. Curtis Jones wurde am 6. September 1990 in Chapel Hill (North Carolina) interviewt. Der Artikel von Norris, Cochran und Arkin erschien als >History of the Nuclear Stockpile- im *Bulletin of the Atomic Scientists* vom August 1985. Über Gerald Bull ist einiges veröffentlicht worden; ein guter Artikel ist »The Guns of Saddam« von William Scott Malone, David Halevy und Sam Hemingway in der *Washington Post Outlook Section* vom 10. Februar 1991. Über Israels Fortschritte bei dem Laserverfahren zur Urangewinnung wurde zum ersten Mal von Robert Gillette unter der Überschrift -Uranium Enrichment: Rumors of Israeli Progress with Lasers- im *Science Magazine* vom 22. März 1974 berichtet. Nicholas Veliotos wurde zum ersten Mal am 20. Juni 1989 in Washington interviewt. Das Zitat von Moshe Dayan über das Ende des Dritten Tempels findet sich in dem erwähnten Artikel im *Time Magazine* vom 12. April 1976; es wird auch bei Pry zitiert.

### Anmerkungen

- 1 Im November 1969 entschieden Kissinger und Nixon, wegen »Haushaltspässen« könnten die USA den vieldiskutierten israelischen Wunsch nach einer mit Kernenergie betriebenen Entsalzungsanlage nicht unterstützen. Israelische Beamte meinten jedoch, diese Entscheidung sei nicht finanziell bedingt gewesen. Vielmehr habe man befürchtet, daß eine solche Anlage nach dem Sechstagekrieg und im wiederaufgenommenen Abnutzungskrieg

mit Ägypten ein allzu verlockendes Ziel für arabische Terroristen sei. Dennoch setzte diese Entscheidung, die als NSDM 22 bekanntgemacht und von Kissinger im Namen des Präsidenten unterschrieben wurde, den Schlußpunkt unter einen Streit: Nun ging es nicht mehr darum, eine etwaige Finanzhilfe für die Anlage an Inspektionen durch die IAEA zu knüpfen.

- 2 Helms verstand wenig von Wissenschaft und Technik; es fiel ihm schwer, als CIA-Direktor vor der Atomenergiekommission auszusagen, wie es seine Position erforderte. Man muß ihm laut Duckett aber zugute halten, daß er sich um Abhilfe bemühte. Unter strenger Geheimhaltung wurden ein paar "Fortbildungsveranstaltungen« in seinem Büro arrangiert. Bei der ersten Lektion wurde er von seinem -Lehrer-, einem der führenden Experten der CIA auf dem Gebiet der Kernspaltung, gefragt, ob er auf der High School Physik gehabt habe. Die Antwort war nein. -Schön-, sagte der Lehrer, »dann fangen wir mit dem Periodensystem der Elemente an.« Helms machte schließlich zusammen mit Duckett und anderen Regierungsbeamten einen eintägigen Besuch im unterirdischen Atomwaffentestgelände in Nevada. Nachdem er fast acht Jahre lang Leiter der CIA gewesen war, wurde er Anfang 1973 von Richard Nixon als Botschafter in den Iran geschickt.

3 Zwischen 1945 und 1985 produzierten die USA schätzungsweise 60 000 atomare Sprengköpfe für 116 Waffensysteme; die durchschnittliche Tagesproduktion betrug vier Stück. Dabei handelte es sich um ein breites Spektrum von Sprengkörpern; von riesigen thermonuklearen Sprengköpfen, mit denen man ganze Städte verwüsten kann, bis zu Mini-Atombomben, die eine Bazooka von einem Jeep abfeuern kann. 1985 schrieben drei Kritiker des amerikanischen Atomwaffenarsenals, Robert Norris, Thomas Cochran und William Arkin, das »bürokratische Konkurrenzgebaren und die bürokratische

» Trägheit haben dazu geführt, daß Atomsprengköpfe für jeden vorstellbaren militärischen Zweck, für jede Waffengattung und für jedes geographische Szenario hergestellt wurden. Der technologische Enthusiasmus hat eine nüchterne Analyse dessen, was zur Abschreckung ausreichen würde, beiseite gefegt. Das Ergebnis ist ein gigantisches System von Atomwaffen - Laboratorien, Produktionsstätten, Truppenteilen und so weiter -, das sich selbst perpetuiert und das arbeitet, ohne daß vor der Öffentlichkeit darüber Rechenschaft abgelegt werden müßte.-

- 4 Bull wurde im März 1990 vor seinem Haus in Brüssel von Attentätern getötet; der Verdacht wurde laut, daß die Israelis die Hintermänner der Mörder waren. Zum Zeitpunkt seines Todes hatte Bull auch für das irakische Militär geleistet, was er schon für die Israelis getan hatte. In Israel machte man sich auf höchster Ebene Sorgen darüber, daß Bull eine »Superkanone- für die Iraker konstruieren könnte; eine Langstreckenwaffe, die der Irak (wie die Israelis nur zu gut wußten) mit chemischen, biologischen und konventionellen hochexplosiven Sprengköpfen bestücken und Israel bedrohen könnte. Bulls Verträge mit Israel liefen Mitte der siebziger Jahre aus; seine Firma, die , Space Research Corporation (SRC), machte später mit Südafrika und China Geschäfte. Seine Fabrik stand auf einem zweiunddreißig Quadratkilometer großen Gelände, das von Kanada in den US-Bundesstaat Vermont hineingerichte. Teilhaber Bulls in der SRC war in den siebziger Jahren die Arthur D. Little Company, eine hochangesehene Firma, die sich mit der Erforschung von Management-Fragen befaßte. Vier Leute von Arthur D. Little saßen in

der Direktion der SRC. Der geheimnisvolle Bull saß sechs Monate in einem amerikanischen Bundesgefängnis, nachdem er sich 1980 schuldig bekannt hatte, Geschütze, Granaten und ein Radarfahrzeug ohne Genehmigung nach Südafrika verkauft zu haben. Allerdings behauptete er bis zu seinem Tod, seine Aktivitäten in Südafrika seien von den amerikanischen Geheimdiensten abgesehen gewesen.

- 5 Nach dem Sechstagekrieg war das biblische Terrain im Westjordanland und im Gazastreifen wieder für israelische Forscher und Archäologen zugänglich. Dayan ließ einige Gebiete, die für ihren Reichtum an Altertümern bekannt waren, vom Militär absperren und erzürnte damit seine Landsleute. Dann schaffte er viele unschätzbar wertvolle Kunstwerke mit Hilfe der Truppen zu seinem persönlichen Nutzen fort. Schließlich legte er hinter seinem Haus in Zahala, einem Nobelprevort von Tel Aviv, sogar einen Garten mit Fundstücken aus den Grabungen an. Solcherlei Aktivitäten des Verteidigungsministers führten manchmal zu kritischen Reaktionen in der israelischen Presse, aber niemals zu einer Untersuchung durch die Regierung. Amerikaner, die als Diplomaten und Militärattachés in Israel Dienst taten, haben berichtet, sie hätten Dayan antike Objekte abgekauft. Sie hätten stets in amerikanischen Dollar bezahlen müssen.
- 6 Am meisten machte dem Spezialteam die Frage zu schaffen, wie die KGB-Spione die Informationen außer Landes brachten. Einmal hätten sich die Ermittler an die National Security Agency um Hilfe gewandt, sagte ein gutunterrichteter Israeli, aber die NSA konnte auch nicht aushelfen. Jahre später wurde dann ein iranischer General festgenommen, der für den KGB im Iran spionierte. Er trug ein amerikanisches Satellitenkommunikationsgerät bei sich, mit dem er seine Berichte durchgab. -Als er verhaftet wurde-, fügte der frühere israelische Offizier hinzu, -gab es ein großes Aha-Erlebnis: >Das erklärt also, warum keine Kommunikationen [aus Israel hinaus] abgefangen wurden.' Die Sowjets hatten das amerikanische Satcom-Gerät gestohlen und wußten es besser einzusetzen als wir.«

## Kapitel 17

### Bibliographische Hinweise

Zum Jom Kippur Krieg gibt es viele Veröffentlichungen und zahlreiche Berichte in Memoirenform von Kriegsteilnehmern. Unterschiedliche Standpunkte können in folgenden Artikeln nachgelesen werden: -Kissinger and the Yom Kippur War« von Edward N. Luttwak und Walter Laqueur im *Commentary Magazine* vom September 1974; "Arab-Israeli Conflict: Implications of Mass Destruction Weapons« von Avigdor Haselkorn, *Global Affairs* vom Winter 1988; «The Relevance and Irrelevance of Nuclear Options in Conventional Wars: The 1973 October War« von Yair Evron im *Jerusalem Journal of International Relations*, Bd. 7, Nr. 1-2, 1984; und -The Soviet Nuclear Threat Toward the Close of the Yom Kippur War« von Yona Bandmann und Yishai Cordova, *Jerusalem Journal of International Relations*, Bd. 5, Nr. 1, 1980. Siehe auch die oben erwähnten Werke von Shai Feldman

und Schlomo Aronson. Mohammed Heikai wurde am 3. Juli 1991 telefonisch in seinem Büro in Kairo interviewt. Die Zitate von Henry Kissinger über sein Treffen mit Botschafter Dinitz und anderes sind Kapitel XI seiner *Memoiren 1973-1974, Band 2 entnommen* (Lizenzausgabe mit Genehmigung der C. Bertelsmann Verlag GmbH, München, 1982, S. 576-579 und S. 604). Trotz vieler Anrufe in seinem Büro und bei seinen früheren Kollegen in der US-Regierung ließ sich Kissinger nicht über den Krieg von 1973 interviewen. Hermann Eilts wurde am 10. Juli 1991 telefonisch in Boston interviewt. James Schlesinger wurde am 25. April 1989 in Washington interviewt; William Colby am 10. Januar 1991, ebenfalls in Washington. Die Brüder Kalb veröffentlichten wichtige Auszüge aus ihrem Material über den Krieg von 1973 in *Kissinger* (Little, Brown and Company, Boston, 1974) im *New York Times Magazine* vom 23. Juni 1974 unter der Überschrift »Twenty Days in October«. Patrick Parker wurde Anfang Dezember 1990 in Washington interviewt. Orwin Talbott wurde am 10. Dezember 1990 telefonisch in Annapolis (Maryland) und ein zweites Mal am 20. Juni 1991 interviewt. Bruce Williams wurde am 28. November 1990 in Washington interviewt. Über Kissingers Auftrag an die CIA, einen Bericht über das israelische Atomwaffenarsenal zu liefern, wurde zum ersten Mal von Benjamin Welles im *Christian Science Monitor* vom 6. Dezember 1973 berichtet: -Kissinger Orders CIA Study of Israel's A-Weapons Capability«. Über Ducketts Probleme mit der Schätzung von 1974 ist umfangreich berichtet worden; siehe zum Beispiel -How Israel Got the Bomb- von John Fialka, *The Washington Monthly* vom Januar 1979.

## Anmerkungen

- 1 Der Karrierediplomat Edts wurde 1979 - nach sechs Jahren als Botschafter in Ägypten - Direktor des Zentrums für internationale Beziehungen an der Universität Boston.
- 2 Laut einem Augenzeugen sagte Kissinger im Rahmen seiner Pendeldiplomatie bei einem Gespräch mit Golda Meir unvermittelt: -Erstens bin ich Amerikaner; zweitens bin ich Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika; und drittens bin ich Jude.- Wie aus der Pistole geschossen antwortete Golda Meir: -Ist schon gut, mein Sohn, hier lesen wir von rechts nach links.-
- 3 Die Mehrzahl der höheren Beamten und Berater in Kissingers Umgebung, so auch William Colby, sprachen sich für die Alarmbereitschaft aus. Colby erinnerte sich, daß die Nachrichtendienste kontinuierlich gemeldet hatten, die Sowjetunion bereite ihre besten Luftlandtruppen und ihre Transportflugzeuge für den Einsatz im Nahen Osten vor. In der Nacht, als die Alarmbereitschaft angeordnet wurde, hätten die amerikanischen Nachrichtendienste -die [sowjetische] Luftflotte aus den Augen verloren. Wir fürchteten, sie sei [mit Luftlandtruppen in den Nahen Osten] unterwegs.« Ein anderer höherer Berater des Nationalen Sicherheitsrats bestätigte Colbys Bericht und fügte hinzu: -Ich dachte, sie seien im Anmarsch« - ein Standpunkt, von dem er auch Kissinger überzeugte. Der Berater des Nationalen Sicherheitsrats sagte, weder er noch Kissinger hätten vorausgesehen, daß sich die Nachricht von der erhöhten Alarmbereitschaft so schnell verbreiten würde. -Wir wollten den Sowjets gar kein Zeichen geben. Es war uns einfach nicht klar, daß die Armee Mannschaften und Unteroffiziere aus dem Urlaub zurückrufen

würde«, wovon die Presse auf jeden Fall erfahren mußte. Ein anderer hoher amerikanischer Beamter, der alle verfügbaren Informationen einsehen durfte, betrachtete die Aktionen beider Supermächte nur als -Drohgebärden. Wir drohten öffentlich damit, im Sinai einzurücken, und die Sowjets antworteten mit einem Contra.«

- 4 Die Task Force 157 sollte in der Türkei den sowjetischen Schiffsverkehr auf dem Schwarzen Meer observieren. Laut einem früheren Mitglied der Einheit hatte sie keine Möglichkeit, die Korrektheit ihrer Erkenntnisse unabhängig zu verifizieren. Sie habe aus speziell zu diesem Zweck rekrutierten türkischen Bürgern bestanden, die keine unmittelbaren Einschätzungen vornehmen konnten, sondern ihre Bänder und andere Daten per Luftpost zur Analyse nach Washington schickten. Der Schluß, an Bord des sowjetischen Frachters seien Sprengköpfe, sei in einem Marinelabor in Washington gezogen worden und nicht in der Türkei: »Wir (im Feld) hatten nie eine Ahnung davon, ob eine Sache heiß war oder nicht.«
- 5 Eine andere noch ungelöste Frage im Zusammenhang mit dem Jom Kippur Krieg betrifft die nukleare Abschreckung: Haben Ägypten und Syrien bei ihren ersten Angriffen Zurückhaltung geübt, weil sie fürchteten, ein tieferes Vordringen ins Feindesland würde eine nukleare Reaktion provozieren? Mohammed Heikai zum Beispiel behauptete, die sowjetischen Berichte über die israelische Atombewaffnung seien zwar ernst genommen worden, hätten aber im großen und ganzen keinen Einfluß auf die militärischen Operationen der Ägypter gehabt. Die militärischen Ziele Ägyptens seien von Anfang an streng begrenzt gewesen. Es gibt klare Hinweise darauf, daß auch Syrien seiner Armee einen sehr begrenzten Auftrag gab: Sie kam mehr als einen Tag vor Golda Meirs Küchenkabinettsitzung in Tel Aviv (auf der die nukleare Mobilmachung beschlossen wurde) zum Stillstand, und zwar ohne einen Gegner vor sich zu haben. Man muß wohl davon ausgehen, daß die syrischen und ägyptischen Militärstrategen wußten, daß jedes tiefe Eindringen über die Grenzen von vor 1967 hinaus einen massiven, vielleicht atomaren Gegenangriff ausgelöst hätte. Daß ein solcher Vormarsch nicht geplant oder unternommen wurde, hatte viel mehr mit dem Mythos der militärischen Unbesiegbarkeit der Israelis als mit Befürchtungen wegen der Kernwaffen aus Dimona zu tun.
- 6 Bei dem Treffen mit Elazar wurde Talbott von Oberst Bruce Williams begleitet, dem amerikanischen Heeresattaché in Israel. Auch Williams hatte Elazars Bemerkungen als sehr aufschlußreich in Erinnerung: -Ich weiß nicht mehr wörtlich, was er sagte, aber es war unmißverständlich: Israel sei bereit zum Einsatz von Atomwaffen gegen die Syrer gewesen, wenn diese den Durchbruch geschafft hätten.«
- 7 Eine dieser gemeinsamen Anlagen (im Hermon-Gebirge nördlich der Golanhöhen) wurde in den ersten Kriegstagen von den Syrern überrannt. Laut einem früheren israelischen Geheimdienstler waren innerhalb von fünfzehn Minuten sowjetische Hubschrauber da, und die Besatzungen bauten die Geräte ab. Es war ein herber Verlust. Nicht weniger als sieben unterirdische Stockwerke waren vollgepackt mit den empfindlichsten Lausch- und Aufzeichnungsapparaturen, die nun alle in sowjetische Hände fielen. Nach dem Krieg forderte Israel die Rückgabe der zerstörten Anlage.

## Kapitel 18

### Bibliographische Hinweise

John Fialka, der damals für den *Washington Star* arbeitete, und David Burnham, damals bei der *New York Times*, schrieben ausführlich über Zalman Shapiro, vgl. Burnhams Beitrag -The Gase of the Missing Uranium« in *Atlantic Magazine* (April 1979). Beide Reporter stellten wiederholt Fragen nach Shapiros Aktivitäten, betonten aber auch, daß ihm kein Fehlverhalten zur Last gelegt werden konnte. Einen ganz anderen, eher konventionellen Ansatz bietet James Adams, *The Unnatural Alliance* (Quartet Book, London, 1984), der die Behauptung aufstellt (S. 152), Shapiro sei ein Agent des Mossad gewesen. Nicht viel besser ist das Buch von Andrew und Leslie Cockburn, *Dangerous Liaison* (Harper Collins, New York, 1991), vgl. Kapitel 4: -A Sword for Damocles«. Die Dokumente und Berichte, die darin zitiert werden, sind nach dem Freedom of Information Act frei zugänglich - Tausende von Seiten von NUMEC und die damit verbundenen Probleme. Zalman Shapiro wurde wiederholt telefonisch von Pittsburgh aus interviewt; das erste Interview fand am 12. April 1991 statt. George Murphy wurde telefonisch am 30. Mai 1989 und danach interviewt. James Lovett wurde am 11. Juli 1991, James Cbran am 16. Juli 1991 interviewt. Victor Gilinsky wurde am 12. Juni 1989 in einem Vorort von Maryland und später telefonisch interviewt. Cynthia Virostek wurde telefonisch am 17. Juli 1991 interviewt; sie hat ausführliche Akten über NUMEC angelegt. Der Verfasser möchte ihr auf diesem Wege für ihre großzügige Hilfe danken. Das zitierte Dementi von Jody Powell wurde am 26. Oktober 1977 in der *New York Times* in dem Artikel »White House Discounts Allegations About Israeli Theft of Uranium« von Charles Mohr veröffentlicht. Ducketts TV-Auftritt erfolgte in der Sendung *ABC News Closeup*, »Near Armageddon: The Spread of Nuclear Weapons in the Middle East« am 27. April 1981. Henry Myers sprach mit dem Verfasser am 17. November 1980 zum ersten Mal über NUMEC und Shapiro, und später noch einige Male. Peter Stockton sprach mit dem Verfasser am 26. Januar 1988 zum ersten Mal über Shapiro. Über die Bereitstellung von Geldern für die Entseuchung der NUMEC-Anlage durch den Kongreß berichtete *UPI International* am 28. Oktober 1990 unter dem Titel »Congress OKs Money for Cleanup of Nuclear Site«. Die Schätzung, daß mehr als 100 Kilogramm Uran wiedergewonnen wurden, stammt von einem leitenden technischen Beamten der Nuclear Regulatory Commission, der die Rechenschaftsberichte von Babcock & Wilcox an die NRC begutachtete. Berichte dieser Art sind nach dem Freedom of Information Act zugänglich.

### Anmerkungen

- 1 Cynthia A. Virostek, eine Hausfrau aus Apollo, unternahm eine Kampagne, um der Öffentlichkeit das potentielle Risiko einer Verseuchung durch die Aufbereitungsanlage bewußt zu machen. 1990 wurde sie in den Stadtrat gewählt, vor allem aufgrund der Wirkung ihres Protests. Mrs. Virostek war damals 35 Jahre alt; sie lebt mit ihrem Mann und zwei Söhnen nur 150 Meter

von der Babcock & Wilcox-Anlage entfernt. Ihr Protest wurde Anfang der achtziger Jahre durch die Ankündigung des Unternehmens ausgelöst, man wolle die Anlage entseuchen. -Das hat mir sozusagen die Augen geöffnet«, erklärte Mrs. Virotek. -Ich fing an, Fragen über die Anlage zu stellen, aber ich bekam keine Antwort.« Sie begann eine erbarmungslose Kampagne mit Anfragen, berief sich auf die Informationsfreiheit und wollte Informationen an die Öffentlichkeit bringen. In einer Untersuchung des Gesundheitsamtes von Pennsylvania wurde Mrs. Virotek zufolge schließlich festgestellt, daß in ihrem Wohnort die statistische Zahl der Krebstoten deutlich höher lag als in den anderen Orten der unmittelbaren Umgebung.

## Kapitel 19

### Bibliographische Hinweise

Ari Ben-Menashe nahm im August 1990 erstmals Kontakt mit dem Verfasser auf. Das erste Interview fand am 11. April 1991 in Cincinnati, Ohio, statt. Später wurde er in Washington und sehr häufig telefonisch interviewt. Für eine umfassende Darstellung von Menachim Begins Charakter vgl. Amos Peremutter, *The Life and Times of Menachim Begin* (Doubleday and Company, Garden City, New York, 1987). Malcolm Toon wurde am 20. Mai 1991 telefonisch interviewt; auf der Grundlage des Freedom of Information Act konnte der Verfasser Einblick in das Telegramm über den Senatorenbesuch nehmen, das Toon nach Washington sandte. Die Fußnote über Vanunu und die Zurückweisung der Senatorengruppe wurde in *Triple Cross* zitiert. George Rathjens wurde am 25. März 1989 und später telefonisch interviewt. Bergmanns Rede in Südafrika wird u. a. in *The Unnatural Alliance* zitiert. Vorsters Besuch in Israel erregte seinerzeit einiges Aufsehen; vgl. den Artikel -Vorster Visit to Israel Arouses Criticism« von Terence Smith in der *New York Times*, 18. April 1976. Die beste Darstellung der diplomatischen Bemühungen der Carter-Administration anlässlich des Kalahari-Tests im Jahre 1977 stammt von Murrey Marder und Don Oberdorfer von der *Washington Post*. Ihre Story wurde am 4. September 1977 auch im *Philadelphia Inquirer* auf S. 1 unter dem Titel «How the Powers Stopped a Test» veröffentlicht. Die CIA-Einschätzung des versuchten Tests wurde dem Natural Resources Defense Council nach dem Freedom of Information Act übergeben, der sie wiederum am 26. September 1990 der Presse zugänglich machte. Harald Brown sprach am 26. April 1991 mit dem Verfasser telefonisch über das israelische Ersuchen einer gemeinsamen strategischen Zielbestimmung.

### Anmerkungen

- 1 Das Hotel diente den Briten als Hauptquartier in Jerusalem. Der Bombenanschlag war nach monatelanger Planung die Rache für eine Säuberungsaktion, die die Briten aus Sicherheitsgründen gegen die jüdische Widerstandsbewegung in Palästina durchgeführt hatten. Bei der Säuberungsaktion waren zahlreiche Personen verhaftet und einige Waffen beschlagnahmt wor-

den. Durch die Explosion im Hotel kamen 82 Menschen ums Leben, darunter 40 Araber und 17 Juden. Der Anschlag wurde von der Weltöffentlichkeit scharf verurteilt. Die Briten reagierten eine Woche später: Sie exekutierten drei mutmaßliche Irgun-Terroristen durch den Strang, woraufhin Begin die Hinrichtung zweier britischer Feldwebel befahl, die sich in Gefangenschaft seiner Terrorgruppe befanden.

- 2 Ben-Menashe arbeitete mehr als zehn Jahre lang in der Abteilung für Auswärtige Beziehungen der israelischen Streitkräfte, einem der heikelsten Ämter der israelischen Geheimdienste. Nach eigenem Bekunden verließ er 1987 das Ministerium und arbeitete als Berater für Geheimdienstangelegenheiten direkt für Premierminister Yitzhak Shamir. Im Jahre 1989 wurde er in den Vereinigten Staaten verhaftet und wegen Verschwörung gegen das Gesetz zur Kontrolle des Waffenexports angeklagt. Ihm wurde vorgeworfen, er habe versucht, amerikanische Militärflugzeuge aus israelischem Besitz vom Typ C-130 an den Iran zu verkaufen. Im November 1990 wurde er von einem Bundesgericht in New York City freigesprochen. In den Vorverhandlungen und in der Gerichtsverhandlung legte die israelische Regierung eine Reihe widersprüchlicher Einlassungen über Ben-Menashe vor, der behauptet hatte, der illegale Verkauf sei von seiner Regierung und den Vereinigten Staaten genehmigt worden. Die israelische Seite hatte ursprünglich dem Gericht gegenüber erklärt, Ben-Menashe sei ihr unbekannt; später beschuldigte sie ihn, die vier Empfehlungsschreiben gefälscht zu haben, die er bei seinem Weggang aus dem Ministerium bekommen hatte. Israel gab schließlich zu, daß die Schreiben echt seien, stellte dann aber Ben-Menashe als einfachen Übersetzer bei den israelischen Nachrichtendiensten hin. Ben-Menashe warf seinerseits seiner Regierung Verrat vor, nachdem sie vor Gericht erklärt hatte, er habe illegal als Waffenhändler gearbeitet. Ben-Menashe begann, öffentlich über seine angebliche Verwicklung in genehmigte Waffenverkäufe an den Iran im Wert von Hunderten von Millionen Dollar in den frühen achtziger Jahren zu sprechen. Die Verkäufe seien unter Geheimhaltung von der Reagan-Administration genehmigt worden. Er beschuldigte Robert M. Gates, einen hohen Geheimdienstbeamten unter Reagan, von 1986 bis 1989 trotz israelischer Proteste direkt mit dem Verkauf von Waffen, darunter auch chemischen Waffen, an den Irak befaßt gewesen zu sein. Ben-Menasches Behauptungen wurden sowohl von Washington als auch von Jerusalem scharf zurückgewiesen; die Untersuchung der Affäre durch den Kongreß war im Sommer 1991 noch nicht abgeschlossen. Ben-Menashe nahm Mitte 1990 mit dem Verfasser Kontakt auf. Anfang 1991 fanden erste Interviews mit Ben-Menashe über das israelische Nukleararsenal und über seine Aktivitäten in den israelischen Nachrichtendiensten statt. Im Juni verließ Ben-Menashe die USA und lebt heute in Australien im Exil. Er stimmte - im Gegensatz zu allen anderen zitierten Israelis - der Nennung seines Namens im Zusammenhang mit Nuklearfragen und anderen Angelegenheiten in diesem Buch zu.
- 3 Mordecai Vanunu erklärte in einem seiner vielen Interviews mit der Londoner *Sunday Times*, er habe an einer Wand in Trakt 2 der chemischen Kernspaltungsanlage in Dimona einen Zeitungsausschnitt entdeckt, den vermutlich ein Witzbold angeklebt habe. Der Artikel habe von der Zurückweisung der Senatorengruppe gehandelt.

- 4 Victor Gilinsky, Mitglied der Nuclear Regulatory Commission, erzählte, daß er kurz nach der Verabschiedung des Gesetzes an einer Dinnerparty in Washington teilgenommen habe. Dort habe Symington in einer informellen Rede erklärt, wie wichtig es sei, die Proliferation zu begrenzen. -Als er sich wieder gesetzt hatte-, sagte Gilinsky, -fragte ich ihn: »Und was ist mit Israel? Der Senator antwortete: 'Oh, sie brauchen sie. Seit dreißig Jahren erkläre ich Dayan, daß sie sich die Bombe beschaffen müssen.«
- 5 Vorsters Besuch fand im April 1976 statt und wurde von der Organisation Afrikanischer Staaten (OAS), der Arabischen Liga, die ihren Sitz in Kairo hatte, der Sowjetunion und den Niederlanden scharf verurteilt.
- 6 Das Wort Valindaba stammt aus dem afrikanischen Sotho-Dialekt und bedeutet -Die Beratung ist zu Ende- oder «Das Gespräch ist zu Ende-.
- 7 Die Gruppe der Nuklearlieferanten - die nach dem indischen Atomtest von 1974 gegründet worden war - wurde nicht ohne Grund von Staaten der Dritten Welt beschuldigt, eine Art internationales Kartell bilden zu wollen, um die Führungsposition der Großmächte zu sichern. Auch wurde behauptet, die Abkommen verstießen gegen die Zusagen, die den Nichtbesitzern von Atomwaffen in Artikel 6 des Atomwaffensperrvertrags gemacht worden seien. In diesem Artikel würden alle Unterzeichner ausdrücklich dazu aufgefordert, -den weitestmöglichen Austausch von Ausrüstungen, Materialien sowie wissenschaftlicher und technologischer Informationen für den friedlichen Nutzen der Kernenergie- zu erleichtern. Der Vertrag enthalte auch den Aufruf, den «Bedürfnissen der Entwicklungsregionen der Welt- besondere Aufmerksamkeit zu widmen.
- 8 Sadat traf sich privat mit Begin kurz nach seiner Ankunft in Jerusalem. Der Darstellung eines israelischen Beamten zufolge habe Sadats erste Frage dem israelischen Atomarsenal gegolten. Ein Israeli, der in eine erstklassige Zusammenfassung der Gespräche zwischen Begin und Sadat Einblick nehmen konnte, erklärte, der Ägypter habe die Zusicherung erreichen wollen, daß Israel keine Atomwaffen gegen Ägypten einsetzen würde, wenn ein Friedensvertrag zwischen den beiden Staaten unterzeichnet werden sollte. Begin habe darauf nicht geantwortet.
- 9 Ein hoher Beamter der amerikanischen Nachrichtendienste erinnerte sich, daß die Franzosen verschiedentlich ähnliche Forderungen an das Pentagon gerichtet hätten. Dabei sei es um gemeinsame nukleare Zielbestimmung und Austausch von Nachrichtenmaterial gegangen. Die Bitten seien stets sofort abgelehnt worden, ohne daß die Vorgänge auf der Ebene des Verteidigungsministers behandelt worden seien. So sei auch mit dem Vorschlag von Avraham Tamir verfahren worden. -Es war klar, daß niemand vor den Franzosen Angst hatte-, sagte der Beamte, -aber sie hatten Angst vor den Israelis. Wir alle wußten, daß die Franzosen keine Beziehungen durch die Hintertür (zum Weißen Haus) hatten-, wie das bei den Israelis der Fall war.

## Kapitel 20

### Bibliographische Hinweise

Es gibt ausgezeichnete Kritiken des Versuchs des Weißen Hauses, durch die Ruina-Kommission den israelisch-südafrikanischen Atomtest aus der Welt zu zaubern; vgl. -The September 22, 1979, Mystery Flash: Did South Africa Detonate a Nuclear Bomb?- Unveröffentlichte Studie des Washington Office on Africa Educational Fund vom 21. Mai 1985. Autor der Studie war Ronald Walters von der Howard University. Ferner die unveröffentlichte Studie von Gary Milhollin (Bezug durch Wisconsin Project in Washington, D.C.), «The Vela Sighting in 1979». Stephen Green nimmt in seinem Buch *Living by the Sword* (Amana Books, Brattleboro, Vermont, 1988) auf S. 111 ff. den Bericht der Ruina-Kommission auseinander. Gerald Oplinger wurde am 9. Januar 1991 in seinem Haus in einem Vorort von Virginia interviewt. Spurgeon Keeny wurde am 24. März 1989 in Washington und danach häufig per Telefon interviewt. Hodding Carter und Jack Ruina \*oir-den am 2. August 1991 telefonisch interviewt. Für Details über den Besuch des Schahs in den Vereinigten Staaten vgl. Gary Sick, a. a. O. John Scali wurde am 6. August 1991 telefonisch interviewt. Die bizarre Erklärung von Admiral Salter wird in dem Artikel «Pretoria Suggests Cause of 'Explosion'» von John F. Burns zitiert, der am 28. Oktober 1979 in der *New York Times* erschien. Die zitierte Bemerkung von P. W. Botha stand am 26. September 1979 auf S. 2 der *Rand Daily Mail* unter der Überschrift "SA could have secret weapon, hints PW". Der Bericht der Ruina-Kommission vom 15. Juli 1979 wurde vom Office of Science and Technology Policy im Weißen Haus freigegeben. Der schmucklose Titel lautete -Ad Hoc Panel Report on the September 22 Event.- Harold Agnew wurde am 7. September 1990 telefonisch interviewt. Louis Roddis wurde am 7. Mai 1991 und Donald Kerr am 13. Februar 1991 telefonisch interviewt. Joseph Nye wurde am 2. Januar 1991 kurz telefonisch interviewt.

### Anmerkungen

- 1 Brzezinski war, einem seiner Berater zufolge, an Fragen der Proliferation oder des atomaren Brennstoffkreislaufs nie sonderlich interessiert. Präsident Carter hatte einen Aufschrei der Entrüstung ausgelöst, als er das von Präsident Ford 1976 verhängte Verbot einer kommerziellen Wiederaufbereitung verbrauchter Brennelemente für Kernreaktoren verlängerte. Die Entscheidung Carters entsprang seiner Besorgnis um die Umwelt und die Proliferation. Die amerikanische Kernkraftindustrie hielt die Entscheidung für töricht, da sie die Absatzchancen amerikanischer Reaktoranlagen und Ausrüstungen auf der ganzen Welt beeinträchtigte. Die Berater Brzezinskis im NSC waren keineswegs sicher, ob er verstanden hatte, worum es ging. Oplinger erinnerte sich an eine Begebenheit aus der Anfangszeit der Carter-Administration. Brzezinski habe sich einmal durch Jessica Tuchman informieren lassen, Oplingers Vorgängerin im NSC-Stab. Er habe ihrer Beschreibung des nuklearen Brennstoffkreislaufs zugehört. Sie habe mit der Einführung der Brennele-

mente in den Reaktor begonnen und mit der Wiederaufbereitung der abgebrannten Elemente geschlossen. -Zbig hörte die ganze Zeit zu-, erzählte Oplinger. -Dann fragte er: Okay. Aber erklären Sie mir mal - woher kommt denn nun die Energie?" Brzezinski erwähnte in seinen 1983 veröffentlichten Memoiren *Power and Principle* das VELA-Ereignis nicht.

- 2 Der Schah erhielt am 22. Oktober die Einreiseerlaubnis in die Vereinigten Staaten, um sich medizinisch behandeln zu lassen. Die Erlaubnis löste eine neue Welle antiamerikanischer Proteste in Teheran aus und führte schließlich am 4. November zur Besetzung der amerikanischen Botschaft; die Geisel-Affäre im Iran hatte begonnen, durch die Jimmy Carter eine entscheidende politische Niederlage erleiden sollte. Nicholas Veliotes war damals Staatssekretär für Angelegenheiten des Nahen Ostens und Südasiens. Er berichtete, daß der entmachtete Staatschef während der angespannten Verhandlungen vor der Einreise vertraulich eingestanden habe, mit den Israelis über den Kauf von Langstreckenraketen verhandelt zu haben. Es habe sich um Trägerraketen für nukleare Gefechtsköpfe gehandelt. -Er sagte, die Israelis hätten ihn gebeten, uns nichts davon zu sagen-, fügte Veliotes hinzu. Seine Information wurde, wie die meisten anderen Informationen über die israelischen Atompläne, anderen amerikanischen Beamten nicht weitergegeben.
- 3 Nach dem Krieg von 1973 bauten die israelischen Streitkräfte mindestens drei kernwaffenfähige Artilleriebataillone auf, von denen jedes mit zwölf 175-mm-Geschützen auf Selbstfahrlafetten ausgerüstet wurde. Die Bataillone wurden als Teil der strategischen Reserve Israels angesehen und operierten auf der Grundlage einer direkten Befehls- und Kontrollverbindung: Nukleargranaten konnten auf direkten Befehl des Premierministers abgefeuert werden, wobei der Befehl über den Verteidigungsminister, den Stabschef der Armee und den Einsatzleiter an den Kommandanten des Artilleriebataillons weitergegeben wurde. Im Unterschied zu normalen Einsätzen war eine Befehlsbestätigung durch einen Offizier des regionalen Hauptquartiers, des Korps, der Division oder der Brigade nicht erforderlich. Ehemalige israelische Armeeeoffiziere erklärten, daß im Laufe der Zeit mindestens drei nukleare Artilleriegranaten für jedes Geschütz eingelagert wurden - insgesamt 108 Gefechtsköpfe. Zusätzlich wurden Gefechtsköpfe für die 203-mm-Geschütze bereitgestellt.
- 4 Carter war wegen seiner Haltung zur Proliferation und zu den Menschenrechten im Pentagon alles andere als populär.
- 5 Eines der seltsamsten Dementis, die in dieser Kontroverse abgegeben wurden, war die Äußerung des südafrikanischen Vizeadmirals J. C. Walters, der Blitz sei möglicherweise durch einen Unfall an Bord eines sowjetischen Atom-U-Boots verursacht worden. In der Stellungnahme des Admirals hieß es, eine sowjetische Verwicklung sei -eine realistische Möglichkeit-, Wie die *New York Times* berichtete, habe Salter seine Ausführungen mit Billigung von Premierminister P. W. Botha gemacht, der gleichzeitig südafrikanischer Verteidigungsminister war. Der Admiral bot keine Fakten an; seine Behauptung war für einen Kalten Krieger typisch und geriet bald wieder in Vergessenheit.
- 6 Victor Gilinsky war 1979 noch immer in der Nuclear Regulatory Commission tätig. Er erinnerte sich, daß er sich in einer offiziellen Besprechung

danach erkundigte, ob im Indischen Ozean Schiffe stationiert gewesen wären. Die Antwort lautete nein. Am nächsten Tag habe er dann erfahren, daß dort Schiffe in See waren. Gilinsky war nicht überrascht, als die Ruina-Gruppe zu dem Schluß kam, daß wahrscheinlich kein Atomversuch stattgefunden habe: »Alle wählten die bürokratisch passendste Erklärung.«

## Kapitel 21

### Bibliographische Hinweise

Das einzige Buch über die Pollard-Affäre ist *Territory of Lies* von Wolf Blitzer (Harper & Row, New York, 1989), in dem auf professionelle Art alle bekannten und veröffentlichten Informationen über den Fall zusammengefaßt sind. Blitzer übernimmt jedoch unbesehen zu viele Aussagen Pollards. Viele wesentliche Details über Pollards frühe Lebensabschnitte stammen von Blitzer und aus damaligen Presseberichten. Samuel Lewis wurde am 22. September 1991 über die Besprechung im Weißen Haus befragt. Sharons strategische - und törichte - Vision, die der israelischen Invasion des Libanon zugrunde lag, kommt am deutlichsten in einem Buch von Ze'ev Schiff und Ehud Ya'ari zum Ausdruck: *Israel's Lebanon War* (Simon and Schuster, Touchstone, New York, 1984). Sharons Rede vom 15. Dezember 1981 kann in gekürzter Form von der israelischen Botschaft in Washington bezogen werden; der Text war ursprünglich in einem Pressebulletin der Botschaft herausgegeben worden. Ausführlicher über die Stern-Organisation informiert Mordechai Schreiber in seinem Buch *Wanted* (Shengold Publishers, Incorporated, New York, 1984) auf S. 142.

### Anmerkungen

- 1 Eitan hatte diesen Spitznamen der Gewohnheit zu verdanken, seine Socken nicht zu wechseln; dafür war er 1948 im israelischen Unabhängigkeitskrieg berüchtigt gewesen.
- 2 Hofi stand Ariel Sharon schon seit dem Sueskrieg, in dem sie zusammen als Fallschirmjäger gedient hatten, kritisch gegenüber. Nach der Invasion des Libanon brachte er seine Mißbilligung gegenüber Sharons Politik durch einen ungewöhnlich offenen Brief an die israelische Presse zum Ausdruck, der auch publiziert wurde. In diesem Brief warfen Hofi, der frühere Stabschef Mordechai Gur und andere Offiziere außer Dienst Sharon vor, er habe in den fünfziger Jahren und während des Sueskriegs wiederholt Befehle verweigert und sich feige verhalten.
- 3 Yair Stern hielt den Kampf der Juden gegen die Briten für wichtiger als den Weltkrieg gegen die Achsenmächte. Die Führer der Organisation unternahmen 1940 für kurze Zeit den Versuch, ein Abkommen mit dem Dritten Reich zustande zu bringen. Durch dieses Abkommen sollte die illegale Ansiedlung von Juden aus Deutschland und dem übrigen Europa in Palästina möglich werden. Die Juden sollten dann dort gegen die Briten kämpfen. Die Kriegs-

anstrengungen der Briten wurden von David Ben Gurion und sogar von der rivalisierenden Terroristengruppe Irgun unterstützt; 1943 übernahm Menachem Begin die Führung der Irgun-Gruppe. (Der Gründer der Organisation, David Raziel, war sogar hochrangiger Offizier eines britischen Geheimdienstes und trug zum Zeitpunkt seines Todes bei einem Einsatz im Irak 1941 eine britische Uniform.) Die Stern-Gruppe beugte sich dem Druck nicht und weigerte sich, auf der Seite der Alliierten zu kämpfen. Sie nahm einmal sogar direkten Kontakt mit Otto von Hentig auf, einem Repräsentanten des deutschen Außenministeriums. Allerdings blieben die Bemühungen ohne Ergebnis. In seinen Memoiren erwähnt von Hentig eine Begegnung mit einer jüdischen Delegation (der Stern-Gruppe), die Kooperation mit den Nazis angeboten habe. Sie habe im Grunde zugesagt, im Krieg gegen ihre zionistischen Landsleute, die auf der Seite der Alliierten standen, zu kämpfen, wenn Hitler die Unabhängigkeit eines jüdischen Palästina nach dem Krieg zusicherte. Ähnliche Gespräche führten Abgesandte der Stern-Organisation auch in Benito Mussolinis Italien. Die Italiener sollten Durchgangslager einrichten, Transitrechte für die jüdischen Flüchtlinge einräumen und ihnen Waffen zur Verfügung stellen. Als Gegenleistung wollte die Stern-Gruppe dazu beitragen, den italienischen Einfluß im Nahen Osten zu stärken.

## Kapitel 22

### Bibliographische Hinweise

Peter Hounan wurde am 30. Juli 1991 von London aus interviewt; weitere Interviews folgten. Der zitierte Artikel im *Sunday Mirror* wurde von Tony Frost, Mark Souster, Richard Brecher und Geoff Garvey verfaßt und erschien am 28. September 1986. Der Artikel enthielt gut sichtbar ein Foto von Vanunu und daneben das Foto des Reaktors in Dimona von außen. Die Story selbst wurde zwar auffällig dargeboten, jedoch tief im Innern der Zeitung versteckt. Nicholas Davies (nicht verwandt mit Nick Davies, einem früheren Reporter des Londoner *Independent*) wurde telefonisch am 26. Juli 1991, Janet Fielding ebenfalls telefonisch von London aus am 5. August 1991 interviewt. Peter Miller wurde telefonisch von London aus am 21. und 22. August 1991 interviewt. John Parker wurde am 9. August 1991 in Washington interviewt. Tony Frost wurde am 6. August 1991 und später telefonisch aus Newcastle, England, interviewt. Material über Millers Rechtsstreitigkeiten mit Maxwell und dem *Sunday Mirror* sowie über Frosts Entscheidung, seine Entlassung nicht anzufechten, stammt aus dem *UK Press Digest* vom 29. August 1991: »Sacked Mirror Man Finds Place in Sun- von Jean Morgan.

## Anmerkungen

- 1 Watters war nicht überrascht, als er erfuhr, daß Davies im Zeitungsgeschäft war. "Wenn er anrief, war im Hintergrund immer Stimmengewirr und Schreibmaschinengeklapper zu hören. Ich fragte mich immer, wo er wohl steckte.- Ehe sich Watters bereit erklärte, die Zentrale für die Ora Limited einzurichten, versuchte er, Näheres über Ben-Menashe und dessen Londoner Firma herauszufinden. Watters hatte einen Vertrag für Kommunikationsforschung mit der US Border Patrol und setzte sich mit einem dort arbeitenden Freund in Verbindung. Der Freund wiederum vermittelte einen Kontakt zu Beamten des Justizministeriums. -Sie sagten: >Nur zu. Machen Sie das, was er Ihnen sagt. Halten Sie uns nur auf dem laufenden.«
- 2 Miller wurde im November 1990 gefeuert, nachdem ihm zunächst Pflichtver säumnisse vorgeworfen worden waren und er später beschuldigt wurde, gemeinsam mit Frost und einem weiteren Mitarbeiter des *Sunday Mirror* ein Foto von Lady Diana, der Prinzessin von Wales, auf dem diese mit dem amerikanischen Schauspieler John Travolta tanzt, an die Konkurrenz verkauft zu haben, nachdem es im *Mirror* veröffentlicht worden war. Miller, heute Herausgeber mehrerer Londoner Zeitungen und Zeitschriften, protestierte gegen seine Entlassung, und im Juni 1991 gewann er vor dem britischen Arbeitsgericht einen Prozeß wegen unrechtmäßiger Entlassung. Das Gericht beratschlagte von August 1991 an, welche Summe dem zu Unrecht entlassenen Redakteur zustand. Frost wurde von Maxwell ebenfalls entlassen, setzte sich aber nicht gegen seine Entlassung zur Wehr. Er ist heute stellvertretender Herausgeber der *Sunday Sun* in Newcastle.
- 3 Malloy erklärte, er wisse nichts von Davies' Verbindungen zu den Israelis, bezeichnete ihn aber als -eine Art persönlichen Diener Maxwells. Bob reist immer mit Gefolge, und Nick gehörte dazu.« Davies, so Malloy, -war ein Unternehmertyp - nebenbei verkaufte und kaufte er«.

# Namenregister

- Adenauer, Konrad 130  
Agnew, Spiro 240, 291  
Allen, Yigal 181, 270  
Angleton, James 152-155, 246, 260  
Arens, Moshe 307-308  
Aronson, Schlomo 186
- Bar-on, Hanan 316  
Barbour, Walworth 167-170, 174,  
176, 178-180, 187, 192, 219  
Begin, Menachem 10, 16-17, 21,  
175, 193, 268-269, 278, 286,  
297-298, 307  
Ben Gurion, David 25, 27, 34-35,  
39-41, 44-45, 47, 61, 75, 84, 99,  
107-109, 111-112, 114, 117-118,  
121, 123, 127-131, 136-137, 143,  
147-150, 175, 193, 286  
Ben, Max 173  
Ben-Menashe, Ari 269, 273-274, 285,  
304, 307, 309-310, 321-324, 327  
Bergmann, Ernst David 24-25, 28-32,  
34-35, 50, 65, 67, 91, 93, 99,  
109-110, 143, 148, 150, 173, 182, 258  
Bethe, Hans 215  
Blumberg, Binyamin 138, 146, 214,  
259, 299  
Breschnew, Leonid 240  
Brown, Harald 279, 289  
Brugioni, Dino A. 53, 58-59, 61,  
96-97, 155, 165-166  
Brzezinski, Zbigniew 282-283, 288  
Bulganin, Nikolai 47  
Bull, Gerald 224  
Bundy, McGeorge 105, 132, 139, 140,  
157-158  
Bush, George 15, 247, 329-330
- Carter, Jimmy 9-10, 269, 275-276,  
278-279, 284, 291, 293-294  
Casey, William 18-19, 23  
Cella, Glenn 221-222  
Chamouns, Camille 57  
Chruschtschow, Nikita 79, 108  
Clifford, Clark 101, 197, 199-200  
Colby, William 238  
Conran, James 260-261  
Cowan, George 215  
Cox, Archibald 240  
Crawford, William R. 106, 112  
Culler, Floyd 138, 140, 206, 218-219
- Dale, William 169, 172-174,  
176-177  
Davies, Nicholas 321-322, 324-325,  
327-328  
Dayan, Moshe 39, 44, 123, 136, 147,  
175, 183-185, 187-188, 193, 197,  
226, 229, 231-232, 234, 274  
Deshalit, Amos 31, 85  
Deshalit, Meir 152  
Dinitz, Simcha 235  
Doren, Charles van 220  
Ducken, Carl 165-166, 195-196,  
220, 222, 243, 247-249, 256, 261,  
263-265, 270, 293  
Dulles, John Foster 56, 60
- Eban, Abba 200  
Eden, Anthony 47  
Eisenhower, Dwight D. 27, 44,  
47-48, 53, 57, 59, 61, 78-79,  
89-90, 92, 94, 112, 121, 124,  
187

- Eitan, Raffael (Rafi) 299, 304, 306, 308, 312  
 Elazar, David 244  
 Eider, Walter 111-112  
 el-Gamasy, Ghany Abdel 234  
 Ellsberg, Daniel 159  
 Eschkol, Levi 43, 72, 85, 91, 123, 129, 131, 136, 139-144, 146-147, 149-150, 162, 170, 175, 185, 191, 193-194
- Faruk, König 26  
 Feinberg, Abraham 32, 73, 99-102, 104, 106-107, 109, 115, 118, 133, 169, 198, 200-202, 205  
 Feldman, Myer 104-105, 115, 117, 201  
 Fielding, Janet 323  
 Finney, John 163  
 Flapan, Simha 145-146  
 Ford, Gerald 246  
 Fox, Raymond 96  
 Freier, Shalheveth 227
- Gallili, Israel 232  
 Gallois, Pierre 50  
 Garment, Leonard 315-318  
 Gaulle, Charles de 35, 65-66, 74-75, 126, 132, 183, 272  
 Gilinsky, Victor 261  
 Goldschmidt, Bertrand 36-38
- Hadden, John 172, 263, 266  
 Haig, Alexander 15, 20  
 Halperin, Moiton 218  
 Halpern, Samuel 154  
 Hanin Bentov, Cindy 207, 327  
 HaugeJensC. 109-110  
 Heikai, Mohammed 234, 238  
 Helms, Richard 195-196, 222, 256  
 Heiter, Christian 80, 86  
 Hickenlooper, Bourke B. 86  
 Hüter, Adolf 229  
 Ho Chi Minh 42  
 Hofi, Yitzhak 15, 17, 307
- Hoover, Edgar 260  
 Hounam, Peter 321  
 Hussein, König von **Jordanien 299**  
 Hyland, William 237
- Jabotinsky, Vladimir **193**  
 Jenkins, Walter 201  
 Jessup, Peter 245  
 Johnson, Lyndon B. 91, 105, 132-135, 139-142, 147, 151, 157, 159-162, 168-169, 175, 191-192, 194, 197, 199-201, 256  
 Joliot-Curie, Frederic 33  
 Jones, Curtis 223
- Kafkafi, Jeruham 265  
 Katzir, Aharon 214, 226  
 Kaysen, Carl 92, 104  
 Keating, Kenneth 230  
 Keeny, Spurgeon 292  
 Kennedy, John F. 81, 91, 95, 99-109, 111-114, 117-118, 121, 123-124, 127, 130-132, 143, **158**  
 Kennedy, Robert 111, 161  
 Kerr, Donald 291  
 Kissinger, Henry 177, 185-186, 217-218, 220, 230, 234-242, 245  
 Kollek, Teddy 193  
 Kossygin, Alexei 239  
 Kramish, Arnold 178  
 Krim, Arthur 201
- Lavon, Pinhas 39-40, **85,128**  
 Leinsdorf, Erich 133  
 Leor, Yisrael 232  
 Lewis, Samuel 296-298, 306  
 Long, David 223  
 Lovett, James 257  
 Lowenthal, David 256, 265  
 Lubrani, Uri 12  
 Lundahl, Arthur C. 53, 59-61,
- Malloy, Michael 325  
 Mark, Herman 31

Marshall, Andrew 278-279  
 Maxwell, Robert 324, 326-327  
 McCone, John 99, 111-114, 124,  
 141, 158-159, 171  
 McNamara, Robert 115, 157-158, 197  
 Meir, Golda 45, 123-124, 128-130,  
 143, 180, 211, 229, 232-233, 236,  
 241  
 Mendes-France, Pierre 42  
 Mollet, Guy 42, 47, 49  
 Myers, Henry 264

Nasser, Gamal Ab del 26, 41, 44,  
 46, 48, 59, 61, 106, 109-110,  
 114, 136-137, 142, 146, 174, 187,  
 229  
 Neeman, Yuval 241  
 Nixon, Richard 179, 217-218, 220,  
 230, 234, 236, 240-241, 256, 315  
 Nye, Joseph 294

Oplinger, Gerald 282-283, 320  
 Oppenheimer, J. Robert 89-90, 97

Peled, Elad 186, 218  
 Peres, Shimon 25, 31, 34-35, 42,  
 48, 68, 71, 73, 76, 99, 123, 125,  
 136, 141-142, 147, 163, 207, 216,  
 246, 274, 286, 296, 308, 324  
 Podgorny, Nikolai 183  
 Pollard, Jonathan 295-297, 302-304,  
 307-308, 310, 312-315, 317, 319,  
 331  
 Powers, Francis 79  
 Press, Frank 283, 286-287, 290  
 Proctor, Edward W. 95

Rabin, Itzhak 145, 175, 186, 198,  
 203, 221, 246, 274, 278, 296, 308,  
 311, 315  
 Rathjens, George 292  
 Reagan, Ronald 14-15, 20, 297  
 Reza Pahlawi, Schah 12  
 Ribicoff, Abraham 270  
 Roddis, Louis 291

Rodman, Peter 237  
 Roosevelt, Franklin D. 102  
 Rosenne, Meir 316  
 Rostow, Walter 192, 199  
 Rothschild, Baron Edmund 73, 169  
 Rubinstein, Elyakim 316  
 Ruckelshaus, William 240  
 Ruina, Jack 286-287, 290, 292  
 Rusk, Dean 157, 197

Sadat, Anwar el 10, 229-230,  
 237-239, 246, 279  
 Saguy, Yehoshua 15-16, 305-306  
 Sapir, Pinhas 72  
 Scali, John 288  
 Schlesinger, James 235, 238  
 Schwanz, Harry 198-199, 202-203  
 Seaborg, Glenn T. 157  
 Sella, Aviem 296, 312-318  
 Shalom, Avraham 316  
 Shamir, Yitzhak 296-297, 307-311,  
 325, 330-331  
 Shapiro, Zalman 249-251, 253-254,  
 256-259, 262-263, 265, 267, 269  
 Sharett, Moshe 39-40, 44, 93  
 Sharon, Ariel 21-22, 41, 297-301,  
 304, 307, 312, 331  
 Smith, Hedrick 220-221  
 Stevenson, Adlai E. 101  
 Stockton, Peter, 264, 266  
 Strauss, Lewis 88-90, 92-94, 96,  
 98  
 Symington, Stuart 126, 220, 271

Talbott, General Ortwin 244-245  
 Teller, Edward 55, 195, 260, 264  
 Toon, MMcolm 270  
 Truman, Harry S. 27, 100-101  
 Turner, Stansfield 11-12

Vance, Cyrus 284, 288-289  
 Vanunu, Mordecai 206-211, 213,  
 215, 301, 319-321, 324-325,  
 327  
 Veliotos, Nicholas 230, 235  
 Vorsir, John 274-275, 286

Wamke, Paul 197-198  
Watters, Robert 322  
Weinberger, Caspar 298  
Weizman, Chaim  
(auch Weizmann)  
30-31, 51, 93  
Weizman, Ezer 286  
Wheeler, Earle 186

Yadin, Yigael 15  
Yanv, Aharon 300  
Yerdor, Reuven 227, 304-307, 309  
Yiftach, Shimon 137  
  
Zadok, Chaim 315-316  
Zurhellen, Joseph O 178, 219